

Barbara-Henrika Alfing

Äcker, Ähren, Agrarkritik

Eine kommunikationswissenschaftliche
Studie zur medialen Darstellung von
Krisen und krisenhaften Zuständen
in der deutschen Landwirtschaft

5

zem::dg
papers

Barbara-Henrika Alfing

Äcker, Ähren, Agrarkritik

Eine kommunikationswissenschaftliche Studie
zur medialen Darstellung von Krisen und krisenhaften Zuständen
in der deutschen Landwirtschaft

zem::dg
papers

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. phil.)
der Sprach- und literaturwissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität
Eichstätt-Ingolstadt im Fachgebiet Journalistik/Kommunikationswissenschaft(en).

Am 28.07.2022 öffentlich verteidigt von Barbara-Henrika Alfing.

Referent: Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyden, Lehrstuhl für Journalistik II, Katholische
Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Korreferent: Prof. Dr. Jeffrey Wimmer, Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft mit
dem Schwerpunkt „Medienrealität“, Universität Augsburg.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© **zem::dg**

Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft

Hochschule für Philosophie München

Kaulbachstraße 31/33, 80539 München

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Ostenstraße 25, 85072 Eichstätt

Cover & Layout: Susanna Endres, München/Eichstätt

ISBN (print) 978-3-947443-12-3

ISBN (digital) 978-3-947443-13-0

München/Eichstätt 2022

www.zemdg.de

zem::dg-papers
Studien und Impulse zur Medienethik

Herausgegeben von
Klaus-Dieter Altmeppen, Claudia Paganini und Annika Sehl

Band 5

Wertschätzung und Dank

„Jeder Mensch, der etwas vollbringen will, stößt auf Hindernisse, aber man darf nie aufgeben. Man muss seine Idee weiterverfolgen. Nichts kann einen davon abbringen Dann ist es wichtiger denn je, das Ziel, das man sich gesetzt hat, zu erreichen.“ (An-Antane Kapesch, 1975 zit. nach Fontaine, 2021)

Eine Promotionsschrift zu verfassen, gleicht einem Seiltanz: Gespannt zwischen zwei Bäumen richtet sich der Blick stets auf das Ziel, nicht auf das Seil. Angst ist fehl am Platz, Mut und Respekt vor der Aufgabe nicht. Anfänglich bedarf es einiger Handreichungen, um auf dem Seil stehen zu können, die Balance zu finden. Ist diese Hürde genommen, sind die ersten Schritte von Wissbegier und Erkenntnisdrang geprägt. Mit der gewonnenen Gewandtheit fallen anfängliche Zweifel. Doch auf der Mitte des Seils fängt man an zu taumeln. Bedenken und Ungewissheit ziehen auf. Glück ist, wenn in diesem Moment Ermutigungen und Zuspruch einen wieder zurück ins Gleichgewicht finden lassen. Auf den letzten Metern geht die Anstrengung im Blick auf das Ziel unter – umso mehr ist das Herz von Dankbarkeit und Glück erfüllt, wenn es erreicht wurde.

Die vorliegende Arbeit zum medialen Bild der deutschen Landwirtschaft in Krisen und krisenhaften Zuständen ist mein persönlicher Seiltanz. Diesen haben eine Reihe von Personen begleitet, denen ich an dieser Stelle für ihre Unterstützung danken möchte.

Die Grundidee entstand aus der subjektiven Wahrnehmung heraus, dass trotz der lebensnahen und lebensnotwendigen Bedeutung der Landwirtschaft innerhalb der Kommunikationswissenschaften das Augenmerk bislang nur unzureichend auf diesen Sektor gerichtet wurde. Meinem Doktorvater und Erstgutachter, *Herrn Professor Dr. Klaus-Dieter Altmeyen*, gilt daher mein erster Dank: Er brachte mir das Vertrauen entgegen, mich am Lehrstuhl für Journalistik II als externe Promovandin anzunehmen, und gab mir so die Möglichkeit, diesen Sektor aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Für deine Expertise, die Vielseitigkeit neuer Impulse im Entstehungsprozess dieser Arbeit und deine Bereitschaft, mir bei Fragen an zentralen Knotenpunkten zur Seite zu stehen, sei dir, Klaus, herzlich gedankt. Darüber hinaus danke ich meinem Zweitgutachter, *Herrn Professor Dr. Jeffrey Wimmer*. Er hat mein Vorhaben professionell begleitet, mir wertvolle Hinweise gegeben und bot mir durch die Teilnahme an seinen Kolloquien einen wissenschaftlich fruchtbaren Austausch mit seinen Promovenden.

Bedanken möchte ich mich fernerhin bei den Redaktionen der untersuchten landwirtschaftlichen Fachmagazine: Ob in Hannover, Münster oder Berlin – in jeder Redaktion bin ich sehr freundlich empfangen und in der Archivarbeit unterstützt worden.

Im Balanceakt dieser Arbeit haben mich zudem die Weggefährten und Begleiter, *Dr. Jan Niklas Kocks*, *Dr. Regina Greck* und *Dr. Viorela Dan* auf ganz besondere Weise unterstützt. Mit ihrem Forschergeist, ihrer Tiefgründigkeit und unermüdlichen Bereitschaft haben sie jeder für sich genommen dazu beigetragen, für vermeintliche Hindernisse Lösungswege zu finden und Zweifel auszuräumen. Ihnen gebührt an dieser Stelle mein herzlicher Dank.

Finanziell wurde die Arbeit von einem Promotionsstipendium der *Hanns-Seidel-Stiftung e. V. (HSS)* getragen. Sie spannte mir so nicht nur ein Sicherheitsnetz auf, sondern insbesondere *Professor Dr. Michael Bruno Klein* und *Professor Hans-Peter Niedermeier* brachten mir das Vertrauen und den Zuspruch entgegen, die Promotionsschrift aufzunehmen und anfangs die Balance auf dem Seil zu finden. Der Stiftung gilt mein ausdrücklicher Dank für eine beispiellose finanzielle und ideelle Förderung meines Studiums in Eichstätt, Brüssel, Berlin und Mannheim. Ohne die Unterstützung hätte ich meinen bisherigen Studienweg nicht in diesem Maße gehen können. Ich habe es *jederzeit* als außerordentliches Privileg empfunden, Studien- und Promotionsstipendiatin der *HSS* zu sein. Besonders in den Momenten, in denen die Suche nach Worten endlos scheint, boten mir die Seminare auf Kloster Banz, in Rom oder in Berlin die Gelegenheit, kurzzeitig Abstand zu nehmen und nach dem Austausch mit Konstipendiaten mit frischen Gedanken nach Mannheim zurückzukehren. Dafür bin ich der Stiftung und insbesondere Herrn *Dr. Andreas Burtscheidt* in höchstem Maße dankbar. Jederzeit stand er mir mit Rat und Tat zur Seite. Besonders im Übergang von der Wissenschaft in die Kommunikationspraxis haben mir die Telefonate, Gespräche und Ratschläge sehr geholfen.

Allen Wegbegleitern gilt an dieser Stelle mein tiefer Dank.

Barbara-Henrika Alfing

Eichstätt im Jahr 2022

Zusammenfassung

Seit der fünften Dekade des 20. Jahrhunderts kann für die Landwirtschaft in Deutschland ein kontinuierliches Wachstum und eine Intensivierung ihrer einzelnen Produktionszweige nachgezeichnet werden. Als lebendiges und dynamisches Gefüge erfüllt sie ein breites Spektrum ökonomischer, ökologischer und sozialer Leistungen für die Gesellschaft. Der Transformationsprozess dieses lebensnotwendigen Wirtschaftssektors zeigt jedoch, dass er stetig Schwankungen in Form von sukzessiv wiederkehrenden Krisen und krisenhaften Zuständen ausgesetzt ist, die prägende Handlungsmuster und Abläufe hinterfragen und neue Ordnungen erfordern.

In der journalistischen Berichterstattung nehmen diese Krisen einen breiten Raum ein. Innerhalb der Kommunikationswissenschaft stellt die Landwirtschaft gleichwohl ein thematisches Phänomen dar, das bisher nur in unzureichendem Maße aufgegriffen wurde. Die vorliegende Dissertation verfolgt daher das Ziel, im Ansatz darzustellen, welches mediale Bild der Landwirtschaft in ausgewählten Printmedien gezeichnet wird. Dazu leistet die Arbeit mittels zweier quantitativer Inhaltsanalysen einen Beitrag zur wissenschaftlichen Erforschung über die Darstellung, das Framing und die öffentliche Verantwortungszuschreibung im landwirtschaftlichen Krisendiskurs am Beispiel der Berichterstattung von zwei überregionalen Zeitungen und vier regionalen Agrarfachzeitschriften. Die Untersuchung erfasst dazu vier zentrale Krisen und krisenhafte Zustände im Zeitraum von 1993 bis 2019 in den Produktionszweigen der Tierhaltung und des Ackerbaus: die Europäische Schweinepest, die Rinderkrankheit BSE, Dioxin in Tierfutter sowie der Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft.

Die theoretische Annäherung und die Verortung des Sektors in einer modernen Gesellschaft erfolgt mit dem Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken (Schimank, 1996). Die Arbeit legt dazu einen Vorschlag für ein Modell einer Landwirtschaft als Leistungssystem vor, um die Leistungsvielfalt, die Strukturen, die geltenden Regeln und Akteurkonstellationen im handelnden Zusammenwirken zu betrachten und den Sektor in einem gesellschaftswissenschaftlichen Kontext zu verorten. Diese Theoriefundierung ist grundlegend, da die Wechselwirkungen zwischen der Wollens- und Sollensebene sowie der Könnenskalküle geeignet sind, um das Auslösen von Krisen und krisenhaften Zuständen im Leistungssystem Landwirtschaft zu erklären.

In einem weiteren Schritt widmet sich die Arbeit der journalistischen Berichterstattung. Sie gibt Auskunft darüber, welche der mit einem induktiv manuell-holistischen methodischen Zugang ermittelten Frames –, Opferframe, Täterframe, Agrarstrukturframe und der Globalisierungsframe –, dominieren und sich auch im jeweiligen Krisenverlauf in ihrer Häufigkeit des Auftretens verändern. Darüber hinaus lassen die Krisen und krisenhafte Zustände danach fragen, wer die Verantwortung für die dysfunktional gewordenen Strukturen durch die Nicht-Beachtung bestehender Regelungen trägt bzw. wer verantwortungslos gehandelt hat. Die Antworten auf diese Fragen werden mithilfe der Verantwortungstrias (Sender, Ge-

genstand, Adressat; Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007) ermittelt. So wird der häufig postulierten mangelnden (empirischen) Betrachtung des Verantwortungsbegriffs im Fach Rechnung getragen (Altmeppen et al., 2019).

Die Befunde indizieren, dass insbesondere die BSE-Krise und die Debatte um die verlängerte Zulassung des Herbizids Glyphosat aufmerksamkeitsbindend waren. Die BSE-Krise als zentrales Schlüsselereignis begünstigte die Etablierung eines neuen Frames. Signifikante Unterschiede der Framing-Aktivitäten zwischen den Leitmedien und der Agrarpresse ließen sich für die Schweinepest und die BSE-Krise feststellen. Die Berichterstattung der Leitmedien gestaltete sich insgesamt deutlich vielschichtiger und mehrdimensionaler, als die häufig öffentlich postulierte Bedeckung der überregionalen Berichterstattung mit Negativfolien vermuten ließ. Die Agrarpresse präferierte zunächst in den 1990er Jahren und um die Jahrtausendwende in ihrer Berichterstattung den Opferframe. Während der Glyphosat-Debatte nahm die Agrarpresse eine Perspektiverweiterung ein und hinterfragte primär mit dem Globalisierungsframe die gültigen Handlungsstrukturen.

In den Ergebnissen der zweiten Inhaltsanalyse wurde nachgewiesen, dass der öffentliche Aushandlungsprozess über Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft von negativen faktischen Schuldzuweisungen geprägt war. In das Blickfeld gerieten vor allem politische Eliten, die durch ihre Berufsrolle Rede und Antwort stehen, jedoch selbst mit wertenden Aussagen nicht in der öffentlichen Kommunikation durchdrangen. Die Landwirte und ihre Berufsvertreter rückten in den Hintergrund. Stattdessen nahmen die Medien als Attributionssender eine prominente Rolle ein.

Die vorliegende Arbeit leistet einen bedeutenden Beitrag für die kommunikationswissenschaftliche Forschungsdisziplin, indem sie Auskunft über die Inhalte, Formen und Deutungsperspektiven in Leitmedien und Fachmagazinen über die deutsche Landwirtschaft gibt und den Sektor damit erstmalig ganzheitlich betrachtet in den Blick nimmt. Das Modell einer Landwirtschaft als Leistungssystem ist dabei anschlussfähig, um zukünftig weitere Produktionszweige und ihre Problemfelder zu betrachten.

Abstract

Since the fifth decade of the 20th century, agriculture in Germany has experienced continual expansion and intensification of its individual branches of production. As a and dynamic structure, it fulfills a wide range of economic, ecological, and social functions for society. However, the transformation process of this fundamental economic sector shows that it is continuously exposed to fluctuations in the form of successively recurring crises and crisis-like conditions, leading to questioning the formative patterns of action and processes and that this sector requires new rules.

In media, crises are receiving prominent news coverage. Within communication studies, however, agriculture is a specific phenomenon that has not been sufficiently addressed until now. Therefore, this dissertation aims at presenting the media image of agriculture in selected print media. Based on two quantitative content analyses, the study contributes to scientific research on the representation, framing and attribution of responsibility in the agricultural crisis discourse. Therefore, the reports of two national German newspapers and four regional agricultural magazines as examples were used. For this purpose, the study characterizes four central crises and crisis-like conditions in the period from 1993 to 2019 in the production branches of livestock farming and agriculture: European swine fever, the cattle disease BSE, dioxin in pet food, and the use of glyphosate in agriculture.

The theoretical approach and localization of the agricultural sector in a modern society is made with the help of the model of ‚Akteur-Struktur-Dynamiken‘ (actor-structure-dynamics) (Schimank, 1996). For this purpose, the thesis presents a proposal for a model of agriculture as a corporate system in order to consider the diversity of structures, valid rules, and actor configurations in interaction plus to locate the sector in a social science context. This foundation of a theory is fundamental since the interactions between the will and should level as well as the ability calculus are suitable to explain the triggering of crises and crisis-like conditions in the corporate system of agriculture.

In a further step, the thesis is focused on the media coverage. Thereby the study provides information about which frames that were determined by a manual-holistic methodical approach as victim frame, perpetrator frame, agricultural-structure-frame, or globalization-frame dominate and also change in their frequency of occurrence in the individual course of the crisis. In addition, the crises and crisis-like conditions raise the question of who is responsible for the structures that have become dysfunctional due to the disregard of existing regulations or who has acted irresponsibly. The answers to these questions are given with the help of the responsibility trias (sender, object, addressee; Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007). In this way, the frequently postulated lack of (empirical) attention to the concept of responsibility in the communication field is addressed (Altmeppen et al., 2019).

The results indicate that the BSE crisis and the debate on the extended approval of the herbicide glyphosate were particularly attention-grabbing. The BSE crisis, as a central key event, favored the establishment of a new frame. Significant differences in framing activities between the leading media and the agricultural press could be identified for swine fever and the BSE crisis. Overall, the coverage by the leading media was much more multi-layered and multi-dimensional than the frequently publicly postulated covering of national coverage with negative slides would suggest. The agricultural press initially preferred the victim frame in its reporting in the 1990s and around the millennium. During the glyphosate debate, the agricultural press adopted a broader perspective and primarily questioned the validity of action structures with the globalization frame.

In the results of the second content analysis, it was shown that the public negotiation process about crises in the corporate system of agriculture was characterized by negative factual blame. Political elites were the main focus of attention. Their professional roles made them available for discussion, but they were not heard in public communication even with judgmental statements. Farmers and their professional representatives receded into the background. Instead, the media assumed a prominent role as a sender of attributions.

This study makes a meaningful contribution to the research discipline of communication studies by presenting information about the contents, forms, and interpretative perspectives in leading media and specialized magazines about German agriculture. Thus, for the first time, a single study attempts to provide a holistic view on the sector. The model of agriculture as a corporate system is future-oriented and can be used to examine other production areas and their problems.

1 Einführung	15
2 Äcker, Ähren, Apps – Landwirtschaft im Wandel	23
2.1 Hinführung und thematische Eingrenzung	24
2.1.1 Weniger Betriebe, größere Flächen	26
2.1.2 Erwerbstätige und Betriebsformen	29
2.1.3 Mechanisierung führt zur Ertragssteigerung	30
2.1.4 Umwelt- und Nachhaltigkeitskonflikt	32
2.1.5 Die Produktionssteigerung der Branche	33
2.2 Zwischenfazit	40
3 Gesellschaftstheoretischer Bezugsrahmen	43
3.1 Allgemeine Einführung	44
3.1.1 System- und akteurtheoretische Grundlagen	46
3.1.2 Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken	51
3.2 Landwirtschaft in einer funktional differenzierten Gesellschaft	55
3.2.1 Teilsystemischer Orientierungshorizont	56
3.2.2 Institutionelle Ordnungen	59
3.2.3 Akteure und Akteurkonstellationen	61
3.3 Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem	65
3.3.1 Der Krisenbegriff	65
3.3.2 Initialzündungen als Krisenauslöser	67
3.4 Zwischenfazit: Zusammenfassendes Framework	70
4 Verantwortungstheoretischer Bezugsrahmen	73
4.1 Umriss eines Forschungsfeldes	74
4.2 Grundlagen und Einordnung des Verantwortungsbegriffs	76
4.3 Die Attribution von Verantwortung	83
4.4 Relationen der Verantwortung	87
4.4.1 Verantwortungssubjekt	90
4.4.2 Verantwortungsobjekt	91
4.4.3 Verantwortungsadressat und Instanz der Verantwortung	93
4.4.4 Normative Kriterien der Verantwortung	94
4.5 Zwischenfazit: Implikationen für das eigene Vorhaben	96

5 Framing-Ansatz als methodisch-theoretischer Bezugsrahmen	101
5.1 Möglichkeiten der Komplexitätsreduktion	102
5.2 Abgrenzung zu verwandten Theorien und Konzepten	104
5.3 Definitorische Vielfalt	107
5.4 Synthese und eigene Verortung	112
5.5 Framing im Kommunikations- und Wandlungsprozess	114
5.5.1 Strategisches Framing	114
5.5.2 Framing und Journalismus	116
5.5.3 Rezipientenframes und individuelle Frames	119
5.5.4 Medienframes	122
5.6 Zwischenfazit: Kritische Würdigung und Ableitung	140
6 Forschungsstand	145
6.1 Landwirtschaft in der interdisziplinären Forschung	146
6.2 Einflussnehmende Kontextfaktoren auf Medienframes	147
6.3 Landwirtschaft: Rolle und Bedeutung im Forschungsfeld	151
6.3.1 Das Image der Landwirtschaft in der Gesellschaft	151
6.3.2 Die journalistische Berichterstattung über die Landwirtschaft	153
6.4 Attribution von Verantwortung: Erkenntnisse und Ergebnisse	163
6.4.1 Strategien der Verantwortungsattribution	164
6.4.2 Die doppelte Verantwortung der Medien	168
7. Konzeptioneller Überblick	171
7.1 Ausgangspunkt und Fragestellung	172
7.2 Ableitung der Annahmen	176
8. Untersuchungsgegenstand	187
8.1 Auswahl und Ableitung der Krisen	188
8.2 Skizzierung der Ereignishintergründe	193
8.2.1 Die Europäische Schweinepest	193
8.2.2 Die Rinderkrankheit BSE	195
8.2.3 Dioxin in Tierfutter	196
8.2.4 Der Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft	197
9. Forschungsdesign – Teilerhebung I	201
9.1 Empirische Umsetzung theoretischer Annahmen	202
9.2 Methode der Inhaltsanalyse	203
9.3 Untersuchungszeiträume	205

9.4 Sampleauswahl	208
9.4.1 Leitmedien	208
9.4.2 Landwirtschaftliche Wochenblätter	210
9.4.3 Beschaffung	214
9.4.4 Such- und Aufgreifkriterien	216
9.5 Konzeption der Frames	219
9.5.1 Methodische Herangehensweise	219
9.5.2 Begründung der ausgewählten Studien	220
9.5.3 Operationalisierung in ein handlungsleitendes Kategoriensystem	222
9.5.4 Analyse- und Auswertungsverfahren	224
9.5.5 Identifizierte Frames	225
9.6 Konstruktion des quantitativen Kategoriensystems	240
9.7 Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Studie	243
9.8 Hinweise zur Auswertung und zu den statistischen Auswertungsverfahren	245
10. Ergebnispräsentation – Teilerhebung I	247
10.1 Das Framing der Medien	248
10.1.1 Generelle Merkmale der Berichterstattung	248
10.1.2 Zwischenfazit zu den formalen Kriterien	253
10.2 Ergebnispräsentation der Krisen	254
10.2.1 Schweinepest-Krise	254
10.2.2 BSE-Krise	264
10.2.3 Dioxin-Krise	272
10.3 Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	292
11. Forschungsdesign – Teilerhebung II	295
11.1 Empirische Umsetzung eines theoretischen Konstrukts	296
11.1.1 Die Verantwortungstrias als strukturgebendes Element	296
11.1.2 Implikationen für das eigene Vorhaben	299
11.2 Sampleauswahl und Untersuchungszeiträume	301
11.3 Konstruktion des quantitativen Kategoriensystems	304
11.4 Codierablauf	308
11.5 Hinweise zur Auswertung	309
12. Ergebnispräsentation – Teilerhebung II	311
12.1 Wer trägt die Verantwortung in der BSE-Krise?	312
12.1.1 Allgemeine Merkmale der Verantwortungsattributionen	312
12.1.2 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse	331

12.2 Wer trägt die Verantwortung in der Glyphosat-Debatte?	335
12.2.1 Allgemeine Merkmale der Verantwortungsattributionen	335
12.2.2 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse	358
13. Schlussbetrachtung	363
13.1 Landwirtschaft im Spiegel der Medien	364
13.2 Theoretische Synthese	366
13.3 Teilerhebung I: Diskussion und kritische Reflexion	372
13.3.1 Zentrale Merkmale der Berichterstattung über Landwirtschaft	372
13.3.2 Die präferierten Deutungsmuster: Vielfalt statt Einheit	375
13.3.3 Zusammenschau	383
13.4 Teilerhebung II: Diskussion und kritische Reflexion	385
13.5 Methodologische Selbstkritik und Limitationen der Arbeit	390
13.6 Ausblick	394
14. Literaturverzeichnis	401
 Anhang	 447
Anhang 1: Abbildungsverzeichnis	 I
Anhang 2: Tabellenverzeichnis	 IV
Anhang 3: Abkürzungsverzeichnis	 VIII
Anhang 4: Ergebnisse des Reliabilitätstests der Teilerhebung I	 X
Anhang 5: Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung I	 XII
Anhang 6: Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung II, BSE-Krise	 XVIII
Anhang 7: Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung II, Glyphosat-Debatte	 XXI



1 Einführung



1 Einführung

Die Landwirtschaft ist heute weit mehr als nur Äcker und Ähren. Seit jeher erfüllt sie die lebensnotwendige Aufgabe, für die Weltbevölkerung gesundheitlich unbedenkliche Nahrungsmittel herzustellen. Durchwoben sind volkstümliche Lieddichtungen, Verse und idyllische Malereien von der Urproduktion und bilden doch zugleich ein prägendes Abbild dessen, wie sich der Sektor in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat. Das Motiv der vor dem Pflug gespannten Arbeitstiere wurde längst abgelöst. Heute scheint die Landwirtschaft immer stärker von Furchen durchzogen. Die medial tradierten Bilder einer bäuerlichen, naturnahen Landwirtschaft symbolisieren die gesellschaftlich gewünschten Ansprüche an den Sektor, stehen jedoch in eindeutiger Distanz zu den überwiegenden effizienzsteigernden Strukturen und Produktionsweisen in Deutschland, die sich im Rahmen der agrarischen Transition geformt haben. So werden von den 262.800 landwirtschaftlichen Betrieben bspw. nur rund 13 Prozent ökologisch bewirtschaftet (Deutscher Bauernverband e. V. (DBV), 2021a, S. 46). Anspruch und Wirklichkeit klaffen anscheinend auseinander. Die Landwirtschaft ist vielmehr zum Politikum und zur angespannten Projektionsfläche geworden, auf der Suche nach Antworten, wie eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Ernährungssicherung gelingen kann.

Der in der Vergangenheit durchlaufende Transformationsprozess des Sektors und die damit gewachsene Verflechtung von Natur, Technik und Weltmarkt sind nicht folgenlos geblieben, sondern sie haben die Grundlagen für die heutige Landwirtschaft gelegt. Dabei haben Krisen und krisenhafte Zustände innerhalb des Sektors zu Erschütterungen geführt, die sich jedoch in ihrer Intensität, gesellschaftlichen und medialen Wahrnehmung deutlich differenzieren. Zurückzuführen ist dies auf eine teilweise stärkere individuelle Betroffenheit in der Bevölkerung – insbesondere dann, wenn von unappetitlichen Gesundheitsgefährdungen auszugehen ist, wie zum Beispiel bei der Rinderseuche Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE). Mit den sich immer stärker aufdrängenden Fragen der Ressourcenschonung und klimagerechten Bewirtschaftung rücken allerdings auch Produktions- und Anbauweisen in den Fokus der Berichterstattung. Ein giftiger Streit, wie sie der Diskurs rund um das Breitbandherbizid Glyphosat darstellt, ist nur ein Prüfstein für diese Entwicklung. Umso überraschender ist es, dass sich diese Sogwirkung der Krisen und krisenhaften Zustände, die in den Medien einen breiten Raum einnimmt, bisher nur in einem unzureichenden Maße in die Disziplin der Kommunikationswissenschaften widerspiegelt. Dabei trägt zweifelsfrei die journalistische Berichterstattung aufgrund fehlender Primärerfahrungen im überwiegenden Teil der Bevölkerung zur Wahrnehmung und zu Auffassungen in der breiten Öffentlichkeit über diesen Sektor bei, denn: In seiner Funktion steht das Mediensystem als Vermittlerinstanz in einer dynamischen, wechselseitigen Beziehung zu den anderen Teilsystemen (Luh-

mann, 2000, S. 373 f.; Luhmann, 1997, S. 743 f.). Nun vermögen Forscher¹ aus dem Feld der Risiko- und Krisenkommunikation kritisch vermerken, dass Krisen und Lebensmittelskandale qualitative und quantitative Beachtung im Fach gefunden haben (u. a. Böcker & Mahlau, 1999; Hagenhoff, 2003; Linzmaier, 2007; Lücke, Rössler & Willhöft, 2003). Ihnen ist gleichwohl gemein, dass sie als einzelne Fallbeispielanalysen sowohl in ihrer Quantität als auch Qualität einen wertvollen Beitrag leisten, allerdings eine ganzheitliche Perspektive auf den produzierten Sektor verwehrt bleibt.

Zudem tauchen immer wieder Fragen danach auf, wie es dazu kommen konnte, dass der Landwirtschaft ein scheinbar negatives Bild anhaftet. Auf theoretischer Ebene fehlt es innerhalb der Gesellschaftswissenschaften an Aufmerksamkeit, um die Frage zu beantworten, welche Leistungen der Sektor innerhalb einer modernen Gesellschaft erbringt und welche Funktionsweisen, Strukturen und Regeln sein Handeln anleiten. Es stellt sich zugleich die Frage, welchen Einfluss die journalistische Berichterstattung auf die öffentliche Wahrnehmung eines Wirtschaftsgebietes hat, der die gesamte Menschheit tagtäglich berührt. Eng damit verknüpft ist die Frage nach der Verantwortungswahrnehmung und -vernachlässigung von Akteuren, die sich stets dann stellt, wenn Krisen und krisenhafte Zustände bestehende Strukturen hinterfragen. Die Relevanz der vorliegenden Arbeit gründet demnach in dem Versuch, dem identifizierten perspektivischen Desiderat innerhalb der kommunikationswissenschaftlichen Disziplin Rechnung zu tragen. Damit richtet die Arbeit nicht als erste, aber – unter dem Anspruch, eine ganzheitliche, schrittweise Annäherung an einen bedeutenden Wirtschaftssektor zu leisten – in umfassender Weise den Scheinwerfer auf ein lebensnotwendiges gesellschaftliches Leistungssystem, um so der Rolle, welche der Sektor für die Gesellschaft spielt, gerecht zu werden. Dazu fußt die Arbeit auf drei zentralen Säulen, die Anlass zur intensiven Auseinandersetzung gaben:

Um die Landwirtschaft in einer modernen Gesellschaft zu verorten, bedarf es einer theoretischen Konzeption, die die Strukturen der Landwirtschaft in umfassendem Maß beschreibt und sie damit auch für empirische Untersuchungen nutzbar macht. Ein Blick in die Agrarwissenschaften zeigt, dass bereits theoretische Modelle für ein Verständnis von einer Landwirtschaft als System bestehen (Bawden, Macadam, Packham, & Valentine, 1984; Capra, 1996; Darnhofer, Gibbon & Dedieu, 2012), diesen aber im Kern ein naturwissenschaftlicher Zugang zugrunde liegt. Auch das Modell der ökologischen Kreislaufwirtschaft folgt einem systemischen Gedanken. Beiden ist der primäre Fokus auf die Rolle des Landwirts und seines Betriebes und weniger auf eine gesamtheitliche Einordnung in die Gesellschaft gemein. Wie sich die Landwirtschaft, ihre Leistungen, Strukturen und Akteure im gesellschaftswissenschaftlichen Kontext einbetten und erklären lassen, wurde nach dem Kenntnisstand der Autorin bislang noch nicht umfassend erläutert. Das erste Primärziel der vorliegenden Qualifikationsarbeit ist es daher, eine soziologische Forschungsheuristik zu konstruieren, die es erlaubt, zu beschreiben,

1 In dieser Arbeit schließt das generische Maskulinum weibliche und andere Geschlechteridentitäten bei der Nennung von Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern ausdrücklich mit ein.

unter welchen Bedingungen der landwirtschaftliche Sektor als Leistungssystem der Wirtschaft innerhalb moderner Gesellschaften verortet werden kann. Dazu wird ein Vorschlag für ein Modell einer *Landwirtschaft als Leistungssystem* vorgelegt. Dieses macht es möglich, geltende Regeln, Normen sowie dazugehörige Akteure im handelnden Zusammenwirken zu betrachten. Ausgangspunkt und Bezugsrahmen bildet das Verständnis von einer demokratisch funktional-differenzierten Gesellschaft. Die integrative Theorie der sozialen Differenzierung (Schimank, 1996) erlaubt es, die moderne Gesellschaft zu beschreiben und zugleich die Potenziale der system- und akteurstheoretischen Ansätze über die Brücke einer Mesoebene zu verknüpfen und ihre jeweiligen Stärken gewinnbringend zu nutzen. Die Stärke der Theorie und damit die Begründung für die Anführung als handlungsleitender theoretischer Rahmen ist somit darin verankert, über die Dimensionen der institutionellen Ordnungen und Akteurkonstellationen diese Dynamiken umfassend berücksichtigen zu können. Durch den teilsystemischen Orientierungshorizont kann zugleich eine funktionale Anbindung an die moderne Gesellschaft und die der strukturweisenden Faktoren des Funktionssystems der Wirtschaft gesichert werden. Dabei leiten Strukturierungsprozesse das Herausbilden neuer Leistungssysteme, wie das der Landwirtschaft, an.

Der Arbeit liegt zudem das herausgearbeitete Verständnis eines lebendigen Gefüges – bedingt durch wachsende gesellschaftliche Ansprüche und Mechanisierungen – zugrunde. Kristallisationspunkte wie Krisen und krisenhafte Ereignisse, die die bisherigen Produktionsweisen und Anwendungen der landwirtschaftlichen Praxis öffentlich hinterfragen, können so bestehende Strukturen des Leistungssystems dysfunktional werden lassen. An diesem Punkt setzt das zweite Primärziel der Arbeit an: Massenmedien konstruieren eine mediale Wirklichkeit, indem sie Krisen aufgreifen und darüber berichten (Schulz, 1989). Durch ihre Berichterstattung beeinflussen sie das Bild über das Leistungssystem Landwirtschaft im entscheidenden Maße, und Frames sind in diesem Vorgang nicht nur orientierungs- sondern auch entscheidungsgebend, da sie die aus der jeweiligen Krise abgeleiteten Konsequenzen prägen. Bestimmte Aspekte werden so besonders betont, während andere Blickwinkel in den Hintergrund rücken oder erst gar keine Beachtung finden (Scheufele, B., 2004, S. 402 f.). Infolgedessen stellt sich die Frage, welche Wirklichkeit die Massenmedien vom Leistungssystem Landwirtschaft konstruieren (Berger, Luckmann & Plessner, 2018, S. 21 f.; Kepplinger, 2011). Der Framing-Ansatz ist in diesem Zusammenhang eine Möglichkeit, Öffentlichkeit zu operationalisieren (Wimmer, 2004). Mit ihm kann die Frage beantwortet werden, wie Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft gerahmt werden und inwiefern die Frames eine unterschiedliche quantitative Betonung in der jeweiligen Krise erfahren.

Ein Blick auf die Entwicklungslinien und der damit verbundene Strukturwandel innerhalb der Landwirtschaft in den vergangenen 60 Jahren zeigt auf, dass der Sektor immer wieder von kleineren und größeren Krisen und krisenhaften Zuständen gezeichnet wurde. Nicht selten sind aus ihnen symbolhafte Wortschöpfungen entstanden, um ihre Tragweite zu beschreiben: ‚Milchseen‘, ‚Butterberge‘ und ‚Rinderwahnsinn‘ sind nur erste Beispiele (Kelnberger, 2021, S. 4). In das Blickfeld dieser Untersuchung rücken daher vier Krisen und krisenhafte Zustände, denen ein nachhaltiger Einschnitt innerhalb des Leistungssystems Landwirtschaft, eine ent-

sprechende Bedeutung in der öffentlichen Wahrnehmung sowie eine Zuordnung zu dem Produktionszweig der Tierhaltung oder des Ackerbaus attestiert werden können. Jede Krise für sich genommen wird dabei durch Störungen der bis dato gültigen funktionalen Strukturen sowie Anpassungs- und Wandlungsprobleme in Frage gestellt. Eine Krise kann so auch als ein Zeichen des Umbruchs verstanden werden, was wegweisende Entscheidungen auf Ebene der institutionellen Ordnungen zur Folge hat, die in zukünftigen Entscheidungen, Handlungen und Produktionsschritten noch nachwirken. Die Europäische Schweinepest (ESP), die Rinderkrankheit BSE, der Dioxin-Skandal sowie die Zulassung von Glyphosat in der Landwirtschaft wurden exemplarisch für die quantitative Inhalts- und Frameanalyse ausgewählt. Dabei richtet sich der Blickwinkel nicht ausschließlich auf die klassischen Leitmedien, sondern widmet sich einer weiteren perspektivischen Untersuchungslücke im Fach, indem ebenso Fachmagazine der landwirtschaftlichen Branche genauer unter die Lupe genommen werden. Auf diese Weise sollen neue Erkenntnisse darüber generiert werden, wie über die Krisen in der Landwirtschaft berichtet wird und inwiefern sich innerhalb einer Krise die Betonung der Sachverhalte medienspezifisch verändert.

Des Weiteren widmet sich das Framing-Konzept Fragen nach der kausalen Attribution (Matthes, 2007; Iyengar, 1991). Verantwortung als das Rede-und-Antwort-Stehen für die eigenen Handlungen und deren Konsequenzen (Bayertz, 1995; Heidbrink, 2006; Lenk & Mayring, 2001; Loh, 2017; Werner, 2011) stellt so ein verbindendes Kernstück zwischen dem Leistungssystem Landwirtschaft und den Massenmedien dar und bildet zugleich das dritte Primärziel dieser Arbeit ab. Auch hier offenbart sich ein theoretisches und empirisches Desiderat, wenngleich die lange Tradition und Selbstverständlichkeit des Verantwortungsbegriffs dies nicht vermuten ließe. So stellt Loh (2017, S. 36) zu Recht fest, dass die Frage nach dem Verantwortungssubjekt, also *wer* verantwortlich ist (Werner, 2011, S. 542; Sombetzki, 2014, S. 67), bisher nur im unzureichenden Maße Berücksichtigung gefunden hat. Dabei fällt der Attribution von Verantwortung gerade in modernen Gesellschaften eine bedeutende Rolle zu, da innerhalb der Teilsysteme der Gesellschaft „institutionell geprägte und normativ ... gesicherte Wahrnehmungsmuster und Zurechnungskonstrukte zur Verfügung“ stehen (Bühl, 1998, S. 16). Projiziert auf die Landwirtschaft sind ebenso in diesem Leistungssystem zahlreiche Akteure innerhalb einer Krise beziehungsweise (bzw.) eines krisenhaften Zustandes an der Attribution von Verantwortung interessiert. So äußern sich nicht nur politische Akteure auf supra- und nationaler Ebene zur Krise – auch zivilgesellschaftliche Akteure wie Verbandsvertreter von Landwirten und Konsumenten sowie Tier- und Umweltschützer melden sich zu Wort. Ihnen allen ist gemein, dass sie ein strategisches Interesse verfolgen, selbst mit und in der publizistischen Aufmerksamkeit durch erfolgreiche Handlungen und Handlungsentscheidungen sich abzuheben und ihre Sichtweise zur jeweiligen Thematik in der Krise in der öffentlichen Kommunikation zu lancieren. Die Massenmedien nehmen in diesem Aushandlungsprozess von Verantwortungszuschreibungen eine wichtige Rolle ein, denn die journalistische Berichterstattung ist zum einen eine Möglichkeit der Medien selbst, ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln zu attribuieren, und zum anderen bieten sie die Plattform für die genannten Akteure, um ihre Attributionen vorzunehmen.

Die offengelegten perspektivischen Desiderate münden in der Formulierung der folgenden zentralen Forschungsfrage:

Welches mediale Bild vom Leistungssystem Landwirtschaft in Deutschland wird in den überregionalen Printmedien und in Agrarfachmagazinen in ausgewählten Krisen und krisenhaften Zuständen des Sektors gezeichnet?

Die dazugehörigen Unterfragen spiegeln das Erkenntnisinteresse der für die Beantwortung der Forschungsfrage handlungsleitenden empirischen zwei Teilerhebungen wider:

- Welche zentralen Medienframes lassen sich in der deutschen Berichterstattung überregionaler Printmedien und Agrarfachmedien zu ausgewählten Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft in Deutschland identifizieren?
- Wie werden ausgewählte Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem Landwirtschaft dargestellt?
- Inwiefern lassen sich innerhalb einer Krise Unterschiede in der quantitativen Betonung eines Frames oder einer Frame-Kombination in dem jeweiligen Medium nachzeichnen?
- Welche „Formen“ von Verantwortung lassen sich in der Berichterstattung der überregionalen deutschen Printmedien und der Agrarfachmagazine über die Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft identifizieren?

Die Arbeit folgt zur Beantwortung dieser Fragen dem klassischen Aufbau einer empirischen Untersuchung und versucht so, sich schrittweise den Antworten zu nähern:

KAPITEL 2 legt dazu zunächst ein Abbild der Landwirtschaft in Deutschland vor, grenzt die Betrachtung des facettenreichen Sektors auf die Tierhaltung und den Ackerbau ein und zeichnet für diese Schwerpunkte den agrarischen Strukturwandel und Transformationsprozess kursorisch nach.

KAPITEL 3 spannt den theoretischen Rahmen der Arbeit auf und erläutert die grundlegenden Begriffe wie auch Konzepte und würdigt die systemtheoretischen Grundlagen Luhmanns sowie das Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken Schimanks. Im Vordergrund des Kapitels steht jedoch der Vorschlag des Modells einer Landwirtschaft als Leistungssystem und dessen Verortung im gesellschaftswissenschaftlichen Kontext. Wie sich Krisen und krisenhafte Zustände innerhalb des Leistungssystems entwickeln und wie dieses darauf reagiert, ist Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen, die in einer dieser Untersuchung zugrundeliegenden Definition der Landwirtschaft als Leistungssystem münden.

KAPITEL 4 legt die grundlegenden Denkfiguren und Erklärungsmuster der Verantwortung als Zuständigkeits- und Zuschreibungsbegriff offen und thematisiert im Anschluss die Relationen der Verantwortung, die in ihren einzelnen Elementen als Basis für die Attribution in der öffentlichen Kommunikation dienen.

KAPITEL 5 widmet sich zentral dem Framing-Ansatz und entwickelt dazu eine Definition als methodisch-theoretisches Konzept. Besondere Beachtung findet dabei das Framing im viergliedrigen Kommunikationsprozess mit Augenmerk auf den Medienframes und deren dynamische Entwicklung.

KAPITEL 6 rekonstruiert den theoretischen und empirischen Forschungsstand, indem es die Rolle und Bedeutung der Landwirtschaft im Forschungsfeld einordnet und anschließend einen Überblick über die bisherigen Erkenntnisse in Bezug auf die Framing-Forschung und Verantwortungsattribution gibt.

KAPITEL 7 fungiert als konzeptioneller Überblick und bildet das zentrale Bindeglied zwischen dem Theorieteil und den anschließenden zwei empirischen Teilerhebungen. Es werden die zentralen Annahmen aus dem bisherigen Forschungsstand abgeleitet und vorgestellt.

KAPITEL 8 legt die Herangehensweise und die daraus resultierende Ableitung der vier ausgewählten Krisen und krisenhaften Zustände offen und beschreibt diese im Anschluss in ihrem jeweiligen Krisenverlauf.

KAPITEL 9 widmet sich schrittweise der methodischen Umsetzung beider Teilerhebungen, definiert und begründet dazu die zentralen Begriffe, die Methode und dokumentiert jeweils die einzelnen Handlungsschritte. Dieses Kapitel wird bewusst ausführlich gehalten und insbesondere der manuell-holistische Zugang zur Frame-Identifikation präzise beschrieben, um dem häufig geäußerten Vorwurf einer fehlenden Transparenz hinsichtlich der Operationalisierung der Medienframes entgegenzuwirken.

KAPITEL 10 präsentiert die empirischen Befunde der quantitativen Frame- und Inhaltsanalyse und führt beginnend mit den allgemeinen, krisenübergreifenden Berichterstattungsmerkmalen hin zur einzelnen Krisenbetrachtung.

KAPITEL 11 und 12 legen den Schwerpunkt auf die zweite Teilerhebung. Zunächst wird auch hier ausführlich die methodische Herangehensweise geschildert, bevor im Anschluss erst die Ergebnisse der Verantwortungsattribution innerhalb der BSE-Krise und darauffolgend die in der Glyphosat-Debatte vorgestellt werden.

KAPITEL 13 als Schlussbetrachtung subsumiert den Gesamtzusammenhang der Arbeit und ihrer einzelnen Elemente, diskutiert und ordnet die gewonnenen empirischen Befunde in Rückbezug auf die Theorie und den Forschungsstand ein. Das Kapitel wird mit einer kritischen Reflexion und dem Aufzeigen konzeptioneller und argumentativer Schwachstellen sowie einen Ausblick auf zukünftige Forschung abgeschlossen.



2 Äcker, Ähren, Apps Landwirtschaft im Wandel



2.1 Hinführung und thematische Eingrenzung

In Deutschland ernährt ein Landwirt heute 137 Menschen. Zum Vergleich: 1950, zur Zeit der Gründung der BRD stand ein Landwirt 10 Verbrauchern gegenüber (DBV, 2021a, S. 18). Die Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors für die Volkswirtschaft ist damit offenkundig. Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei erzielten im Jahr 2021 einen Produktionswert von 59,6 Milliarden Euro (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), 2021a). Diese Leistungen erbringen vor allem die 259.200 landwirtschaftlichen Betriebe (Statistisches Bundesamt, 2021a) mit insgesamt 580.000 Erwerbstätigen (DBV, 2021a, S. 17). Als landwirtschaftlicher Betrieb² gelten nach dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021a):

Betriebe mit fünf ha LF und mehr bzw. mit einer Mindestgröße an Erzeugungseinheiten oder mit Spezialkultur oder Tierbeständen, wenn festgelegte Mindestgrößen erreicht oder überschritten werden.

Diese Definition orientiert sich am landwirtschaftlichen Strukturwandel, wonach immer weniger Betriebe mehr Fläche bewirtschaften. Dementsprechend wurde die Mindestgröße der landwirtschaftlichen Fläche (LF), die ein Betrieb vorweisen muss, um in den Statistiken berücksichtigt zu werden, auf 5 Hektar (ha) landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) angehoben³. Allerdings unterscheidet sich bis heute die Definition eines landwirtschaftlichen Betriebes zwischen dem europäischen und jeweiligen nationalen Recht (Leidwein, 2018, S. 29). Demnach ist auf europäischer Ebene ein landwirtschaftlicher Betrieb eine „technisch-wirtschaftliche Einheit mit einer einheitlichen Betriebsführung, die wirtschaftliche Tätigkeiten im Rahmen der Landwirtschaft im Wirtschaftsgebiet der Europäischen Union entweder

- 2 Zuvor umfasste die Erfassungsgrenze bis 1998 alle landwirtschaftlichen Betriebe ganz gleich ihrer bewirtschafteten Fläche. Entscheidend war, dass die Erzeugungseinheiten des jeweiligen Betriebes einem jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugungswert von 1 ha LF entsprechen. Durch den Strukturwandel bedingt, wurde die Erfassungsgrenze 1999 auf 2 ha angehoben. Alle Betriebe, die nicht im Besitz des genannten Flächenmaßes waren, wurden nur in Statistiken berücksichtigt, wenn sie eine andere Mindestgrenze über Spezialkulturen oder bestimmte Tierkategorien erfüllten (BMEL, 2021b). Zusätzlich sei darauf hingewiesen, dass die amtlichen Messungen innerhalb und über diesen Sektor Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei gemeinsam erfasst. Da die Landwirtschaft den Sektor dominiert, ist zumeist nur von eben jener die Rede, auch wenn sie ebenfalls die anderen beiden Bereiche statistisch darunter verbergen.
- 3 Für die weiterführende Einordnung der landwirtschaftlichen Kennzahlen gilt es zu beachten, dass bis 1969 in den Statistiken die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN), ab 1970 die LF Verwendung findet. Ersteres bezieht die Flächen, welchen nicht zur landwirtschaftlichen Produktion genutzt werden, aber zum Betrieb gehören wie bspw. Gebäude- oder Hofflächen mit ein. Dementsprechend sind LF zumeist kleiner als LN.

als Haupt- oder Nebentätigkeit ausübt“ (Eurostat, 2021). Jedoch berücksichtigt die Eurostat in ihren Erhebungen bereits landwirtschaftliche Betriebe mit 1 ha LF⁴. Der Landwirtschaft sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ist es aber gemein, dass sie insbesondere in ländlichen Regionen einen wichtigen produktiven Beitrag leistet. Sie übernimmt die elementare Funktion „für eine global nachhaltige Ernährungssicherung, aber auch das Engagement für nachhaltige, entwaldungsfreie Lieferketten agrarischer Importrohstoffe und für nachhaltige Konsummuster im Bereich der Ernährung (BMEL, 2019a, S. 12). Gleichwohl gehört sie nicht mehr überall zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen, da vielerorts die Entwicklung hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft Einzug gehalten hat. Und dennoch ist insbesondere Deutschland ein stark von der Landwirtschaft geprägtes Land. 81 Prozent (28,9 Millionen ha) der Fläche sind diesem Sektor in Form von Wald, Wiesen und Äckern zuzuordnen, die sowohl zur Ernährungssicherung als auch als Naherholungsgebiete genutzt und zugleich gepflegt werden (DBV, 2021a, S. 15). Insgesamt werden 16,6 Mio. ha für die direkte landwirtschaftliche Nutzung beansprucht (DBV, 2021a, S. 19). Auf 6,1 Mio. ha wird Getreide angebaut, weitere 4,7 Mio. ha sind Grünland für das Futter der Tiere (DBV, 2021a, S. 57). Ein sich aufdrängendes Problem stellt dabei der Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen dar, die aktuell 52 ha pro Tag⁵ betragen (DBV, 2021a, S. 58).

Der landwirtschaftliche Sektor ist als Lieferant von vorrangig Nahrungsmitteln und Bio-Energie eine Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts (Grandke, 2012). Heute ist die Landwirtschaft in Deutschland zweitgrößter Agrarproduzent in der Europäischen Union. Der zukünftige Trend ist eindeutig: Immer weniger Betriebe bewirtschaften mehr Fläche und erzeugen eine Vielzahl an Nahrungsmitteln. Damit einher geht allerdings der Verlust von Grünland und die Abnahme von Artenvielfalt und Diversität auf den Weiden. Vielmehr zeichnet sich die heutige Landwirtschaft durch große, homogene Felder aus, die eine effizientere Arbeitsweise in der Landwirtschaft ermöglichen (DBV, 2021a, S. 89).

Folgendes ist noch ergänzend anzumerken: Dass die Landwirtschaft als Teil der Urproduktion seit jeher als grundlegender Bestandteil der menschlichen Existenz gelten kann, dürfte unumstritten sein. Sie kann beschrieben werden als planmäßige Bewirtschaftung der Böden und der Viehhaltung. Ihre Funktion ist es, für die Menschheit pflanzliche und tierische Produkte herzustellen. Wie die nachfolgenden Kapitel zeigen werden, hat sich dieser Sektor im Laufe der Jahre stark gewandelt, und mit ihm hat sich eine Vielzahl von Produktionszweigen herauskristallisiert. Dementsprechend wird heute auch in Statistiken der gesamte Sektor unter den Stichwörtern „Land- & Forstwirtschaft, Fischerei“ (Statistisches Bundesamt, 2021b) zusammengefasst. Die landwirtschaftliche Produktion umfasst so die tieri-

- 4 Fortführende Erläuterungen zur Definition eines landwirtschaftlichen Betriebes auf europäischer und nationaler Ebene bietet u. a. (Eurostat, 2021; Leidwein, 2018). Regelmäßige Informationen über die Landwirtschaft in der EU werden durch die „Erhebung der landwirtschaftlichen Struktur (Farm Structure Survey – FSS)“ (Eurostat, 2021b) alle zehn Jahre als Vollerhebung in den Mitgliedsstaaten erfasst. Diese Erhebung orientiert sich dementsprechend an den europäischen definitorischen Vorgaben (Eurostat, 2021b).
- 5 Basierend auf Durchschnittsberechnungen aus den Jahren 2016 bis 2019 (DBV, 2021, S. 58).

sche, gartenbauliche Produktion (Obst, Gemüse, Kartoffeln) sowie die Erzeugung von Wein, Hopfen, Futterpflanzen und Getreide. Die Fischerei als Wirtschaftszweig wird ebenfalls dem landwirtschaftlichen Sektor zugeordnet, ist aber im großen Umfang in die Fischereipolitik der Europäischen Union (EU) integriert. Und auch der Wald als Lebensraum und Wirtschaftszweig zählt zum landwirtschaftlichen Sektor. Für die hier angestrebte Darlegung der Landwirtschaft in Deutschland und ihre Entwicklungslinien von 1949 bis heute werden die bedeutendsten Veränderungsprozesse anhand ausgewählter Schlüsselbereiche elaboriert und in den historischen Kontext eingebettet. Einer allumfassenden Betrachtung des gesamten Wirtschaftsbezugs der Urproduktion kann diese Arbeit nicht gerecht werden. Zu umfassend und detailreich sind die einzelnen Produktionszweige, von denen jeder für sich genommen bereits eine beachtliche Entwicklung durchlaufen hat. Zur Untersuchung der Krisen in der Landwirtschaft hat sich die Autorin deshalb bewusst für eine inhaltliche Eingrenzung auf die tierische Produktion und den Ackerbau entschieden. Wie die Ausführungen aufzeigen werden, nehmen diese beiden zentralen Produktionsbereiche in Deutschland den größten Stellenwert ein. In Europa ist Deutschland gar der größte Produzent von Milch und Schweinefleisch (DBV, 2021a, S. 115). Inwiefern sich dieser Agrarstrukturwandel seit Gründung der BRD vollzogen hat und welche Vielzahl miteinander verwobener wirtschaftlicher, technischer und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse diesen charakterisiert, ist Gegenstand der nachfolgenden Darlegungen.

2.1.1 Weniger Betriebe, größere Flächen

Die deutsche Landwirtschaft unterliegt seit einigen Jahrzehnten einem starken Wandel. Diese agrarische Transition setzte insbesondere mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein, da die Landwirtschaft in der BRD nach Kriegsende von folgenden Entwicklungen geprägt war (vgl. Henning, 1978, S. 254):

- Die natürlichen Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Produktion, insbesondere die Bodenqualität, waren im Vergleich zur DDR eher mäßig bis schlecht.
- Es lag eine stark ausgeprägte kleinbetriebliche Agrarstruktur vor.
- Das Land war in ein unausgeglichenes Verhältnis der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur größeren, zu versorgenden Bevölkerung (insb. die Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem Osten) gespalten.

Im Fokus der wirtschaftlichen Fortentwicklung des Sektors stand daher zunächst die Vermehrung der Selbstversorgungswirtschaften, um die rein quantitative Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen (BMEL, 2020, S. 7). Doch bereits zu diesem Zeitpunkt wurden grundlegend differentielle Strukturen in Bezug auf die Betriebsgrößen in den unterschiedlichen Besatzungszonen gelegt, die bis heute in dieser Form Bestand haben. Betriebsgröße beschreibt dabei den Umfang der einem Landwirt oder Gesellschafter zur Verfügung stehenden Fläche (Konersmann, 2003, S. 125–143). Diese allein stellt jedoch nicht gleich den ökonomischen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit sicher, sondern Faktoren wie die Bodenqualität, die Nutzungsform oder die klimatischen Bedingungen üben einen nicht unerheblichen

Einfluss auf die Erfolgsgarantie aus (Konersmann, 2003, S. 125; Mahlerwein, 2016, S. 19). Während vier Jahre nach Kriegsende rund zwei Millionen landwirtschaftliche Betriebe eine landwirtschaftliche Fläche von knapp 13.500 ha bewirtschafteten (Statistisches Bundesamt, 1952, S. 98), sind es im Jahr 2020 durchschnittlich 63,2 ha pro Betrieb (DBV, 2021a, S. 89). Eine kleinbetriebliche Landwirtschaft gehört somit der Vergangenheit an. Die Differenzierungen der Betriebsgrößenstrukturen unterscheiden sich seit jeher dahingehend, dass in den westlichen Regionen nach Ende des Krieges die Großgrundbesitzer zurückgewiesen und insbesondere Nutzflächen für Ostflüchtlinge bereitgestellt wurden. Dies umfasste jedoch lediglich fünf Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (Henning, 1978, S. 262; Mahlerwein, 2016, S. 25). Zudem orientierten sich die Agrarreformer der BRD an US-amerikanischen Modellen und die dort bereits fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft, um so auch in Deutschland eine Produktivitätssteigerung zu erreichen (Eckart, 1998, S. 240).

In der Sowjetischen Besatzungszone, unter einer marxistisch-leninistischen Agrarpolitik mit klaren planwirtschaftlichen-bürokratischen Vorgaben, stand weniger die Ernährungssicherung im Vordergrund, sondern es wurde zunächst eine radikale Bodenreform⁶ angestrebt. Die Folge war eine ungleiche Verteilung der Böden. Zusätzlich unterlagen die Betriebe durch die ab 1952 bis 1961 angestrebte Kollektivierung einer zweiten Umwälzung. Unter dem Motto „vom Ich zum Wir“ (Schier, 2001, S. 226) wurden „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ (LPGs) eingeführt, die eine Einteilung und Spezialisierung der Betriebe in Tier- und Pflanzenproduktion zur Folge hatten und zukünftig eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung anstrebten⁷ (Mahlerwein, 2016, S. 26–27). Diese klaren Unterschiede und regionalen Traditionen der Betriebsgrößen blieben auch nach der Wiedervereinigung bestehen, sodass im heutigen Ostdeutschland ein Großteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche von juristischen Personen wie Genossenschaften oder GmbHs und Personengesellschaften verwaltet wird (ehemals LPGs), während weiterhin in Westdeutschland Einzelunternehmen, also Familienbetriebe, die landwirtschaftliche Flächen bewirtschaften, dominieren (DBV, 2021a, S. 100). So beträgt heute die durchschnittliche Flächenausstattung eines landwirtschaftlichen Betriebes in Mecklenburg-Vorpommern 287,4 ha, die eines Betriebes in Bayern 32,0 ha (DBV, 2021a, S. 91).

Der stetige Strukturwandel der Landwirtschaft zeigt sich zudem klar in der Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe. Zum Vergleich: 2010 wurden noch 299.100 Betriebe aktiv bewirtschaftet, zehn Jahre später haben 36.300 Betriebe aufgegeben (Statistisches Bundesamt, 2021a). Wie die Tabelle 1 ausweist, wurden im

6 Die Bodenreform umfasste neben der bereits geschilderten Nutzfläche zusätzlich insgesamt 7112 Güter und 4278 kleinere Höfe, wobei die Kriegsverbrecher, Nationalsozialisten oder Kriegsschuldige im Besitz dieser Höfe waren. Für eine ausführliche Darstellung der Bodenreform sei Henning 1978, S. 232–236; Mahlerwein, 2016, S. 30–34 empfohlen.

7 An dieser Stelle wird der notwendige kursorische Überblick zur Kollektivierung in der Sowjetischen Besatzungszone gegeben. Für weiterführende Informationen sei u. a. auf Bauerkämper, 2002, S. 123–193; Henning, 1978, S. 236–241; Mahlerwein, 2016, S. 34–37 verwiesen.

Jahr 2020 insgesamt 262.800 Betriebe in Deutschland bewirtschaftet (DBV, 2021a, S. 19). Auffällig ist, dass landwirtschaftliche Betriebe mit über 100 ha und mehr deutlich wachsen, während Kleinbetriebe aufgeben. Diese großen Betriebe beackern insgesamt 62 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland (DBV, 2021a, S. 90). Besonders Betriebe mit unter 10 ha (-16,8 Prozent) bzw. 20–50 ha (-19,7 Prozent) sind in der Zeit zwischen 2010 und 2020 stark zurückgegangen (DBV, 2021a, S. 91).

In Bezug auf die Betriebs- und Rechtsformen dominierten im Jahr 2020 mit rund 87 Prozent klar die familiengeführten Betriebe, wobei 11 Prozent Personengesellschaften (GbR) und 2 Prozent juristische Personen (GmbH, Genossenschaft) ausmachten (DBV, 2021a, S. 100). Einfluss auf diese Entwicklung hat unter anderem die Liberalisierung der Agrarmärkte sowie die Agrarwende auf europäischer Ebene seit 2003, die eine Entkopplung der Agrarsubventionen von der Produktionsmenge festlegte. Seitdem erhalten Landwirte EU-Direktzahlungen pro ha Hoffläche (BMEL, 2014). Durch die Zahlungen werden „Einkommens- und Risikoabsicherung landwirtschaftlicher Betriebe in Form einer von der Produktion unabhängigen Zahlung unterstützt“ (BMEL, 2021c). Je mehr Land ein Landwirt besitzt, desto mehr Direktzahlungen⁸ erhält er. Die Folge: Den Landwirten steht ein größeres Kapital für weitere Investitionen (in bspw. den Zukauf von Ackerfläche) zur Verfügung. 2013 wurde die gemeinsame Agrarpolitik reformiert und nimmt seitdem stärker gesellschaftliche Leistungen in den Blick (BMEL, 2021c). Das Greening bspw. verpflichtet die Landwirte dazu, Dauergrünland zu erhalten und mindestens fünf Prozent der Ackerfläche für „ökologische Vorrangflächen“ (BMEL, 2021c) unter Berücksichtigung klima- und umweltfreundlicher Gesichtspunkte zu bewirtschaften.

<i>Bundesland</i>	<i>Anzahl der Betriebe (in 1000)</i>	<i>LF in ha/Betrieb</i>
<i>Bayern</i>	84,6	36,3
<i>Brandenburg</i>	5,40	242,7
<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	4,8	280,6
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	33,6	44,0
<i>Rheinland-Pfalz</i>	16,4	43,3
<i>Sachsen-Anhalt</i>	4,3	270,1
<i>Thüringen</i>	3,7	209,4
<i>Gesamt Deutschland</i>	262,8	63,2

Tabelle 1:

Landwirtschaftliche Betriebe in ausgewählten Bundesländern.

Quelle: DBV, 2021a, S. 89, S. 91; Statistisches Bundesamt, 2021a. (Stand: November 2020)

8 Das System der Direktzahlungen ist mit umfangreichen europäischen und nationalen Rechten sowie weiteren ausführlichen agrarpolitischen Vorgaben verknüpft. Einen umfassenden Überblick zu den Direktzahlungen bietet das BMEL (2021c).

Doch nicht nur die großen Betriebe wachsen. Auch der ökologische Landbau liegt stark im Trend: In den vergangenen fünf Jahren stellten über 8.000 Höfe auf eine ökologische Bewirtschaftung um (Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft [BÖLW], 2021, S. 10). Als Meilenstein des ökologischen Landbaus kann dabei die Einführung der Förderung der Ökolandwirtschaft (EC 1988) durch öffentliche Mittel 1989 sowie das Inkrafttreten der EU-Verordnung zum Ökolandbau 2092/91 (EC 1991) gelten (Best, 2006, S. 7).

Wie die Tabelle 2 aus gibt, ist seitdem die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe deutlich gestiegen und macht heute einen Anteil von 13,5 Prozent (35.00 Betriebe) aller Betriebe in Deutschland aus, die eine LF von 1,7 Mio. ha bewirtschaften (DBV, 2021a, S. 46; Statistisches Bundesamt, 2021c). Damit wirtschaftet jeder achte Hof in Deutschland nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus (BÖLW, 2021, S. 11). Die Betriebe sind zumeist in Verbänden wie Bioland und Demeter organisiert. Die Richtlinien dieser Verbände zur ökologischen Bewirtschaftung sind teilweise strenger als die EU-Rechtslinien, wonach bspw. nicht einzelne Betriebszweige auf ökologischen Landbau umgestellt werden können, sondern nur der gesamte Betrieb (BMEL, 2019b, S. 15–16).

<i>Bundesland</i>	<i>Anzahl der landwirtschaftlichen Ökobetriebe</i>	<i>LF in ha</i>
<i>Baden-Württemberg</i>	10,624	193,3
<i>Bayern</i>	10,989	3864
<i>Brandenburg</i>	972	188,6
<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	1071	176,7
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	2253	96,0
<i>Rheinland-Pfalz</i>	1763	81,9
<i>Sachsen-Anhalt</i>	856	72,4
<i>Thüringen</i>	441	54,3
<i>Gesamt Deutschland</i>	35,396	1.702.240

Tabelle 2:

Ökologischer Landbau in Deutschland in ausgewählten Bundesländern im Jahr 2020.

Quelle: BLE, 2021b.

2.1.2 Erwerbstätige und Betriebsformen

Wird die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im landwirtschaftlichen Sektor im zeitlichen Verlauf betrachtet, ist ein klarer Rückgang zu verzeichnen. Fünf Jahre nach Kriegsende arbeiteten 5,1 Mio. Menschen im landwirtschaftlichen Sektor, wobei insbesondere Frauen eine wichtige Stellung einnahmen, da viele ihren Ehemann durch den Krieg verloren hatten und sie fortan mithilfe von Kriegsgefangenen und Vertriebenen die landwirtschaftlichen Betriebe führen mussten (Eckart, 1998, S. 159; Mahlerwein, 2016, S. 126–127). Mit sowohl fortschreitender technischer Modernisierung als auch wachsenden besseren Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen, insbesondere im Dienstleistungssektor, sank die Zahl der

Erwerbstätigen in der Landwirtschaft kontinuierlich von 3,5 Mio. (1960), auf 866.100 Personen kurz vor Wende (1987) (Fritz, 2001, S. 237) auf 580.000 im Jahr 2020 (DBV, 2021a, S. 8). Dies entspricht heute einem Anteil von 1,3 Prozent aller Erwerbstätigen (DBV, 2021a, S. 7). Die genannten Zahlen berücksichtigen nicht die Erwerbstätigen, die nebenberuflich in der Landwirtschaft arbeiten. Als Nebenerwerb gilt heute ein landwirtschaftlicher Betrieb, der weniger als 50 Prozent seines Haupteinkommens von dem Betrieb bezieht (DBV, 2018, S. 91). Deren Anteil ist kontinuierlich gewachsen und macht heute 57 Prozent der Einzelunternehmen aus. 43 Prozent der Betriebe werden hauptberuflich geführt (DBV, 2021a, S. 104).

Nach der Wiedervereinigung galt es zunächst, die bis dahin 3.844 bewirtschafteten LPGs und 464 volkseigenen Güter (Statistisches Jahrbuch der DDR, 1991, S. 212) mit den agrarpolitischen Vorgaben der EU abzugleichen. Jedoch stand die bisherige agrarpolitische Führung der DDR zur Wiedervereinigung vor zwei richtungsweisenden Entwicklungssträngen: Zum einen wurde eine Agrarordnung diskutiert, die die Rückführung der LPGs zu familiengeführten Einzelbetrieben, wie sie in Westdeutschland Standard waren, favorisierten, zum anderen stand die Fortführung der großen genossenschaftlichen Betriebe zur Wahl (Mahlerwein, 2016, S. 140; Mann & Schaechterle, 2000, S. 25). Als Ergebnis gibt es heute in der ehemaligen DDR vorrangig Agrargenossenschaften, die in der Rechtsform von „juristischen Personen“ (eingetragene Genossenschaften, GmbHs, Aktiengesellschaften) bewirtschaftet werden. Mit dieser agrarischen Transformation und Verschlankung der landwirtschaftlichen Betriebe ging zugleich eine hohe Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Ländern einher, die teilweise einen Beschäftigungsabbau von über 90 Prozent zur Folge hatte (Martens, 2020). Nach einer kurzen Stagnation der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft Mitte der 1990er Jahre, die sich durch Saisonarbeitskräfte erklären lässt, ist seitdem ein stetiger Rückgang der Arbeitskräfte erkennbar (Mahlerwein, 2016, S. 133–134).

2.1.3 Mechanisierung führt zur Ertragssteigerung

Mitte der 1920er Jahre galt der Traktor als Symbol des technischen Fortschritts und mit ihm begann der rasante Wandel hin zu einer hochmodernen, digitalisierten Landwirtschaft. Heute nutzt jeder zweite Landwirt digitale Technik (Bitkom, 2020): Sei es im Bereich der Präzisionslandwirtschaft oder in der Viehhaltung durch automatisierte Fütterungsanlagen und Melkroboter. Die erleichterte Getreideernte durch Mähdrescher sowie Steigerungen der Zugkraftleistung der Schlepper und die Technisierung der Viehhaltung durch Melkmaschinen oder Entmistungsanlagen in der BRD führten ab 1970 dazu, dass die Landwirtschaft als vollmechanisiert gelten konnte (Uekötter, 2010, S. 327; Mahlerwein, 2016, S. 80). Eine Produktintensivierung durch Technisierung war die Folge. So können heute immer mehr Menschen von einem Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ernährt werden: Vor 100 Jahren entsprach der Hektarertrag für Weizen 18,5 Dezitonnen⁹ (dt), 1950 lag er bei 27,4 dt und 2020 bei 78,2 dt. Insgesamt hat die Landwirtschaft in den vergangenen 60 Jahren den Ertrag von Weizen fast vervierfachen können (DBV, 2021a, S. 17–18).

9 Für die Berechnung des Hektarertrages wird der Durchschnitt von vier Jahren ermittelt. Die hier genannten Zahlen beziehen sich dementsprechend auf die Jahrgänge 1898–1902; 1950–1954 (bezogen auf das frühere Bundesgebiet) und 2010–2015.

Die durch den geschilderten technischen Fortschritt zunehmend komplexer werdenden Produktionsmethoden lassen eine Spezialisierung einzelner Ackerkulturen auf breiter Fläche zu. In den 1950er Jahren¹⁰ begann diese anbaustrukturelle Wende, die sich an den drei Nutzpflanzen Getreide, Gesundheitsfrüchte (Hülsenfrüchte, Futterpflanzen) und Hackfruchtanbau (Feldgemüse) zeigt. So wuchs innerhalb von knapp 20 Jahren die Getreidefläche von 4,4 Mio. ha (1950) auf 5,2 Mio. ha (1969) (Eckart, 1998, S. 213). Für diese Phase der „Vergetreidung“ – wie sie zeitweise genannt wurde – sind folgende Sachverhalte bedeutsam: Zum einen ermöglichte der Anbau von Getreide durch eine präzise mechanische Ausstattung bei der Bodenbearbeitung und Ernte eine (A) hohe Flächenproduktivität¹¹ und zum anderen eine (B) erhöhte Arbeitsproduktivität. Des Weiteren wurden immer mehr (C) Pestizide und Herbizide entwickelt, die den Anbau auch arbeitsintensiverer Getreidearten „unter weniger natürlichen Bedingungen“ sicherten (Eckart, 1998, S. 213). Auch konnte so (D) die Nahrungssicherung der Bevölkerung garantiert werden, was jedoch eine Reduzierung auf die ertragreichsten Getreidearten wie Weizen und Gerste zur Folge hatte (Eckart, 1998, S. 212/213).

Im Vergleich konventioneller und ökologisch wirtschaftender Betriebe mit ähnlichen Standortbedingungen, Betriebsgröße und Produktionsausrichtungen stellt der DBV (2021, S. 50) heraus, dass deutliche Differenzen vorliegen. So liegt bspw. die Ertragsmenge von Weizen bei konventionellen Betrieben bei 74,8 dt (je ha), während ökologische Betriebe durchschnittlich 38,1 dt (je ha) erzielen. Dafür verfolgen sie das Ziel, einen umweltfreundlichen und bodenschonenden Anbau auf einer Ackerfläche von insgesamt 760.000 ha zu betreiben. Dauergrünland macht einen Anteil von 880.000 ha aus (Stand 2020) (DBV, 2021a, S. 46–47). Insgesamt erfordert diese Anbauweise eine höhere Arbeitsintensität, wodurch sich der höhere Preis für ökologische Produkte begründet. Auf europäischer Ebene ist Deutschland das viertgrößte Ökoanbauland – dicht hinter Spanien, Italien und Frankreich. Insgesamt werden in Europa bereits 14,9 Mio. ha (Stand 2020) ökologisch bewirtschaftet (DBV, 2021a, S. 49).

Neben dem klassischen Getreideanbau spielen seit jeher auch Futterpflanzen eine bedeutende Rolle. Bei der Flächennutzung ist zwischen dem Ackerfutterbau (11,7 Mio. ha) und der Grünlandnutzung (4,7 Mio. ha) zu differenzieren: Ersteres fokussiert den Anbau der Futterpflanze als Hauptfrucht, während auf den Wiesen entweder die Tiere grasen oder diese zur Futtergewinnung gemäht werden. Auf den Ackerflächen werden vorrangig Getreide (6,1 Mio. ha) sowie 2,2 Mio. ha Silomais angebaut (DBV, 2021a, S. 57). Jedoch kann die deutsche Landwirtschaft nicht den eigenen tatsächlichen Bedarf an Tierfutter decken, da nicht ausreichend eiweißhaltige Pflanzen produziert werden. 33 Prozent des in Tierfutter enthaltenen Eiweißes müssen daher vorwiegend aus Südamerika importiert werden (BMEL, 2020, S. 32).

10 Die nachfolgenden Daten bis zur Wende beziehen sich auf die BRD.

11 Die Flächenproduktivität beschreibt bezogen auf die Landwirtschaft die erzielte Ertragsmenge auf einer bestimmten Fläche. Sie wird in dt angegeben und gibt so bspw. Informationen über die erzielten Hektarerträge.

2.1.4 Umwelt- und Nachhaltigkeitskonflikt: Überproduktion und ihre Folgen

Die Intensivierung der Landwirtschaft geht aus ökologischer Perspektive eng mit weiteren Umweltauswirkungen einher, die schon jetzt und auch zukünftig einen Verlust der Arten- und Kulturreichhaltigkeit zur Folge haben. Die Zusammenführung kleinerer Flächen zu homogenen Feldern führt dazu, dass Bachläufe, Grünflächen und Hecken verschwinden und den Lebensraum für Vogel- und Pflanzenarten verkleinern. Zusätzlich belastet der Verbrauch von Mineraldüngern die Böden. Für eine langfristige Bodenfruchtbarkeit ist es zwar unabdingbar, den landwirtschaftlich genutzten Flächen nach der Ernte und Weidehaltung neue Nährstoffe durch Düngung zuzuführen, jedoch erfordert dies einen bedarfsgerechten Einsatz, da anderenfalls überschüssiger Stickstoff u. a. in das Grundwasser gelangt und eine langfristige Belastung des Wasser- und Ökosystems die Folge ist (BMEL, 2020, S. 25). Die Aufbringung von Stickstoff in seiner elementaren Form (N_2) ist nicht möglich, da es nur als reaktive Stickstoffverbindung in Form von Ammonium oder Nitrat erfolgen kann. Dabei ist grundsätzlich zwischen zwei Hauptquellen von Stickstoff zu unterscheiden: (A) Mineralischer Stickstoffdünger/Mineraldünger, der synthetisch hergestellt wird wie bspw. Blaukorn, sowie (B) fester und flüssiger Wirtschaftsdünger, also Gülle, Festmist oder Biogas-Gärreste, der im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft dem Boden wieder zugeführt wird. Die Aufnahme der Pflanze zur Umwandlung in Pflanzenmasse für Nitrat ist jedoch begrenzt, und Einflussfaktoren wie die Bodenbeschaffung oder die Aufbringungsmethode können diese zusätzlich mindern. Dementsprechend gelangt überschüssiges Nitrat durch stetige Auswaschungen in tiefer liegende Bodenschichten und so in das Grund- und Trinkwasser (Wisotzky, Cremer & Lenk, 2018, S. 299–301). Entscheidend für die Belastungen auf die Umwelt ist daher nicht der reine Düngemittelverkauf oder -einsatz, sondern der Stickstoff-Bilanzüberschuss, der als Maßzahl für die Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft in alle Umweltmedien herangezogen werden kann (Umweltbundesamt, 2021). Heute ist die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern in viehhaltungsstarken Regionen, wie Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, problematisch, da dort zumeist aufgrund von Überdüngung erhöhte Nitratwerte im Grundwasser nachgewiesen werden (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) & BMEL, 2020, S. 85). Eine verschärfte Düngeverordnung, die eine Ausbringung der landwirtschaftlichen Stickstoffdüngung betriebspezifisch definiert, soll zur Verringerung der Nitratwerte beitragen.¹² Durch spezialisierte und digitalisierte Ausbringungsmethoden können Landwirte heute sparsamer mit Dünger umgehen.

Neben der Düngung tragen auf den Äckern aber auch biologische und chemische Pflanzenschutzmittel explizit zu ertragreichen und qualitativ hochwertigen Ernten bei. Zugleich geht mit erhöhten Mineraldüngerabgaben eine intensivere Unkrautbekämpfung einher, wonach Schätzungen zufolge Anfang der 1950er Jahre

12 Diese Aufbringungsbeschränkungen gelten sowohl für Stickstoff als auch Phosphat und sind vom Standort, dem jeweiligen Bodenzustand und der jeweiligen Betriebsgröße (LF und Menge der gehaltenen Tiere) abhängig. Weiterführende Informationen zur Düngeverordnung und deren Novellierung bietet u. a. der Nitratbericht des BMU und BMEL (2020).

Ernteeinbußen von 20–25 Prozent durch Unkräuter, Schädlinge und Krankheiten vorlagen. Zurückzuführen waren diese Entwicklungen auf den intensivierten und dichten Getreideanbau, der den Befall von Pilzkrankheiten und Schadinsekten zusätzlich förderte (Eckart, 1998, S. 247; Mahlerwein, 2016, S. 111). Ab Mitte der 1950er Jahre hielten sodann die Herbizide auch vermehrt Berücksichtigung in der deutschen Getreidewirtschaft und lösten die mechanische Unkrautbekämpfung durch Hacken oder Eggen weitestgehend ab.

Die Zulassung des Breitbandherbizids Glyphosat im Jahr 1974, das von Monsanto unter dem Namen „Roundup“ auf den Markt gebracht wurde, ist bis heute Hauptbestandteil vieler Pflanzenschutzmittel und gilt als kostengünstiger und effektvoller Wirkstoff zur Bekämpfung von Unkraut. Nicht nur der Wirkungsmechanismus, sondern auch das breite Wirkungsspektrum des Herbizids haben frühzeitig dessen Einsatz in der Landwirtschaft gefördert (Kehlenbeck et al., 2015, S. 11). Seither zählen glyphosathaltige Herbizide zu den weltweit meistverkauften Pflanzenschutzmitteln (Duke & Powles, 2008, S. 319). Wiese, Schulte, Theuvsen und Steinmann (2016, S. 255) zufolge werden rund 40 Prozent der Ackerfläche in Deutschland jährlich mit glyphosathaltigen Herbiziden behandelt, wobei die jeweilige Betriebsstruktur, das verfolgte Anbausystem sowie die Bodenbearbeitungsgänge entsprechenden Einfluss auf die Stärke des Einsatzes ausüben. Entgegen dem wachsenden Interesse und den bestehenden Alternativen¹³ zum Einsatz von Glyphosat ist die agronomische Bedeutung des Wirkstoffes jedoch im europäischen und deutschen Ackerbau – insbesondere bei konservierenden Bodenbearbeitungen – weiterhin präsent (Wiese, Schulte, Theuvsen & Steinmann, S. 256).

2.1.5 Die Produktionssteigerung der Branche

Das Wachstum der Agrarwirtschaft wird zumeist in Bezug auf die zunehmende Nutzfläche je Betrieb beschrieben, dabei ist der nach dem Zweiten Weltkrieg eingetretene Umbruch in der Tierhaltung folgenreicher: Aus kleinbetrieblichen Strukturen mit selbstversorgungsorientierter Tierhaltung entwickelten sich bis heute hochkomplexe und spezialisierte Betriebe mit großen Tierbeständen (Uekötter, 2010, S. 340). Heute werden in 167.900 Betrieben Tiere gehalten – dies entspricht rund 64 Prozent aller

13 Je nach Anwendungssituation können bspw. annähernd wirkungsäquivalente Pflanzenschutzmittel eingesetzt bzw. miteinander kombiniert werden. Die mechanische Bekämpfung von Unkraut mithilfe von Pflügen, Eggen oder Mulchen können temporär wirken, aber erzielen keine nachhaltige Wirksamkeit. Zusätzlich führen dauerhafte Bodenbearbeitungen mit einem Pflug insbesondere auf erosionsgefährdeten Flächen zu verstärkten Abtragungen des Bodens durch Wind und Wasser. Eine weitere bestehende Alternative ist die Behandlung über das Abflammen des Unkrautes. Für die weiterführende Literatur zu den Alternativen in Bezug auf den jeweiligen Anbau sei auf (Kehlenbeck et al., 2015, S. 40–53; BMEL, 2021d) verwiesen.

landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland (Stand, 2020¹⁴; DBV, 2021a, S. 92). Die Zahl der viehhaltenden Betriebe nimmt jedoch deutlich ab: Zwischen 2010 und 2020 ist ein Rückgang von 9 Prozent zu verzeichnen (DBV, 2020, S. 92). In diesem Wandlungsprozess nimmt die Geflügelhaltung eine Vorreiterrolle ein, die bspw. durch eine automatisierte Sammlung der Eier, Tränkung und Fütterung technische Grundlagen schafften, die von den weiteren Tierhaltungszweigen mit der Zeit adaptiert wurden (Uekötter, 2010, S. 341–342). In den vergangenen 70 Jahren hat die Nutztierhaltung in Deutschland so einen ständigen Strukturwandel durchlaufen, der durchschnittlich zu größeren Tierbeständen geführt hat und zugleich mit einer stetigen Spezialisierung einherging. Die nachstehende Tabelle 3 enthält dazu eine zusammenfassende Übersicht.

Merkmale	Rind	Schwein	Geflügel	
Bestand	11 Mio.*	23,7 Mio.**	173 Mio.***	
			Legehennen	54,4 Mio.
			Masthühner	92,4 Mio.
Betriebe	130.582*	19.800**	51.000	
Jährlich geschlachtete Tiere****	3,4 Mio.	55,1 Mio.	703 Mio.	

Tabelle 3:

Übersicht über die zentralen Tierbestände in Deutschland.

Quelle: * Statistisches Bundesamt (2021d, Stand 11/2021); ** Statistisches Bundesamt (2021e, Stand: 11/2021); *** Statistisches Bundesamt, 2020, Stand 03/2020); **** (BLE, 2021d, Stand 2019).

Die Geflügelhaltung umfasst dabei das Haushuhn, Trut-, Zwerg- und Perlhühner, Schlacht- und Masthühner, Puten sowie die Entenhaltung und Gänsemast. Die Bezeichnung Hähnchen gilt sowohl für männliche als auch weibliche Masthühner. Insgesamt hat der Geflügelbestand in Deutschland seit den 1950er Jahren einen starken Konzentrations- und Spezialisierungsprozess erfahren: Zu dem Zeitpunkt gab es 48 Mio. Hühner bei 3,4 Mio. Haltern, dementsprechend war die Haltung bei durchschnittlich 14 Tieren pro Halter noch von einer kleinbetrieblichen Struktur geprägt (Eckart, 1998, S. 230). In den darauffolgenden Jahren ist die Zahl der gehaltenen Tiere gewachsen, die sich vorwiegend durch die zunehmende Spezialisierung und Mechanisierung wie bspw. die Käfighaltung ab 1963 erklären lässt (Eckart, 1998, S. 230; Mahlerwein, 2016, S. 96). In diesem Zusammenhang lässt sich vor allem eine regionale Konzentration auf den Raum Niedersachsen (u. a. Süddolnburg) ausmachen. Noch deutlicher zeichnete sich der rasante Konzentrations- und

14 Die Erhebungen zu den Viehbeständen und Betriebsstrukturen werden in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Dazu zählt u. a. die Agrarstrukturerhebung, die neben der alle zehn Jahre stattfindenden Landwirtschaftszählung alle drei bis vier Jahre unabhängig davon durchgeführt wird. Sie gibt Auskunft darüber, wie sich die Betriebsstrukturen und Viehbestände in Deutschland entwickeln. Die Viehbestände werden zusätzlich jedes halbe Jahr vom Statistisches Bundesamt erfasst. Angaben zu diesen sind entsprechend aktueller als eben jene zu den viehhaltenden Betrieben (Statistisches Bundesamt, 2016).

Wachstumsprozess in der Masthühnerhaltung ab: „31 Betriebe übernahmen bereits mit mehr als 100.000 Tieren ein Fünftel der gesamten westdeutschen Produktion“ (Mahlerwein, 2016, S. 96). In keinem anderen Tierhaltungszweig ist die Bestandsgröße im Zeitraum von 1971 bis zur Wende derart gewachsen wie in der Hühnerhaltung (Eckart, 1998, S. 288). Jedoch spielte weder in der DDR noch in der BRD der Tierschutz eine wichtige Rolle. Es dominierte die Käfighaltung, wobei „die Henne faktisch nur noch ein Glied in einer durchmechanisierten Produktionskette war“ (Uekötter, 2010, S. 341). Die folgende Tabelle 4 zeigt die Produktionsleistung von Hennen in den vergangenen 60 Jahren auf.

<i>Legeleistung von Hennen im Jahresvergleich in Deutschland</i>			
1960	148	2000	289
1980	242	2010	294
1990	258	2016	290

Tabelle 4:

Tierische Leistungen in der Geflügelhaltung im Jahresvergleich. (Die Angaben von 1960 bis 1980 beziehen sich auf die BRD.

Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung, (*Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)* & *Le Monde Diplomatique* 2018, S. 31).

Nach der Wende konnten sich die Bestandszahlen im Vergleich zu den anderen Viehwirtschaften halten und die industriellen Anlagen wurden unter Berücksichtigung von Tierschutz und neuer Technik grundlegend modernisiert (Mahlerwein, 2016, S. 100). Heute ist Deutschland Nettoexporteur von Geflügelfleisch (BMEL, 2020, S. 22). Der Pro-Kopf-Verbrauch belief sich im Jahr 2020 auf 22,3 kg/Kopf (BMEL, 2021e). Niedersachsen gilt dabei als Hochburg für die Geflügelhaltung. 49 Prozent aller Haltungsplätze finden sich dort (DBV, 2021a, S. 92).

Neben dem Tierhaltungszweig Geflügel nimmt die konventionelle Schweinehaltung in Deutschland eine tragende Rolle ein: Das Schwein ist der wichtigste Fleischlieferant und zugleich der größte Sektor innerhalb der globalen Fleischerzeugung. In Europa ist Deutschland der größte Schweinefleischerzeuger (BMEL, 2020, S. 20). Der Schwerpunkt liegt mit knapp 16 Mio. Tieren auf der Schweinemast (Statistisches Bundesamt, 2021e). Rückblickend hat dieser Tierhaltungszweig in kürzester Zeit eine grundlegende Entwicklungslinie durchlaufen. Nach Kriegsende haben die amerikanischen und britischen Besatzungsmächte unter einer „Schweinemastaktion“ die Zufuhr von rund einer halben Million Tonne Futtergetreide veranlasst, die dazu führte, dass innerhalb von drei Jahren der Schweinebestand von 4,9 Mio. Tieren (1947) auf 11,9 Mio. Tiere (1950) anstieg (Eckart, 1998, S. 229; Mahlerwein, 2016, S. 94). Zurückzuführen ist dies auf die relativ kurze Mastdauer und hohe Vermehrungsfähigkeit der Tiere, sodass die Bevölkerung zügig mit Nahrungsmitteln versorgt und die Unterversorgung gesenkt werden konnte. Dieser schnelle Konzentrationsprozess setzte sich in den darauffolgenden Jahren fort, sodass bis 1971 der Schweinebestand fast verdoppelt wurde (20,9 Mio. Tiere) (Statistisches Bundesamt, 1972, S. 156). Die Zahl der Tiere stieg pro Betrieb von 5 Schweinen (1950) auf rund 18 Schweine (1969) an (Eckart, 1998, S. 229). Deutschlandweit wurde ein Ma-

ximum des gesamten Schweinebestandes mit 24,5 Mio. Tieren 1986 erreicht, sodass auch bzgl. der Bestandgröße Rekordzahlen zu verzeichnen waren: Hochspezialisierte Betriebe hielten 1977 in Westfalen durchschnittlich 289 Schweine, 1986 wurden 326 Tiere pro Betrieb im Kreis Cloppenburg gezählt (Mahlerwein, 2016, S. 94).

Heute werden die meisten Schweine in Niedersachsen (8 Mio.) gehalten (Landesamt für Statistik Niedersachsen, 2021). Zusätzlich zeichnet sich ein fortschreitender Strukturwandel innerhalb der Schweinebetriebe ab, da kleinere Betriebe den hohen Anschaffungskosten, Modernisierungen der technischen Ausstattung sowie dem wirtschaftlichen Druck durch konkurrierende große spezialisierte Betriebe nicht standhalten können (DBV, 2021a, S. 97). Die fortschreitende Entwicklung zu immer größeren Betrieben ist die Folge: „78 Prozent aller in Deutschland gehaltenen Schweine standen im Mai 2021 in den 8.200 Beständen mit 1.000 und mehr Schweinen.“ (DBV, 2021a, S. 98). Innerhalb der vergangenen zehn Jahre hat sich so „der durchschnittliche Schweinebestand von 866 Schweinen in 2011 auf 1.248 Schweinen in 2021 erhöht (+ 44 Prozent)“ (DBV, 2021a, S. 98). Der Preis ist dafür deutlichen Schwankungen unterlegen: Seuchenausbrüche wie die Afrikanische Schweinepest (ASP) üben einen starken Einfluss auf den Erzeugerpreis, d. h. das, was beim Landwirt tatsächlich ankommt, aus. So fiel nach dem Bekanntwerden des ersten mit ASP infizierten Wildschweins in Brandenburg im September 2020 der Preis binnen einer Woche um 20 Cent auf 1,27 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht (Schulte, 2020). Im Gegensatz zum Verbraucherpreis, der vom Einzelhandel bestimmt wird, spiegeln sich Veränderungen auf dem globalen Agrarmarkt somit umgehend wider. Zwischen beiden Preisen kommt es häufig zu hohen Differenzen. 2020 lag diese bei 5,70 Euro zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis (agrarheute, 2021).

Den dritten Schwerpunkt der Nutztierhaltung in Deutschland bildet die Rindermast bzw. die Milcherzeugung. In knapp der Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe werden Rinder gehalten, wobei sich ähnlich wie bei der Geflügel- und Schweinehaltung ein Strukturwandel fern von kleinbetrieblicher Rinderhaltung hin zu umfangreichen Herdengrößen abzeichnet. 2020 wurden 76 Prozent aller Rinder in Deutschland in Betrieben mit einer Herdengröße von 100 und mehr Tieren gehalten. Ihr Anteil an den rindviehhaltenden Betrieben beträgt jedoch nur 26 Prozent (DBV, 2021a, S. 95). Der regionale Schwerpunkt der Rinderhaltung ist trotz dieser ungleichen Verlagerung in Bezug auf die Bestandsdichte weiterhin Bayern (DBV, 2021a, S. 95). Auf europäischer Ebene ist Deutschland mit knapp 32 Mio. Tonnen Milch (Stand: 2019) der größte Milcherzeuger (Milchindustrie-Verband e. V., 2020, S. 5). Deutschlandweit lag der Jahresumsatz der Milchindustrie bei 27 Milliarden Euro (Stand: 2019) – mit Abstand die größte Lebensmittelbranche innerhalb des Landes (Milchindustrie-Verband e. V., 2020, S. 15). Vor Ort werden jedoch längst nicht alle Produkte verbraucht. Das wäre auch kaum möglich: Der Selbstversorgungsgrad von Frischmilcherzeugnissen lag 2020 bei 117,3 Prozent (BLE, 2021c, S. 106). Aus diesem Grund wird die Hälfte der Milchprodukte innerhalb Europas sowie nach China, in die Schweiz und nach Südkorea exportiert (BMEL, 2020, S. 18). Zusätzlich ist Deutschland nach Frankreich der zweitgrößte Erzeuger von Rind- und Kalbsfleisch (BMEL, 2020, S. 18). Die Fokussierung dieser modernen Rinderhaltung auf die Produktion von Milch und Fleisch unter Berücksichtigung ökonomischer

Rahmenbedingungen, gestiegener Verbrauchererwartungen sowie der Vorschriften zum Tier- und Umweltschutz erschweren vielen Landwirten die Weiterführung ihres landwirtschaftlichen Betriebes (DBV, 2021a, S. 89 f.).

Rückblickend wurde der Rinderbestand nach Kriegsende – ähnlich wie bei der Schweinehaltung – nach einem kurzen Rückgang durch Futtermittelimporte der Besatzungsmächte aufgestockt, um den hohen Versorgungsgrad der Bevölkerung zu decken (Eckart, 1998, S. 171). Jedoch konnte aufgrund fehlender Stallungen der Konzentrationsprozess nicht so schnell voranschreiten, sodass ein landwirtschaftlicher Betrieb 1960 durchschnittlich noch 4,3 Tiere hielt (Mahlerwein, 2016, S. 1995). Der Bestand der Milchkühe umfasste 1950 rund die Hälfte (5,7 Mio. Tiere) des gesamten Rinderbestandes und pendelte sich in den darauffolgenden Jahren auf 5,8 bis 5,9 Mio. Milchkühe ein. Vor allem durch die Motorisierung war es möglich, dass auch kleinere Betriebe im Nebenerwerb die Milchkuhhaltung fortführen konnten (Eckart, 1998, S. 228; Mahlerwein, 2016, S. 95). Dies galt besonders für kleinbetriebliche Strukturen, wie sie in Bayern und Baden-Württemberg vorzufinden waren. Während in den anderen Bundesländern (vorwiegend NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein), in denen bisher mehr als die Hälfte des Rinderbestandes von den Milchkühen dominiert wurde, stetig abnahm, konnte deren Anteil in Bayern gehalten werden. Ursächlich hierfür ist neben der kleinbetrieblichen Struktur auch die Fokussierung auf die eigene Produktion von Milchprodukten wie Käse (Eckart, 1998, S. 232). Zusätzlich zeichnete sich mit zunehmender Konzentration der Rinderhaltung eine stetige Maximierung der Milchleistung je Kuh ab, die sich von 1950 bis 1989 verdoppelte, jedoch den größten Zuwachs in den 1950er und 1960er Jahren erhielt, in denen die Produktion von 14,6 auf 22 Mio. Tonnen gesteigert wurde (Mahlerwein, 2016, S. 95). In der nachfolgenden Tabelle 5 sind zentrale Kennwerte der tierischen Leistungen aufgeführt.

<i>Jahresvergleich der tierischen Leistungen</i>				
	<i>Einheit</i>	<i>1950</i>	<i>2000</i>	<i>2019</i>
<i>Milchleistung*</i>	je Kuh/Jahr in kg	2349	6122	8250
<i>Durchschnittliches Schlachtgewicht Rind**</i>	kg	254	305,8	331
<i>Durchschnittliches Schlachtgewicht Schwein***</i>	kg	100	95,2	100,9

Tabelle 5:

Tierische Erzeugnisse von Schwein und Rind im zeitlichen Vergleich.

*Quellen: (BLE, 2021d); **Statistisches Bundesamt, 2021f; ***Statistisches Bundesamt, 2021g.

Eine von Agrarkommissar Sicco Mansholt propagierte strukturbereinigende agrarpolitische Maxime des „Wachsen oder Weichens“ (Hirte, 2019, S. 950) führte in den darauffolgenden Jahren zwar zum bis dato größten Rinderbestand (1986: 15,8 Mio. Rinder), jedoch unterlag die Zahl der rinderhaltenden Betriebe einem kontinuierlichen Rückgang (Statistisches Bundesamt, 1988, S. 160). Während 1950 noch 1,5 Mio. Betriebe Rinder hielten, sank die Zahl 1970 auf 843.000 und bis 1989 auf 371.200 Betriebe (Eckart, 1998, S. 286). Gleichzeitig stieg die Zahl der Bestandsgrößen auf schließlich 39,2 Tiere pro Halter, wobei sich hier die regionale Konzentration der Milchkühe auf den Norden, insbesondere Schleswig-Holstein, hielt, deren Bestände durchschnittlich doppelt so groß waren wie die in Bayern (1990) (Eckart, 1998, S. 286). Nach der Wiedervereinigung nahm aufgrund weggebrochener Märkte der Rinderbestand in der ehemaligen DDR stark ab. 1996 wurden in Deutschland rund 16 Mio. Rinder gehalten, (Statistisches Bundesamt, 1997, S. 180). Zusätzlich schritt der Strukturwandel weiter voran, sodass die Bestandsgrößen weiterwuchsen, die Zahl der Halter hingegen konstant abnahm. Allein zwischen 1990 und 1994 war ein Rückgang von 22 Prozent der rinderhaltenden Betriebe zu verzeichnen (Eckart, 1998, S. 401). Die bis dato als selbstverständlich geachtete Lebensmittelsicherheit und nicht hinterfragten Produktionsmethoden der intensiven Landwirtschaft haben mit dem erstmaligen Auftreten der Seuche BSE im November 2000 eine deutschlandweite Hysterie ausgelöst. Die Folge war ein Einbruch des Rinderfleischmarktes. Insgesamt erkrankten 2001 in Deutschland 125 Rinder an BSE (vgl. ausführlich Kap. 8.2.2).

Des Weiteren ist seit jeher die Milcherzeugung an umfassende agrarpolitische Rahmenbedingungen gebunden, die sich bspw. über Marktordnungen garantierter Preise äußerten. Mit einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik war es zunächst das oberste Ziel, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Durch garantierte Preise für Milch, Fleisch und Getreide wurde die Nahrungsproduktion zügig gesteigert. Unabhängig von der produzierten Menge kauften die Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Produkte auf und ermöglichten so den Landwirten staatlich garantierte Abnahmepreise: Die Folgen waren gigantische Interventionsbestände, ausufernde Agrarausgaben und Agrarexporte, die durch eine enorme Überschussproduktion bedingt, sich immer stärker in Butterbergen und Milchseen manifestierte (Weingarten, 2010, S. 8). 1984 wurde als Gegenmaßnahme von der Europäischen Gemeinschaft (EG) die Milchquote eingeführt, die als staatlicher Markteingriff vor einer weiteren Überproduktion schützen und zugleich den Preis für die Erzeuger stabil halten sollte. Ziel dieser Regelung war es, die Milchproduktion in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu beschränken, denn wer mehr Milch als vereinbart produzierte, zahlte eine Superabgabe. Nach 31 Jahren europäisch regulierter Milchpolitik wurde die Quote 2015 abgeschafft, sodass seitdem wieder die Gesetze des Marktes gelten. Für die Landwirte selbst ist der Milchmarkt jedoch weiterhin in einer angespannten Lage. Um die Produktionskosten ansatzweise zu deckeln, wären 40 Cent/kg notwendig. Im Jahr 2020 betrug der monatliche Auszahlungspreis zwischen 31 und 33 Cent/kg, der von abnehmenden Molkereien an die Landwirte gezahlt wird (BLE, 2021c, S. 1). Dies bedeutete ein Minusgeschäft – auch vor dem Hintergrund der wachsenden Haltungs- und Produktionskosten: So kostet heute ein Stellplatz pro

Kuh in einem modernen, offenen Laufstall mit der entsprechenden technischen Ausstattung (bspw. Melkroboter oder automatisierte Fütterungssysteme) durchschnittlich rund 10.500 Euro (Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, 2021, S. 8).

Zusammenfassend kann dem viehhaltenden Sektor der Land- und Agrarwirtschaft ein dynamischer Charakter konstatiert werden. Die Betriebe sind zur Einhaltung sozialer, ökologischer und tierethischer Standards verpflichtet. Dazu bestehen fest etablierte Kontrollsysteme, die eine mehrstufige und lückenlose Kontrolle bei allen Betrieben, die tierische und pflanzliche Produkte erzeugen, aufbereiten oder importieren, sicherstellen. Staatlich anerkannte Kontrollstellen, wie Veterinäruntersuchungsämter, überwachen dabei den gesamten Erzeugungsprozess – das heißt von der Produktionsstätte, über die Lagerräume, die Stallungen der Tiere, Haltungsbedingungen bis zur Buchführung (bspw. Dokumentation der Abgabe von Tierarzneimitteln). Dies ermöglicht eine stetige kritische Reflexion und Kontrolle der Tierhaltung, des Tierschutzes und der Tiergesundheit.

2.2 Zwischenfazit

Für kaum einen anderen wirtschaftlichen Sektor lassen sich die Entwicklungslinien, die eine tief greifende Umwälzung unter dem Einfluss von technischem und innovationsreichem Fortschritt beschreiben, so umfassend aufzeigen wie für die deutsche Landwirtschaft. Angesichts dieser agrarischen Transition wurden die bedeutendsten Veränderungsprozesse anhand ausgewählter Schlüsselbereiche elaboriert und in den historischen Kontext eingebettet. Die gegebene Einordnung ist im Hinblick auf die Bedeutung für den Fortgang der Studie von großer Relevanz, da so die ausgewählten Krisen und krisenhaften Zustände in einem historischen Zusammenhang analysiert werden können. Die Darlegungen zeigen, dass die Landwirtschaft noch heute mit der rein quantitativen Versorgung und elementaren Funktion der Nahrungssicherung für die Bevölkerung vertraut ist. Und dennoch: „Die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und realer Entwicklung ist wohl auf keinem anderen Gebiet so gross wie dem der Landwirtschaft“ (Baumann & Moser, 1999, S. 1). Dementsprechend sind die Landwirte enger denn je mit dem Interesse, den Ansprüchen und der Sensibilität der Verbraucher konfrontiert, die eine Transparenz hinsichtlich der Produktionsweisen, Haltungsbedingungen, Agrarstrukturen und Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt einfordern. Zusätzlich stehen sie vor der Herausforderung, eine wachsende Weltbevölkerung bei schrumpfender Ackerfläche, bedingt durch eine dichtere Besiedelung und ein größeres Verkehrsnetz, mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen (DBV, 2021a, S. 57).

Die kursorisch aufgezeigten Entwicklungsprozesse seit 1949 verdeutlichen die starke Wandlung des Sektors innerhalb weniger Generationen, die sich klar durch die Steigerung der Hektarproduktivität auf den Äckern und der Produktivität pro Kopf äußern. Agrarpolitische Wendepunkte wie das von der EU in den 1960er Jahren geprägte Leitmotiv des „Wachsen oder Weichen“, das eine Erweiterung und Spezialisierung der Höfe forderte, blieben nicht folgenlos. Kleinbetriebliche Höfe gehörten zunehmend der Vergangenheit an. Auch technische Fortschritte und modernisierte Haltungsbedingungen verstärkten den Weg zur intensivlandwirtschaftlichen Revolution ab den 1980er Jahren, die zum einen zwar die zunehmende Ausrichtung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit stützten, zum anderen jedoch die Herausbildung der damals konkurrenzierenden Kontrastmodelle konventioneller und ökologisch wirtschaftender Betriebe weiter förderten. Die nach der BSE-Krise geforderte Agrarwende markierte ein Umdenken in der Landwirtschaft und ließ die kritische Betrachtung der gegensätzlichen Entwicklungen einer konventionellen oder ökologischen Landwirtschaft abschwellen. Die heutige Landwirtschaft ist von einer umfassenden Digitalisierung und Technisierung insbesondere im Ackerbau durch bspw. automatisierte Lenksysteme geprägt, die einer Vision von „Farm ohne Farmer“ gleicht. Damit wird deutlich: Der Agrarsektor als Schlüsselbranche befindet sich in einem schnellen Wandel und ist durch ein verwobenes Netz unterschiedlicher Ansprüche und Entwicklungen gekennzeichnet. Im Folgenden Kapitel 3 steht nun

der gesellschaftstheoretische Bezugsrahmen im Mittelpunkt. Dieser Rahmen ist notwendig, um die Landwirtschaft und ihre Leistungen in einen gesellschaftswissenschaftlichen Kontext betrachten zu können und zugleich das Herausbilden von Krisen und krisenhaften Zuständen im Sektor zu begründen.



3 Gesellschaftstheoretischer Bezugsrahmen



3.1 Allgemeine Einführung

Der Transformationsprozess im System der Land- und Agrarwirtschaft berührt vier zentrale Bereiche: Die Ökonomie, die Ökologie, die Agrarpolitik sowie die Technologie, die heute vor allem innovationsreiche Fortschritte durch die Digitalisierung von Arbeitsprozessen („digital farming“) umfasst (Bawden et al., 1984, S. 209–210). Die Entwicklungslinien hin zu dieser bedeutenden Wirtschaftskraft hat das vorangegangene Kapitel überblicksartig erläutert. Nun soll es darum gehen, den gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmen für diesen Sektor aufzuspannen. Dazu wird aufbauend auf dem Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken nach Schimank¹⁵ (1996) eine Definition für die Landwirtschaft erarbeitet, die sich an eine funktional differenzierte Gesellschaft anknüpfen lässt. Dass die Landwirtschaft dabei in all ihren umfassenden Sektoren als Leistungssystem des Teilsystems Wirtschaft zu begreifen ist, kann auf Basis der bisher gewonnenen Erkenntnisse zur wirtschaftlichen Bedeutungsstärke des Sektors als unbestreitbar gelten. Es ist jedoch notwendig zu berücksichtigen, dass die Landwirtschaft als komplexes System und „lebendiges Gefüge“ (Vester, 1993, S. 239) stetigen Wechselwirkungen unterliegt und im ständigen Austausch mit anderen Teilsystemen steht. Bestehende Gefüge können durch Krisen gleichwohl ins Wanken gebracht werden: Das Leistungssystem muss auf die Problematiken reagieren und sich den neuen Herausforderungen durch Strukturanpassungen stellen. Beispiele aus der Praxis, wie erhöhte Nitratwerte im Boden, zeigen auf, wie das Leistungssystem – hier durch verschärfte und präzisierte Anforderungen an die landwirtschaftliche Praxis (bspw. Sperrfristen der Düngerausbringung) – reagiert.

Der Ansatz, Landwirtschaft als komplexes System zu begreifen, ist nicht neu. Der Facettenreichtum der Agrarwissenschaften an empirischen und theoretischen Arbeiten, die fundierte Antworten auf die Fragen nach der Gestaltung des ländlichen Raums, der Wirtschaftlichkeit, Ernährungssicherung sowie den vor- und nachgelagerten Prozessen der Wertschöpfungskette geben, liefert bedeutsame Erkenntnisse für die Zukunftsfähigkeit des Sektors. Entsprechend bieten die Agrarwissenschaften auch theoretische Modelle an, die die Landwirtschaft als System erklären¹⁶. Jedoch

15 Vgl. ferner Schimank (2000, 2007), Schimank & Volkmann (1999).

16 Im Fachbereich Agrarwissenschaften findet das Verständnis der Landwirtschaft als System besonders im Spezifizierungsbereich des ökologischen Landbaus Anwendung. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die grundlegenden landwirtschaftlichen Prozesse in diesem Produktionszweig durch eine Kreislaufwirtschaft und Ganzheitlichkeit von systembezogenen Begrifflichkeiten geprägt sind und so in dieser Wirtschaftsform auch in der Praxis in Systemen gedacht wird (Fiala & Freyer, 2016, S. 91). Darüber hinaus legt auch der Dachverband der Internationalen Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen (IFOAM) seinen Aufgaben ein grundsätzliches Verständnis und die Förderung sozial, wirtschaftlicher und nachhaltiger landwirtschaftlicher Systeme zugrunde (IFOAM, 2016, S. 1). Für die weiterführende Literatur sei hier u. a. auf Fiala und Freyer (2016) verwiesen. Innerhalb der „Farming System Research“ als übergeordneter Forschungszweig, stehen die Interaktionen, Abhängigkeiten Verbindungen und der Austausch der Systemelemente (der Landwirt, der Betrieb und die Umwelt) eines landwirtschaftlichen Betriebes im Zentrum des Interesses (Darnhofer, Gibbon & Dedieu, 2012, S. 6).

stützen sich die Ausführungen darauf, wie die Systemtheorie im *naturwissenschaftlichen Fachbereich* verstanden wird (Bawden et al., 1984; Capra, 2015; Darnhofer, Gibbon & Dedieu, 2012). Für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit, *wie* über die Krisen berichtet wird, ist allerdings ausschließlich der *gesellschaftswissenschaftliche Zugang* in Anlehnung an Niklas Luhmann relevant. Eine strukturierte Aufbereitung der Funktionsweisen und Operationsmodi des landwirtschaftlichen Sektors, seiner Leistungen, Programme, Strukturen und Beziehungen zur Umwelt aus dieser Perspektive ist nach dem Kenntnisstand der Autorin bislang nicht im umfassenden Maße berücksichtigt worden. So kritisierten bereits 2003 Noe und Alrøe eine fehlende soziologische Betrachtung und Auseinandersetzung mit der Landwirtschaft. Bisherige Untersuchungen würden vorrangig den Landwirt als Individuum fokussieren und weniger ganzheitliche Betrachtungen vornehmen (Noe & Alrøe, 2003, S. 5).

Zentrale Absicht der nachfolgenden Ausführungen ist es daher, eine Antwort darauf zu geben, unter welchen Bedingungen Landwirtschaft als Leistungssystem der Wirtschaft in einer modernen Gesellschaft beschrieben werden kann. Dabei ist weniger die Diskussion über die unterschiedlichen Konzepte und definitorischen Ansätze und deren Richtigkeit zum System Landwirtschaft entscheidend. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, das System Landwirtschaft und dessen eigen-dynamische Entwicklung als ein Leistungssystem des Funktionssystems Wirtschaft zu verstehen. Dazu wird zunächst für die beiden Gesellschaftstheorien, System- und Akteurstheorie, ein kursorischer Überblick¹⁷ gegeben, wobei erstgenannter Ansatz umfassender berücksichtigt wird. Die Systemtheorie eignet sich nicht nur durch den seit ihrer Entstehung gewonnenen theoretischen Reifegrad, sie kann insbesondere durch ihren fundamentalen Ansatz und ihre Eigenkomplexität auch zur Klärung diffiziler Sachverhalte herangezogen werden (Willke, 2006, S. 8). Zusätzlich ermöglicht es die Systemtheorie durch ihren universellen Anspruch, alle sozialen Phänomene auf der gesellschaftlichen Makroebene erklären zu können, die Beobachtung und Erläuterungen der Land- und Agrarwirtschaft im gesamtgesellschaftlichen System vorzunehmen.

Im Anschluss werden sie im Modell der Akteur- und Struktur-Dynamiken zusammengeführt, bevor das Modell auf die Land- und Agrarwirtschaft angewandt wird. Dadurch kann die Landwirtschaft horizontal über die Teilsysteme (hier das System Wirtschaft) und vertikal innerhalb der Teilsysteme einer modernen Gesellschaft greifbar gemacht werden (Greck, 2017, S. 87). Zudem ist es aufgrund ihrer hohen Anschlussfähigkeit möglich, dass Zusammenhänge von handelnden Akteuren und bestehenden Organisationen erläutert und diese im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Orientierung betrachtet werden. Damit fungiert das Modell von Schimank (1996, 2000) auf der Mesoebene als Bindeglied zwischen der auf Makroebene agierenden funktional differenzierten Systemtheorie und der auf Mikroebene einzuordnenden akteurstheoretischen Theorien und Ansätze.

17 Für weiterführende Informationen sei auf die Vielzahl der zusammenfassenden Hauptwerke zur Systemtheorie verwiesen, die einen umfassenden Einblick und vertiefende Kenntnisse zu diesem Theoriezweig liefern (u. a. Berghaus, 2011).

3.1.1 System- und akteurtheoretische Grundlagen

Bei der Annäherung an die gesellschaftlichen Differenzierungskonzepte muss zwischen system- und akteurtheoretischen Theorien unterschieden werden: Die Systemtheorie (Luhmann, 1984, 1985, 1988, 1990) gilt als eine der soziologischen Grundlagentheorien und ist auf der gesellschaftlichen Makroebene zu verorten, da sie die Strukturen einer funktional differenzierten Gesellschaft beschreibt, aber sich nicht – im Gegensatz zu Akteurtheorien – auf die sozialen Handlungen der Akteure konzentriert, sondern ausschließlich auf die Kommunikationsebene innerhalb der Systeme Bezug nimmt (Schimank, 1996, S. 9 f.). Mittels der Systemtheorie ist es demnach möglich, gesellschaftliche Strukturen zu beschreiben (Schimank, 1996, S. 272). Aufgrund der postulierten einseitigen Beeinflussung der Handlung durch die Systemstrukturen kann sie diese jedoch nicht erklären. Dazu bedarf es der Beschreibung einer Wechselwirkung zwischen Handeln und Struktur, wie sie die traditionsreiche Handlungstheorie vornimmt (Altmeyers, Greck & Evers, 2016, S. 52–53; Schimank, 1996, S. 211). Analysen aus handlungstheoretischer Perspektive versuchen dementsprechend, Erklärungsansätze für bestimmte Handlungen, Intentionen und Motive einzelner Akteure zu liefern (Beck & Quandt, 2011, S. 87–88). Im Folgenden soll sich schrittweise an die Systemtheorie angenähert werden.

Generell lässt sich dazu zunächst nach Willke (2006, S. 2) festhalten, dass Systemtheorien den universellen Anspruch erheben, auf alle sozialwissenschaftlichen Fragen anwendbar zu sein und zur Änderung der Denkstruktur beizutragen. Zusätzlich erlauben Systemtheorien eine unterschiedliche Interpretation und Wahrheitsvorstellung innerhalb der verschiedenen Bereiche wie Organisationen, gesellschaftliche Funktionssysteme oder Gruppen und bauen dazu eine einheitliche grundlegende Systemproblematik auf (Willke, 2006, S. 2–3)¹⁸. In Rückbezug auf die gesellschaftliche Differenzierung hat sich aus Sicht der Systemtheoretiker die moderne differenzierte Gesellschaft auf Basis der Spezifizierung einzelner Sektoren entwickelt. Zur Komplexitätsreduktion der Gesellschaft haben sich dementsprechend verschiedenartige, autopoietische Funktionssysteme gebildet. Der dazu von Luhmann (1984) entwickelte Theorieentwurf, der bis heute als eine der prominentesten Theorien der Soziologie gelten kann, findet sich in seinem Hauptwerk „Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie“ (1984). Die Ausführungen zur Anwendung der allgemeinen Gesellschaftstheorie auf einzelne Bereiche erfolgt

18 Der Systembegriff ist von einer Vielzahl von Systemeigenschaften geprägt, wie bspw. die grundlegende Differenzierung von Systemarten (biologische Systeme, psychische Systeme, soziale Systeme (Luhmann, 1984, S. 16). Zusätzliche Eigenschaft eines Systems ist die Unterscheidung von offenen (Austausch mit der Umwelt) und geschlossenen (autarke Funktionsweise) Systemen (vgl. Capra, 1996, S. 299, Dimbath, 2020, S. 250). Systeme können dementsprechend zusammenfassend als eine aus verschiedenen Elementen zusammengesetzte, geordnete Ganzheit verstanden werden, die sich durch ihre Wechselbeziehungen stetig gegenseitig beeinflussen (Willke, 2006).

in den Publikationen zu den einzelnen gesellschaftlichen Funktionssystemen¹⁹. Zunächst gilt es, Luhmanns Ausgangspunkt – die Unterscheidung von System und Umwelt – kurz zu erläutern: Die einzelnen Funktionssysteme bauen zur Differenzierung von der Umwelt Systemgrenzen auf, umso ihre verschiedenen Funktionen für die Gesellschaft erfüllen zu können. Diese Abgrenzung erfolgt mittels Operationen. Die System-Umwelt-Differenz kann dementsprechend als Leitprinzip aller Systemarten angeführt werden und macht deutlich, dass die Umwelt als Außenseite des Systems fungiert. Insgesamt ist die Umwelt damit ungeregelter und komplexer als das System (Luhmann, 1984, S. 249).

Eng mit dem Umweltbegriff verknüpft ist die Autopoiesis. Dieses Konzept entspringt dem biologischen Bereich und besagt, dass Systeme ihre Operationen rekursiv oder selbstreferentiell betreiben (Willke, 2006, S. 61 f.). Dieser Prozess kann von der Umwelt nicht direkt beeinflusst werden, was aber nicht die Annahme zur Folge hat, dass Systeme losgelöst von der Umwelt betrachtet werden können oder die Umwelt das System determiniert. Vielmehr noch: Ohne Umwelt ist das System kein System. An diesen Leitgedanken knüpft die Frage an, welche möglichen Beziehungen zwischen den Systemen und ihren jeweiligen Systemumwelten bestehen. Luhmann hat dazu das Konzept der strukturellen Kopplung entwickelt, das die Verarbeitung der Umwelteinwirkungen durch das jeweilige System beschreibt (Luhmann, 2000, S. 373). Strukturelle Kopplung bedeutet demnach, dass die Systeme durch ihre Funktion (eine) spezifische Leistung(en) für die Gesellschaft erbringen, aber dabei nicht separiert von den anderen Systemen agieren, sondern über ihre Leistungen Kontakt zu anderen Systemen aufbauen und gegenseitige Einflussnahme ausüben (Luhmann, 2000, S. 371). Die Systeme können so noch weiterhin operativ geschlossen agieren und müssen nicht die Komplexität des anderen Systems annehmen, können aber dennoch, aufgrund ihrer informationellen Offenheit, vom anderen System profitieren. Umwelt bleiben die Systeme also weiterhin füreinander. (Greck, 2017, S. 85; Luhmann, 1997, S. 107, S. 778). Das Wirtschaftssystem kann auf diese Weise bspw. die eigenen Operationen verändern, weil es wiederum durch Beobachtungen der Umwelt dortige Veränderungen zur Kenntnis nimmt (Luhmann, 1988, 50–51). Dementsprechend passt sich das Wirtschaftssystem den agrarstrukturellen Entwicklungen seit 1949 an und reagiert seit jeher auf die Veränderungen im internationalen Agrarmarkt.

Diese genannten Systeme werden zur Beschreibung der Gesellschaft herangezogen. Die bereits angerissenen Funktionssysteme werden von Luhmann unter dem Schlagwort der „funktionalen Differenzierung“ der modernen Gesellschaft ausgeführt (Luhmann, 1997, S. 743). Dieses Konzept beschreibt, dass sich innerhalb der Gesellschaft autopoietische soziale Funktionssysteme entwickelt haben (Luhmann, 1997, S. 743). Dabei unterscheidet sich jedes Teilsystem in seinem Beitrag zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems. Diese Exklusivität zur Behandlung eines spezifischen gesellschaftlichen Systems kann ein soziales Funktionssystem jedoch

19 Die Anwendung der von Luhmann formulierten allgemeinen Gesellschaftstheorie auf die konkreten Funktionssysteme finden in nachfolgenden Untersuchungen Anklang. So befasste er sich im Laufe der Jahre u. a. mit den folgenden Funktionssystemen: „Die Wirtschaft der Gesellschaft“ (1988); „Die Realität der Massenmedien“ (1996); „Die Politik der Gesellschaft“ (2000).

nur erreichen, wenn es dazu über bestimmte Eigenschaften, Operationsweisen und Leitkriterien, nämlich der gesellschaftlichen Funktion, einer Problemorientierung, einem symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium und einem binären Code verfügt. Auf eine Akteursebene verzichtet der systemtheoretische Ansatz also weiterhin. Die Verarbeitung von Umwelteinflüssen übernimmt jedes System für sich nach seinem eigenen binären Code. Dementsprechend ist jedes System, das über eine binäre Codierung die eigene Operation leitet, ein Funktionssystem und trägt zur jeweiligen Funktionserfüllung durch die eigenen Strukturen und Codierung zur Komplexitätsreduktion in der modernen Gesellschaft bei (Luhmann, 1988, S. 51).

Durch diese funktionale Ausdifferenzierung kann allerdings dem Gesamtsystem keine gemeinsame Grundsymbolik (Rangdifferenz) mehr zugrunde gelegt werden, da, wie ausgeführt, gesellschaftliche Probleme auf die Spezialsysteme exiliert werden (Luhmann, 1997, S. 745). Die ungleichartigen Teilsysteme unterliegen folglich einer Gleichrangigkeit, und die Politik kann dementsprechend keinen höheren Anspruch als bspw. die Wissenschaft erheben (Schimank, 1996, S. 151). Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Funktionssysteme kann bspw. das System Politik seine gesamtgesellschaftliche Relevanz und seine Funktion dadurch behaupten, indem es kollektiv bindende Entscheidungen herbeiführt und mit dem entsprechenden Code *Entscheidung/Nicht Entscheidung* trifft (Luhmann, 2000, S. 246). Die Wissenschaft hingegen begründet ihre Funktion mit der Suche nach Ursachen oder Effektivität, da sich ihre Funktion durch den Aufbau und die Gewinnung neuer Erkenntnisse beschreiben lässt (Code: *wahr/unwahr*) (Luhmann, 1990, S. 273). Die Wirtschaft wiederum hat die Funktion, eine „zukunftsstabile Vorsorge“ (Luhmann, 1988, S. 64) zu schaffen, und legt dazu ihren Operationen, also was in ihren Systembereich fällt, den Code *zahlen/nicht zahlen* zugrunde (Luhmann, 1988, S. 53). Die Teilsysteme betrachten das Problem so nur noch im Kontext ihrer eigenen Leitdifferenz. Durch diese zweiwertige Differenzierung ist es möglich, das Funktionssystem nicht mit Tautologien und Paradoxien zu belasten, die bspw. Rückfragen über die Codierung des Rechtssystems und dessen Legitimation in Frage stellen (Luhmann, 2000, S. 116).

Gleichwohl reicht die Leitdifferenz der einzelnen Funktionssysteme zumeist nicht aus, um ein gesellschaftliches Problem umfassend zu behandeln, da sie zu geringe Strukturvorgaben für die Bildung teilspezifischer Kommunikation machen (Schimank, 1996, S. 162). Die Systeme benötigen daher weitere Erwartungsstrukturen und Entscheidungsregeln in Form von Programmen, die Hilfestellungen bei der Einordnung von Kommunikation geben und das Wissen des Teilsystems demonstrieren können (Luhmann, 1997, S. 750). Durch die Programme können demnach feste Systemstrukturen zwar nicht aufgehoben werden, aber das System kann eine gewisse Offenheit gegenüber neuen Anforderungen durch die Umwelt demonstrieren (Luhmann, 1997, S. 750; Schimank, 1996, S. 162–163). Im Wirtschaftssystem sind bspw. Preise das Programm (Luhmann, 1988, S. 64), innerhalb des Wissenschaftssystems stellen etablierte Theorien und Methoden Beispiele für Programme dar (Luhmann, 1990, S. 40). Symbolischen Ausdruck finden die Operationen der Systeme in einem generalisierten Kommunikationsmedium (Luhmann, 2000, S. 59). Dies dient der weiteren Selektivitätsverstärkung der codegeprägten Kommunikation im jeweiligen System (Schimank, 1996, S. 168 f.). Das bedeutet: Durch das

Kommunikationsmedium kann jedes System nochmals den positiven Wert des binären Codes intensivieren und durch variable Regeln über dessen Zuordnung entscheiden. Im Wirtschaftssystem stärkt so bspw. Geld die Zahlungsfähigkeit, durch Macht betont das politische System nochmals seine Durchsetzungskraft (bspw. Zulassungsverlängerung von Glyphosat auf europäischer Ebene) (Luhmann, 1988, S. 53; Luhmann, 2000, S. 35; Schimank, 1996, S. 169–170).

Die zusammenfassende Beschreibung Luhmanns kann beispielhaft auf eine Krise in der Landwirtschaft, wie den Einsatz von Glyphosat, übertragen werden: Demnach kommuniziert, debattiert und trifft die Politik als Teilsystem auf europäischer und bundesdeutscher Ebene kollektiv bindende Entscheidungen über den Einsatz von Glyphosat. Das Teilsystem Wirtschaft hingegen zahlt zum einen Steuern, um das Teilsystem Politik zu ermöglichen (Luhmann, 1988, S. 50), und zum anderen stellt es u. a. durch die Produktion spezieller Anbaugeräte sicher, dass beim Einsatz von Glyphosat dies gezielter auf dem Feld ausgetragen wird. Die Erarbeitung von Lösungsansätzen zum umfassenden Verzicht von Glyphosat ist Aufgabe des Funktionssystems Wissenschaft. Jedes System bedient als autopoietisches soziales System eine Funktion des Gesellschaftssystems, wodurch eine übergeordnete Zentralinstanz, die die Koordination der einzelnen Funktionssysteme übernimmt, entfällt (Luhmann, 1990, S. 204; Schimank, 1996, S. 150).

Auf Basis der vorangegangenen theoretischen Prämissen der Systemtheorie kann zunächst fixiert werden, dass das Ziel Luhmanns, einen universellen theoretischen Denkraum für moderne Gesellschaftsformationen zu entwickeln, erreicht wurde. Nachdem der Entwurf einer strukturfunktionalistischen Systemtheorie nach Parsons in der soziologischen Diskussion nur noch wenig Anklang fand und später von einem „sang- und klanglosen Verschwinden“ (Schimank, 1996, S. 200) dieser Theorie die Rede war, überraschte es umso mehr, dass Luhmann mit seiner funktionalstrukturalistischen Systemtheorie derart große Aufmerksamkeit erfahren hat. Dies ist nicht nur auf seinen gewählten Ausgangspunkt, die Unterscheidung von System und Umwelt, zurückzuführen – vielmehr zeigt er durch sein konstitutives Merkmal die Differenz auf, dass die hochkomplexe Welt aus unterschiedlichen Funktionssystemen besteht, und versucht dessen Entstehung und Erhalt über Komplexitätsreduktion zu erklären (Schimank, 1996, S. 138).

Kritiker der Systemtheorie bemängeln vorrangig, dass Luhmann den Akteur als Konstruktionskern zugunsten der Betonung von Systemnotwendigkeiten ausblendet.²⁰ Stattdessen wird der Mensch von ihm als Teil der Umwelt der Gesellschaft angesehen. Damit distanziert sich Luhmann grundsätzlich von den Vertretern der Handlungstheorien (vgl. u. a. Bourdieu, 1979; Habermas, 1981), die der Grundannahme folgen, dass die Gesellschaft aus Individuen besteht, und das Handeln dieser innerhalb der Gesellschaft untersuchen. Ihre theoretischen Ausführungen

20 Eine tiefgehende theoretische Auseinandersetzung zur Diskussion um die Rolle des Individuums in der System- und Handlungstheorie wird an dieser Stelle nur in einem für das Verständnis notwendige Maß gestreift. Für die weiterführende Literatur zur kritischen Abhandlung sei auf u. a. Bonß, Dimbath, Maurer, Nieder, Pelizäus-Hoffmeister & Schmid, 2020; Fuhse, 2005; Haferkamp, 1987 verwiesen.

basieren also auf der Annahme, dass Handlungen Einfluss auf Systemstrukturen ausüben und eben nicht – wie die Systemtheorie – auf Operationen innerhalb der Systeme (Schimank, 1985, S. 421 f.). Die Akteurstheorien agieren auf der Mikroebene der handelnden Akteure, wobei diese wiederum mit ihren Handlungen bestimmte Interessen und Absichten verfolgen. Ihr Handeln und das Handeln anderer Akteure können sie über bestimmte Mittel, wie bspw. „Macht, Geld, Wissen, Moral oder Gewalt“ (Schimank, 1996, S. 211), beeinflussen und in eine gewisse Richtung lenken. Diese wechselseitige Beeinflussung führt dazu, dass sich gemeinsame Ziele ergeben und sich Akteurkonstellationen herausbilden, die sodann soziale Strukturen schaffen. Diese können als „gesellschaftliche Differenzierungsstrukturen“ (Schimank, 1996, S. 211) titulierte werden. Die Aushandlung der Ziele hat allerdings zumeist zur Folge, dass nicht alle Wünsche, Vorstellungen und Konstruktionen der beteiligten Akteure Berücksichtigung finden. Die durch die Aushandlungen geschaffenen Strukturen sind dementsprechend das Produkt des Handelns, in dem sich alle Handlungen bewegen. Die Handlungen können dennoch weiterhin die geschaffenen und bestehenden Strukturen beeinflussen (Schimank, 1996, S. 211-212). Anwendung findet dieser theoretische Ansatz u. a. bei Elias (2014) zur Erklärung eines gesellschaftlichen Strukturwandels.

Zusammenfassend betrachtet, stehen die System- und Akteurstheorie exemplarisch für Theorien gesellschaftlicher Differenzierung, die beide auf eine lange Forschungstradition zurückblicken können und zugleich beide nicht kritiklos blieben. Auf Basis dieser hat sich im weiteren Verlauf innerhalb der soziologischen Forschungsliteratur eine weitere integrierende Ebene entwickelt, die den Versuch unternimmt, die differierten Strukturierungskonzepte der System- und Handlungstheorie in einer Mesoebene zu vereinen. Im Vordergrund dieser Netzwerktheorien stehen die Organisationsebene und die Vernetzung der Akteure (mit ihren Handlungen) und den jeweiligen Strukturen (Beck & Quandt, 2011, S. 96–101; Scholl, 2016, S. 389–390). Noch differenzierter betrachten Giddens (1997, S. 215 f.) in seiner Strukturierungstheorie und Habermas (1981, S. 229 f.) in der Theorie des kommunikativen Handelns eine Verknüpfung der Mikro- und Makroebene. Erstgenannter betont, dass „die Ausdehnung und »Geschlossenheit« von Gesellschaften über Raum und Zeit hinweg als grundlegend kontingent angesehen wird“ (Giddens, 1997, S. 218, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) – die einzelnen Systeme dementsprechend keiner klaren Abgrenzung voneinander unterliegen. Vielmehr umfassen soziale Systeme Giddens Verständnis zufolge alle Aktivitäten handelnder Menschen, die sich stetig reproduzieren (Giddens, 1997, S. 77). Bei Habermas (1981, S. 230) steht die Lebenswelt im Fokus, die eine ständige Reproduktion von Gesellschaft abbildet und als Subsystem den „Bestand des Gesellschaftssystems im ganzen [sic!] definiert (Habermas, 1981, S. 230). Systeme sind Habermas (1981, S. 230) zur Folge durch zweckrationale Interaktionen bestimmt und aus Lebenswelten entstanden, die nach einer schrittweisen Entkopplung von der Koexistenz von System und Lebenswelt als Subsystem im Gesellschaftssystem existieren. Schimank (1996) zieht zwischen die mikro- und makrotheoretischen Modellierungen eine integrierende Ebene ein und führt sie in einer integrativen Theorie der sozialen Differenzierung zusammen. Dieses Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken erlaubt die Identifikation von Teilsystemen in der Gesellschaft, in denen wiederum Organisationen auf der Mesoebene und Akteure

auf der Mikroebene herausgestellt werden können. Das verbindende Stück zwischen dem System und dem handelnden Akteur sind die teilsystemischen Orientierungshorizonte, da nur innerhalb dieser Kommunikation ermöglicht werden kann (Schimank, 1996, S. 243).

3.1.2 Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken

Nachdem die Grundzüge der Theorien zur gesellschaftlichen Differenzierung skizziert wurden, sollen nun die theoretischen Grundzüge des verbindenden Modells von Schimank (1996) erläutert werden. Dies ist notwendig, um die Rolle des Sektors in einem „Leistungssystem Landwirtschaft“ erstmalig zu analysieren, um so der steten Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teil- und Funktionssysteme als Merkmal einer modernen Gesellschaft Rechnung zu tragen. Schimank (1996) differenziert im Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken drei gesellschaftliche Struktur-dynamiken. Auf der Makroebene agieren die Teilsysteme, auf der Mesoebene sind Organisationen zu verorten und auf der Mikroebene die Akteure. Diese drei stehen jeweils über die nachfolgend beschriebenen Elemente, den *Orientierungshorizonten*, den *institutionellen Ordnungen* und den *Akteurkonstellationen*, in Verbindung.

(A) beschreibt den *teilsystemischen Orientierungshorizont* und ist, wie erwähnt, der Makroebene zuzuordnen. Er kann als Äquivalent zum Funktionssystem Luhmanns verstanden werden und trägt dementsprechend zur Komplexitätsreduktion der Welt bei (Schimank, 1996, S. 154; Schimank, 2007, S. 131–132). In diesem Horizont finden sich die Teilsysteme der Gesellschaft. Akteure und Organisationen als Elemente, die innerhalb des teilsystemischen Orientierungshorizontes agieren, treffen in diesem ihre Funktionen, Entscheidungen und Operationen. Den agierenden Akteuren ist durch ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten teilsystemischen Orientierungshorizont klar, welcher Handlungslogik sie selbst folgen und können dies auch den anderen auftretenden Akteuren unterstellen. Es wird sichergestellt: „Die Wechselseitigkeit dieser Unterstellungen macht die teilsystemischen Handlungslogiken zu intersubjektiv stabilisierten Orientierungen“ (Schimank, 1996, S. 244). An die Systemtheorie Luhmanns anlehnend, erfolgt die Komplexitätsreduktion mittels eines binären Codes. Das Teilsystem Wirtschaft orientiert sich dementsprechend an der Leitdifferenz *zahlen/nicht zahlen*. Durch diese Teilsystem-zugehörigkeiten ist für den handelnden Akteur klar, „welcher Richtung des *Wollens* er sich zuwenden kann“ (Schimank, 1996, S. 243, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Das Wollen kann dabei auch mit Streben übersetzt werden und gibt dem handelnden Akteur eine Erwartungssicherheit, da sie die Ziele, die Erwartungen und die Handlungsabsichten anderer Akteure im Teilsystem identifizieren können (Schimank, 1996, S. 243–244). Die Kommunikation, die innerhalb der Orientierungshorizonte stattfindet, entspricht dabei der jeweiligen Ausrichtung. Während bspw. im System Recht vorwiegend Paragraphen das Vokabular prägen, ist das der Wirtschaft von betriebswirtschaftlichen Fachbegriffen bestimmt. Insgesamt liegen nur wenige solcher Teilsysteme vor, die auch in festen Strukturen verankert sind. Ihre Handlungslogik, wie hier beim Teilsystem Wirtschaft das *zahlen/nicht zahlen*, ist entsprechend nur schwer zu verändern (Schimank, 1996, S. 246).

Die zweite Ebene der sozialen Differenzierung umfasst das Sollen der Akteure, das mit den (B) *institutionellen Ordnungen* verbunden ist (vgl. im folgenden Schimank, 1996, S. 245). Diese können sich bspw. über Verhaltenskulturen, Normen- und Wertorientierungen, Ad-hoc-Empfehlungen, Rechtsnormen, formelle oder informelle Regelungen, Mitgliedschaftserwartungen von Organisationen sowie vertragliche Vereinbarungen definieren. Sie konkretisieren und legen fest, welche Ziele Organisationen und Akteure im Sinne eines Sollens verfolgen und ihr Handeln dominieren. So wird dem handelnden Akteur vermittelt, welche Handlungen er verfolgen oder besser unterlassen sollte. Bei Nichtbeachtung können diese durch negative Sanktionen unterstrichen werden. Wie bei den teilsystemischen Orientierungshorizonten erhalten die Akteure bei ihren Handlungen dementsprechend wieder eine wechselseitige Erwartungssicherheit, da auch die anderen Akteure über die möglichen negativen Folgen bei Nichtbeachtung der institutionellen Ordnung informiert sind. Spezifische, problembehaftete Operationen auf der Wollensebene, die einer umfassenderen und spezifischeren Lösung bedürfen, können demnach durch die institutionellen Ordnungen gelöst werden. Die teilsystemischen Orientierungshorizonte, die „für sich allein noch viel zu unpräzise und uneindeutig [sind], um handlungsleitend zu werden“ (Donges, 2002, S. 125), erfahren durch die Sollensebene eine wertvolle Ergänzung. Diese institutionellen Ordnungen sind jedoch nicht rein als verschriftlichte Regelwerke zu verstehen, sondern auch Personengruppen, Interessensgruppen oder Einzelpersonen, wie im agrarwirtschaftlichen Sektor z. B. die Bundeslandwirtschaftsministerin, die ihre Entscheidungen auf Institutionen wie die EU-Rechtsvorschriften stützt, kann als institutionelle Ordnung gelten. Sie können aber zugleich selbst Initiator und Ergebnis eben jener Ordnung sein. „Institutionen sind somit Ordnungsanker innerhalb einer komplexen und sich verändernden Wirklichkeit, die den Menschen langfristig Orientierung geben“ (Altmeppen, 2006, S. 30). Während die teilsystemischen Orientierungshorizonte eher starr und stark generalisiert sind, kann dies für die institutionellen Ordnungen nur bedingt gelten. Durch einen stetigen gesellschaftlichen Wandel ist es erforderlich, dass entsprechende Anpassungen und Erweiterungen auf der Sollensebene erfolgen, auf die sich die Akteure einstellen müssen (Schimank, 1996, S. 246).

Das Handeln der Akteure wird durch eine weitere Strukturdimension, durch das Können, ergänzt, die sich innerhalb der gesellschaftlichen Teilsysteme durch zahlreiche (C) *Akteure und Akteurkonstellationen* auf der Mikroebene äußern. Im Sinne der beschriebenen Akteurstheorie bilden sich aufgrund unterschiedlicher Zielvorstellungen verschiedene Akteurzusammenschlüsse und Konstellationsstrukturen heraus. Neben aktiven Teilnehmern gibt es aber auch eine „träg[e] Masse“ (Schimank, 1996, S. 245), die die Aktivität der Akteursgruppe eingrenzen können. Die dritte Strukturdimension beschreibt folglich das Können der Akteure, die auf Basis ihrer Beobachtungen der Gegenspieler ihre Handlungsentscheidung treffen (Schimank, 1996, S. 244-245). Dies können Handlungsbeobachtungen sowie Einschätzungen von Handlungsauswirkungen auf die eigenen Intentionen sein (Schimank, 1996, S. 245). Die Akteure tragen aber zugleich die Verantwortung für ihre Handlungsentscheidung und können dementsprechend auch für ein verantwortungsloses Handeln herangezogen werden. Der Unterschied zwischen den Strukturdimensionen lässt

sich insofern beschreiben: „Die Könnenskalküle in Akteurkonstellationen sind viel spezifischerer Natur als institutionelle Regelungen; Akteurkonstellationen sind weit zahlreicher als institutionelle Ordnungen; und Akteurkonstellationen verändern sich noch schneller als institutionelle Ordnungen“ (Schimank, 1996, S. 246). Zurückzuführen ist dies u. a. auf wechselnde Akteursgruppen und ungeplante Zusammenreffen von Akteurkonstellationen. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Handlungsentscheidung können darüber hinaus starke Akteurkonstellationen ausüben. Nichtregierungsorganisationen wie bspw. BUND oder der DBV sind an spezifischen Handlungsentscheidungen von Akteuren interessiert und versuchen, einen entsprechenden Einfluss auszuüben. Die Folge können bestimmte Könnenskalküle und strategisch geplante Handlungen sein. Was für diese Strukturdimension entscheidend ist, fasst Altmeppen (2006, S. 37) wie folgt zusammen:

Es braucht Orientierung für das Sollen und – konkreter – Richtlinien, Regeln, Verfahrensweisen für das Wollen, damit die Akteure ihr Können erwerben, ein- und umsetzen können, damit sie, kurz gesagt, handeln können.

Im Vergleich zu den anderen beiden Strukturdimensionen sind Änderungen der Akteurkonstellationen umgehend und problemlos möglich. Das liegt zum einen daran, dass sie weniger Prozesse durchlaufen müssen, wie die institutionellen Ordnungen, um neue Regelungen aufzustellen. Zum anderen bilden sich stetig neue Akteurkonstellationen, die dementsprechend in zahlreichen Formen vorliegen. Die nachstehende Abbildung 1 veranschaulicht das Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken und stellt die drei Strukturdimensionen zusammenfassend vor.

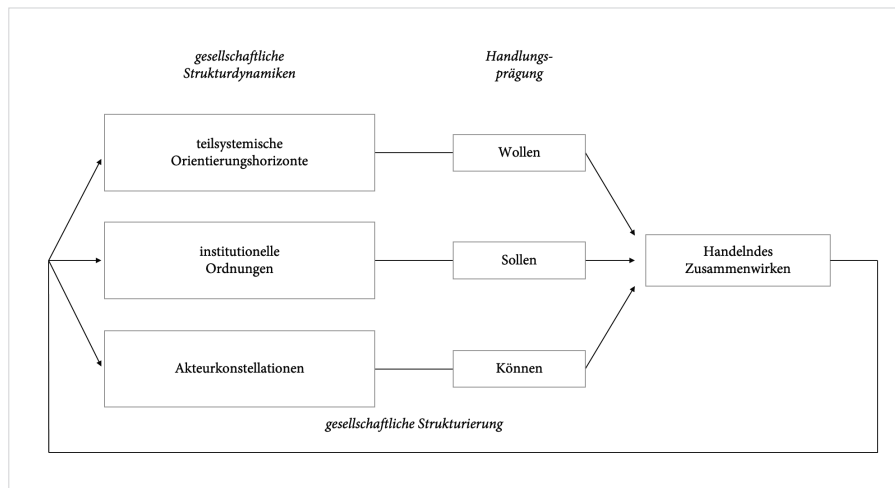


Abbildung 1:

Schimanks Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken. *Quelle: Schimank, 1996, S. 247.*

Insgesamt lässt sich festhalten: Schimank (1996, S. 140; S. 154) orientiert die von ihm im Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken identifizierten Teilsysteme²¹ an den Funktionssystemen Luhmanns. So wählt er bspw. für das Teilsystem Massenmedien ebenfalls den von Luhmann gesetzten Code *Information/Nicht-Information* (Luhmann, 1996, S. 36) aus, obwohl dieser in der Kommunikationswissenschaft kritisch aufgefasst wurde (u. a. Görke & Scholl, 2006, S. 650). Die gesellschaftliche Differenzierung vollzieht sich dabei „im Wechselspiel von teilsystemischen Orientierungsmustern, institutionellen Ordnungen und Akteurkonstellationen“ (Schimank, 1996, S. 272). Das bedeutet: Die Strukturdynamiken prägen durch ihr Handeln, ihre Handlungen, ihre Strukturveränderungen, Anpassungen, aber auch das Bewahren bestehender Strukturen die geltenden und zukünftigen Maßgaben für ihr Handeln und sind damit ein „hervorgebrachtes Resultat der gesellschaftlichen Dynamik des handelnden Zusammenwirkens“ (Schimank, 1996, S. 247). Mit diesem Verständnis berücksichtigt Schimank eben jenen Sachverhalt, den Giddens (1997, S. 52) mit dem Begriff „Strukturierung“ beschreibt. Mit dem Modell Schimanks ist es möglich, einzelne Differenzierungsvorgänge in den teilsystemischen Orientierungshorizonten oder institutionellen Ordnungen zu betrachten. Die Akteurkonstellationen tragen zu einem wechselseitigen Austausch unter den Strukturdimensionen bei und erzeugen somit die vollständigen Differenzierungsvorgänge. (Schimank, 1996, S. 248).

21 Die Liste der identifizierten Teilsysteme unterlag einer stetigen Fortentwicklung, sodass Schimank (1996, S. 154) folgende Teilsysteme benennt: „Wirtschaft, Politik, Recht, Militär, Wissenschaft, Kunst, Massenkommunikation, Erziehung, Gesundheit, Sport, Familie, Intimbeziehungen“.

3.2 Landwirtschaft in einer funktional differenzierten Gesellschaft

Nachdem das theoretische Fundament der gesellschaftlichen Differenzierung für die vorliegende Arbeit gelegt wurde, sollen die Strukturierungen für die Landwirtschaft definiert werden. Dazu erfolgen eine Anknüpfung und Orientierung an die Wirtschaft. Diese Ausarbeitung eines Differenzierungskonzepts macht es möglich, den Begriff der Land- und Agrarwirtschaft für die folgende empirische Untersuchung nutzbar zu machen.

In Rückbindung an die Theorie sozialer Differenzierung scheint es sinnvoll, die *Landwirtschaft als Leistungssystem* zu begreifen, da sie im Gegensatz zu anderen Teilbereichen im Orientierungshorizont der Wirtschaft durch ihre multifunktionale Ausrichtung Leistungen für die Gesellschaft erbringt, die über die reine Produktionsleistung hinausgehen (Zerger & Holm-Müller, 2008, S. 11). Als Leistungssystem agiert die Landwirtschaft im handlungsprägenden Teilsystem Wirtschaft, das im Sinne Schimanks den teilsystemischen Horizont darstellt. Entsprechend ist auch der binäre Code für die Leistung der Landwirtschaft *zahlen/nicht zahlen* anzunehmen. Landwirtschaft als komplexes, offenes System agiert dabei als „lebendige[s] Gefüge“ (Vester, 1993, S. 239) – wie der Mensch selbst – und steht in stetiger Wechselwirkung mit anderen Teilsystemen. Veränderungen in einem Teilsystem können Auswirkungen auf das Leistungssystem als Ganzes betrachtet haben. Um aber den im Leistungssystem Landwirtschaft auf der Mikroebene agierenden Akteur aufzuzeigen, „welcher Richtung des *Wollens* er sich zuwenden kann und welche anderen Richtungen er entsprechend nicht in den Blick zu nehmen braucht“ (Schimank, 1996, S. 243, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.), ist in einem ersten Schritt die Erklärung des teilsystemischen Orientierungshorizonts darzustellen.

Zu den nachfolgenden Ausführungen sei noch folgender Hinweis zu beachten: Das Leistungssystem Landwirtschaft setzt sich für die Leistungserbringung aus unterschiedlichen Teilbereichen zusammen: Die Forstwirtschaft als Teilbereich leistet so bspw. einen Beitrag zur Rohstoffgewinnung und trägt ebenso zum Erhalt des Waldes als Lebensraum bei. Die Viehwirtschaft als Teilbereich hingegen konzentriert sich in ihrem Leistungsspektrum auf die Gewinnung von Fleisch, Milch und Eiern. Wie bereits eingangs erläutert (vgl. Kap. 2.1), liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit auf den Teilbereichen der Viehwirtschaft und des Ackerbaus. Im weiteren Verlauf wird ein komplexes Konzept entwickelt, das das gesamte Leistungssystem abbilden soll. Aufgrund der Fokussierung auf die beiden genannten Teilbereiche orientieren sich die gegebenen Beispiele jedoch vorrangig an diesen und blenden bspw. institutionelle Ordnungen aus der Forstwirtschaft oder Fischerei aus.

3.2.1 Teilsystemischer Orientierungshorizont

Diese Zuordnung der Landwirtschaft zum System Wirtschaft auf der Ebene des (1) *teilsystemischen Orientierungshorizonts* hat zur Folge, dass die primäre Ausrichtung und die Funktion der Landwirtschaft darin liegen, einer ökonomischen Handlung zu folgen und ein wirtschaftliches Ergebnis zu erbringen, um Profit zu erzeugen. Das Leistungssystem operiert dabei nach dem Kommunikations- bzw. Steuerungsmedium Geld, das über das Bestehen bzw. Nicht-Bestehen nach der zentralen Handlungsanleitung *zahlen/nicht zahlen* entscheidet (Luhmann, 1988, S. 53). Auf der Makroebene erfüllt die Landwirtschaft als Leistungssystem daher die Funktion, „eine zukunftsstabile Vorsorge mit je gegenwärtigen Verteilungen“ zu schaffen (Luhmann, 1988, S. 64, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Diese allgemeine Zuschreibung einer zukunftsstabilen Vorsorge gilt es zu konkretisieren.

Die Landwirtschaft als Teil einer demokratischen Gesellschaft erfüllt die Leistung – und hat zugleich dafür den legislativ verankerten Auftrag –, (A) die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen (BLE, 2022). Diese Funktion und Sinnkonstitution kann als unabdingbar und gar überlebensnotwendig beschrieben werden. Zugleich kann durch diese Leistungszuschreibung, der Produktion von Waren und Gütern für den Markt, die Zuordnung zum teilsystemischen Orientierungshorizont Wirtschaft gestützt werden, da so die Merkmale und Anforderungen ökonomischer Art gedeckt sind. Die primäre Leistung der Nahrungsmittelherstellung wurde bis Anfang der 1970er Jahre nicht als agrarpolitisches Ziel definiert. Im Zentrum stand die Steigerung der Produktivität für eine umfassende Versorgungssicherheit als Leistung der Landwirtschaft (vgl. Kap. 2.1.5). Erst mit geringerer Relevanz der reinen Selbstversorgung spielt die Versorgung mit Nahrungsmitteln wieder eine tragende Rolle in den agrarpolitischen Zielen der BRD. Voraussetzung für diese Leistung ist neben dem fachlichen Personal die notwendige technische Ausstattung zur Bewirtschaftung und Fütterung der Tiere sowie eine gesicherte Finanzierung, um die erforderlichen Vorleistungen, die der Ackerbau bspw. zum Kauf des Saatguts einfordert, zu erfüllen.

Darüber hinaus erbringt die Landwirtschaft Leistungen, die über die Nahrungsmittelproduktion hinausgehen. Zu diesen weiteren Leistungszweigen zählt bspw. (B) die *Entwicklung des ländlichen Raums* mit dessen Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kulturwirtschaft (Plieninger, Bens & Hüttl, 2006, S. 23). Mit der Agenda 2000 wurde dieser Leistungszweig als Teil der zweiten Säule der öffentlichen Agrarförderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aufgenommen, womit die enge Verwobenheit der Landwirtschaft mit dem ländlichen Raum betont wird. Als politisches Konzept fokussiert sie aber nicht die Förderung der Landwirtschaft, sondern die Stärkung der Lebens- und Wirtschaftsräume, um diese nachhaltig, zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten (BMEL, 2019c, S. 8). Des Weiteren erfüllt die Landwirtschaft die Leistung des (C) *Umwelt- und Naturschutzes* im Sinne einer sichereren und nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Die Notwendigkeit dieser Leistungserfüllung zeigt sich darin, dass durch starke Düngung und Bewässerung der Böden oder die Beseitigung von Landschaftselementen zur Gewinnung von produktionsgerechterem Ackerland Naturschutzflächen verloren gehen (Kantelhardt & Heißenhuber, 2005, S. 27). Neben diesen Beiträgen zum Um-

welt- und Naturschutz erfüllt die Landwirtschaft eine weitere wichtige Leistung, die sich unter dem (D) Stichwort *Energie- und Rohstoffversorgung* vereinen lässt. Durch den Anbau von Raps, Mais, Weizen oder Zuckerrüben als Industrie- und Energiepflanzen leistet die Landwirtschaft einen Beitrag zu den erneuerbaren Energien, die Schritt für Schritt eine Energieversorgung mit fossilen Rohstoffen ersetzen soll. Das Betreiben von Windrädern, Biogasanlagen und Solaranlagen auf Stallungen ergänzt das weite Spektrum, das die Landwirtschaft zur Bioenergie beiträgt (BMEL, 2020, S. 7).

Die Landwirtschaft bedient also eine breite Palette ökonomischer, ökologischer und sozialer Leistungen, wobei diese ein unterschiedliches Leistungsvermögen erbringen, was vor allem aus der differenten Notwendigkeit für die Gesellschaft heraus resultiert. Die Herstellung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen deckt in diesem Leistungsspektrum ein überlebensnotwendiges Grundbedürfnis des Menschen und kann bei hierarchischer Betrachtung als Kernleistung der Landwirtschaft bezeichnet werden. Weitere zuge dachte Leistungen der Landwirtschaft haben sich in der zeitlichen Entwicklung des Sektors nach dem Zweiten Weltkrieg herauskristallisiert und sind mit ihm gewachsen, sodass bspw. sowohl der betriebswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Agrarmarkt als auch der Leistung zum Schutz der Umwelt heute eine höhere Bedeutung zugeschrieben werden können. Insgesamt kann den Leistungen der Landwirtschaft ein dynamischer Charakter attestiert werden, die auf Basis wachsender gesellschaftlicher Wahrnehmungen und daraus resultierender Ansprüche, des technischen Fortschrittes sowie gewonnener Erkenntnisse aus der Wissenschaft stetig in ihrem Leistungsspektrum wachsen (Canenbley, Feindt, Gottschick, Müller & Roedenbeck, 2004, S. 31). Diese Leistungen, die von der Landwirtschaft für die Gesellschaft erbracht und in den ökonomischen Kreislauf eingespeist werden, unterliegen dabei wirtschaftlichen Kriterien, klaren Ertragsmodellen sowie gesellschaftlichen Veränderungen: Die gestiegene Nachfrage der Konsumenten nach ökologisch nachhaltig produzierten Lebensmitteln und hohen Tierwohlstandards sowie die Frage, wie in dem Zuge auch die Landwirte eine angemessene Vergütung erhalten können, illustrieren diese Kriterien: Die Skandale um faire Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen oder das Auftreten erster Fälle von ASP in Deutschland sind Beispiele dafür, wie der Markt (Preisrückgang um 20 Cent/kg; Zinke, 2020) und die Sorgen der Verbraucher das Leistungssystem Landwirtschaft beeinflussen.

Jedoch kann das Leistungssystem Landwirtschaft im Orientierungshorizont Restrukturierungen vornehmen und weiterverfolgen, um auf die Veränderungen durch Strukturanpassungen zu reagieren. Dazu zählen bspw. die Konzentration auf einzelne Betriebszweige oder die Umstellung auf eine ökologische Landwirtschaft. Diese lassen sich zumeist auf Initiativen von Verbänden oder Empfehlungen aus der Wissenschaft zurückzuführen, die, orientiert an den Interessen der Konsumenten und des Handelns, nachhaltige Veränderungsstrukturen im Leistungssystem verankern möchten. Der ökologische Landbau als Antwort auf diese strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen agiert dabei selbst nach einem systemischen Verständnis (Fiala & Freyer, 2016, S. 95). Demzufolge kann Landwirtschaft allerdings nicht, wenngleich sie systemtheoretisch als Leistungssystem autonom und selbstreferentiell geschlossen ist, unabhängig handeln. In dem Falle würde die Land-

wirtschaft ihr Handeln rein auf die Produktion von Nahrungsmitteln, Beobachtung, Pflege und Sicherung des Natur- und Kulturräumens konzentrieren. Im ökonomischen Prozess verankerte Faktoren wie äußere Einflüsse (Kostendenken, Fixierung auf die Erlöse) würden demnach keine Rolle spielen. Für ein allumfassendes Leistungssystem wie die Landwirtschaft ist das nicht denkbar. Zu groß ist der Druck, die Entscheidungen danach auszurichten, welches Gemüse oder Fleisch der Verbraucher bspw. präferiert und dementsprechend auf dem Markt nachgefragt wird. Das hier vorliegende Verständnis von Landwirtschaft als Leistungssystem berücksichtigt mit- hin die Abhängigkeiten und Interaktionen der einzelnen Systemelemente, wie sie die „Farming System Research“ (Darnhofer, Gibbon & Dedieu, 2012, S. 6; Noe & Alrøe, 2012) betont.

Innerhalb dieser Ausformung der Landwirtschaft als wirtschaftliches Unternehmen gilt es, die dem Orientierungshorizont Wirtschaft zugrunde liegenden Kriterien *zahlen/nicht zahlen* und das Kommunikationsmedium Geld genauer in den Blick zu nehmen. Die systemrelevante Kommunikation des Orientierungshorizonts Wirtschaft entspricht Schimank (1996, S. 244) zufolge einer wirtschaftlichen Handlungslogik. Diese kommt besonders dann zum Tragen, wenn Entscheidungssituationen entstehen und die Akteure im Wirtschaftssystem von einem Profitinteresse des anderen ausgehen und ihrem Erwartungshorizont entsprechend sich ebenfalls dieser wirtschaftlichen Handlungslogik (also dem Profitinteresse) unterwerfen. Folglich „prägen [Teilsysteme] somit die reflexiven oder Standardinteressen der Akteure“ (Donges, 2002, S. 124). Auf das Leistungssystem Landwirtschaft übertragen bedeutet dies, dass die Produktion von Nahrungsmitteln auf Ertrag, aber auch auf Umsatz und Profit ausgerichtet ist und das Handeln der Akteure unter einem Vorbehalt von ökonomischem und wirtschaftlichem Erfolg steht. Um den Erfolg zu erzielen ist es jedoch insbesondere in der Landwirtschaft notwendig, Kapital zu beschaffen bzw. Vorauszahlungen zu leisten und dies – als Ressource betrachtet – im Sinne der zugeschriebenen Leistung zu nutzen. Für die Handlungen muss sich das System selbst finanzieren. Zusätzlich erhält es zur Einkommens- und Risikoabsicherung Direktzahlungen aus der EU-Agrarförderung (BMEL, 2021c), um auch den gesellschaftlich legitimierten Auftrag bzw. die Leistung der Nahrungsmittelproduktion zu erfüllen. Im Hinblick auf agrarwirtschaftliche Entwicklung lässt sich allerdings auch hier ein Wandel verzeichnen, wonach auf der Angebotsseite immer größere Agrarunternehmen im Leistungssystem noch umfassender die Funktionserfüllung übernehmen. Auf der Nachfrageseite hingegen wandeln sich die Bedürfnisse und Interessen der Konsumenten (bspw. Erhalt der Biodiversität, Maßnahmen im Kontext des Klimawandels). Der bis dato habitualisierte marktliche Prozess, in dem weniger die Nachfrage als das Angebot entscheidend war, durchläuft eine Neuausrichtung.

Aus den dargelegten zentralen Strukturmustern folgen jedoch zugleich die Problemfelder der Landwirtschaft: Effizienzdruck, Verbrauch von Natur- und Umweltressourcen sowie wachsende Standardanforderungen und Auflagen bei sinkenden Erzeugerpreisen (Zukunftsstiftung Landwirtschaft, 2019). Ursächlich dafür sind die auf den teilsystemischen Orientierungshorizont Wirtschaft und dessen Code *zahlen/nicht zahlen* ausgerichteten Programmkomponenten, d. h. die institutionellen Ordnungen und Akteurkonstellationen.

3.2.2 Institutionelle Ordnungen

Landwirtschaft als Leistungssystem im Orientierungshorizont der Wirtschaft zu begreifen, bedeutet, dass eindeutig sein muss, welche spezifischen Leistungen sie erbringt. Die Erfüllung dieser Leistungen ist entscheidend für die Ausgestaltung der (2) *institutionellen Ordnungen*, die im Sinne des teilsystemischen Orientierungshorizonts agieren. Diese „gesellschaftliche[n] Vorgaben des Sollens“ (Schimank, 1996, S. 245) geben an, wie das Handeln im Leistungssystem angeleitet werden kann, und bilden so das Scharnier zwischen dem *Wollen* und *Können* der Akteure in der Landwirtschaft. Konkretisiert werden sie durch Präzisierungen in Produktionsprozessen, Regeln, formalisierte Rechtsformen und Verordnungen, denn in keinem der einzelnen Produktionszweige kann ein Landwirt ohne die geltenden Vorgaben und Gesetze die Tiere halten (BMEL, 2020, S. 13). Die institutionellen Ordnungen vermitteln dementsprechend den Landwirten, was sie zu tun bzw. zu unterlassen haben (Schimank, 1996, S. 245). Im Leistungssystem Landwirtschaft liegen dazu eine Vielzahl legislativ verankerter Regelungen vor, die vom Teilsystem Politik auf nationaler Ebene, aber auch durch das Teilsystem der Europäischen Union auf supranationaler Ebene ausgestaltet werden. So wurde 1957 auf europäischer Ebene die Aufgabe der Landwirtschaft – die Sicherstellung der Ernährung in Europa – in Paragraph 39 der römischen Verträge der EWG festgehalten, bis 1962 die GAP in Kraft trat. Seitdem hat sie im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung des Sektors eine stetige Neustrukturierung erfahren müssen, um sich den gewandelten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen (Europäische Kommission, 2017, S. 5; BMEL, 2019d; Schöpe, 2005, S. 22).

Unter welchen Bedingungen Nahrungsmittel hergestellt und Äcker bewirtschaftet werden, ist daher an strenge Standards, die den Umwelt-, Tier-, Arbeits- und Verbraucherschutz betreffen, gekoppelt (BMEL, 2020, S. 13, vgl. im Folgenden BMEL, 2019d). Diese gesetzlichen Vorgaben umfassen so zum Beispiel die Novelle der Düngeverordnung. Zudem schreibt seit der GAP-Reform 2013 die EU strikte Regelungen für ökologisch nachhaltige landwirtschaftliche Bewirtschaftungsmethoden vor, sodass Landwirte verpflichtet sind, fünf Prozent der gesamten Nutzfläche für die Förderung biologischer Vielfalt und im Sinne des Umwelt- und Tierschutzes zu bewirtschaften. Auch ist der Landwirt verpflichtet, auf den Äckern mehr als nur eine Nutzpflanze anzubauen. Das „institutionelle Dreieck“ der europäischen Gesetzgebung kann somit im Sinne der zweiten Ebene der sozialen Differenzierung als Initiator institutioneller Ordnungen fungieren. Durch die von ihnen verabschiedeten Verordnungen, wie bspw. das Greening, bringen sie Ordnung in das Gefüge der europäischen Landwirtschaft und leiten das Handeln der agierenden Akteure, d. h. der Landwirte an. Sie betonen ihre legislativ codierten Verordnungen durch negative Sanktionen, sodass den Landwirten bis zu 30 Prozent der Greeningprämie bei Nichteinhaltung gestrichen werden.

Zusätzlich können auf der Ebene der institutionellen Ordnungen Programme und Regelungen auf bundesdeutscher Ebene eingeordnet werden, die eine Handlungsanleitung für die Landwirte darstellen. So ist im Grundgesetz die „Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung ...“, die Sicherung der Ernährung“ (§ 74 Abs. 1 S. 17 GG) verankert. Zusätzlich definiert das Landwirtschaftsgesetz seit

1955 den Erhalt einer leistungsfähigen Landwirtschaft in Deutschland. Fortschritte in der Wissenschaft konnten zudem weitere Regelungen aufheben und durch am Tierschutz orientierte Verordnungen ersetzen (BMEL, 2020, S. 13). Strikte Vorgaben zu den Haltungsbedingungen, wie viel Platz ein Tier im Stall, welche Licht- und Temperaturverhältnisse sowie Fütterungs- und Tränkungsanlagen gegeben sein müssen, werden in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV) definiert (BMEL, 2020, S. 13). Das Anfang 2010 rechtskräftige Verbot der konventionellen Käfighaltung – bekannt als Legebatterie – illustriert, wie das BMEL als Initiator einer institutionellen Ordnung fungieren kann. So hat das BMEL nicht nur bundesweit zwei Jahre vor der eigentlichen Umsetzung nach dem EU-Recht ein Verbot der Käfighaltung gesetzlich verankert, sondern dies auch auf EU-Ebene vorangetrieben, sodass diese seit 2012 in allen EU-Mitgliedsstaaten verboten ist (BMEL, 2015). Darüber hinaus stellt bspw. die Futtermittelverordnung sicher, dass weitere Akteure im Leistungssystem Landwirtschaft wie Futtermittelhersteller ebenfalls für ihre Leistungserbringung an institutionelle Ordnungen gebunden sind. Eine besondere Position nehmen die institutionellen Ordnungen im ökologischen Landbau ein, wo Anbauverbände und Handelsmarken wie Demeter neben der EU-Bio-Verordnung auch spezifische, zumeist noch umfassendere Leistungen einfordern, die über die EU-rechtlichen Vorgaben hinausgehen (Demeter e. V., 2019).

Neben den angeführten, legislativ codierten institutionellen Ordnungen, die auf supra- und nationaler Ebene verankert sind, können ebenfalls Verbände und Organisationen als eben jene fungieren. Der 1948 gegründete DBV tituliert sich selbst als „Wertegemeinschaft“ (DBV, 2011) und kann im Leistungssystem Landwirtschaft als Initiator institutioneller Ordnungen gelten. In ihren Aushandlungen, Gesprächen und Forderungen berufen sie sich auf ihr Leitbild – die selbst eine institutionelle Ordnung darstellen kann– und formen anhand dieser die Interessen ihrer Mitglieder, den Landwirten, zu „ehrlichen und tragfähigen Positionen“ (DBV, 2011, S. 3). Aber auch spezifische Organisationen wie der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP) agieren als solche und verfügen über beobachtbare Ordnungen, mit deren Hilfe sie Lösungen erarbeiten, um die Probleme im Orientierungshorizont zu meistern. Die grüne Gentechnik fordert als eben solche Herausforderung normen- und wertorientiertes Handeln der agierenden Akteure – wie der BDP – ein und steht zudem beispielhaft für den von Schimank (1996, S. 31) ausdrücklich betonten Zusammenhang von institutionellen Ordnungen und Akteurkonstellationen.

Unter dem Begriff der institutionellen Ordnungen lassen sich – den dargelegten Ausführungen folgend –, auf der Mesoebene eine Vielzahl unterschiedlicher, landwirtschaftsspezifischer Regelungen festhalten, die das Handeln im agrarwirtschaftlichen Sektor anleiten. Neben den Initiatoren auf supra- und nationaler Ebene, die das Handeln der Akteure vor allem durch rechtlich bindende institutionelle Ordnungen und legitimatorische Rahmenbedingungen prägen, bilden sich weitere Ordnungen heraus, die sich im landwirtschaftlichen Sektor primär in Interessensverbänden manifestieren und dort – an den Wertvorstellungen ihrer Mitglieder orientiert – Ordnung in das Gefüge bringen. Zusammenfassend bilden die Institutionen „operationale Vorgaben für die Situationswahrnehmung der Akteure und modulieren ihre Orientierung in Form von Spielregeln oder Regelwerken“ (Donges, 2002, S. 125).

Dessen ungeachtet können institutionelle Ordnungen nicht nur Probleme auf der Wollensebene lösen oder zumindest verbessern, sondern auch selbst Auslöser einer Krise sein – durch bspw. Verstöße gegen geltende Ordnungen oder durch das Fehlen von Ordnungen, die das Handeln anleiten und erst nach dem Auslösen einer Krise sichtbar werden (vgl. bspw. in der BSE-Krise die Verfütterung von Tiermehl). Vertiefend wird auf die Rolle der institutionellen Ordnungen als Krisenauslöser im zusammenführenden Kapitel 3.3 eingegangen. Vorab gilt es, die Akteure im Leistungssystem Landwirtschaft näher zu betrachten.

3.2.3 Akteure und Akteurkonstellationen

Die dargelegten Leistungszuschreibungen zeigen die inhaltliche Vielfalt auf, in der und mit der die Landwirtschaft arbeitet. Im Orientierungshorizont Wirtschaft geht es dabei um die Ökonomie und das Handeln der landwirtschaftlichen Betriebe innerhalb vorgegebener ökonomischer Richtlinien und Gesetzmäßigkeiten, an denen sich das Handeln der Akteure orientiert. Mit wachsender betrieblicher Vielfalt und Produktionsorientierung, deren Antriebsfeder die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt ist, erhöht sich die Auslagerung einzelner Aktivitätszweige und der daraus folgende Einkauf von Produkten oder Dienstleistungen bei Bedarf. Vor diesem Hintergrund steigt auch die Zahl der agierenden (3) *Akteure und Akteurkonstellationen* innerhalb des Wertschöpfungsprozesses, die Handlungsentscheidungen treffen und durch diese Auswirkungen auf die eigenen Intentionen haben können. Im Leistungssystem Landwirtschaft kann daher nicht von einer homogenen Akteursgruppe ausgegangen werden – vielmehr fungieren eine Vielzahl von Interessensgruppenarenen, Akteursgruppen und Individuen in diesem Spektrum, die vorwiegend am Produktionsprozess von Nahrungsmitteln beteiligt sind und in diesen unterschiedlichen Aufgaben bewältigen müssen. Dies reicht von handwerklichen, technischen, organisierenden bis hin zu vermittelnden, einflussnehmenden Rollen. Dementsprechend konstituieren sich im Feld der Nahrungsmittelherstellung und der weiteren Leistungen heterogene Akteurkonstellationen heraus. Ihnen allen ist aber gemein, dass sie in ihrem Handeln gewisse Spielräume besitzen, doch zugleich durch Strukturen, wie die Sollensbeschreibungen sie vorgeben, in ihrem Handeln auch begrenzt werden können. Welche Akteure im Leistungssystem Landwirtschaft agieren, wie sie durch ihre Handlungen und Handlungsentscheidungen einen organisationalen Wandel anstoßen und welche gegenseitigen Erwartungen die Handlungsbeziehungen prägen, ist Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen.

In der Landwirtschaft kann zwischen verschiedenen Akteursgruppen differenziert werden, die die genannten Leistungen beanspruchen, denen allerdings unterschiedliche Interessens- und Zielvorstellungen zugrunde liegen. Der Landwirt als Individuum nimmt dabei orientiert an den Erkenntnissen aus der „Farming System Research“ (Darnhofer, Gibbon & Dedieu, 2012, S. 6) die zentrale Rolle ein. Er erfüllt mit seiner täglichen Arbeit die Hauptleistung des Leistungssystems, d. h. die Produktion von Nahrungsmitteln, um die Bevölkerung zu versorgen. Die weiteren Akteursgruppen kreisen in Anlehnung an die Wertschöpfungskette der Nahrungsmittelproduktion um die Vorleistungsindustrie (vorgelagerte Bereiche wie die Tierzucht, Tiergesundheit, Saatguthersteller, Pflanzenzüchter, Landtechnik), die primäre landwirtschaftliche Produktion (Tierhaltung und Pflanzenproduktion) sowie

die Verarbeitungsindustrie (nachgelagerte Bereiche wie Molkereien, Schlachthöfe, Förstereien, Mühlenwirtschaft, Zucker- und Stärkeindustrie) bis zum Handel und Konsumenten (Lebensmitteleinzelhandel) (Pöchtrager, 2011, S. 59 f.).

Doch auch aus der Umwelt heraus treten Akteure und Akteurkonstellationen in das Leistungssystem Landwirtschaft ein. So zum Beispiel politische und behördliche Einrichtungen wie das BMEL, BMU, Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL). Einen nicht zu unterschätzenden Anteil nehmen Interessensverbände und Organisationen wie bspw. der DBV und der Deutsche Tierschutzbund e.V. (DTB) ein, die ihre Interessen insbesondere in Bezug auf politische Richtungsentscheidungen (institutionelle Ordnungen) in dessen Aushandlung zu lancieren versuchen. Zugleich treten Akteure sowohl aus diesem Bereich als auch im Leistungssystem Landwirtschaft auf, um auf Missstände in einzelnen Produktions- und Leistungszweigen des Systems hinzuweisen (bspw. heimliche Aufnahmen aus Ställen). Gemäß der Akteurstheorie formen sich aus den genannten Organisationen und Einrichtungen Zusammenschlüsse von Akteuren heraus, die – gemeinsamen oder verschiedenen Interessen folgend – ihre Mitstreiter bzw. Gegner beobachten und deren Erwartungen und Handlungslogiken analysieren, um auf Basis dieser ihre Handlungsentscheidung zu treffen (Greck, 2017, S. 87). Eine im Leistungssystem richtungsweisende Handlungsentscheidung ist die verlängerte Zulassung des Pestizids Glyphosat. An diesem Beispiel soll im Folgenden die Verwobenheit der agierenden Akteursgruppen in der Landwirtschaft aufgezeigt werden.

Ende 2017 stimmte der damalige Landwirtschaftsminister Schmidt (CSU) einer europaweit gültigen Verlängerung des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat zu. Dieser Handlungsentscheidung gingen eine Vielzahl von Ereignissen voraus, die verschiedene Akteurkonstellationen geschaffen und differente Interessenslagen zusammengebracht haben (vgl. Kap. 8.2.4). Der Landwirt als Individuum auf der Ebene des Könnens kann innerhalb dieser Aushandlungen einer Entscheidung nur wenig Einfluss ausüben. Der DBV als Sprachrohr für die Landwirte hingegen verfügt über die entsprechenden Ressourcen und kann in Bezug auf die Frage nach der Verlängerung des Herbizids für die Landwirtschaft die Handlungsentscheidung auf supranationaler Ebene beeinflussen. So positioniert sich der DBV in diesem Konflikt für eine Zulassung des Pestizids, durch dessen Einsatz bodenschonende Anbauverfahren begünstigt werden (DBV, 2021b). Konträr dazu stehen Umweltverbände und Bewegungen, wie bspw. das AgrarBündnis oder die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. (AbL), die für ökologisch wirtschaftende Landwirte sprechen und einen Verzicht des Einsatzes auf den Äckern forderten (Häusling, 2017, S. 58). Sie stehen exemplarisch für die Strukturdimension Schimanks, wonach ein einzelner Akteur „bestimmte Intentionen nicht monologisch verfolgen kann, sondern auf die Koordination mit anderen angewiesen ist“ (Schimank, 1996, S. 244). Als weitere beteiligte Akteursgruppe sind Interessensorganisationen aufseiten der Zulieferer zu nennen. So zum Beispiel der Industrieverband Agrar (IVA), der die Interessen der agrochemischen Industrie besonders im Bereich Pflanzenschutz und Düngemittel unter einem Dach vereint (Industrieverband Agrar e. V., 2021). Auch für sie gilt exemplarisch die genannte Strukturdimension Schimanks. Bewertungsprozesse, die auf den zentralen Aspekt der Debatte, die möglichen von Glyphosat ausgehenden

Gesundheitsgefahren, fußen, stammen aus einer weiteren Akteursgruppe, den Wissenschaftsorganisationen und Universitäten, die stark institutionalisiert sind und eine autoritative Rolle einnehmen (Kloppenburg, 1991, S. 524). Durch ihre Handlungen, die sich in Bewertungsprozessen und Empfehlungen manifestieren, üben sie einen umfangreichen Einfluss auf die Handlungsentscheidung der Verantwortlichen aus. Verantwortlich für die Entscheidung sind schließlich die zuständigen handelnden Akteure. In der nachstehenden Abbildung 2 wird das entworfene Modell einer Landwirtschaft als Leistungssystem zusammenfassend dargestellt und exemplarische Ordnungen und Akteure angeführt.

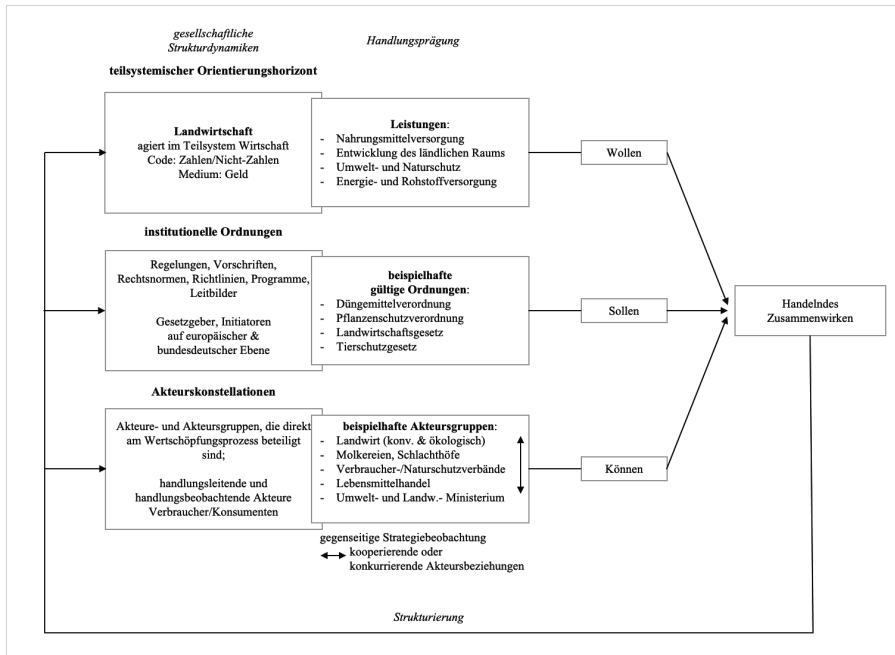


Abbildung 2:

Konzeption einer „Landwirtschaft als Leistungssystem“. Es ist zu beachten, dass die genannten Beispiele für die institutionellen Ordnungen und Akteurkonstellationen weitere landwirtschaftliche Produktionszweige, wie bspw. die Forstwirtschaft und Fischerei, nicht berücksichtigen, sondern sich exemplarisch primär auf den Zweig der Tierproduktion und den Ackerbau beziehen.

Insgesamt ist das Handeln der Akteure durch den Orientierungshorizont Wirtschaft, der das Wollen lenkt, und von den Sollenshorizonten geprägt und zugleich struktur- gebend für ihre Handlungsentscheidungen. Ein stetig wachsendes und wandelndes System wie die Landwirtschaft fordert dabei von den agierenden Akteuren flexible Reaktionen ein, schafft aber zugleich umfassende Handlungsspielräume, durch die es den Akteuren ermöglicht wird, auf der Mikroebene ihr Können zu demonstrieren und kontinuierlich neue Akteurkonstellationen, in Abhängigkeit von der zu treffenden Handlungsentscheidung, einzugehen. Jedoch wird es aufgrund der wachsenden Zahl

der beteiligten Akteure am Leistungssystem Landwirtschaft, die auch von anderen Teilsystemen (Politik/Recht) kommen können, unübersichtlicher und schwieriger für die Akteursgruppen, die Strategien der anderen zu beobachten oder die eigene Strategieplanung anzupassen. Schließlich verfolgen alle Akteure das Ziel, die Sollen-sebene zu ihrem Vorteil und in ihrem Sinne zu verändern bzw. zu beeinflussen (vgl. Abb. 2). Einer Handlungsentscheidung – wie hier am Beispiel Glyphosat illustriert – liegen somit zusammenfassend betrachtet eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen zugrunde, die eine umfassende Strategiebeobachtung der Akteure untereinander erfordert. Die Akteursgruppen lassen sich über Mitglieds- und Arbeitsrollen konkretisieren. Die beteiligten Akteure, ob Generalsekretär, Vorsitzender oder Minister, passen ihr Handeln situativ an die jeweiligen Umstände an und verfolgen in diesem Zuge Eigeninteressen oder Motive, die ihr Handeln ebenfalls beeinflussen können. Demgemäß sind die agierenden Akteure in den laufenden Aushandlungsprozessen flexibel. Vielmehr noch: „Akteurkonstellationen verändern sich noch schneller als institutionelle Ordnungen“ (Schimank, 1996, S. 246).

3.3 Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem

Die vorangegangenen Unterkapitel haben das Drei-Dimensionen-Modell Schimanks (1985, 1996, 2000) herangezogen, um eine Ableitung und ein damit zusammenhängendes Schema herauszuarbeiten, das die Landwirtschaft als Leistungssystem im Teilsystem Wirtschaft begreift (vgl. Abb. 2). Es ist deutlich geworden, wie sich in diesem Leistungssystem die gesellschaftlichen Strukturdynamiken und Handlungsprägungen definieren lassen. Die gesellschaftliche Differenzierung vollzieht sich im Wechselspiel der Wollens- und Sollensvorgaben sowie der Könnenskalküle. Entscheidend für das weitere Vorgehen ist die Betrachtung des *handelnden Zusammenwirkens* der drei Strukturdynamiken im Leistungssystem Landwirtschaft. Die Handlungsentscheidungen der gesellschaftlichen Dynamik verlaufen nicht immer linear, sondern können sich stetig neu aushandeln, indem sie auf Strukturveränderungen reagieren. Diese rekursive Dynamik gilt vorrangig für die Sollensvorgaben und Könnenskalküle, da sie weniger generalisiert sind als der teilsystemische Orientierungshorizont (Schimank, 1996, S. 246). Eine Handlungs- oder Strukturveränderung wird vor allem dann notwendig, wenn dysfunktionale Strukturen sichtbar werden und diese als Initialzündung für eine Krise gelten. Inwiefern sich dieser Prozess im Leistungssystem Landwirtschaft gestaltet und wie der Krisenbegriff allgemein für die vorliegende Arbeit definiert wird, ist Bestandteil der nachfolgenden Ausführungen.

3.3.1 Der Krisenbegriff

Die Krise als „Störung einer Gewohnheit“ (Merten, 2014, S. 155, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) kann in jedem funktionalen Teilsystem auftreten und ist als zumeist unerwartetes Ereignis häufig Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit (Merten, 2014, S. 155). Aus einer deskriptiven Ebene heraus betrachtet, lässt sich der Krisenbegriff anhand von drei zentralen Merkmalen kategorisieren: Der Ursprung der Krise, der Verlauf und die Möglichkeiten, um den gewohnten Zustand wieder zu erreichen, sowie die Folgen aus der Krise (Merten, 2014, S. 156; Völker, 2017, S. 37). Bei einer Krise kann zudem von einer „reale[n] Gefahr“ (Merten, 2014, S. 159, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) ausgegangen werden, wohingegen bei einem Risiko die Möglichkeit für Gefahren besteht, sie aber nicht sicher vorliegt. Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen die Fragen, wie über Krisen berichtet wird. Die Frage danach, was eine Krise ist und wie sie theoretisch eingebettet werden kann, wird daher nur gestreift. Basierend auf dem entwickelten Konzept einer Landwirtschaft als Leistungssystem wird eine kurze definitorische Abgrenzung des Krisenbegriffs aus soziologischer Perspektive vorgenommen²². Dazu gilt es anzumerken, dass der Krisenbegriff in der Soziologie „eine hohe Signalwirkung, aber nur eine geringe theoretische Unterfütterung aufweist“ (Preunkert, 2011, S. 439).

22 Krisen betreffen alle Teilsysteme der Gesellschaft. Entsprechend ist die Forschungsliteratur zum Krisenbegriff umfangreich, daher wird an dieser Stelle der notwendige kursorische Überblick gegeben. Für die weiterführende Lektüre sei an dieser Stelle auf u. a. Bösch, Deitelhoff & Kroll, 2020; Merten, 2014 verwiesen.

In systemtheoretischen Ansätzen stehen vor allem die Fragen nach den Krisenursachen, dem Verlauf und den Möglichkeiten zur Krisenbeendigung im Vordergrund. Innerhalb dieser Erklärungsansätze differenzieren die soziologischen Krisentheorien zwischen „Übergangs-, Koordinations-, Steuerungs- und Strukturkrisen“ (Schäfers, 2018, S. 246). In Anlehnung an die gewählte funktional differenzierte Perspektive wird dem Krisenbegriff im Leistungssystem Landwirtschaft die Definition Luhmanns zugrunde gelegt. Eine Krise ist demnach eine „heikle Situation in Systemen/Umwelt-Beziehungen, die den Fortbestand des Systems oder wichtiger System-Strukturen unter Zeitdruck in Frage stellen“ (Luhmann, 1999 zit. nach Schäfers, 2018, S. 246). Von einer Krise kann folglich gesprochen werden, wenn bis dato verlässliche Strukturen aufgrund von (1) Wandlungsprozessen und einer wachsenden Komplexität sowie (2) Anpassungsproblemen von System und Umwelt instabil, dysfunktional zu werden drohen oder bereits geworden sind.

Im *Wandlungsprozess* und in der *wachsenden Komplexität* steht weniger der prozesshafte Charakter einer Krise im Vordergrund (vgl. Merten, 2014, S. 156–159), sondern es geht vielmehr um gesellschaftliche Veränderungen. Krise steht hier „für ein Ereignis, das als Folge der Modernisierungsprozesse die Integrationskräfte einer Gesellschaft schwächt“ (Preunkert, 2011, S. 438). Die legitimierten Ordnungen in einem Teilsystem werden durch eine Krise erschüttert, deren Auslöser vor allem die wachsenden und verbreitenden (Kommunikation-)Technologien sein können (Schultz & Utz, 2014, S. 334). Zusätzlich und entscheidender für das Leistungssystem Landwirtschaft sind jedoch die gestiegenen Anforderungen, die an das System gestellt werden. Zunehmend komplexer werdende Strukturen lassen Krisenfälle wahrscheinlicher werden (Schäfers, 2018, S. 246). Zu hohe Nitratwerte im Grundwasser in Deutschland illustrieren, wie das System mit umfassenderen Strukturen konfrontiert wird. Eine Systemgefährdung und damit mögliche Krisenfälle können sich insofern abzeichnen, als die Landwirte nicht mehr die Menge an Dünger ausbringen können und zugleich die politisch handelnden Akteure mit Strafzahlungen der EU aufgrund fehlender Anpassungen innerhalb der Sollensebene rechnen müssen.

Eng damit verknüpft sind die *Anpassungsprobleme* von System und Umwelt, die sich zumeist aus der wachsenden Komplexität ergeben, für das das System allerdings keine adäquate Lösung bereithält. Eine Krise basiert also hier auf den Anpassungsproblemen des Systems. Auf das Leistungssystem wird institutioneller Druck ausgeübt, auf Problemidentifikationen entsprechende Lösungen zu finden. Gleichwohl können Problemlösungen vergangener Krisen auch eine Ursache für nachfolgende Krisen sein (Greiner, 1997; Schreyögg & Ostermann, 2014, S. 128). So wurde auf hohe Ernteverluste aufgrund von Unkräutern im Getreideanbau mit der Einführung von Roundup reagiert, dessen Hauptbestandteil Glyphosat heute allerdings beachtliche Folgen für die Biodiversität auf den Feldern hat. Zugelassen ist der Wirkstoff in Deutschland zur Unkrautbekämpfung seit 1974 (BMEL, 2021d).

Krisen können jedoch nicht nur aus dem Leistungssystem Landwirtschaft heraus entstehen, sondern durch das Ausmaß einer Krise steigt auch das öffentliche und mediale Interesse an der Thematik. Das bedeutet: In der Berichterstattung wird nicht nur über die jeweilige Krise berichtet, sondern sie wird als „sozial geteilte Wirklichkeit“ konstituiert (Peltzer, Lämmle & Wagenknecht, 2012, S. 10). Massenmedien nehmen

somit in Krisen eine tragende Rolle ein: Auf Basis ihrer Beobachtungen ordnen sie die Geschehnisse und interpretieren Ereignisse (Weichert, 2008, S. 312). Es gilt jedoch an dieser Stelle zu berücksichtigen, dass Krisen auch von Massenmedien konstruiert werden können. Durch ihre Berichterstattung über einen bestimmten Sachverhalt oder das Veröffentlichen von erhaltenen Informationen wie bspw. Verstöße gegen Tierschutzbestimmungen (vgl. Tierschutz-Skandal im Allgäu) können sie auf einen krisenhaften Zustand hinweisen und damit eine Krise auslösen. Frames bilden dabei die Grundlage für diese Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Krisen und krisenhaften Zuständen. Über diese werden Ursachen, Handlungszuschreibungen und Bewertungen transportiert (Dahinden, 2018; Matthes, 2007; Scheufele, B., 2003). Auf die Rolle von Frames wird ausführlich in Kapitel 5 eingegangen. Wie eine Krise oder ein krisenhafter Zustand im Leistungssystem Landwirtschaft ausgelöst werden kann, ist Bestandteil der nachfolgenden Ausführungen.

3.3.2 Initialzündungen als Krisenauslöser

Wie dargelegt, erfüllt das Leistungssystem Landwirtschaft verschiedene Leistungen für die Gesellschaft. In diesem Prozess wurde das System in den vergangenen Jahrzehnten mit einer umfassenden Komplexität konfrontiert, die sich vor allem im technischen Fortschritt, der erhöhten Nutzung von Flächen, fossilen Ressourcen und Spezialisierungsprozessen bei der Haltung und Fütterung von Tieren zeigt. Sichtbar wird die Mechanisierung auf den Äckern bspw. durch eine Ertragssteigerung (vgl. Kap. 2.1.3), die Fortschritte in der Tierhaltung durch Melkmaschinen oder automatische Fütterungsanlagen spiegeln sich in erhöhten Viehbeständen wider. Die Strukturdynamiken prägen das *handelnde Zusammenwirken* und produzieren bzw. reproduzieren zugleich an dieser Stelle die eigenen Strukturen (Schimank, 1996, S. 247). Doch genau an diesem Knotenpunkt können auch Strukturen sichtbar bzw. sichtbar gemacht werden, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt als funktional angesehen wurden, aber durch eine Problemidentifikation nun als dysfunktional, also nicht mehr die ihnen zugeschriebene und erwartete Leistungsfunktion erbringend, eingestuft werden und auch Folgen für andere Subsysteme haben (Schmid, 1970, S. 194). Diese Initialzündung geht vorrangig von der Ebene der Sollensvorgaben und Könnenskalküle aus. Sie weisen darauf hin, dass bestehende Strukturen im Leistungssystem Landwirtschaft nicht mehr (oder nur ungenügend) die ihnen zugeschriebene bzw. aufgetragene Funktionserfüllung leisten. Dysfunktionalität beschreibt somit in diesem Zusammenhang, dass funktionale Strukturen in Frage gestellt werden, weil sie unzureichend auf ihre (neuen) Umweltbedingungen reagieren oder ihre bestehenden Strukturen diese nicht (mehr) abdecken. Die Folge der Initialzündung ist das Auslösen einer Krise oder eines krisenhaften Zustandes. Ebenfalls können Massenmedien jedoch, wie bereits angeklungen, durch ihre Berichterstattung und Beobachtungen einen krisenhaften Zustand auslösen.

Wie im Leistungssystem Landwirtschaft einzelne Initialzündungen, eben vorrangig auf der Sollensebene und der Könnenskalküle, eine Krise auslösen oder auf einen krisenhaften Zustand aufmerksam machen, lässt sich am bekannt gewordenen Tierschutz-Skandal auf einem Milchviehbetrieb im Allgäu exemplarisch illustrieren (vgl. im Folgenden Ratzesberger, 2019, S. 26): Die Tierrechtsorganisation „Soko Tierschutz“ hat in einem Zeitraum von vier Wochen im Jahr 2019 Aufnah-

men gemacht, die zeigen, wie kranke und abgemagerte Milchkühe tierschutzwidrig durch die Ställe transportiert und nicht ausreichend versorgt wurden. Zudem sollen in mehreren Fällen Notschlachtungen der Tiere nicht fach- und tierschutzgerecht erfolgt sein. Weitere Recherchen ergaben, dass das Fleisch einer illegal getöteten Kuh in die Nahrungskette gelangt war. Bevor der Fall bundesweit bekannt wurde, stand der Betrieb bereits unter behördlicher Beobachtung und drei staatsanwaltschaftliche Verfahren waren anhängig. Infolge des „Tierschutz-Skandals“, der durch die Veröffentlichung des Materials und weiterer Recherchen von der SZ sowie den Polit-Magazinen „Report Mainz“ und „Fakt“ bundesweit Aufmerksamkeit erhielt, wurden weitere unangemeldete Kontrollen auf landwirtschaftlichen Betrieben in der Umgebung durchgeführt (Sebald, 2019, S. 29; Sebald, 2020, S. 38). Im November 2020 wurde Anklage gegen Landwirte und weitere Mitarbeiter auf insgesamt fünf Betrieben im Allgäu erhoben (Sebald, 2020). Als Reaktion wurden auf politischer Ebene strengere Kontrollen landwirtschaftlicher Betriebe sowie die Förderung tierwohlgerechter Ställe gefordert (Sebald, 2021, S. R13).

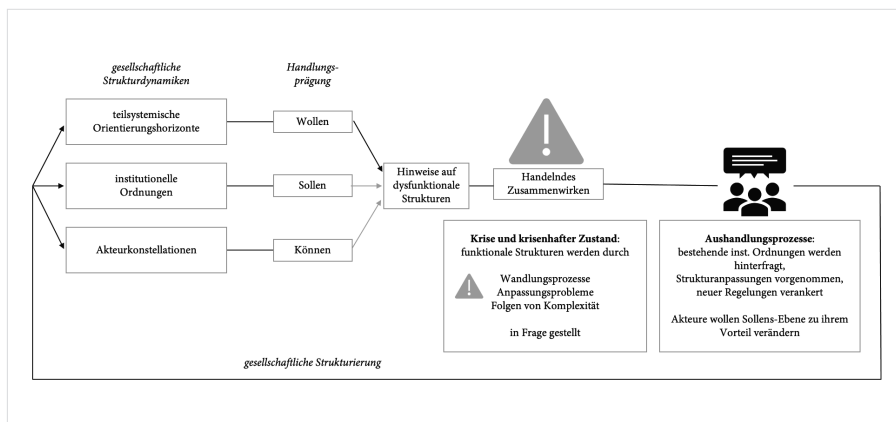


Abbildung 3:
Modell zur Erläuterung von Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft.

Es zeigt sich also, dass die bis zu dem Zeitpunkt geltenden Regelungen nicht mehr ausreichend greifen und negative Sanktionen für die entsprechenden Akteure, wie hier die Landwirte, folgen (Strafanzeige, Berufsverbot). Zugleich müssen neue Antworten auf die Problemidentifikation gegeben werden. Im Aushandlungsprozess um verschärfte oder neue Regelungen versuchen die Akteure oder kooperierende Akteursgruppen, die institutionellen Ordnungen in ihrem Interesse zu verändern. Während Tierschützer sich z. B. für mehr unangekündigte Kontrollen einsetzen, wollen die Landwirte nicht unter Generalverdacht gestellt werden und sprechen sich für regelmäßige, angekündigte Kontrollen aus. Doch auch Akteure aus anderen Teilsystemen wie bspw. aus der Politik – konkret die EU – können Anstöße zu den Aushandlungsprozessen geben, die die Krise eindämmen (bspw. Verschärfung der Regeln zum Tiertransport). Es muss also beachtet werden, dass am Leistungssystem Landwirtschaft auch andere Teilsysteme wie die Wissenschaft oder das Recht Anteil

haben, aber sich zumeist mit anderen inhaltlichen Teilbereichen befassen. Die bestehenden Regelungen oder Gesetze auf der Sollensebene werden nach diesem Aushandlungsprozess der Akteure auf der Könnens-Dimension verändert und sind nun für das Leistungssystem Landwirtschaft gültig.

3.4 Zwischenfazit: Zusammenfassendes Framework

Im Unterschied zu anderen Wirtschaftsbereichen steht die Landwirtschaft für eine enge Verknüpfung belebter und unbelebter Produktionsfaktoren, die sich in dem breiten Spektrum der Leistungen des Sektors für die Gesellschaft widerspiegeln. Als theoretische Grundlage für die Untersuchung ausgewählter Krisen und krisenhafter Ereignisse in der deutschen Landwirtschaft wurde in den vorangegangenen Kapiteln ein Vorschlag für ein Modell einer Landwirtschaft als Leistungssystem erarbeitet. Dieses stützt sich dazu auf die Annahme einer demokratisch, funktional-differenzierten Gesellschaft. Anhand des für die Landwirtschaft entwickelten Modells wurde das Potenzial von integrierten System-/Akteurstheorien für Studien in der Kommunikationswissenschaft aufgezeigt. Grundlage für diesen Ansatz bildete das von Schimank (1996) entworfene Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken.

Zentrale These des entworfenen Modells einer *Landwirtschaft als Leistungssystem* ist es, dass die Landwirtschaft im Orientierungshorizont der Wirtschaft nach dem Code zahlen/nicht zahlen operiert. Die primäre Ausrichtung des Sektors folgt so im Sinne der Wirtschaft der Gesellschaft nach Luhmann (1988) ökonomischen Parametern – dazu gehören die Produktivität, die Kosten und die Effizienz durch Technisierung (Laschewski, 2015, S. 57). Die Funktionserfüllung im Orientierungshorizont weist ein umfassendes Leistungsspektrum auf. Im historischen Zusammenhang betrachtet hat sich das Leistungsspektrum im Rahmen der institutionellen Ordnungen jedoch stark ausdifferenziert, sodass die agrarwissenschaftliche Fachliteratur heute von einer „multi-funktionalen Landwirtschaft“ spricht und dies im Konzept des „Farming System Research“ vereint (Darnhofer, Gibbon & Dedieu, 2012). Die bisherige Zentralisierung auf die reine Produktionsleistung innerhalb der Wertschöpfungskette öffnet sich für eine breites Leistungsspektrum, das nicht nur das Agieren auf dem Weltmarkt, sondern auch die Pflege des ländlichen Raums und die Erzeugung erneuerbarer Energien umfasst (Ebeling, 2017, S. 59; Knickel, van der Ploeg & Renting, 2004, S. 75). Diese wachsende Vielfalt der Leistungen spiegelt sich zugleich in den institutionellen Ordnungen wider, die das Handeln im agrarwirtschaftlichen Sektor anleiten und so ihre Werte und Richtlinien auf einzelne Leistungen wie Umwelt- und Qualitätsziele ausgeweitet haben. Auch auf dieser Ebene ist der Agrarstrukturwandel erkennbar, da die institutionellen Ordnungen zu einem eng verwobenen Netz aus legislativ verankerten Regulierungen, aber auch wertgeladenen Ansprüchen aus der Gesellschaft gewachsen sind. Organisationen und Einrichtungen auf supra- und nationaler Ebene fungieren dabei als ein Element auf der Mesoebene, da sie „die teilsystemische Handlungslogik durch normative Regelungen operationalisieren und zuverlässig durchsetzen können“ (Schimank, 1996, S. 261).

Die Vielzahl der agierenden Akteursgruppen im Leistungssystem Landwirtschaft ist ein weiteres Indiz für die wachsende Bedeutung des Sektors. Ihr Handeln wird auf der Wollens- und Sollensebene angeleitet. Dabei verfolgen die Akteursgruppen alle eigene Interessen, bilden indes auch strategische Allianzen, um Regelungen zu

ihrem Vorteil zu beeinflussen. Zusätzlich können sie einen organisationalen Wandel und wegweisende Handlungsentscheidungen treffen, aber ebenso in diesem Prozess für ihr verantwortungsvolles oder verantwortungsloses Handeln herangezogen werden. Eben jene Wechselwirkungen zwischen der Wollens- und Sollensebene sowie der Könnenskalküle sind geeignet, um das Auslösen von Krisen und krisenhaften Zustände im Leistungssystem Landwirtschaft zu erklären. Es wurde deutlich, dass im handelnden Zusammenwirken dysfunktionale Strukturen sichtbar werden, auf die durch eine Initialzündung aufmerksam gemacht wurde. Folge dieser Krise ist zumeist ein fehlendes Systemvertrauen. Um dies zurückzugewinnen, werden neue Regelungen und Strukturadaptierungen ausgehandelt, die das im Auftrag des Leistungssystems Landwirtschaft im Sinne des gewünschten Sollzustandes (wieder) zu erfüllen versuchen.

Als Synthese dieser Überlegungen wird der vorliegenden Studie folgende Definition von Landwirtschaft in Rückbindung an die Theorie der sozialen Differenzierung zugrunde gelegt:

Landwirtschaft als Leistungssystem operiert im Orientierungshorizont der Wirtschaft. Sie ist durch Wechselwirkungen zwischen Umwelt, Gesellschaft, Politik und einem wachsenden technologischen Fortschritt gekennzeichnet. Als dynamisches Gefüge ist sie im kontinuierlichen Austausch mit anderen Systemen und reagiert auf Veränderungen durch menschliche Interaktionen oder neue Technologien. Eine zunehmende Komplexität in diesem Sektor geht mit einer erhöhten Nutzung des Lebensraums und der natürlichen Ressourcen einher. Als Leistungssystem erfüllt sie unter den Regulierungen und Bedingungen des Wirtschaftssystems in unterschiedlichen Produktionszweigen die am Gemeinwohl der Bevölkerung ausgerichtete primäre Leistung und den legislativ verankerten Auftrag, planmäßig und zielgerichtet lebensnotwendige, sichere, gesundheitlich unbedenkliche Nahrungsmittel auf den für diesen Zweck vorgesehenen Flächen zu erzeugen. An der Leistungserfüllung sind eine Vielzahl von Akteuren – vom Landwirt bis zum Verbraucher – beteiligt. Landwirte als primäre Bewirtschafter im Leistungssystem sind für die Wahrung der Kulturlandschaft, der Lebensräume, Artenvielfalt sowie Sicherung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme und darin ablaufenden Prozesse durch eine nachhaltige, zukunftsorientierte Bewirtschaftung verantwortlich. Die Handlungen aller beteiligten Akteure zur Leistungserfüllung werden durch Regelungen und gültige Ordnungen spezifiziert und geleitet. Bei Problemidentifikationen oder dysfunktional gewordenen Strukturen werden bestehende Ordnungen geprüft und strukturelle Anpassungen oder neue Regelungen aufgenommen, um die gewünschten funktionalen Strukturen zur Leistungserfüllung zu schaffen.

Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem lassen danach fragen, wer die Verantwortung für die dysfunktional gewordenen Strukturen durch die Nicht-Beachtung bestehender Regelungen trägt bzw. wer verantwortungslos gehandelt

hat. Die Attribution von Verantwortung kann so als Kernelement öffentlicher Diskurse angesehen werden. In den Mittelpunkt dieser Aushandlungsprozesse rücken beteiligte Akteure, die im Sinne Schimanks auf der Mikroebene der Strukturdimensionen agieren. Sie haben in ihrer Rolle auf Basis ihrer Beobachtungen eigene Handlungsentscheidungen getroffen und können damit aber zugleich für ein verantwortungsvolles oder eben verantwortungsloses Handeln herangezogen werden. Welche Verantwortungsattributionen in der journalistischen Berichterstattung über ausgewählte Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft von Akteuren und den Medien selbst geäußert wurden, ist der Kern der empirischen Untersuchung dieser Arbeit. Welche theoretischen Konstrukte dazu bereits in der bestehenden Forschungsliteratur existieren und wie sich die einzelnen Relata der Verantwortung beschreiben lassen, ist Bestandteil des nun nachfolgenden zweiten Elements des theoretischen Rahmens.



4 Verantwortungstheoretischer Bezugsrahmen



4.1 Umriss eines Forschungsfeldes

Verantwortung scheint allgegenwärtig zu sein, und kaum ein Themenbereich kommt ohne Fragen nach der Verantwortung aus. Ihnen ist gemein, dass Verantwortung „nur als ein Sozialverhältnis konstituiert werden kann“ (Altmeyen, 2020a, S. 97). Auch das Leistungssystem Landwirtschaft wird immer wieder mit Verantwortungsfragen konfrontiert und gilt der Studie von Gerhards, Offerhaus und Roose (2007, S. 120) zufolge als besonders zuschreibungsintensiv. Sowohl die journalistische Berichterstattung traditioneller Medien als auch die über Online-Plattformen wie Facebook und Twitter nehmen dabei eine zentrale Rolle ein (Altmeyen, 2019, S. 62 f.): Sie berichten nicht nur über gesellschaftliche Themen und Ereignisse aus dem jeweiligen System, sondern ebenso die Frage nach Verantwortlichkeiten ist Teil des Konstruktionsprozesses. Verantwortung wird somit auf Basis der öffentlichen Kommunikation attribuiert (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 106). Innerhalb der Kommunikationswissenschaften kann die Frage nach der Verantwortung so auf zwei Ebenen gestellt werden: Zum einen kann nach den Verantwortungsattributionen gefragt werden, d. h. wie auf bestimmte Inhalte bezogen ein unverantwortliches bzw. verantwortliches Handeln in der öffentlichen Kommunikation ausgehandelt wird. Zum anderen stellt sich die Frage nach den Verantwortlichen und der Verantwortung derjenigen, die diese öffentliche Kommunikation ermöglichen – eben digitale Distributionsplattformen und auch die klassischen Medien (Altmeyen, Bieber, Filipović, Heesen, Neuberger, Röttger, Stieglitz & Thomas, 2019, S. 64). Im Zentrum dieser Arbeit steht die Frage nach der Verantwortungsattribution. So wirft bspw. die öffentliche Kommunikation in Bezug auf die ESP Fragen danach auf, ob und in welchem Ausmaß wer die Verantwortung für bestimmte Handlungen trägt, die einen Verstoß gegen ethische Richtlinien umfassen können. Sind es die Landwirte, die durch Fahrlässigkeit bei der Fütterung oder beim Transport das Virus weitergetragen haben? Inwiefern hat die EG-Kommission unverantwortlich gehandelt, dass sie Markt- und Handelsinteressen über das Leben der Tiere stellen? Trägt auch der Konsument durch seinen Hunger Verantwortung dafür, möglichst kostengünstiges Fleisch zu essen? Diese exemplarischen Zuständigkeitsfragen manifestieren sich in der Verantwortungsforschung.

In dieser Arbeit stellt die Attribution von Verantwortung das zweite Kernelement des Forschungsinteresses dar. In der theoretischen Hinführung soll herausgearbeitet werden, welche definitorische Vielfalt für den Verantwortungsbegriff in der Fachliteratur ausgemacht werden kann und welche Voraussetzungen sowie Bedingungen für die Übernahme bzw. Nichtzuständigkeit von Verantwortung gegeben sind. Die empirische inhaltsanalytische Betrachtung (vgl. Kap. 12) der Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation erlaubt es zwar nicht, beurteilen zu können, ob ein Akteur tatsächlich verantwortlich gehandelt hat, aber es kann ermittelt werden, wer wem die Verantwortung wofür attribuiert. Dadurch ist es möglich, dass bisher im kommunikationswissenschaftlichen Forschungsraum zu weiten Teilen theoretisch gefasste Kernelement der Verantwortung empirisch zu überprüfen.

Bevor in dieser Arbeit die Relationselemente der Verantwortung ausgeführt werden können, bedarf es einer Definition des Verantwortungsbegriffs, aus der sie abgeleitet werden können. Aus diesem Grund sollen im Folgenden zunächst die Verantwortung in den wissenschaftlichen Kontext eingeordnet und die unterschiedlichen Definitionen zum Verantwortungsbegriff gestreift werden. Danach stützen sich die Ausführungen konkret auf die Einordnung Heidbrinks (2017, S. 8–22), der Verantwortung als *Zurechnungsfähigkeit und Zuständigkeit*, als *folgenbasierte Legitimation*, als *kontextualistisches Reflexionsprinzip* sowie als *Struktur- und Steuerungselement* begreift. Durch diese definitorische Grundlage können zum einen die strukturelle Verfassung der Verantwortung und zum anderen die Bedingungen für ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln (Heidbrink, 2017, S. 4) gegeben werden, um auf Basis dessen die Relationen der Verantwortung abzuleiten (vgl. Kap. 4.4). Es sei an dieser Stelle der Hinweis gegeben, dass Verantwortung und deren Aushandlung eine lange Tradition hat und Heidbrink (2006, S. 136) bei den gegenwärtigen Entwicklungen – sei es im wissenschaftlichen Diskurs oder in der Zivilgesellschaft – von einer „Konjunktur des Verantwortungsprinzips“ spricht. Zwar lässt sich eine Entgrenzung der einzelnen Fachdisziplinen hinsichtlich der Frage nach einer Regulierung der Verantwortung feststellen, jedoch bleiben grundlegende Unterschiede in den definitorischen Abgrenzungen, den Verwendungsweisen und den Strategien bestehen. An dieser Stelle wird ein kursorischer Überblick über die unterschiedlichen Auffassungen zum Verantwortungsbegriff angestrebt, der zwar keinem expliziten Reflexionsrahmen einer ausgewählten philosophischen Disziplin folgt, allerdings eine grundsätzliche Anlehnung und Verortung an die praktische Philosophie verfolgt²³.

23 Es sei zur weiterführenden Lektüre u. a. auf Sombetzki (2014), Heidbrink, Langbehn und Loh (2017) verwiesen.

4.2 Grundlagen und Einordnung des Verantwortungsbegriffs

Verantwortung im wissenschaftlichen Forschungskontext hat eine lange Tradition. Die Wurzeln reichen bis in das 15. Jh. zurück. Nida-Rümelin (2011, S. 12 f.) geht gar noch weiter und verortet den Verantwortungsbegriff bis in die antike griechische Philosophie. Inhaltliche Auseinandersetzungen finden jedoch zumeist in der philosophischen Ethik statt, wobei sich im Laufe des wissenschaftlichen Diskurses auch die praktische Philosophie dessen angenommen hat (vgl. Bayertz, 1995; Lenk & Maring, 1971 zit. nach Werner, 2011). Grundsätzlich widmen sie sich den Fragen nach der Verantwortung, also das-Rede-und-Antwort-Stehen handelnder Akteure für ihre Taten. Je nachdem, welches Handlungsfeld im Zentrum der Aushandlungen steht, hält die bestehende Literatur dazu verschiedene Ansätze bereit. Für den Bereich der Medienethik kann bspw. zwischen gestufter und korporativer Verantwortung (Funiok, 2002, S. 48) unterschieden werden. Dominierend sind jedoch Differenzierungen in Verantwortungsrelationen, die es erlauben, verantwortliches Handeln tiefergehend und in ihrer umfassenden Komplexität zu begreifen (Altmeyden, 2020a, Loh, 2017, Sombetzki, 2014). Allerdings unterlag der Entwicklungsprozess des Verantwortungsbegriffes stetigen Schwankungen im Hinblick auf die gewählten Termini und das Zweckverständnis (Meyer & Hause, 2017, S. 105; Werner, 2011, S. 543 f.).

Neben Max Weber, der Werner (2011, S. 544, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) zufolge durch seine Differenzierung in „*Gesinnungs- und Verantwortungsethik*“ vor allem bei der Beurteilung von Schadensfällen im Sinne der Verantwortungsethik die „erwartbaren Handlungsfolgen“ (Werner, 2011, S. 544) berücksichtigt, ist auch Nietzsche mit seinen Ausführungen ein weiteres und bis heute tragendes Element in der Verantwortungsforschung²⁴. Bei ihm liegt die Betonung darauf, dass der Mensch für sein Handeln Verantwortung übernehmen muss (Heidbrink, 2006, S. 132). Damit stellen beide den Unterschied zwischen Pflicht und Verantwortung heraus: Die Pflicht bezieht sich auf die Einhaltung gesetzter Normen im Handlungsraum, während die Verantwortung die Handlungsfolgen, die sich aus der Umsetzung der Normen und Regeln ergeben, berücksichtigt (Heidbrink, 2017, S. 5). Verantwortung wird hier „zu einem normativen Reflexionsprinzip, das sich auf die Einstellungen und Kriterien erstreckt, die das menschliche Handeln begründen und anleiten“ (Heidbrink, 2006, S. 135; vgl. zudem Bayertz, 1990, S. 89–90). Doch steht die Übernahme von Verantwortung nicht nur im Zusammenhang mit den Normen und Regeln, die durch eine gewisse Position bzw. Rolle ein regelkonformes Verhalten notwendig machen, sondern auch durch die freiwillige Wahrnehmung und damit Bindung an bestimmte Regeln kann Verantwortung wahrgenommen und damit gleichzeitig attribuiert werden (Heidbrink, 2017, S. 5). Dementsprechend kann dem Verantwortungsbegriff im alltäglichen Sprachgebrauch eine enge Symbiose mit der *Zuständigkeit* und *Zurechnung*

24 Gesinnungsethiker hingegen betrachten die Handlungsfolgen als „ethisch irrelevant“ und konzentrieren sich auf die Verantwortungsübernahme im Handlungsraum seines eigenen Gewissens (Werner, 2011, S. 544).

für etwas und den daraus folgenden zu tragenden Konsequenzen zugeschrieben werden. Verantwortung kann definiert werden als „das Entstehen eines Akteurs für die Folgen seiner Handlungen in Relation zu einer geltenden Norm“ (Heidbrink, 2017, S. 5). Im Hinblick auf die Krisen und krisenhaften Zustände im Leistungssystem Landwirtschaft ist es an dieser Stelle von besonderem Forschungsinteresse, empirisch zu überprüfen, inwieweit Landwirten die Verantwortung zugeschrieben wird oder handelnden Akteuren aus dem politischen System diese für ihre Handlungsentscheidungen attribuiert wird. Verantwortung als Zuständigkeitskonstrukt geht dabei jedoch eng mit wechselseitigen Verweisen der Akteure einher. Das heißt, dass bspw. die Europäische Kommission zwar für die Ausgestaltung und Etablierung von Schutzmaßnahmen zur Seuchenbekämpfung verantwortlich ist, aber auf ihre Nichtzuständigkeit für deren praktische Umsetzung in den Ländern verweist.

Dieses Verständnis von Verantwortung orientiert sich stark an der Auffassung des heutigen Rechtssystems, indem ein Verantwortlicher identifiziert werden und die Folgen seiner Handlung wahrnehmen und tragen muss (Sombetzki, 2014, S. 36). Die Folgen einer Handlungsentscheidung sind somit der „normativ[e] Referenzpunkt der Zurechnung und Zuständigkeit“ (Heidbrink, 2017, S. 6). Es wird hier betont, dass eben nicht nur ausschließlich bewusst in Kauf genommene Konsequenzen, sondern auch nicht bewusste Handlungskonsequenzen in den Blick genommen werden. Bei diesem Verantwortungskonzept kann eine weitere Differenzierung in einen *Werte- und Zuschreibungsbegriff*²⁵ erfolgen, wobei letztgenannter sich auf die Verantwortungsrelationen, die einer mindestens dreistelligen Ausgestaltung (Bayertz, 1995, S. 15–16) folgen, stützt und innerhalb dessen nochmals zwischen *einem* *prospektiven und retrospektiven* Verständnis differenziert wird²⁶. Ein stark rechtswissenschaftliches, retrospektives Verständnis von Verantwortung beschreibt, dass „Handlungen, Handlungsergebnisse oder mittelbare Handlungsfolgen“ (Werner, 2011, S. 542, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) einer Person zugeschrieben werden. Dieses Verständnis des Verantwortungsbegriffs wird u. a. als „Zurechnungs-«, »Rechtfertigungs-« oder »Rechenschaftsverantwortung« (Werner, 2011, S. 542, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) titulierte. Bringt bspw. ein Landwirt entgegen den Vorschriften und der Höchstmenge zu viel Gülle auf die Felder, ist er für den Nitratüberschuss im Boden verantwortlich.

Mit wachsender Mechanisierung und Technisierung seit dem 19. Jahrhundert sowie der heutigen Digitalisierung ist nicht mehr in jedem Fall der Mensch für eine Schadensentwicklung alleinverantwortlich, jedoch erstrecken sich diese nicht mehr ausschließlich auf die „Handlungsfolgen, sondern auf die Handlungsorien-

25 Der Wertebegriff beschreibt eine Person, „die ihre prospektive Verantwortung in vorbildlicher Weise wahrgenommen hat (im Gegensatz zu »unverantwortlich« bzw. »verantwortungslos«).“ (Werner, 2011, S. 543).

26 Rohpohl (1994, S. 112–113) geht noch weiter und begreift diese Differenzierung als eigenständiges Verantwortungsrelata. Eng miteinander verknüpft ist das Verständnis von Loh (2017, S. 42) sowie Lenk und Maring (1992, S. 82), die sich allerdings von dem Verständnis eines eigenständigen Relata distanzieren, sondern diese Differenzierung vielmehr als Unterscheidungsmerkmal bzw. als Subkategorie des Objekts der Verantwortung heranziehen.

tierungen und -normen selbst“ (Heidbrink, 2017, S. 7). Damit einher geht auch der Übergang von einem *retrospektiven* zu einem *prospektiven* Verständnis von Verantwortung. Den Ausführungen von Werner (2011, S. 542) folgend beschreibt dieses, dass „P gewisse auf X bezogene Verpflichtungen hat“. Die von der Person übernommene Verantwortung für Verpflichtungen ist dabei keiner ausführlichen Zuständigkeitsbeschreibung unterlegen, sondern wird vielmehr durch den Verantwortungsträger selbst ausgestaltet (Werner, 2011, S. 542). Prospektive Verantwortung beruft sich in diesem Rahmen nicht nur auf die moralische Verantwortung als vor- und nachgelagerte Instanz, sondern es können ebenso „rechtliche, politische, berufliche ... Verpflichtungen“ (Werner, 2011, S. 542) herangezogen werden. Die beschriebenen retrospektiven Verantwortungszuschreibungen sind also nur möglich, wenn prospektive Verantwortlichkeiten vorliegen (Werner, 2011, S. 543). Der Landwirt kann demnach nur für den Nitratüberschuss verantwortlich gemacht werden, wenn dieser bereits vorliegt und er als Verursacher ausgemacht werden kann. Die Differenzierung des Verantwortungsbegriffs in prospektiv und retrospektiv fungiert somit zugleich als Bindeglied zwischen Verantwortungssubjekt und -objekt, da nur das Verantwortungssubjekt (der Landwirt) befähigt ist, für retrospektive Verantwortungsgegenstände Rede und Antwort zu stehen (Loh, 2017, S. 42–43). Im wissenschaftlichen Kontext wird die prospektive Verantwortung u. a. ebenfalls mit den Begriffen einer „Aufgabenverantwortung“, „Zuständigkeitsverantwortung“ (Höffe, Zippelius & Brammens, 1989, zit. nach Werner, 2011, S. 542, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.; weiterführend u. a. Iyengar, 1991; Bayertz, 1995, S. 4–5) beschrieben. Im Fokus der Verantwortungsattribution steht mithin nicht mehr nur das Individuum, sondern ebenso die Handlungsfolgen, die von einem allgemeinen Interesse sind und ein gesellschaftlich relevantes Problem oder eine Krise beleuchten.

Darüber hinaus kann der Verantwortungsbegriff zur Beschreibung von Kausalbeziehungen herangezogen werden. Der Fokus liegt sodann auf der Aussage: „X ist verantwortlich für Y“ (Werner, 2011, S. 542). Dieses Verständnis ist angelehnt an eine retrospektive Ausrichtung. Bei der Analyse von Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation über Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft stellt die Attribution von Verantwortung nur einen Teilbereich dar. Er kann damit jedoch keine Antwort auf die Frage geben, ob jemand verantwortlich gehandelt hat. Um folglich die komplexen Handlungsstrukturen und Handlungssituationen des Leistungssystems Landwirtschaft umfassend zu greifen und die Tatsache zu berücksichtigen, dass Verantwortung nicht ausschließlich auf der Prämisse beruht, „X ist verantwortlich für Y“ (Werner, 2011, S. 542) beruht, muss das Begriffsverständnis von Verantwortung ausgeweitet werden. Der von Heidbrink (2017, S. 8) vorgeschlagene Verantwortungsbegriff erscheint dazu fruchtbar, da es durch ihn möglich ist, die Verteilung von Verantwortung im komplexen und lebendigen Gefüge des Leistungssystems Landwirtschaft aufzuzeigen.

„Verantwortung als Zurechnungsfähigkeit und Zuständigkeit“

Die grundlegende Voraussetzung für eine Aushandlung des verantwortlichen oder unverantwortlichen Handelns in der Gesellschaft ist die öffentliche Kommunikation über diese. Die Verantwortungszuschreibung wird demnach in einen medialen, ge-

sellschaftlichen Aushandlungsprozess eingebettet. Altmeyen und Bracker (2018, S. 240) stellen gar die These auf: „Ohne journalistische Berichterstattung sind Prozesse und Strukturen der Verantwortung und Unverantwortlichkeiten in der Regel nicht wahrnehmbar. Verantwortung und Kommunikation gehören untrennbar zusammen.“ Dass Akteuren ein verantwortliches oder unverantwortliches Handeln attribuiert wird, erfolgt nicht automatisch, sondern hängt damit zusammen, dass innerhalb der Teilsysteme der Gesellschaft „institutionell geprägte und normativ ... gesicherte Wahrnehmungsmuster und Zurechnungskonstrukte zur Verfügung“ stehen (Bühl, 1998, S. 16, vgl. im Folgenden Altmeyen, 2020a). Sie ermöglichen es, „eine verantwortliche Person oder zuständiges Kollektivum ausfindig zu machen“ (Bühl, 1998, S. 16). Verantwortung bzw. die fehlende Übernahme von Verantwortung sind demnach je nach Bereich durch die Vorlage spezifischer Regelungen und Gesetze konstituiert. Doch nicht nur bestimmte Normen und Regeln bestimmen, ob einem Akteur die Verantwortung attribuiert werden kann. Auch durch seine eingenommene Berufs- oder Arbeitsrolle oder die Zugehörigkeit zu einer Organisation oder einem Verband ist es möglich, dem Akteur Verantwortung zuzusprechen (Heidbrink, 2017, S. 10).

Die Arbeitsrolle ist als Element der Zuständigkeitsverantwortung zuzuschreiben. Sie beschreibt vorrangig die Rollenerwartung und damit verknüpfte Handlungsbereitschaft des Akteurs in seiner Arbeitsrolle. Zentral ist hierbei, dass die Zuständigkeiten nicht eindeutig vergeben oder auferlegt werden, sondern „aus der verdienstlichen Selbstbindung an Handlungsregeln und der eigenverantwortlichen Realisierung nicht erzwingbarer Ziele [resultieren]“ (Heidbrink, 2017, S. 11). Sichtbar wird die Zuständigkeitsverantwortung also besonders dort, wo Akteure durch bspw. ehrenamtliches Engagement „unbestimmt[e] Verpflichtungen“ (Heidbrink, 2017, S. 12) wahrnehmen. In diesem Sinne werden Zuständigkeiten vorrangig prospektiv vollzogen. Die Berufsrolle unterliegt hingegen der Zurechnungsverantwortung, die von den Akteuren verpflichtend übernommen werden muss. Sie orientiert sich an der retrospektiven Verantwortung und betont so, dass der Akteur in seiner Berufsrolle für Handlungen verantwortlich gemacht werden kann, die er willentlich und wissentlich durchgeführt und über deren Konsequenzen er sich im Klaren ist (Heidbrink, 2017, S. 9). Die Wahrnehmung einer bestimmten Berufsrolle verweist somit auch auf die Akzeptanz der damit verbundenen gültigen Handlungsregelungen und Handlungsanweisungen. Fügt ein Landwirt bspw. einem Tier unerlaubt Qualen zu, verhängt das Veterinäruntersuchungsamt Sanktionen im Sinne von Strafzahlungen und weitere Kontrollen, um den Landwirt zur Verantwortung zu ziehen. Die Zurechnungsverantwortung nimmt also insbesondere Kausalbeziehungen in den Blick (Sombetzki, 2014, S. 37 f.): Vereinfacht lässt sich diese wieder mit der Formulierung „X hat Y verursacht“ umschreiben (Werner, 2011, S. 542). Zwischen der ursächlichen Handlung und der Handlungsfolge besteht folglich eine kausale Beziehung. Die Reaktionen auf die Zurechnungs- und Zuständigkeitsverantwortung in der sozialen Öffentlichkeit fallen dabei zumeist unterschiedlich aus: Akteure, die trotz gültiger Regeln schuldhaft gehandelt haben, wie bspw. der Milchviehbetrieb im Allgäu (vgl. Kap. 3.3.2), rufen mehr Empörung hervor als Akteure, die an ihren eigenen Zielvorhaben scheiterten (Heidbrink, 2017, S. 13).

„Verantwortung als folgenbasierte Legitimation“

Die folgenbasierte Ausrichtung der Verantwortungskategorie fokussiert sich auf die Handlungen und die Handlungsfolgen. Betont wird, dass Verantwortung sich auf vergangene, gegenwärtige, aber auch zukünftige Handlungen und deren Folgen bezieht und dabei insbesondere der Zeitbezug der Handlungen eine zunehmend wichtiger werdende Rolle einnimmt. Gerade in einer modernen Gesellschaft, die von komplexen Technologien geprägt ist, deren Ausmaß aber nicht immer konkret einschätzbar ist, ist dies von Relevanz. Aber auch die Handlungsfolgen einer intensiven Bearbeitung und Belastung des Ökosystems durch die Landwirtschaft erschweren es, Verantwortungszuschreibungen vorzunehmen. Der Schwerpunkt der Verantwortungsdefinition als folgenbasierte Legitimation liegt daher darauf, „dass die Vorhersehbarkeit und das Wissen um die erwartbaren Folgen zum primären Maßstab der Zurechnung gemacht werden“ (Heidbrink, 2017, S. 15). Akteure, die heute in ihrer Rolle Entscheidungen treffen müssen, können nicht immer für deren Folgen verantwortlich gemacht werden. Vielmehr unterliegen ihre Handlungen „*Bedingungen der Ungewissheit*“ (Heidbrink, 2017, S. 15, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Inwiefern die Verantwortung für die Handlungsfolgen dennoch zurechenbar ist, hängt vor allem mit der Zumutbarkeit der Ungewissheit zusammen. Ließe sich diese bei einer Handlungsentscheidung durch eine zumutbare Wissensbeschaffung aufheben, so kann Ungewissheit nicht mehr zur Verantwortungsentlastung angeführt werden (Heidbrink, 2017, S. 15–16). Es ist z. B. fraglich, ob Akteure, die in den 1970er Jahren das Herbizid Glyphosat für den Einsatz in der Landwirtschaft zugelassen haben, heute für diese Entscheidung die Verantwortung tragen. Ihnen kann sowohl eine Ungewissheit in Bezug auf die Folgen für die Biodiversität als auch die gesundheitlichen Risiken für den Menschen attestiert werden, denn: „In komplexen Gesellschaften tritt an die Stelle der Rechtfertigung von Verantwortung überall dort der *Nachweis der Unverantwortlichkeit*, wo sich Handlungsfolgen aufgrund ihrer Ungewissheit nicht mehr zurechnen lassen“ (Heidbrink, 2017, S. 16, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.).

„Verantwortung als kontextualistisches Reflexionsprinzip“

Diese Verantwortungskategorie dient „der Suche nach angemessenen Entscheidungsgründen vor dem Hintergrund komplexer Handlungsfelder ..., die eine Vermittlung kategorialer und situativer Bewertungsnormen erforderlich mach[en]“ (Heidbrink, 2017, S. 17). Mit anderen Worten geht es darum, Bewertungsnormen zu entwickeln, die bestimmten Handlungsentscheidungen zugrunde gelegt werden, die in ihrer Kernsache besonders komplex und nur schwer greifbar sind. Die Auseinandersetzung über die Verantwortung wird dabei im Gegensatz zu den anderen geschilderten definitorischen Ansätzen *vor* die eigentliche Handlungsentscheidung gelegt. Kernleistung in diesem Prozess ist es, „unter Bedingungen konfligierender Normen und kognitiver Ungewissheit die richtigen – kontextangemessenen – Beurteilungskriterien für Handlungsentscheidungen zu finden“ (Heidbrink, 2017, S. 19). Die Bewertung der Handlungsentscheidung kann dabei auf drei unterschiedlichen Wegen erfolgen: Erstens nach dem Prinzip der *Metaverantwortung* (dazu Bayertz, 1995), das betont, dass bestehende Themen- und Handlungsfelder stetig in ihrer Ausgestaltung reflektiert und überprüft werden müssen. Je nach Handlungssituation müssen diese angepasst bzw. neue kontextabhängige Regeln und Normen eingespeist werden. Die

Metaverantwortung der Land- und Umweltwirtschaft besteht so bspw. darin, regelmäßig zu prüfen, ob die Regelungen für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen noch ausreichend sind oder neue entwickelt werden müssen. An diesem Punkt können auch *Prioritätenregeln* herangezogen werden, um die bestehenden Handlungsnormen und Regeln in ihrer Wichtigkeit für die Entscheidungssituation zu ordnen. Diese greifen vor allem dann, wenn in Krisen- und Konfliktfällen abgewogen werden muss (Altmeppen, 2020a, S. 98). Zuletzt ist es möglich, über die Bestimmung der *Verpflichtungsgrade* verantwortlichen Handels „Handlungsgründe in Relation zu ihren Handlungsfolgen [zu] beurteil[en]“ (Heidbrink, 2017, S. 18). Mit dieser Bewertungsnorm soll vor allem die Option eingeräumt werden, in spezifischen Situationen (Einzelfallentscheidungen) auf einzelne Regeln und Normen mit ihrem jeweiligen Geltungsanspruch zurückzugreifen, ohne direkt neue Bewertungsnormen in das Handlungsfeld einbringen zu müssen (Altmeppen, Brakelmann & Drössler, 2020, S. 87; Heidbrink, 2017, S. 18–19).

„Verantwortung als Struktur- und Steuerungselement“

An vierter Stelle stellt die Verantwortungskategorie ein Struktur- und Steuerungselement höherstufiger Handlungsprozesse dar, die Akteursgruppen, Organisationen oder auch Systeme und Netzwerke herstellen (Heidbrink, 2017, S. 27). Die genannten Handlungsprozesse beschreiben Situationen, die von einem Akteur zwar verursacht, aber nicht direkt mit ihm in Verbindung gebracht bzw. auf ihn zurückgeführt werden können. Heidbrink (2017, S. 20, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) hebt hervor, dass nicht nur „kollektive *Handlungen* ...“, sondern auch Handlungen von *Kollektiven*“ zu diesem Bereich gehören. Eine bestimmte Akteursformation dieser Kollektive kann so bspw. der DBV sein, zu einem komplexen Handlungssystem zählen bspw. international agierende Konzerne (Heidbrink, 2017, S. 20). Eben jene Kollektive, aber auch Korporationen erschweren jedoch die eindeutige Zurechnungsverantwortung, da sie „nur in einem analogen und sekundären Sinn Verantwortung für ihr Handeln tragen“ (Heidbrink, 2017, S. 21, vgl. auch im Folgenden). Aus diesem Grund ist es notwendig, auf eine Systemverantwortung zurückzugreifen. Kern dessen sind ein *prozedurales Steuerungsprinzip* sowie eine *Kontextsteuerung*. Beide betonen die Regulierung der Verantwortung aus dem System selbst heraus. In diesem Fall soll bspw. das Leistungssystem Landwirtschaft selbst Steuerungsmaßnahmen und Bedingungen erarbeiten, unter denen Schritt für Schritt der Ausstieg aus der Kastenhaltung bei Schweinen erfolgen soll. Gerade die Kontextsteuerung ermöglicht es aber Institutionen oder anderen Systemen (wie der Politik), verbindliche Rahmenrichtlinien zu setzen. So können sie zwar nicht direkt in das Leistungssystem selbst eingreifen, aber den Aushandlungsprozess über die Bedingungen vorantreiben.

Die vier dargelegten Grunddefinitionen von Verantwortung konzentrieren sich vor allem darauf, wie der weite und historisch geprägte Verantwortungsbegriff in den Handlungsfeldern in modernen Gesellschaften gefasst werden kann. Bevor allerdings die einzelnen Verantwortungsrelata spezifischer betrachtet werden, da erst durch sie unverantwortliches Handeln näher bestimmt werden kann, soll an dieser Stelle kurz die Abgrenzung von Verantwortung zum Schuld- und Pflichtbegriff abschließend erfolgen: Schuld beschreibt Aussagen, „durch was oder wen ein bestimmtes Übel

bewirkt wurde ..., kann sich aber auch auf die *moralische* und *rechtliche Zurechenbarkeit* einer Normverletzung und auf eine sich daraus ergebende *Vorwerfbarkeit*, *Strafbarkeit* oder *Haftbarkeit* beziehen“ (Lotter, 2017, S. 252, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Dementsprechend ist der Schuldbegriff zentral für eine Attribution von Verantwortung, die auf einer kausalen Begründung fußt. *Pflicht*, die sich im alltäglichen Leben zumeist durch den Begriff des *Sollens* ausdrückt und das Berücksichtigen bestimmter Normen und Regeln betont (Heidbrink, 2017, S. 5), ist insofern mit der Verantwortung verknüpft, als beide durch das Bindeglied der Verpflichtung, die mit einer Rolle wie bspw. die des Politikers oder Arztes einhergeht, die Pflicht haben, diese Aufgabe zu erfüllen und zugleich die Verantwortung dafür tragen, diese korrekt auszuführen. Jedoch geht die Verantwortung über die Pflicht hinaus, da mit ihr auch die Folgen bei Verstößen gegen eben jene Normen inkludiert sind (Heidbrink, 2017, S. 5).

4.3 Die Attribution von Verantwortung

Bevor sich den Relationen der Verantwortung zur konkreten Bestimmung von verantwortlichen bzw. unverantwortlichem Handeln gewidmet wird, soll an dieser Stelle der Teilbereich der Attribuierung von Verantwortung abermals spezifischer betrachtet werden. Auf Basis des gewählten methodischen Konzepts zur Erhebung der *Attribuierung von Verantwortung* in der öffentlichen Kommunikation können ausschließlich Aussagen darüber getroffen werden, welchen Akteuren für welchen Gegenstand in den jeweiligen Krisen die Verantwortung zugeschrieben wird. Aussagen, ob die jeweiligen Akteure nun tatsächlich verantwortlich sind, lässt das Konzept nicht zu. Aus diesem Grund wird auf diesen Teilbereich, der so bei Heidbrink (2017) keine zu ausführliche Beachtung findet, nochmals näher eingegangen.

Die Attribution von Verantwortung ist ein seit jeher gängiges theoretisches Konstrukt und begegnet jedem Menschen täglich im Alltag: Sei es im persönlichen Umfeld oder in der öffentlichen Kommunikation. Kuhn (2014, S. 39) weist daher nicht zu Unrecht darauf hin, dass „die Ubiquität von Verantwortungszurechnungen im menschlichen Zusammenleben und die Vielfalt ihrer Formen und Anlässe es schwer [macht], gemäß dem nomologischen Programm ‚Gesetze der Zurechnung‘ aufzufinden“. Wird die Verantwortungsattribution in der öffentlichen Kommunikation betrachtet, so ist von dem grundlegenden Verständnis auszugehen, dass sich die auftretenden Akteure, Korporationen oder Kollektive nicht nur gegenseitig in ihrem Handeln beobachten, sondern selbst genau einschätzen, inwieweit sie für einen bestimmten Attributionsgegenstand bereit sind, in der öffentlichen Kommunikation Verantwortung zu übernehmen (Nowak & Altmeyden, 2020, S. 374). An dieser Stelle greifen die von Bühl (1998, S. 16) beschriebenen „Wahrnehmungsmuster und Zurechnungskonstrukte“, denn die ausgehandelten Verantwortlichkeiten in der öffentlichen Kommunikation beziehen sich auf diese (Altmeyden, 2020a, S. 97; Nowak & Altmeyden, 2020, S. 374). Die von Gerhards und Kollegen (2004, 2007, 2009) entwickelte Attributionstrias macht genau dies möglich. Als soziale Konstruktion übersetzen sie Verantwortungsattribution für das Forschungsinstrumentarium in folgende Frage: „Wer wird von wem für *was* und *wie* verantwortlich gemacht?“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 110, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.)²⁷. Es geht darum, die Verantwortungsattribution in drei zentrale Elemente aufzuteilen, nämlich den *Attributionssender*, der einem *Attributionsadressaten* in Bezug auf einen *Attributionsgegenstand* die Verantwortung für vergangene oder zukünftige Handlungen zuweist. Durch eine bewertende Beziehungsrelation (positiv/negativ/ambivalent), die sich auf den Gegenstand oder Attributionsadressaten beziehen kann, werden diese drei Elemente zu einer Attributionsaussage.

27 Auf die Attribution von Verantwortung nach dem Verständnis von Gerhards und Kollegen (2007, 2009) wird im Methodenteil spezifischer eingegangen, da ihr entwickeltes Instrumentarium als Basis für die empirische Erhebung von Attributionsaussagen herangezogen wurde. So sollen unnötige Doppelungen vermieden werden.

Wichtig ist im Prozess der Verantwortungsattribution die Unterscheidung zwischen einer *Kausal- und Zuständigkeitsattribution*, denn beide unterscheiden sich in ihrer Konnotation und Aktualität: Während die Kausalattribution eine *vergangene/ursächliche* bzw. bereits erfolgte (Aus-)Wirkung betrachtet, fokussiert sich die Zuständigkeitsattribution auf eine *mögliche, kausale* Wirkung, die sich durch die Zuweisung einer Verantwortlichkeit eines Akteurs äußert und diesen zur Handlungs- bzw. Problemlösung auffordert (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 113–114). Kuhn (2014, S. 46) geht davon aus, dass die beiden Arten von Attributionsaussagen sich erst dann unter dem Dach des Verantwortungsbegriffs vereinigen lassen, wenn dem jeweiligen Akteur „die derzeit noch unvorhersehbaren positiven wie negativen Konsequenzen seiner Entscheidung zugerechnet [werden]“. Damit betont er ähnlich wie Bühl (1998, S. 16) die gültigen Normen und Regeln, die in den Verantwortungsbereichen bzw. Systemen gelten und an denen das verantwortliche bzw. unverantwortliche Handeln gemessen wird. Damit wird deutlich, dass Verantwortung nicht nur eine reine Erklärung von Ereignissen ist (Kuhn, 2014, S. 47).

Bei der Attribution von Verantwortung gilt es zusätzlich, die Akteursebene genauer zu beleuchten. Der moderne Verantwortungsbegriff geht weiter und löst sich stärker von der reinen Betrachtung des Verschuldnerprinzips (retrospektiv), d. h. Verantwortung nur individuell zu attribuieren, und nimmt auch Kollektive (Akteursgruppe), Korporationen (Organisationen/Unternehmen) in den Blick. Auch sie sind an geltende Normen und Regeln gebunden, die es ermöglichen, ihnen ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln zuzusprechen. Würde sich die Verantwortung ausschließlich auf die Individualebene bspw. den Landwirt konzentrieren, würden eben jene Kollektive außer Acht gelassen. Die Konsequenzen aus einer Krise wie der ESP für die Viehhändler, die illegal Schweine aus Seuchengebieten heraus in pestfreie Zonen transportiert haben, blieben folgenlos. Eine Zurechnung von Verantwortung ist also an die Bedingung geknüpft, „dass entweder die verantwortliche Person selbst oder aber ein erreichbarer Ersatz die rollentypische Verantwortung übernehmen können ..., schließlich darf nicht jede Unverantwortlichkeit zum Zusammenbruch der Verantwortlichkeitsnorm führen“ (Kuhn, 2014, S. 47). Wenn bspw. ein Ministeriumsmitarbeiter die Weiterleitung einer wichtigen Mitteilung über erhöhte Dioxinwerte vergessen und damit einen direkten Schaden (hier die Verfütterung von verunreinigtem Tierfutter) verursacht hat, ist der Vorgesetzte oder der Minister verantwortlich, da er übergeordnet für das Ministerium die Verantwortung trägt. Nowak und Altmeppen (2020, S. 372) fassen in Bezug auf die Verantwortungszuschreibung von Individuen und Kollektiven treffend zusammen: „Sachgerechter ist es, individuelle, kollektive und korporative Verantwortung in wechselseitiger Relation zu sehen.“

Dieses Verständnis, dass eben nicht nur einzelnen Akteuren Verantwortung sanktioniert werden kann, ruft in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Teilbereich der Verantwortungsattribution divergierende Meinungen hervor (Bratu, 2017; Isaacs, 2011; 2017; Lewis, 1992). Heidbrink (2017, S. 23–24) geht davon aus, dass auch Kollektiven, Korporationen und Akteursgruppen Verantwortung zugesprochen werden kann. Allerdings müssen dafür bestimmte Bedingungen erfüllt sein (vgl. im Folgenden Heidbrink, 2017, S. 24): Diese *konditionalen Bedingungen* fo-

kussieren die Kriterien der Verantwortungszuschreibung und unterscheiden sich nur minimal in ihrem Geltungsbereich für individuelle Akteure oder Akteursgruppen. Sie umfassen die *Freiheit* des Handelns, die *Kausalität* des Handelns (Einfluss auf die Ausführung der Handlung), die *Absichtlichkeit* (Handlungsintention) und das *Wissen* um die Handlungsfolgen bzw. Handlungskonsequenzen sowie das *Bewusstsein* um die geltenden handlungsrelevanten Normen und Regeln. Dabei schützt die Unwissenheit nicht vor einer Verantwortungszuschreibung. Im geschilderten Fall kann dem jeweiligen Minister demzufolge die Verantwortung attribuiert werden, da es im Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten liegt, sich mittels Meldungen über mögliche erhöhte Dioxinwerte zu informieren.

Darüber hinaus ist es notwendig, dass für die Fähigkeit der Verantwortungsattribution von Handlungen der Akteursgruppen *generische Bedingungen* erfüllt sind: Dazu zählen die grundsätzliche *Verantwortungsfähigkeit*, die voraussetzt, dass die Akteure über ein Urteilsvermögen und ein Bewusstsein für ihre Handlungen verfügen, damit sie sich über die Konsequenzen der Handlungen bewusst sind. Für Akteursgruppen muss dieser Punkt zum einen dahingehend ergänzt werden, dass die Mitglieder über jene Kompetenzen verfügen sollten, die „sie zur individuellen Berücksichtigung kollektiver Handlungsprobleme befähig[en]“ (Heidbrink, 2017, S. 26). Des Weiteren sollten die Akteure über *Verantwortungskompetenzen* verfügen, die sich durch bestimmte Charaktereigenschaften (bspw. Aufrichtigkeit, Zuverlässigkeit) äußern und vorrangig dazu dienen, damit die Erwartungen an die Verantwortlichkeit erfüllt werden können. Kollektive Akteure können an diesem Punkt selbst durch die Etablierung von Maßnahmen zur Förderung eines verantwortlichen Handelns ihre Mitarbeiter in den Verantwortungskompetenzen stärken (Verhaltenskodexe/freiwillige Kodizes/Compliance). Als dritte Bedingung für die Umsetzbarkeit von Verantwortung ist die *Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme* zu nennen. Mit ihr werden die Bereitschaft und der Wille zur Übernahme von Verantwortung betont. Entscheidend sind die Motive des handelnden Akteurs bzw. der Akteursgruppe, die genannt werden, um die Zurechnung bzw. Übernahme von Verantwortung anzunehmen oder abzulehnen. Die Zurückweisung von Verantwortung äußert sich bspw. durch einen Schuldverweis auf andere Akteure, die Betonung einer Notlagsituation oder durch den Verweis auf die bereits genannte Unwissenheit über einen bestimmten Sachverhalt (Heidbrink, 2017, S. 26–27).

Die beschriebenen Bedingungen sind für die empirische Untersuchung der Verantwortungsattribution von Relevanz, da hierdurch betont wird, dass sowohl individuelle als auch kollektive Akteure über ein Bewusstsein bestimmter Normen, Regeln und Gesetze verfügen bzw. verfügen sollten. Inwiefern sich allerdings die Akteure der geltenden Bedingungen bewusst sind und diese in ihrem Handeln berücksichtigen, lässt sich mit dem angestrebten Forschungsvorhaben aufklären, indem (A) andere Akteure ihnen ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln für vergangene oder zukünftige Handlungen zuschreiben (Kausalattribution), (B) sie es selbst durch eine Reflexion ihres Handelns zurückweisen oder (C) ihnen die Zuständigkeit von Verantwortung für eine Handlung zugewiesen wird, die sie allerdings auch zurückweisen können (Zuständigkeitsattribution). Die Aushandlung dieser Zurechnungs- und Wahrnehmungskonstrukte findet in der öffentlichen Kommu-

nikation statt. Damit aber der Verantwortungsbegriff für die vorliegende Arbeit fruchtbar gemacht werden kann, gilt es, über die dreigliedrige Attributionstrias von Gerhards und Kollegen (2007) hinauszugehen, um die normativen Konstrukte zu berücksichtigen. Dazu hält die Verantwortungsforschung Relata bereit, mit denen der Verantwortungsbegriff in seiner inhaltlichen Tiefe umfassend betrachtet und auf diese Weise verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln greifbar gemacht wird.

4.4 Relationen der Verantwortung

Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, kann der Verantwortungsbegriff auf eine lange Historie zurückblicken. Wenngleich dem an dieser Stelle keine weitere Beachtung geschenkt werden soll, ist eine Entwicklung aufschlussreich, auf die Loh (2017, S. 36) hinweist: Die Relationselemente der Verantwortung wurden zwar relativ früh definiert (vgl. Bayertz, 1995), doch aus dem Blickfeld geraten ist hierbei das grundlegendste Element, nämlich das Subjekt der Verantwortung. Oder anders formuliert: Das Wer aus der Reihe der W-Fragen, in denen sich der Verantwortungsbegriff konkretisiert (Loh, 2017, S. 36). Innerhalb des seit Jahren geführten wissenschaftlichen Diskurses zu den Verantwortungsrelata, die voraussetzen, dass der Verantwortungsbegriff als Zuschreibungskonstrukt definiert wird, gehen die Forscher in ihrer Einschätzung hinsichtlich der notwendigen Anzahl von Verantwortungsrelata und deren zugrundeliegenden Ausgestaltung weit auseinander. Sombetzki (2014, S. 63) beschreibt diese Vielzahl der unterschiedlichen Forschungs- und Differenzierungsansätze der Relata treffend als eine „zumeist willkürlich anmutend[e] Auflistung von Elementen“.

Mit einem engen Definitionsansatz lieferte Schütz (1972, S. 256) als erster eine zweigliedrige Aufteilung der Relata in ein Objekt und eine Instanz. Ropohl (1994, S. 111–114) unterscheidet zwischen drei bis sieben Elementen, wohingegen Bayertz (1995, S. 15–16) von mindestens drei Elementen ausgeht, die sich zueinander in Beziehung setzen lassen. Dazu gehören (1) das Subjekt der Verantwortung, (2) ein Objekt der Verantwortung und (3) ein System von Bewertungsmaßstäben. Ähnlich argumentiert Nida-Rümelin (2011, S. 23), wonach „die dreistellige Verwendungsweise die grundlegende [ist]“. Die dritte Relation kann dabei auch durch eine Instanz ersetzt oder als vierte Relation hinzugefügt werden (Heidbrink, 2017, S. 4). Für Werner (2011, S. 543, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) ist unter Berücksichtigung eines normativen Bezugspunktes eine Definition von Verantwortung mit den folgenden vier Verantwortungselementen entscheidend:

Jemand (Subjekt) ist für etwas (Gegenstand) vor oder gegenüber jemandem (Instanz) aufgrund bestimmter normativer Standards (Normhintergrund) – prospektiv – verantwortlich. Bzw.: Jemand (Subjekt) verantwortet sich – retrospektiv – für etwas (Gegenstand) vor oder gegenüber jemandem (Instanz) unter Berufung auf bestimmte normative Standards (Normhintergrund).

Einen vorwiegend empirisch geleiteten Ansatz verfolgen Gerhards, Offerhaus und Roose (2005), die in ihren Ausführungen die Verantwortungszuschreibung in den Vordergrund stellen und dazu ebenfalls Verantwortungselemente definieren, für die die bereits vorgestellte Frage forschungsleitend ist: „Wer wird von wem für was verantwortlich gemacht?“ Ein Attributionssender weist somit durch seine Aussage einem anderen Akteur (Attributionsadressat) in Rückbezug auf einen Attributions-

gegenstand Verantwortung zu (Gerhards et al., 2005, S. 12). Sie entwickelten dazu ein Forschungsinstrumentarium, das sie beispielhaft an der Attribuierung von politischer Verantwortung in der Europäischen Union in den Massenmedien untersuchten (vgl. ausf. Kap. 11.1.1). Mit ihrem definitorischen Ansatz betonen sie ähnlich wie Debatin (2016, S. 70), dass die Verantwortungsrelationen sowohl den Verantwortungsbegriff als auch den dazugehörigen Handlungssinn greifbarer machen (Altmeppen et al., 2019, S. 66). Mit der Verantwortung für die jeweilige Handlung nimmt der Einzelne also seine „Erklärungs- und Rechtfertigungsverpflichtungen“ wahr (Debatin, 2016, S. 70). Diese Rechtfertigungspflichten können von den betroffenen Akteuren, so wie es Gerhards und Kollegen (2005, 2007) ausführen, in der öffentlichen Kommunikation über die journalistische Berichterstattung artikuliert werden, indem der Verantwortliche Rede und Antwort steht und begründet, warum er die Entscheidung für jene Handlung und nicht die andere getroffen hat. Auf Basis dieser Ausführungen schlägt Debatin (2016, S. 70) acht Elemente vor, die der Handlungsverantwortung zugeordnet werden können:

- 1) Das Handlungssubjekt verantwortet sich
- (2) basierend auf bestimmten Werten und Normen
- (3) für eine Handlung,
- (4) die dabei angestrebten Zwecke und
- (5) eingesetzten Mittel sowie
- (6) die Handlungsfolgen. Das Subjekt verantwortet sich darüber hinaus
- (7) vor einer Rechtfertigungsinstanz (z. B. Gewissen oder Öffentlichkeit) und
- (8) gegenüber den von Handlung oder Handlungsfolgen Betroffenen.

Allerdings hebt Debatin (2016, S. 71), orientiert an Lenk (1993, S. 125–128), der über das Modell der distributiven Mitverantwortung betont, dass Verantwortung nicht nur auf der individuellen, sondern auch kollektiven Ebene zugeschrieben werden kann, hervor, dass vorab definierte Strukturen wie bspw. Kodizes vorliegen müssen, um verantwortliches Handeln im jeweiligen Organisationsbereich zu definieren. Nur so kann Debatin (2016, S. 71) zur Folge eine „Verdünnung der Verantwortung“ vermieden werden. Im Falle einer Tierseuche wie der ESP zeigt sich somit, wie schwierig sich die Zuschreibung von Verantwortung gestalten kann, da allein das Verantwortungssubjekt kaum bestimmbar ist: Trägt so bspw. der einzelne Landwirt die Verantwortung, da er zu geringe Hygienestandards verfolgt hat? Ebenso stellt sich hier die Frage nach der Nachweisbarkeit dieser möglichen Mängel, womit wiederum der Punkt angeführt werden kann, dass eine retrospektive Verantwortungszuschreibung nur möglich ist, wenn prospektive Verantwortlichkeiten vorliegen (Werner, 2011, S. 543). Zugleich kann gefragt werden, ob die Verantwortlichen auf politischer Ebene zu finden sind, da sie über geltende Regelungen wie bspw. notwendige Seuchenschutzmaßnahmen bestimmen. In Fällen wie der Schweinepest oder BSE folgt sodann zumeist eine Verantwortungsübernahme, die ein verantwortungsloses Handeln eingesteht und infolgedessen die Person[en] oder Institution[en] die Konsequenzen tragen. Das Verantwortungssubjekt nimmt auf diese Weise im Aushandlungsprozess um die Verantwortung für eine bestimmte Krise eine zentrale Rolle ein.

Die aufgeführte, zumeist notwendige Differenzierung des Subjekts in ein Individuum oder Kollektiv berücksichtigt Sombetzki (2014, S. 140), die erstmalig zur Definition des Verantwortungsbegriffs eine Differenzierung zwischen genuinen Relationselementen und entsprechenden Subkategorien aufführt (Sombetzki,

2014, S. 64). Dieser Ansatz orientiert sich an der „sekundäre[n] Unterscheidung“ nach Lenk und Maring (1992, S. 82). Dadurch wagt sie den Versuch, Klarheit in das undurchsichtige Geflecht der verschiedenen Verantwortungsrelata und entsprechenden Definitionsansätze zu bringen. In Anlehnung an Werners (2011, S. 543) Verantwortungsdefinition, die allerdings keine Antwort darauf geben kann, vor wem (Instanz) und warum (Adressat) eine Person verantwortlich gemacht wird, legt sie ihren Ausführungen folgende fünfgliedrige „Definition der Struktur der Verantwortung“ (Sombetzki, 2014, S. 140, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) zugrunde:

„Verantwortlich ist ein Subjekt oder Träger (individuell oder kollektiv – das Wer?) für ein Objekt oder einen Gegenstand (partikular oder universal, prospektiv oder retrospektiv – das Wofür?) vor einer Instanz (privat oder öffentlich – das Wovor?) gegenüber einem Adressaten (privat oder öffentlich – das Warum?) auf der Grundlage normativer Kriterien (in einem spezifischen Verantwortungsbereich, privat oder öffentlich – das Inwiefern?).“

Mit dieser Definition ist es demgemäß möglich, dass Verantwortung auf mindestens zwei Ebenen des Verantwortungssubjekts gefasst werden kann, um so auch das Objekt der Verantwortung spezifischer zu identifizieren, damit einer „Totalisierung von Verantwortung“ (Sombetzki, 2014, S. 136) vorgebeugt werden kann. So erlaubt es Sombetzkis definitorischer Ansatz, die Komplexität von Verantwortung und verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln umfassend zu berücksichtigen. Aus diesem Grund soll in den nachfolgenden Ausführungen das von Sombetzki vorgeschlagene Konstrukt (vgl. Abbildung 4) strukturgebend für die Beschreibung der Verantwortungsrelata sein. Zwar können nicht alle beschriebenen Elemente von Sombetzki tiefergehend beschrieben werden, da sie nicht den Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit bilden, aber es wird sich an ihnen bedient, um den Verantwortungsbegriff in seiner Komplexität und Fülle – insbesondere hinsichtlich der normativen Kriterien, die für ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln der Akteure herangezogen werden – darzulegen. Welche zentralen Relationselemente für Sombetzki (2014) den Verantwortungsbegriff prägen, fasst die Abbildung 4 nochmals zusammen.

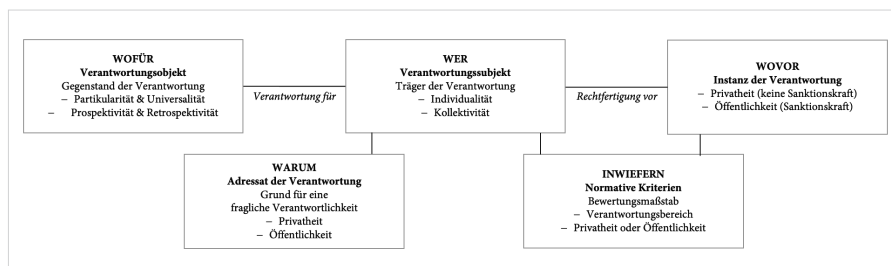


Abbildung 4:

Übersicht über die Relationselemente des Verantwortungsbegriffs. Dargestellt sind die dazugehörigen Subkategorien nach Sombetzki (2014).

4.4.1 Verantwortungssubjekt

Das Verantwortungssubjekt beschreibt nicht nur einen einzelnen handelnden Akteur, sondern kann auch, wie bereits im vorangegangenen Unterkapitel deutlich wurde, Unternehmen, Gruppen oder Organisationen umfassen. In der Historie der Verantwortungsrelata war schon immer klar, dass es eine Person geben muss, die „Rede und Antwort steht“ (Loh, 2017, S. 39), doch hat sich das Feld der Akteure verändert. Während im Mittelalter noch Tiere oder Gegenstände zur Verantwortung gezogen wurden (Bayertz, 1995, S. 6), steht in der modernen Gegenwart vielmehr die Frage danach im Raum, wie bspw. sozialen Distributionsplattformen, aber auch Robotern Verantwortung zugesprochen werden kann (Altmeyen, 2015, S. 17). Die Definition des Verantwortungssubjekts kann somit im Technologie- und Gesellschaftswandel immer wieder aufs Neue angepasst und erweitert werden und geht eng mit einem Verantwortungswandel einher (Altmeyen, 2015, S. 16).

Unabhängig davon, ob es sich um eine Zurechnungs- oder Zuständigkeitsverantwortung handelt, ist es grundlegend, dass sie nur „handlungsfähigen Wesen (Personen) zugeschrieben werden kann“ (Werner, 2011, S. 542). Sombetzki (2014, S. 67) spricht hier von einer „autonome[n] Personalität ..., die alle Wesen (und sonstige[n] Entitäten) außer dem Menschen aus dem Kreis potenzieller Verantwortungsträger auszuschließen scheint“. Zusätzlich, so betont Stahl (2000, S. 227), „ist das Wissen um die Folgen einer Handlung“ Grundvoraussetzung dafür, dass einer Person Verantwortung attribuiert werden kann. Demgemäß lässt sich in einem ersten Schritt festhalten, dass ein Verantwortungssubjekt eine autonome Person ist, die über Verantwortungsbedingungen verfügt, die eine Verantwortungsübernahme garantieren können (Sombetzki, 2014, S. 68–69). Zu diesen Bedingungen zählen u. a. die Kommunikationsfähigkeit, das kognitive Vermögen, die Handlungsfähigkeit und das damit verbundene Folgenbewusstsein sowie die Einflussmöglichkeit (Sombetzki, 2014, S. 62). Ein handelnder und auftretender Akteur, der jene Bedingungen erfüllt, also als Träger der Verantwortung fungieren kann, ist jedoch nicht immer allein derjenige, der für etwas „Rede und Antwort stehen“ muss. Vielmehr, und das wurde bereits bei Heidbrink und der Verantwortung als Struktur- und Steuerungselement deutlich (2017, S. 19 f.), können auch Kollektive und Korporationen Verantwortungsträger sein. Werner (2011, S. 545) betrachtet diese Differenzierung kritisch, da „Verantwortung von Korporationen stets an personale Verantwortung rückgebunden sein muss“. Wachsende Technologien und gesellschaftliche Entwicklungen, gibt Stahl (2000, S. 228) jedoch zu bedenken, lassen es nicht mehr zu, einer einzelnen Person die Verantwortung zu attribuieren, da „das Ergebnis ihrer Handlung nicht mehr eindeutig den einzelnen Personen zugerechnet werden kann“. Aus diesem Grund ist es wenig überzeugend, beim Verantwortungssubjekt ausschließlich von einem einzelnen Verantwortungsträger auszugehen, weshalb es sinnvoll erscheint, die Subkategorien von Sombetzki (2014, S. 71 f.; vgl. Loh, 2017, S. 40 f.) in individuelle und kollektive Verantwortungssubjekte anzunehmen.

Erstgenanntes, die individuelle Verantwortung bzw. das individuelle Verantwortungssubjekt, lässt nochmals eine Differenzierung in alleinige, persönliche sowie Eigen- und Selbstverantwortung zu, wobei sich diese in ihrer Konnotation und im Umfang der zu tragenden Verantwortung unterscheiden (Loh, 2017, S. 40; Som-

betzki, 2014, S. 72–74). Stehen wie in dieser Arbeit Krisen und krisenhafte Zustände im Fokus, geht es weniger um die Eigen- und Selbstverantwortung, sondern: „[Ein] oder mehrere Subjekte [tragen] die Verantwortung für den ‚ganzen‘ oder ‚vollen‘ Gegenstand ..., d. h. mit der vollen bzw. ganzen Verantwortung wird auf das Objekt und nicht, wie dies in der selteneren, zuerst genannten Verwendungsweise der Fall ist, auf das Subjekt der Verantwortung referiert“ (Sombetzki, 2014, S. 73, Herv. im Orig., Anm. der Verf.). Illustrieren lässt sich dies an den Rücktritten der Gesundheitsministerin Andrea Fischer (SPD) und des Landwirtschaftsministers Karl-Heinz Funke (CDU) in der BSE-Krise. Beide trugen für einen Gegenstand (Bereitstellung gesunder, sicherer Nahrungsmittel bzw. die sichere Nahrungsmittelproduktion) die Verantwortung und beiden wurde eine Nicht-Wahrnehmung dieser attribuiert (vgl. ausf. Kap. 8.2.2).

Zweitgenanntes, die Zuschreibung der Verantwortung zu einem Kollektiv, umfasst (A) Korporationen, Organisationen und zudem Unternehmen, deren Strukturen durch eine klare Rollenverteilung und ein kollektives Bewusstsein geordnet sind. (B) Beschreibt ungeordnete Kollektive, die sich ungeplant zusammengeschlossen haben und dessen Antrieb das gemeinsame Vorhaben ist (Sombetzki, 2014, S. 75). Wird einem Kollektiv die Verantwortung zugeschrieben, so sind Sombetzki (vgl. im Folgenden 2014, S. 79) zufolge alle agierenden Individuen innerhalb des Kollektivs verantwortlich, und es kann nicht das gesamte Kollektiv als autonome Person betrachtet werden. Entscheidend ist, wie viel (partielle, volle oder gar keine) Verantwortung jedes einzelne Individuum im Kollektiv hat. An dieser Stelle rückt das Objekt der Verantwortung in den Fokus, denn wenn innerhalb eines Aushandlungsprozesses bereits das Objekt feststeht, wird ausgehend davon das Verantwortungssubjekt (individuell oder kollektiv) gesucht. Einzelne Objekte greifen jedoch in ihrer Dimension zu weit bzw. sind zu komplex, als dass einem Individuum dafür alleinig die Verantwortung attribuiert werden kann (bspw. Finanzkrise/Lehman Brothers/Nitratüberschuss im Grundwasser) (Loh, 2017, S. 41).

Zusammenfassend beschreibt das erste Relatum der Verantwortung das Subjekt und damit den Träger der Verantwortung, der Rede und Antwort steht. Die Differenzierung des Relationselements in die zwei Subkategorien, einem individuellen Verantwortungssubjekt und kollektiven Verantwortungssubjekten, erlaubt es, auch die wachsende Komplexität einzelner Handlungen und Handlungsentscheidungen zu berücksichtigen, für die ein Individuum allein nicht verantwortlich gemacht werden kann. Allen Akteuren in den genannten Subkategorien wird die Fähigkeit zugerechnet, grundsätzlich handlungsfähig zu sein.

4.4.2 Verantwortungsobjekt

Der Gegenstand, wofür Verantwortung übernommen wird, kann als Dreh- und Angelpunkt des gesamten Aushandlungsprozesses verstanden werden. Schließlich geht zumeist das Verantwortungssubjekt eng mit dem Objekt bzw. dem Attributionsgegenstand einher. Sombetzki (2014, S. 97; Loh, 2017, S. 41) differenziert hier zwischen vier Objektklassen: Lebewesen, unbelebte Gegenstände (Ackermaschinen, Fütterungsanlagen), Ereignisse (unerlaubtes Eindringen in Ställe) und Handlungen bzw. Handlungsfolgen. Maring (2001, S. 14) argumentiert ähnlich und fasst das Verantwortungsobjekt unter „Handlungen, Handlungsfolgen, Zustände, Aufgaben

usw.“ zusammen, die allerdings auch vergängliche bzw. zukünftige Handlungen/ Handlungsunterlassungen in den Blick nehmen, wenngleich ein mögliches unverantwortliches Handeln noch offen ist. Darüber gilt es zu berücksichtigen, so Loh (2017, S. 41), dass einzelne Verantwortungsobjekte von einer Vielzahl von Handlungen und Handlungsfolgen geprägt sind, für die Verantwortung attribuiert werden kann. Die Verantwortung des Landwirts für die Tiere ist so mit der Verantwortung für das Wohl der Tiere verbunden und kann durch eine gute, ausreichende Tierpflege und Tierversorgung erzielt werden.

Wie im vorigen Kapitel bereits deutlich wurde, liegt häufig eine enge Verknüpfung des Verantwortungssubjekts mit dem Verantwortungsobjekt vor. Diese kann sich über bestimmte Rollen definieren, die die Verantwortung für ein Objekt vorgeben. Entscheidet sich ein Landwirt für die Viehhaltung, ist die logische Konsequenz, dass er für die Lebewesen als Objekt verantwortlich ist. Doch nicht immer ist das Verantwortungsobjekt derart deutlich greifbar. Aus diesem Grund schlägt Sombetzki (2014, S. 100) eine erste Subkategorie des Verantwortungsobjekts, die *Partikularität* und *Universalität* vor. Erstgenanntes ist dabei leicht definierbar, wohingegen zweitgenanntes aufgrund seiner Komplexität schwieriger zu bestimmen ist (Sombetzki, 2014, S. 100). Beide sind mit dem Verantwortungssubjekt verbunden und lassen die folgende Ableitung zu (Sombetzki, 2014, S.105):

Je heterogener und unkonkreter die Menge der potenziellen Verantwortungsträger ist, desto ungenauer lassen sich auch die Handlungen und Handlungsfolgen, die unter dem fraglichen Objekt zu subsumieren sind, definieren. Je homogener und konkreter hingegen diejenigen sind, die Rede und Antwort zu stehen haben, desto partikularer ist auch der fragliche Gegenstand.

Werden in dieser Arbeit also die Verantwortungssubjekte für die zu untersuchenden Krisen und krisenhaften Zustände definiert, sollten diese gut geprüft und umfassend gelistet werden, damit das Verantwortungsobjekt/der Attributionsgegenstand in seiner Komplexität entsprechend berücksichtigt werden kann.

Darüber hinaus definiert Sombetzki (2014, S. 103–104) eine zweite Subkategorie, die *Prospektivität* und *Retrospektivität* des Verantwortungsobjekts, und hebt damit den Zeitbezug des Objekts hervor. Handelt es sich um eine vergangene Handlung/ Handlungsfolge, für die das Verantwortungssubjekt „Rede und Antwort steht“, so handelt es sich um eine retrospektive Verantwortlichkeit. Dies gilt bspw. für den Tierschutz-Skandal für den sich der Landwirt vor Gericht verantworten muss. Auch die in Deutschland noch lange zugelassene Verfütterung von Tiermehl an Wiederkäuer illustriert einen retrospektiven Verantwortungsgegenstand. Eine prospektive Verantwortlichkeit geht hingegen eng mit dem Pflichtbegriff einher und ordnet das Verantwortungsobjekt eher in die Zukunft ein. Beispielsweise lässt sich „die Verantwortung der Menschen für den Klimawandel auch prospektiv ausdeuten, indem man darunter eine Beeinflussung des Klimas hin zu einem anderen, wünschenswerteren Zustand versteht“ (Loh, 2017, S. 43).

Werden die Ausführungen zum Verantwortungsobjekt resümiert, lässt sich festhalten: Als Dreh- und Angelpunkt eines Aushandlungsprozesses um Verantwortlichkeiten ist es unabdingbar, das Objekt genau zu definieren. Anderenfalls kann eine „Totalisierung von Verantwortung“ (Sombetzki, 2014, S. 104) die Folge sein. Dabei ist die erste Subkategorie von Sombetzki insofern von Relevanz, als bei der Definition der Verantwortungssubjekte diese eindeutig gefasst werden müssen. Bedingt durch den Fokus der Untersuchung auf Krisen und krisenhafte Zustände, die weniger zukünftige, sondern vielmehr vergangene Handlungsentscheidungen und Folgen in den Blick nehmen, ist vorrangig die retrospektive Verantwortlichkeit zu berücksichtigen.

4.4.3 Verantwortungsadressat und Instanz der Verantwortung

Die Relationen der Verantwortung machen es möglich, dass verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln genauer bestimmt werden kann. Im Erkenntnisinteresse und in der empirischen Überprüfbarkeit dieser Arbeit stehen Verantwortungsattributionen, d. h. die Beantwortung der zentralen Frage „Wer (Verantwortungssubjekt/Sender) wem (Attributionsadressat) für was (Verantwortungsobjekt/Attributionsgegenstand) inwiefern (Bewertung) Verantwortung attribuiert“. Der Verantwortungsadressat, wie er in der Literatur zu den Relationen definiert wird und als „umstrittenes [...] [und] unterschätzteste Relatum der Verantwortung“ (Loh, 2017, S. 46) gilt, fällt nicht in diese Attributionstrias. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sie mehr „Abstraktionsfähigkeit [erfordert], sie ist mühsamer und setzt eine explizite Auseinandersetzung mit dem Gegenstand der Verantwortung voraus (Loh, 2017, S. 48). Im Gegensatz zum Verantwortungssubjekt ist der Adressat nicht immer eindeutig erkennbar, sondern beantwortet die Frage nach dem *Warum* der Verantwortung. Daran angelehnt wird er definiert als der „Betroffene der fraglichen Verantwortlichkeit“ (Sombetzki, 2014, S. 113). Doch der Adressat kann nicht nur eine Person oder ein Kollektiv sein, sondern auch das Gewissen (Honnfelder, 2017, S. 44 f.) oder eine weitere nicht greifbare Instanz²⁸ wie bspw. die Vernunft. Das erschwert es, den Verantwortungsadressaten empirisch im Rahmen der von Gerhards und Kollegen vorgeschlagenen Attributionstrias aufzunehmen. Aus diesem Grund wird der Adressat im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter ausgeführt und dient an dieser Stelle lediglich der Vollständigkeit der Verantwortungsrelata, um verantwortliches Handeln bestimmen zu können. Für die weiterführende Literatur zum Adressaten sei u. a. auf Loh, 2017, S. 46-49; Maring, 2001, S. 14 f.; Sombetzki, 2014, S. 113–118 verwiesen.

28 In der Verantwortungsforschung ist keine eindeutige und vor allem einheitliche Trennung zwischen dem Verantwortungsadressat und der Verantwortungsinstanz gegeben. Loh (2017, S. 48) führt dies u. a. darauf zurück, dass durch die enge inhaltliche Überschneidung dieser Begrifflichkeiten, es zu Verwechslungen zwischen dem Vor (Instanz) und dem Gegenüber (Adressat) kommt. Aber auch gleiche Verwendungsweisen bei unterschiedlicher Begriffsbezeichnung sind möglich. Was Sombetzki (2014, S. 113 f.) eben als Verantwortungsadressat begreift, stellt bei Jonker, Stark und Tewes (2011, S. 3) die Verantwortungsinstanz dar.

4.4.4 Normative Kriterien der Verantwortung

Um beurteilen zu können, ob ein Akteur oder eine Akteursgruppe in einem bestimmten Kontext verantwortlich bzw. unverantwortlich gehandelt hat, werden normative Kriterien herangezogen (Bayertz, 1995, S. 13; Ropohl, 1994, S. 113). Sie fungieren als Maßstab, um zu messen, in welcher Weise Verantwortung attribuiert werden soll (Loh, 2019, S. 92). Die Beantwortung der zentralen Frage nach dem *Inwiefern* einer Verantwortlichkeit zählt Loh (2017, S. 49) zufolge zum „Kernbestand“. Das ist wenig verwunderlich, denn kaum ein Handlungs- bzw. Verantwortungsbereich kommt mehr ohne normative Kriterien aus, an denen das „Rede-und-Antwort-Stehen“ gemessen werden kann (Loh, 2017, S. 49). Ausdruck finden normative Kriterien in „Maximen, Prinzipien, Gebote, Gesetze, Vorschriften, Befehle, Anweisungen, Aufgaben, Werte und Regeln“ (Sombetzki, 2014, S. 119; vgl. auch Ropohl, 1994, S. 112). An dieser Stelle wird auch der Überschneidungsgrad zwischen der Verantwortung und dem Pflichtbegriff deutlich, wobei das Verantwortungssubjekt durch seine Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht direkt zu einer Handlungsweise verpflichtet ist, sondern vielmehr die Verantwortung an den Handlungsfolgen gemessen wird (Sombetzki, 2014, S. 120; Werner, 2013, S. 41).

Zur genaueren Bestimmung des Relatums wird in Anlehnung an Loh (2017, S. 50; vgl. Sombetzki, 2014, S. 132) eine Differenzierung in die Subkategorien (A) *Verantwortungsbereich* und (B) *Privatheit* und *Öffentlichkeit* angestrebt. Erstgenanntes – Verantwortungsbereiche bzw. Verantwortungsräume – erfüllt die Funktion, die unterschiedlichen Arten normativer Kriterien (Ropohl, 1994, S. 112) zu konkretisieren. „... gemeinsam mit weiteren Prinzipien und Normen [können sie] den Handlungsrahmen des fraglichen Akteurs begrenzen“ (Sombetzki, 2014, S. 126). Mit anderen Worten: Wird von einer Verantwortung als das „Rede-und-Antwort-Stehen“ ausgegangen, kann zwischen der Art der normativen Kriterien und dem Verantwortungsbereich differenziert werden – das heißt von politischen Normen bzw. politischer Verantwortung. Übertragen auf den Tierschutz-Skandal steht der Landwirt (Verantwortungssubjekt) für die kranken Tiere (hier partikular) Rede und Antwort. Der Aushandlungsprozess um die Verantwortung findet vor dem Gericht (Instanz) auf Basis allgemeingültiger Regeln und Gesetze (hier das TierSchG) statt. Die kranken Tiere stellen in diesem Fall ein Objekt der strafrechtlichen Verantwortung dar, demgemäß sind die normativen Kriterien dem Verantwortungsbereich der strafrechtlichen Verantwortung zuzuordnen. Diese Subkategorie macht es möglich, dass der in den meisten Fällen zuerst vorliegende Verantwortungsgegenstand einem entsprechenden Verantwortungsbereich zugeordnet werden kann (politisch, strafrechtlich, wirtschaftlich). Davon ausgehend wird die Identifizierung des Verantwortungssubjekts erleichtert, da deutlich ist, an welchen normativen Kriterien die fragliche Verantwortlichkeit gemessen wird (Sombetzki, 2014, S. 127–128).

Die zweite Subkategorie fokussiert sich auf den Grad der jeweiligen normativen Kriterien und differenziert dazu zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Sie bezieht sich vorrangig auf die Instanz und den Adressaten innerhalb der normativen Verantwortungsrelationen. Wird sie konkret in Bezug auf die normativen Kriterien betrachtet, lassen sich moralische Normen eher privateren Normen zuordnen, während strafrechtliche Normen, bedingt durch ihre Anwendung im öffentlichen Raum und zur

Ordnung innerhalb der Gesellschaft, eindeutig den öffentlichen Normen zuzuordnen sind. Je nach Sanktionskraft der einzelnen Normen kann sich die Zuordnung – privat oder öffentlich – unterscheiden (Loh, 2017, S. 50–51; Sombetzki, 2014, S. 130–131).

Die normativen Kriterien bilden zusammenfassend betrachtet die Frage nach dem *Inwiefern* innerhalb der Verantwortungsrelata ab. Im Aushandlungsprozess werden sie herangezogen, um einem Verantwortungssubjekt aufgrund der bestehenden Normen und Regeln je nach Verantwortungsbereich und Grad (privat/öffentlich) die Verantwortung zu attribuieren.

4.5 Zwischenfazit: Implikationen für das eigene Vorhaben

In Krisen und krisenhaften Zuständen stellt sich schnell die Frage nach der Verantwortung. Sie konzentriert sich dabei vorrangig auf das Verantwortungssubjekt, das heißt: Wer ist verantwortlich? Diese Attribution von Verantwortung kann als Kernelement öffentlicher Diskurse angesehen werden. In den Mittelpunkt dieser Aushandlungsprozesse rücken beteiligte Akteure, die im Sinne Schimanks (1996) auf der Mikroebene der Strukturdimensionen agieren. Sie haben in ihrer Rolle auf Basis ihrer Beobachtungen eigene Handlungsentscheidungen getroffen, können damit aber zugleich für ein verantwortungsvolles oder auch verantwortungsloses Handeln herangezogen werden.

Die vorangegangenen Ausführungen hatten zum Ziel, in einem ersten Schritt Verantwortung als ein vielschichtiges und traditionsreiches Forschungsfeld aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Als Schlüsselbegriff für eine empirische Teilerhebung – die Verantwortungsattribution in Krisen und krisenhaften Zuständen im Leistungssystem Landwirtschaft – wurde deutlich, dass Verantwortung vor allem als das Rede-und-Antwort-Stehen für Handlungen und deren Konsequenzen verstanden werden kann. Entsprechend steht hier die Verantwortung als *Zurechnungs- und Zuschreibungsbegriff* im Vordergrund und hebt hervor, dass eine Person (berücksichtigt auch die Berufsrolle) für ihr Handeln und die Handlungsfolgen die Verantwortung übernimmt und ihr diese auch zugesprochen werden kann. Dafür liegen in den verschiedenen Verantwortungsbereichen Normen, Regeln und Gesetze vor, die es ermöglichen, ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln von Individuen, Akteursgruppen, Kollektiven und Korporationen zu ermitteln. Diese Verantwortungsattribution als ein Teilbereich lässt sich als soziale Konstruktion in die Frage übersetzen: *Wer wird von wem für was und wie verantwortlich gemacht?*“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 110, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Die Aushandlung dieser Zurechnungskonstrukte und Zuständigkeitsverweise findet in der öffentlichen Kommunikation statt. Demgemäß können mit der Analyse von Attributionsaussagen in der journalistischen Berichterstattung keine Auskünfte darüber gegeben werden, ob jemand tatsächlich verantwortlich bzw. unverantwortlich gehandelt hat (Nowak & Altmeyen, 2020, S. 373). Ausschließlich die in der öffentlichen Kommunikation zugeschriebenen Verantwortlichkeiten können erfasst werden. Sollen also in einer empirischen Teilerhebung ausgewählte Krisen untersucht werden, kann mithilfe des von Gerhards und Kollegen (2007, vgl. Kap. 11.1) entwickelten Instrumentariums aufgezeigt werden, wer (Attributionssender) bspw. Minister Schmidt (Attributionsadressat) inwiefern (positiv/negativ/ambivalent) für sein Abstimmungsverhalten bei der verlängerten Zulassung Glyphosat (Attributionsgegenstand) die Verantwortung attribuiert. In diesem Rahmen kann jedoch keine Auskunft darüber gegeben werden, ob er tatsächlich verantwortlich handelt. Doch Verantwortung umfasst nicht nur die reine Zuschreibungskonstruktion, sondern berücksichtigt ebenso die Zuständigkeit eines Akteurs vorrangig in seiner Arbeitsrolle. Mit diesem Verständnis

von Verantwortung werden die Rollenerwartung und die Handlungsbereitschaft des Akteurs betont, der aber bei einem Fehlverhalten mit deutlich weniger Sanktionen zu rechnen hat als bei Zurechnungen von Handlungen. Verantwortung als (A) „Zurechnungsfähigkeit und Zuständigkeit“ bildet damit eine der vier Definitionen von Verantwortung nach Heidbrink (2017, S. 8–22) ab, die es ermöglichen, den komplexen Verantwortungsbegriff zu fassen. Darüber hinaus wurde Verantwortung in den vorangegangenen Ausführungen als (B) „folgenbasiertes Legitimationsprinzip“, (C) „kontextualistisches Reflexionsprinzip“ und (D) „Struktur- und Steuerungselement“ vorgestellt.

Damit die Handlungen und Handlungsfolgen von Akteuren hinsichtlich ihrer Verantwortlichkeit näher betrachtet und somit Verantwortung als *Relationsbegriff* definiert werden kann, wurden zusätzlich die Relata der Verantwortung in den Blick genommen. Hierfür wurde auf die Relationselemente und Subkategorien nach Loh (2017, S. 39–51 bzw. Sombetzki, 2014, S. 63–133) zurückgegriffen, die in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis zueinanderstehen. Von besonderer Relevanz sind die normativen Kriterien als Element, da sie die Frage nach dem „Inwiefern“ einer Verantwortlichkeit betrachten und Ausdruck in Regeln (bspw. Sperrfristregelungen für die Düngeausbringung), Gesetzen (bspw. TierSchG) oder Prinzipien finden. Geht es also darum, Krisen im Leistungssystem empirisch hinsichtlich der Verantwortungsattribution zu untersuchen, muss deutlich sein, dass sich die Zurechnungskonstrukte und Wahrnehmungsmuster in der öffentlichen Kommunikation auf eben jene normativen Kriterien beziehen, gegen die ein individueller oder kollektiver Akteur verstoßen hat. Zusätzlich ist es für die empirische Untersuchung von Relevanz, dass nicht nur einzelne Akteure, wie bspw. der Landwirt, Verantwortung für einen Gegenstand tragen, sondern ebenso Kollektiven, Korporationen, Organisationen und Gruppen diese zugeschrieben werden kann. Auch sie verfügen über die konditionalen und generischen Bedingungen wie eine Verantwortungskompetenz und -zuständigkeit oder das Wissen über bestehende Regeln und Normen. Diese müssen erfüllt sein, damit ihnen ihre (un-)verantwortliche Handlung zugeschrieben werden kann. Tierschützer sind sich so bspw. über die Folgen ihres unerlaubten Eindringens in Ställe bewusst (Hausfriedensbruch) und müssen für ihre Handlung und mögliche Handlungsfolgen die Verantwortung tragen.

Resümierend liegt im Rahmen dieser Arbeit der Fokus auf der Verantwortungsattribution als ein Teilbereich des weiten theoretischen Feldes der Verantwortungsforschung. Dementsprechend wird Verantwortung in Anlehnung an Sombetzki (2014, S. 33–41) sowie Gerhards, Offerhaus und Roose (2007) für die vorliegende Arbeit folgendermaßen definiert:

Verantwortung ist ein zuschreibungsgebundener, mehrstelliger relationaler Begriff und wird verstanden als ein Rede-und-Antwort-Stehen von Einzelpersonen, Kollektiven, Korporationen, Organisationen oder Gruppen, die über eine grundsätzliche Verantwortungsfähigkeit und Verantwortungskompetenz verfügen. Sie verantworten in ihrer Berufs- oder Arbeitsrolle ihre übernommenen Aufgaben, Handlungen, Handlungsfolgen sowie Handlungskonsequenzen und rechtfertigen diese vor einem Adressaten sowie einer Instanz. In gesellschaftlichen

Systemen gelten normative Kriterien in Form institutioneller und rechtlich verankerter Regelungen, die es erlauben, Einzelpersonen oder Kollektiven in bestimmten Verantwortungsbereichen ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln zu attribuieren.

Dieses Verständnis von Verantwortung als wertendes, relationales Konzept berücksichtigt neben einer eher positiv ausgerichteten Verantwortungswahrnehmung auch die negative Ausrichtung – die Verantwortungsvernachlässigung. In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass von einem unverantwortlichen Handeln dann die Rede ist, wenn diese grundsätzlich illegal, gesellschaftlich inakzeptabel, entgegen gesellschaftlich und rechtlich verankerter Normen/Gesetze/Regularien durchgeführt bzw. in Kauf genommen wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Handlung zwar als gesellschaftlich umstritten bzw. als unakzeptabel gelten kann, aber trotzdem die Handlung an sich legal ist. Ein Beispiel dafür wäre die Kastenstandhaltung in der konventionellen Schweinehaltung.

Auf Basis der dargelegten Verantwortungsrelationen kann die handlungsleitende Fragestellung für die empirische Untersuchung dieser Arbeit spezifiziert werden, die nach dem von Gerhards und Kollegen (2007, 2009) entwickelten Instrumentarium empirisch geprüft werden soll:

A) Wem (das Verantwortungssubjekt) wird (B) wofür (Verantwortungsobjekt) (C) von wem (Attributionssender) (D) inwiefern (Kausalattribution und Zuständigkeitsattribution), in Form einer positiven Bewertung (Erfolg), negativen Bewertung (Misserfolg, Schuld), ambivalenten Bewertung (sowohl positive als auch negative Elemente) ein verantwortliches oder unverantwortliches Handeln attribuiert?

In der öffentlichen Kommunikation wird über die Verantwortungsattributionen und Forderungen nach Verantwortungswahrnehmungen innerhalb des Leistungssystems Landwirtschaft berichtet, und Journalisten als Akteure attribuieren selbst einzelnen Akteuren oder Akteursgruppen die Verantwortung. Bei Betrachtung der drei zentralen Elemente der Fragestellung in Bezug auf das Leistungssystem – nämlich das Verantwortungssubjekt, der Attributionssender sowie die Bewertung der Handlung – lässt sich festhalten: Als Verantwortungssubjekt können *alle Akteure sowie Akteurkonstellationen* aus dem Leistungssystem Landwirtschaft fungieren (vgl. Kap. 3.2.3). Das bedeutet, sowohl dem Landwirt, Vertreter der Berufsgruppe (bspw. DBV) als auch agierenden Akteuren aus der Politik (supra- und national), der Wissenschaft (Bundesinstitute, Forschungseinrichtungen), der Wirtschaft (Futtermittelindustrie, Vieh- und Fleischwirtschaft) oder europäischen Zulassungsbehörden (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), Europäische Chemikalienagentur (ECHA)) kann ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln attribuiert werden. Darüber hinaus speisen sich die Attributionssender aus dieser dritten Ebene im Leistungssystem. Den Einzelakteuren und Akteursgruppen kann so nicht nur Verantwortung attribuiert werden, sondern sie können selbst auch kausale Zurechnungen vornehmen. Hinzu kommt, dass an dieser Stelle ebenso Journalisten als Sender auftreten und entsprechend eine Handlung des jeweiligen Akteurs vorrangig durch eine Kommentierung in der öffentlichen Kommunikation bewerten.

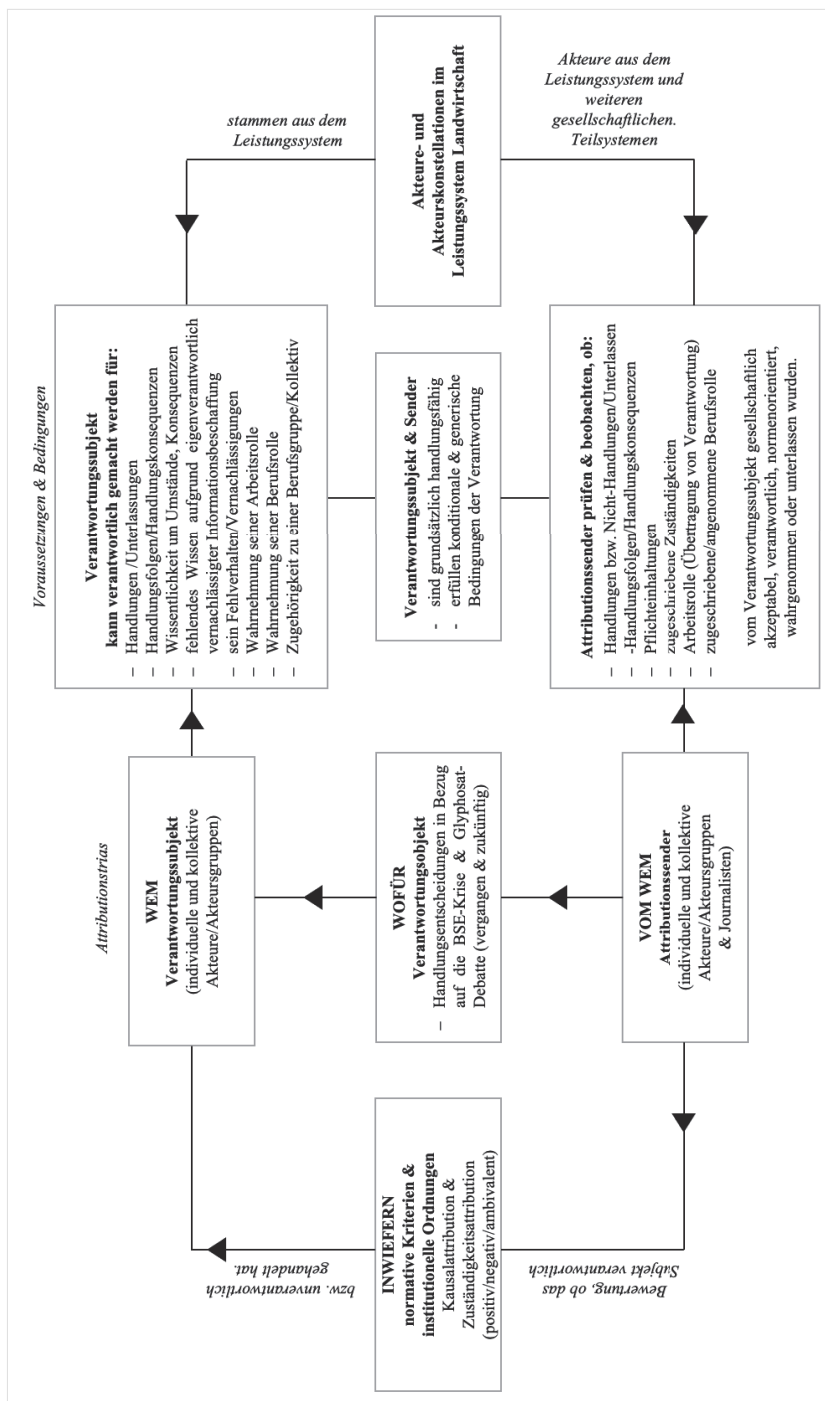


Abbildung 5:

Die Attribution von Verantwortung im Leistungssystem Landwirtschaft. (Quelle: Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 110–116, 2009, S. 540–543; Loh, 2017, S. 39–53; Sombetzki, 2014, S. 63–140).

Die Abbildung 5 fasst die zentralen Relationselemente, ihren Kernbestand und ihre jeweilige Beziehung zu den anderen Elementen zusammen und zeichnet somit ein vollständiges Bild für die Verantwortungszuschreibungen im Leistungssystem Landwirtschaft.

Als Verantwortungsobjekt fungieren Handlungen, Handlungsfolgen, Zustände und Aufgaben, die in der Vergangenheit (bspw. Tiermehlverbot) liegen können. Aber auch noch anstehende, zukünftige Handlungsentscheidungen, wie bspw. das Abstimmungsverhalten in Bezug auf die Verlängerung von Glyphosat, können ein Verantwortungsobjekt sein. Hinter der Frage nach dem „Inwiefern“ steckt die direkte Bewertung der jeweiligen Handlung und bezieht sich in der empirischen Untersuchung indirekt auf die normativen Kriterien, die sich über die institutionellen Ordnungen im Leistungssystem Landwirtschaft äußern. Eine direkte empirische Abfrage, gegen welches konkrete Kriterium verstoßen wurde, wird nicht durchgeführt. Somit liegt der Schwerpunkt darauf, wie der Attributionssender das Handeln des Verantwortungssubjekts in Bezug auf einen konkreten Gegenstand bewertet.

Dieses Kapitel hat deutlich gemacht, dass in der öffentlichen Kommunikation ausgehandelt wird, wer die Verantwortung für ein bestimmtes Verantwortungsobjekt übernehmen soll. Doch nicht nur Journalisten nehmen Zuschreibungs- und Zurechnungskonstrukte vor, auch weitere beteiligte Einzelakteure oder Kollektive beziehen Stellung. Sie sind sich darüber im Klaren, inwiefern sie zum einen bereit sind, öffentlich die Verantwortung für einen Attributionsgegenstand zu übernehmen, und zum anderen, wem sie die Verantwortung zurechnen bzw. zuschreiben.

Die Untersuchung der Verantwortungsattributionen innerhalb der ausgewählten Krisen im Leistungssystem kann nur aufzeigen, inwiefern Zuschreibungen und Zurechnungen von Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation geäußert wurden. Neben der Untersuchung der Aushandlungen von Verantwortlichkeiten liegt der weitere Fokus der vorliegenden Arbeit auf den Framing-Prozessen innerhalb der Berichterstattung über die deutsche Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland. Dazu soll nachfolgend die dritte Säule des theoretischen Konstrukts dieser Arbeit vorgestellt werden.

5 Framing-Ansatz als methodisch-theoretischer Bezugsrahmen

5.1 Möglichkeiten der Komplexitätsreduktion

Die Landwirtschaft und deren agrarischer Transformationsprozess in Deutschland sind aufgrund der globalen und gesellschaftspolitischen Bedeutung seit jeher Teil der journalistischen Berichterstattung, die dadurch in einem entscheidenden Maße zur öffentlichen Wahrnehmung des Sektors beiträgt. Auftretende oder wiederkehrende Kontroversen um Vorgehensweisen in der landwirtschaftlichen Produktion lassen danach fragen, mit welchen Deutungsmustern Krisen und krisenhafte Zustände aus dem Sektor in der Berichterstattung versehen werden. Solche Frames sind in Verbindung mit dem jeweiligen thematischen Kontext interessant, da sie den Prozess dazu anleiten, welche Informationen ausgewählt bzw. welche Assoziationen aufgerufen werden, um die diskutierte Krise zu kommunizieren bzw. zu hinterfragen (Matthes, 2009a). Frames sind demnach nicht nur orientierungsgebend, sondern auch entscheidend für die aus der Krisendarstellung resultierenden Konsequenzen und Lösungen (Engelke, 2018, S. 86; Potthoff, 2012, S. 19).

Systemtheoretisch betrachtet tragen Framing-Prozesse so zur Komplexitätsreduktion bei, da die Medien immer nur eine subjektivierte Realität abbilden können (Kohring, 2001, S. 42). Die Informationsvermittlung selbst unterliegt einem Selektionsprozess (Entman, 1993, S. 52; Matthes, 2007, S. 22), bei dem der Journalist bei der Verarbeitung der Informationen über eine bestimmte Krise bereits den Medieninhalt durch die von ihm gewählte Rahmung beeinflusst (Matthes, 2007, S. 48). Zusätzlich macht es die funktionalstrukturalistische Differenzierung der Gesellschaft für den Rezipienten unmöglich, alle Teilsysteme und ihre Entwicklungen bzw. Geschehen zu beobachten. Aus diesem Grund orientieren sie sich an der massenmedialen Berichterstattung, die eben jenen „komplexitätsreduzierenden Zugriff“ (Matthes, 2007, S. 25) ermöglicht. Das Potenzial des Framing-Ansatzes, unterschiedliche Teilbereiche dieses Kommunikationsprozesses nutzen zu können, um öffentliche Streitfragen, wie sie aufgrund ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz auch Krisen in der Landwirtschaft darstellen, soll ebenso für diese Arbeit genutzt werden. Die nachfolgende Argumentationslinie fußt dazu auf einem sozialkonstruktivistischen Paradigma (Berger, Luckmann & Plessner, 2018; Johnson-Cartee & Copeland, 2004). Das Framing-Konzept kann dementsprechend als ein „*gemäßigt konstruktivistischer Ansatz*“ (Dahinden, 2018, S. 309, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) eingeordnet werden.

Es sei darauf verwiesen, dass der Framing-Ansatz als Grundlage herangezogen wird, um die mediale Darstellung von Krisen und krisenhaften Zuständen im Leistungssystem Landwirtschaft inhaltsanalytisch zu erfassen. Dazu werden bestehende definitorische Ansätze kursorisch erläutert und die Abgrenzungen zu anderen Theorien und Konzepten behandelt. Der anschließende Fokus liegt auf dem allgemeinen Begriffsverständnis sowie einer Einordnung des Framing-Ansatzes entlang des Kommunikationsprozesses. Hier rücken insbesondere das journalistische Framing und die Medienframes in das Zentrum. Einflüsse auf die Medienframes durch das strategische Framing von Sprechern sowie die Wirkung von Frames auf die Rezi-

pienten werden überblicksartig gestreift. Die Darstellung der Ansätze zur Erhebung von Medienframes schließt sich an. Dieses Hauptkapitel schließt sodann mit einer kritischen Würdigung und Ableitung einer eigenen Definition für die innerhalb der Arbeit folgende empirische Analyse.

5.2 Abgrenzung zu verwandten Theorien und Konzepten

Arbeiten, die eine umfassende Aufarbeitung der Abgrenzungen vorgenommen haben, sind in den vergangenen Jahren in vielfacher Zahl erschienen (Dahinden, 2018, S. 59–104; Dan, 2018, S. 13–40; Hertog & McLeod, 2001, S. 139–161; Jecker, 2017, S. 46–51). Ziel der folgenden Ausführungen ist es, die drei Theorien, *Nachrichtenwerttheorie*, *Priming*, *Agenda Setting*, sowie drei ausgewählte Konzepte, *Metaphern*, *Schemata* und *Stereotype*, in Abgrenzung zum Framing-Ansatz näher zu beleuchten. Im Anschluss erfolgt die Positionierung des wissenschaftstheoretischen Verständnisses innerhalb des Framing-Ansatzes für diese Arbeit.

Die *Nachrichtenwerttheorie* fußt auf dem Konzept des selektiven Entscheidungsprozesses (Galtung & Ruge, 1965). Dabei setzt sie im Kommunikationsprozess auf der Ebene des Journalismus an und konzentriert sich nicht ausschließlich auf medieninterne Faktoren beim Journalisten wie bspw. die redaktionelle Linie, sondern primär auf externe Einflüsse (Dahinden, 2018, S. 68). Entscheidend ist das Ereignis selbst: Je ausgeprägter bestimmte Merkmale sind und je mehr sie auf das Ereignis zutreffen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass dies als Nachricht in die journalistische Berichterstattung aufgenommen und entsprechend platziert wird (Dahinden, 2018, S. 68). Bei Nachrichtenwerten handelt es sich so weniger um objektive ereignisorientierte Merkmale, sondern vielmehr um „journalistische Hypothesen der Realität“ (Schulz, 1976, S. 30). Parallelen zum Framing-Ansatz lassen sich insofern feststellen, als sie an derselben Stelle im Kommunikationsprozess ansetzen und vom Thema bzw. Ereignis unabhängig sind. Letztgenannte Annahme beruht auf Dahindens Ausführungen und Entwicklungen der fünf Basisframes, denen er eine „semantische Ähnlichkeit“ (Dahinden, 2018, S. 69) zu den Nachrichtenwerten konstatiert. So sind die Differenzierungen zwischen dem Nachrichtenwert „Personalisierung“ und dem Basisframe „Personalisierung“ sowie dem Wert „Konflikt/Kontroverse“ und dem „Konfliktframe“ nur minimal. Zentraler Unterschied dieser beiden Konzepte ist jedoch die Struktur, denn während Nachrichtenwerte vorwiegend als Einzelaspekte aufgefasst werden, sind „Frames komplexe und mehrdimensionale Strukturen“ (Dahinden, 2018, S. 71), die eine umfassendere Operationalisierung erfordern als die Nachrichtenwerte.

Priming wird in der Kommunikationswissenschaft als Theorie verstanden, die vor allem in der Medienwirkungsforschung zu verorten ist. Dabei handelt es sich beim Medien-Priming um einen kognitiven Prozess, bei dem durch Selektion und Hervorhebung die massenmediale Berichterstattung die Aufmerksamkeit des Rezipienten auf ausgewählte Themen und Informationen (Primes) zieht. Dies hat zur Folge, dass die Rezipienten für nachfolgende Bewertungen und Interpretationen, die sie in ihrer Umwelt aufnehmen (Zielstimulus), vorrangig auf diese Wissensseinheiten zurückgreifen (Peter, 2002, S. 22–23). Als Pioniere in diesem Forschungsbereich seien Iyengar und Kinder (1987) genannt. Bereits an dieser Stelle zeigt sich ein erster Unterschied zwischen der Priming- und der Framing-Forschung. Während mediales Framing vorwiegend die journalistische Berichterstattung in den Blick nehmen kann, können

beim Priming auch Unterhaltungsformate berücksichtigt werden. In Bezug auf den Kommunikationsprozess agieren Priming-Studien dafür ausschließlich auf der Rezipientenebene, während der Framing-Ansatz den Anspruch erhebt, integrativ auf allen Ebenen anwendbar zu sein (Dahinden, 2018, S. 308; Entman, Matthes & Pellicano, 2009, S. 179–183). Ähnlichkeiten zwischen diesen beiden Theorien lassen sich dahingehend erkennen, dass beide gewisse Schemata und Hinweise beim Rezipienten auslösen (Entman, 2007, S. 164). Hinsichtlich der Wirkungskdauer zeigen die bisherigen Forschungen, dass beide Ansätze nur kurzfristige Wirkungen messen können, wobei Framing-Studien (Scheufele, B., 2004) in diesem Bezugspunkt häufig unterstellt wird, dass es sich vielmehr um Priming-Studien handelt. Es ist daher vonnöten, längerfristige Effekte zu messen, um von Framing-Effekten sprechen zu können (Tewksbury & Scheufele, D. A., 2009, S. 29 f.).

Eng mit der Priming-Theorie verknüpft ist das *Agenda Setting*, wobei erstgenannte als Fortführung dieser betrachtet wird und beide unter dem Dach einer Medienwirkungshypothese vereint werden können und damit differenziert zum Framing-Ansatz einzuordnen sind. Die Agenda-Setting-Theorie beschreibt die Korrelation zwischen der Medien- und Publikumsagenda, wonach die Medien weniger bestimmen, was der Rezipient über ein Thema denkt, sondern worüber sich das Publikum Gedanken macht (McCombs & Shaw, 1972, S. 177; McCombs Holbert, Kiousis & Wanta, 2011). Zurückgeführt werden kann die Theorie primär auf die Untersuchungen von McCombs und Shaw (1972), die damit einen wichtigen Meilenstein innerhalb der Medienwirkungstheorien legten. In den darauffolgenden Jahren erschienen weitere zahlreiche Studien (vgl. im Überblick: Rössler, 1997). Durch die Fokussierung auf die Übertragung von Salienz von der journalistischen Berichterstattung auf das Publikum wurden lange Zeit keine Parallelen zum Framing-Ansatz gezogen. Ende der 1990er Jahre weitete sich die Agenda-Setting-Forschung allerdings dahingehend aus, dass sie auf einer weiteren Ebene die Auswahl von Attributen, Personen oder Ereignissen für den zu berichtenden Themengegenstand aufnahm, um zu untersuchen, inwiefern diese die Rezipienten beeinflussen (Second Level Agenda Setting) (McCombs, 1997). Dies hatte zur Folge, dass Framing-Forscher sich in ihrem Forschungsfeld angegriffen sahen, was darin gipfelte, dass u. a. McCombs (2004) vorschlug, Framing als Theoriezweig des Agenda-Settings zu begreifen. Entman (2007, S. 164, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.), als populärer Vertreter der Framing-Forschung hebt dazu hervor: „*Agenda setting* can thus be seen as another name for successfully performing the first function of framing: defining problems worthy of public and government attention.“ Reese (2007, S. 151) betont, dass eine Zusammenführung dieser beiden Ansätze schon aus dem Grund nicht möglich ist, als dass der Framing-Ansatz als Antwort auf die Schwächen des Agenda-Settings dient. Dementsprechend heben Framing-Forscher explizit die Unterschiede hervor: Während Agenda-Setting davon ausgeht, dass durch die Bindung von Attributen an bestimmte Themen die Bewertung durch den Rezipienten beeinflusst werden, fokussiert sich die Framing-Forschung auf Veränderungen in der Berichterstattung, die unterschiedliche Schemata beim Rezipienten auslösen und diese sodann die Bewertung des Themas durch den Rezipienten beeinflussen (Dahinden, 2018, S. 86–87; Jecker, 2017, S. 48–49). Der Framing-Ansatz schafft es folglich, „mehrere solcher Themen miteinander zu verbinden ... durch eine Abstraktion weg vom Einzelthema und hin zu allgemeinen Werten“ (Dahinden, 2018, S. 87). Des Weiteren unterscheiden sich die

beiden Ansätze in ihrer Wirkungsdauer: Agenda-Setting berücksichtigt eher kurzzeitige Medienwirkungen, wohingegen der Framing-Ansatz dauerhafte Wahrnehmungsmuster generiert, sodass auch ein Vergleich über einen längeren Zeitraum möglich ist.

Resümierend kann an dieser Stelle Folgendes festgehalten werden: Die Diskussion um die Parallelen zwischen dem Agenda-Setting und der Framing-Forschung haben bereits in der Vergangenheit zu tieferführenden Betrachtungen der Unterschiede in einer Vielzahl von Merkmalen (u. a. Operationalisierung, zeitliche Dimension, methodologischer Stellenwert) (Dahinden, 2018, S. 86) geführt, die versucht wurden, hier in Ansätzen zu rekonstruieren. Es sollte dabei herausgestellt werden, dass im Framing-Prozess Themen, Akteurkonstellationen und Krisen oder Ereignisse in einer selektiven Weise präsentiert werden. Dass Anfang der 1970er Jahre dieser Ansatz zunächst nur als Spielart“ und Ergänzung des Agenda-Settings betrachtet wurde (McCombs, 1997), überrascht nicht. Aus den dargelegten Argumenten ableitend liegt der vorliegenden Arbeit jedoch das Verständnis zugrunde, dass die Agenda-Setting-Theorie und der Framing-Ansatz sowohl auf theoretischer als auch empirischer Ebene nicht gleichgesetzt werden, sondern als zwei getrennte Ansätze aufzufassen sind (van Gorp, 2007). Die Arbeit folgt damit dem Verständnis von Dahinden (2018, S. 85). Treffend beschreibt es Coleman (2010, S. 251): „all frames have attributes, but not all attributes are frames.“

Neben den Theorien lassen sich ebenso Ähnlichkeiten zu einzelnen Konzepten nachweisen, wie bspw. *Metaphern*. In der journalistischen Berichterstattung werden diese häufig verwendet, um Frames zu beschreiben. Dabei kann keinesfalls von Metaphern auf Frames geschlossen werden, da sie vorwiegend im übertragenden Sinne fungieren und als „latente Muster“ (Dahinden, 2018, S. 79) einzuordnen sind. Weitere Überschneidungen lassen sich zwischen dem Framing-Ansatz und *Schemata* erkennen. In der Medienwirkungsforschung werden diese Begriffe zumeist synonym zueinander verwendet (Brosius & Eps, 1993, Entman, 1993, Scheufele, D. A., 1999) und verweisen damit auf die Informationsverarbeitung beim Rezipienten, die beim Framing allerdings vorwiegend soziale Prozesse in den Blick nehmen (Dahinden, 2018, S. 93). Eng damit verknüpft ist das *Stereotyp-Konzept*, das vor allem von Lippmann (1922) geprägt wurde. Stereotype beeinflussen demnach die Aufnahme von neuen Informationen des Rezipienten durch vorgeschaltete und geläufige Denkschemata. Eine enge Verbindung zum Framing-Ansatz lässt sich Jecker (2017, S. 183 f.) zufolge insbesondere beim Element der moralischen Bewertung beobachten. Stereotype können somit als Teil von Interpretationsschemata aufgefasst werden, die allerdings eher eine subjektive Zuschreibung von Attributen (besonders von Menschen) vornehmen, als dass sie wie Frames die Ursachen und die Folgen eines bestimmten Ereignisses oder einer Krise fokussieren (Hafez, 2002, S. 47; vgl. Jecker, 2017, S. 183–217).

5.3 Definitorische Vielfalt

Die Framing-Forschung hat sich in den vergangenen Jahren als zentrales Forschungsfeld in den Kommunikationswissenschaften etabliert, wobei der Ursprung in anderen Fachdisziplinen wie der der Anthropologie (Bateson, 1955) oder Psychologie (Bartlett, 1967; Kahneman & Tversky, 1979, 1984) und der Soziologie (Goffman, 1974) zu verorten ist (Verhovnik, 2015, S. 182)²⁹. Sie können jedoch durch eine zu geringe Betrachtung des medial vermittelten Kommunikationsprozesses kaum für Forschungen in der genannten Disziplin fruchtbar gemacht werden. Innerhalb der Framing-Forschung haben sich daher eine Vielzahl definitorischer Ansätze entlang des Kommunikationsprozesses herauskristallisiert. Für die PR-Forschung stehen u. a. Callaghan und Schnell (2001, 2005; Knight, 1999; Reber & Berger, 2005); in Bezug auf die Journalisten, die Medieninhalte und die Rezipienten ist ebenfalls auf mehrere Autoren zu verweisen (D'Angelo & Kuypers, 2010; Matthes, 2007; Matthes & Kohring, 2004, 2008; Reese, Gandy & Grant, 2001; van Gorp, 2007, 2010). Insgesamt ist dieser Forschungsbereich des Framings aber noch immer von einer großen Heterogenität geprägt, die von einer Vielzahl von Autoren kritisch konstatiert wird (Brosius & Eps, 1993; Carragee & Roefs, 2004; Matthes, 2014a; Scheufele, D. A. & Tewksbury, 2007). Diese zeigt sich laut Jecker (2017, S. 11) nicht nur in den unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen, sondern auch in der Vielzahl an Definitionen, denen insgesamt ein Mangel an definitorischem Konsensus zugrunde liegt. Diese „extreme Zergliederung“ (Potthoff, 2012, S. 29) kann als wesentliches Defizit des Framing-Ansatzes gewertet werden. Zusätzlich fehlt es Matthes (2007, S. 131) zufolge in den frühen Definitionsversuchen von Frames und Framing (Gamson & Modigliani, 1989; Gitlin, 1980; Pan & Kosicki, 1993) an konkreten Beschreibungen zur Operationalisierung der Frames (vgl. Entman, Matthes & Pellicano, 2009, S. 175). Im Rahmen dieser Arbeit ist es somit keine leichte Aufgabe, die benannte Bandbreite in ihrer Fülle darzulegen und die teilweise untereinander konkurrierenden Definitionen und ihre Abgrenzungen zueinander in ausreichendem Maß zu beleuchten. Aus diesem Grund wird zunächst kurz auf die zentrale Differenzierung definitorischer Ansätze in der fachübergreifenden Framing-Forschung eingegangen³⁰. Im Anschluss liegt das Hauptaugenmerk auf einem kursorischen Überblick über die bekanntesten Definitionen innerhalb der Kommunikationswissenschaften. Der Schwerpunkt liegt dabei klar auf definitorischen Ansätzen, denen ein Bezug zu den Inhalten konstatiert werden kann. Hier wird in Anlehnung an Potthoff (2012, S. 35 f.) zwischen

29 Eine ausführliche Betrachtung der Begriffsgeschichte und Entwicklung der Framing-Forschung in anderen wissenschaftlichen Disziplinen wird an dieser Stelle nicht weiter vertieft. Für die weiterführende Literatur sei an dieser Stelle u. a. auf Dahinden 2018, S. 27–58; Verhovnik, 2015, S. 182–188 verwiesen.

30 Umfassende Systematisierungen der Definitionen von Frames und Framing wurden bisher von verschiedenen Autoren im Fach vorgenommen, auf die für eine weiterführende Lektüre an dieser Stelle verwiesen sei (Dahinden, 2018; Matthes, 2007; Potthoff, 2012; Scheufele B., 2003; Scheufele D. A., 1999).

Frame-Definitionen mit kognitiver und multipler Verortung unterschieden. Erstgenannte werden zur Einordnung in die Entwicklungslinien der Framing-Forschung nur gestreift, während den zweitgenannten größere Aufmerksamkeit zuteilwird.

„Broad and specific definitions“:

In Anlehnung an Entman, Matthes und Pellicano (2009, S. 175–176) kann innerhalb der bestehenden Framing-Forschung zwischen zwei definitorischen Ansätzen unterschieden werden:

Zum einen gibt es die allgemein gehaltenen Definitionen („broad definitions“): Gemein ist diesen Ansätzen, dass sie bei jedem Teilbereich des Kommunikationsprozesses für sich genommen, die Verbindung zur Kultur und die Fähigkeit, die soziale Realität zu organisieren, hervorheben (Gamson & Modigliani, 1987; Gamson, 1989; Goffman, 1981; Reese, 2007; Snow & Benford, 1988; Valkenburg, Semetko & de Vreese, 1999). So haben Forschungsergebnisse Folgendes gezeigt: Haben ein Kommunikator (bspw. der Journalist) und die Rezipienten einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund, stimmen sie häufig auch in ihrem Frame-Repertoire überein, da sie bereits beide mit diesem vertraut sind (van Gorp, 2007, S. 61, S. 63). Daraus ableitend lässt sich jedoch zugleich eine Stabilität von Frames vermuten, da sie fest in Kulturen eingebettet umfassendere Möglichkeiten der Interpretation von sozialer Realität bieten und sich so die Frames nur langsam verändern (van Gorp, 2007, S. 63).

Zum anderen existieren die substanzielleren Definitionen („specific frames“), die betonen, was Frames tun, nämlich bestimmte Aspekte auswählen und gegenüber anderen hervorheben (Benford & Snow, 2000; Snow & Benford, 1988; Entman, 1993). In diese Kategorie fällt auch die bekannte Definition Entmans (1993). Entman und Kollegen (2009, S. 176–177) bezeichnen diese beiden definitorischen Kategorien als diametral. Jedoch lassen sich bei genauerer Betrachtung Überschneidungen erkennen, die sich bspw. in der Betonung der Organisation sozialer Realität auf der einen Seite („broad definitions“) und der Selektion ausgewählter Aspekte der sozialen Realität auf der anderen Seite („specific definitions“) zeigen (vgl. Dan, 2018, S. 13 f.). Reese (2007, S. 148) bilanziert treffend diese Zergliederung der Framing-Forschung in den unterschiedlichen akademischen Disziplinen wie folgt:

Framing's value, however, does not hinge on its potential as a unified research domain but ... as a provocative model that bridges parts of the field that need to be in touch with each other: quantitative and qualitative, empirical and interpretive, psychological and sociological, and academic and professional.

Definitionen mit kognitiver Verortung

Beim Versuch, einen kursorischen Überblick über die Fülle an Definitionen in der Medien- und Kommunikationswissenschaft zu erarbeiten, führt der Weg nicht an Gitlin (1980, S. 6, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) vorbei: „Media Frames are *persistent patterns of cognition, interpretation, and presentation, of selection, emphasis, and exclusion*“. Damit leistet er erstmalig eine Verknüpfung zum Soziologen Goffman

(1974) und schafft so die Basis für eine kommunikationswissenschaftliche Auseinandersetzung. Dem Verständnis Goffman (1974, S. 19) zufolge können Frames als sozio-kognitives Konzept und Interpretationsschema dabei helfen, dass Menschen alltägliche Ereignisse und Situationen wahrnehmen, identifizieren und einordnen (Jecker, 2017, S. 12; Verhovnik, 2015, S. 184–185). Interessensschwerpunkt seiner Forschung ist also nicht die Kommunikation über die Massenmedien, sondern die direkt erfahrbare Alltagskommunikation und die darin vorkommenden kurzfristigen Wechsel der Interpretationsschemata (Dahinden, 2018, S. 38–51).

Das Verständnis von Frames als Schema führte jedoch im weiteren Forschungsverlauf zu kritischen Auseinandersetzungen, da u. a. B. Scheufele (2003, S. 97; 2004, S. 403 f.) anmerkt, dass sich Schemata lediglich auf einzelne Objekte beziehen, Frames hingegen einen Ausschnitt der Realität widerspiegeln. Demgemäß definiert er einen journalistischen Frame als „*konsistentes System einzelner kognitiver Modelle (Schemata, Scripts usw.), die sich im redaktionellen Diskurs herausbilden, die sich im Austausch mit anderen (medialen) Diskursen verändern und die journalistische Nachrichtenproduktion beeinflussen*“ (Scheufele, B., 2003, S. 91–92, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Mit dieser Auffassung und der Bedeutung von Frames im redaktionellen Alltag als „journalistische Routinen“ (Scheufele, B., 2003, S. 99) lassen sich Überschneidungen zu Gitlin (1980) erkennen. Wird nun entfernt von einem rein journalistischen Ansatz die allgemeiner formulierte Definition von B. Scheufele (2003, S. 46, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) betrachtet, kann Framing beschrieben werden als „Vorgang, bei dem (1) *Objekte und Relationen* zwischen Objekten betont, also bestimmte Ausschnitte der Realität beleuchtet werden und (2) bestimmte *Maßstäbe* bzw. Attribute, die man an Objekte anlegen kann, salient gemacht werden“. Seinen eigenen Ausführungen zufolge versucht er mit dieser weiter gefassten Definition, das Framing im gesamten Kommunikationsprozess und gesellschaftlichen System zu verorten: Vom Journalisten über den Rezipienten bis hin zu öffentlichen Einrichtungen und Entscheidungsträgern, die darüber ihre eigenen Sachverhalte in einen Bezugsrahmen setzen können (Scheufele, B., 2003, S. 47). Neben dieser Einordnung in die Systembereiche (vertikale Ebene) nimmt B. Scheufele zusätzlich eine Verortung auf horizontaler Ebene vor, wonach sich (1) eine Vielzahl von Schemata zu einem gemeinsamen Sinnhorizont zusammenschließen (kognitive Ebene), (2) Frames stetig Veränderungsprozessen in den einzelnen Systembereichen unterliegen (diskursive Ebene) und sich (3) die konstituierten Frames in journalistischen Beiträgen oder politischen Redenbeiträgen wiederfinden lassen (Scheufele, B., 2003, S. 47–48). Diese Ausführungen von Scheufele münden in einer umfassenden Matrix, die es ermöglichen soll, ein erfasstes Phänomen auf breiter Ebene zu beschreiben. Dies, so lässt sich vermuten, ist in der Forschungspraxis jedoch schwer möglich, da ein ausgewähltes thematisches Phänomen selten alle beschriebenen Elemente auf der vertikalen und horizontalen Ebene erfüllen kann und eine präzisierte Betrachtung dessen möglich macht (vgl. Potthoff, 2012, S. 37).

Zusammenfassend können die bisher beschriebenen Definitionen in Anlehnung an Potthoff (2012, S. 35–38) auf einer kognitiven Ebene verortet werden, die Frames als „kognitive Strukturen, Einheiten oder Modelle“ (Potthoff, 2012, S. 35) auffassen und sich so nicht nur in Medientexten, sondern auch in der Alltagskommunikation

der Menschen finden lassen. Da für das weitere Vorgehen dieser Arbeit die menschlichen Kognitionen weniger von Interesse sind und zugleich die angesprochene breite Auffassung Scheufeles, thematische Phänomene zu beschreiben, weniger hilfreich erscheint, spielt dieser definitorische Ansatz eine untergeordnete Rolle. Zu spezifisch erscheinen die ausgewählten Krisen im landwirtschaftlichen Sektor, um sie auf breiter Ebene in Scheufeles Modell einordnen zu können. Aus diesem Grund wird der Fokus im Folgenden auf definitorische Ansätze, die schwerpunktmäßig eine „multiple Verortung“ (Potthoff, 2012, S. 38 f.) betrachten, gelegt.

Definitionen mit multipler Verortung

In diese Gruppe von Definitionen mit multipler Verortung ist die wohl bekannteste und als „Kerndefinition“ (Leonarz, 2006, S. 72) deklarierte Eingrenzung des Framing-Begriffs einzuordnen, die 1993 Entman in dem Artikel „Towards Clarification of a Fractured Paradigm“ entwarf (Jecker, 2017, S. 14). Zentral geht es um die *Selektion* von *Salienz* von Inhalten. Entmans Verständnis von Frames und Framing diente im weiteren Forschungsverlauf anderen Autoren als Orientierung³¹ (Dahinden, 2018; Kohring & Matthes, 2002; Matthes, 2007; Pan & Kosicki, 1993; Williams & Benford, 2000). Auch lassen sich klare Überschneidungen zu Definitionen aus der Literatur der sozialen Bewegungen erkennen (Benford & Snow, 2000; Snow & Benford, 1988). Wie Matthes (2009b, S. 355) in seiner Meta-Analyse von 135 nationalen und internationalen Beiträgen im thematischen Bezug zu Medienframes in Fachzeitschriften herausstellte, basiert fast ein Drittel dieser Studien auf dem definitorischen Ansatz nach Entman, gefolgt von Gamson und Modigliani (1987, 1989), Gamson (1992) (20,2 Prozent), Gitlin (1980) (11,8 Prozent) und Iyengar (1991) (6,2 Prozent).

Auf die betonte Selektion einzelner Themen, Inhalte, Akteure und Ereignisse bauen auch in der weiterführenden Literatur zahlreiche Autoren auf (u. a. Dahinden, 2018, S. 308; Matthes, 2007, S. 145; Reese, 2007, S. 150–151). Daneben erwähnen die Autoren in ihren Ausführungen ebenso häufig die Salienz – das Hervorheben eben jener bestimmten Informationen oder Themen (u. a. Harden, 2002, S. 88). Im europäischen Forschungsraum ist die Definition von Matthes (2007, S. 145) populär. Seinen modellzentrierten Klassifikationen liegt ein Verständnis von einem Frame zugrunde, wonach dieser als „*Netzwerk, von Urteilen zu einem Thema definiert werden*“ kann (Matthes, 2007, S. 143, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Der Sinnhorizont als Synonym zum Frame-Begriff stellt dabei ein „spezifisches Muster von Frame-Elementen“ dar (Matthes, 2007, S. 143). Sie bilden eine „kohärente Argumentationskette“ (Matthes, 2007, S. 136). Allerdings betont Matthes (2007, S. 143) in seiner Definition explizit den sozialen Akteur, in dessen Aussagen eine Verknüpfung zu den Frame-Elementen vorliegen muss. Er unterscheidet sich – zusammenfassend betrachtet – mit seinem definitorischen Ansatz insofern von den bisherigen Forschungen, als er einen Akteursbezug voraussetzt und somit zugleich mehrere Frames in einem Medientext vorhanden sein können. Dementsprechend spiegeln Medieninhaltsframes nicht die Einstellung eines Textes wider: Es handelt sich um „Aussagen von Akteuren, die die Einstellungen der Akteure aufzeigen“ (Matthes, 2007, S. 143).

31 Die ausführliche Darstellung dieses Ansatzes erfolgt im Rahmen der Beschreibung der Frame-Elemente (vgl. Kap. 5.5.4.1).

Entgegen dem Verständnis von Matthes (2007, S. 147), „Framing als Forschungsprogramm zu begreifen“, geht Dahinden (2018, S. 308) in seiner knapp einseitigen Definition beim Framing von einer Theorie mittlerer Reichweite aus. In seinen Ausführungen verwendet er Frames synonym zu Deutungsmuster und orientiert sich in ihrer Funktion an Entman (1993), nämlich Informationen zu strukturieren, Komplexität zu reduzieren und die Selektion neuer Themen anzuleiten (Dahinden, 2018, S. 193–194, S. 308). Frames als „abstrakt[e], themenunabhängig[e] Deutungsmuster“ (Dahinden, 2018, S. 308) setzen sich auch für ihn aus den vier zentralen Elementen in Anlehnung an Entman (1993) zusammen und ermöglichen durch diese „mehrdimensionale Struktur ... eine *dichte Beschreibung*“ (Dahinden, 2018, S. 308, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Die Identifikation und Beschreibung der Frames sind dabei auf allen Ebenen des Kommunikationsprozesses möglich und verdeutlichen so laut Dahinden, dass Framing über die Beschreibung von Einzelfällen hinausgeht und dementsprechend eine Betrachtung des gesamten Ablaufes erlaubt (Dahinden, 2018, S. 307). Für die Framing-Forschung hat Dahinden einen wertvollen Beitrag geleistet, indem er nicht nur ausführlich die klaren Abgrenzungen zu anderen theoretischen Konzepten u. a. aus der Soziologie, Psychologie und Politikwissenschaft vorgenommen hat, sondern auch durch eine systematische Aufarbeitung der unterschiedlichen Begrifflichkeiten, die zumeist in der Literatur als Synonym zu Frames und Framing verwendet werden, zusammenführt und diskutiert (Dahinden, 2018, S. 27–53). Die kritische Abgrenzung sei Dahinden zufolge insbesondere bei solchen Konzepten vonnöten, die an unterschiedlichen Stellen im Kommunikationsprozess ansetzen (Dahinden, 2018, S. 16 f.). Dazu zählen bspw. Nachrichtenfaktoren, News-Bias-Forschung und Themen (Agenda-Setting). Dementsprechend berücksichtigt er in seinem Ansatz die Unterschiede des Framings zu den genannten theoretischen Konzepten, womit er seine Bezeichnung als „integrative Definition“ (Dahinden, 2018, S. 307) begründet, denn: Framing schafft es, die fruchtbaren Erkenntnisse der bestehenden und bewährten Theorien zu subsumieren und in einer Gesamtschau zu vereinen.

5.4 Synthese und eigene Verortung

Die Annäherungen an die Vielzahl der definitorischen Ansätze im Fach zeigen auf, dass trotz zahlreicher Studien in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung noch immer Uneinigkeit darüber besteht, ob Framing bereits den Status einer „*Theorie von mindestens mittlerer Reichweite, die eine integrative Perspektive*“ (Dahinden, 2018, S. 307, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) bietet, erreicht hat oder aufgrund der oftmals konstatierten Heterogenität die Bezeichnung als „Meta-Konzept“ (Lengauer, 2007, S. 95) treffender ist. Während Geise und Lobinger (2013) bereits erste erfolgreiche Versuche einer theoretischen Konstruktion des Framing-Ansatzes darlegen, konstatiert u. a. Matthes (2014a, S. 26) der bisherigen Framing-Forschung eine fehlende empirische Überprüfbarkeit, die eine „konzeptuelle Standardisierung“ erlauben würde. Dies beruht Matthes zur Folge vor allem auf der Problematik einer fehlenden einheitlichen Begriffsbestimmung des Framings und der Frames. Zwar seien die framedefinierenden Elemente von Entman (1993) hilfreich für einen ersten „harten Kern“ einer Framing-Theorie (Matthes, 2014a, S. 27), jedoch fehlt es dazu bisher an starken Operationalisierungen der Elemente, die eine terminologische Präzision erlauben würden. Matthes (2007, S. 147) schlägt daher vor, Framing als „Forschungsprogramm“ zu bezeichnen. Mit Blick auf die bestehende Framing-Forschung ist diese Bezeichnung wenig verwunderlich, denn Borah (2011) stellt in einer Metaanalyse von Journal-Artikeln in renommierten kommunikationswissenschaftlichen Fachzeitschriften heraus, dass die Mehrheit der Framing-Studien empirische Studien in Form von Medieninhaltsanalysen (61,5 Prozent) oder Experimenten (19,8 Prozent) sind. Gerade einmal 7,5 Prozent der veröffentlichten Journal-Artikel nehmen eine Fokussierung auf die theoretischen Grundlagen in Form von Begriffsbestimmungen und kritischen Reflexionen der bestehenden Ansätze vor (Borah, 2011, S. 254; Jecker, 2017, S. 13). Es zeigt sich also: „...die theoretische Reflexion [bleibt] deutlich hinter der empirisch[en] Anwendung zurück“ (Kohring, Marcinkowski, Donk, Metag & Friedermann, 2011, S. 202). Um jener Lücke entgegenzuwirken, hat sich u. a. die Arbeit von Jecker (2017, S. 12) zum Ziel gesetzt, die theoretische Fundierung Entmans (1993) auszubauen, weshalb sie für ihre Ausführungen die Bezeichnung „Framing-Konzept“ wählt.

Für die Ausführungen in dieser Arbeit ist folgende Verortung innerhalb des wissenschaftstheoretischen Verständnisses gewählt worden: Diese Arbeit geht beim Framing von einem *methodisch-theoretischen Konzept* aus, das vorrangig bei öffentlichen Streitfragen zum Tragen kommt (vgl. Matthes, 2007, S. 152; Jecker, 2017). Die Landwirtschaft als gesamtheitlicher Sektor – und die durchlebten Krisen – weisen eine hohe gesellschaftliche Relevanz auf, die in den Medien umfassend beleuchtet wurden. Framing-Prozesse tragen in solchen Krisen zur Komplexitätsreduktion bei und können Orientierung geben. Doch gerade weil sich das Framing-Konzept vorrangig empirischen Streitfragen zuwendet und in der bisherigen Forschung weniger

die theoretische Reflexion in den Blick genommen wird (Kohring et al. 2011, Jecker, 2017, S. 12–13), spricht sich die Autorin dieser Arbeit noch gegen die Einordnung des Framing-Konzepts als Theorie aus.

Mit dieser Ausgangslage scheint es fruchtbar, dass das Framing-Konzept als *methodisches Tool* einen empirischen Zugang zur Ermittlung von Deutungsmustern und Verantwortungszuschreibungen zum bis dato stark unterrepräsentierten Themengegenstand ermöglicht. Die Verknüpfung von etablierten Theorieelementen und dem Framing-Konzept erlaubt es, die ausgewählten Krisen in der Landwirtschaft in Deutschland abzubilden und die jeweiligen theoretischen und methodischen Schwächen auszugleichen, um so ein ganzheitliches Bild des Sektors aufzuzeigen.

5.5 Framing im Kommunikations- und Wandlungsprozess

In der Literatur bestehen zum Framing-Ansatz verschiedene Einordnungen, wie die Frame-Typen, die nach ihrem Vorhandensein im Kommunikationsprozess differenziert werden können. Neben D. A. Scheufele (1999) stellen auch Gitlin (1980) und Maurer (2017) unterschiedliche Klassifizierungen vor, wobei sie nicht den Ursprung eines Frames, die „news sources“, berücksichtigen. Anders Pan und Kosicki (1993), die innerhalb des Kommunikationsprozesses zusätzlich beschreiben, wie der Frame entsteht und wie er in die Medien eingespeist wird. Insgesamt lässt sich demnach in der Literatur die Unterscheidung vornehmen, ob von einem dreistufigen (de Vreese, 2005, S. 51–52; Scheufele, D. A., 2000) oder vierstufigen (Dahinden, 2018, S. 59, 307; Matthes, 2007, S. 33–132) Kommunikationsprozess zur Untersuchung von Frames ausgegangen wird. Im Folgenden soll als Leitlinie zur Beschreibung des vierstufigen Kommunikationsprozesses Dahinden (2018, S. 59–90) herangezogen werden. Die zentrale Stufe für die vorliegende Arbeit bilden dabei die Medienframes und das Framing beim Journalisten ab, weshalb sie intensiver betrachtet werden. Um aber Rückschlüsse und mögliche weitere Einflussfaktoren auf die Entstehung und Entwicklung von Medienframes ziehen zu können, werden ebenfalls das strategische Framing und das Framing beim Rezipienten kurz vorgestellt. Damit soll zugleich der Forderung Potthoffs (2012, S. 392) Rechnung getragen werden, „Frame-Entstehung und Framing-Effekte stärker in den Blick [zu nehmen]“.

5.5.1 Strategisches Framing

Dahinden (2018, S. 60) zufolge kann der Framing-Ansatz als dynamischer Prozess der Wirklichkeitskonstruktion beschrieben werden, der allerdings in seiner Beschreibung Feedback-Prozesse ausblendet. Die erste Ebene bilden die *Public Relations* (PR). Hier versuchen vor allem Akteure aus dem Bereich der strategischen Kommunikation, sich die Mechanismen des Framings zu eigen zu machen (Benford und Snow 2000; Böcking 2009). Dementsprechend richten sie ihre Kommunikationskonzepte danach aus und lancieren Frames bewusst in die Medien. Bei diesem Prozess verfolgen also interessensgeleitete Akteure das Ziel, eigene Sinndeutungen möglichst unverändert in den Medien zu platzieren, sodass diese im Lichte ihrer eigenen Interpretation erscheint (Pan & Kosicki, 2001).

Die Medien nehmen in diesem Prozess des strategischen Framings drei wichtige Aufgaben wahr: Zum einen ist es über sie erst möglich, dass die Akteure sich über die Berichterstattung Gehör verschaffen, um wie bspw. hier ihre Positionierung zur Glyphosat-Debatte darzulegen, und sich darüber hinaus auch gesellschaftlich ernst genommen fühlen. Des Weiteren kann von den Medien bestimmt werden, in welchem Umfang sie den jeweiligen Akteuren ein Sprachrohr bieten und wie viel Präsenz sie diesen in der Berichterstattung zuteilwerden lassen (Böcking, 2009, S. 118). Zudem können sie die Frames der intermediären Akteure nicht nur weiterleiten, sondern sie auch konkurrierenden Frames gegenüberstellen (Callaghan & Schnell, 2001; Hänggli & Kriesi, 2010; Lengauer & Höller, 2013). So kann im Framing-Pro-

zess von einer „dual role of the media“ (Callaghan & Schnell, 2001, S. 186) ausgegangen werden. Umso überraschender ist es, dass in der bisherigen Framing-Literatur nur wenige Arbeiten Antworten auf die Frage geben, unter welchen Bedingungen Medieninhaltsframes in einer Debatte entstehen, sodass de Vreese (2005, S. 60) zu Recht fordert: „Future research needs to specify the nature of the frames under investigation [...] and should specify the conditions under which frames emerge.“ In der Framing-Forschung wird dies unter dem Begriff des *frame building* subsumiert.

Dieser Prozess setzt zwischen der PR und dem Journalismus an und beschreibt den Versuch unterschiedlicher interessensgeleiteter Akteure, ihre Sichtweisen (Frames) in Konkurrenz zueinander in den Medien durchzusetzen und so die Deutungshoheit in der Berichterstattung zu erlangen (Scheufele, D. A., 1999, S. 115 f.). Innerhalb der Framing-Forschung ist dieses Konzept bisher vernachlässigt worden (Borah, 2011, S. 255), was auf eine mögliche begriffliche Inkonsistenz innerhalb des Forschungszweiges zurückzuführen ist. So liefern bereits Gamson und Modigliani (1989) Hinweise auf das Frame-Building, indem sie beschreiben, dass Journalisten ihre Informationen aus verschiedenen Quellen beziehen und zugleich eigene Frames in ihrer journalistischen Berichterstattung anwenden können. Auch Entman (1993, S. 52) liefert Ausführungen zu diesem Ansatz, bezeichnet es aber nicht als Frame-Building. Neben dem Formulieren und Setzen eigener Frames ist es demnach auch von Relevanz, die Frames möglicher konkurrierender Akteure und Gruppierungen (bspw. ProLife & ProChoice, Andsager, 2000) zu beobachten und ggf. darauf zu reagieren.

Die Durchsetzungskraft eines Frames von strategischen Kommunikatoren ist überdies von einer Vielzahl möglicher Einflussfaktoren (*Journalismus-externe Faktoren* vgl. Kap. 5.5.2) abhängig, die die Versuche der strategischen Platzierung des Frames positiv beeinflussen oder erschweren können. Dazu zählt bspw. eine Ereignisinszenierung von Akteuren, die genutzt wird, um die Durchsetzungskraft zu erhöhen. An dieser Stelle erweist sich der Framing-Ansatz als besonders fruchtbar, da er den ganzheitlichen Kommunikationsprozess betrachten und analysieren kann und damit deutlich über die Möglichkeiten des Agenda-Settings hinausgeht (Völker, 2017, S. 74).

Insgesamt, so zeigt sich, ist die erste Ebene des Kommunikationsprozesses, die PR, stark vom Wettbewerb um die Deutungshoheit geprägt. Fröhlich und Rüdiger (2006, S. 18) stellen zusammenfassend heraus, dass der Erfolg von PR mithilfe des Framing-Ansatzes zu erreichen ist, indem Aufmerksamkeit für einen Themengegenstand und das eigene Handeln erzeugt wird, Interpretationen und Lösungsvorschläge für die Medien vorbereitet und als übergeordnetes Ziel eine Beeinflussung der journalistischen Berichterstattung erfolgt. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wurde der Framing-Ansatz daher schon frühzeitig auch als Technik und Instrument der PR aufgefasst (Knight, 1999) und weniger als eigenständiges methodisch-theoretisches Konzept (Dahinden, 2018, S. 65). Matthes (2007, S. 35) kritisiert zur Rolle des Framings in der PR, dass der Framing-Ansatz dort wenig über den Grundgedanken der gezielten Botschaftsstreuung hinausgeht und eine systematische Einordnung in den allgemeinen Framing-Ansatz bisher offen ist (Matthes, 2007, S. 37).

5.5.2 Framing und Journalismus

Für die darauffolgende Ebene, den *Journalismus*, ist der Framing-Ansatz ein hilfreiches Konzept (Scheufele, B., 2003; Valkenburg et al. 1999), denn er kann dem Journalisten dabei helfen, die Vielzahl an Informationen zu einem bestimmten Themengegenstand zu strukturieren, und so den natürlichen Selektionsprozess unterstützen und die inhaltliche Strukturierung beeinflussen (Dunwoody, 1992). Innerhalb der Framing-Forschung ist die Analyse des Framings aus einer journalistischen Perspektive noch in einem überschaubaren Maße durchgeführt worden (Brosius & Eps, 1993; Dunwoody, 1992; Scheufele, B., 2003). Mögliche Ursache dafür ist der schmale Grat des Framing-Ansatzes zur Nachrichtenwerttheorie, die ebenfalls die Selektion und Bewertung der Medieninhalte aufgreift (Dahinden, 2018, S. 67 f.). Bisherige Forscher nehmen unterschiedliche Gruppierungen zur Einordnung der Kontextfaktoren vor. So differenzieren Potthoff (2012, S. 206) und Zerback (2013) zwischen einer systematischen, organisationalen und individuellen Ebene. Greifbarer scheint die Einteilung in *Journalismus-interne* und *Journalismus-externe* Faktoren (Engelke, 2018, S. 112), wobei erstgenannte den Journalisten selbst und seine Vorstellungen und persönlichen Haltungen zu einem Thema berücksichtigen. Das professionelle Selbstverständnis und die Orientierung an anderen Journalisten zählen gleichermaßen dazu (Engelke, 2018, S. 122). Zweitgenannte nehmen Bezug zum strategischen Framing. Auf die empirischen Befunde zu diesen Einflussfaktoren geht das Kapitel 6 zum Forschungsstand näher ein. An dieser Stelle soll primär eine theoretische Verortung erfolgen. Hier sei bereits angemerkt, dass die vorliegende Arbeit keine direkten empirischen Ergebnisse zur Entstehung von Medieninhaltsframes generiert. Jedoch folgt die Autorin der Meinung von Matthes (2014b, S. 13), dass Rückbezüge zu den einflussnehmenden Faktoren notwendig sind, da die Studie sonst „ihre Beschreibungskraft verlier[t]“. Aus diesem Grund werden jene Faktoren näher betrachtet, die als mögliche Erklärungen und Ursachen für bestimmte Entwicklungen und Präferenzen von Frames in Frage kommen.

Generell versuchen Journalisten zunächst unvoreingenommene Informationsquellen für ihre Berichterstattung auszuwählen (Curtin, 1999). In Rückbezug auf die Framing-Forschung beschreiben Callaghan und Schnell (2001, S. 203) die Selektion der Frames durch Journalisten folgendermaßen:

The media have the power to actively shape public discourse by selecting from many available frames offered by interest groups and politicians. Further ... media professionals are free to create and emphasize their own thematic spins on an issue and thus can alter the prevailing definition of a conflict.

Das bedeutet für die Selektion durch Journalisten, dass die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Rahmung sich nicht „an der Realität, sondern an den von Journalisten etablierten Hypothesen über die Realität“ orientiert (Scheufele, B. & Brosius, 1999, S. 426). Weiterführend differenziert van Gorp (2007, S. 68, Herv. im Orig., Anm. der Verf.) zwischen „framing by the media and framing through the media“. Framing als Selektionsprozess bedeutet also, dass der Journalist nicht nur

auf Aussagen zurückgreift, die ihn über verschiedene wirtschaftliche, politische oder zivilgesellschaftliche Akteure erreichen, sondern er selbst auch durch seine Informationsbeschaffung den Frame prägt (vgl. Potthoff, 2012, S. 154–155). Jedoch hat sich bspw. insbesondere in der öffentlichen Debatte um die Thematik Flucht und Migration gezeigt, dass Medienschaffende dabei häufig folgenden Aspekt verkennen (Brosius & Dan, 2020, S. 275, Herv. im Orig., Anm. der Verf.):

Das Streben nach »ungeframten« Informationen ist aussichtslos: Wer kommuniziert, greift auf die Frames Anderer zurück oder artikuliert mehr oder weniger explizit selbst welche. Dies gilt auch für JournalistInnen. Sie können die Frames strategischer AkteurInnen unverändert weiterleiten, anpassen/kontextualisieren oder ihre eigenen Frames in die Debatte einbringen.

Auf Basis dessen verwundert es umso mehr, dass Vorwürfe eines populistischen Framing nicht ernst genommen werden und so der Eindruck entsteht, dass die Journalisten sich ihrer redaktionellen Verantwortung nicht bewusst seien (Altmeppen, 2020b, S. 148). Dass Journalisten Framing-Prozessen nicht entfliehen können, kann als unbestritten gelten. *Journalismus-interne* Faktoren, wie die politische Orientierung, ein persönlicher Bezug zu dem behandelten Themenfeld, bspw. wenn Agrarfachjournalisten selbst in einem landwirtschaftlichen Umfeld aufgewachsen sind, legen nahe, dass dies einen Einfluss auf die Sichtweise des Journalisten hat und framem konsistente Informationen so mit höherer Wahrscheinlichkeit in die redaktionelle Arbeit einfließen.

Brosius und Dan (2020, S. 276 f.) verweisen zur Erklärung dessen auf den theoretischen Ansatz der *opportunen Zeugen* (Hagen, 1992). Demnach präferieren die exemplarisch angeführten Agrarjournalisten in ihrer Berichterstattung diejenigen Akteure, die einen ihrer Sichtweise und der redaktionellen Linie des Blattes entsprechenden Frame einspeisen, eher als andere. Steht so bspw. der Agrarjournalist der verlängerten Zulassung von Glyphosat in der Landwirtschaft positiv gegenüber, wird er auch tendenziell politische und zivilgesellschaftliche Akteure in seiner Berichterstattung zu Wort kommen lassen, die jenen nahestehenden Frame vertreten (Hagen, 1992, S. 456). In Bezug zum Framing-Ansatz findet diese theoretische Erklärung bei Engelmann (2009) empirische Anwendung. Sie kann in Bezug auf die EU-Osterweiterung für die zwei Printmedien Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und FR nachweisen, dass die Journalisten die Akteure stärker berücksichtigen, die ihrer eigenen Konfliktsicht entsprechen. Dasselbe gilt für die Frames (Engelmann, 2009, S. 99). Die Selektionsentscheidungen des Journalisten haben folglich einen großen Einfluss darauf, welcher Frame in der journalistischen Berichterstattung durchdringt bzw. sich bildet (Potthoff, 2012, S. 157).

Die Journalismus-internen Faktoren, wie die Einstellungen des Journalisten oder die Orientierung an Kollegen, greift auch B. Scheufele (2003) auf. Er geht konkret davon aus, dass die kognitiven Frames der Journalisten eine entscheidende Rolle spielen, und führt dazu eine umfassende empirische Analyse durch, die die zentrale Fra-

ge beantworten soll, ob die journalistischen Schemata die Produktion von Berichten und Nachrichten beeinflussen (Scheufele, B., 2003, S. 108). Konkret unterscheidet Scheufele zwischen einer Orientierungs- und Routinephase. Erstgenannte beschreibt jene Phase, die ausgelöst durch ein zentrales Schlüsselereignis³², Änderungen der Frames hervorrufen kann. In der Routinephase hingegen, so die aufgestellte Annahme von B. Scheufele (2006, S. 70), dominieren eben jene in der Orientierungsphase festgelegten Frames, weil nur über frame- bzw. schemata-konforme Informationen berichtet wird. Das zentrale Ergebnis seiner Studie: Die Frames aus der Routinephase entsprechen weitestgehend den Frames aus der Orientierungsphase³³ (Scheufele, B., 2003, S. 213; Scheufele, B., 2006, S. 79). Damit legte Scheufele einen zentralen Meilenstein und zeigt auf, dass neben der traditionellen Forschung zur Nachrichtenselektion bzw. Nachrichtenwerttheorie (Blöbaum, 2016; Eilders, 2016) auch die Framing-Forschung Erklärungsansätze bereithält.

Kritische Stimmen honorieren zwar den methodischen Aufwand von B. Scheufele, kritisieren jedoch, dass eine direkte Befragung der Journalisten erst wirklich valide Ergebnissen aufzeigen könnte – der Autor selbst räumt dies ebenfalls ein (2003, S. 218). Dahinden (2018, S. 158) ergänzt, dass mit der Differenzierung in Frame-Analyse und Framing-Analyse nicht nur Verwirrung gestiftet wird, sondern auch der „Zirkelschluss von Medieninhalten auf Medieninhalte“ (Dahinden, 2018, S. 158) tatsächliche Rückschlüsse nur bedingt zulassen könnte. Potthoff (2012, S. 160) weist zudem auf die privaten Erfahrungen und Hintergründe des Journalisten hin, die den kognitiven Frame beeinflussen können (Journalismus-interne Faktoren). Die Annahme, dieser bilde sich nur im direkten redaktionellen Kontext, kann nach Potthoff nicht nachvollzogen werden. Darüber hinaus, so Potthoff weiter, ist nicht anzunehmen, dass im Schreibprozess eines meinungsbasierten Artikels ausschließlich der kognitive Frame einen Einfluss ausübt. Auch die Blattlinie oder Aussagen externer politischer oder zivilgesellschaftlicher Akteure fließen in diesen Prozess ein. In seiner eigenen Studie zur Entstehung von Medien-Frames stellt Potthoff heraus, dass tendenziell Journalisten einen Frame stärker und einen anderen schwächer in ihrer journalistischen Berichterstattung berücksichtigen. Einflüsse wie die Koorientierung unter Journalisten, seine politische Orientierung oder auch vorherrschende Bevölkerungsmeinungen konnten dabei nachgewiesen werden (Potthoff, 2012, S. 386 f.). Diese Koorientierung findet – wie bereits geschildert – bei B. Scheufele (2003) Berücksichtigung, und auch Leonarz (2006) nimmt diesen Faktor in den Blick. Eng damit verknüpft ist die Tatsache, dass ebenso die redaktionelle Blattlinie als struktureller Selektionseinfluss in Frage kommt (Donsbach & Patterson, 2003; Lengauer,

32 Als Schlüsselereignis wird dieser Arbeit die Beschreibung von Brosius und Eps (1993, S. 514–515) zugrunde gelegt, wonach bestimmte Ereignisse einem bereits bekannten Thema eine neue Dimension verleihen oder hinzufügen. Sie üben einen Einfluss auf die Nachrichtenwerte aus. Wiederholen sich Ereignisse, die demselben thematischen Kontext entspringen, so wird diesen eine umfassendere mediale Beachtung geschenkt.

33 Für die ausführliche Darstellung der methodischen Vorgehensweise von B. Scheufele und die zahlreichen Ergebnisse sei auf sein Werk (2003) verwiesen. Eine Übersicht und kritische Einordnung bieten u. a. Dahinden (2018, S. 152–158) sowie Potthoff (2012, S. 157–161).

2007). Potthoff (2012, S. 180) hebt darüber hinaus einen möglichen Einfluss der Darstellungsform als Faktor für die Entstehung eines Medienframes hervor. Ihm zufolge lässt sich vermuten, dass ihrem journalistischen Selbstverständnis folgend die Medienschaffenden eine objektive Berichterstattung anstreben und entsprechend in faktenorientierten Darstellungsformen eher seltener einen Frame konzipieren als in Kommentaren oder Leitartikeln (Potthoff, 2012, S. 180). Dies steht jedoch im Gegensatz zu Brosius und Dan (2020, S. 275) und deren Ansicht, dass das Streben der Journalisten nach ungeframteten Informationen keine Option ist. Daneben betonen die *Journalismus-externen* Faktoren, dass auch ein Einfluss von externen Materialien oder Akteuren ausgeht, die versuchen, ihre Frames in die Berichterstattung zu lancieren (vgl. Kap. 5.5.1). Studien dazu belegen, dass große, gesellschaftlich etablierte und prestigereiche Institutionen eher einen Aufmerksamkeitsbonus durch die Journalisten erhalten als kleinere Vereinigungen (Andsager & Smiley, 1998; Gerhards, 1992; Hänggli, 2011; Saffarnia, 1993; Seidenglanz & Bentele, 2004). Journalisten sind zusammenfassend betrachtet, sowohl von kognitiven Einflüssen ihrer selbst als auch von den strategischen Kommunikatorframes umgeben, die gemeinsam die Entstehung des Medienframes beeinflussen (Engelke, 2018, S. 95). Als „Produkt“ dieses Framing-Prozesses üben die Medienframes jedoch ebenso einen Einfluss auf den Rezipienten aus. Welche theoretischen Erklärungsmuster die Kommunikationswissenschaften dafür bereithalten, soll im folgenden Kapitel kurz erläutert werden.

5.5.3 Rezipientenframes und individuelle Frames

Die Wirkungsdimension von Frames greift die zentrale Frage auf, ob und inwiefern die angebotenen Medienframes der Journalisten von den Rezipienten übernommen werden (Matthes, 2007, S. 91; Scheufele, B., 2003, S. 24). Dahinden (2018, S. 61) stellt dazu einen linearen Wirkungszusammenhang, beginnend bei der PR bis zum Publikum her. Medienframes erfüllen dabei für den Rezipienten eine „Orientierungsfunktion ... d. h. er repräsentiert eine bestimmte Grundidee und legt bestimmte Bewertungen und Entscheidungen zu einem Thema eher nahe als andere“ (Potthoff, 2012, S. 19). Zugleich existieren Publikumsframes in den Köpfen der Rezipienten, auch kognitive Frames genannt, die durch das Filtern der Vielzahl an Informationen den Rezipienten dabei helfen, die Komplexität zu reduzieren (Dahinden, 2018, S. 84). Neue Sachverhalte und Themengegenstände werden dementsprechend vom Rezipienten auf Basis seines Vorwissens und seiner Voreinstellungen zur Thematik interpretiert und bewertet (Potthoff, 2012, S. 137; Scheufele, B., 2003, S. 22). Der Prozess der *Informationsverarbeitung* lässt sich in einen *zentralen* und einen *peripheren* Weg differenzieren (Petty & Cacioppo, 1986, S. 134 f.):

Während erstgenannter Weg bei der kognitiven Verarbeitung des jeweiligen Sachverhalts unterstützende Gedanken beim Rezipienten erfährt, wenn diese auf anklingende Argumente treffen, so verhält es sich beim zweiten Weg anders: Die ankommenden Informationen stoßen auf keinerlei Interesse – bedingt durch einen fehlenden Bezug zur Thematik oder den Druck einer raschen Entscheidungsfindung, was heute in der Live-Berichterstattung und Echtzeitkommunikation üblich ist (vgl. Dahinden, 2018, S. 99–100). Eine periphere Informationsverarbeitung bedeutet also, dass ankommende Informationen anhand von einfachen Filtern, wie bspw. der Be-

kanntheitsgrad der in diesem Kontext auftretenden Person, Zustimmung beim Rezipienten erfahren (Dahinden, 2018, S. 100). Rezipientenframes – oder synonym dazu individuelle Frames – helfen also den Menschen, die ankommenden Informationen zu verarbeiten, entsprechend zu interpretieren und beeinflussen zusammenfassend die Wahrnehmung des Rezipienten. Doch nicht nur der Weg der Informationsverarbeitung entscheidet über die Rezipientenframes, sondern auch Faktoren wie die gelebten Werte und kulturellen Normen des Rezipienten, Vorwissen, erlebte Erfahrungen, persönliche Bezüge zur dargestellten Person oder dem Handlungsort sowie Emotionen üben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss aus (u. a. Gross, 2008; Kim & Cameron, 2011; Kühne, 2015; Lazarus, 1991; Scheufele, B., 2003).

Auf dieser Ebene des Kommunikationsprozesses beschäftigt sich die Framing-Forschung mit Wirkungsstudien, die vorrangig den Einfluss von Medienframes auf die Rezipientenframes oder auch „Audience-Frames“ (Cappella & Jamieson, 1997; Entman, 1993; Harden, 2002; Scheufele, B., 1999) untersuchen. Während Medienframes durch die journalistische Selektion etabliert werden, können Audience-Frames definiert werden als Deutungsmuster des einzelnen Rezipienten, um den behandelten Sachverhalt einzuordnen. Im Gegensatz zum individuellen Frame als „sense-making-process“ (Cappella & Jamieson, 1997, S. 229), die auch die kognitiven Schemata des Rezipienten berücksichtigen, betonen Audience-Frames primär die Interaktion zwischen Medien und Rezipienten. So sind z. B. die Medieninhalte in Nachrichtenbeiträgen von der Tagesschau die Medienframes. Insgesamt verfügen Arbeiten aus diesem Forschungsbereich (u. a. Cappella/Jamieson 1997; Kessler, 2016; Price & Tewksbury 1997) über das große Potenzial, Ansätze und Überlegungen aus den beiden Teilbereichen des Kommunikationsprozesses miteinander zu verknüpfen.³⁴ Zentrale Wegweiser in diesem Forschungsfeld und als klassisch geltend (Dahinden, 2018, S. 173, Scheufele, D. A., 2000) sind u. a. die Arbeiten von Iyengar (1991). Seine Studie leistet einen wertvollen Beitrag, um die Wirkung von Frames auf Verantwortungszuschreibungen zu untersuchen. Er wendet sich in seiner Untersuchung explizit dem Frame-Begriff zu und hat dazu eine Differenzierung in *episodische* (simplifizierend, auf bestimmten Anlass bezogen; Dahindens Basisframe *Personalisierung* entsprechend) und *thematische* (kontextbezogen, über Einzelereignisse hinausgehend) Medienframes vorgenommen. Im Zentrum stehen die Überprüfung von fünf unterschiedlichen Themen und die Frage, welchen Einfluss episodische und thematische Frames auf die Zuschreibung von Verantwortung ausüben (vgl. Iyengar, 1991, S. 14; Matthes, 2007, S. 99). Grundlage dafür ist die Berichterstattung über die fünf politischen Themen in den Nachrichten der TV-Sender ABC, CBS und NBC. Den Rezipienten wurden unterschiedlich geframte Nachrichtenbeiträge gezeigt und im Anschluss Fragen zur Verantwortungszuschreibung gestellt. Folgende zentrale Ergebnisse lassen sich festhalten: (A) Episodische Frames werden in den Nachrichtenbeiträgen häufiger verwendet als thematische Frames. Als Folge schreiben die Rezipienten besonders bei den Themen Terrorismus, Armut und Kriminalität

34 An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass lediglich ein Ausschnitt der vielfältigen Forschung zum Framing beim Rezipienten abgebildet werden kann. Eine umfassende Aufbereitung zentraler Studien aus diesem Forschungszweig bietet u. a. Matthes (2007, S. 91–124) sowie Dahinden (2018, S. 173–192).

Einzelpersonen die Verantwortung zu. (B) Prominentes und häufig in der weiteren Forschung zitiertes Beispiel sind die Ergebnisse beim Thema Armut: Fernsehbeiträge, die ein episodisches Framing aufweisen, haben zur Folge, dass die Rezipienten signifikant stärker den einzelnen Personen die Verantwortung für ihre Armut zuschreiben und die gesamtgesellschaftliche Verantwortung weniger relevant ist (Dahinden, 2018, S. 177; Iyengar, 1991, S. 143; Matthes, 2007, S. 99). (C) Bei Beiträgen, die auf ein thematisches Framing setzen, zeigt sich ein umgekehrtes Bild: Nicht die Einzelpersonen werden verantwortlich gemacht, sondern die gesamtgesellschaftlichen Strukturen tragen die Verantwortung (Iyengar, 1991, S. 137).

Neben diesen beiden zentralen Studien zeigt die Forschung, dass nicht immer die Übernahme von Medienframes durch den Rezipienten eine gleichsame Wirkung erzeugt. So zeigt bspw. die Studie von Neuman, Just und Crigler (1992, S. 66) über die Berichterstattung von fünf zentralen Themen, dass dem identifizierten *Konflikt-Frame* in den Medien ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird, während er bei den Rezipienten weniger Anklang fand und diese eher die Frames *Human-Impact* und *Moral* präferierten (Neuman, Just & Crigler, 1992, S. 76; im Überblick: Scheufele, B., 2003, S. 75–76). Dieser *Framing-Effekt*, also das Resultat aus dem Zusammenspiel von Medienframes und Rezipientenframes, beruht auf zwei zentralen Effekten: Dem „*applicability-effect*“ und dem „*accessibility-effect*“ (Price & Tewksbury, 1997, S. 486). Erstgenannter beschreibt, dass saliente Merkmale eines Medienframes während oder unmittelbar nach der Rezeption bestimmte Vorstellungen (Schemata) auslösen. Berichtet bspw. die Tageszeitung darüber, dass in einem landwirtschaftlichen Betrieb erste Anzeichen für das Auftreten der Schweinepest gefunden wurden, so weckt dies beim Rezipienten gewisse Schemata, wie die Tatsache, dass ein fahrlässiger Umgang von Landwirten bei den Hygienestandards in den Ställen zu Krisen führen kann. Berichten in den darauffolgenden Tagen die Medien über weitere Ereignisse aus diesem Themenbereich, dass die Schweinepest bspw. in weiteren Betrieben ausgebrochen ist, so ruft der Rezipient zur Bewertung des Sachverhalts das bereits bekannte Schema auf. Dann spricht die Forschung vom zweitgenannten, dem „*accessibility-effect*“ (vgl. Scheufele, B., 2003, S. 219).

Resümierend lässt sich festhalten, dass die hier aus dem breiten Pool der Wirkungsforschung im Kommunikationsprozess thematisierten Effekte inhaltlicher Frames berücksichtigt wurden, die sich nach B. Scheufele (2003, S. 75) in drei Klassen differenzieren lassen: (A) Übernahme von Medienframes durch die Rezipienten, (B) die Etablierung von Rezipienten-Schemata durch die Medien und (C) Auswirkungen und Einflüsse auf Einstellungen und Entscheidungen. Die an dieser Stelle vorrangig in den Blick genommene Übernahme von Medienframes durch den Rezipienten zeigt, dass Wirkungsmechanismen von Medienframes vielfältig sein können. Mit der „Rückkopplungsschleife“ verweist Engelke (2018, S. 96–97) jedoch darauf, dass auch die beschriebenen Rezipienten-Frames das Framing der Journalisten und Kommunikatoren beeinflussen können. Leserbriefe oder Kommentare unter Beiträgen in den sozialen Medien können so eine Anpassung oder gar einen Wandel der Medienframes bzw. strategischen Frames hervorrufen und müssen damit ebenfalls als Einflussfaktor berücksichtigt werden. Geht es also darum, die Medienframes in der Berichterstattung über die Krisen und krisenhaften Zustände in ihrer Präsenz und dynamischen Entwicklung zu erfassen, dann muss be-

rücksichtigt werden, dass sie als Teil des gesamten medialen Kommunikationsprozesses zu betrachten sind und weniger eine losgelöste Betrachtung dessen angestrebt werden sollte (Böcking, 2009, S. 92; Engelke, 2018, S. 97).

5.5.4 Medienframes

Medienframes, als Ergebnisse des Strukturierungs- und Selektionsprozesses durch den Journalisten – Dahinden (2018, S. 59) spricht von *Medieninhalten/Medienoutput* – haben in den vergangenen Jahren innerhalb der Framing-Forschung viel Aufmerksamkeit erfahren (Dan, 2018; Jecker, 2017; Kohring et al. 2011; Matthes und Kohring 2004; Matthes, 2007; Scheufele, B., 2003; Semetko & Valkenburg, 2000). Es ist gar von einem „Forschungsboom“ in diesem Teilbereich die Rede, der sich vorwiegend mit den verschiedenen und vielfältigen methodischen Herangehensweisen erklären lässt (Engelke, 2018, S. 81; Scheufele, B., 2003, S. 45). Auch für diese Arbeit ist die Untersuchung von Frames in Medientexten vom primären Interesse, da untersucht werden soll, wie ausgewählte Printmedien der Qualitäts- und Agrarpresse über die Krisen und krisenhaften Zustände im Leistungssystem Landwirtschaft berichten.

Wie im Kapitel 5.3 zur definitorischen Vielfalt innerhalb der Framing-Forschung bereits aufgezeigt, haben zahlreiche Autoren den Versuch unternommen, eine Eingrenzung vorzunehmen (Dahinden, 2018, S. 308; Jecker, 2017, S. 11–14; Matthes, 2007, S. 145; Potthoff, 2012, S. 22; Scheufele, B., 2003, S. 59). Es kann postuliert werden, dass auf bestimmte Merkmale immer wieder Bezug genommen wird. Die Rede ist von *Salienz* und *Selektion*. Als Kernbestand der allgegenwärtigen Definition von Entman (1993) ist dies nicht verwunderlich, denn: „Sie ist die in empirischen bzw. inhaltsanalytischen Studien als forschungsleitende Grundlage am häufigsten verwendete Begriffsbestimmung“ (Jecker, 2017, S. 14). Auch für die vorliegende Arbeit bildet Entmans Definition den Ausgangspunkt. Dafür sprechen mehrere Gründe: Aufgrund ihrer Konkretheit macht es Entmans Definition möglich, grundsätzliche Funktionen von Frames, eben die Selektion und Salienz der wahrgenommenen Realität, zu beschreiben (Kühne, 2015, S. 149–150; Potthoff, 2012, S. 39). Darüber hinaus hat er erstmals in der Framing-Literatur Indikatoren von Frames benannt und dadurch eine greifbare Begriffsbestimmung vorgelegt, wenngleich Entman (1993) selbst kaum Begründungen liefert, inwiefern sich die einzelnen Frame-Elemente konstituieren (Böcking, 2009, S. 95–97; Jecker, 2017, S. 72). Unbestritten hat er damit einen wichtigen Meilenstein in der Framing-Forschung gesetzt (Matthes, 2014a, S. 27). Der Vorteil ist, „dass sie auf Grund ihrer weiten Verbreitung sozusagen das Bindeglied zwischen verschiedenen Forschungsrichtungen ist und demnach auch als Grundlage für die immer wieder eingeforderten Integrationsbemühungen dienen kann“ (Matthes & Kohring, 2004, S. 62).

Aus diesen Gründen werden nachfolgend die vier zentralen Elemente vorgestellt, jedoch inhaltliche Verschärfungen vorgenommen, indem die Definitionen der Elemente ausgewählter Autoren näher betrachtet werden (insb. Dahinden, 2018, S. 193 f.; Engelke, 2018, S. 99–107; Jecker, 2017, S. 69–88, S. 398 f.; Kühne, 2015, S. 148–157; Matthes, 2007, S. 134–146), um die Nachvollziehbarkeit für den Operationalisierungsprozess zu gewährleisten. Zugleich soll auf diese Weise den häufig postulierten Defizi-

ten im Hinblick auf die fehlenden Ausführungen der Indikatoren der Frame-Elemente in empirischen Arbeiten entgegengewirkt werden (Böcking, 2009, S. 95; Engelke, 2018, S. 99; Jecker, 2017, S. 14–15; Matthes, 2007, S. 19; van Gorp, 2005). Die Folge könnte sonst Jecker (2017, S. 14) zur Folge sein, dass „der Ansatz immer mehr zu verwässern droht“. Zentrales Ziel ist es also, darzulegen, warum die Begriffsbestimmung nach Entman (1993) als Grundlage gewählt wurde und welche definitorischen Auslegungen aus dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand herangezogen werden können, um diese zu verdichten und für das eigene Vorhaben fruchtbar zu machen.

5.5.4.1 Die vier Frame-Elemente

Die Basis für die Ausführungen bildet die bereits angesprochene Definition³⁵ von Robert Entman (1993, S. 52, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.), die wie keine andere innerhalb der Kommunikationswissenschaften starke Aufmerksamkeit erfahren hat:

Framing essentially involves selection and salience. To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described.

Framing kann demnach als Prozess verstanden werden, indem zum einen ausgewählt wird, welche Aspekte der wahrgenommenen Realität in der Berichterstattung benannt und unterschiedlich gewichtet werden (bspw. Themen, Akteure, Ereignisse), und zum anderen, was im Text selbst hervorgehoben wird und welche Informationen in den Hintergrund rücken. *Selektion* und *Salienz* von Inhalten und thematischen Aspekten nehmen dementsprechend im Framing-Prozess eine zentrale Rolle ein, denn erst beim wiederholten Auftreten gleicher Muster in der Kommunikation liegt ein Frame vor. Der Kommunikator schildert demzufolge einen Sachverhalt aus einer bestimmten Perspektive, aus der er sie auch aufgenommen hat. Ein anderer Kommunikator kann folglich denselben Sachverhalt aus einer anderen Perspektive beschreiben und ihm einen anderen spezifischen Deutungsrahmen zugrunde legen. Frames können also immer nur einen Ausschnitt der Realität und die Interpretation dieser aufzeigen, woraus sich sodann für die jeweiligen Vertreter dieser Sichtweise die Wahrheit manifestiert. Als erklärendes Beispiel zieht Entman (1993, S. 52) den „cold war frame“ heran, der bestimmte Ereignisse innerhalb der amerikanischen Außenpolitik als Problem definiert,

35 Entman hat 2007 eine aktualisierte Definition veröffentlicht („We can define framing as the process of culling a few elements of perceived reality and assembling a narrative that highlights connections among them to promote a particular interpretation. Fully developed frames typically perform four functions: problem definition, causal analysis, moral judgement, and remedy promotion“ (Entman, 2007, S. 164), jedoch bezieht sich die vorliegende Arbeit auf die Definition von 1993, da sie eine herausragende Stellung und immense Bedeutung für die inhaltsanalytische Framing-Forschung weiterhin innehat. Zudem ist die Definition einer Metaanalyse zur Folge die an der häufigsten verwendeten forschungsleitenden Grundlage für inhaltsanalytischen Studien (Dan & Raupp, 2018, S. 3–4; Matthes, 2007, S. 78–82).

eine Ursache dafür benennt, moralische Bewertungen liefert und Lösungsansätze darlegt. Wie die Abbildung 6 darstellt, bilden diese vier Frame-Elemente in Summe den Bestandteil eines ganzheitlichen Frames.

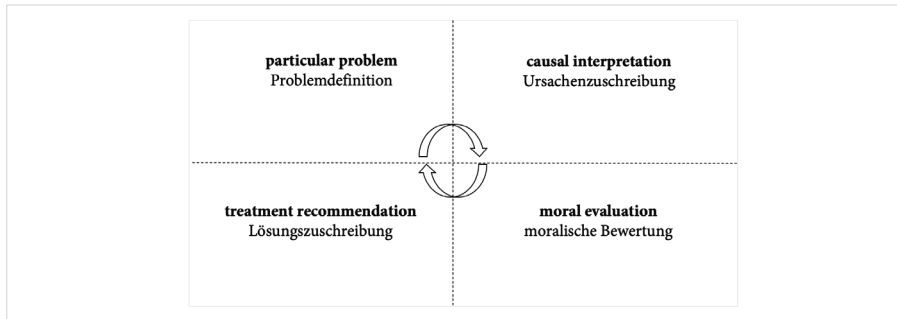


Abbildung 6:

Frame-Elemente nach Entman (1993, S. 52). (modifiziert nach Jecker, 2017, S. 14).

Das erste von Entman (1993) definierte Element, die *Problemdefinition*, wurde auch in der folgenden Framing-Forschung als zentrale, aber abstrakte Komponente eingestuft (Benford & Snow, 2000; Nelson & Kinder, 1996). Basierend auf den Ausführungen Entmans (1993, S. 52) beschreibt diese, „what a causal agent is doing with what costs and benefits“. Die Problemdefinition rückt somit Problemaspekte, Ereignisse oder politische Handlungen in den Fokus und rahmt so ein, worüber gesprochen wird. Sie kann als „Basis eines Frames“ (Harden, 2002, S. 86) verstanden werden. Matthes (2007, S. 135) knüpft an diesem Punkt an und hebt in seiner Definition hervor, dass das erste Element festlegt, „worüber gesprochen wird und welche Akteure relevant sind“. Dies grenzt sich vom Hauptthema insofern ab, als durch sie ein Blickwinkel auf das eigentliche Thema bestimmt wird. Verhovnik (2015, S. 190) schlägt aufgrund dieser engen Verknüpfung eine Bezeichnung als „Themendefinition“ vor. Generell wird das Thema bzw. Problem, so Matthes (2007, S. 135), „in seinen sozialen, sachlichen und zeitlichen Kontext eingeordnet und damit definiert“. Darüber hinaus weist Matthes (2007, S. 135) darauf hin, dass das von der Bezeichnung postulierte negativ bewertete Problem bzw. Objekt nicht ausschließlich als solches zu betrachten ist. Vielmehr kann auch das Abstreiten bzw. Leugnen eines vorliegenden Problems betont werden. Entman (1993, S. 52) fasst dies mit der Umschreibung von „cost and benefits“ auf. Kühne (2015, S. 151) fokussiert sich auf drei Objektklassen. Dazu differenziert er – basierend auf Entman (1993, 2007) – zwischen (1) Ereignissen und Situationen, (2) verantwortlichen Akteuren oder Akteursgruppen sowie (3) Betroffenen bzw. Opfern, die in der Problemdefinition betont werden. Vorteil dieser eindeutigen Betonung der Objektklassen ist die unkomplizierte Operationalisierung, wie Kühne (2015, S. 151) selbst betont. Uneinigkeit besteht in der Framing-Forschung hinsichtlich der Begriffsbezeichnung. So hält Engelke (2018, S. 101) aufgrund der möglichen Negierung eines Problems die Bezeichnung „Zustandsdefinition“ für treffender, Jecker (2017, S. 399) schlägt für eine präzisere Umschreibung die „Problembeschreibung“ vor. Da sich die Problemdefinition als Begriff jedoch innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses durchgesetzt hat, scheint die Übernahme dessen am sinnvollsten.

Die Funktion des zweiten Elements, die *kausale Attribution* bzw. die *Ursachenzuschreibung*, wird von Entman (1993, S. 52) wie folgt beschrieben: „[It] identif[ies] the forces creating the problem.“ Die Vielfalt der operationalen Annäherungen in der Framing-Literatur hat zur Folge, dass auch hier unterschiedliche Begriffsbezeichnungen vorliegen: Böcking (2009, S. 200) und Kühne (2015, S. 101) sprechen von einer „Ursachenidentifikation“, Snow und Benford (1988, S. 200; Benford & Snow, 2000, S. 615 f.) betrachten aus der Perspektive der Bewegungsforschung die Problemdefinition und die kausale Attribution zusammenfassend unter dem Oberbegriff „Diagnostic Framing“, Matthes (2007, S. 135) legt seiner Definition die Bezeichnung „Ursachenzuschreibung“ zugrunde, codiert dieses Element aber später unter dem Begriff „Verantwortungszuschreibung“. Damit hebt Matthes (2007) schon den zentralen Aspekt des Elements hervor, nämlich die Nennung von Faktoren, Ursachen und Gründen für ein notwendig vorliegendes Problem. Zentral kann hier zwischen *situativen* und *personellen* Ursachen unterschieden werden (Iyengar, 1991, Jecker, 2017, S. 301–303; Kühne, 2015, S. 152; Matthes, 2007, S. 135). Sie liegen dabei nicht allein vor, sondern mehrere Ursachen können den aktuellen Zustand eines Problems auslösen (Engelke, 2018, S. 101). *Situationsbezogene Verantwortungszuschreibungen* führen die Ursachen für das Problem auf äußere Umstände zurück. Eine schlecht ausgefallene Getreideernte kann somit ursächlich auf einen verregneten Sommer zurückgeführt werden. Hat jedoch der Landwirt bspw. einen falschen Aussaatzeitpunkt gewählt oder Fehler in Bezug auf die Saattiefe begangen, sodass die Keimung erschwert wird oder Vögel die Saat fressen, kann eine personelle Verantwortungszuschreibung vorgenommen werden. Dieser Attributionsprozess ist allerdings deutlich komplexer aufzufassen, wie bereits die Ausführungen in Kapitel 4.3 aufgezeigt haben. So muss auch zwischen individuellen und kollektiven Akteuren, dem konkreten Verantwortungsobjekt und der Bewertungsrichtung (positiv/negativ/ambivalent) unterschieden werden (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, 2009). Zugleich verweist Jecker (2017, S. 301) explizit darauf, dass die Ursachen nicht nur in den aktuellen Geschehnissen zu suchen sind, sondern sich die Kausalattribution „auf Ursachen eines Problems in der Vergangenheit ... oder auf erwartete bzw. mögliche Ursachen in der Zukunft beziehen“. Innerhalb der Attributionsforschung erfassen u. a. Gerhards und Kollegen (2007) dies unter dem Aspekt der „prognostischen Zuschreibungen“. Des Weiteren ist hervorzuheben, dass die Verantwortungszuschreibungen selbst von mehreren Akteuren vorgenommen werden können, diese jedoch unterschiedliche Interessen verfolgen. Insbesondere im politischen Umfeld spielen Verantwortungszuschreibungen eine wichtige Rolle (Iyengar, 1991) Strategisch handelnde Akteure wie Politiker schreiben sich Erfolge selbst zu, während sie die Misserfolge bei den Kontrahenten oder situativen Ursachen suchen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007; Tennert, 2006). Journalisten oder Rezipienten hingegen verfolgen weniger ein strategisches Interesse, ihre Zuschreibungen basieren zumeist auf den wahrgenommenen Umständen. Innerhalb der Framing-Forschung rücken diese Aspekte in Bezug auf die Wirkung von Frames in den Vordergrund (Iyengar, 1991; Kühne, 2015). Forscher, die sich auf themenunabhängige Frames konzentrieren, stellen den Verantwortungsbegriff häufig selbst als eigene Framekategorie heraus. Semetko und Valkenburg (2000, S. 96; Valkenburg, Semetko & de Vreese, 1999, S. 552) beschreiben diesen Frame bspw. so, dass einem oder mehreren Akteuren die Ursache oder die

Lösung für ein identifiziertes Thema oder Problem zugeschrieben werden kann. Kernbestand des zweiten Elements ist es zusammenfassend also, „dass ein Problem nicht nur identifiziert wird; es werden auch Ursachen benannt, die für das Problem ‚verantwortlich‘ sind“ (Harden, 2002, S. 86, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.).

An dritter Stelle ist die *moralische Bewertung* zu nennen, die Jecker (2017, S. 81) zufolge das zentrale Element ist, um das Framing-Konzept von anderen Ansätzen wie dem Agenda-Setting gesondert zu betrachten. Sie bezieht sich nach Entman (1993, S. 52) sowohl auf einzelne Akteure und ihre jeweiligen Handlungen, die den Zustand ausgelöst haben, als auch auf das eigentliche Problem und die damit verknüpften Ereignisse. Auch Harden (2002, S. 110 f.) verweist auf den Akteur, der bei ihm sowohl als Individuum als auch als Kollektiv vorliegen könne. Bei diesem Frame-Element haben sich ebenfalls innerhalb der Framing-Forschung unterschiedliche Begriffsbezeichnungen herauskristallisiert: Neben der schlichten „Bewertung“ (Dahinden, 2018, S. 14; Harden, 2002, S. 87) beschreibt Matthes (2007, S. 136) die „explizite Bewertung“ und Jecker (2017, S. 311) die „moralische Beurteilung“. Gemein ist den meisten definitorischen Ansätzen, dass die Moral als Teil des Elements keine nennenswerte Rolle spielt (Jecker, 2017, S. 83; Kühne, 2015, S. 154). Es erscheint daher sinnvoll, dem etablierten Begriffsverständnis zu folgen, wonach „jede Form von Bewertung gemeint [ist]“ (Kühne, 2015, S. 154) und keine reine normative Bewertung vorliegen muss, sondern eine „moralische oder evaluative Einordnung eines Problems“ (Matthes, 2007, S. 136). Resultierend daraus können drei Bewertungsrichtungen identifiziert werden – positiv, negativ und ambivalent – „Sie sichern die Anschlussfähigkeit des Rahmens an zukünftige Berichterstattung“ (Harden, 2002, S. 87) (vgl. Engelke, 2018, S. 102; Jecker, 2017, S. 312). In Anlehnung an Matthes (2007, S. 136) liegt der jeweiligen Bewertung keine klare Kategorie zugrunde, sondern sie ist „graduell zu verstehen“. Folglich soll mehr eine Antwort darauf gegeben werden, wie negativ bzw. wie positiv die vorliegende Situation (oder das Problem, der Zustand) einzuschätzen ist. Davon hängt auch eng das nächste Frame-Element, die Lösungszuschreibung/Handlungsaufforderung, ab.

Die „*treatment recommendation*“ (Entman, 1993, S. 52, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) als abschließendes Frame-Element erfährt ebenfalls mehrere Übersetzungen – u. a. „Lösung“ (Böcking, 2009, S. 200) bzw. „Lösungsvorschläge“ (Harden, 2002, S. 86), eine „Handlungsempfehlung“ (Dahinden, 2018, S. 14), eine „Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung“ (Matthes, 2007, S. 135) sowie ein „Handlungsbedarf“ (Jecker, 2017, S. 304). Zentral ist hierbei, eine Antwort auf die Frage zu finden, was eine angemessene Lösung für das vorliegende Problem sein kann und welche Maßnahmen notwendig sind, um dies zu lösen. Sie können als Appelle für oder gegen die diskutierte Maßnahme/den Themengegenstand ausgesprochen werden. Dabei geht es nicht nur ausschließlich um die reine Problemlösung, sondern auch um die Diskussion über Lösungsvorschläge (Dahinden, 2018, S. 14; Entman, 1993, S. 52; Harden, 2002, S. 86–87). Diese können über „Handlungsempfehlungen“ oder „Handlungsaufforderungen“ (Jecker, 2017, S. 305) geäußert werden. Ihnen ist gemein, dass sie sich „auf die Behebung des Zustandes“ (Engelke, 2018, S. 103) beziehen. Während jedoch die an negativen Zuständen ausgerichtete Handlungsaufforderung dominiert (Jecker, 2017; Matthes, 2007), hebt Engelke (2018, S. 103) explizit hervor, dass

auch ein positiver Zustand angesprochen werden kann – eben dann, wenn der aktuelle Zustand passend bzw. aufrechtzuerhalten ist. In Bezug auf die Frage nach dem *Wie* der Lösungszuschreibung gibt Matthes (2007, S. 136, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) die Antwort, dass darunter die „geforderten und zu unterlassenden Maßnahmen zur Behebung des Problems sowie die für die Lösung des Problems fähigen Akteure“ fallen. Damit betont er die enge Verknüpfung der zwei Frame-Elemente, denn eine Ursachenattribution zieht zumeist auch die Aufforderung zur Handlung bzw. Lösungsunterbreitung nach sich (Matthes, 2007, S. 135–136). Die Betonung der Akteure weist darüber hinaus zentrale Schnittstellen mit Entmans (1993, S. 52 f.) Verständnis auf, wonach sich die Lösungszuschreibung bzw. die Handlungsaufforderung (A) direkt an zuständige Akteure richtet, (B) Akteure sich selbst die Kompetenz zuschreiben oder (C) ihnen diese (die Lösungs-/Handlungskompetenz) aberkannt werden kann. Neben der reinen Handlungsaufforderung kann also auch eine Bewertung der (bisherigen) Akteurshandlungen erfolgen (Kühne, 2015, S. 155). An dieser Stelle werden erneut die engen Verbindungen zur Verantwortungs- bzw. Attributionsforschung sichtbar, die die Zuweisung bzw. Zurückweisung einer Verantwortung beschreiben (vgl. Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, 2009). Damit wird unterstrichen, dass Lösungszuschreibungen bzw. Handlungsaufforderungen keinesfalls einen rein vergänglichen Bezug haben, sondern diese auch zukunftsgerichtet sein können, indem sie bestimmte Akteure, wie bspw. zuständige Bundesminister, auffordern, Maßnahmen zur Eindämmung einer Krise zu ergreifen (Engelke, 2018, S. 103; Kühne, 2015, S. 155; Matthes, 2007, S. 136; Verhovnik, 2015, S. 191). Die vier Frame-Elemente werden in Tabelle 6 nochmal kurz zusammengefasst.

<i>Frame-Element</i>	<i>Kernmerkmale</i>
<i>Problemdefinition</i>	Problemaspekte, konkrete Problemsituationen, Problemfolgen, die vergangen, gegenwärtig oder zukünftig sein können, werden in sachlichen und zeitlichen Kontext eingeordnet. Antwort auf die Frage danach, welche Akteure relevant sind.
<i>Kausale Attribution</i>	Ursachen, Gründe und Faktoren für die in der Problemdefinition beschriebenen Zustände bzw. Probleme. Differenzierung in situative und personelle Verantwortungszuschreibungen.
<i>Moralische Bewertung</i>	Evaluative Betrachtung und Bewertung des Problems bzw. der Akteursgruppe, auf die die Ursachen zurückgeführt werden können. Bewertungsrichtung positiv, negativ, ambivalent
<i>Handlungsaufforderung Lösungszuschreibung</i>	Gegenwärtige, zukunftsgerichtete Vorschläge, Aufforderungen, Unterlassungen bzw. Aufrechterhaltung zur Lösung des Zustandes/Problems. Handlungsbedarf kann als Empfehlung oder Aufforderung geäußert werden und richtet sich an die Akteursgruppe bzw. sie können von dieser auch selbst geäußert werden.

Tabelle 6:

Zusammenfassende Übersicht über die Kernelemente eines Medienframes.

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Engelke (2018, S. 104).

Die Ausführungen machen deutlich, dass die Frame-Definition nach Entman (1993, S. 52) „die bekannteste, als operationalisierbar geltende Definition“ (Jecker, 2017, S. 13) gelten kann. Abschließend sind noch einige Anmerkungen zu den drei Definiti-

onsmerkmalen von Medienframes³⁶, die *Kohärenz/Konsistenz*, die *Selektion* und die *Salienz* (vgl. Kühne, 2015, S. 156; Matthes, 2007, S. 148–149; Potthoff, 2012, S. 57 f.), sowie zu den Eignungskriterien für Frame-Analysen vorzunehmen (Matthes, 2007, S. 151–153).

Zunächst kann festgehalten werden, dass die vier beschriebenen Frame-Elemente in einem konsistenten Verhältnis zueinanderstehen und so einen zusammenhängenden Blick auf ein Thema ermöglichen. Konsistenz beschreibt die „Widerspruchsfreiheit“ (Engelke, 2018, S. 106) der Frame-Elemente. Innerhalb der Framing-Forschung liegen hierzu jedoch unterschiedliche Auffassungen vor (u. a. Gerhards & Rucht, 1992; Snow & Benford, 1988): Für Matthes (2007, S. 136) bedeutet Konsistenz, „dass die Elemente des Frames die gleiche Gesamtevaluation bzw. Grundhaltung zum Thema nahe legen“. B. Scheufele (2003, S. 95) geht davon aus, dass die Schemata eines Frames ähnlichen Maßstäben folgen, und beschreibt Konsistenz als „Frame Linie“ (Scheufele, B., 2003, S. 95, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Für die vorliegende Analyse scheint das Verständnis von Matthes (2007, S. 149) am treffendsten, nämlich dass erst durch die Konsistenz der Frame-Elemente ein „stabilisierender Prozess“ abgebildet werden kann und sie sich in ihrer Grundhaltung einig sind. Dieses „kohärente Ganz[e]“ (Matthes, 2007, S. 137) gilt es jedoch, um ein weiteres Merkmal zu ergänzen. Eine abschließende Argumentationslinie innerhalb einer Analyseeinheit ist laut Entman (1993) nicht zwingend daran gebunden, dass jeder Frame alle Funktionen erfüllen muss: „A frame in any particular text may not necessarily include all four functions“ (Entman, 1993, S. 52). Die Kohärenz beschreibt demzufolge kein reines Definitionsmerkmal von Frames, sondern sie verweist darauf, dass sich die Frame-Elemente in den Medientexten in ihrer Häufigkeit und Gewichtung voneinander differenzieren können (Entman, 1993). Diese Aussage wird von Matthes (2007, S. 138) gestützt, der unter der Begriffsbezeichnung „implizite Frames“ ebenfalls betont, dass nicht alle Elemente eines Frames, aber mindestens zwei – davon ein wertendes – vorhanden sein müssen. Die übrigen Elemente können durch die Vernetzung untereinander mitaktiviert werden.

Die *Selektion* als weiteres Definitionsmerkmal beschreibt, dass sich in den einzelnen Frame-Elementen bestimmte zentrale Aspekte herauskristallisieren und diesen eine „höhere Wichtigkeit“ (Matthes, 2007, S. 148) als anderen zuteilwird. Sie spielt eine elementare Rolle im Framing-Prozess, da nie alle Aspekte berücksichtigt werden können und so durch diese eine Einordnung und ein erster Interpretationsrahmen für ein bestimmtes Thema/Zustand vorgegeben wird (Entman, 1993, S. 52; Lecheler & de Vreese, 2019, S. 3; Potthoff, 2012, S. 57–58). Insbesondere für die Problemdefinition ist das Selektionsprinzip maßgeblich, da an dieser Stelle die Entscheidung darüber getroffen wird, welcher Sachverhalt als „blickwinkelgebender Zustand“ (Engelke, 2018, S. 106) eingeordnet wird. Eine enge Verknüpfung liegt hier mit dem dritten Definitionsmerkmal, der *Salienz*, vor, die als eine „Verstärkung der Selektion“ (Potthoff, 2012, S. 61) weitere Aspekte in Bezug auf den identifizierten problematischen Zustand hervorhebt und in den anderen Frame-Elementen Berücksichtigung findet

36 Eine ausführliche kritische Auseinandersetzung mit der Selektion und Salienz als Merkmale des Framings zeigt Jecker (2017, S. 34–36) auf. Hierauf sei an dieser Stelle für eine intensivere Auseinandersetzung verwiesen.

(Harden, 2002, S. 88; Scheufele, B., 2003, S. 46). Das betont auch Entman (1993, S. 52): „To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text ...“

Die Eignungskriterien sind als zusätzliche Kernmerkmale zu nennen, die eine Frame-Analyse beeinflussen. Sie sind vor allem von Matthes (2007, S. 151–153) ausführlich beschrieben worden. So ist es ihm zur Folge für eine Framing-Analyse unabdingbar, dass Streitfragen im Zentrum des Interesses stehen, da an diesem Punkt unterschiedliche Blickwinkel zu einem Thema aufeinandertreffen. Themen, die keine ambivalenten Ansichten hervorrufen, können nach Matthes (2007, S. 152) auch nicht als Gegenstand einer Framing-Analyse dienen. Daran anknüpfend hebt Matthes (ebd.) hervor, dass das Framing immer an Akteure gebunden ist: „Ohne Akteur kein Frame“. Für ihn gilt, dass ein Frame nur vorliegen kann, wenn dieser an die Aussage eines auftretenden (strategischen) Akteurs oder den Journalisten selbst gebunden ist. Ergänzend können hier die Ausführungen von Engelke (2018, S. 105) hervorgehoben werden, die darauf aufmerksam macht, dass insbesondere im zweiten Frame-Element, der kausalen Attribution, Akteure auftreten, die als Verursacher bzw. Schuldiger für einen Zustand/Problem identifiziert werden können. Zugleich sind diese laut Engelke als Adressat von Handlungsaufforderungen innerhalb des vierten Elements von zentraler Bedeutung. Matthes (2007, S. 153) verweist abschließend als Eignungskriterium auf das Vorliegen eines Frames über mehrere Analyse-einheiten hinweg.

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass die Annäherung an eine Medienframe-Definition ausführliche Erklärungen und die Darlegung der unterschiedlichen Indikatoren der Frame-Elemente erfordert, um den Anforderungen für eine nachvollziehbare und operationalisierbare Definition gerecht zu werden. Bevor die Implikationen für das eigene Vorhaben vorgestellt werden, sollen zunächst die verschiedenen Arten von Frames, die möglichen dynamischen Veränderungen sowie die methodischen Herangehensweisen zur Frame-Identifikation näher betrachtet werden.

5.5.4.2 Arten von Medienframes

Grundsätzlich lässt sich zwischen textuellen und kognitiven Frames differenzieren. Bei den textuellen Frames (hier Medienframes) bestehen jedoch weitere Unterscheidungsmöglichkeiten: (A) Die *formal-stilistischen Frames* konzentrieren sich auf die strukturellen Formen und den Aufbau der Nachricht. Durch die Erhebung dieser Art von Frames ist es also möglich, primär Aussagen über den Argumentationsaufbau zu treffen, wodurch gleichzeitig eine höhere Vergleichbarkeit und Generalisierung erzielt werden kann (Matthes, 2007, S. 57). Zugleich wird von einigen Autoren (u. a. Leonarz, 2006, S. 104) kritisch konstatiert, dass zwischen dieser Art von Frames und dem Nachrichtenwert nur ein schmaler Grat bestehen könnte. (B) Die *inhaltsbezogenen Frames* fokussieren sich auf konkrete inhaltliche Blickwinkel eines Themas, d. h. auf das, was gesagt wird (Matthes, 2007, S. 58). Je nach präferierten Abstraktions- und Generalisierungsgrad wird hier zwischen *themenabhängigen* und *themenunabhängigen* Frames differenziert. De Vreese (2005, S. 55) spricht in seiner Frame-Typologie von „issue-specific frames“ und „generic frames“, die inhaltlich dieselbe Differenzierung der Arten von Frames in themenspezifische und themenübergrei-

fende beschreiben. So beziehen sich erstgenannte, die themenabhängigen Frames, auf ein konkretes Thema oder eine Argumentationsdebatte wie bspw. Genfood. Die Frames sind zumeist weniger abstrakt und „das beschriebene Motiv repräsentiert einen Diskurs des Themas“ (Verhovnik, 2015, S. 192). Häufig finden sich diese in Framing-Studien, die sich gesellschaftlichen Debatten oder Wissenschaftsthemen widmen (Böcking, 2009; Kohring & Matthes, 2002; Terkildsen, Schnell & Ling, 1998). Voraussetzung ist, dass die Frame-Elemente induktiv und nah am Untersuchungsgegenstand erfasst werden (Potthoff, 2012, S. 21). Die Vorteile dieses Frame-Konzepts liegen nicht nur in der hohen, kondensierten Aussagekraft und inhaltlichen Validität, sondern die Nähe zum Untersuchungsgegenstand macht es zugleich möglich, spezifische Informationen und Ergebnisse zu erhalten. Nach Leonarz (2006, S. 105) gilt: „Je mehr Frames bestimmt werden, desto themenspezifischer sind sie.“ Dieser Aspekt kann jedoch auch kritisch betrachtet werden, denn die begrenzte Übertragbarkeit der Frames auf andere Themenkomplexe hat zur Folge, dass bei jeder Studie die einzelnen Elemente eines Frames neu aufgearbeitet werden müssen (Böcking, 2009, S. 101). Leonarz (2006, S. 106) betont in diesem Zuge, dass auch die methodische Herangehensweise über die Zahl der generierten Frames entscheidet. Zusätzlich tragen themenspezifische Frames durch ihren hohen Spezifizierungsgrad nur bedingt zur Theoriebildung des Framing-Ansatzes bei. Häufig werden so neue Frames in den wissenschaftlichen Kontext eingespeist, obwohl diese inhaltlich mit bereits bestehenden Frames übereinstimmen und so ihr Nutzen in Frage gestellt werden kann (Dan & Raupp, 2018; van Gorp, 2005).

Wie bereits erwähnt, beziehen sich themenabhängige Frames in Regel auf wertgeladene Konflikte. Diese Wertebezüge werden in den empirischen Studien mit dem Frame-Element der „moralischen Bewertung“ Entmans (1993) berücksichtigt (vgl. auch Tewksbury, Jones, Peske, Raymond & Vig, 2000). Gleichwohl gehen einige Framing-Forscher davon aus, dass die moralische Bewertung nicht als Komponente fungieren, sondern ein eigenes Frame-Konstrukt darstellt – die *wertenden Frames* („value Frames, „valenced Frames“). Studien zum Value-Framing sind vorwiegend in der experimentellen Medienwirkungsforschung zu verorten (u. a. Shah, Domke & Wackman, 1996). Auf inhaltsanalytischer Ebene begreifen bspw. De Vreese und Boomgaarden (2003, S. 361, 376) „valenced frames“ als Frames, die eine Beurteilung der Konsequenzen einer Handlung beschreiben (vgl. Leonarz, 2006, S. 108). Greifen strategische Akteure oder Journalisten in ihren Nachrichten auf Werte-Frames zurück, ist vom Prozess des Value-Framing die Rede (Kösters, 2020, S. 68). Der Unterschied zwischen themenabhängigen und wertenden Frames ist dementsprechend marginal, da beide starke Wertebezüge aufweisen. Eine Verknüpfung mit der politikwissenschaftlichen Werteforschung stellen erstmalig B. Scheufele und Engelmann (2018, S. 127) her und sprechen von Value-Frames, „wenn politische Werte bzw. Prinzipien ... als Bezugsrahmen für übergeordnete Politikfelder, politische Akteure und Vorgänge fungieren“. Wie Dahinden (2018) befürworten sie die Förderung von themenübergreifenden Frames, doch konstatieren, dass erst eine Verknüpfung mit dem Value-Framing-Konzept überzeugend für diesen Framing-Ansatz ist (Scheufele, B. & Engelmann, 2018, S. 127). Dazu konzipieren sie einen deduktiv-theoriegeleiteten Ansatz, um Aussagen darüber zu treffen, in welchen Rahmen gesellschaftlicher Werte die Massenmedien die Parteien in vier zeitlichen Episoden (1976, 1983,

1994, 2002) im Bundestagswahlkampf stellen (Scheufele, B. & Engelmann, 2018, S. 123). Insgesamt lassen sich erste gewinnbringende Aspekte des kommunikationswissenschaftlichen, medialen Value-Frame-Konzepts sowohl in methodischer als auch theoretischer Hinsicht erkennen. Das von B. Scheufele und Engelmann (2018) entwickelte methodische Konzept weist dazu aufschlussreiche Anknüpfungspunkte auf. Jedoch liegt dieser Arbeit ein Verständnis zugrunde, wonach Wertebezüge als Element eines Frames im Sinne Entmans (1993) fungieren und nicht als weitere Art von inhaltsbezogenen Frames verstanden werden.

Die themenunabhängigen Frames, die frei von einem bestimmten Themengegenstand oder einer medialen Diskussion verwendet werden und in ihrer Ausgestaltung dementsprechend allgemeiner formuliert sind, bilden die dritte Art von Frames (de Vreese, 2005, S. 54–56; Matthes, 2007, S. 56–62). Ziel ist es, herauszustellen, „unter welchen abstrakten, übergeordneten Begriff die in einem Medienangebot gefundenen Aussagen gestellt werden können“ (Potthoff, 2012, S. 20). Diese Art von Frames agiert auf einer generalisierbaren Ebene, und sie schaffen es dennoch, Inhalte zu erfassen (vgl. u. a. Gerhards & Schäfer, 2006). Die Förderung von Bio-Betrieben nach der BSE-Krise kann demnach nach wirtschaftlichen oder fortschrittsorientierten Aspekten betrachtet werden. Eine erste Differenzierung bei dieser Art von Frames nimmt Iyengar (1991, S. 136) vor. Episodische Frames stellen Themen als isolierte einzelne Sinnhorizonte und Einzelereignisse dar (Dahinden, 2018, S. 315). Thematische Frames hingegen betrachten mehrere Sinnhorizonte und nehmen eine abstraktere Perspektive ein. Einen anderen Ansatz stellt die Studie von Semetko und Valkenburg dar (2000, S. 95 f.). Sie kann in diesem Forschungsbereich bald als klassisch gelten und als eine der einflussreichsten Studien eingestuft werden, die argumentieren, dass Frames themenübergreifend anwendbar sind. In ihrer Medienanalyse zur Europapolitik extrahierten die Autoren aus der bis dato bestehenden Forschungsliteratur mittels eines induktiv-quantitativen Verfahrens die folgenden fünf Frames: (1) *Zuschreibung-von-Verantwortung-Frame*; (2) *Human-Interest-Frame*; (3) *Konflikt-Frame*; (4) *Moral-Frame* und (5) *Wirtschafts-Frame*. Diese Frames bildeten in den darauffolgenden Jahren die Grundlage für fortführende Studien, die ebenfalls vorrangig die Frames *Konflikt* und *Wirtschaft* (Neuman, Just & Crigler, 1992) und *Human Impact*, *Wirtschaft*, *us-them* und *Kontrolle* (Just, Crigler & Neumann, 1996) anwenden. (u. a. fortführend de Vreese, Peter & Semetko, 2001; de Vreese & Boomgaarden, 2003).

Dahinden (2018) hat in seiner Habilitationsschrift den Versuch unternommen, eine Systematisierung der bestehenden Forschungsliteratur vorzulegen, womit er einen weiteren wichtigen Meilenstein gelegt hat: Durch eine propositionale induktiv geleitete Meta-Analyse von 18 inhaltsanalytischen Studien konnte er resultierend fünf Basisframes identifizieren³⁷. Die Basisframes *Konflikt*, *Wirtschaftlichkeit*, *Fortschritt*, *Moral/Ethik/Recht* und *Personalisierung* (Dahinden, 2018, S. 107–108) sind nochmals in Subframes gegliedert, die jeweils wiederum einen spezifischen Aspekt

37 Die Strategie zur Erhebung und Auswertung der Befragungsdaten (Publikumsebene) wurden an dieser Stelle bewusst ausgeblendet, da sie für die vorliegende Arbeit nicht von Relevanz sind. Die ausführliche empirische Vorgehensweise und Auswertungsstrategie finden sich bei Dahinden (2018, S. 227–237) auf die hier verwiesen sei.

des Basisframes in den Blick nehmen. Durch diese Meta-Analyse leistet Dahinden einen ersten Beitrag für eine systematische Betrachtung bestehender Frames in der Forschung, durch die ein hoher Abstraktions- und Generalisierungsgrad erzielt werden kann (Dahinden, 2018, S. 206).

Insgesamt sind die themenübergreifenden Frames im wissenschaftlichen Diskurs umfangreich betrachtet worden und trafen auf viele Befürworter. Zugleich ist diese Art von Frames nicht kritiklos geblieben: So ordnet B. Scheufele (2004, S. 415; 2010, S. 27) sie aufgrund fehlender theoretischer Basis nicht der Framing-Forschung zu, sondern stuft sie als Nachrichtenfaktoren und Themen ein. Für Matthes (2007, S. 59, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) handelt es sich bei themenunabhängigen Frames um „*thematische* Leitaspekte“, deren Unterschied zu einem Thema nicht immer ersichtlich sind. Als problematisch betrachtet Matthes zudem (2007, S. 62) die unterschiedlichen Abstraktionsebenen der Frames. So sind ihm zur Folge die Frames Konflikt und Personalisierung in ihrer Ausgestaltung auf einer formalen Ebene von Frames anzuordnen, wohingegen die Basisframes Moral und Wirtschaft eher auf inhaltlicher Ebene agieren und damit eine generelle Übertragbarkeit auf andere mediale Diskurse in Frage zu stellen ist. Insgesamt, so bilanziert Böcking (2009, S. 345), könnten Basisframes „*thematische* Nuancen nicht angemessen abbilden“.

Auf der anderen Seite heben die Befürworter das hohe Abstraktionsniveau und die Vergleichbarkeit hervor, da sie es ermöglichen, „mittels beschränkter Anzahl allgemeingültiger Frames Mediendiskurse zu beschreiben“ (Leonarz, 2006, S. 106). Zusätzlich ist es, wie bereits angeklungen, vorteilhaft, dass durch themenunabhängige Frames der hohen Zahl an Frames im wissenschaftlichen Diskurs entgegnet werden kann und sie einen wertvollen Beitrag zur theoretischen Fortentwicklung des Framing-Ansatzes leisten (Dan & Raupp, 2018). Auch hinsichtlich der Untersuchung zur Dynamik von Frames zeichnen sich die Vorzüge ab. Im Gegensatz zu themenabhängigen Frames lassen sich Aussagen darüber treffen, ob und – wenn ja – inwiefern die identifizierten Frames über einen längeren Zeitraum betrachtet zu- oder abnehmen oder gar ganz aus der journalistischen Berichterstattung verschwinden. Ebenso lassen sich Aussagen darüber treffen, inwiefern Schlüsselereignisse oder Krisen als Katalysatoren für den Wechsel oder die Betonung bestimmter Frames fungieren (Brosius & Eps, 1993). Insgesamt, so betont Potthoff (2012, S. 21), ist der Unterschied zwischen themenabhängigen und themenunabhängigen Frames „gradueller Natur“. Im Hinblick auf das angestrebte Forschungsvorhaben dezidiert den medialen Diskurs bei Krisen in der deutschen Landwirtschaft und die mögliche Wiederholung bereits gesetzter Frames in der Berichterstattung bei erneut auftretenden Krisen zu untersuchen, lässt die Vorteile überwiegen, mit themenübergreifenden textuellen Frames zu arbeiten.

5.5.4.3 Dynamische Entwicklung

Bereits auf der Ebene des Journalisten im Kommunikationsprozess (vgl. Kap. 5.5.2) wurde deutlich, dass verschiedene Faktoren und Bedingungen das Vorhandensein eines Frames in der journalistischen Berichterstattung beeinflussen können. B. Scheufele (2003, 2006) zeigte mit seiner Studie auf, dass die Selektionsentscheidungen der Journalisten nicht nur aus der Nachrichtenselektionsforschung betrachtet werden können, sondern der Framing-Ansatz hier besonders bei der „Ausgestaltung

von Themen“ (Matthes, 2007, S. 51) einen zentralen Beitrag leistet. Zugleich weist Matthes (2007, S. 51 f.) darauf hin, dass die Nachrichtenwerte als auf den Journalisten und seine Selektion einflussausübende Konstante nicht die Veränderungen nach plötzlich auftretenden Krisen abbilden kann. An dieser Stelle greift der Framing-Ansatz. Die bisherigen Erkenntnisse aus der Framing-Forschung sind dabei ernüchternd, da öfter auf theoretischer Ebene die Untersuchung der Dynamik von Frames gefordert wird, als dass diese eine empirische Umsetzung erfährt (Böcking, 2009, S. 103; Engelke, 2018, S. 109; Leonarz, 2006). Gemein ist den Ausführungen, dass Frames „als wandelbare, aber relativ stabile Deutungsmuster gelten“ (Jecker, 2017, S. 40), jedoch das mediale Framing (den bisherigen Erkenntnissen folgend) weniger starken dynamischen Entwicklungen unterliegt, als theoretisch angenommen wird (Böcking, 2009, S. 256–257). Nachfolgend sollen die dynamischen Veränderungen der Medienframes, die einflussnehmenden Faktoren, die auf den Journalisten und damit auf den Journalisten-Frame einwirken sowie die gesellschaftlich bedingten Kontextfaktoren, die einen Frame-Wandel auslösen können, zusammenfassend betrachtet werden.

Quantitative und qualitative Veränderungen von Medienframes

Wie bereits angeklungen, lassen sich dynamische Veränderungen von Medienframes aus einer *quantitativen* und einer *qualitativen* Perspektive betrachten, wobei erstgenannte innerhalb der Framing-Forschung mehr Aufmerksamkeit erfahren hat. Unter diesen Forschungszweig fallen empirische Studien, die sich der Gewichtsverschiebung der identifizierten Frames widmen. Konkret geht es darum, zu untersuchen, inwiefern sich die Frames in Bezug auf den untersuchten Sachverhalt verändern – d. h. ob ein Frame mit seinen zentralen Aspekten zu einem bestimmten Zeitpunkt mehr Aufmerksamkeit erfährt und sich entsprechend in der journalistischen Berichterstattung häufiger identifizieren lässt als ein Frame mit einem anderen Schwerpunkt (Böcking, 2009, S. 105; Engelke, 2018, S. 109). Die Ergebnisse dieser Studie unterscheiden sich insofern (A), „dass sich die Medieninhaltsframes im Zeitverlauf in ihrer Gewichtung zueinander verändern“ (Böcking, 2009, S. 105) (vgl. u. a. Engelke, 2018, S. 416; Fröhlich, Scherer & Scheufele, B., 2007, S. 22 f.), (B) Frame-Veränderungen vorliegen, die sich auf zeitliche Themenkarrieren zurückführen lassen und damit einmalig auftauchen und danach aus der Berichterstattung verschwinden (Bach, Weber & Quiring, 2012, S. 213–214; Böcking, 2009, S. 257–258; Harden, 2002, S. 205; Kohring & Matthes, 2002, S. 151 f.), oder (C) sich die Frames auch über einen langen Untersuchungszeitraum hinweg konstant in der Berichterstattung halten (Scherer, Fröhlich, Scheufele, Dammert & Thomas, 2005, S. 289 f.; Zeller, Wolling & Porten-Cheé, 2010, S. 515–518). Auf der anderen Seite ist die *qualitative Perspektive* von Veränderungen innerhalb eines Frames zu nennen, die seltener in der Framing-Forschung untersucht wird. Dies ist u. a. dem methodischen Umstand geschuldet, der geleistet werden muss, um aufzuzeigen, wie sich die einzelnen Frame-Elemente verändern (Böcking, 2009, S. 106). Methodische Herangehensweisen, bei denen der Frame als Ganzes erfasst wird, schließen ein solches Erkenntnisinteresse automatisch aus, da die einzelnen Elemente im Zentrum stehen. Gemäß dem für diese Untersuchung gewählten methodischen Verfahren – Frames vorab manuell holistisch zu erfassen – widmet sich die vorliegende Arbeit den *quantitativen Veränderungen* von Frames.

In Bezug auf die Rolle des Journalisten im Kommunikationsprozess wurde bereits deutlich, dass auch an dieser Stelle bestimmte Faktoren mediale Framing-Prozesse beeinflussen können. Zusätzlich üben gesellschaftliche Entwicklungen und politische Prozesse Einfluss aus. Diese lassen sich unter der von Leonarz (2006, S. 99 f.) vorgeschlagenen Untergliederung vorstellen:

Längerfristige Veränderungen im Framing-Prozess

Innerhalb der prozessualen Ebene nehmen Journalisten eine wichtige Rolle ein. Für sie und die Berichterstattung stellen Frames stabilisierende Faktoren dar (Brosius & Eps, 1993, S. 516). Sie können laut Leonarz (2006, S. 99) in länger-, mittel- und kurzfristige Veränderungen unterteilt werden. Erstgenannte Veränderung erfahren Frames vorrangig erst durch einen kulturellen Wandel, wie bspw. nach einem Reaktorunfall, oder Änderungsprozesse in der Nachrichtenproduktion (Brosius & Eps, 1993; Scheufele, B., 2003, S. 104; Völker, 2017, S. 73). Die Konstanz eines Frames kann dadurch begünstigt werden, dass Journalisten in ihrem Arbeitsprozess die Informationen präferieren, die das bis dato bestehende Deutungsmuster stützen (Scheufele, B., 2003, S. 104). Das hat zugleich zur Folge, dass auch bei neueren Ereignissen auf bewährte und etablierte Frames zurückgegriffen wird, da sie den Journalisten bekannt sind und somit die Einordnung in den Sachverhalt erleichtern (Scheufele, B. & Brosius, 1999, S. 427). Das Manifestieren der Frames ist die Folge. Dies wird jedoch laut Dunwoody und Peters (1992, S. 205) unbewusst vom Journalisten vorgenommen. Matthes (2007, S. 54) entgegnet: Gerade weil etablierte Frames keine neuen Elemente wie Bewertungen ausweisen und somit das Kerngeschäft des Journalismus, Neuigkeiten aufzuarbeiten, verfehlt wird, birgt die Verwendung neuer Frames die Chance, eine andere Perspektive auf die Thematik darzulegen.

Innerhalb der Framing-Forschung greifen einige wenige Wissenschaftler daran anknüpfend die Frage auf, ob sich innerhalb der Berichterstattung ein zeitlicher Ablauf der einzelnen Frame-Elemente parallel zu den Reaktionen auf politischer Ebene erkennen lässt. Dieser Ansatz beruht auf dem Kerngedanken, dass mit der Etikettierung eines Themas zu einer Krise zunächst die Problembehandlung und anschließend die Diskussion um Lösungsvorschläge sowie die Bewertung dieser anknüpft. Während Zhou und Moy (2007, S. 93) diese Frame-Elemente in jener Abfolge identifizieren konnten, können Fröhlich und Kollegen (2007, S. 24) keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Frame-Abfolge und den politischen Routinereaktionen feststellen (vgl. Völker, 2017, S. 74–75).

Kurzfristige Veränderungen im Framing-Prozess

Plötzliche und überraschende Ereignisse, wie bspw. die am 25. November 2001 verbreitete Nachricht, dass ein in Deutschland geborenes Rind mit BSE infiziert ist, kann als Breaking News eingestuft werden; die Weiterleitung der Information an das Publikum erfolgt direkt. In Zeiten von Push-Benachrichtigungen und Eilmeldungen bleibt nicht viel Zeit für umfassende Recherchen. Dies kann zum einen das Zurückgreifen auf bekannte Frames beeinflussen oder Veränderungen hervorrufen. Leonarz (2006, S. 98) fasst treffend zusammen: „In den Breaking News enthaltene Frames [sind] essentiell – nicht nur für die nachfolgende Berichterstattung, sondern ebenfalls für das Bild, das sich in der Öffentlichkeit festsetzt.“ In solchen Fällen kann von

kurzfristigen Veränderungen im Framing-Prozess gesprochen werden. Die Berichterstattungsverläufe und damit eng verknüpfte Frame-Veränderungen werden jedoch nicht nur von Breaking News bestimmt, sondern auch zentrale Schlüsselereignisse können einen ähnlichen Effekt erzielen. Die Aufmerksamkeit – sowohl die der Journalisten als auch der strategischen Kommunikatoren – ist zu diesem Zeitpunkt auf das Ereignis und auf einzelne Aspekte des gesamten Problems konzentriert (Weßler, 1999, S. 77). Definitorisch können Schlüsselereignisse als Schadensereignisse betrachtet werden, die zur Folge haben, „den Bezugsrahmen für die nachfolgende Berichterstattung entweder neu zu schaffen oder [zu] verändern“ (Kepplinger, 1989, S. 147). Kennzeichen, dass es sich um ein Schlüsselereignis handelt, sind eine umfangreiche Berichterstattung sowie die entsprechenden Reaktionen und Folgehandlungen auf politischer Ebene. Rückblickend könnte so bspw. das Verfahren der Neubewertung und Wiedergenehmigung von Glyphosat in der EU als Schlüsselereignis für die darauffolgende mediale Diskussion um das Herbizid und dessen Auswirkungen eingestuft werden. Die Folge: Die Medien sind „in besonderer Weise für eine bestimmte Thematik sensibilisiert“ (Brosius & Eps, 1993, S. 514). Schlüsselereignisse bieten also zum einen die Chance, ein bekanntes Thema in eine neue Dimension zu heben (Dahinden, 2018, S. 148). Wie eben hier, dass die Diskussion sich nicht mehr rein auf die Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt konzentriert, sondern durch die Einstufung des Herbizids als „wahrscheinlich krebserregend“ durch die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) das Thema eine neue, folgenreiche Dimension erfährt. Zum anderen haben Schlüsselereignisse Einfluss auf die journalistischen Selektionskriterien, indem als Folge ein Thema ausführlich beleuchtet wird, das so bisher noch keine ausführliche Beachtung in der Berichterstattung fand. Exemplarisch sei dafür der Weinstein-Skandal genannt, der anschließend unter dem Hashtag „MeToo“ für das Thema Sexismus und sexualisierte Gewalt in der Filmindustrie und darüber hinaus weltweit mediale Aufmerksamkeit erhielt.

In der Gesamtschau betrachtet, nehmen Journalisten im Kommunikationsprozess eine wichtige Rolle ein. Die dargelegten Ergebnisse und Selektionskriterien zeigen, dass die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Rahmung sich nicht immer an der Realität orientiert, sondern auch durch vorgeprägte Einstellungen des Journalisten beeinflussbar ist. Längerfristige Veränderungen im Framing-Prozess basieren auf einem gesellschaftlich bedingten Wertewandel oder auf durch einzelne Ereignisse ausgelöste Einstellungsänderungen des Publikums (bspw. Kernenergie). Aber auch kurzfristige Veränderungen im Framing-Prozess können langfristige Effekte haben. Die Orientierungslosigkeit der Medien begünstigt das Etablieren neuer Frames und das Verdrängen alter, bekannter Deutungsmuster. Zugleich beeinflusst die Koorientierung der Medien das Framing in einem nicht unerheblichen Maße. Rutscht ein Ereignis auf der Medienskala jedoch wieder weiter nach unten, bis die Thematik kaum noch aktuelle Relevanz besitzt, so bietet die sodann wiederkehrende Routinephase die Chance, dass diese Frames verfestigt werden. Dahinden (2018, S. 150) fasst dies treffend wie folgt zusammen: „Ereignisse in Routine- und Normalphasen haben demzufolge eine umso höhere Selektionswahrscheinlichkeit, je mehr sie in zentralen Merkmalen mit den vorhergehenden Schlüsselereignissen und den durch sie definierten Frames übereinstimmen.“

5.5.4.4 Ansätze zur Erhebung

Nachdem die vorherigen Kapitel dazu beigetragen haben, das Framing im Kommunikationsprozess und dessen zentrale Teilbereiche zu verdeutlichen, stehen nun die methodischen Herangehensweisen im Fokus. Vor jeder wissenschaftlichen Framing-Analyse muss vom Forschenden abgewägt werden, welcher der methodischen Ansätze zur Beantwortung der eigenen Forschungsfrage den Bestmöglichen darstellt. In der kommunikationswissenschaftlichen Literatur wird bisweilen zwischen sechs Ansätzen für die Frame-Identifikation differenziert (Matthes & Kohring, 2008, S. 258): Der hermeneutische, der linguistische, der manuell-holistische, der computer-gestützte sowie der deduktive und manuell-clusternde Ansatz. Diese Klassifizierung wurde von Matthes und Kohring (2008) in einer kritischen Diskussion umfangreich reflektiert und durch die sechste genannte Methode, den manuell-dimensionenreduzierten Zugang, ergänzt. Auf Basis dieser Ausführungen sollen im Folgenden die Möglichkeiten zur Extraktion von Frames aus dem Material kursorisch vorgestellt werden.

Der erste Ansatz berücksichtigt Studien, in denen die Frames in Medienberichten mit breiteren kulturellen Elementen verknüpft werden (Matthes & Kohring, 2008, S. 259). Dieser *hermeneutische Ansatz* fußt auf einer qualitativen Methode, in der wenige Medientexte themenspezifisch nach Frames untersucht werden. Während Matthes und Kohring (2008) u. a. die Studie von Tucker (1998) hervorheben, um die Methodik des Ansatzes zu verdeutlichen³⁸, schlägt u. a. Dan (2018) vor, die wegweisende Studie von van Gorp (2007) als die führende Studie unter dem hermeneutischen Ansatz zu verorten. Er unterscheidet in seinem Ansatz zwischen dem Ereignis und den jeweiligen Medieninhalten auf der einen Seite und den Frames auf der anderen Seite. Der Frame wird von van Gorp als Stimulus verstanden. Er schlägt vor, die von ihm klassifizierten manifesten und latenten Argumentationsmerkmale zu zählen. Seiner Argumentation folgend steigt mit wachsender Zahl auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie beim Leser vertraute Schemata erreichen, die mit dem Frame übereinstimmen (2010, S. 94–97). Positiv hervorzuheben ist es nach Dan (2018, S. 13 f.), dass insbesondere der von van Gorp (2007) geprägte hermeneutische Ansatz durch die Trennung von Medieninhalt und Frame sowie die umfassende Berücksichtigung der kulturellen Phänomene eine gute Chance bietet, auch generalisierbare Frames aufzudecken. Kritik an diesem Ansatz äußern Matthes und Kohring (2008, S. 259–260) vor allem in Bezug auf die intersubjektive Nachvollziehbarkeit hinsichtlich der Extraktion der Frames. Studien, die den hermeneutischen Ansatz anwenden, laufen Gefahr, die Frames willkürlich und auf persönlichen Erfahrungen stützend zu identifizieren.

Eine weitere methodische Herangehensweise sind textwissenschaftliche, *linguistische Untersuchungen*, die sich auf die Wortwahl sowie die Platzierung und Struktur von Wörtern und Sätzen konzentrieren (Matthes & Kohring, 2008, S. 260). Im Zentrum der Studien stehen einige wenige Texte, die einer umfassenden qualitativen Untersuchung aus einer stark sprachwissenschaftlichen Perspektive unterzogen werden. Für die Identifizierung bestimmter Worte und sprachlicher Elemente wird so bspw.

38 Eine weitere vertiefende Auseinandersetzung mit dem hermeneutischen Ansatz liefert Matthes (2007, S. 63–65).

bei Pan und Kosicki (1993), als eine von den Autoren genannten Hauptstudie mit linguistischem Ansatz, eine Datenmatrix für jeden Medientext entworfen. Durch die Interpretation der Elemente, wie die Erzählstruktur oder die angewandte Rhetorik („framing devices“), wird der Frame sichtbar (Matthes, 2007, S. 66). An dieser Stelle zeigt sich jedoch zugleich die Intensität des Codierprozesses: Zwar erlaubt der Ansatz eine tiefergehende, systematische Analyse, aber durch ihre Komplexität und die notwendige Datenmatrix für jeden einzelnen Medientext ist eine Standardisierung des Prozesses kaum möglich.

Der *manuell-holistische Zugang* zur Identifikation von Frames bildet die dritte Klassifizierung nach Matthes und Kohring (2008, S. 260-261) ab. Bei dieser Methodik werden die Frames vorab definiert und als holistische Variablen in einem zweiten Schritt in einer Inhaltsanalyse codiert. Es wird also bei der Erhebung codiert, ob der Frame in dem Medientext vorhanden ist oder nicht (Matthes, 2007, S. 67). Grundsätzlich ist zwischen einem deduktiv (vgl. bspw. Iyengar & Simon, 1993) und induktiv (Simon & Xenos, 2000) geleiteten Verfahren zu differenzieren. Beim erstgenannten Ansatz werden die Frames a priori literaturgeleitet definiert und anschließend durch eine quantitative Inhaltsanalyse im gesamten Material codiert. Ein deutlicher Vorteil dieser Vorgehensweise ist es, dass Schwächen wie die fehlende Generalisierbarkeit beim linguistischen Ansatz, vermieden werden können. Zugleich kann dies auch als Nachteil gewertet werden, da die Methode es nicht erlaubt mögliche „verdeckte“ Frames im Untersuchungsmaterial zu generieren. Bei deduktiv geleiteten Verfahren ist es also notwendig, dass ein umfassender Literaturbestand im Entwicklungsprozess der Frames einfließt. Der zweitgenannte Ansatz, der induktiv-manuell-holistische Zugang, baut darauf auf, dass ein Teil des Untersuchungsmaterials herangezogen wird, um auf Basis dessen die Frames interpretativ zu generieren (Matthes & Kohring, 2008, S. 260; Matthes, 2007, S. 67). Als holistische Kategorien werden die Frames dann in einer Inhaltsanalyse codiert und quantifiziert. Die Identifikation von neuen Frames ist in diesem Ansatz im laufenden Forschungsprozess also kaum mehr möglich, wenn die qualitative Vorstudie abgeschlossen ist. Kulturelle Veränderungen können so bspw. nicht berücksichtigt werden. Die Autoren Matthes & Kohring (2008, S. 260; Matthes, 2007, S. 70) kritisieren, dass bei einer unzureichenden transparenten Nachvollziehbarkeit der Kriterien zur Identifikation der Frames „Forscher-Frames“ und keine „Medien-Frames“ entwickelt werden. Die Gütekriterien der Reliabilität und Validität ließen sich also in Frage stellen, wenn eben jene Verfahren zur Frame-Bildung und insbesondere der einzelnen Frame-Elemente nicht offengelegt werden. Löblich (2014, S. 64-65) entgegnet, dass diese Kritik und der Vorwurf einer „inhärenten Subjektivität“ gegenüber qualitativen Ansätzen zur Frame-Identifikation einer generellen Skepsis gegen induktive Vorgehen entspringt. Dass aber Studien, die jene Kritikpunkte berücksichtigen, reliable und valide Ergebnisse liefern, belegen u. a. David, Atun, Fille und Monterola (2011). Zusätzlich hebt Dan (2018, S. 16 f.) hervor, dass durch die Nähe zum Untersuchungsmaterial konkrete Frames generiert werden können, die durch den anschließenden quantifizierenden Prozess auch aus forschungsökonomischer Perspektive eine effektive Nutzung der notwendigen Ressourcen ermöglichen.

Neben den bisher drei dargestellten methodischen Ansätzen, die vorrangig textnah und von den Forschern selbst durchgeführt werden müssen, bietet der *computer-basierte Zugang* die Möglichkeit, diesen Prozess von einer Software übernehmen zu lassen (Miller, 1997). Bei dieser Methode werden zusammen auftretende Wörter mithilfe von Computeralgorithmen herausgestellt und anschließend grafisch visualisiert (Matthes, 2007, S. 76; Matthes & Kohring, 2008, S. 261). Auf diese Weise können große Mengen elektronisch verfügbarer Textmedien auf wiederkehrende Wortmuster untersucht werden. Forscher, die diese Methodik anwenden, gehen davon aus, dass sich Frames nach den häufig gemeinsam auftretenden Wörtern bzw. nach der Wortwahl erkennen lassen (Matthes, 2007, S. 75). Vorteilhaft ist nach Matthes und Kohring (2008, S. 261) in erster Linie die gewährleistete Objektivität, da keine „Forscher-Frames“ ausgeschlossen werden können. Die nachstehende Abbildung 7 enthält eine Übersicht der möglichen methodischen Ansätze zur Identifizierung und Erhebung von Medienframes.

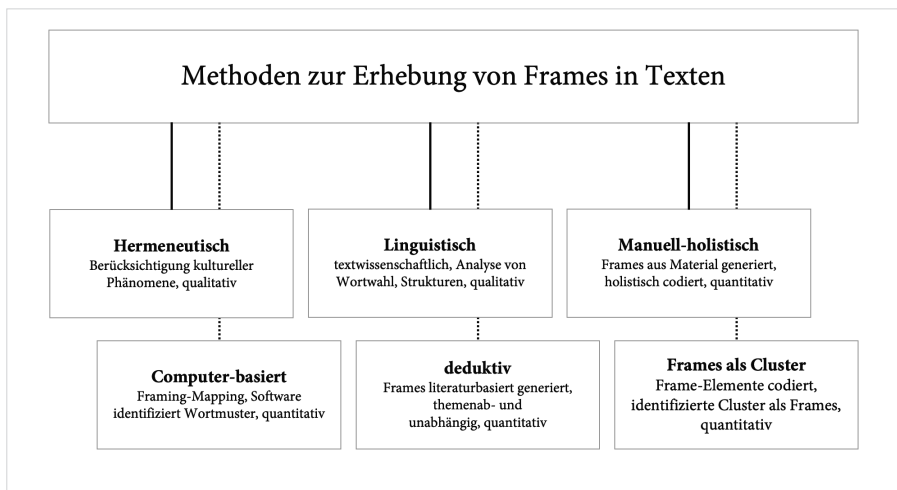


Abbildung 7:

Methodische Zugänge zur Erfassung von Medienframes. *Quelle: Eigene Darstellung.*

An fünfter Stelle verweisen Matthes und Kohring (2008, S. 262) auf den rein deduktiven Ansatz. Im Gegensatz zu den bisher geschilderten Möglichkeiten der Frame-Extraktion konzentrieren sich Forscher, die diese Methodik anwenden, ausschließlich auf die theoretische Ableitung der Frames aus der bestehenden Literatur und codieren diese anschließend mittels einer klassischen Inhaltsanalyse. Das rein deduktive Verfahren erlaubt es, die Frames auch in Bezug auf andere Themengebiete zu identifizieren. In diesem Forschungsbereich ist vor allem die Studie von Semetko und Valkenburg (2000) einzuordnen. Für die Übertragung der Frames auf einen Themengegenstand differenzieren die Autoren zwischen themenspezifischen und generischen Frames. Matthes und Kohring (2008, S. 262) betonen, dass sich der Forscher bei der Anwendung des deduktiven Ansatzes genau mit den Frames auskennen und eine klare Vorstellung von ihnen haben sollte. Vorteilhaft ist, dass Wissenschaftler, die diese Methodik anwenden, direkt auf den Erkenntnissen anderer Forschender auf-

bauen. So können Frame-Überlappungen vermieden und stattdessen für die jeweiligen Themenbereiche die Frames immer weiter geschärft und in den wissenschaftlichen Kontext eingespeist werden.

Anknüpfend an den fünf geschilderten Zugängen haben Matthes und Kohring (2008, S. 263 f.; vgl. Kohring & Matthes, 2002; Matthes & Kohring, 2004) das *induktiv manuell-dimensionenreduzierende Verfahren* entworfen. Ausgangspunkt dieser Analysemethode sind nicht vorab definierte Frames, sondern die Frame-Elemente werden operationalisiert und im Zuge einer quantitativen Inhaltsanalyse erfasst, bevor sie in einem zweiten Schritt durch Auswertungsverfahren wie der Cluster- oder Faktorenanalyse zu Frames verdichtet werden (Backhaus, Erichson, Gensler, Weiber & Weiber, 2018). Die Codierung der Frame-Elemente erfolgt also manuell, die Verdichtung übernimmt das gewählte Datenreduktionsverfahren (Matthes, 2007, S. 71). Definitorisch bauen die Frame-Elemente bei dieser Methodik auf Entman (1993) auf und bilden zusammenfassend einen Frame. Da die einzelnen Frame-Elemente bei diesem Verfahren als einzelne Variablen verstanden werden, kann jede auch entsprechend viele Ausprägungen besitzen (Matthes & Kohring, 2008, S. 264). Die Autoren nehmen an, dass diese Ausprägungen der Variablen sich gruppieren und Muster abbilden können. Lassen sich diese über mehrere Medientexte hinweg erkennen, liegt ein Frame vor (Matthes, 2007, S. 71). Da die einzelnen Frame-Elemente manifest sind als ganze vorab definierte Frames (wie beim manuell-holistischen Verfahren), kann die Reliabilität der Studien garantiert werden, argumentieren Matthes und Kohring (2008, S. 264). Zusätzlich kann den Autoren zur Folge bei diesem Verfahren dem Risiko vorgebeugt werden, dass keine „Forscher-Frames“ codiert werden, da das Codebuch keinen Rückschluss auf einen bestimmten Frame zulässt. Wie die vergleichende Studie von David et al. (2011) aufzeigt, können jedoch auch reliable Ergebnisse bei manuell-holistischen Verfahren erzielt. Darüber hinaus darf nicht unterschätzt werden, dass durch das clusteranalytische Verfahren die Inhaltsvalidität geschwächt werden kann (Matthes & Kohring, 2004, S. 71). Verfügbare Informationen aus den Medientexten können mit dieser Methodik verloren gehen. Zusätzlich gilt es zu berücksichtigen, dass Frames, die nah am Themenkomplex identifiziert werden, nur schwer auf andere Themengebiete übertragen werden können. Damit entfliehen sie einem der Kerngedanken der Framing-Forschung – nämlich, dass Frames themenunabhängig immer wieder in der Berichterstattung erkennbar sind.

Die sechs geschilderten methodischen Ansätze zur Extraktion der Frames zeigen auf, dass sie von einer starken Heterogenität geprägt sind. Das Potenzial in der Umsetzung der jeweiligen Methode wurde aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Im Hinblick auf die Brauchbarkeit für die vorliegende Untersuchung hat sich die Autorin für das manuell-holistische Verfahren entschieden. Die bemängelte Transparenz bei der Herleitung der Frames möchte die Autorin berücksichtigen.

5.6 Zwischenfazit: Kritische Würdigung und Ableitung

In den vorangegangenen Kapiteln wurde der Framing-Ansatz umfassend vorgestellt und vielfältig diskutiert. Der Blick wurde dabei insbesondere auf die Definitionen aus der Kommunikationswissenschaft gerichtet. Daher sei an dieser Stelle nochmals betont, dass das Framing-Konzept verschiedene wissenschaftliche Wurzeln hat, worin sich wiederum die Universalität des Ansatzes spiegelt. Nachfolgend sollen die zentralen Punkte zusammengefasst und für das eigene Vorhaben fruchtbar gemacht werden. Darunter fällt insbesondere die Ableitung einer Arbeitsdefinition. Dabei sei darauf verwiesen, dass das primäre Ziel der vorliegenden Arbeit weniger die theoretische Weiterentwicklung des Framing-Ansatzes ist, sondern durch mannigfaltige theoretische Konzepte und Ansätze ein umfassendes Bild über die Berichterstattung der Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland gezeichnet werden soll. Ziel ist es, eine operationalisierbare Definition vorzulegen, die an die bisherige Framing-Forschung anknüpft und es zugleich erlaubt, den für die Kommunikationswissenschaften bis dato randständig und unterrepräsentierten landwirtschaftlichen Sektor gewinnbringend und umfassend darzustellen.

Wie die Ausführungen verdeutlicht haben, liegt innerhalb der Framing-Forschung eine Vielzahl von definitorischen Ansätzen vor. Wenngleich die Interdisziplinarität des Framing-Ansatzes verschiedene Definitionen im wissenschaftlichen Kontext liefert, so ist es wichtig, dass diese bei genauerer Betrachtung gemeinsame Nenner aufweisen – zum Beispiel, dass es sich beim Framing um eine bestimmte Form der Selektion handelt, die durch eine „Bilderahmen-Analogie“ (Verhovnik, 2015, S. 182) erklärend Folgendes zeigt: Frames verknüpfen bestimmte Aspekte zu größeren sinnhaften Einheiten und können die Informationsverarbeitung sowohl ermöglichen als auch erleichtern und dadurch einen Interpretationsrahmen bilden (Verhovnik, 2015, S. 189). In einer medial vermittelten Krise, wie sie bspw. die Rinderseuche BSE in Deutschland darstellt, werden demnach durch die Medien verschiedene Deutungsrahmen aufbereitet und thematisiert. Dieser Framing-Prozess hat zur Folge, dass unterschiedliche Schlussfolgerungen impliziert werden können. So kann bspw. die BSE-Krise mit einem gesundheitsgefährdenden Frame versehen oder als Schlüsselereignis für eine Agrarwende und die daraus resultierenden Erneuerungen der landwirtschaftlichen Praktiken betrachtet werden und eine positive Konnotation erfahren. Darüber hinaus zeigen die diversen theoretischen und methodischen Herangehensweisen mit Frames und Framing, dass trotz zahlreicher Studien weiterhin Uneinigkeit darüber besteht, ob diesem der Status einer Theorie zugeschrieben werden kann (vgl. Kap. 5.3). Diese Arbeit geht beim Framing von einem *methodisch-theoretischen Konzept* aus, das vorrangig bei öffentlichen Streitfragen zum Tragen kommt (vgl. Matthes, 2007, S. 152). Die Landwirtschaft als gesamtheitlicher Sektor – und die durchlebten Krisen – weisen eine hohe gesellschaftliche Relevanz auf, die in den Medien umfassend beleuchtet wurden. Framing-Prozesse tragen in solchen Krisen zur Komplexitätsreduktion bei und können Orientierung geben. Doch gerade weil

sich das Framing-Konzept insbesondere empirischen Streitfragen zuwendet und in der bisherigen Forschung weniger die theoretische Reflexion in den Blick genommen wird (Kohring et al., 2011), spricht sich die Autorin dieser Arbeit gegen die Einordnung des Framing-Konzepts als Theorie aus. Framing als *methodisches Tool* erlaubt einen empirischen Zugang zum bis dato unterrepräsentierten Themengegenstand innerhalb der Kommunikationswissenschaft.

Neben diesem ersten Kriterium gilt es als Zweites, eine Begriffspräzisierung vorzunehmen. Der geleistete kursorische Überblick machte deutlich, dass das Framing-Konzept in der Literatur verschiedene Bezeichnungen erfährt: Mit Benennungen wie Deutungsmuster, Schema oder Rahmen sind nur einige Beispiele genannt. Dahinden (2018) spricht in seinen Ausführungen sowohl von Frames als auch von Deutungsmustern. In der vorliegenden Arbeit wird eine konsistente Bezeichnung von Frame/Frames und Framing präferiert. Dies entspricht der üblichen Benennung innerhalb der nationalen, aber vor allem internationalen Literatur der Kommunikationswissenschaft. Das dritte Kriterium wendet sich der spezifischen Definition von Frames und Framing zu: Wie die Ausführungen in den vorherigen Kapiteln zeigten, kann in der Literatur zwischen „broad definitions“ und „specific definitions“ unterschieden werden. Die Definition in dieser Arbeit identifiziert sich insofern mit dem erstgenannten definitorischen Ansatz, als sich Frames nicht nur ausschließlich auf den textuellen Inhalt fokussieren, sondern auch eine Interpretation der sozialen Realität ermöglichen (Goffman, 1981; Reese, 2007, S. 149). Eine Anlehnung erfährt die hier gewählte Arbeitsdefinition mit dem zweitgenannten definitorischen Ansatz, da diese spezifischen Definitionen erklären können, wie Frames als themenunabhängige Deutungskonstrukte durch die Benennung ihrer Funktionen diese Interpretation der sozialen Realität ermöglichen. Durch hochwirksame Selektionsprozesse werden beim Framing bestimmte Themen, Akteure oder Ereignisse in der Kommunikation hervorgehoben und dementsprechend andere ausgeblendet oder missachtet (Benford & Snow, 2000; Snow & Benford, 1988, 1992; Entman, 1993). Dadurch ist es möglich, Komplexität zu reduzieren und die wahrgenommene soziale Realität zu organisieren.

Da diese inhaltsanalytische Studie umfassende Ergebnisse über den Themengegenstand der Landwirtschaft in Deutschland erheben möchte und dabei vor allem den prozessualen Charakter von Frames in den Blick nimmt, erscheint es sinnvoll, dass die Frames vorab in all ihren Bestandteilen entworfen und definiert werden. Dazu wird nachfolgend ein transparentes Verfahren angewendet. Ein Frame setzt sich in Anlehnung an Entman (1993) idealerweise aus vier Indikatoren (Elementen) zusammen, die sich jedoch in den Medientexten in ihrer Gewichtung unterscheiden können. Demgemäß folgt die vorliegende Arbeit in ihrem Verständnis Matthes (2007, S. 138), dass zur Frame-Identifikation nicht alle Elemente, aber mindestens zwei vorhanden sein müssen – davon ein wertendes Element. Zugleich gilt es als weiteres Kriterium, zu bestimmen, wie viele Frames pro Beitrag identifiziert werden können. Für eine ergebnisoffene Analyse und bedingt durch den Fakt, dass nur wenig aus dem Forschungsstand zum Framing der Landwirtschaft in Deutschland bekannt ist, lässt sich vorab nur schwer eine Zahl festlegen. Dahinden (2018, S. 207) rät daher: „So viele Frames wie auf Grund der Themenkomplexität notwendig, so wenige wie möglich, um die Verständlichkeit der Untersuchung zu garantieren.“ Dies soll hier gleichermaßen berücksichtigt werden.

Das nächste Kriterium widmet sich dem Kommunikationsprozess: Frames lassen sich auf allen Ebenen des massenmedialen Prozesses identifizieren und weisen dort jeweils einen unterschiedlichen Prozesscharakter auf. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf den Medieninhalten und darauf, welche Medienframes sich auf dieser Ebene finden lassen. Jedoch gilt es zu beachten, dass auch prozessuale Veränderungen auf anderen Ebenen Einfluss auf die Dynamik von Frames ausüben können. Dazu zählen bspw. Faktoren wie prägnante Schlüsselereignisse, ein gesellschaftlicher Wertewandel oder der Frame-Wettbewerb strategischer Kommunikatoren. Dies gilt es vor allem in der Interpretation und Einordnung der Ergebnisse zu berücksichtigen.

Insgesamt hat das Framing-Konzept in der Forschung große Beachtung und sowohl methodische als auch theoretische Weiterentwicklungen erfahren. Dies ist jedoch zugleich durch den ausgelösten „Forschungsboom“ auf diesem Feld mit insbesondere methodischen Ungenauigkeiten und mangelnder Durchsichtigkeit verknüpft. Zumeist werden in der Forschungspraxis neue Frames entwickelt, statt bestehende Konstrukte zu prüfen und in die Untersuchung zu integrieren, um eben jenen parallelen Entwicklungen vorzubeugen. Allerdings schafft es das Framing-Konzept, durch seine mehrdimensionale Struktur tiefgehende und umfassende Informationen und Ergebnisse zu einem gewählten Themengegenstand zu erheben. Auf Basis der dargelegten Überlegungen, Abwägungen sowie der Sichtung theoretischer und empirischer Analysen liegt der vorliegenden Arbeit ein Verständnis von Medienframes und dem Framing-Ansatz zugrunde, das sich in seinen Grundzügen an Dahinden (2018), Entman (1993), Matthes (2007), Goffman (1974, 1981) und Reese (2007) anlehnt:

Frames sind *Deutungskonstrukte* bestimmter *Themen, Personen oder Ereignisse*, die sich auf allen Ebenen des *Kommunikationsprozesses* identifizieren lassen. Sie erfüllen durch die *Betonung* bestimmter Aspekte (Selektion), die *strukturelle Hervorhebung* (Salienz) und die *Abschwächung* anderer die Funktionen, die *wahrgenommene soziale Realität* abzubilden und die *Komplexität* zu *reduzieren*. Der funktionale Charakter von Medienframes setzt sich aus vier Elementen zusammen, die durch eine *Problemdefinition* den Inhalt konkretisieren, *Ursachenzuschreibungen* identifizieren, die die Verantwortung attribuieren, eine *moralische Bewertung* vorschlagen und *Handlungsempfehlungen* zur Lösungsfindung formulieren. Frames sind daher *orientierungsgebend* und entscheidend für die resultierenden Konsequenzen und Lösungen. Ein Frame liegt in einem Medientext vor, wenn mindestens zwei Frame-Elemente eindeutig identifiziert werden können. Die *Universalität* und *Themenunabhängigkeit* von Frames erlauben es, dass Framing als *methodisch-theoretisches Konzept* bei unterschiedlichen öffentlichen Streitfragen Anwendung finden kann.

Die Autorin ist der Ansicht, dass dieses Verständnis an die bestehende Forschungsliteratur anknüpft, indem sie die vier Frame-Elemente nach Entman (1993) als gängige und populärste Definition hervorhebt und diese für die Operationalisierung in der vorliegenden Untersuchung herangezogen wird. Begründet werden kann die Entscheidung für Entmans Definition außerdem dadurch, dass sie es erlaubt, ins-

besondere konfliktreiche Themen und Debatten zu untersuchen (Löblich, 2014, S. 67). Da Entman, wie die Ausführungen aufgezeigt haben, selbst nur überblicksartige Anknüpfungspunkte bietet (vgl. Jecker, 2017, S. 84 f.), soll für die Operationalisierung der einzelnen Elemente zusätzlich auf die tiefergehenden Differenzierungen und abgeleiteten Indikatoren von Jecker (2017, S. 245–250; S. 298 f.) zurückgegriffen werden (vgl. ausf. Kap. 9.5). Insgesamt berücksichtigt das vorgestellte Verständnis von Medienframes und dem Framing-Ansatz aus Sicht der Autorin jedoch den besonderen Stellenwert, indem die Fokussierung auf Streitfragen betont und so die Abgrenzung zu anderen theoretischen Modellen wie der Nachrichtenwertforschung erfolgt. Zugleich ist das Verständnis weit genug gefasst, um eine intersubjektiv nachvollziehbare Operationalisierung vorzulegen.



6 Forschungsstand



6.1 Landwirtschaft in der interdisziplinären Forschung

An die ausführliche Darlegung des Theorieverständnisses schließt in diesem Kapitel die Rekonstruktion des Literatur- und Forschungsstandes an. In einem ersten Schritt soll ein überblicksartiger Querschnitt über die bisherigen Befunde zu den einflussnehmenden Faktoren auf Medienframes und die Rolle des Journalisten im Framing-Prozess gegeben werden. Der zweite ausführliche Komplex wirft einen Blick auf die Wissenschaft und zeigt auf, welche Entwicklungen und Erkenntnisse sich über die Landwirtschaft als Untersuchungsgegenstand bisher festhalten lassen. Im darauffolgenden Kapitel liegt der Schwerpunkt auf Beiträgen und Studienergebnissen zur Attribution von Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation. Für beide Teilbereiche kann konstatiert werden, dass sie im Laufe der vergangenen Jahre eine breite Fragmentierung durch verschiedene perspektivische und methodische Zugänge innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung erfahren haben. Gerade dem Framing-Ansatz als „Leuchtturmkonzept“ (Matthes, 2014a, S. 17) mit den vielseitigen Forschungs- und Anwendungsmöglichkeiten entlang des Kommunikationsprozesses wurde in den letzten Jahren eine große Popularität im Fach zuteil (Scheufele, D. A., 1999). Dieser Umstand erschwert es zugleich, einen systematischen Überblick zu erarbeiten. Einige Wissenschaftler haben sich dieser Herausforderung angenommen und für die einzelnen Teilbereiche umfassende Metaanalysen erarbeitet. Auf sie sei an dieser Stelle verwiesen (Dahinden, 2018, S. 59–105; Matthes, 2007, S. 33–132; Scheufele, B., 2003, S. 45–105; Scheufele, B. & Scheufele, D. A., 2010, S. 110–134). Ziel dieses Kapitels ist es jedoch, eine spezifische Rekonstruktion und Diskussion der relevanten und erkenntnisbringenden Studien im Hinblick auf die Forschungsfrage (vgl. Kap. 7) in einem dem Umfang dieser Arbeit angemessenen Ausschnitt aufzubereiten. Es sollen zentrale Befunde vorgestellt und Anknüpfungspunkte für die beiden Teilerhebungen sichtbar gemacht werden. Dazu werden bewusst einige Studien ausführlicher diskutiert, die im besonderen Maße Antworten und wertvolle Erkenntnisse für das eigene Forschungsvorhaben liefern.

Vor dem Hintergrund des gewählten thematischen Schwerpunktes – die Krisen und krisenhaften Zustände in der Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland – muss berücksichtigt werden, dass evidente Unterschiede gerade in den landwirtschaftlichen Strukturen im Vergleich zu anderen europäischen Nationen (und darüber hinaus) vorliegen. Aus diesem Grund werden im Folgenden vorrangig deutschsprachige Beiträge zusammengetragen. Nichtsdestotrotz kann die nachfolgende Präsentation der Forschungsbefunde keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben³⁹, aber sie versucht, dem Leser eine systematische Einordnung der zentralen Entwicklungsstränge zu den genannten Schwerpunkten zu geben.

39 Die Ausarbeitung des Forschungsstandes gewährt eine Berücksichtigung der Literatur bis September 2021.

6.2 Einflussnehmende Kontextfaktoren auf Medienframes

Framing-Analysen widmen sich primär öffentlichen Streitfragen (Matthes, 2007, S. 152) wie bspw. denen zum autonomen Fahren (Taddicken, Reif, Brandhorst, Schuster, Diestelhorst & Hauk, 2020) oder zur Flucht und Migration (Greck, 2018; Goedeke Tort, Guenther & Ruhrmann, 2016). Häufig weisen die behandelten Problematiken einen entsprechenden Bezug zum politischen Geschehen auf. Ein Blick in die Framing-Forschung zeigt jedoch, dass auch ganze Themenkomplexe wie bspw. die Stammzellenforschung (Böcking, 2009), die Gentechnologie (Görke, Kohring & Ruhrmann, 2000), Biotechnologie (Kohring & Matthes, 2002; Nisbet & Lewenstein, 2002), School Shootings (Verhovnik, 2015), Religion (Jecker, 2017; Koch, 2012), Digitalisierungsprozesse (Engelke, 2018) oder die Islamberichterstattung (Brinkmann, 2015) Framing auf unterschiedlichen Ebenen im Kommunikationsprozess betrachten. Krisen und Missstände im Agrar- und Ernährungssektor erlauben es daher ebenso, in Bezug auf die Entstehung von Medienframes und deren Entwicklung im zeitlichen Verlauf spezifischer unter die Lupe genommen zu werden. Der bisherige Forschungsstand hält für die bereits in der Theorie vorgestellten einflussnehmenden *Journalismus-internen und externen Kontextfaktoren* sowie gesamtgesellschaftlichen Faktoren empirische Ergebnisse bereit. Dreh- und Angelpunkt in diesem Entstehungsprozess ist der Journalist (Scheufele, B., 2003, S. 98 f.): Durch dessen Selektion und Konstruktion von Medieninhaltsframes prägt er die journalistische Berichterstattung (Engelke, 2018, S. 95). So spielt die politische Orientierung des Blattes, der Journalisteneinfluss auf die Wahl eines Medienframes oder die Gestaltung eines Medieninhaltes eine weitreichende Rolle (Potthoff, 2012, S. 172; weiterführende Ansätze: Donsbach & Patterson, 2003; Leonarz, 2006; Scheufele, D. A., 1999; Zhou & Moy, 2007). Dessen ungeachtet, so Potthoff (2012, S. 173), ist ein Einfluss dieser auf das Framing durch den Journalisten nur dann wahrscheinlich, wenn die Ideale und Werte auch den zu berichtenden Gegenstand betreffen. Bisherige Forschungsergebnisse dazu lassen sich insbesondere in der Journalismusforschung ausmachen, die einen Zusammenhang zwischen der politischen Orientierung und der Auswahl von Nachrichten belegen (Donsbach & Patterson, 2003). Doch genauso belegen weitere Studien, wie die von Snow, Vliegthart und Corrigall-Brown (2007), eben jenen Einfluss nicht bzw. können ihn nur in einem begrenzten Rahmen nachweisen. Hinsichtlich des Einflusses der Darstellungsformen auf die Entstehung eines Medienframes wurde bisher nur unzureichend geforscht. Generell dürfte aber zunächst angenommen werden, dass Berichterstattungsformate, wie Kommentare oder Berichte, Einfluss darauf ausüben, ob ein Frame sich entwickeln kann. Darstellungsformen wie Berichten liegt eher ein informativer Charakter zugrunde und ist um eine ausgewogene Darlegung der unterschiedlichen Sichtweisen bemüht (Stichwort: Objektivitätsnorm), während ein Kommentar klar von der Positionierung des Autors geformt wird. Auch die Reichweite der untersuchten Medien übt einen Einfluss auf die Stabilität des Frames aus. So zeigt die Studie über die Erdölleitung Keystone XL (Lawlor & Gravelle, 2018), dass nachweisbare Unterschiede in Bezug auf die geografische Nähe

zum Thema bzw. Gegenstand (hier die Pipeline) vorliegen. Lokale Zeitungen präferierten in der näheren Umgebung der Pipeline eher den Sicherheitsframe, während überregional berichtende Zeitungen ihren Fokus auf den Umweltframe legten (vgl. Oswald, 2019, S. 151).

Einen weiteren nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Etablierung und folgende Stabilität von Frames übt die Koorientierung von Journalisten aus: Eine tagesaktuelle und zum Teil Echtzeit-Berichterstattung ist nicht nur vom Faktor Zeit, sondern auch vom Konkurrenzdruck geprägt (Geiß, 2013, S. 91). Die Aufgabe, möglichst schnell das Thema aufzuarbeiten und gleichzeitig eine Bewertung und Einordnung abzugeben, begünstigt eine solche Koorientierung, da sich alle „in der gleichen Lage befinden und ... sich an ein ähnliches Publikum richten“ (Geiß, 2013, S. 91). Die Folge: In der Orientierungsphase ist die Etablierung von Frames wahrscheinlicher (Völker, 2017, S. 78). Geiß (2013, S. 109–110) weist in seiner Studie zur Koorientierung in Routine- und Orientierungsphasen nach, dass gerade in den Phasen, in denen noch eine Unvertrautheit mit dem Sachverhalt besteht, weniger die redaktionelle Blattlinie entscheidend ist, sondern es vorrangig gilt, „eine gemeinsame Realitätsvorstellung zu entwickeln“ (Geiß, 2013, S. 110). Für die Finanzkrise untersuchten Bach und Kollegen (2012) die Berichterstattung dahingehend, welche Frames sich identifizieren lassen, welche Dynamik sie im Zeitverlauf entwickeln und ob sich ein intermedialer Einfluss der Medien aufeinander nachweisen lässt. Sie unternahmen damit den Versuch, den Journalismus-internen Faktor der Kollegenorientierung näher zu betrachten. Wenngleich die Ergebnisse aufgrund nicht eindeutig nachgewiesener Zusammenhänge mit der gebotenen Vorsicht betrachtet werden müssen, weisen sie zwei zentrale Befunde aus: Zum einen lassen sich Hinweise darauf erkennen, dass die Medien die Framesetzung der anderen beeinflussen können, die jedoch stärker auf externe Einflüsse wie zentrale Schlüsselereignisse zurückzuführen sind (Bach, Weber & Quiring, 2012, S. 213–214). Zum anderen können nicht direkt zwischenmediale Einflüsse ausgewiesen werden, aber es wird deutlich, dass „sich die traditionellen Qualitätszeitungen (vor allem FAZ und SZ) wechselseitig an der Krisendeutung der jeweils anderen [orientieren]“ (Bach, Weber & Quiring, 2012, S. 214).

Darüber hinaus bleiben Medienframes, so der Kenntnisstand der Forschung, innerhalb der massenmedialen Kommunikation nicht konstant (Böcking, 2009, S. 103 f.). Vielmehr noch: Einzelne Ereignisse, Krisen und zentrale Debatten haben einen starken Einfluss. So beschreibt Linzmaier (2007, S. 18) treffend: „In ihrem Windschatten verändern sich die journalistischen Selektionsmechanismen und Realitätskonstruktionen, so dass Vorfälle mit ähnlichen Merkmalen nicht nur stärker Beachtung finden, sondern auch bevorzugt in einen vergleichbaren Interpretationsrahmen gestellt werden“. Umso mehr überrascht es, dass dynamische Veränderungen von Frames bis heute innerhalb der kommunikationswissenschaftlichen Forschung deutlich unterrepräsentiert sind (Matthes, 2014a, S. 25). So zeigt Matthes (2014a, S. 25) auf, dass nur ein Fünftel der inhaltsanalytischen Framing-Untersuchungen zwischen 1990 bis 2005 mehrere Berichterstattungszeiträume vergleicht. Selbst Studien, die längere Zeiträume in den Blick nehmen, können kaum wertvolle Erkenntnisse liefern. „Nur 2% der Studien berücksichtigen die inhaltliche Änderung bzw. den Wandel von Frames über die Zeit hinweg“ (Matthes, 2014a, S. 25). Auch wenn seit dieser

Bestandsaufnahme der Forschung einige Zeit vergangen ist, so konnten bis heute kaum weitere umfassende Studien identifiziert werden (u. a. Bach, Weber & Quiring, 2012, S. 214; Böcking, 2009; Fröhlich, Scherer & Scheufele, B., 2007; Taddicken et al., 2020; Völker, 2017). Schlüsselereignisse als zentrale Auslöser für die Veränderlichkeit von Frames und als *Journalismus-interne Einflussfaktoren* spielen dafür innerhalb des Fachs eine bedeutendere Rolle. Zu den ersten Wissenschaftlern, die der Frage nachgegangen sind, inwiefern sich Veränderungen der journalistischen Selektionskriterien als Folge von zentralen Schlüsselereignissen erkennen lassen, zählen Brosius und Eps (1993). Dazu führten sie eine umfangreiche Studie zur Berichterstattung über Anschläge auf Asylunterkünfte Anfang der 1990er Jahre durch. Ausgangspunkt war ein von ihnen entwickeltes Phasenmodell: Tritt ein Schlüsselereignis als Aufmerksamkeit erregendes Thema ein, endet die Routinephase und die Orientierungsphase beginnt (Brosius & Eps, 1993). Durch die neue und zumeist unbekannte Thematik fehlt es an bekannten Bewertungs- und Orientierungsmustern, die als Grundlage für die Berichterstattung dienen können. Während in der Routinephase Frames beständig sind und einen homogenisierenden Einfluss haben (Leonarz, 2006, S. 101), bietet die Orientierungsphase die Chance, dass neue Frames in den medialen Kontext eingebettet und alte, bekannte Frames abgelöst oder verändert werden können (Boesman, Berbers, d'Haenens & van Gorp, 2017; Brosius & Eps, 1993; Kepplinger & Hartung, 1993; Scheufele, B., 2003, S. 213 f.; 2006, S. 74–78; Scheufele, B. & Engelmann, 2016, S. 447–449; van Gorp, 2007). Strategische Kommunikatoren – insbesondere politische Akteure – haben in dieser Phase eine gute Chance, ihre Frames in die Berichterstattung zu lancieren (Brüggemann, 2014), denn ihre Kommunikator-Frames stehen bereits bereit, während sich andere erst im weiteren Verlauf herausbilden müssen (Oswald, 2019, S. 143). Diese zumeist neuen Frames bestimmen sodann auch die Folgeberichterstattung bzw. nachfolgende, mit der Thematik in Bezug stehende Ereignisse (Dahinden, 2018, S. 148). In ihren Ergebnissen konnten Brosius und Eps (1993, S. 523) nachweisen, dass Initialanlässe die spätere Berichterstattung insofern prägen, als die Medien vermehrt über die Thematik – hier die Anschläge auf die Asylunterkünfte – berichten, obwohl diese der Kriminalstatistik nach nicht zugenommen haben. In der Literatur ist diesbezüglich vom „Echoeffekt“ die Rede. Nach einem Schlüsselereignis bleibt die mediale Aufmerksamkeit auch eine Woche später konstant und kann gar noch weiter zunehmen (Brosius & Kepplinger, 1990; Dahinden, 2018, S. 150). Die Wirkung des Ereignisses „halle“ noch lange nach (Kepplinger & Roessing, 2005, S. 204), weshalb sich eine verstärkte Berichterstattung in den Folgewochen erkennen lässt.

Eine Folgestudie (Scheufele, B. & Brosius, 1999) analysierte, wie sich trotz eines Schlüsselereignisses die Stabilität und Kontinuität eines Frames gestaltet, und zeigt, dass bei längerer Anwendung eines Frames durch Journalisten dieser in der journalistischen Berichterstattung eine Veränderung durch inkonsistente Informationen erfährt (Matthes, 2007, S. 54). Schlussfolgernd bedeutet dies, dass Frames durch Journalisten zumeist dann geändert werden, wenn sie nur kurze Erwähnung im Berichterstattungszeitraum finden oder starke Diskrepanzen vorliegen. Anderenfalls ist ihre Beständigkeit im Verlauf eines diskutierten Themengegenstandes wahrscheinlich (Scheufele, B. & Brosius, 1999, S. 411). Für einen gesamten Themenbereich, die

Philosophieberichterstattung, untersuchte Harden (2002) die langfristige Entwicklung von Medienframes im Zeitraum von 1946 bis 2000 in zwei Leitmedien (*Der Spiegel, die Zeit*). Die Frames leitete er vorab im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse ab und überprüfte anschließend mittels einer standardisierten quantitativen Inhaltsanalyse, wie diese sich im Verlauf der Zeit in der Berichterstattung entwickelten. Er zeigt auf, dass Veränderungen der Frames dann sichtbar werden, „wenn gesellschaftlich-werthaltige Diskussionen von der Philosophieberichterstattung aufgegriffen werden“ (Harden, 2002, S. 1–2). Zudem sei darauf verwiesen, dass auch ein kultureller Wandel – herbeigeführt durch eine Krise – langfristige Veränderungen im Framing zur Folge haben kann. Gamson und Modigliani (1989) wiesen so nach, dass die Kernenergie ein verändertes Framing erfahren hat, was auf den Wertewandel innerhalb der Gesellschaft zu dieser Thematik zurückzuführen ist. Auch Kepplinger und Lemke (2014, S. 149) zeigen, dass die Akzentuierung der Medien nach der Fukushima-Katastrophe gegen die Kernenergie in Deutschland den Prozess der Meinungs- und Werteveränderung in der Gesellschaft verstärkt haben. Längerfristige Veränderungen eines Frames finden demnach selten statt. Die Entstehung von Medienframes wird den präsentierten Forschungsbefunden zufolge von einer Vielzahl interner und externer Kontextfaktoren beeinflusst. Mit Blick auf die Bedeutung von zentralen Schlüsselereignissen lässt sich annehmen, dass einzelne Krisen und Missstände innerhalb des Leistungssystems Landwirtschaft Veränderungen im medialen Framing hervorrufen können.

6.3 Landwirtschaft: Rolle und Bedeutung im Forschungsfeld

Das vorangegangene Unterkapitel konzentrierte sich auf die zentralen Erkenntnisse zu Frames in Medientexten, den Einfluss durch Blattlinien und redaktionelle Selektion sowie die Befunde zur Dynamik von Frames. Im weiteren Verlauf steht der gewählte Themengegenstand im Fokus. Bereits an mehreren Stellen wurde in dieser Arbeit deutlich, dass die Land- und Agrarwirtschaft innerhalb der Kommunikationswissenschaften bis dato ein thematisches Phänomen darstellt, das nur in unzureichendem Maße aufgegriffen wurde. Zunächst soll daher kurz das Image der Landwirtschaft aus Verbraucherperspektive angerissen werden, bevor im Anschluss die Rolle der Medien und die Befunde zur Berichterstattung über diesen Sektor vorgestellt werden.

6.3.1 Das Image der Landwirtschaft in der Gesellschaft

Auch wenn die Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg eine starke Umwälzung erfahren hat, so war sie damals – bedingt durch die Bedeutung des Sektors als Arbeitgeber – deutlich präsenter und fester in der Gesellschaft verankert (Helmle, 2011a, S. 1). Sowohl Technologisierungen von Produktionsprozessen als auch wachsende Anforderungen an das Leistungssystem durch ihr übertragene Aufgaben wie Umwelt-, Natur- und Gewässerschutz sowie die Energieerzeugung haben jedoch insbesondere in den 1990er Jahren zu einer Entfremdung der Gesellschaft zur Landwirtschaft geführt. Drängende Fragen und Debatten um Tierhaltungsbedingungen und den Schutz der Artenvielfalt zeigen heute mehr denn je das Spannungsverhältnis zwischen den landwirtschaftlichen Akteuren und den Verbrauchern auf. Verstärkt wird dies u. a. durch idealisierte Darstellungen von Produktions- und Arbeitsweisen der Landwirtschaft in der Werbung (Kirchinger, 2004). Die Massentierhaltung als das zentrale Schlagwort einer intensiven, effektivitätsorientierten Landwirtschaft passt nicht zum gewünschten Bild einer bäuerlichen, naturnahen Tierhaltung (Kayser, Schlieker & Spiller, 2012; Simons, Luy, Vierboom, Härten, Klink-Lehmann & Hartmann, 2018, S. 155). Umso weniger überrascht es, dass gerade dieser Haltungstyp eine „Technisierungs- und Modernisierungsskepsis“ (Wittmann, 2021, S. 12) von Verbrauchern, Politik und Medien entgegenschlägt.

Studien, die sich der Beziehung zwischen der Gesellschaft und dem Leistungssystem Landwirtschaft annehmen, konzentrieren sich vor allem darauf, wie Konsumenten den Sektor wahrnehmen und welches Image sie von ihm haben (Busch, Gauly & Spiller, 2017; Erler, Kothe, Mergenthaler & Christoph-Schulz, 2021; Grunert, 2005; Helmle, 2011a; Kantar Emnid, 2017; Kayser, Böhm & Spiller, 2012; Linnartz, 1994; Linzmaier, 2007; Mahlau, 1999; Piel, 2003; Schulze, Spiller & Lemke, 2008; Zander, Isermeyer, Bürgelt, Christoph-Schulz, Salamon & Weible, 2013). Ihnen ist gemein, dass dem Sektor und den Landwirten selbst ein positives Image konstatiert wird. So werden Landwirte in ihrer Rolle als „effiziente[n] Versorger[s]“ in der Gesellschaft als wichtig wahrgenommen – nur Ärzte werden noch als wichtiger erachtet (Kantar Emnid,

2017, S. 22–25). Jedoch fehle es auf Verbraucherseite weiterhin an Wissen über die Produktionsweisen und Herstellungsprozesse insbesondere in Bezug auf die Tierhaltung (Helmle, 2011b, S. 37). Auch seien die Konsumenten grundsätzlich bereit, mehr Geld für Nahrungsmittel auszugeben, wenn die Tiere unter besseren Bedingungen gehalten werden (Tierwohllabel). Im Supermarkt selbst greifen sie jedoch wieder zum preiswerteren Produkt (Ennekings, Kleine-Kalmer, Dauermann & Voigt, 2019, S. 2).

Dieses Verhalten steht im starken Gegensatz zu den zumeist öffentlich geführten Diskussionen über die *richtige* Tierhaltung. Hier lösen bereits Planungen neuer Mastställe mit zumeist konventioneller Betriebsform Proteste und Anwohnerkonflikte aus (u. a. Marchewka & Tegeler, 2014; Deter, 2018). Leitfadeninterviews mit Landwirten zeigen, dass diese sich und ihre Berufsgruppe zunehmend einem „gesellschaftliche[n] Stigmatisierungsprozess“ (Wittmann, 2021, S. 17) unterworfen fühlen. Heise und Theuvsen (2017) führten eine Umfrage in der deutschen Bevölkerung durch (n = 516), um ein Bild davon zu erhalten, was diese über landwirtschaftliche Themen wissen, wie sie sich darüber informieren und wo sie Probleme und Missstände im landwirtschaftlichen System sehen. Mit ihren Ergebnissen zeigen sie auf, dass die Verbraucher an landwirtschaftlichen Themen interessiert sind. Das Wissen selbst darüber schätzen die Befragten aber als gering ein. Die Massenmedien dienen als zentrale Informationsquelle. Der gesamte Eindruck über die Landwirtschaft in Deutschland fällt eher negativ – besonders in Bezug auf Tierhaltungsformen und unter dem zentralen Schlagwort Massentierhaltung – aus (Heise & Theuvsen, 2017, S. 390). Ein möglicher Zusammenhang lässt sich hier zu den Ergebnissen von Kayser (2012) ziehen, wonach über 70 Prozent der untersuchten Presseartikel und 85 Prozent der dazugehörigen Kommentare in sozialen Netzwerken eine negative Ausrichtung haben (Kayser, 2012, zit. nach Heise & Theuvsen, 2017, S. 381).

Es wird klar: Die journalistische Berichterstattung nimmt eine besondere Rolle in dieser dichotomen Wahrnehmung zur Bedeutung der Landwirtschaft in den Medien ein: Auf Basis von 1.000 geführten Interviews zur Einstellung und Bewertung des Sektors zeigen die Ergebnisse von Kantar Emnid (2017, S. 6) deutlich auf, dass für den Verbraucher Medien als primäre Informationsquelle dienen und ihre Berichterstattung als ausgewogen empfunden wird. Die Fernsehbeiträge nehmen dabei mit 71 Prozent weiterhin die führende Position ein, gefolgt von direkten Kontakten zu Landwirten auf Märkten (60 Prozent), Rundfunk (59 Prozent), Tageszeitungen (58 Prozent) sowie Online-Quellen (41 Prozent). Von zentraler Bedeutung für den Verbraucher sind dieser Befragung zufolge vorrangig Themen zur Qualität der Nahrungsmittel sowie der Umgang mit den Tieren (Kantar Emnid, 2017, S. 15). Weitere Forschungsbefunde primär agrarwissenschaftlicher Studien belegen, dass gerade die Schweine- und Geflügelhaltung immer öfter kritisch hinterfragt wird (Busch, Schwetje & Spiller, 2015; Kayser, Schlieker & Spiller, 2012; Kühl, Sonntag, Gauß, Gassler & Spiller, 2018; Vanhonacker & Verbeke, 2009). Dabei stehen sich eine vom Landwirt bevorzugte und als erforderlich angesehene Technisierung zur Effizienzsteigerung in der Tierhaltung und eine vom Verbraucher erwartete Steigerung des direkten Tierkontaktes gegenüber. Dieselbe Problematik lässt sich zwischen der präferierten

Stallhaltung zur Förderung und Wahrung der Tiergesundheit und der gewünschten Weidehaltung als natürliche Umgebung der Tiere herausstellen (Christoph-Schulz, Hartmann, Kenning, Luy, Mergenthaler, Reisch, Roosen & Spiller, 2018, S. 231).

Werden neben dem Verbraucher und seinem Bild von der Landwirtschaft in Deutschland auch Journalisten selbst als Kommunikatoren betrachtet, so bestätigen die Ergebnisse von 30 Intensivbefragungen von Journalisten unterschiedlicher Mediengattungen (Print, Hörfunk, Fernsehen), dass diese ein geringes Interesse an Themen aus diesem Wirtschaftssektor haben. Laut den Journalisten erfährt die Landwirtschaft in der Berichterstattung immer mehr an „Bedeutungslosigkeit“ (Vierboom & Härten, 2000, S. 18). Wenn Interesse an der Landwirtschaft besteht, so ist dies einzelnen Momentaufnahmen aufgrund einer „sensationsheischenden Mitbewegung“ geschuldet (Vierboom & Härten, 2000, S. 19). Zudem haben die Journalisten den Eindruck, dass die Branche selbst kein Interesse an einer journalistischen Berichterstattung hat (Vierboom & Härten, 2000, S. 20). Obgleich die Ergebnisse 20 Jahre später an Bedeutung verloren haben dürften, lässt sich zumindest der Eindruck einer skandal- und misstandsorientierten Berichterstattung über die Landwirtschaft verfestigen. Aktuellere Erkenntnisse liefern Kothe und Kollegen (2020), die Interviews mit Journalisten regionaler und überregionaler (Wochen-)Zeitungen und Nachrichtenmagazine sowie landwirtschaftlicher Fachmedien zum Thema Tierhaltung und Tierwohl geführt haben. Sie stellen heraus, dass der landwirtschaftliche Hintergrund eines Journalisten den Framing-Prozess beeinflusst. Während sich Journalisten überregionaler Zeitungen tendenziell einen universalen, generalistischen Zugang zu landwirtschaftlichen Themen haben, verstehen sich die Fachjournalisten als „Ratgeber auf Augenhöhe“ (Kothe, Wolfram & Mergenthaler, 2020, S. 28).

Dieser kurze Abriss der Befunde zum Image und zur gesellschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft vorrangig aus Verbraucherperspektive zeigt klar auf, dass dichotome Wahrnehmungen das Bild der Landwirtschaft prägen. Dass die journalistische Berichterstattung bei der Vermittlung des Images der Landwirtschaft eine zentrale Rolle spielt, wurde bereits angeschnitten. Welche Erkenntnisse die Kommunikationswissenschaften zur Berichterstattung über die Landwirtschaft und einzelne Krisen bereits aufzeigen können, ist Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen.

6.3.2 Die journalistische Berichterstattung über die Landwirtschaft

Der Journalist Jan Grossarth (ehemals FAZ), der sich selbst mehr als Allgemein- und weniger als Agrarjournalist bezeichnet, weist in seiner Landwirtschaftskritik darauf hin, dass die journalistische Berichterstattung einen bedeutenden Einfluss auf die Wahrnehmung der Landwirtschaft hat. Ihm zufolge trägt „die Empfänglichkeit der Medien für Negativmeldungen und Skandalisierung“ (Grossarth, 2015, S. 374) zum negativ geprägten Bild der Landwirtschaft bei. Subjektiv betrachtet entsteht der Eindruck, dass sich diese Wahrnehmung erst in den vergangenen Jahren mit der wachsenden Anzahl an Krisen und Skandalen im gesamten Ernährungssektor zügiger entwickelt hat. An einem Mangel an Missständen und krisenhaften Zuständen im Leistungssystem selbst kann es jedoch nicht liegen. Die Milchseen und Butterberge, die umstrittene Käfighal-

tung oder die Belastung der Böden durch Pestizide in den 1980er Jahren beschäftigten die Gesellschaft, fanden in den Medien jedoch nicht die entsprechende Berücksichtigung (vgl. Kap. 8).

Ein Blick auf die Forschungsaktivitäten zum Thema Landwirtschaft und Medien bestätigt diesen Eindruck. Insgesamt lassen sich zu diesem Bereich zwar frühe unveröffentlichte Diplomarbeiten und einzelne Aufsätze identifizieren, die aber aufgrund geringer Fallzahlen oder kurzer Untersuchungszeiträume mit der gebotenen Vorsicht betrachtet werden müssen (u. a. Franzen, 1991; Hütt, 1975). Zu den umfassenderen Arbeiten zählt u. a. Ziche (1961), der sich in seiner Dissertation mit der Berichterstattung über die deutsche Landwirtschaft in regionalen und überregionalen Tages- und Wochenzeitungen von 1948 bis 1959 befasst hat. Demnach dominieren negative Schlagzeilen und Aussagen auf überregionaler Ebene, während die regionalen Zeitungen durch ihre engere Anbindung an die Landwirtschaft positiver berichten (Ziche, 1961, zitiert nach Alföldi, 2009, S. 65). Darüber hinaus legte Mahlau (1999) einen weiteren Grundstein für die Forschung zur journalistischen Berichterstattung über die Landwirtschaft. Im Zeitraum von 1980 bis 1994 untersuchte sie krisenunabhängig in einer Inhaltsanalyse die Artikel mit landwirtschaftlichem Themenbezug in sechs überregionalen Tages- und Wochenzeitungen (*SZ*, *FAZ*, *FR*, *die Welt*, *die Zeit*) sowie im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Im Gegensatz zu Ziche zeigt Mahlau (1999) auf, dass die Berichterstattung der überregionalen Medien positiv geprägt ist und vor allem eine Rolle im Wirtschaftsressorts spielt.

Die erste umfassende Analyse, die sich krisenspezifisch mit dem landwirtschaftlichen Sektor und der medialen Aufmerksamkeit befasst hat, ist die Langzeitstudie von Hagenhoff (2003). Sie führte eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die BSE-Krise in überregionalen und regionalen Printmedien von 1990 bis 2001 durch und analysierte 5.616 Artikel hinsichtlich ihrer Intensität, Form, Themenschwerpunkte und des Medientenors der Berichterstattung. Aufgrund dessen spielt sie für die vorliegende Studie eine zentrale Rolle. Insgesamt lassen sich sieben zentrale Erkenntnisse aus dieser Studie ableiten: Erstens können vier Phasen der Berichterstattung ausgemacht werden, wobei knapp die Hälfte ($n = 729$) aller untersuchten Artikel nach dem ersten deutschen BSE-Fall im November 2000 veröffentlicht wurden, also ein ereignis- und krisenorientierter Zugang dominiert (Hagenhoff, 2003, S. 91). Die mediale Aufmerksamkeit, gemessen an der Artikelanzahl, verläuft dabei nicht konform zur Anzahl der bestätigten BSE-Fälle (Hagenhoff, 2003, S. 91–92). Zweitens stellt sich heraus, dass die Darstellung der BSE-Krise auch in dieser Phase besonders im Politikressort der untersuchten Tageszeitungen negativ und kritisch ausfällt. Im Wissenschaftsressort hingegen überwiegt die Tendenz einer neutralen bzw. ambivalenten Darstellung (Hagenhoff, 2003, S. 116). Drittens dominiert als gewählte Darstellungsform in den Medien die Nachricht/Meldung, jedoch zeigt sich auch hier eine deutliche Verschiebung: Mit dem ersten BSE-Fall werden mehr Berichte und Kommentare veröffentlicht, womit belegt wird, dass die Medien der Krise in dieser Phase mehr Aufmerksamkeit geschenkt haben als in den Jahren zuvor (Hagenhoff, 2003, S. 115–116). Verfasser der Artikel sind primär Journalisten für Politik, Wirtschaft und Lokales; weniger als ein Drittel der Beiträge entfallen auf Nachrichtenagenturen (Hagenhoff, 2003, S. 98). Viertens stehen vorrangig politische Akteure auf nationa-

ler und internationaler Ebene im Fokus der Berichterstattung. Wissenschaftler und zivilgesellschaftliche Akteure wie NGOs rücken in den Hintergrund – trotz der bis dato noch ungeklärten Informationslage in Bezug auf die möglichen gesundheitlichen Risiken beim Verzehr von Rindfleisch (Hagenhoff, 2003, S. 119). Das Bild der politischen Handlungsakteure fällt dabei jedoch recht negativ aus. Insbesondere die Bundesregierung sowie das Bundesgesundheitsministerium rücken in ein schlechtes Licht. Das Landwirtschaftsministerium als Ganzes betrachtet steht positiv dar, was aber vor allem im zeitlichen Verlauf betrachtet auf den Wechsel an der Spitze mit Renate Künast als neue Bundesministerin zurückzuführen ist (Hagenhoff, 2003, S. 121). Innerhalb der BSE-Krise dominieren fünftens die Themen „Tötungsanordnung von Rindern“, das Auftreten eines neuen BSE-Falls, der Konsum von Rindfleisch, Einfuhrverbote und BSE-Schnelltests. In der Hochphase der Berichterstattung stehen die „Agrarwende“ sowie die Förderung einer ökologischen Landwirtschaft im Fokus (Hagenhoff, 2003, S. 129). Sechstens ist unter den vielen Möglichkeiten der Darstellung der BSE-Krise in der Gesamtschau betrachtet der Frame „Lebensmittelsicherheit/öffentliche Gesundheit“ am prominentesten. Die Frames „Kosten/Nutzen der Krise“ und „nationales Interesse“ folgen. Auch in der Hochphase der BSE-Krise wurden diese von Journalisten präferiert. Die Frames selbst entwickelte Hagenhoff (2003, S. 133) in Anlehnung an die Studie von Görke und Kollegen (2000, S. 23) zur Gentechnologie in der Presse, die zwischen acht Frames unterscheiden. Siebteens lassen die Ergebnisse der umfassenden Studie von Hagenhoff (2003, S. 137) nicht den Schluss zu, dass markante medienspezifische Unterschiede in den Framing-Prozessen vorliegen. Insgesamt liefern die Forschungsbefunde hilfreiche Anknüpfungspunkte in Bezug auf die formalen und inhaltlichen Merkmale und zeichnen ein umfassendes Bild der BSE-Krise in der journalistischen Berichterstattung.

Als zentrales Schlüsselereignis innerhalb der Landwirtschaft und des Ernährungssektors konzentrieren sich weitere kommunikationswissenschaftliche Arbeiten auf diese Krise. Forschungsbefunde zur BSE-Berichterstattung in überregionalen Printmedien in den 1990er Jahren liefern u. a. (Böcker & Mahlau, 1999; Meyer-Hullmann, 1999). Beide Studien stellen heraus, dass insbesondere die SZ kontinuierlich berichtet und dabei mehrere kleinere, tagesaktuelle Beiträge veröffentlicht und umfassendere, überblicksartige Artikel eine Ausnahme bilden. Einen Schwerpunkt auf die Regionalzeitungen legten Böcker und Mahlau (1999). Sie untersuchten die Kieler Nachrichten (n = 428) in einem Zeitraum von 1993 bis 1997 und zeigten auf, dass Zeitungsartikel mit regionalem Bezug positivere Aussagen in Bezug auf die BSE-Krise in den Artikeln selbst und über Bildmotive vermitteln (Böcker & Mahlau, 1999, S. 246). Neben Hagenhoff (2003) legten auch Feindt und Kleinschmit (2004) ihren Schwerpunkt auf die BSE-Krise, konzentrierten sich aber auf den Zeitraum von Januar 2000 bis Januar 2001. Methodisch wurden 1.773 Artikel untersucht, in denen inhaltlich mindestens in einem Absatz ein Bezug zu agrarpolitischen Themen vorlag. Diese Artikel wurden mit einem computergestützten Verfahren kategorisiert (Feindt & Kleinschmit, 2004, S. 95). Inwiefern methodisch konkret die Aussagen herausgearbeitet wurden, kann nicht vollständig nachvollzogen werden. In ihren Ergebnissen bestätigen sie die Erkenntnisse Hagenhoffs (2003), dass vorrangig politische Akteure im Zentrum der Berichterstattung stehen und so über die Hälfte aller

Äußerungen auf diese Sprechergruppe – besonders auf die Bundesregierung (n = 605) – entfallen. Weitaus seltener dringen Wissenschaftler (n = 403) sowie Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen (n = 200) in der Berichterstattung durch (Feindt & Kleinschmit, 2004, S. 95–96). Von Relevanz für die hier vorliegende Studie sind die Forschungsbefunde, die sich auf die in den Aussagen getroffenen Zuschreibungen als Problemopfer, Problemverursacher sowie Problemhelfer konzentrieren. Hier stellen die beiden Autoren klar heraus, dass Aussagen, die die Landwirte in einer durch die BSE-Krise ausgelösten Opfersituation sehen, vor allem von landwirtschaftlichen Verbänden getroffen werden. Deutlich häufiger, nämlich über ein Drittel der Aussagen mit Benennung eines Problemopfers, sehen die gesamte Gesellschaft als solches an (Feindt & Kleinschmit, 2004, S. 96). Als Problemverursacher gilt primär die Bundesregierung, gefolgt von der Europäischen Kommission und Akteuren aus der Wirtschaft wie Futtermittelhersteller. Damit bestätigen die Befunde die Erkenntnisse Hagenhoffs (2003, S. 148), dass die BSE-Krise vor allem eine politische Krise ist. Zugleich erhoffen sich die meisten Akteure von jenen politisch Verantwortlichen auf nationaler und internationaler Ebene die Problemlösung, wobei hier deutlich die Selbstnennungen überwiegen. Die Bundesregierung, Bundesminister, Landesregierungen und die Europäische Kommission nutzen demnach ihre dominante Position als auftretende Sprecher und präsentieren sich selbst als Problemlöser und Retter in der Krise (Feindt & Kleinschmit, 2004, S. 97).

Weiteren inhaltsanalytischen Studien zur BSE-Krise ist gemein, dass die Berichterstattung bestimmten Verläufen folgt, die rund um ein zentrales Schlüsselereignis, wie in dieser Krise der erste deutsche BSE-Fall, eine hohe Aufmerksamkeit erfahren, diese aber mit der Zeit immer weiter abflacht und schließlich auf das vorherige Niveau (Februar 2001) zurückfällt (Feindt & Kleinschmit, 2004, S. 95; Linzmaier, 2007, S. 154). Diese typischen skandalorientierten Berichterstattungskurven kann Linzmaier (2007, S. 160) sowohl für ein Leitmedium wie die *SZ* als auch für die *BILD* als Boulevardzeitung bestätigen. Auch belegt sie in ihrer Studie über Lebensmittelskandale in den Medien über drei Jahre hinweg (2000–2003) die dominante Rolle der BSE-Krise: Jeder zweite Artikel (n = 773) ihrer Untersuchung befasste sich mit dieser Thematik (Linzmaier, 2007, S. 133). Weitere Lebensmittelskandale, die jedoch weniger umfangreich in der *SZ* und *BILD* behandelt wurden, sind die Maul- und Klauenseuche (n = 269), der Nitrofen-Skandal (n = 92) und Acrylamid⁴⁰ (n = 37) (Linzmaier, 2003, S. 134–135). Insgesamt verweist die Studie darauf, dass insbesondere solche Missstände in der Land- und Ernährungswirtschaft mediale Aufmerksamkeit erfahren, die „auf unverantwortliche, einem bestimmten Verursacher des Produktionssystems zurechenbare Machenschaften zurückgehen“ (Linzmaier, 2007, S. 141), denn von zentraler Bedeutung für die Medien ist die Aufmerksamkeit der Verbraucher. Ebenfalls über einen längeren Zeitraum nahmen Kohne und Ihle (2016) den Agrar- und Ernährungssektor in den Blick. In einem Untersuchungszeitraum von zwölf Jahren untersuchten sie, welche Lebensmittelskandale sich identifizieren lassen, und fokussierten primär den zeitlichen Verlauf. Kohne und Ihle (2016, S. 11–12)

40 Acrylamid kann bei starker Erhitzung von Lebensmitteln wie bspw. Kartoffeln entstehen und wird als krebserregend eingestuft (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, 2019).

stellen heraus, dass vor allem Skandale, die auf einen Missstand im tierischen Sektor zurückzuführen sind eine stärkere mediale Aufmerksamkeit erfahren als solche, die ihren Ursprung in Bezug auf pflanzliche Produkte haben (bspw. Acrylamid). Auch verweisen sie in ihrer Analyse darauf, dass – gemessen an der zeitlichen Dauer der Berichterstattungsintensität – die Skandale rund einen Monat präsent sind und danach das Interesse an der Thematik erschöpft ist (Kohne & Ihle, 2016, S. 9). Die niederländische Land- und Agrarwirtschaft betrachteten van Lieshout, Dewulf, Aarts und Termeer (2013) spezifischer und zeigen in einer Längsschnittstudie im Zeitraum von 1950 bis 2012 auf, dass sich das Framing im Laufe der Zeit verändert hat. Sie legten den Fokus auf die Bedeutung der Sprache und untersuchten dazu die jährlichen Abschlussdokumente der Verhandlungen zum Haushalt des Landwirtschaftsministeriums, die einen ganzheitlichen Überblick über die politischen Entwicklungen im Agrarsektor in einem Jahr wiedergeben (van Lieshout et al., 2013, S. 37). Ihre Ergebnisse zeichnen nach, dass sich das Framing von einer Betonung auf Wachstum und Produktionssteigerung hin zu einer größeren Frame-Vielfalt mit dem Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Innovation verschoben hat. Zurückzuführen ist dies u. a. auf die ab den 1980er Jahren stärkere Berücksichtigung der Forderungen von NGOs und Verbänden und die damit verknüpfte Diskussion über die Ausgestaltung der Landwirtschaft in den Niederlanden (van Lieshout et al., 2013, S. 35).

Die bisherigen Schilderungen der Forschungsbefunde zu Krisen, Missständen und zur Bedeutung der deutschen Landwirtschaft in der journalistischen Berichterstattung lassen den Schluss zu, dass die BSE-Krise als Schlüsselereignis sowohl für das Leistungssystem Landwirtschaft selbst als auch für die Kommunikationswissenschaften eine zentrale Rolle einnimmt. Weitere empirische Studien widmeten sich dem eng angrenzenden Ernährungssektor im Allgemeinen in den Printmedien (Benterbusch, 1997), im Fernsehen (Leonarz, 2006; Lücke, 2007; Rössler, Lücke, Linzmaier, Steinhilper & Willhöft, 2006) oder einzelnen skandalbezogenen Fallbeispielen, die vorrangig dem Ernährungs- und Lebensmittelsektor zugeschrieben werden können wie bspw. der Pferdefleischskandal (2013), der Gammelfleisch-Skandal (2010) (Schulze, Böhm, Kleinschmit, Spiller & Nowak, 2008), der EHEC-Keim bei Gemüse⁴¹ (2011) oder dem Babykost-Skandal in den 1990er Jahren (Erdönmez, 1996). Zudem liegen enge thematische Überschneidungen zu Inhaltsanalysen der Printberichterstattung zum Bereich „grüne Gentechnik“ (u. a. Demke & Höhler, 2020; Feindt, Stirn, & Kleinschmit, 2005; Kohring, Görke & Ruhrmann, 1999; Merten, 1999; Schenk & Sonje, 1998) sowie der „Gentechnologie“ (Görke, Kohring & Ruhrmann, 2000) vor, auf die an dieser Stelle aufgrund fehlender Bezüge zum angestrebten Forschungsvorhaben nur verwiesen sei.

Des Weiteren sollen nun explizit Framing-Studien in den Blick genommen werden, die sich ebenfalls der landwirtschaftlichen Thematik zuordnen lassen. Mit der Berichterstattung über die Landwirtschaft in der Schweiz in überregionalen und regionalen Printmedien und im Fernsehen setzte sich Alföldi (2009) auseinander und

41 Otterpohl, 2019 befasst sich in seiner Dissertation mit Kommunikationsstrategien bei Lebensmittelskandalen und die Resonanz in der Printberichterstattung und nimmt dazu u. a. den Pferdefleisch-Skandal und dem EHEC-Skandal in den Blick. Für eine umfassende Übersicht sei an dieser Stelle auf diese Arbeit verwiesen.

greift dazu auf die Methode der Inhaltsanalyse zurück. Von zentralem Interesse ist zum einen der Vergleich der beiden Mediengattungen sowie die Entwicklung der Berichterstattung in den Jahren 1996, 2000, 2004 und 2006 (Alföldi, 2009, S. 72). Neben den klassischen Codiereinheiten (Darstellungsform, Thema, Akteure) liegt ein weiterer Schwerpunkt auf den Frames, die themenübergreifend anwendbar sein sollen. Dazu stützt sich Alföldi auf einen manuell-holistischen Zugang und definierte so vorab insgesamt drei „Frame-Paare“, die sowohl mit einer positiven als auch negativen Bewertung vorliegen können und unter dem Dach des Nachhaltigkeitsbegriffs die drei Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales abdecken. Das „ökonomische Frame-Paar“ setzt sich bspw. aus dem Frame „Unternehmer“ auf der positiven Seite und „Kosten“ auf der negativen Seite zusammen. Insgesamt legte Alföldi so (2009, S. 80–81) sechs Frames vor und ergänzte diese um drei Basisframes nach Dahinden (2018). In 46 Prozent der analysierten Artikel identifizierte er einen der positiven Frames, in 23 Prozent einen der negativen Frames, und in einem Drittel der Artikel lagen keine Frames vor. Zusätzlich lässt sich aus den Ergebnissen der Studie ableiten, dass sich der Anteil der positiven Frames in der Printberichterstattung im zeitlichen Verlauf betrachtet steigert und negative Frames zurückgehen (Alföldi, 2009, S. 109). Themenspezifisch stellt Alföldi weiterhin heraus, dass bei Bezügen zur Agrarpolitik positive und negative Frames gleichwertig sind, während besonders die Themen Produktion und Kommunikation im guten Licht stehen (Alföldi, 2009, S. 132). Auf den ersten Blick vermag die Studie von Alföldi lohnenswerte Anknüpfungspunkte hinsichtlich der Frame-Konzeption liefern. Jedoch wird nicht eindeutig transparent dargestellt, auf welcher Basis die Frames vorab deduktiv entwickelt wurden. Auch die Konzeption von „Frame-Paaren“ scheint wenig zielführend. Darüber hinaus lassen die Ergebnisse keinen Rückschluss darauf zu, ob bestimmte Schlüsselereignisse Veränderungen der präferierten Frames in der Berichterstattung auslösen können.

Zusätzlich sei auf die Framing-Analyse von Kayser, Böhm und Spiller (2011) verwiesen. Sie konnten mit ihrer Studie zu 5.903 Artikeln aus überregionalen Tageszeitungen und Zeitschriften (u. a. *SZ*, *FAZ*, *Der Spiegel*, *die Welt*, *die Zeit*) im Zeitraum von Juli 2007 bis Dezember 2009 aufzeigen, dass die Intensität der Berichterstattung über Krisen und Skandale in der Ernährungs- und Agrarwirtschaft in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat und dabei besonders die Themen Umweltschutz, Agrarpolitik und Landwirtschaft in Rückbezug auf die Ernährung der Weltbevölkerung dominieren (ebd. S. 72). Darüber hinaus untersuchten sie mittels einer halbautomatischen computergestützten Inhaltsanalyse, ob die vorab deduktiv abgeleiteten Frames „Natürlichkeit“ und „Produktivität“ in überregionalen Tages- und Wochenzeitungen und einem Nachrichtenmagazin identifiziert werden können. Sie stellen heraus, dass die natürliche Lebensmittelerzeugung eine positive Konnotation erfährt (30 Prozent), während eine auf die Produktivität ausgerichtete Landwirtschaft vorrangig negativ geframed wird (43 Prozent der Artikel). Positive Aspekte der modernen, produktionsorientierten Agrarwirtschaft fallen mit rund 15 Prozent nur geringfügig ins Gewicht (Kayser, Böhm & Spiller, 2011, S. 74–76). Die Berichterstattung über Tierhaltung und Lebensweisen steht, so das Ergebnis der Studie, in einem schlechten Licht. Aufgrund der mangelnden Undurchsichtigkeit bei der Ableitung

der Frames kann die Studie keine forschungspraktischen Anknüpfungspunkte liefern. Die Autoren verweisen selbst darauf, dass die Frames „als erste Versuche“ (Kayer, Böhm & Spiller, 2011, S. 79) zu bewerten sind.

Innerhalb der Agrarwissenschaften legen Schulze und Kollegen (2008) eine weitere Medienanalyse in Bezug auf die Gammelfleischskandale vor. Im Zeitraum von April 2005 bis April 2006 analysierten sie dazu in 347 Artikeln auf Aussageebene ($n = 740$), welche Rolle die auftretenden Akteure einnehmen und ob ihnen eher eine Opfer- oder Verursacherrolle oder Helferinteressen zugeschrieben werden (Schulze, Böhm, Kleinschmit, Spiller & Nowak, 2008, S. 337). Dazu differenzierten sie zwischen politischen, privaten und zivilgesellschaftlichen Gruppen- oder Einzelakteuren. Bei der Zuschreibung der beschriebenen Rollen argumentieren sie mit dem Framing-Ansatz, wobei die Bezüge dazu weder theoretisch noch methodisch deutlich werden. So wurden die Frames nicht empirisch erhoben, sondern die Nutzung der Frames – titulierte als Opfer, Helfer und Verursacher – von den einzelnen Medien und den auftretenden Akteuren selbst wurde analysiert. In ihren Ergebnissen zeigen die Autoren auf, dass die politischen Sprecher mit ihren Aussagen in der journalistischen Berichterstattung im Vergleich zu anderen Akteursgruppen am präsentesten sind. Dabei betonen sie besonders ihre Helferrolle und heben mithin ihre Problemlösungskompetenz hervor. Sprecher von Verbänden der Fleischwirtschaft oder Vertreter von Verbraucherinteressen dringen hingegen kaum in der Berichterstattung durch und können sich besonders in den Leitmedien nicht als Opfer des Skandals präsentieren. Auch mit Verbesserungsvorschlägen durch stärkere Eigenkontrollen finden sie kein Gehör. Aufschlussreich ist der Befund, dass in den untersuchten Leitmedien vor allem der Verbraucher als Opfer gesehen wird, während die landwirtschaftliche Fachpresse primär die Fleischwirtschaft als Opfer der Gammelfleischskandale benennt (Schulze, Böhm, Kleinschmit, Spiller & Nowak, 2008, S. 343). Auf Basis dieser Studie können zwar erste Eindrücke über das strategische Framing und die Versuche einer Verantwortungsattribution in der journalistischen Berichterstattung gewonnen werden, jedoch lassen sich insgesamt betrachtet nur einzelne themenspezifische Erkenntnisse für das hier geplante Vorhaben ableiten.

Eine weitaus umfassendere Framing-Analyse über das Bild der Nutztierhaltung in den Medien lässt sich bei Wolfram, Kothe, Brümmer und Mergenthaler (2021) finden. Im Zeitraum von 2010 bis 2015 untersuchten sie 1.282 Artikel, die sie mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe aus überregionalen Zeitungen (*SZ, FAZ, taz, die Welt, die Zeit, BILD*), regionalen Wochen- und Tageszeitungen (*Westfalenpost, Flensburger Tageblatt*), einem Wochenmagazin (*Der Spiegel*), Fachmagazinen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft (*top agrar, Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW), DLG-Mitteilungen, Lebensmittelzeitung*) sowie Publikationen von Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen (*Animal Times (peta), Das Recht der Tiere (bmt – Bund gegen den Missbrauch der Tiere), PROVIEH-Magazin (PROVIEH)*) zogen. Für die Frame-Identifikation wählten sie das manuell-dimensionenreduzierende Verfahren und operationalisierten analog dazu die vier Frame-Elemente. Insgesamt identifizierten sie neun Frames: (1) Nutzen-Wirtschaft, (2) Schaden Landwirtschaft,

(3) Image Landwirtschaft, (4) Verantwortung Verbraucherschaft, (5) Politik, (6) Tierschutz, (7) Verursacherin Tierhaltung, (8) Gute Praxis und (9) Gesellschaft und Tierhaltung (Wolfram et al., 2021, S. 18–31).

Die Untersuchung brachte vier zentrale Erkenntnisse hervor: Erstens, Frames („Nutzen Wirtschaft“ & „Schaden Landwirtschaft“), die den ökonomischen Nutzen der Tierhaltung hervorheben und auch die ökonomischen Schäden für die Landwirte durch zu geringe Preise herausstellen, finden sich vorrangig in der landwirtschaftlichen Fachpresse (Wolfram et al., 2021, S. 32). Zugleich konnte in diesen Medien am häufigsten der Frame „Image Landwirtschaft“ identifiziert werden, der die Diskussion über die gesellschaftliche Perspektive auf die Tierhaltung selbst betont. Als Lösungsmaßnahme wird eine transparente und bessere Kommunikation von Akteuren aus dem landwirtschaftlichen Sektor und den Landwirten gefordert (Wolfram et al., 2021, S. 21). Auch der Frame „Gute Praxis“, der die Tierhaltungsthematik vor allem aus landwirtschaftspraktischer Nutzenperspektive beleuchtet, findet wenig überraschend besonders in dieser Mediengattung Anwendung (Wolfram et al., 2021, S. 34).

Zweitens liegt in überregionalen Medien eine größere Frame-Vielfalt vor, wobei in der *SZ* und *taz* schwerpunktmäßig der „Tierschutz-Frame“ und „Politik-Frame“ präferiert wird. Mit dem erstgenannten Frame liegt der Schwerpunkt explizit auf der landwirtschaftlichen Tierhaltung und betrachtet diese im kritischen Licht. Verantwortlich für die Entwicklung und die negativen Auswirkungen auf die Tiere (bspw. Töten männlicher Küken, Kürzen der Schnäbel) ist in diesem Frame die Landwirtschaft. Der gewählte „Politik-Frame“ fokussiert die Entwicklungen in der Agrarpolitik. Die beiden Medien betonen durch diesen Frame, dass die politischen Verantwortlichen konkrete Lösungsmaßnahmen für eine bessere Tierhaltung entwickeln müssen. Eine ähnlich starke Akzentuierung erfährt der Frame „Verantwortung Verbraucherschaft“, in dessen Fokus besonders der Konsum von Fleisch steht und der im Gegensatz zum Tierschutz-Frame stärker die Verantwortung des Verbrauchers herausstellt, indem dieser selbst bewusster einkauft und bereit ist, höhere Preise zu zahlen (Wolfram et al., 2021, S. 23–24). Die *FAZ* bevorzugt in ihrer Berichterstattung ebenfalls den „Politik-Frame“, legt aber zugleich einen weiteren Schwerpunkt auf den Frame „Schaden Landwirtschaft“ und hebt damit vorrangig die Folgen und Probleme wirtschaftlicher Entwicklungen (besonders auf dem Milchmarkt) für die Landwirte hervor. Im Vergleich zu den landwirtschaftlichen Fachmedien kommt dieser Frame in der *FAZ* nur selten vor.

Drittens stellen den Ergebnissen zufolge regionale Tageszeitungen noch stärker den Verbraucher in den Mittelpunkt und erklären, dass die Probleme nicht nur in der Landwirtschaft liegen, sondern auch die Verbraucher selbst durch einen bewussteren Konsum einen Beitrag leisten. Insgesamt nehmen die regionalen Medien aber eine positivere Perspektive als die überregionalen Medien ein. Zusätzlich lassen sich Überschneidungen zwischen den landwirtschaftlichen Fachmedien und den Regionalzeitungen dahingehend erkennen, dass beide eine verstärkte Kommunikation über die landwirtschaftlichen Themen fordern (Wolfram et al., 2021, S. 32).

Viertens untersuchten die Autoren die Entwicklung der Frames im Zeitverlauf. Sie konnten nachweisen, dass alle Frames über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg in der Berichterstattung identifiziert werden können. Der „Politik-Frame“ weist dabei klare ereignisbezogene Tendenzen auf und trat so besonders 2013 im Bundestagswahljahr auf (Wolfram et al., 2021, S. 35). Für die überregionalen Medien kann ein klarer Trend des „Tierschutz-Frames“ aufgezeigt werden, der besonders 2014 und 2015 präsent war. Zugleich gewinnt der „Nutzen Wirtschaft“ Frame dazu, bleibt jedoch hinter dem Tierschutz-Frame zurück. Die Autoren leiten daraus ab, dass kein genereller Trend zur negativen Berichterstattung in den Medien unterstellt werden kann, sondern ebenso neue Lösungswege und Innovationen eine Rolle spielen (Wolfram et al. 2021, S. 37). Krisenorientiert berichtet die Fachpresse, sodass der Frame „Schaden Landwirtschaft“ gerade im Jahr des Dioxin-Skandals sowie in der Milchkrise 2015 eine große Präsenz erfuhr. Der Tierschutz-Frame hingegen war im gesamten Untersuchungszeitraum zweitrangig (Wolfram et al., 2021, S. 37–38).

Welche zentralen Erkenntnisse dieser umfassenden Analyse von Wolfram und Kollegen sind für die hier vorliegende Studie relevant? Zum einen bietet diese Framing-Analyse einen weiteren tiefgehenden Einblick in die Berichterstattung über die landwirtschaftliche Tierhaltung und macht es möglich, ein umfassendes Bild nachzuzeichnen. Zudem stellen die von Wolfram und Kollegen identifizierten Frames einen wertvollen Anknüpfungspunkt für die Frame-Konzeption in dieser Arbeit dar, da sie nicht nur denselben landwirtschaftlichen Zweig (Tierhaltung) in den Blick nehmen, sondern auch durch ihre transparente Vorstellung der Frames und der einzelnen Frame-Elemente deren Nachvollziehbarkeit gewährleisten (vgl. Kap. 9.5). Zusätzlich können in der anschließenden Rekapitulation und Einordnung der eigenen Ergebnisse Rückschlüsse auf ihre Befunde gezogen werden und mögliche Überschneidungen die Forschungserkenntnisse über die Berichterstattung landwirtschaftlicher Tierhaltung in überregionalen Medien und der Agrarpresse weiter ausbauen.

Die vorigen Kapitel haben es sich zur Aufgabe gemacht, eine kursorische Übersicht über die bisherige Bedeutung der Land- und Agrarwirtschaft als Themengegenstand empirischer Studien im Fachbereich der Kommunikationswissenschaften zu geben. Folgendes bleibt festzuhalten: Insgesamt spielen umfassende empirische Inhaltsanalysen der journalistischen Berichterstattung noch eine untergeordnete Rolle. Hier kristallisieren sich primär einzelne Fallbeispielanalysen heraus, die einen Bezug zum Agrar- und Ernährungssektor aufweisen. Einen hohen Stellenwert nimmt dabei die BSE-Krise als Schlüsselereignis ein. Des Weiteren lässt die Ausarbeitung der bisherigen Befunde die Ableitung zu, dass mehr Missstände bzw. Krisen wissenschaftlich untersucht werden, die vor allem die Gesundheit der Verbraucher gefährden (EHEC, Pferdefleischskandal, Gammelfleischskandal). Einzelne Lebensmittelskandale scheinen nicht nur bei den Medien, sondern auch bei den Forschenden verstärkt das Interesse zu wecken. Von besonderer Relevanz für das hier geplante Vorhaben sind u. a. die Langzeitstudie von Hagenhoff (2003) sowie Linzmaier (2007). Sie bieten das Potenzial, in der Diskussion Rückschlüsse zu ziehen und die Ergebnisse in die Theorie einzuordnen. Framing-Studien, die als Themengegenstand die Landwirtschaft in den Blick nehmen, wurden bislang in erster Linie von Agrarwissenschaftlern durchgeführt (Ausnahme Hagenhoff, 2003). In den dargestellten

Analysen dominiert der Fallbeispielcharakter, oder die untersuchten Fallzahlen sind zu gering, als dass sie eine starke Aussagekraft und damit mögliche Rückschlüsse zuließen. Ein weitaus größeres Problem liegt hinsichtlich der mangelnden Transparenz bei der Frame-Konzeption vor. Aus einigen Studien lässt sich nicht eindeutig erkennen, welcher methodische Ansatz zur Frame-Analyse gewählt wurde. Wiederum andere sind derart themenspezifisch, dass sie eine Übertragung auf andere Studien ausschließen. Eine Ausnahme bildet die Analyse von Wolfram und Kollegen (2021), sodass diese ebenfalls in der Arbeit Berücksichtigung findet.

6.4 Attribution von Verantwortung: Erkenntnisse und Ergebnisse

Die Attribution von Verantwortung ist ein Prozess, der im Hinblick auf bestimmte Ereignisse innerhalb des Leistungssystems Landwirtschaft stattfindet, über die in den Massenmedien berichtet wird. Die Entwicklungen, Folgen, Handlungen, aber auch Unterlassungen von Personenkreisen oder Institutionen in Bezug auf einen bestimmten Sachverhalt werden von den Massenmedien beobachtet und sinnhaft konstruiert (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2005, S. 4). Diese Beobachtungen der massenmedialen Öffentlichkeit zu den wechselseitigen Aushandlungsprozessen von Verantwortlichkeiten beeinflussen wiederum die Bevölkerung in ihrer Einschätzung und Meinung zu den handelnden Akteuren und Akteursgruppen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 529–530). Die Wirkmacht von Verantwortungsattributionen scheint also unumstritten. Und dennoch ist die systematische Untersuchung der öffentlichen Attribution in den Sozial- und Kommunikationswissenschaften nur in einem überschaubaren Maße durchgeführt worden (Altmeppen et al., 2019, S. 72). Galonska und Kollegen (2007, S. 16) unterstreichen: „Das Grundproblem einer empirischen Untersuchung zur gesellschaftlichen Verantwortung von Akteuren der Wirtschaft besteht darin, die Konzepte und Untersuchungsdimensionen zu operationalisieren.“ Haben sich Forscher mit dem Feld der Verantwortungsattribution beschäftigt, konzentrieren sich diese vorrangig auf spezifische Bereiche bzw. einzelne Ereignisse wie Wahlen/Politik (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, 2009; Tennert, 2006; Tennert & Stiehler, 2001) innerhalb der Risiko- und Krisenkommunikation (Nerb, 2000; Schwarz, 2008a) oder spezifische Themenbereiche wie Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (Becker, Wagner & Christ, 2010). Auch befassen sich erste⁴² Forschungsarbeiten⁴³ innerhalb der Rezeptionsforschung mit Zusammenhängen von Krisenkommunikation von Unternehmen und der Wahrnehmung von Ursachen und Verantwortlichkeiten (Schwarz, 2008b).

42 Für die spezifische Auseinandersetzung der organisationalen Krisenkommunikation und inwiefern diese Attributionstheorien erklärt werden, stellt die Forschung u. a. die Situational Crisis Communication Theory (SSCT) von Coombs und Holladay (1996) zur Verfügung.

43 Einen ersten methodischen Ansatz legten 2005 Peter und Heinrichs vor, die im thematischen Bezug auf den Klimawandel mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse auf Aussageebene u. a. danach fragen, wer für ein bestimmtes Risiko – differenziert in Verursachung (Schuld-Zuschreibung) und Zuständigkeit (Risiko-Management) – innerhalb der journalistischen Berichterstattung verantwortlich gemacht wird (Peters & Heinrichs, 2005, S. 21). Ihr Konstrukt dient Gerhards und Kollegen (2007) als Basis für ihr methodisches Instrumentarium.

Insgesamt bietet die Forschungsliteratur eine Vielzahl definitorischer Ansätze zum Verantwortungsbegriff und zu den Verantwortungsrelata (vgl. Kap. 4). Die empirische Umsetzung konzentriert sich jedoch, wie bereits angeklungen, bis dato vorrangig auf einzelne handelnde Akteure bzw. Akteursgruppen. Aus soziologischer Perspektive steht so bspw. weniger das *Wie*, sondern vielmehr das *Wer* der Verantwortungsrelata im Vordergrund (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 530). Forschungen aus diesem Fachbereich fokussieren, wie sich einzelne Akteure Erfolg bzw. Misserfolg zuschreiben. Erfolg führen Akteure demnach auf sich selbst zurück, Misserfolg hingegen auf situative Gegebenheiten bzw. Umstände (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2005, S. 7). Ähnliche Argumentationsmuster zeigen kommunikationswissenschaftliche Forschungen auf, die sich ebenfalls sozialpsychologischer Attributionstheorien bedienen und herausstellen, dass Verantwortungsattributionen in den Medien bei Erfolg (hier das Beispiel Wahlerfolg) aufgrund der eigenen Kompetenz erzielt wurden, bei einer Wahlniederlage hingegen widrige Umstände dafür verantwortlich sind (Stiehler, 2000, S. 107–108).

An dieser Stelle soll daher der Verantwortungsbegriff und dessen Rolle in den Sozial- und Kommunikationswissenschaften noch einmal rekapituliert werden. Von Belang sind primär Studien und Ansätze, die Anknüpfungspunkte dahingehend bieten, inwiefern bei gesellschaftlich diskutierten Themen bzw. krisenhaften Zuständen Verantwortung attribuiert wurde. Angestrebt wird eine schrittweise Verdichtung der bisherigen Erkenntnisse und des Forschungsstandes, der mit den Studien abschließt, die sich spezifisch auf die Landwirtschaft und Verantwortungszuschreibungen konzentrieren. In diesem Zusammenhang sei bereits darauf verwiesen, dass es nicht um wirtschaftliche Einbindung und soziale Verantwortung des Leistungssystems Landwirtschaft im Sinne von CSR-Aktivitäten geht (vgl. Frangenberg, Kraus & Noell, 2016; Heyder & Theuvsen, 2012; Schaft & Brosig, 2020; von Hardenberg & Heise, 2018), sondern konkret um Prozesse von Zuschreibung bzw. der Attribution von Verantwortung. Dieser Themenkomplex – so viel sei bereits vorweggenommen – spielte in der Medien- und Kommunikationswissenschaft in Bezug auf die Landwirtschaft bislang so gut wie keine Rolle.

6.4.1 Strategien der Verantwortungsattribution

Zunächst lassen sich vor allem aus der Politikwissenschaft wertvolle Erkenntnisse für die Mechanismen und Faktoren, die die Zuweisung eines Erfolges bzw. Misserfolges beeinflussen, gewinnen. Nicht zu unterschätzen ist dabei der Einfluss, den diese Zuschreibungen auf die Einschätzungen der Bürger haben (Faas & Maier, 2015; Maier, Faas & Maier, 2014; Iyengar, 1991). Gerade in Bezug auf die Verschiebungen von politischer Gestaltungsmacht einzelner Themenbereiche von der nationalen auf die supranationale Ebene wie die EU zeigt sich in Studien zu direkten Verantwortungszuweisungen, dass nicht nur immer mehr Bürger die Verantwortung bei der EU und den politischen Akteuren sehen, sondern auch die Schuldzuweisungen stärker an jene Akteure gerichtet werden (Hobolt & Tilley, 2014; Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009). In der journalistischen Berichterstattung dringen genau diese Akteure am häufigsten mit ihren Verantwortungszuschreibungen durch und richten sich mit bewertenden Attributionsaussagen zumeist an politische Gegner oder an Institutionen bzw. Einrichtungen auf supranationaler Ebene wie bspw. die Europäische Kommis-

sion (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 106). Tennert (2006, S. 243) führte dazu eine quantitative Inhaltsanalyse zur Bundestagswahl 2002 durch und stellt heraus, dass sowohl in der Print- als auch Fernsehberichterstattung kausale Verantwortungszuschreibungen als dominierende Themen am Abend der Wahl gelten. Insgesamt betrachtet setzt sich jedoch die Printberichterstattung länger und intensiver mit der Frage nach der Verantwortung auseinander. So nennen die Printmedien doppelt so viele Attributionszuschreibungen in ihren Beiträgen als die Beiträge in der TV-Berichterstattung (Tennert, 2006, S. 243). Attributionszuschreibungen lagen vor allem in meinungsbetonten Darstellungsformen und weniger in Nachrichten oder Meldungen vor und wurden besonders in den Leitmedien geäußert und deutlich seltener in den regionalen Tageszeitungen. Werden dort Ursachenzuschreibungen und Erklärungen thematisiert, geschieht dies vor allem in Berichten. Als Hauptsprecher und Sender von Attributionsaussagen treten primär Sprecher aus dem politischen Teilsystem auf. Zivilgesellschaftliche Akteure, Wissenschaftler oder Wähler selbst spielen keine Rolle (Tennert, 2006, S. 243–244). Die Journalisten selbst äußern sich primär in Kommentaren und nehmen zumeist auf die Misserfolge einzelner Akteure Bezug. Insgesamt, so Tennert (2006, S. 245), ist der Anteil am Ursachendiskurs von den Journalisten gering. Auch in Bezug auf den Zeitpunkt von Verantwortungszuschreibungen liefert Tennert wichtige Erkenntnisse: So konnten seine Ergebnisse bestätigen, dass die Zuschreibung von Erfolgen und Misserfolgen vor allem nach unerwarteten Ereignissen auftritt und sodann in der Regel die Verlierer – hier die Parteien mit einer Wahlniederlage – Rede und Antwort stehen müssen. Die einzelnen Akteure, die am Diskurs und an der Attribution von Verantwortung teilnehmen, bedienen sich unterschiedlicher Kommunikationsstrategien, um erfolgreich Zuschreibungen vornehmen zu können (2006, S. 244). Roose und Kollegen (2018, S. 48 f.) folgend lassen sich dabei drei zentrale Kommunikationsstrategien ausmachen, die dichte Überschneidungen mit Erklärungsansätzen aus der Politikwissenschaft aufweisen: (1) *Fremdenforderungen*, (2) *Positive Selbstdarstellung* und (3) die *Sündenbock-Strategie*.

Erstgenanntes beschreibt die Strategie, wonach die agierenden Akteure bewusst Forderungen und Handlungen an andere Akteure aus dem politischen Umfeld richten. Die Verantwortung sowie „Notwendigkeit von Handlungen“ (Roose, Sommer & Scholl, 2018, S. 48) liegen damit nicht mehr im eigenen Spielfeld, sondern wurde bewusst auf andere gelenkt. Wie die Ergebnisse ihrer Studie⁴⁴ über die Zuschreibungen

44 Die Soziologen Roose, Sommer und Scholl (2018) untersuchen mittels einer „Discursive Actor Attribution Analysis“ das Kommunikationsverhalten von auftretenden Akteuren in Bezug auf Themen und Inhalte der Eurozonen-Krise. Diese systematische Erfassung von Attributionsaussagen gleicht dem Modell von Gerhards, Offerhaus und Roose (2005, 2007, 2009) und stellt die Trias von Sender, Adressat und Gegenstand in den Mittelpunkt der Analyse. Während das Grundmodell von Gerhards und Kollegen (2007) ausschließlich zwischen Kausal- und Zuständigkeitsattributionen differenziert, konzentrieren sich Roose et al. (2018) auf die drei Attributionsformen (1) Schuldzuweisung, (2) Erfolg-zuschreibung und (3) Forderungen und nehmen dabei für jede Form spezifisch die Selbstattribution (Eigenlob) in den Blick. Insgesamt fließen im Untersuchungszeitraum von 2009 bis 2016 12.828 Aussagen in die Untersuchung ein, die aus überregionalen Printmedien in Deutschland und Griechenland gewonnen wurden (Roose, Sommer & Scholl, 2018, S. 55).

von Verantwortung innerhalb deutscher und griechischer Printmedien thematisch zum Diskurs über die Eurozonen-Krise aufzeigen, wenden besonders die nationalen Regierungen sowie die Oppositionen der beiden Länder diese Strategie an (Roose, Sommer & Scholl, 2018, S. 62). Parallelen hierzu weist die in den Politikwissenschaften als *blame shifting* bezeichnete Strategie auf, bei der Politiker Handlungen und Handlungsentscheidungen an andere Akteure abgeben und – so die Annahme – auch die Verantwortung dafür übertragen (Hood, 2014; Leland, Mohr & Piatak, 2021). Des Weiteren können sie aber durch eine „diffusion of responsibility across multiple actors“ (Hobolt & Tilley 2014, S. 106) versuchen, von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken, indem sie ähnlich wie bei der Fremdforderung auf die Mitverantwortung anderer Akteure oder auf unbeeinflussbare Umstände von außen verweisen. Die aktive Schuldvermeidung des eigenen Handelns ist hierbei das Ziel. Wie die Studie von Heinkelmann-Wild und Zangl (2020, S. 739 f.) zeigt, wendet besonders die Europäische Kommission bei der Grenzschutzpolitik diese Verschleiерungsstrategie an, um vor allem die Mitgliedstaaten verantwortlich zu machen.

Auf die zweitgenannte Strategie, die positive Selbstdarstellung, verweist auch Weaver (1986), wonach strategisch agierende Akteure möglichst selten als Schuldige dastehen wollen (*blame avoidance*) bzw. versuchen, dies gänzlich zu vermeiden (Daugbjerg & Swinbank, 2007; McGraw 1991; Weaver, 1986). Stattdessen schreiben sie sich selbst für die eigenen Handlungen den Erfolg zu (*credit claiming*) (Glazer & Segendorff, 2005). Gerhards und Kollegen⁴⁵ (2009, S. 546–547; vgl. ausf. Kap. 11) legten in ihrer Studie ebenfalls einen Schwerpunkt auf die Selbstattribution und stellen heraus, dass in über der Hälfte aller Aussagen, in denen der auftretende Akteur seine eigenen Handlungen reflektiert und sich selbst die Verantwortung zuschreibt, er diese als Erfolg bewertet bzw. negative Zuschreibungen ablehnt. Beurteilen sie Handlungen anderer Akteure, so fallen diese in über 70 Prozent negativ aus. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Roose et al. (2018, S. 62 f.). Demnach wenden, wenn auch im Vergleich eher selten, vor allem die nationalen Regierungen diese Kommunikationsstrategie des Selbstlobs an, um ihre Handlungen und getroffenen Entscheidungen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Zusätzlich versuchen sie, durch Erfolgszuschreibungen von Verbündeten ihr eigenes erfolgreiches Handeln zu stützen. Dass sie besonders mit dem Selbstlob in der journalistischen Berichterstattung nur bedingt durchdringen, ist der Tatsache geschuldet, dass Medien vor allem negative Schlagzeilen präferieren. Für Lobesbekundungen ist wenig Platz (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 544). Daher überrascht auch das Ergebnis nicht, dass zivilgesellschaftliche Akteure wie Organisationen in keinem nennenswerten Umfang auf diese Kommunikationsstrategie zurückgreifen. Schließlich ist es für sie ressourcenfordernd genug, in der journalistischen Berichterstattung mit ihrer Position durchzudringen (Konzept des „frame building“ vgl. Arroyave, 2012; Böcking, 2009; Carragee & Roefs, 2004; Johnston & Noakes, 2005; Reese, 2001), weshalb sie Schuldzuweisungen bevorzugen.

45 In ihrer systematischen Inhaltsanalyse von Tageszeitungen analysieren die Autoren von 1994–2003 die Zuschreibung von Erfolgen in deutsch- und englischsprachigen Zeitungen. Da das von ihnen entwickelte Analysemodell zur Erfassung von Attributionsaussagen in dieser Arbeit Anwendung findet, wird an dieser Stelle auf die weiteren Details zur Methodik bewusst verzichtet (vgl. Kap. 11.1.1).

Die prominenteste und den bisherigen Forschungserkenntnissen folgend am häufigsten genutzte Kommunikationsstrategie ist die des Sündenbocks. Bei dieser werden andere agierende Akteure für bestimmte Handlungen und negative Entwicklungen verantwortlich gemacht und durch eindeutige Schuldzuweisungen in der journalistischen Berichterstattung attackiert (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009; Heinkelmann-Wild & Zangl, 2020; Hobolt & Tilley, 2014; Roose, Sommer & Scholl, 2018). Innerhalb der Politikwissenschaften ist diese Strategie eng mit dem Negativismus als Konzept zur Politikvermittlung verbunden, wonach negative Bewertungen der Leistungen und Programme der politischen Kontrahenten vorgenommen werden, um selbst im besseren Licht zu stehen (Kepplinger & Maurer, 2004). Die Sündenbock-Strategie wurde vor allem durch die Studie von Gerhards et al. (2009, S. 548) geprägt, die mit ihren Ergebnissen die Tatsache belegt, dass die Europäische Kommission und die Regierungen anderer Mitgliedsstaaten vorrangig als Sündenböcke adressiert werden. Ursächlich dafür ist den Autoren zufolge die Verschiebung von Verantwortungszuschreibungen von der nationalen politischen Ebene auf die supranationale Ebene – in diesem Fall die EU. Ähnliche Ergebnisse legen Roose und Kollegen (2018, S. 62–63) offen, wobei auf Bundesebene vor allem die Opposition und die zivilgesellschaftlichen Akteure die Sündenbock-Strategie anwenden, um die Entscheidungen der Regierung zu kritisieren und um selbst positiv dazustehen. Die nationalen Regierungen hingegen weisen Misserfolge von sich und schieben die Schuld der Europäischen Kommission oder anderen Regierungen der Mitgliedsstaaten zu (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 549). Zu ähnlichen Erkenntnissen kommen Schäfer und Kollegen (2018), die in Bezug auf die Klimapolitik Verantwortungszuschreibungen von Akteuren in der journalistischen Berichterstattung berücksichtigen (vgl. Liang, Tsai, Mattis, Konieczna & Dunwoody, 2014). Die Autoren nehmen dabei zwei zentrale Fragen in den Blick: „Wer trägt die Schuld an einem Problem?“ und „Wer soll das Problem lösen?“ (Schäfer, Post, Schwab & Kleinen-von Königslow, 2018, S. 221). Für sie zentral ist die Ursachen- und Lösungsverantwortung, wobei sich damit deutliche Parallelen zu Gerhards und Kollegen (2007) und ihrer Differenzierung zwischen Kausal- und Zuständigkeitsattributionen aufzeigen. Sie konnten ebenfalls durch ihre Studie bestätigen, dass die Europäische Kommission als zentraler Sündenbock für negative Entwicklungen in Bezug auf klimapolitische Handlungen und Entscheidungen dient und ihr vorrangig die Verantwortung für die Misserfolge attribuiert wird (Schäfer et al., 2018, S. 240).

Auf Basis dieser drei Kommunikationsstrategien lässt sich als erstes Zwischenfazit aus den bisherigen Forschungserkenntnissen zur Attribution von Verantwortung festhalten, dass vor allem politische Akteure auf supra- und nationaler Ebene als Sender und Adressat von Verantwortungszuschreibungen in den Mittelpunkt rücken. Durchdringen sie mit Selbstbelobigungen in der Berichterstattung, schreiben sie sich primär einen Erfolg zu. Haben jedoch bestimmte Handlungen und Handlungsentscheidungen negative Aussichten zur Folge oder bereits neue Problematiken ausgelöst, suchen sie die Schuld bei anderen Akteuren. Als Sündenbock dienen besonders bei politischen Fragestellungen, die auch in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union fallen, nationale Regierungen anderer Mitgliedsstaaten oder die

Europäische Kommission. Oppositionen auf beiden politischen Ebenen sind als Adressat für Verantwortungszuschreibungen aufgrund ihrer geringen Handlungsmacht seltener von Interesse.

6.4.2 Die doppelte Verantwortung der Medien

Neben den Strategien und Faktoren, die die Attribution von Verantwortung beeinflussen können, ist es von entscheidender Relevanz, dass ausreichend Adressaten und Instanzen aus den Teilsystemen als Verantwortliche für Handlungen und Handlungsentscheidungen in Frage kommen. Dabei soll es an dieser Stelle nicht darum gehen, welche Auswirkungen die Attributionen in der journalistischen Berichterstattung auf den Leser als Adressaten haben und inwiefern diese die Verantwortungszuschreibung aus den Medien übernehmen (Brosius & Eps, 1995; Hannah & Cafferty, 2006; Hart, 2011; Iyengar, 1991; Knobloch-Westerwick & Taylor, 2008; Schwarz, 2014). Vielmehr geht es um die Rolle der Medien selbst im Prozess der Verantwortungsattribution, denn durch die weiter wachsende enge Verflechtung politischer Zuständigkeiten auf supra- und nationaler sowie regionaler Ebene wird es zunehmend wichtiger, wie die Journalisten diese komplexen Strukturen darstellen und die einzelnen Verantwortlichen in der journalistischen Berichterstattung einordnen (Haßler, 2017, S. 55). So weisen Djerf-Pierre und Kollegen darauf hin (2013, 972–973), dass die Medien allein durch ihre Berichterstattung auf gesellschaftliche Probleme und die damit verbundenen Verantwortlichen hinweisen (sollten) und direkt Zuständige zur politischen Rechenschaftslegung durch gängige journalistische Darstellungsformen wie dem Interview auffordern. In gesellschaftlichen Debatten und Krisen nehmen die Medien auf diese Weise eine Doppelrolle ein: Zum einen sind sie als massenmediale Öffentlichkeit der Ort für die öffentliche Aushandlung von Verantwortungszuschreibungen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 529). Zum anderen machen sie durch ihre Position als Beobachter auf ein (un-)verantwortliches Handeln von Akteuren aufmerksam und ordnen ihnen die Zuständigkeit für die Problemlösung zu. Trotz der Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Institutionen, Verbände oder der Verbraucher als Adressat von Verantwortungszuschreibungen richten sich jedoch weiterhin primär die Attributionen und Zuständigkeitsaufforderungen an die Akteure aus dem politischen Teilsystem. Bereits die Studie von Kepplinger (1998, S. 103) offenbart, dass im Zeitraum von Mitte der 1950er Jahre bis Ende der 1980er Jahre in der journalistischen Berichterstattung die nationale Regierung und die damit verbundenen politischen Akteure immer öfter als Verursacher der identifizierten Probleme ausgemacht wurden und ihnen zugleich die Zuständigkeit für die Problemlösung attribuiert wurde. Zurückzuführen, so Kepplinger (1998, S. 103, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.), sei dies auf „die Steigerung der Erwartungen an die Politik Je mehr die Politik in den vorpolitischen Raum vordrang, desto mehr wurde sie für die Lösung ... in Anspruch genommen. Die Folge war eine *strukturelle Überforderung der Politik*“. Wie bereits geschildert bestätigen Gerhards und Kollegen (2007, 2009), Roose et al. (2018) und auch die Forschungen von Djerf-Pierre, Ekström, Håkansson und Johansson (2014) in Bezug auf zwei Industriekrisen in Schweden diese Entwicklung: In Krisen und krisenhaften Situatio-

nen richten sich weiterhin die Aufmerksamkeit und Verantwortungszuschreibungen an die agierenden politischen Akteure – sie stehen also im Zentrum der Verantwortungsattributionen.

Wird das Augenmerk spezifisch auf die Rolle der Medien gerichtet, so gilt es auch, Framing-Studien in den Blick zu nehmen. Verantwortung selbst spielt als eines der vier Frame-Elemente (vgl. Kap. 5.5.4.1) eine zentrale Rolle. Entsprechend betrachten Wissenschaftler häufig die Attribution von Verantwortung im Rahmen von Framing-Analysen in Bezug auf gesellschaftliche Streitpunkte (Iyengar & Kinder, 1987; Valkenburg, Semetko, & de Vreese, 1999). Als Grundstein dieser Analysen kann die Studie von Iyengar (1991) gelten, der zwischen „*episodic* and *thematic* Frames“ bei Verantwortungszuschreibungen differenziert und es mit seinem Ansatz erlaubt, die Effekte auf den Rezipienten zu analysieren. Erstgenannte, die episodischen Frames, betonen seinen Ergebnissen zufolge die individuelle, akteursbezogene Verantwortung für ein Problem, die vor allem auf individuelle Gegebenheiten oder spezifische Ereignisse zurückzuführen ist. Thematische Frames schreiben der Gesellschaft die Verantwortung zu und berücksichtigen längerfristige Entwicklungen (vgl. ausf. Kap. 5.5.4.3). Je nachdem, welches Framing in der journalistischen Berichterstattung dominiert, nehmen die Rezipienten die Verantwortungsattribution anders wahr. So überwiegt die Zuschreibung entweder auf individueller oder auf gesellschaftlicher, politischer Ebene. Anwendung findet dieser Ansatz u. a. im Bereich der Sportkommunikation (konkret Doping) (Stärke & Flemming, 2017), der Gesundheitskommunikation (Dobrick & Reifegerste, 2015; Holton, Weberling, Clarke, & Smith, 2012) und in Bezug auf das Auslösen von Emotionen (Aarøe, 2011; Kühne, Weber, & Sommer, 2015).

Das Attributionsverhalten der Medien selbst – unter Anwendung des methodischen Instrumentariums von Gerhards – nehmen Nowak und Altmeppen (2020) in den Blick. Thematischer Gegenstand sind die Fälschungen des Spiegel-Reporters Claas Relotius. Das Augenmerk liegt hier besonders auf der Selbstattribution von Verantwortung, denn es stellt sich die Frage, inwiefern *der Spiegel* Selbstkritik äußert. Die Ergebnisse bestätigen zum einen die Dominanz von kausalen Verantwortungszuschreibungen, die sich in diesem Fall zumeist direkt an Relotius richteten. Zum anderen konnten die Autoren aufzeigen, dass *der Spiegel* die Verantwortung ebenfalls vorrangig Relotius zuweist, um von sich selbst abzulenken, und andere Leitmedien wie die *FAZ* hingegen auf die Verantwortung des Magazins in Bezug auf die Faktenüberprüfung verweisen, um ihre eigene Glaubwürdigkeit zu stärken (Nowak & Altmeppen, 2020, S. 385). In Bezug auf die hier angestrebte Studie lässt sich ableiten, dass die Sündenbock-Strategie weiterhin als gängige Kommunikationsform bei Verantwortungsattributionen Anwendung findet und Medien als Akteure selbst vorrangig die Verantwortung bei anderen suchen. Selbstkritik äußern sie jedoch nur in einem überschaubaren Umfang. Darüber hinaus wählte Bracker (2017) das von Gerhards et al. (2007) entwickelte standardisierte Verfahren als Grundlage für ihre Untersuchung des Fremdbilds von Medienunternehmen und ihrer CSR/CSI-Aktivitäten. Ihre Erkenntnisse und das methodische Vorgehen dieser Untersuchung bieten insofern wertvolle Anknüpfungspunkte für die hier angestrebte Studie, als sie bspw. mit ihrer Betitelung des Verantwortung wahrnehmenden Akteurs als „Verantwort-

tungsakteure“ darauf hinweist, dass so nicht nur die reine Wahrnehmung, sondern auch die Vernachlässigung von Verantwortung berücksichtigt werden sollte (Bracker, 2017, S. 489).

Im Hinblick auf Erkenntnisse aus dem Fachbereich der Kommunikationswissenschaften lassen sich nach dem bisherigen Kenntnisstand keine empirischen Studien ausmachen, die sich spezifisch mit der Verantwortungsattribution in Bezug auf die Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland in den Massenmedien befassen. Werden vor allem die Erkenntnisse der vorgestellten empirischen Arbeiten berücksichtigt, ist ihnen gemein, dass sie speziell Krisen und Themenbereiche aus dem politischen System in den Blick nehmen und dabei Fragen nach der kausalen Verantwortungszuschreibung beantworten wollen, nämlich: Wem kann ein erfolgreiches bzw. erfolgloses Handeln in Bezug auf einen bestimmten Gegenstand attribuiert werden (Gerhards et al., 2007, 2009; Kepplinger, 1998). Themenunabhängig stehen hierbei vor allem Akteure aus dem politischen Teilsystem auf supra- und nationaler Ebene im Mittelpunkt. Sie sind der bisherigen Forschung folgend nicht nur Hauptsender von Attributionsaussagen, indem sie vor allem die Schuld an andere Akteure oder Institutionen wie die Europäische Kommission übertragen (Sündenbock-Strategie), sondern selbst gerade in der Printberichterstattung Adressat von Schuldzuweisungen.

Die dargestellten Ergebnisse einzelner Studien zeigen zusammenfassend auf, dass Fragen nach der Verantwortung dann zum Gegenstand in der journalistischen Berichterstattung werden, wenn bis dato gültige Funktionen und Leistungen einzelner Teilsysteme kritisch hinterfragt oder durch einzelne Veränderungen neue Probleme sichtbar werden (Lüdtke, 2018, S. 116 f.). Da spezifisch das Leistungssystem Landwirtschaft und darin identifizierte Krisen und krisenhafte Zustände bislang keine Rolle bei der Untersuchung der Verantwortungsattribution gespielt haben, richtet das dritte Primärziel der vorliegenden Arbeit sein Augenmerk auf diese Prozesse. Dazu werden im nachfolgenden konzeptionellen Überblick die zentralen Erkenntnisinteressen aufgezeigt und die Annahmen für die Teilerhebung I und II abgeleitet und begründet.



7 Konzeptioneller Überblick



7.1 Ausgangspunkt und Fragestellung

Die vorangegangenen Kapitel hatten zum Ziel, den theoretischen Unterbau sowie die bisherigen empirischen Erkenntnisse unter dem leitenden Forschungsinteresse umfassend vorzustellen. Auf Grundlage dessen ist es in einem weiteren Schritt möglich, die zentrale Forschungsfrage ausdifferenzieren und die Interessenschwerpunkte der Arbeit zusammenzuführen. Der nachfolgende konzeptionelle Überblick dient daher als Scharnier zwischen Theorie und empirischer Praxis und stellt die Hinführung zu den zwei Teilerhebungen der vorliegenden Arbeit dar.

Das in Kapitel 3.2 theoretisch hergeleitete Modell einer *Landwirtschaft als Leistungssystem* erfüllt für diese Arbeit zwei zentrale Ziele: Zum einen erlaubt der Vorschlag es, dass die Landwirtschaft von einem gesellschaftswissenschaftlichen Verständnis ausgehend in einer modernen Gesellschaft verortet werden kann. Zum anderen kann das Modell als theoretisches Fundament für die Erklärung von Krisen und krisenhaften Zuständen dienen, denn mit dessen Hilfe können die geltenden Regeln und Normen sowie die dazugehörigen Akteure im handelnden Zusammenwirken betrachtet werden. Lassen sich dysfunktional gewordene Strukturen im Zusammenwirken der drei zentralen Elemente erkennen, so wird eine Krise ausgelöst. An dieser Stelle greift das zweite Kernelement der Arbeit, nämlich die Konstruktion einer medialen Wirklichkeit durch die Medien. Wie eingangs erläutert, fehlt es der Bevölkerung in Deutschland größtenteils an Primärerfahrungen mit dem landwirtschaftlichen Sektor. Was sie über die Landwirtschaft und ihre Strukturen wissen, erfahren sie aus den Medien. Dementsprechend haben Medien einen entscheidenden Einfluss auf die Wahrnehmung des Sektors. Frames können in diesem Vermittlungsprozess also nicht nur orientierungs-, sondern auch entscheidungsgebend sein (vgl. Kap. 5). Setzen die Medien bestimmte Deutungsmuster verstärkt in ihrer Berichterstattung, konstruieren sie damit die Wirklichkeit vom Leistungssystem Landwirtschaft im bedeutenden Umfang (Berger, Luckmann & Plessner, 2018, S. 21 f.; Kepplinger, 2011). Die angestrebte Inhalts- und Frameanalyse kann daher nicht nur grundlegend als Möglichkeit dienen, Öffentlichkeit zu operationalisieren, sondern für die ausgewählten Krisen und krisenhaften Ereignisse lässt sich erheben, welche Frames in welchem Medium welche quantitative Betonung erhalten und wie sich diese im Zeitverlauf betrachtet entwickelt.

Das Augenmerk der Arbeit richtet sich dabei auf Krisen und krisenhafte Zustände, die den Zweigen der Tierhaltung und des Ackerbaus zuzuordnen sind. Im Zeitraum von 1993 bis 2019 werden vier Krisen und krisenhafte Zustände ausgewählt: Die Europäische Schweinepest, die Rinderseuche BSE, der Dioxinskandal und die Debatte um die verlängerte Zulassung des Herbizids Glyphosat werden in der ersten Teilerhebung näher betrachtet (vgl. Kap. 9). Anhand dieser Krisen soll quantitativ erhoben werden, welche einzelnen Themen je Krise von medialem Interesse sind, wie umfangreich über sie berichtet wird und wie sich die Framing-Aktivitäten je Krise betrachtet gestalten, welche Frames in den Medien besondere Beachtung finden und welche in den Hintergrund rücken (vgl. Kap. 10).

Das dritte Verbindungsstück stellt die theoretische Basis zum Verantwortungsbegriff und zu den Relationen der Verantwortung dar (vgl. Kap. 4). Krisen und krisenhafte Zustände lassen danach fragen, wer die Verantwortung dafür trägt (vgl. Abbildung 8). Zwar berücksichtigt auch der Framing-Ansatz die Frage nach der kausalen Verantwortung, kann aber im Rahmen des hier gewählten methodischen manuell-holistischen Zugangs (vgl. Kap. 9.5) nicht die tiefgehenden Antworten geben, wie es im Rahmen der zweiten Teilerhebung mittels einer Erhebung auf Aussageebene möglich ist (vgl. Kap. 11). Im Aushandlungsprozess um die Verantwortlichkeit treten zahlreiche Akteure auf – von Ministern über Organisationen und Umweltschützern bis hin zu den einzelnen Landwirten. Für sie bietet die journalistische Berichterstattung eine Plattform, Akteuren ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln zu attribuieren; zugleich können die Medien selbst Attributionen vornehmen. Die Verantwortungstrias von Gerhards und Kollegen (2007, 2009) stellt aus Sicht der Autorin einen geeigneten methodischen Ansatz dar, um jene Attributionszuschreibungen zu erfassen (vgl. Kap. 11.1).

Der dargelegte Forschungsstand (vgl. Kap. 6) summiert die bisherigen Erkenntnisse zum Bild des Leistungssystems in den Medien und zeigt auf, welche Einflüsse Veränderungen hinsichtlich der quantitativen Betonung eines Frames hervorrufen können, wer in Attributionsprozessen im Zentrum der Aufmerksamkeit als Verantwortungssubjekt oder Attributionsadressat steht und welche Mechanismen und Faktoren die Zuweisung eines Erfolgs bzw. Misserfolgs beeinflussen. Dabei konnten zwei perspektivische Defizite identifiziert werden: Zum einen ist bis dato nur in einem unzureichenden Maße erforscht, wie über die Landwirtschaft in Leitmedien und in Fachmagazinen der landwirtschaftlichen Branche berichtet wird und inwiefern sich innerhalb einer Krise die Betonung der Sachverhalte medienspezifisch verändert. Zum anderen ist nur wenig darüber bekannt und empirisch beobachtet worden, welchen Akteuren besonders in Krisen die Verantwortung attribuiert wird und wer diese zuschreibt. Daraus lassen sich die zwei zentralen Erkenntnisinteressen ableiten, um einen Beitrag zur Erweiterung dieser beiden Forschungszweige zu leisten: So gilt es zu untersuchen, welche Frames von welchem Printmedium gesetzt werden und ob sich Unterschiede zwischen Leit- und Fachmedien in der Frame-Akzentuierung und krisenspezifisch quantitativ im Zeitverlauf betrachten lassen. Ferner besteht das Ziel darin, die theoriereiche Verantwortungs- und Attributionsforschung durch eine systematische Untersuchung von Attributionsvorgängen in der journalistischen Berichterstattung über Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem empirisch zu fundieren. Das zentrale Erkenntnisinteresse lässt sich mit folgender handlungsleitenden Forschungsfrage umfassen und wird in den untenstehenden Unterfragen weiter ausdifferenziert:

Welches mediale Bild vom Leistungssystem Landwirtschaft in Deutschland wird in den überregionalen Printmedien und in Agrarfachmagazinen in ausgewählten Krisen und krisenhaften Zuständen des Sektors gezeichnet?

- Welche zentralen Medienframes lassen sich in der deutschen Berichterstattung überregionaler Printmedien und Agrarfachmedien zu ausgewählten Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft in Deutschland identifizieren?
- Wie werden ausgewählte Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem Landwirtschaft dargestellt?
- Inwiefern lassen sich innerhalb einer Krise Unterschiede in der quantitativen Betonung eines Frames oder einer Frame-Kombination in dem jeweiligen Medium nachzeichnen?
- Welche „Formen“ von Verantwortung lassen sich in der Berichterstattung der überregionalen deutschen Printmedien und der Agrarfachmagazine über die Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft identifizieren?

Ziel des nachfolgend skizzierten Designs ist es, die mediale Darstellung der Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland in ausgewählten überregionalen Leitmedien und Agrarfachmagazinen zu analysieren. Diese Analyse basiert dazu auf einem quantitativen Konzept, dass sowohl durch Häufigkeitsbeschreibungen als auch Kreuztabellen Aussagen über die Berichterstattung des Sektors innerhalb krisenhafter Ereignisse ermöglichen soll. Der folgenden Operationalisierung, also die Übersetzung theoretisch abgeleiteter Annahmen in ein Untersuchungsinstrument – hier das Kategoriensystem – geht die Aufstellung von Annahmen voran, die als Leitlinien für das weitere Vorgehen dienen und deren Ableitungen aus den bisherigen Forschungserkenntnissen dargelegt werden. Dazu seien noch folgende Hinweise gegeben: Wie die theoretische Hinführung und der Forschungsstand aufgezeigt haben, handelt es sich bei der gewählten Thematik der Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland um ein Forschungsfeld, das bislang randständig in den Kommunikationswissenschaften und den zugehörigen sozialwissenschaftlichen Disziplinen behandelt wurde. Sowohl der Kenntnisstand zur Attribution von Verantwortung als auch zu Framing-Prozessen innerhalb dieses Themenbereichs kann als unterrepräsentiert angesehen werden. Entsprechend schwierig gestaltet es sich, die beiden Teilerhebungen auf umfassenden empirisch und theoretisch begründeten Annahmen fußen zu lassen. Die Autorin unternimmt daher den Versuch, erste forschungsleitende Annahmen zu formulieren. Jedoch sollen beide Teilerhebungen primär unter der forschungsleitenden Frage stehen mit dem Ziel, das noch unerforschte Themengebiet der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Fachmedien zu ergründen. Den Untersuchungen liegt dementsprechend ein „offenes ... Entdeckungspotenzial“ (Früh, 2017, S. 72) zugrunde. In der nachstehenden Abbildung 8 werden die zentralen Absichten und Forschungsschwerpunkte der vorliegenden Arbeit zusammenfassend betrachtet und zueinander in Beziehung gesetzt.

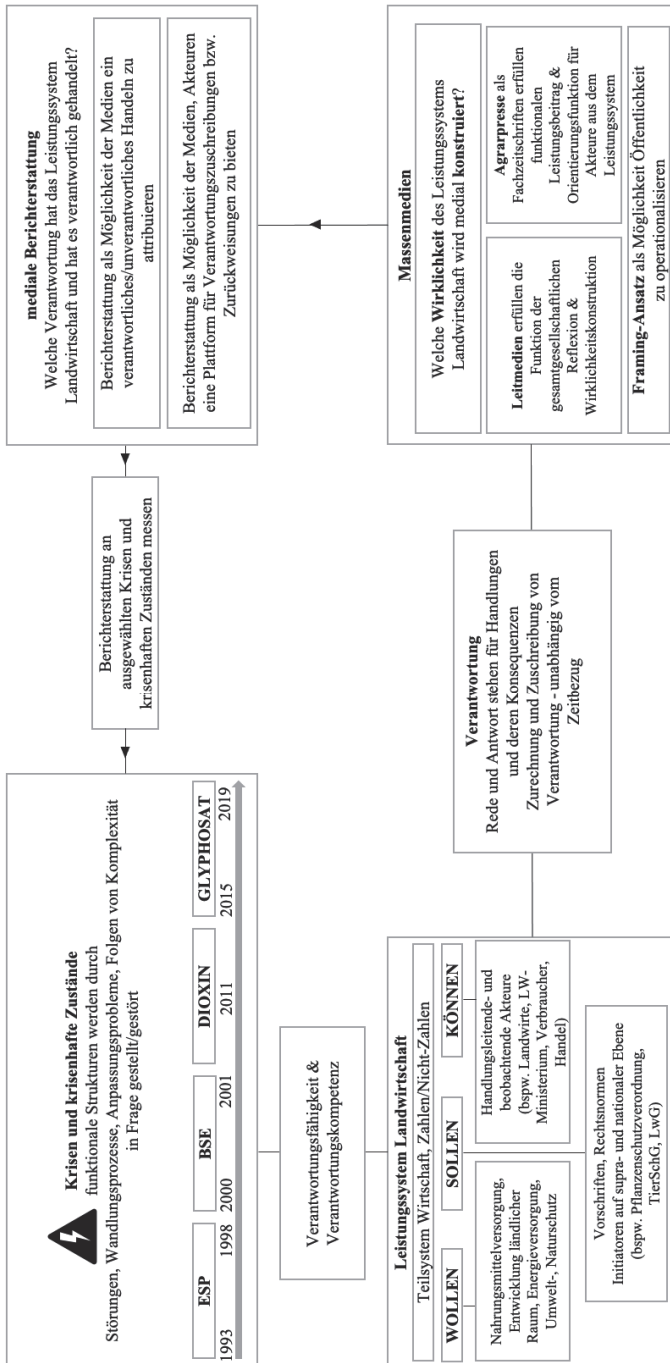


Abbildung 8:

Konzeption und Forschungsinteresse der Arbeit. Die aufgeführten Akteurkonstellationen („Können“) und institutionellen Ordnungen („Sollen“) sind an dieser Stelle exemplarisch für den gewählten Schwerpunkt der Arbeit auf die landwirtschaftlichen Zweige, der Tierhaltung und des Ackerbaus, angeführt und ließen sich je nach Schwerpunkt bspw. für die Forstwirtschaft entsprechend erweitern bzw. anpassen.

7.2 Ableitung der Annahmen

Der erste Abschnitt widmet sich den Annahmen zur formalen Aufbereitung und Einbettung der journalistischen Berichterstattung in den ausgewählten Printmedien. Es soll herausgearbeitet werden, inwiefern sich die mediale Aufmerksamkeit in den untersuchten Printmedien gestaltet. Die journalistische Darstellungsform als Kategorie kann interessante Erkenntnisse liefern. Auf Basis der Objektivitätsnorm im Journalismus, eine angestrebte Ausgewogenheit in der Darstellung eines Themas, ist zu vermuten, dass tatsachenbetonte Darstellungsformen wie Berichte im Gegensatz zu erzählenden Formen überwiegen (vgl. Hagenhoff, 2003, S. 111; Potthoff, 2012, S. 180). Außerdem wird angenommen, dass die Medien über die ausgewählten Krisen in der Landwirtschaft prominent berichten. Die Redaktionen greifen in ihrer Berichterstattung weniger auf Agenturmaterial zurück, sondern veröffentlichen vorrangig eigene recherchierte Berichte oder kombinieren diese mit Agenturmaterial. Medienspezifisch wird vermutet, dass die Agrarpresse aufgrund ihrer wöchentlichen Periodizität stärker die Hintergrundberichterstattung fokussiert und daher primär längere Berichte verfasst werden. Zusammenfassend sollen diese Überlegungen in folgender Annahme untersucht und mithilfe der Variable V5 sowie der Variable V6a-e (vgl. Tabelle 7) gemessen werden:

Annahme I: In der Berichterstattung beider Mediengattungen überwiegt die tatsachenbetonte Darstellungsform.

Gemessen an der Anzahl veröffentlichter Artikel können die Studienergebnisse Erkenntnisse dahingehend liefern, in welchen Wellen der Berichterstattung die jeweilige Krise in den Medien thematisiert wird. So lässt sich vermuten, dass die Berichterstattung nach einem ersten „auslösenden Ereignis“, wie bspw. der erste Fall von ESP auf einem landwirtschaftlichen Betrieb, zügig ansteigt, auf einem intensiven Höhepunkt der Berichterstattung für längere Zeit stehen bleibt und anschließend wieder abflacht. Bisherige Erkenntnisse aus dem Forschungsstand stellen heraus, dass mit steigender Berichterstattungsintensität ein höherer Beachtungsgrad des Themas durch die Journalisten vorliegt, jedoch nach einer gewissen Zeit auf das vorherige Niveau zurückfällt (Feindt & Kleinschmit, 2004, S. 95; Görke, Kohring, Ruhrmann, 2000; Hagenhoff, 2003, S. 79, 92; Linzmaier, 2007, S. 154). In der Regel, so zeigen es Kohne und Ihle (2016, S. 11) auf, ist das Medieninteresse bereits nach einem Monat versiegt. Dies mündet in der Annahme II und wird mithilfe der Variablen 3a–c sowie V2 überprüft:

Annahme II: Im Untersuchungszeitraum der jeweiligen Krise nimmt die Anzahl der Presseartikel stetig zu und flacht zum Ende hin wieder ab.

Im folgenden zweiten Abschnitt der aufgestellten Annahmen liegt der Fokus auf den identifizierten Frames in der journalistischen Berichterstattung. Dabei legen die bisherigen Kenntnisse aus dem Forschungsstand nahe, dass sich bei der Berichterstattung über ein Thema ideologische Präferenzen der Medien bei der Wahl eines Frames abzeichnen (Donsbach & Patterson, 2003; Leonarz, 2006; Wimmer, 2004; Zhou & Moy, 2007). Snow und Kollegen (2007, S. 408) stellen in ihrer Untersuchung zum Einfluss der politischen Orientierung auf die Verantwortungszuschreibungen heraus, dass die politische Präferenz keinen großen Einfluss auf den Medieninhalt hat. Zu einem anderen Ergebnis kommen Donsbach und Patterson (2003, S. 292), die einen überdurchschnittlich starken Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und dem Medieninhalt des Mediums nachweisen. Auf Basis dessen lässt sich annehmen, dass die Leitmedien eine andere Frame-Akzentuierung bevorzugen als die Agrarpresse. So kann vermutet werden, dass die Leitmedien die allgemeinen Strukturen des Leistungssystems, die auch Folgen für den Verbraucher haben, in ihrer Berichterstattung betonen. Gestützt wird diese Annahme durch die Forschungserkenntnisse Hagenhoffs (2003), die zeigen, dass die Leitmedien neben dem Frame Lebensmittelsicherheit/öffentliche Gesundheit häufig die Kosten und den Nutzen der Krise hervorheben. Zugleich kann vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse aus dem Forschungsstand vermutet werden, dass Frames in den Leitmedien dominieren, die ein negatives Bild von der Landwirtschaft, bei der der Landwirt als Täter dargestellt wird, präferieren (Grossarth, 2015; Schulze, Böhm, Kleinschmit, Spiller & Nowak, 2008, S. 243; Ziche, 1961). Auch die Ergebnisse von Wolfram und Kollegen (2021, S. 23–24), die belegen, dass die Leitmedien insbesondere den Frame präferieren, der die landwirtschaftlichen Praktiken in der Tierhaltung kritisch hinterfragt, stützen diese Annahme.

Die Agrarpresse hingegen, so wird angenommen, bevorzugt den Opferframe, der die Unschuld der Landwirte und speziell negative ökonomische Folgen hervorhebt. Diese Annahme lassen die Erkenntnisse der Studie von Wolfram und Kollegen (2021) zu, wonach gerade in Agrarfachmagazinen der Frame „Schaden Landwirtschaft“ betont wird. Gestützt werden kann die Annahme durch die Tatsache, dass die regionalen Wochenblätter einen engen Bezug zu Akteuren aus der grünen Branche vor Ort pflegen und entsprechend eine eher negativ geframte Berichterstattung meiden. Zugleich sind sie von ihrer Leserschaft, primär den Landwirten, abhängig. Ein negatives Framing, das sich bspw. durch die Akzentuierung auf den Täterframe äußert, ist dementsprechend nicht zu erwarten. So weisen auch Böcker und Mahlau (1999) mit ihrer Studie darauf hin, dass in Zeitungsartikeln mit regionalem Bezug positive Aussagen dominieren, und untermauern damit die Annahme. Jedoch ist auch zu vermuten, dass die Agrarpresse in ihrer Berichterstattung über die Krisen die zunehmende Ausrichtung des Leistungssystems am globalen Agrarmarkt betont und entsprechende Regulierungen vor allem auf supranationaler Ebene notwendig sind. Auf Basis dieser Erkenntnisse soll folgende Annahme mithilfe der Variablen V3a–c, V8 sowie V13–16 (vgl. Tabelle 7) überprüft werden:

Annahme III: In den Leitmedien SZ und FAZ dominieren der Täterframe sowie der Strukturframe, während die Agrarpresse den Opferframe und Globalisierungsframe präferiert.

Die BSE-Krise gilt dem Forschungsstand zufolge als Dreh- und Angelpunkt für die Landwirtschaft, weshalb ihre Strukturen hier nochmals spezifisch in den Blick genommen werden sollen, denn vor dem Hintergrund eines politisch angestrebten Systemwechsels lässt sich eine andere Frame-Akzentuierung erwarten. Zurückzuführen ist diese Annahme u. a. auf die Erkenntnisse aus dem Forschungsstand, dass einzelne Ereignisse einen Einfluss auf die Stabilität eines Frames haben können, indem sich dieser rund um ein bestimmtes Ereignis ändern kann bzw. ein neuer Frame in den Diskurs eintritt (Brosius & Es, 1993). Für die ausgewählten Krisen kann angenommen werden, dass insbesondere politische Ereignisse in einer Krise verstärkte Framing-Aktivitäten der untersuchten Medien hervorrufen. So wird davon ausgegangen, dass der Strukturframe in beiden untersuchten Medien präferiert wird und der Täterframe in den Hintergrund rückt. Diese Annahme wird mit den Variablen V3a–c, V8 sowie den Variablen V13–16 überprüft.

Annahme IV: Zentrale Schlüsselereignisse begünstigen die Etablierung eines neuen Frames bzw. fördern dessen Vorkommen in der Berichterstattung.

Der nachstehenden Tabelle 7 können die aufgestellten Annahmen für die Teilerhebung I entnommen werden.

<i>Die Framing-Aktivitäten der Medien</i>		
<i>Annahmen</i>	<i>Variablen zur Überprüfung</i>	
I: In der Berichterstattung beider Mediengattungen überwiegt die tatsachenbetonte Darstellungsform.	Darstellungsform, Aufmacher	V5, V6a–e
II: Im Untersuchungszeitraum der jeweiligen Krise nimmt die Anzahl der Presseartikel stetig zu und flacht zum Ende hin wieder ab.	Veröffentlichungsdatum	V2, V3a–c
III: In den Leitmedien SZ und FAZ dominieren der Täterframe sowie der Strukturframe, während die Agrarpresse den Opferframe und Globalisierungsframe präferiert.	Gegenstand der Untersuchung	V3a–c
	Krisen	V8
	Frames	V13–16
IV: Zentrale Schlüsselereignisse begünstigen die Etablierung eines neuen Frames bzw. fördern dessen Vorkommen in der Berichterstattung.	Gegenstand der Untersuchung	V3a–c
	Krisen	V8
	Frames	V13–16

Tabelle 7:

Annahmen zu den Framing-Aktivitäten und Prozessen.

Die bisherigen Kenntnisse aus dem Forschungsstand legen nahe, dass sich Verantwortungsattributionen überwiegend in der Printberichterstattung identifizieren lassen, da sie sich insgesamt intensiver und länger mit einzelnen Krisen und krisenhaften Zuständen auseinandersetzen (Tennert, 2006, S. 160). Hierbei nehmen vor allem Journalisten eine zentrale Rolle ein: Sie entscheiden, welche Akteure und Akteursgruppen in Berichten mit ihrer Verantwortungsattribution durchdringen, und zugleich tragen sie die Verantwortung für eine professionelle Berichterstattung

(Altmeyden, Brakelmann & Drössler, 2020, S. 88 f.). Gleichwohl treten in Attributionsprozessen Journalisten selbst als Sprecher und Sender von Verantwortungszuschreibungen auf. Auf die empirischen Ergebnisse von Tennert (2006, S. 245) stützend lässt sich vermuten, dass in der BSE-Krise und der Glyphosat-Debatte die Journalisten vorrangig in meinungsbasierten Darstellungsformen ihre Deutungen und Verantwortungszuschreibungen präsentieren. Auch die journalistische Praxis, dass in Berichten eine neutrale Haltung des Journalisten eingenommen werden sollte, trägt unterstützend zur nachfolgenden Annahme bei, die mithilfe der Variablen V3d-e und V4a überprüft werden soll (vgl. Tab. 8; Wolff, 2011, S. 70 f.).

Annahme I: Die Verantwortungszuschreibungen von Journalisten sind vorrangig in den meinungsbasierten und weniger in den faktenorientierten Darstellungsformen in den untersuchten Printmedien zu erwarten.

Eine zentrale Rolle innerhalb der zu erwartenden Attributionen nehmen die Akteure ein. Wie der Forschungsstand bereits aufzeigte, richtet sich die Aufmerksamkeit gerade in Krisen und krisenhaften Zuständen an die politischen Akteure auf nationaler und supranationaler Ebene. In Bezug auf die nationale Regierung lassen sich unterschiedliche Annahmen formulieren. Hier gilt es, spezifisch die Bundesminister in den Blick zu nehmen, da ihnen in jeder der untersuchten Krisen eine wichtige Bedeutung zukommt. Gerade sie werden in Krisen und krisenhaften Zuständen für ihre vorgenommenen Handlungen und getroffenen Handlungsentscheidungen verantwortlich gemacht, da ihnen als Regierungsmitglied die entsprechende Handlungsmacht zugeschrieben wird (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 535; Roose, Sommer & Scholl, 2018, S. 62–63). Auf nationaler Ebene stecken die Bundesminister und die Regierung zudem in der Situation, dass es kaum Akteure bzw. Akteursgruppen auf nationaler politischer Ebene gibt, denen sie von der Regierung ablenkend die Verantwortung attribuieren können. Aufgrund der Differenzen zwischen dem Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und der Bundesumweltministerin Hendricks in Bezug auf die verlängerte Zulassung von Glyphosat ist der Sündenbock-Strategie folgend, eine *gegenseitige Schuldzuweisung der beiden Minister* zu erwarten (Heinkelmann-Wild & Zangl, 2020). Beide Bundesminister haben ein starkes Interesse, sich mit der eigenen Sichtweise und den damit verbundenen Handlungen zu präsentieren und dem jeweils anderen *kausal negativ attribuiert die Schuld und Versäumnisse* zuzuschreiben. Die Variablen zum Attributionssender, zum Verantwortungsobjekt sowie zur Attributionsform und Bewertung (vgl. Tab. 8) werden zur Überprüfung der Variable herangezogen:

Annahme II: Der zuständige Bundeslandwirtschaftsminister und die Bundesumweltministerin weisen sich in der Glyphosat-Debatte in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung gegenseitig die Verantwortung zu.

Darüber hinaus ist an die Befunde von Roose und Kollegen (2018; Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009; Glazer & Segendorff, 2005; Hobolt & Tilley, 2014) anknüpfend zu erwarten, dass die politischen Akteure auf Bundesebene – wie die Bundes-

regierung und die zuständigen Bundesminister – von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken versuchen. Dazu werden sie vor allem der Europäischen Kommission Versäumnisse in den beiden Krisen zuschreiben. Da dieser eine direkte Handlungsmacht aufgrund ihrer Position im politischen System unterstellt werden kann, ist sie für die nationalen Akteure in der Gruppe „Politik auf Bundesebene“ ein geeigneter Adressat, um von der eigenen Zuständigkeit abzulenken und diese der nächsthöher gelegenen politischen Institution zuzuweisen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 534). Insbesondere in der Glyphosat-Debatte werden die nationalen Bundesminister für Landwirtschaft und Umwelt die Europäische Kommission für die Verzögerungen in der Regulierung um die Zulassung von Glyphosat verantwortlich machen. Diese Überlegungen münden in der dritten Annahme:

Annahme III: Die Bundesregierung und die Bundesminister adressieren in der BSE-Krise und in der Glyphosat-Debatte vorrangig der Europäischen Kommission die Verantwortung in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung.

Im Aushandlungsprozess um die Verantwortlichkeiten innerhalb der BSE-Krise und der Glyphosat-Debatte nimmt die jeweilige nationale Opposition eine besondere Rolle ein: Sie rücken aufgrund fehlender aktiver politischer Handlungsmacht zur Ausgestaltung verbindlicher Regelungen weniger in das Blickfeld und sind damit wahrscheinlich nur selten das adressierte Verantwortungssubjekt. Ihre Rolle als Sender von Verantwortungszuschreibungen können sie dafür umso aktiver wahrnehmen. Wie die Ergebnisse der bisherigen Studien zum Attributionsverhalten der Opposition belegen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009; Roose, Sommer & Scholl, 2018), geht es für die Opposition vorrangig darum, der nationalen Regierung die Schuld für Versäumnisse und falsche Handlungsentscheidungen zu attribuieren und sie zugleich mit der Zuständigkeit für die Problemlösung in der Krise zu konfrontieren. Mittels der Sündenbock-Strategie werden sie so der Bundesregierung und den jeweiligen Ministern gerade in Bezug auf die politischen Handlungsmaßnahmen Misserfolge attribuieren. Auf diese Weise können sie das unverantwortliche Handeln der Regierung in den Fokus der Aufmerksamkeit lenken, ohne selbst umfassende negative Attributionen fürchten zu müssen, da ihnen die Handlungsmacht dafür fehlt, politische Prozesse innerhalb der Krisen aktiv mitzugestalten. Zudem ist zu erwarten, dass die Opposition äußerst selten zivilgesellschaftliche Akteure und Akteursgruppen sowie EU-Institutionen als Verantwortungssubjekt adressieren. Für sie ergeben sich dadurch keine nennenswerten Vorteile (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 536; Roose, Sommer & Scholl, 2018, S. 51). Ihr Hauptadressat wird die nationale Regierung sein. Aus diesen Überlegungen resultiert die nachstehende Annahme, die mit den Variablen zur Erfassung des Attributionssenders, des Verantwortungssubjekts, der Attributionsform und der Bewertung (vgl. Tab. 8) geprüft wird:

Annahme IV: Die nationale Opposition richtet ihre Verantwortungszuschreibungen innerhalb der BSE-Krise und in der Glyphosat-Debatte in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung

anhand der Sündenbock-Strategie primär an die Bundesregierung und die zuständigen Bundesminister. Zivilgesellschaftliche Akteure und die Europäische Kommission spielen für sie als Verantwortungssubjekt keine nennenswerte Rolle.

Neben den politischen Akteuren auf Bundesebene sind ebenso supranationale Akteure wie die Europäische Kommission und das Europäische Parlament vertiefend in den Blick zu nehmen. Innerhalb der BSE-Krise und besonders in der Glyphosat-Debatte nehmen sie eine wichtige Rolle ein. Entscheidungen, wie das Import- und Exportverbot von Rindfleisch, fallen in ihren Geltungsbereich. Aus ihrer Position ist es jedoch schwer, ein direktes Verantwortungssubjekt auszumachen, dem die Kommission ein unverantwortliches Handeln attribuieren kann – außer den nationalen Regierungen. Zusätzlich ist zu erwarten, dass Sprecher der Europäischen Kommission in der journalistischen Berichterstattung seltener mit einer bewertenden Attributionsaussage durchdringen als die nationalen politischen Akteure. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse aus Studien zum Attributionsverhalten bei europäischen Themen lässt sich ableiten, dass die Europäische Kommission, wenn sie als Attributionssender auftritt, primär der Bundesregierung ein unverantwortliches Handeln attribuiert (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009; Roose, Sommer & Scholl, 2018). In Bezug auf die Glyphosat-Debatte sind mehr Zuständigkeitsforderungen an die Bundesregierung und die zuständigen Minister in Bezug auf die Regulierung um die verlängerte Zulassung von Glyphosat zu erwarten. Zusätzlich dürften Sprecher aus dem Europäischen Parlament ein Interesse daran haben, die Handlungen und Versäumnisse der Europäischen Kommission zu kritisieren, denn ähnlich wie die nationale Opposition dürften an sie gerichtete Attributionen kaum von Relevanz sein. Aus diesen Überlegungen und den bisherigen Erkenntnissen heraus lassen sich die folgenden Annahmen ableiten:

Annahme V: Tritt die Europäische Kommission als Sender von Verantwortungszuschreibungen innerhalb der BSE-Krise und in der Glyphosat-Debatte auf, so richtet sie diese vorrangig an die Bundesregierung und an die zuständigen Bundesminister.

Annahme VI: Treten Sprecher aus dem Europäischen Parlament als Sender von Verantwortungszuschreibungen innerhalb der Glyphosat-Debatte auf, so richten sie diese in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung anhand der Sündenbock-Strategie primär an die Europäische Kommission.

Durch das Auftreten zivilgesellschaftlicher Akteure im öffentlichen Diskurs einer Krise werden nicht nur neue Sichtweisen eingespeist, sondern sie können ebenfalls Akteuren die Verantwortung attribuieren und zugleich Adressat dieser sein. Im Kontext der hier untersuchten Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft spielen daher u. a. die Landwirte, Verbraucher sowie Sprecher von Unternehmen als Akteursgrup-

pe eine Rolle. Von diesen Akteuren ausgehend sind vorrangig kausale Verantwortungszuschreibungen und Zuständigkeitsforderungen zu erwarten, da sie nicht nur grundsätzlich mehr Aufwand betreiben müssen, um in der journalistischen Berichterstattung durchzudringen (vgl. Kap. 6.4), sondern Lobesbekundungen in Attributionsprozessen kaum eine Rolle spielen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 544). Daher liegt die Vermutung nahe, dass diese Gruppe der zivilgesellschaftlichen Akteure – bestehend aus Landwirten, Verbrauchern, Wirtschaft und Wissenschaft – primär Verantwortungszuschreibungen an die Gruppe „Politik auf Bundesebene“ und hier spezifisch die Bundesregierung oder die zuständigen Bundesminister richten. In der Gesamtschau betrachtet wird jedoch der Anteil von Attributionsaussagen, die sich an zivilgesellschaftliche Akteure selbst richten, gering ausfallen, weil von ihnen keine umfassende Handlungsmacht für Lösungen und Handlungsentscheidungen innerhalb der Krise zu erwarten ist. Zur Überprüfung sind die Variablen V12c–g, V14c, d, e, g, die nationalen politischen Verantwortungssubjekte (V5d, e, g) sowie die Attributionsform der Zuständigkeit und Kausalattribution und deren Bewertung erforderlich (vgl. Tab. 8).

Annahme VII: Zivilgesellschaftliche Akteure richten ihre Verantwortungszuschreibungen primär an die Bundesregierung und zuständigen Bundesminister.

Im Hinblick auf die untersuchten Printmedien und ihr eigenes Attributionsverhalten ist anzunehmen, dass die Leitmedien und die Agrarpresse unterschiedliche Attributionsgegenstände anvisieren. Zu vermuten ist, dass in den Leitmedien SZ und FAZ in der BSE-Krise vor allem verbraucherorientierte Verantwortungszuschreibungen in Bezug auf gesundheitliche Risiken (Verzehr von Rindfleisch; Glyphosat krebsauslösend) Platz finden. Darüber hinaus werden die Leitmedien innerhalb der BSE-Krise die zentralen Objekte „politische Handlungsmaßnahmen“ berücksichtigen und entsprechend viele Attributionsaussagen mit diesem Verantwortungsobjekt in die Berichterstattung einfließen lassen. Die Agrarpresse hingegen wird orientiert an ihrer Leserschaft die „ökonomischen Folgen“ als Verantwortungsobjekt fokussieren und dazu Verantwortungszuschreibungen vornehmen oder Sprecher zu Wort kommen lassen. Gerade für ihre Leser ist es von besonderer Relevanz, wer die politische Verantwortung für die Krise trägt und ob die Zuständigkeit für die folgenden ökonomischen Probleme für die Betriebe auf nationaler oder europäischer Seite liegt.

Für beide Medien ist zu vermuten, dass sie weniger an einer positiven Selbstdarstellung interessiert sind, sondern vielmehr ihre Kritik- und Kontrollfunktion wahrnehmen und in der Glyphosat-Debatte vor allem die Prozesse rund um die Regulierung sowie die verlängerte Zulassung des Herbizids berücksichtigen und entsprechend die Verantwortungszuschreibungen der unterschiedlichen Akteursgruppen präsentieren. Für die Lesergruppe der Agrarpresse ist es von großer Bedeutung, ob und – wenn ja – wie lange sie das Herbizid noch auf den Äckern einsetzen dürfen. Zusätzlich ist davon auszugehen, dass die Agrarpresse auch den Attributionsgegenstand der „ökonomischen Folgen“ (vgl. ausf. Kap. 9.6) in den Blick nehmen. Für die Leitmedien hingegen ist anzunehmen, dass sie neben den politischen Regulierungen besonders die „ökologischen Folgen“ und die damit verknüpften Verantwortungsat-

tributionen berücksichtigen. Volksbegehren wie „Rettet die Bienen“ haben gezeigt, wie stark die Themen Artenschutz und ökologische Vielfalt in der Gesellschaft verankert sind. Verantwortungszuschreibungen, die diese Thematik behandeln, dürften daher für die Leser der Leitmedien von besonderem Interesse sein und entsprechend Aufmerksamkeit in der medialen Berichterstattung eingeräumt bekommen. Diese Überlegungen lassen nachfolgende Annahmen zu und ziehen zur Überprüfung die Variablen zur Medienform (3a, 3b, 3c) und zum Verantwortungsobjekt (7a, 7b, 7e, 6a, 6b, 6d) heran (vgl. Tabelle 8).

Annahme VIII: Die Leitmedien *FAZ* und *SZ* fokussieren in ihrer medialen Berichterstattung über die BSE-Krise vorrangig Verantwortungszuschreibungen, die politische Handlungsmaßnahmen und verbraucherorientierte Risiken („gesundheitliche Risiken“) als Verantwortungsobjekt behandeln. In der Glyphosat-Debatte fokussieren sie ebenfalls die politischen Handlungsmaßnahmen („Zulassung & Regulierung“) sowie die „ökologischen Folgen“ des Herbizideinsatzes.

Annahme IX: Die Agrarpresse fokussiert in ihrer journalistischen Berichterstattung über die Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft vorrangig Verantwortungszuschreibungen, die die „ökonomischen Folgen“ für die Landwirte behandeln. In der Glyphosat-Debatte wird sie darüber hinaus einen Schwerpunkt auf das Verantwortungsobjekt „Regulierung und Zulassung von Glyphosat“ legen.

Die nachstehende Tabelle 8 enthält die Übersicht der abgeleiteten Annahmen für die Teilerhebung II. Die nachfolgenden Ausführungen widmen sich dann der Ableitung der Krisen.

<i>Die Attribution von Verantwortung</i>			
<i>Annahmen</i>	<i>Variablen zur Überprüfung*</i>		
I: Die Verantwortungszuschreibungen von Journalisten sind vorrangig in den meinungsbasierten und weniger in den faktenorientierten Darstellungsformen in den untersuchten Printmedien zu erwarten.	Darstellungsform berichtend und kommentierend		3d, 3e
	Journalist als Attributionssender		4a
II: Der zuständige Bundeslandwirtschaftsminister und die Bundesumweltministerin weisen sich in der Glyphosat-Debatte in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung gegenseitig die Verantwortung zu.	Bundeslandwirtschaftsminister und Bundesumweltministerin als Attributionssender		4d, 4e
	Bundeslandwirtschaftsminister und Bundesumweltministerin als Verantwortungssubjekt		5e, 5g
	Attributionsform faktische kausale Zuweisung		8a
	Bewertung negativ		10b
III: Die Bundesregierung und die Bundesminister adressieren in der BSE-Krise und in der Glyphosat-Debatte vorrangig der Europäischen Kommission die Verantwortung in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung.	Bundesregierung, Bundeslandwirtschaftsminister, Bundesgesundheitsministerin, Bundesumweltministerin als Attributionssender		4k, 4d, 4l, 4e
	Europäische Kommission als Verantwortungssubjekt		5i
	Attributionsform faktische kausale Zuweisung		8a
	Bewertung negativ		10b
IV: Die nationale Opposition richtet ihre Verantwortungszuschreibungen innerhalb der BSE Krise und in der Glyphosat-Debatte in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung anhand der Sündenbock-Strategie primär an die Bundesregierung und die zuständigen Bundesminister. Zivilgesellschaftliche Akteure und die Europäische Kommission spielen für sie als Verantwortungssubjekt keine nennenswerte Rolle.	nationale Opposition als Attributionssender		4g
	Bundesregierung, Bundeslandwirtschaftsminister, Bundesgesundheitsministerin, Bundesumweltministerin als Verantwortungssubjekte auf politischer Ebene		5d, 5e, 5f, 5g
	Akteursgruppen Landwirte, Verbraucher, Wirtschaft, Wissenschaft als Verantwortungssubjekte in Form zivilgesellschaftlicher Akteure		13c, 13g, 13d, 13e, 15c, 15d, 15e, 15g
	Attributionsform faktische kausale Zuweisung		8a
	Bewertung negativ		10b
	Europäische Kommission als Attributionssender		4f
V: Tritt die Europäische Kommission als Sender von Verantwortungszuschreibungen innerhalb der BSE Krise und in der Glyphosat-Debatte auf, so richtet sie diese vorrangig an die Bundesregierung und an die zuständigen Bundesminister.	Bundesregierung, Bundeslandwirtschaftsminister, Bundesgesundheitsministerin, Bundesumweltministerin als Verantwortungssubjekte auf politischer Ebene		5d, 5e, 5f, 5g
	Kausalattributionen und Zuständigkeitsattributionen		8a, 8b, 8c, 8d & 9a, 9b
	Bewertung Kausalattribution und Zuständigkeitsattribution		10a, 10b, 10c & 11a, 11b

VI: Treten Sprecher aus dem Europäischen Parlament als Sender von Verantwortungszuschreibungen innerhalb der Glyphosat-Debatte auf, so richten sie diese in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung anhand der Sündenbock-Strategie primär an die Europäische Kommission.	Darstellungsform berichtend und kommentierend	4m
VII: Zivilgesellschaftliche Akteure richten ihre Verantwortungszuschreibungen innerhalb der BSE-Krise und in der Glyphosat-Debatte primär an die Bundesregierung und die zuständigen Bundesminister.	Europäische Kommission als Verantwortungssubjekt	5i
	Attributionsform faktische kausale Zuweisung	8a
	Attributionsform faktische kausale Zuweisung	10b
	Akteursgruppen Landwirte, Verbraucher, Wirtschaft, Wissenschaft als Attributionssender in Form zivilgesellschaftlicher Akteure	12c, 12g, 14c, 14g, 14d, 14e
VIII: Die Leitmedien FAZ und SZ fokussieren in ihrer journalistischen Berichterstattung über die BSE Krise vorrangig Verantwortungszuschreibungen, die politische Handlungsmaßnahmen und verbraucher-orientierte Risiken als Verantwortungssubjekt behandeln. In der Glyphosat-Debatte fokussieren sie ebenfalls die politischen Handlungsmaßnahmen (Zulassung und Regulierung), die ökologischen Folgen des Herbizideinsatzes sowie die gesundheitlichen Risiken.	Bundesregierung, Bundeslandwirtschaftsminister, Bundesumweltministerin als Verantwortungssubjekte auf politischer Ebene	5d, 5e, 5g, 9a, 9b
	Kausalattributionen und Zuständigkeitsattributionen	8a, 8b, 8c, 8d &
	Bewertung Kausalattribution und Zuständigkeitsattribution	10a, 10b, 10c & 11a, 11b
	Printmedien FAZ, SZ als Leitmedien	3a, 3b, 3ab
IX: Die Agrarpresse fokussiert in ihrer journalistischen Berichterstattung über die Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft vorrangig Verantwortungszuschreibungen, die die ökonomischen Folgen für die Landwirte behandeln. In der Glyphosat-Debatte wird sie darüber hinaus einen Schwerpunkt auf das Verantwortungssubjekt „Regulierung und Zulassung von Glyphosat“ legen.	Verantwortungsobjekte BSE: gesundheitliche Risiken, politische Handlungsmaßnahmen	7a, 7b
	Verantwortungsobjekte Glyphosat-Debatte: ökologische Folgen, Zulassung und Regulierung	6b, 6d
	Agrarpresse	3c
	Verantwortungsobjekte BSE: ökonomische Folgen	7e
X: Die Agrarpresse fokussiert in ihrer journalistischen Berichterstattung über die Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft vorrangig Verantwortungszuschreibungen, die die ökonomischen Folgen für die Landwirte behandeln. In der Glyphosat-Debatte wird sie darüber hinaus einen Schwerpunkt auf das Verantwortungssubjekt „Regulierung und Zulassung von Glyphosat“ legen.	Verantwortungsobjekte Glyphosat-Debatte: ökonomische Folgen, Zulassung und Regulierung	6a, 6d

*Die Aufspaltung in zwei weitere Spalten bei den Annahmen IV und VII ist dem Umstand geschuldet, dass in der Auswertung der beiden Krisen mit zwei unterschiedlichen SPSS-Datensätzen gearbeitet wurde und so bei der Bildung der Akteursgruppen andere Variablenbenennungen vorgenommen wurden.

Tabelle 8:

Annahmen zu den Verantwortungsattributionen in der BSE-Krise und in der Glyphosat-Debatte.



8 Untersuchungsgegenstand



8.1 Auswahl und Ableitung der Krisen

In den vergangenen 60 Jahren haben einzelne Krisen und krisenhafte Ereignisse in der Landwirtschaft den Wirtschaftssektor immer wieder aus dem Gleichgewicht gebracht. In Anlehnung an die in Kapitel 3.3 beschriebene wissenschaftliche Einordnung und definitorische Abgrenzung des Krisenbegriffes für die vorliegende Arbeit soll an dieser Stelle zunächst das systematische Vorgehen zur Auswahl der Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft dargelegt werden. Im Anschluss erfolgt die synopsenartige Darstellung der vier Krisen mit ihren jeweiligen zentralen Abläufen, auftretenden Akteuren und politischen Handlungsfolgen. Dies soll helfen, den regulativen und sachlichen Hintergrund der ausgewählten Krisen und krisenhaften Zustände einschließlich der zentralen Schlüsselereignisse in Rückbezug auf die später folgenden Ergebnisse einordnen zu können.

Trotz umfassender Recherchen konnte keine gebündelte Literatur mit einer Übersicht über die bisher in der Landwirtschaft aufgetretenen Krisen ausfindig gemacht werden. Aus diesem Grund wurde anlehnend an die genannten Krisen-Kriterien eine systematische Annäherung an die Krisen im Leistungssystem vorgenommen. Die entsprechenden Voraussetzungen waren, dass:

- die jeweilige Krise eine allumfassende, herausragende Bedeutung für das Leistungssystem Landwirtschaft hat, mit der auch nachhaltige Veränderungen auf der Sollensebene einhergehen.
- unterschiedliche Zeiträume und damit zusammenhängende Entwicklungsstadien der Landwirtschaft berücksichtigt wurden und zugleich die Krise eine bundesweite publizistische Aufmerksamkeit generiert.
- die Berichterstattung in den Leitmedien und der Agrarpresse über die jeweilige Krise eine ausreichende Datenbasis für eine umfassende empirische Untersuchung garantiert.
- die jeweilige Krise eindeutig den landwirtschaftlichen Produktionszweigen der Viehhaltung oder des Ackerbaus zugeordnet werden konnte.

Auf Basis dieser Kriterien wurden in einem nächsten Schritt vier verschiedene Quellen herangezogen, um relevante Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft im Zeitraum von 1949 bis 2019 zu identifizieren. Neben den Datenbanken der Leitmedien SZ und FAZ wurde die Agrarpresse berücksichtigt und zusätzlich agrargeschichtliche Literatur (u. a. Bork, 2020; Kluge, 2001; Mahlerwein 2016; Uekötter, 2010) (vgl. Tabelle 9) gesichtet. So konnte sichergestellt werden, dass ausschließlich diejenigen Krisen und krisenhaften Zustände aufgenommen wurden, die durch eine bundesweite Aufmerksamkeit Gewicht bekommen. Die genannten Quellen wurden über eine Verschlagwortungsfunktion und entsprechende Suchkombinationen durchsucht. Mit den ersten Hinweisen auf eine Krise bzw. einen krisenhaften Zustand

wurden vorrangig die agrargeschichtliche Literatur sowie die überregionale Berichterstattung der ausgewählten Medien erweiternd hinzugezogen, um tiefergehende, relevante Ausführungen zu den einzelnen Krisen zu erhalten.

Quellen	Stichwortsuchsystem/Verschlagwortung
Datenbanken SZ und FAZ	Landwirtschaft OR Krise OR Agrarwirtschaft OR
Agrarpresse (landwirtschaftliche Wochenblätter)	händische Durchsicht anhand der zentralen Stichwörter
Agrargeschichtliche Literatur	Bork, 2020; Brand-Saßen, Golter, Köhne & Schnieders, 2008; Kluge, 2001; Mahlerwein, 2016; Uekötter, 2010

Tabelle 9:

Übersicht über genutzte Datenbanken und Quellen zur Identifikation von Krisen im Leistungssystem.

In diesem Prozess wurde schnell klar, dass mit dem ländlichen Transformationsprozess und der damit wachsenden Vernetzung von Natur, Technik und Mensch kontinuierlich neue Problematiken und krisenhafte Zustände aufgetreten sind. In ihrer Intensität und öffentlichen Wahrnehmung unterscheiden sie sich allerdings deutlich. So ist bspw. im Juli 1987 durch einen Bericht des Magazins „Monitor“ öffentlich bekannt geworden, dass in Bremen von Nematoden (lebende, gesundheitsgefährdende Würmer (Anisakis) befallene Heringe verkauft wurden. Zwar wurde infolge der journalistischen Berichterstattung auf Ebene der institutionellen Ordnung eine „Fischhygieneverordnung“ erlassen, doch konnte dieser als „Fischwurmskandal“ deklarierte Fund nicht die bundesweite Aufmerksamkeit generieren, wie sich das die Journalisten möglicherweise durch ihre Berichterstattung erhofft hatten⁴⁶. Aber auch wachsende ökologische Probleme infolge der Überschuss-Produktion in der Landwirtschaft, die zwar auf politischer Ebene besonders 1985 im Rahmen eines Sondergutachtens des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen der Bundesregierung unter dem Titel „Umweltprobleme der Landwirtschaft“ (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, 1985) diskutiert wurden, lösten keine bundesweite Krise oder krisenhaften Zustand aus⁴⁷. Vielmehr wurden mögliche neue Gesetze zum besseren Umweltschutz von landwirtschaftlichen Organisationen und Verbänden verhindert.

46 Im Zeitraum vom 28.07.1987 bis zum 30.08.1988 (Erlass der Fischhygieneverordnung) konnten in der SZ-Datenbank 29 Treffer, in der FAZ-Datenbank lediglich 19 Treffer identifiziert werden, die allerdings auch Meldungen und Markt- und Absatzberichte umfassen. In den landwirtschaftlichen Wochenblättern wurde diese Thematik gar nicht behandelt, was allerdings auch auf den inhaltlichen Schwerpunkt der Magazine, nämlich des Vieh- und Ackerbaus zurückzuführen ist.

47 30 Jahre nach der Veröffentlichung des Sondergutachtens hat das Umweltbundesamt ein Forschungsprojekt an der TU München-Weihenstephan gefördert, welches eine erste Bilanz zu den langfristigen Auswirkungen des Gutachtens zieht und den Stand heute beleuchtet. Für die einzelnen betrachteten Schutzgüter, wie die Biodiversität, das Wasser oder den Boden lassen sich unterschiedliche Schlussfolgerungen ziehen: Demnach hat sich bspw. die Qualität des Wassers verbessert, wohingegen in Bezug auf die Biodiversität eine Verschlechterung hinsichtlich der Artenvielfalt und dem Artenrückgang zu verzeichnen ist (vgl. Umweltbundesamt, 2015, S. 5–7).

Dazu zählt bspw. das vom damaligen Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) angestrebte Vorhaben für strengere Grenzwerte von Pestizidrückständen in Trinkwasser, das jedoch durch Druckausübungen vom DBV, den Klärschlamm von Kommunen nicht mehr auf den Äckern auszubringen, ausgehebelt wurde (vgl. Bork, 2020, S. 251 f.). Dies sind nur zwei Beispiele dafür, dass das Leistungssystem Landwirtschaft zwar – sowohl in der journalistischen Berichterstattung als auch auf politischer Ebene – thematisch oft eine Rolle spielt, aber nur selten ein Ausmaß erreicht, dass nach der definitorischen Eingrenzung innerhalb dieser Arbeit von einer Krise bzw. einen krisenhaften Zustand gesprochen werden kann. An dieser Stelle sei dennoch auf einige aufgedeckte Missstände ab Mitte der 1980er Jahre im Leistungssystem verwiesen, die weitere landwirtschaftliche Teilbereiche wie bspw. den Wein- und Gemüseanbau umfassen (vgl. Abbildung 9). Die Grenzen zwischen einem Lebensmittelskandal und einem Missstand im Leistungssystem sind dabei oft fließend.

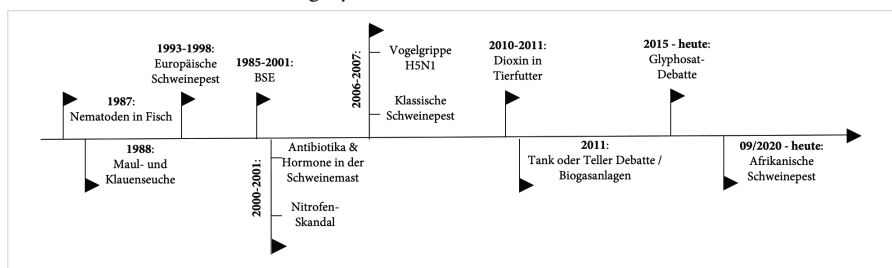


Abbildung 9:

Zentrale Krisen in der deutschen Landwirtschaft.

Auf Basis der identifizierten Missstände, Vorfälle und krisenhaften Zustände in den genannten Quellen wurden die nachfolgenden vier Krisen ausgewählt, die die aufgestellten Kriterien erfüllen und entsprechend in die Untersuchung der massenmedialen Öffentlichkeit zum Leistungssystem Landwirtschaft aufgenommen wurden:

- Europäische Schweinepest (23.04.1993–30.11.1998)
- Rinderwahnsinn BSE (20.11.2000–28.02.2001)
- Dioxin in Tierfutter (21.12.2010–28.02.2011)
- Die Verwendung und Zulassung von Glyphosat (01.03.2015–30.11.2019)

Nun scheinen die dargestellte Entwicklung und thematische Fokussierung der Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland von 1949 bis heute (vgl. Kap. 2) im Widerspruch zu den Zeiträumen der ausgewählten Krisen zu stehen. Die Landwirtschaft war, wie bereits herausgestellt, bis Anfang der 1990er Jahre nicht krisenfrei; sie hatte ebenso mit systembedrohenden bzw. zu dysfunktionalen Strukturen führenden Problemen zu kämpfen. Diese waren jedoch zusammenfassend betrachtet zumeist von absehbarer Dauer und insbesondere von agrarpolitischen Themen dominiert, die weniger die ausgewählten Produktionszweige der Landwirtschaft betreffen. So wurde debattiert, wie der Abwanderung von Arbeitern in die Industrie begegnet werden kann (Heinrichs, 1952, S. 7), ob neben einem Landwirtschaftsminister auch ein Ernährungsminister notwendig ist (FAZ, 1953, S. 9) und so wurde debattiert,

inwiefern die Gründung der EWG ein Startschuss für eine gemeinsame Agrarpolitik sein kann. Zusätzlich hat die Landwirtschaft in Deutschland nach der Wende nochmals einen strukturellen Wandel durchlaufen, der nicht nur die Privatisierung der ehemaligen LPGs umfasste (vgl. Kap. 2.1.1). Zugleich stieg die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe. Während also auf der einen Seite die Massentierhaltung dominierte, setzten sich auf der anderen Seite Landwirte für eine umweltfreundlichere und tiergerechtere Landwirtschaft ein. Und dennoch: Die Vielzahl der Krisen in den ausgewählten Produktionszweigen subsumierte sich ab den 1990er Jahren. Auch in den 2000er Jahren traten immer wieder Missstände auf, die aber, wie die Abbildung 9 zeigt, häufig definitorisch einem Lebensmittelskandal und weniger einer direkten Krise im Leistungssystem Landwirtschaft zuzuordnen sind (Linzmaier, 2007; Rössler et al., 2006).

Als weitere Indikatoren, die die gesellschaftliche Bedeutung der vier ausgewählten Krisen und krisenhaften Zustände untermauern, können das Image der Landwirtschaft in der Bevölkerung sowie die Erwartungen der Gesellschaft an diesen Sektor und an bestimmte Themenbereiche herangezogen werden (vgl. Kap. 6.3.1). Missstände in der Ernährungsproduktion hängen eng mit der individuellen Betroffenheit der Bevölkerung zusammen. Fühlen sie sich in ihrer Gesundheit bedroht, obgleich klar ist, dass bspw. wie bei der Schweinepest eine Übertragung und Gefährdung für den Menschen ausgeschlossen ist, steigt das Interesse und damit zugleich die mediale Aufmerksamkeit für die Thematik (Linzmaier, 2007, S. 10–11; Lücke, Rössler & Willhöft, 2003, S. 410–411). So zeigt eine Studie von Linnartz (1994, S. 156), dass bereits in den 1980er Jahren die Verbraucher nicht mehr nur ausschließlich die Versorgung der Bevölkerung, sondern auch eine tier- und umweltgerechte Produktion dieser als Aufgabe der Landwirtschaft sehen. Infolge der BSE-Krise, der eine „überragende Aufmerksamkeit“ (Lücke, Rössler & Willhöft, 2003, S. 411) konstatiert werden kann, wurden von den Verbrauchern zusätzlich Maßnahmen zur sicheren Nahrungsmittelproduktion gefordert. Auch lässt sich nach dieser Krise ein erhöhtes Interesse an einem transparenten Umgang mit den Tieren im Meinungsbild der Bevölkerung zur Landwirtschaft ablesen (Helmle, 2011a, S. 15–16). Darüber hinaus ist insbesondere die Glyphosat-Thematik von hoher gesellschaftlicher Relevanz, was sich zum einen im Erfolg des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ (Volksbegehren Artenschutz, 2021) zeigt. Zum anderen befürworten in aktuellen Meinungsumfragen 77 Prozent der Deutschen einen Pestizid-Ausstieg (Umweltinstitut München e. V., 2020).

Von den ausgewählten Krisen geht außerdem oftmals eine Sogwirkung aus, sodass bestehende Strukturen hinterfragt und Diskussionen um bessere Haltungsbedingungen in den Ställen in der journalistischen Berichterstattung mehr Raum finden. Trotz dieser Nachwirkungen ist der Zeitraum der eigentlichen Krise begrenzt und endet ähnlich wie ein Skandal „sang- und klanglos“ (Kepplinger & Hartung, 1993, S. 7). Nicht selten treten Missstände und dysfunktionale Strukturen nach einigen Jahren erneut auf, erreichen dann aber nicht mehr die mediale Aufmerksamkeit wie bei der ersten Krise, weshalb sie in der vorliegenden Untersuchung nicht berücksichtigt werden. Exemplarisch erläutert werden kann dies anhand der KSP bzw. ESP: Während Mitte der 1990er Jahre das Leistungssystem Landwirtschaft stark von der ESP gebeutelt wurde und die Thematik auch in der massenmedialen Öffentlichkeit Raum fand, lässt sich dies für den Ausbruch im Jahr 2006 im westlichen Münsterland nicht bestä-

tigen: Zwar berichtete das *WW* ausführlich, da die Pest in das Berichterstattungsgebiet fiel, die weiteren regionalen Wochenblätter sowie die *SZ* und *FAZ* schenkten dieser Thematik jedoch eine kaum nennenswerte Aufmerksamkeit⁴⁸. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Befunden von erhöhten Dioxinwerten in Tierfutter in den Jahren 2003 und 2004 (vgl. Kap. 8.2.3): Auch hier konnte keine umfassende Berichterstattung, die eine solide Basis für eine empirische Untersuchung darstellt, erhoben werden. Darüber hinaus wird bspw. die Vogelgrippe, die vor allem in den Jahren 2006 bis 2007 in Deutschland Geflügelhalter beunruhigte, nicht in die Untersuchung aufgenommen. Die Strukturen und Ereignisverläufe ähneln der ESP und der BSE-Krise, sodass aus Sicht der Autorin ein fruchtbarer Erkenntnisgewinn durch die zusätzliche Aufnahme dieser Krise in die Untersuchung nicht zu erwarten ist. Insgesamt treten bis heute immer wieder Missstände, Vorkommnisse und Ereignisse im Leistungssystem Landwirtschaft und im gesamten Ernährungssektor auf, die die bestehenden Strukturen ins Wanken bringen oder von der Gesellschaft hinterfragt werden. Dies zeigt sich bspw. insbesondere seit September 2021 in der Sorge vor der Ausbreitung der ASP in Deutschland. Vor dem Hintergrund der definitorischen Abgrenzung einer Krise und eines krisenhaften Zustandes im Leistungssystem Landwirtschaft hat sich die Autorin nach ausführlicher Analyse bewusst für die vier Krisen ab den 1990er Jahren – ESP, BSE-Krise, Dioxin in Tierfutter und die Glyphosat-Debatte – entschieden, um die Entwicklung der journalistischen Berichterstattung über den Sektor nachzuzeichnen. Ihre Entwicklungsverläufe werden nachfolgend vorgestellt.

48 In der *FAZ* und *SZ* sind zum Ausbruch der KSP im Kreis Borken insgesamt 18 Artikel (inkl. Meldungen) veröffentlicht worden. Das *BLW* thematisierte den erneuten Ausbruch in insgesamt acht Artikeln, die *BZ* veröffentlichte zwölf Artikel (in beiden Medien inkl. Meldungen).

8.2 Skizzierung der Ereignishintergründe

Die zentralen Hintergründe und politischen Handlungsfolgen für das Leistungssystem Landwirtschaft und andere gesellschaftliche Teilsysteme sollen im weiteren Verlauf je Krise chronologisch dargelegt werden.

8.2.1 Die Europäische Schweinepest

Als hochansteckende virusbedingte, unheilbare und anzeigepflichtige Tierseuche ist die ESP geläufig – auch KSP genannt. Hierbei handelt es sich um eine Krankheit, die Haus- und Wildschweine befällt und sowohl im direkten Kontakt von Tier zu Tier als auch indirekt über infizierte Kleidung, Schuhe, Futtermittel, Speiseabfälle oder Fahrzeuge übertragen werden kann. Für den Menschen ist die Viruserkrankung ungefährlich (BMEL, 2019e). Die ESP unterscheidet sich in ihren Krankheitsanzeichen kaum von der ASP, jedoch handelt es sich um unterschiedliche Erreger. Während gegen die Erreger der ESP ein Impfstoff entwickelt wurde, der allerdings mit der Einführung eines gemeinsamen Binnenmarktes in der EU verboten wurde, liegt für die ASP noch kein Impfstoff vor (Pietschmann, 2015, S. 1).

Seit Anfang der 1990er Jahre konnte europaweit eine steigende Zahl von ESP-Ausbrüchen bei Hausschweinebeständen beobachtet werden. 1992 traten bereits vereinzelt Seuchenherde in Deutschland auf, die jedoch auf illegale Tiertransporte und Käufe aus dem Ausland zurückgeführt werden konnten und keine entsprechende Berücksichtigung in der journalistischen Berichterstattung fanden (Land & Forst, 1993a, S. 20). Ein stetiges Ansteigen der ESP-Ausbrüche zeichnete sich seit dem 23. April 1993 ab: In sieben Betrieben im Regierungsbezirk Detmold wurde die ESP identifiziert, und von dem Zeitpunkt an vermehrten sich die Meldungen über weitere Seuchenherde (WW, 1993a, S. 11). Niedersachsen, seit jeher geprägt durch eine regionale Konzentration der Landwirtschaft auf die Schweinehaltung, war besonders betroffen. Bis 1995 konnten in Deutschland insgesamt 315 Fälle – ein positiver ESP-Befund in einem landwirtschaftlichen Betrieb – in über zehn Bundesländern ausgemacht werden⁴⁹. Die Folge: 2,1 Mio. Tiere wurden mit einer Elektrozange „gekeult“. Tatsächlich erkrankt waren 300.000 Schweine (Kluge, 2001, S. 73). Zurückzuführen sind die klaffenden Differenzen zwischen erkrankten und getöteten Tieren auf die strenge Seuchenpolitik der EU: Es gilt der Ansatz, „die Seuche in der Gemeinschaft zu tilgen“ (Europäische Kommission, 2001), sodass bei einem Ausbruch der Schweinepest sofort der gesamte Tierbestand erlegt wird⁵⁰. Zusätzlich werden Sperrbezirke eingerichtet.

Diese politischen Maßnahmen wurden auch 1993 getroffen. Erste Handelsbeschränkungen für Schweine- und Schweinefleisch aus Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern hatte die damalige EG-Kommission bereits im Juni 1993 beschlos-

49 Europaweit grassierte die ESP in über 20 Ländern und insgesamt 5,4 Mio. Schweine wurden wegen der ESP getötet (Kluge, 2001, S. 72–73).

50 In der Fachsprache bezeichnet die „stamping out-Strategie“ die Keulungspolitik, also die Tötung erkrankter und gesunder Tiere eines ganzen Bestandes.

sen (Land & Forst, 1993b, S. 3). Weitere handelspolitische Restriktionen folgten am 15. Oktober 1993, nach denen aus dem gesamten Bundesgebiet keine Schweine und Schweinefleischerzeugnisse in andere europäische Mitgliedstaaten exportiert werden durften (SZ, 1993a, S. 15). Dies führte zu ersten Protesten der Landwirte in weniger von der Schweinepest bedrohten Regionen wie bspw. in Bayern, da der Preisverfall die Existenz der Betriebe bedrohte. Die EG-Kommission reagierte, hob ein deutschlandweites Exportverbot auf, führte aber eine neue Schutzmaßnahme ein: In ausgerufenen Sperrgebieten, die sowohl die direkte Umgebung als auch benachbarte Kreise umfassten, mussten alle Schweine auch dann geschlachtet und der Tierkörperverwertung zugeführt werden, wenn sie nicht erkrankt waren (SZ, 1993b, S. 22). Die Sperrgebiete gingen jedoch deutlich über die beschriebenen maximalen 10 km (inkl. Beobachtungsgebiet) hinaus, umfassten ganze Landkreise. Massive Kritik des damaligen Bundesernährungsministers, Jochen Borchert (CDU), des DBV und Proteste der Landwirte führten dazu, dass die Sperrzone auf 20 km um den Seuchenherd verringert wurde (WW, 1993b, S. 9). Viele landwirtschaftliche Betriebe gerieten aufgrund der geringen Marktpreise, der fehlenden Abnahme der Tiere durch das Exportverbot und durch die getroffenen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Seuche in akute Existenznot. Die Betriebe durften daher eine Beihilfe aus der EG-Kasse beantragen, und durch zusätzliche Aufkaufaktionen konnten die Landwirte ihre Tiere verkaufen (SZ, 1993c, S. 33). Von 1993 bis 1995 flossen insgesamt rund 2 Mrd. DM in die deutschen Strategien und Handlungsmaßnahmen zur Eindämmung der Seuche (Kluge, 2001, S. 73). Gleichwohl trug die Sorglosigkeit einiger Landwirte zur weiteren Ausbreitung der Seuche bei: Die Verfütterung von nicht erhitzten Speiseresten galt als hauptsächliche Gefahrenquelle für einen Seuchenausbruch. Die in den 1990er Jahren gängige Praxis wurde trotz Verbot dennoch von einigen Landwirten weiter betrieben. Auch illegale Tiertransporte aus Sperrgebieten in andere Regionen und ungenügend gereinigte Transportfahrzeuge führten dazu, dass sich das Virus weiter verbreitete (Bauer, 1994, S. 38).

In den Jahren 1994 und 1995 grassierte die ESP weiterhin in Deutschland, wenngleich sich die Seuchenherde verringerten. Nachdem 1996 die Seuche abzuklingen schien, trat sie 1997 erneut auf, und für betroffene Bundesländer (u. a. Niedersachsen, NRW, Mecklenburg-Vorpommern) wurde abermals ein Exportverbot verhängen (SZ, 1997, S. 5). Immer stärker stellte sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit zwischen Keulen oder Impfen, denn eine gezielte Impfaktion als seuchenbekämpfende Maßnahme ist in der EU bereits seit Anfang der 1990er Jahre verboten – diese Impfpolitik galt auch in den Jahren 1993 bis 1995 sowie in den darauffolgenden Ausbrüchen der Schweinepest im Jahr 1997. Durch einen Markerimpfstoff können kranke Tiere von gesunden Tieren unterschieden werden. Der damalige Präsident des niedersächsischen Landvolkverbandes, Wilhelm Niemeyer, kritisierte, dass es „in diesem Europa rücksichtslos um Handelspolitik, um Marktanteile geht“ (SZ, 1994, S. 6). Diese wirtschaftlichen Gründe beruhen aus europäischer Perspektive darauf, dass auf dem Weltmarkt die USA, Japan oder Großbritannien Tiere, die den Antikörper gegen den Erreger im Blut tragen, nicht importieren, denn es kann nicht zwischen geimpften und infizierten Tieren unterschieden werden. Noch heute ist die Impfung nach europäischem und nationalem Recht verboten. Zuletzt trat die ESP in Deutschland im März 2006 auf einem landwirtschaftlichen Betrieb in NRW auf, in dessen Zuge rund 92.000 Schweine getötet wurden (BMEL, 2019e).

8.2.2 Die Rinderkrankheit BSE

Die Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE), 1985 erstmals in England entdeckt, eine unheilbare schwammartige Hirnerkrankung bei Rindern, ist eine anzeigepflichtige Tierseuche. Zurückzuführen ist die Krankheit Forschungen zufolge auf eine Umstellung der Tiermehl-Produktion in England Anfang der 1980er Jahre (BMEL, 2019f). Der Kadaver von an der Schafkrankheit Scrapie verendeten Schafen und Ziegen wurde zu Tiermehl verarbeitet, jedoch unzureichend erhitzt, sodass der Erreger von Rindern und anderen Wiederkäuern aufgenommen wurde (Kolb, 2001, S. 60). Die Inkubationszeit von BSE kann von zwei bis achtzehn Jahre reichen. Nach und nach werden Nervenzellen zerstört, und erst einige Jahre später äußert sich die Krankheit durch Bewegungsstörungen und Koordinationsschwierigkeiten. Ohne diese Krankheitsanzeichen ist BSE nicht sicher an lebenden Tieren festzustellen. Für eine systematische Untersuchung verendeter oder geschlachteter Tiere wurden Schnelltests entwickelt. Eine Impfung oder Behandlungsmöglichkeiten liegen bis heute nicht vor (BMEL, 2021f, Büschemann, 2001, S. 25). Für den Menschen ist BSE nicht ungefährlich: Der Verzehr von mit BSE infiziertem Rindfleisch kann die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (vCJK) auslösen, die ebenfalls das Gehirn angreift. Bislang ist jedoch bundesweit kein Fall von vCJK bekannt (BMEL, 2019f).

Lange Zeit galt Deutschland in den 1990er Jahren als BSE-frei, und die Krankheit wurde vor allem als Problem der Engländer angesehen. Die Europäische Gemeinschaft (EG) und Deutschland reagierten durch unterschiedliche politische Handlungsmaßnahmen: 1989 verhängte sie ein Exportverbot britischer Rinder, die vor 1988 geboren wurden. 1990 folgte die Einführung eines Tiermehlverfütterungsverbots für Rinder, Schafe und Ziegen, das 1994 auf Wiederkäuer ausgeweitet wurde (Hagenhoff, 2003, S. 282–283). Am 24. November 2000 trat jedoch ein, was schon viele Landwirte und Wissenschaftler zuvor befürchtet hatten: Deutschland war nicht mehr BSE-frei. Ein in Schleswig-Holstein geborenes und aufgewachsenes Rind wurde positiv auf BSE getestet. Am selben Tag wurde ein zweiter BSE-Fall einer deutschen Kuh bekannt, die 1995 in Sachsen-Anhalt geboren und 1998 auf die Azoren exportiert wurde. Auf der Insel war die Verfütterung von Tiermehl bereits zu dem Zeitpunkt verboten, sodass eine Ansteckung in Deutschland erfolgt sein musste (Land & Forst, 2000, S. 6). Auf Bundesebene wurden nach den entdeckten BSE-Verdachtsfällen die ersten politischen Handlungsmaßnahmen angekündigt und umgesetzt: Im Eilverfahren wurde ein umfassendes Verbot der Verfütterung von Tiermehl, das bereits seit 1994 für Wiederkäuer galt, auf alle Nutztiere ausgeweitet (FAZ, 01.12.2000, S. 1). Das produzierte Tiermehl – rund 600.000 Tonnen jährlich – durfte nicht mehr ausgeführt werden (Bolesch & Hoffmann, 2000, S. 1). Diskussionen über die Vernichtung von Tiermehl und die entstehende Frage nach der Kostenübernahme waren die Folgen (Schäfers, 2000, S. 2). Zusätzlich wurden verpflichtende BSE-Schnelltests für alle Rinder über 30 Monate eingeführt. Auf europäischer Ebene beschloss die Europäische Kommission Ende des Jahres 2000 eine Massenschlachtung, um zum einen der Seuchenverbreitung vorzubeugen und um zum anderen den Markt zu entlasten und den fallenden Rindfleischpreis zu stabilisieren. Sämtliche Rinder, die über 30 Monate alt waren, wurden in den darauffolgenden Wochen von der EU aufgekauft, gekeult und zu Tiermehl verarbeitet, das anschließend verbrannt wurde. In Deutschland betraf dies rund 400.000 Rinder. (Schlindwein, 2001, S. 16). Europaweit wurden

über 2 Mio. Rinder getötet (Kluge, 2001, S. 86). Die Massenschlachtungen und das Aufkaufprogramm sorgten vor allem bei den Landwirten für Proteste, denn durch die Verunsicherung der Verbraucher und die damit verbundene fehlende Abnahme von Rindfleisch brach der Markt zusammen. Auch Diskussionen um die Folgekosten des Tiermehlverbots sowie die Kosten für die BSE-Schnelltests standen im Raum. Angeheizt wurde die öffentliche Diskussion durch Äußerungen des zu der Zeit amtierenden Bundeskanzlers, Gerhard Schröder (SPD), „weg von den Agrarfabriken zu kommen“ (Bolesch & Hoffmann, 2000, S. 1). Vor dem Hintergrund, dass der BSE-Fall in Schleswig-Holstein auf einem bäuerlichen Familienbetrieb entdeckt wurde, fühlten sich viele Landwirte durch diese Äußerungen an den Pranger gestellt (Budde, 2000, S. 11).

Auch auf Bundesebene führte die Debatte um die richtigen politischen Handlungsmaßnahmen zu einer Regierungskrise. Der damalige Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) und die damalige Gesundheitsministerin Andrea Fischer (Bündnis90/Grüne) zogen ihre persönlichen Konsequenzen aus der Krise und traten am 9. Januar 2001 zurück. Ein neues Ministerium, das explizit den Verbraucherschutz sowohl inhaltlich als auch im Namen trägt, wurde geschaffen. Renate Künast (Bündnis90/Grüne), die das neue Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft leitete und den Aufgabenbereich für den Verbraucherschutz vom Wirtschaftsministerium übernahm, kündigte eine „Agrarwende“ an. Zu ihrem geplanten Maßnahmenkatalog gehörten neben der Förderung des Ökolandbaus und dessen Ausbau von 2,5 auf 20 Prozent die Einführung einer Positivliste für erlaubte Futtermittel sowie die Förderung des Tierschutzes und die Erhöhung der Lebensmittelsicherheit (Budde, 2001a, S. 13). Die europaweite Einführung eines Herkunftsnachweises (Tierpass), die es fortan ermöglichte, ein Tier oder das Fleisch lückenlos dokumentiert zurückverfolgen zu können, entsprach dem von Künast formulierten Ziel, eine „gläserne Produktion vom Stall bis zur Ladentheke“ (Budde, 2001a, S. 13) zu garantieren. Für die institutionelle Verankerung des Verbraucherschutzes und als wichtiger Bestandteil für die Lebensmittelsicherheit auf Bundesebene folgte zudem die Einrichtung des Bundesinstituts für Risikobewertung und Risikokommunikation sowie des BVL. Insgesamt erkrankten 2001 in Deutschland 125 Rinder an BSE. Bis heute sind 413 BSE-Fälle bekannt (BMEL, 2019g).

8.2.3 Dioxin in Tierfutter

In den vergangenen Jahren wurden wiederholt Fälle von dioxinbelasteten Lebensmitteln oder verunreinigtem Tierfutter bekannt⁵¹. Die weitaus größte mediale Aufmerksamkeit erhalten Krisen, die nachhaltige Folgen für das Leistungssystem

51 Im Januar 2003 wurden erhöhte Dioxinwerte in Schweinefutter bei einem Futtermittelwerk in Thüringen festgestellt in dessen Folge 3.000 Schweine gekeult werden müssen (Kohne & Ihle, 2016, S. 6). Im November 2004 wurden fünf Betriebe in NRW gesperrt, die Kartoffelfstärke von einem niederländischen Pommes-Frites und Futtermittelhersteller bezogen (Heims, 2004, S. 13). Der Hersteller wiederum bezog eine mit Dioxin überbelastete Tonerde zur Kartoffel-Sortierung aus Rheinland-Pfalz (SZ, 10.11.2004a, S. 14). Da die Dioxinwerte im Rindfleisch unter den erlaubten Höchstwerten lagen, wurden die Betriebe wieder freigegeben (SZ, 19.11.2004b, S. 12). Im Mai 2010 wurden wegen eines Dioxin-Verdachts Bio-Geflügelhöfe in NRW gesperrt, die Tierfutter von einem Futtermittelhersteller erhielten, der dioxinbelasteten Mais aus der Ukraine verarbeitet hat (Waldeyer, 2011, S. 23).

Landwirtschaft durch die Etablierung neuer institutioneller Ordnungen, wie dem Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Dioxin in Tierfutter mit sich ziehen. Dazu zählt der Dioxin-Skandal im Januar 2011.

Auslöser für den bisher umfangreichsten Dioxin-Skandal in Deutschland war die Meldung des Mischfutterherstellers „Wulfa-Mast“ aus Dinklage am 21. Dezember 2010 an das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, dass nach einer Eigenkontrolle erhöhte Dioxinwerte in Legehennenfutter festgestellt wurden. Das verarbeitete Futteröl konnte auf den Hersteller „Harles und Jentzsch“ zurückgeführt werden, der am 23. Dezember selbst erhöhte Dioxinwerte dem Kieler Umweltministerium meldete. Schnell stellte sich heraus, dass der Hersteller Reste aus der Produktion von Biodiesel in die Fette gemischt hatte, die nicht für den Nahrungsmittelkreislauf, sondern für die industrielle Verarbeitung vorgesehen waren. 527 Tonnen des Futterfetts wurden an Futtermittel-Produzenten in unterschiedlichen Bundesländern ausgeliefert (FAZ, 2011, S. 1). Kurz darauf wurden 22 Legehennenbetriebe vorsorglich gesperrt und Rückstandsuntersuchungen durchgeführt, die erhöhte Dioxinwerte in fünf Eierproben belegten. Am Silvestertag verkündete das Verbraucherministerium NRW, dass nach Untersuchungen von Fleisch und Eiern im Kreis Soest bei zwei Proben Dioxinrückstände gefunden wurden, die den zulässigen Grenzwert um das Vierfache überschritten. Infolgedessen wurden am 3. Januar 2011 8.000 Legehennen gekeult. Die Eier waren bereits im Handel. Weitere Höfe, vor allem in Niedersachsen, NRW, Thüringen und Brandenburg wurden aus vorsorglichem Verbraucherschutz gesperrt (Bayerisches landwirtschaftliches Wochenblatt (BLW), 2011, S. 65).

Das Ausmaß des Dioxin-Skandals wurde in den darauffolgenden Tagen zunehmend deutlicher: Insgesamt waren bis zu 3.000 Tonnen Dioxin-verseuchtes Fett in Tierfutter für Geflügel und Schweine gemischt worden. Am 7. Januar 2011 waren über 4.700 Betriebe in zwölf Bundesländern betroffen, die mit verunreinigtem Tierfutter beliefert wurden. Die Tierfutter-Menge belief sich auf über 150.000 Tonnen, das von 25 Futtermittelherstellern in vier Bundesländern produziert wurde (Wiegand, 2011, S. 1). Auch auf politischer Ebene blieb der Dioxin-Skandal nicht folgenlos: Die zu der Zeit amtierende Bundesverbraucherministerin, Ilse Aigner (CSU), legte einen Zehn-Punkte-Aktionsplan vor, der unter anderem härtere Futtermittel-Kontrollen sowie die Trennung der Produktion von Futter- und Industriefett vorschrieb (Wiegand, 2011, S. 1). Doch Aigner selbst wurde öffentlich für ihr Vorgehen im Dioxin-Skandal kritisiert und geriet zusätzlich in eine Auseinandersetzung mit dem damaligen niedersächsischen Regierungschef David McAllister (CDU). Sie warf der Landesregierung vor, das Ausmaß der Krise verschwiegen zu haben, und forderte McAllister zum Rücktritt auf. Beide Politiker behielten ihr Amt, die Firma Harles und Jentzsch hingegen meldete im Mai 2011 Insolvenz an.

8.2.4 Der Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft

Glyphosat ist ein seit 1974 zugelassenes Breitbandherbizid und Bestandteil zahlreicher Pflanzenschutzmittel zur Bekämpfung von Unkraut. Die konventionelle Landwirtschaft nutzt das Herbizid vor allem vor oder nach dem Anbau von Feldfrüchten wie Getreide, aber auch der Einsatz in Privatgärten oder Kleingartenanlagen ist zulässig (BMEL, 2021d). Während der Einsatz des Pflanzenschutzmittels in den ers-

ten Jahrzehnten wenig hinterfragt wurde, geriet er in den vergangenen zehn Jahren vermehrt in die Kritik. Unter anderem die mögliche ausgehende Gesundheitsgefahr für den Menschen steht neben den Auswirkungen für die Biodiversität im Mittelpunkt der Debatte. Das BMEL (2021d) gibt dazu an, dass bei „bestimmungsgemäßer und sachgerechter Anwendung des Wirkstoffes Glyphosat keine Zweifel an der gesundheitlichen Unbedenklichkeit [bestehen]“. Die Glyphosat-Thematik ist bis heute komplex und gesellschaftlich polarisierend, sodass an dieser Stelle nicht alle Hintergründe bis ins Detail beleuchtet werden können. Aus diesem Grund bezieht sich die nachfolgende Schilderung des Ereignishintergrunds ausschließlich auf die zentralen Ankerpunkte der Debatte im untersuchten Zeitraum.

„Wahrscheinlich krebserregend“ – Diese Einschätzung von Forschern der IARC, eine Einrichtung der WHO, sorgte im März 2015 für Aufsehen und rückte den zulässigen Einsatz des Pflanzenschutzmittels wieder in den Blickpunkt. Die Forscher stützten ihre Einstufung auf drei unterschiedliche Studien, die auf ein erhöhtes Krebsrisiko für den Menschen bei Kontakt mit Glyphosat verweisen und zusätzlich Belege für Tumore bei Mäusen und Ratten liefern (Michel-Berger, 2015, S. 12). Die Bewertung des IARC stand damit im Gegensatz zur Einschätzung des Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) (2015), das die Studie im Auftrag der EU durchgeführt hatte, und blieb daher nicht kritiklos. Das BfR verwies auf ihre eigene Studie aus dem Vorjahr – die ebenfalls von der EU in Auftrag gegeben wurde – in der es Glyphosat als unbedenklich einstufte und dem Wirkstoff nur eine geringe Toxizität zuschrieb. Das BfR geriet dafür in die Kritik, da in dessen Untersuchung auch Studien eingeflossen sind, die Leserbriefen von Monsanto-Mitarbeitern umfassen (Liebrich, 2015a, S. 17). Eine wissenschaftliche Kontroverse über die toxische bzw. nicht toxische Wirkung von Glyphosat entstand. Am 25. Juni 2015 bestätigte eine von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebene Studie, dass in 16 Muttermilchstichproben die Rückstände von Glyphosat über den für Trinkwasser zulässigen Rückstandshöchstgehalt von 0,1 ng/ml liegt (Liebrich, 2015b, S. 22). Einzelne Forschergruppen kritisierten die Studie, da die Grenzwerte für Trinkwasser nicht für Aussagen über eine mögliche Gesundheitsgefährdung herangezogen werden können. Den Forschenden zur Folge gilt der ADI-Wert, der die zulässige Tagesaufnahme beschreibt, die möglich ist, um Gesundheitsgefährdungen auszuschließen. Ein 4 kg schweres Kind muss 2.788 l Muttermilch am Tag zu sich nehmen, um den Grenzwert für Glyphosat von 0,3 mg/kg Körpergewicht zu überschreiten (WW, 2015, S. 6).

Erneute Aufmerksamkeit erhielt die Debatte um die mögliche von Glyphosat ausgehende Gesundheitsgefährdung im November 2015 durch die Einschätzung der EFSA, wonach es unwahrscheinlich ist, dass von Glyphosat ein krebserregendes Risiko ausgeht (Liebrich & Rummel, 2015, S. 19). 2016 stand die verlängerte Neuzulassung von Glyphosat um weitere 15 Jahre im Raum. Die EU-Mitgliedstaaten konnten sich jedoch nicht einigen, sodass auch im Berufsausschuss, indem ebenfalls alle EU-Staaten unter dem Vorsitz der Europäischen Kommission vertreten sind, keine Mehrheit zustande kam und diese eine vorläufige Zulassung des Herbizids um weitere 18 Monate beschloss. Uneinigkeiten zwischen der damaligen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), dem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gab-

riel (SPD) und der Haltung von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CDU) sowie Angela Merkel (CDU) führten dazu, dass sich Deutschland bei der Abstimmung enthalten musste. (Balser, 2016, S. 5). Im darauffolgenden Jahr stufte die ECHA Glyphosat ebenfalls als nicht krebserregend ein (Charisius, 2017, S. 1). Ein erster Vorschlag der Europäischen Kommission im Mai 2017, Glyphosat für weitere zehn Monate erneut zuzulassen, stieß bei Umweltverbänden auf Kritik. Die ökologischen Folgen des Glyphosat-Einsatzes und die Forderung nach einem erhöhten Schutz der biologischen Vielfalt sowie der nachgewiesene Bienenschwund standen im Zentrum der Debatte. Zusätzlich verwiesen sie auf mögliche mechanische (Hacken, Pflügen) oder thermische (Abflämmen) Alternativen zur Unkrautbekämpfung (BMEL, 2021d). Auf Bundesebene sprach sich Umweltministerin Hendricks klar für ein Glyphosat-Verbot aus, während Schmidt weiterhin für eine verlängerte Zulassung plädierte. Durch diese Patt-Situation war Deutschland verpflichtet, sich bei der Abstimmung zu enthalten (Balser, 2017, S. 19). Nachdem sich die Mitgliedstaaten am 27. Oktober 2017 nicht auf eine eindeutige Position zur Neuzulassung einigen konnten, wurde die Abstimmung um eine Verlängerung um sieben Jahre erneut am 9. November 2017 durchgeführt, die abermals keine mehrheitliche Zustimmung fand (WW, 2017a, S. 12). Am 27. November 2017 kam es sodann zur entscheidenden Abstimmung im Berufungsausschuss des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel über den Entwurf der Europäischen Kommission. 18 Mitgliedstaaten sprachen sich für die Verlängerung aus; Landwirtschaftsminister Schmidt stimmte ebenfalls für eine verlängerte Zulassung, obwohl Umweltministerin Hendricks weiterhin dagegen war. Schmidt hätte sich demgemäß bei der Abstimmung enthalten müssen. In der geschäftsführenden Bundesregierung löste dies einen Streit zwischen der CDU und SPD aus (Kirchner, Balser & Bauchmüller, 2017, S. 1). Trotz der verlängerten Zulassung können auf nationaler Ebene Einschränkungen für den Einsatz von Glyphosat vorgenommen werden wie bspw. der begrenzte Einsatz im Privatgebrauch, die in den Folgemonaten auch in der neuen Bundesregierung diskutiert wurden. Mit dem „Aktionsprogramm Insektenschutz“ strebt die Bundesregierung ein Verbot des Glyphosateinsatzes bis 2023 an, sobald die EU-Genehmigung ausläuft. Dieses ist Teil des Agrarpakets des Bundeskabinetts, das ebenfalls ein Tierwohllabel und die Umschichtung der Agrarförderung hin zu mehr Umweltschutz vorsieht. (Balser & Bauchmüller, 2019, S. 1). Landwirte sehen sich durch die strengeren Auflagen unter Wettbewerbsdruck und fühlen sich gegängelt. Die geplanten verschärften Regeln im Insekten- und Umweltschutz lösten weitreichende Proteste der Landwirte in mehreren Städten (u. a. in Berlin) aus, wohin sich Landwirte mit ihren Traktoren auf den Weg gemacht hatten (Löhr, 2019a, S. 3).

Nachdem nun die Krisen und krisenhaften Zustände beschrieben wurden, widmet sich das nachfolgende Kapitel 9 der methodischen Umsetzung. Dazu wird neben der Begründung der Methode, die Materialbeschaffung und die Konstruktion des Kategoriensystems vorgestellt. Diese Beschreibungen sind unerlässlich, um transparent zu machen, welche Schritte unternommen wurden, um die aufgestellte Forschungsfrage und die dazugehörigen Annahmen zu beantworten.

9 Forschungsdesign Teilerhebung I

9.1 Empirische Umsetzung theoretischer Annahmen

Im konzeptionellen Überblick wurden die zentralen Forschungsfragen und die dazugehörigen Annahmen vorgestellt und begründet. Die Ausführungen in Kapitel 7 machen deutlich, dass für den angestrebten Erkenntniszuwachs unterschiedliche methodische Instrumentarien zur Analyse notwendig sind. Im Zentrum der nachfolgenden Ausführungen steht daher die Übersetzung der aufgestellten Forschungsfragen und abgeleiteten Annahmen in eine Forschungsstrategie. Der Aufbau orientiert sich dazu an den Empfehlungen von Rössler (2017, S. 37 f.). Zunächst begründen die nachfolgenden Unterkapitel die Methodenauswahl, die konkreten Untersuchungszeiträume, die Beschaffung des Analysematerials und damit zusammenhängende aufgestellte Such- und Aufgreifkriterien zur Reduktion des Materials, die für beide Teilerhebungen gültig sind. Die Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Studie werden für beide Untersuchungen zusammenfassend am Ende der Methodik der Teilerhebung I erläutert. Ausführungen der Methodik, die die jeweilige Teilerhebung betreffen, werden getrennt voneinander betrachtet.

9.2 Methode der Inhaltsanalyse

Die Inhaltsanalyse gilt als weit verbreitetes Methodeninstrumentarium, die es zum einen erlaubt, ausgewählte Merkmale in Texten zu quantifizieren, und zum anderen besonders auf qualitativer Ebene die Interpretation „symbolisch-kommunikativ vermittelter Interaktion“ zu analysieren (Lamnek & Krell, 2016, S. 448). Anwendungsgegenstand kommunikationswissenschaftlicher Inhaltsanalysen können dabei nicht nur journalistische Texte in analogen und digitalen Zeitungen und Magazinen, sondern bspw. auch Fernseh- und Radiosendungen sein. Das bedeutet: Medien, die Informationen übertragen bzw. jegliche Kommunikationsvorgänge (Früh, 2017, S. 45), sind geeignet, um sie einer inhaltsanalytischen Untersuchung zu unterziehen (Schnell, Hill & Esser, 2018, S. 370).

Innerhalb der Forschungsliteratur haben sich im Laufe der Zeit eine Vielzahl definitorischer Ansätze etabliert (Atteslander, 2010, S. 202 f.; Rössler, 2017, S. 18 f.; Schnell, Hill & Esser, 2018, S. 370 f.). Als Grundstein und als „klassische Definition“ (Hemmelmann, 2017, S. 172) kann die von Berelson (1954, S. 489) angesehen werden, die eine Inhaltsanalyse beschreibt als: „a research technique for the objective, systematic, and quantitative description of the manifest content of communication“. In den nachfolgenden definitorischen Annäherungen wird der Begriff der Objektivität kritisch hinterfragt, da dieser kaum zu leisten ist. Stattdessen wird das Schlagwort der „intersubjektiven Nachvollziehbarkeit“ eingeführt. So definiert Früh (2017, S. 29, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.) die Inhaltsanalyse als „eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale“. Ähnlich argumentiert Merten (1995, S. 15), laut dem die Inhaltsanalyse als „Methode zur Erhebung sozialer Wirklichkeit [gilt], bei der von Merkmalen eines manifesten Textes auf Merkmale eines nichtmanifesten Kontextes geschlossen wird“. Er entfernt sich damit von der eindeutigen Differenzierung in manifeste – direkt aus dem Material stammende Inhalte – und latente Inhalte. Gemein sind jedoch allen Definitionen drei zentrale Schlagwörter bzw. Kriterien: Systematik, manifeste Inhalte und die Quantifizierung. Früh (2017, S. 29) stellt diese zwar in Frage, da sie mehr „Verwirrung gestiftet als zur Klärung beigetragen [haben]“, wendet sie aber selbst modifiziert an, was allerdings keine „prinzipielle Bedeutungsveränderung“ (Früh, 2017, S. 127) von Berelsons Definition zur Folge hat.

In der Inhalts- und Frameanalyse geht die vorliegende Studie in Anlehnung an Früh (2017, S. 29 f.) von einem Verständnis der quantitativen Inhaltsanalyse aus, die als Methode die pragmatische Aufgabe erfüllt, Komplexität zu reduzieren. Größere Mengen von Medieninhalten, hier veröffentlichte Artikel in überregionalen Printmedien und in der Agrarfachpresse, dienen als Datengrundlage und werden hinsichtlich bestimmter a priori definierter Merkmale innerhalb einer Analyseeinheit gezählt und statistisch ausgewertet (Früh, 2017, S. 127 f.). Bei qualitativen Inhaltsanalysen hingegen kann mehr in die Tiefe gegangen werden, und konkrete Belegstellen als Zitate können in die Ergebnispräsentation einfließen (vgl. Früh, 2017, S. 281). Für die Inhalts- und Frameanalyse werden die formalen und inhaltlichen Merkmale in

einem geschlossenen Kategoriensystem aufgestellt und mit unterschiedlichen Ausprägungen versehen (vgl. dazu Kap. 9.6). Dieser Prozess ist zumeist mit der Schwierigkeit verbunden, die Kategorien so zu klassifizieren, dass die Konsistenz sowie deren Zuverlässigkeit und Validität gesichert sind (Schnell, Hill & Esser, 2018, S. 375 f.). Damit wird die Forderung Bereilsons (1954, S. 489) aufgegriffen, Objektivität zu sichern. Daneben ist es für beide Inhaltsanalysen unabdingbar, vorab die Analyseseinheit zu bestimmen. Sie legen die Einheit fest, die später codiert werden und über die anschließend die Aussage getroffen werden soll (Früh, 2017, S. 89). Für die vorliegende qualitative und quantitative Inhalts- und Frameanalyse bildet ein abgeschlossener journalistischer Artikel (inkl. Überschrift und mögl. Bildern) die Analyseseinheit. Er wird definiert als thematisch einheitliche und durch zeitungstypische Gestaltung abgesetzte Zeichenfolge. Kombinationen aus Text und Abbildung (illustrierter Artikel) werden als ein Artikel aufgefasst, wobei die Abbildung keine Berücksichtigung in der Codierung findet. Jeder Artikel muss über eine Überschrift verfügen. Die Fortführung eines Artikels auf einer weiteren Seite gilt nicht als neue Analyseseinheit. Mehrere Artikel, die unter einer gemeinsamen Überschrift veröffentlicht werden, wie es häufig bei Themenseiten der Fall ist (bspw. „Rinderwahnsinn in Deutschland“), können eigenständige Artikel sein, wenn diese sich zum einen deutlich über Umbrüche vom Text absetzen und zum anderen über eine eigenständige Überschrift verfügen.

Abschließend ist zusammenfassend festzuhalten: Eine qualitative Annäherung an das Untersuchungsmaterial erlaubt es, dicht und detailliert die einzelnen Frame-Elemente aus den Artikeln zu erfassen und die gewonnenen Erkenntnisse Schritt für Schritt zu verdichten, um anschließend Frames zu generieren (vgl. Kap. 9.5.5). Dadurch kann ein transparentes und intersubjektiv nachvollziehbares Vorgehen sichergestellt werden. Die anschließende quantitative Inhaltsanalyse macht es möglich, Häufigkeiten von geschlossenen Kategorien in einer großen Datenmenge zu untersuchen. Für den explorativen Charakter der Studie ist dies von Vorteil, da auf diese Weise ein breit gefächertes Bild von der Berichterstattung der Land- und Agrarwirtschaft gezeichnet und gleichzeitig ein großes Textkorpus untersucht werden kann.

9.3 Untersuchungszeiträume

Für jede Krise wurde ein Untersuchungszeitraum gewählt, der mal länger und mal kürzer ausfällt. Dies hängt vor allem mit dem Umfang der jeweiligen Krise zusammen. Während bspw. die Dioxin-Krise unvermittelt aufgetreten ist und danach zügig wieder abflachte, bleibt die Debatte rund um die Zulassung von Glyphosat ein konstantes Thema in der Berichterstattung. Durch die Wahl eines insgesamt langen Beobachtungszeitraums ist es möglich, viele verschiedene Krisen in die Untersuchung aufzunehmen.

Europäische Schweinepest

Die Infektionskrankheit ESP wurde Anfang der 1990er Jahre vermehrt in Hauschweinebeständen in der EU nachgewiesen. Auch in Deutschland wurde bereits im Frühjahr 1992 auf einem Betrieb in Mecklenburg-Vorpommern ein Seuchenfall gemeldet (Land & Forst, 1993a, S. 20). Im größeren Umfang trat die ESP ab April 1993 auf: Im Regierungsbezirk Detmold wurden am 21. April 1993 sieben betroffene Betriebe identifiziert und die sofortige Keulung der Tiere veranlasst. Dieser Fall gilt als Startpunkt für den Untersuchungszeitraum. Ab dem Zeitpunkt und in den darauffolgenden Monaten traten weitere Fälle in anderen Bundesländern auf und politische Handlungsmaßnahmen auf supra- und nationaler Ebene zur Eindämmung der Seuche bestimmten die Agenda in der journalistischen Berichterstattung. Nach einem kurzen Abflachen der Seuche sind 1997 erneut Ausbrüche auf landwirtschaftlichen Betrieben zu verzeichnen. Um ein ganzheitliches Bild von der Berichterstattung zur Schweinepest in Deutschland zu erhalten, endet der Untersuchungszeitraum für die Krise daher am 30. November 1998.

BSE

Der Untersuchungszeitraum für die Krise erstreckt sich vom 20. November 2000 bis zum 28. Februar 2001 (vgl. Tabelle 10). Allerdings gilt es an dieser Stelle zu vermerken, dass die Rinderseuche nicht erst seit 2000 Thema in den Medien ist: Bereits seit 1985 verbreitete sich die Seuche in England zunehmend stärker. Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Folgen im Land wie auch für Europa waren regelmäßig Thema in den deutschen Medien. Dazu zählt bspw. ein Exportverbot aller Waren, die in einem Zusammenhang mit Rindern standen (vgl. ausführlich Kap. 8.2.2). Auf Basis der bisherigen Erkenntnisse aus dem Forschungsstand lässt sich dennoch der gewählte Untersuchungszeitraum begründen: So belegt Hagenhoff (2003, S. S. 91; 146–147;), dass die BSE-Berichterstattung in den Leitmedien erst als Reaktion auf den ersten BSE-Fall in Deutschland am 25. November 2000 stark anstieg und insgesamt 41 Prozent aller in ihrer Untersuchung aufgenommenen Artikel zur BSE-Thematik (UZ: 1985–2001) ab dem Zeitpunkt veröffentlicht wurden. Die Artikelanzahl binnen kürzester Zeit entspricht so knapp der Menge an Artikeln, die in den vorherigen 10 Jahren und 10 Monaten zur BSE-Problematik veröffentlicht wurden (Hagenhoff, 2003, S. 146–147). Diese Sogwirkung hatte zur Folge, dass weitere bis dato übliche Praktiken

im Leistungssystem Landwirtschaft wie die Verfütterung von Tiermehl an Schweine und Geflügel sowie die daraus abgeleiteten neuen politischen Handlungsmaßnahmen den Mittelpunkt der Berichterstattung bildeten. Die weiteren Folgen, insbesondere hinsichtlich der Frage nach der Verantwortung auf politischer Ebene, bestimmten die Themenagenda im Januar 2001. Im darauffolgenden Monat verschob sich die Thematik weg von den zentralen agrarpolitischen Themen hin zu den möglichen Folgen für Haustiere. Da dies für die Studie weniger von Relevanz ist, endet der Untersuchungszeitraum am 28. Februar 2001 (Hagenhoff, 2003, S. 131).

Dioxin in Tierfutter

Bereits am 21. Dezember 2010 zeigte sich ein Mischfutterhersteller selbst beim zuständigen Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit an, da geringfügig erhöhte Dioxinwerte in Legehennenfutter festgestellt wurden (foodwatch, 2011, S. 10). Dieser Tag gilt als Stichtag für den Untersuchungsbeginn. Ermittlungen ergaben, dass die Einzelfuttermittel auf den Hersteller „Harles und Jentzsch“ zurückzuführen sind (vgl. ausführlich Kap. 8.2.3). In den darauffolgenden Wochen dominierten Sperrungen von landwirtschaftlichen Betrieben, Verbraucherverunsicherungen sowie der Zehn-Punkte-Aktionsplan der damaligen Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner die Agenda. Mit dem Abflachen der Berichterstattung, gemessen an der Menge der veröffentlichten Artikel, sowie der wachsenden Berücksichtigung anderer Themen (arabischer Frühling in Tunesien; Nuklearkatastrophe in Fukushima) endet der Untersuchungszeitraum am 28. Februar 2011.

Glyphosat-Debatte

Der Beginn des Untersuchungszeitraums für die Glyphosat-Debatte ist nicht willkürlich gewählt, sondern orientiert sich am politischen Aushandlungsprozess um die weitere Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels. Er umfasst daher die Zeit vom 1. März 2015 bis zum 30. November 2019 (vgl. Tab. 10). Mit der Einschätzung der IARC, dass Glyphosat „wahrscheinlich krebserzeugend bei Menschen“ ist, wurde die Debatte auf die Zulassung von Glyphosat in der EU in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt⁵². Gemessen an den darauffolgenden Diskussionen auf politischer und wissenschaftlicher Ebene kann die Einschätzung der IRAC als Schlüsselereignis und damit als Beginn des Untersuchungszeitraums für die Glyphosat-Debatte eingeordnet werden. Die Zurückweisungen der Erkenntnisse des IRAC durch das BfR, die Einschätzung der EFSA im November 2015 sowie die verlängerte Zulassung im Juli 2016 und am 27. November 2017 führten dazu, dass das Thema Glyphosat stetig in der journalistischen Berichterstattung präsent war. Doch auch nach dem Entschluss, Glyphosat bis Dezember 2022 zuzulassen, und den Neuordnungen der politischen Zuständigkeiten sowohl auf nationaler als auch supranationaler Ebene stand das Thema weiterhin im Interesse der Öffentlichkeit. Darüber hinaus berichteten die Medien über Strategien der Bundesregierung („Agrarpaket“), die davon handelten, wie der Einsatz von Glyphosat in Deutschland gemindert werden kann. Dies stieß bei den Landwirten auf Kritik und gipfelte im November 2019 in massiven

52 Die vorausgegangenen Zulassungs- und Bewertungsverfahren sowie die weiteren Hintergründe und Verläufe können dem Kapitel 8.2.4. entnommen werden.

Protesten gegen die Verschärfung der Umweltauflagen. Über das Thema wurde zwar in den Folgemonaten weiter berichtet, da es aber auf Bundesebene nicht möglich ist, die Anwendung von Glyphosat vollständig zu untersagen, und nur Eingrenzungen vorgenommen werden können (BMEL, 2021d), weshalb ein direktes Ende der Glyphosat-Debatte im Leistungssystem Landwirtschaft nicht direkt verortet werden kann, endet der Analysezeitraum am 30. November 2019. Die nachstehende Tabelle 10 gibt eine Übersicht über die ausgewählten Untersuchungszeiträume für die Krisen und krisenhaften Zustände.

<i>Krise</i>	<i>Untersuchungszeiträume</i>
<i>ESP</i>	21. April 1993–30. November 1998
<i>BSE</i>	20. November 2000–28. Februar 2001
<i>Dioxin in Tierfutter</i>	21. Dezember 2010–28. Februar 2011
<i>Glyphosat-Debatte</i>	1. März 2015–30. November 2019

Tabelle 10:

Übersicht der Untersuchungszeiträume für die jeweilige Krise in der Teilerhebung I.

9.4 Sampleauswahl

Zu Beginn der Studie ist die grundlegende Frage zu klären, wie sich die Stichprobe innerhalb der Printberichterstattung zusammensetzen soll. Hier wird in der Forschungsliteratur zwischen einer Vollerhebung und einer Stichprobe unterschieden. Erstgenanntes beschreibt die Erhebung „aller Elemente einer Grundgesamtheit“ (hier und im Folgendem Schnell, Hill & Esser, 2018, S. 241), wohingegen bei einer Stichprobe „die Elemente der Teilerhebung durch vor der Untersuchung festgelegte Regeln bestimmt [werden]“. So kann bspw. durch eine zufällige Auswahl (jede dritte Ausgabe verschiedener Zeitungen) die Stichprobe zusammengesetzt werden. Durch die vielfältigen Optionen zur Eingrenzung des Untersuchungsmaterials (vgl. zur Übersicht: Schnell, Hill & Esser, 2018, S. 244) sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, die genutzt werden können, wenn Vollerhebungen aufgrund ihres zumeist hohen Kosten- und Zeitrahmens nicht realisierbar sind. Bei der vorliegenden Studie kann grundsätzlich angenommen werden, dass Krisen, die die bisherige Systemverlässlichkeit ins Wanken bringen, einen hohen Nachrichtenwert haben. Meldungen und Berichte über Missstände im Leistungssystem Landwirtschaft sind entsprechend auf allen medialen Kanälen sichtbar. Dieser Umstand macht es zugleich schwierig und die genannten Faktoren steigen überproportional, sodass es für eine Codiererin allein nicht möglich wäre, die Studie in solch einem Umfang durchzuführen. Eine einfache Zufallsstichprobe wird dabei ausgeschlossen – wenngleich sie aus statistischer Perspektive die Repräsentativität garantieren würde. Bei einer zeitbezogenen Analyse, wie sie in dieser Arbeit angestrebt wird, können so Artikel, die kurz hintereinander erschienen sind, gezogen werden, während an anderer Stelle große zeitliche Lücken entstehen. In Bezug auf die Forschungsfrage wäre diese Form der Stichprobenziehung deshalb nicht zielführend. Auf Basis der umfangreichen Grundgesamtheit, nämlich alle journalistischen Beiträge in deutschen, überregionalen Qualitätszeitungen sowie der deutschen Agrarpresse, die Krisen und krisenhafte Zustände in der deutschen Land- und Agrarwirtschaft im Zeitraum von 1993 bis 2019 thematisieren, wird eine Stichprobe gezogen. Für die genaue Zusammensetzung werden nachfolgend Kriterien erarbeitet, die es ermöglichen, eine Balance zu halten zwischen einer bewältigbaren Menge für eine einzige Codiererin und einer zufriedenstellenden Analysetiefe..

9.4.1 Leitmedien

Vor dem Hintergrund der gewählten theoretischen Fundierung, dem Framing-Ansatz, erscheint es sinnvoll, auf die Medien zurückzugreifen, die eine große Varianz an Deutungsmustern bieten. Hierbei nehmen Leitmedien in der massenmedialen Öffentlichkeit eine zentrale Stellung ein: Sie beziehen sich auf „laufende Meinungs- und Willensbildungsprozesse [...] und wirken auf Diskurse eigenständig ein“ (Jarren & Vogel, 2011, S. 24). Ihre Funktion, so beschreiben Hasebrink und Domeyer (2010, S. 52), liegt in den „gesellschaftlichen Realitätskonstruktionen“. Bisherige Erkenntnisse aus dem Forschungsstand legen nahe, dass die Leitmedien nicht nur durch eine konstante und umfassende Berichterstattung, sondern auch durch ihr hohes Wirkungs-

potenzial und als Informationsquelle für andere Zeitungen orientierungsgebend sind (vgl. Brosius, Haas & Koschel, 2016, S. 163; Donges & Jarren, 2017, S. 68 f.; Jarren & Vogel, 2011, S. 24). Dadurch wird ihnen insgesamt ein hoher Einfluss auf die öffentliche Meinung konstatiert (Krüger, 2019, S. 97). In Deutschland gelten die gedruckten überregionalen Tageszeitungen als Leitmedien. Sie unterscheiden sich durch ihre publizistische Linie, die sich in der Darstellung und Deutung von Themen widerspiegelt (Jarren & Vogel, 2011, S. 25). Das macht sie für eine umfassende Frame-Analyse interessant, um das breite Meinungsspektrum abbilden zu können. Aus forschungspraktischer Perspektive spricht zusätzlich das Argument, dass veröffentlichte Artikel in Printmedien als „abgeschlossenes Produkt“ gelten, wohingegen Online-Medien die Artikel stetig aktualisieren und anpassen. Dies hat zur Folge, dass eine lückenlose Erfassung nur bedingt garantiert werden kann (Schützeneder, 2019, S. 105–106). Des Weiteren ist die Wahl der zu untersuchenden Krisen ein zentraler Faktor im Entwicklungsprozess des Forschungsdesigns. Das hat Auswirkungen auf die Wahl für die Analyse der Printberichterstattung: Da die erste Krise, die ESP, bereits Mitte der 1990er Jahre herrschte und auch während der BSE-Krise die Online-Berichterstattung noch lange nicht in dem Ausmaß bestand, wie sie heute bekannt ist, ist dieser Kommunikationskanal bewusst aus der Untersuchung ausgeschlossen. Zusätzlich gilt durch die Wahl für die Untersuchung der Printberichterstattung das übergeordnete Kriterium, dass die Zeitungen aktuelle Geschehnisse im Themenfeld der Politik, Wirtschaft und Gesundheit aufgreifen und damit inhaltlich betrachtet einen universellen Anspruch haben. Durch die Wahl für Leitmedien kann dies garantiert werden.

Aus traditioneller sozialwissenschaftlicher Perspektive lassen sich nach Wilke (1999, S. 302 f.) zusammenfassend sieben Kriterien für Leitmedien ableiten, die auch bei der praktischen Umsetzung in der vorliegenden Studie in Teilen Anwendung finden: (1) große Reichweite, (2) Nutzung der Medien von Entscheidungsträgern, (3) Leitmedien als Multiplikatoren, (4) häufige Zitation in anderen Medien, (5) normatives Journalismusverständnis, (6) frühzeitiges Aufgreifen von Themen (Agenda-Setting) und Deutungen sowie (7) namhafte Journalisten in den Redaktionen.⁵³ Die zwei letztgenannten Kriterien entsprechen eher weichen Rahmenbedingungen, die sich nicht anhand jährlich erhobener Zahlen messen lassen und dementsprechend in den vorliegenden Ausführungen nur bedingt berücksichtigt werden. Nachfolgend wird lediglich auf die Kriterien näher eingegangen, die auch von Relevanz für die Sampleauswahl dieser Studie sind. Wie anfangs definiert, sollen überregionale Printmedien untersucht werden, denen ein Status als Leitmedium bescheinigt werden kann. Aus dem Pool an Tageszeitungen in Deutschland sind zwei Leitmedien und ihre dazugehörigen Wochenendausgaben (*SZ am Wochenende* bzw. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*) ausgewählt worden: Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und die *Süddeutsche Zeitung* (SZ). Sie erfüllen in jedem Fall das von Wilke (1999) erste Kriterium der Reichweite: Die SZ ist die zweit auflagenstärkste überregionale Tageszeitung (314.235 verkaufte Auflagen, 4/2021; IVW, Quartalerhebung, 2022, S. 164), die FAZ folgt dahinter (201.726 verkaufte Auflagen, 4/2021; IVW, Quartalerhebung,

53 Die Kriterien von Wilke (1999) werden hier in ihrer theoretischen Untermauerung nur gestreift. Für eine ausführliche Betrachtung sei u. a. auf Greck (2017, S. 100 f.) sowie auf das Werk von Wilke (1999, S. 302 f.) verwiesen.

2022, S. 60) sowie die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (209.155 verkaufte Auflagen, 4/2021; IVW, Quartalerhebung, 2022, S. 60). Vor diesen Qualitätszeitungen steht mit großem Abstand die *Bildzeitung* mit einer verkauften Auflage von 1,1 Mio. Exemplaren (4/2021; IVW, Quartalerhebung, 2022, S. 30). Trotz der hohen Reichweite erfolgt keine Untersuchung der *BILD*. Da Frames vor allem in längeren Medienberichten zu vermuten sind und dies nicht der boulevardesken Ausrichtung der *BILD* mit ihrer Fokussierung auf kurze Artikel und Meldungen entspricht, wird das Medium nicht in die Untersuchung aufgenommen.

Das zweite Kriterium von Wilke (1999, S. 302), die Nutzung der Leitmedien von Entscheidungsträgern wie leitenden Angestellten oder Beamten, lässt sich durch die *Leseranalyse Entscheidungsträger in Wirtschaft und Verwaltung e. V. (LAE)* nachzeichnen⁵⁴. 40 Prozent der Befragten gaben an, dass überregionale Tages- und Wochenzeitungen für sie in ihrer beruflichen Tätigkeit besonders wichtig sind (LAE, 2021, S. 31). Damit stehen sie zwar hinter der Nutzung von branchenspezifischen Fachmedien (75 Prozent), dennoch können die ausgewählten Printmedien in diesem Kriterium als Leitmedium bestätigt werden. Wird zusätzlich die Reichweite der ausgewählten Medien in den benannten Zielgruppen betrachtet, erreicht die SZ 12,6 Prozent und die FAZ 8,6 Prozent (LAE, 2021, S. 35). Des Weiteren benennt Wilke (1999) die häufige Zitation der Medien als ein Kriterium für Leitmedien. Den ausgewählten Tageszeitungen kann für die Studie über das Bild der Land- und Agrarwirtschaft die Meinungsführerschaft in der Zitationshäufigkeit bescheinigt werden. Demnach belegt die SZ Platz 6 und die FAZ Platz 9 im Ranking der meistzitierten Medien in Deutschland gemessen an der Anzahl der Zitate (Bartl, 2021). Die Wahl für diese zwei Leitmedien, SZ und FAZ, sowie die dazugehörigen Wochenendausgaben aus dem Printbereich kann somit ausreichend begründet werden, und sie lassen durch ihre umfangreiche sach- und tagesaktuelle Berichterstattung auch im Hinblick auf die Forschungsfrage auf aufschlussreiche Ergebnisse hoffen.

9.4.2 Landwirtschaftliche Wochenblätter

Neben den Leitmedien berücksichtigt die Arbeit die Fachzeitschriften der Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland. Die landwirtschaftlichen Wochenblätter decken einen berufsspezifischen Kontext – den des Landwirts und weiterer Berufe in der grünen Branche – ab und berichten über agrarpolitische Fragestellungen. Entsprechend spielen die Krisen und krisenhaften Zustände im Leistungssystem Landwirtschaft auch für dieses Medium eine bedeutende Rolle. Für ihre Leser leisten sie den Beitrag, frühzeitig auf eine mögliche Bedrohung hinzuweisen wie bspw. einen ersten Fall von ESP in einer bestimmten Region. Darüber hinaus berichten sie im Ressort „Agrarpolitik“ über die weiteren politischen Handlungsentscheidungen und beziehen in wöchentlichen Kommentaren Stellung. Im Hinblick auf die Forschungsfrage, wie die ausgewählten Krisen geframed werden, und in Bezug auf die Teilerhebung II zur

54 Die LAE führt seit 1975 regelmäßig Studien zur Mediennutzung im Zielgruppensegment der Entscheider in Wirtschaft und Verwaltung durch, um ihren Einfluss auf betriebliche Studien darzustellen. Neben den Fachmagazinen wie *brand eins* oder *Capital*, werden auch Leitmedien in die Untersuchung aufgenommen und die Teilnehmer in Leitfadeninterviews zu ihrer Mediennutzung befragt (LAE, 2021).

Verantwortungsattribution ist die meinungsbetonte Berichterstattung von Relevanz. Die wachsende und vor allem selbstverständliche Verwendung des Begriffs „Zeitschrift“ und dessen Bedeutung steht dabei jedoch nur in geringem Maße in Relation zur empirischen Betrachtung in der Kommunikationswissenschaft (Jarren, Oehmer & Dioh, 2020, S. 47). Wie Zeitschriftenforscher betonen (Vogel, 1998, 2002), leisten Fachformate bzw. Fachzeitschriften (im engl. Sprachraum „specialized media“) einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung themen- und fachspezifischer Informationen im Print- oder Onlineformat.

Darüber hinaus weisen Jarren und Kollegen (2020, S. 47) darauf hin, dass Fachzeitschriften einen „funktionale[n] Leistungsbeitrag“ zum politischen Geschehen erbringen, indem sie durch ihren Wissens- und Informationsaustausch sowie durch die Veröffentlichung von Meinungspositionen aktiv an der politischen Kommunikation teilnehmen. Dazu zählen praktische Anleitungen und Tipps darüber, wie Landwirte ihren Betrieb vor dem Einschleppen einer Seuche schützen können. Aber auch Erfahrungsberichte zur Umsetzung eines neuen Gesetzes sind Bestandteil der Berichterstattung. Im Zuge steigender Zahlen gefälschter Rinderpässe aufgrund der BSE-Krise in den 1990er Jahren wurde z. B. im Jahr 1999 ein verpflichtendes Herkunftssicherungs- und Informationssystem („HI-TIER-Datenbank“) eingeführt. Wie die Landwirte die Daten von jedem einzelnen Rind erfassen müssen – von der Geburt bis zur Schlachtung –, zeigen die Wochenblätter Schritt für Schritt auf. Darüber hinaus sind Testreihen oder Fahrberichte zu neuen Traktorenmodellen Bestandteil der Berichterstattung. Des Weiteren ermöglichen die Agrarzeitschriften einen fachspezifischen Austausch. Mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft hat sich auch das Themenspektrum erweitert, sodass bspw. erneuerbare Energien wie Biogasanlagen, Photovoltaik oder die Investitionen in Windenergie sowie die ökologische Landwirtschaft stärker in den thematischen Fokus gerückt sind. Insgesamt geben die aufbereiteten Informationen und das vermittelte Wissen den Landwirten und Akteuren aus der grünen Branche eine Orientierungsfunktion und ermöglichen es, Entscheidungsoptionen für ihren Betrieb abzuklären.

An dieser Stelle werden die landwirtschaftlichen Wochenblätter definiert als regelmäßig (wöchentlich) veröffentlichte Druckschriften mit einem Schwerpunkt auf der Vermittlung, Bereitstellung und dem Austausch von land- und agrarwirtschaftlichen Themen, die jedem Interessierten zugänglich sind, sich jedoch vorrangig an ein Fachpublikum aus der grünen Branche richten (Donges & Gerner, 2019, S. 423; Jarren, Oehmer & Dioh, 2020, S. 54). Im Gegensatz zu den Leitmedien bzw. Tageszeitungen, die ein breites Themenspektrum abdecken und am gesellschaftlichen Prozess orientiert für ihr Publikum Informationen filtern, aufbereiten und sich durch das Ziel einer fortlaufenden Berichterstattung auszeichnen, konzentrieren sich die Fachzeitschriften auf ausgewählte spezifische Themen. Mit ihrem wöchentlichen Erscheinungsrhythmus sind sie für ihre Zielgruppe aktuell genug, um umfangreich zu berichten. Da das Leistungssystem Landwirtschaft gesamtgesellschaftliche Funktionen erfüllt – von der Nahrungsmittelherstellung bis zur Pflege der ländlichen Räume – weist sie eine stetige diskursive Präsenz in der journalistischen Berichterstattung auf. Das macht sie für das geplante Forschungsvorhaben interessant. Die Untersuchung der Agrarpresse ist daher bedeutsam und gewinnbringend, da auf diese Weise ein

Beitrag zur häufig postulierten Forschungslücke, dass Fachzeitschriften als wenig erschlossenes Feld gelten – was im Widerspruch zu ihrer Position in der Medienlandschaft (bspw. Auflagenstärke und Reichweite) steht –, Rechnung getragen wird. So belegen die Fachzeitschriften „*Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt*“ (81.340 verkaufte Auflagen 4/2021; IVW, Quartalerhebung, 2022, S. 304) sowie das „*Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben*“⁵⁵ (60.091 verkaufte Auflagen 4/2021; IVW, Quartalerhebung, 2022, S. 308) mit ihrer jeweiligen verkauften Gesamtauflage Platz 2 und 3 im Ranking der wöchentlichen Fachzeitschriften in Deutschland (IVW, 2022)⁵⁶. Des Weiteren erfüllen Fachzeitschriften eine Orientierungsfunktion und spiegeln die Auswirkungen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen auf bestimmte Berufsstrukturen und damit verbundene Systeme, wie hier das Leistungssystem Landwirtschaft, wider (Jarren, Oehmer & Dioh, 2020, S. 53–54). Die Untersuchung der Berichterstattung der Fachzeitschriften aus dem Agrarbereich ermöglicht es also, auch krisenspezifisch den Wissens- und Informationsaustausch in diesem Sektor näher zu betrachten.

In Deutschland setzen sich die Fachzeitschriften für den land- und agrarwirtschaftlichen Bereich vorrangig aus den regionalen Wochenblättern, überregionalen Fachzeitschriften (bspw. „top agrar“, „profi“, „agrarheute“) und Spezialtiteln (bspw. „Getreidemagazin“, „Milchrind“, „agrarheute Schweine“) zusammen. Aus diesem breiten Spektrum der landwirtschaftlichen Fachpresse hat sich die Autorin im Hinblick auf die Untersuchung bewusst für die regionalen landwirtschaftlichen Wochenblätter entschieden. Dafür spricht der wöchentliche Erscheinungsrhythmus. Die ausgewählten Krisen und die daraus zumeist zu erwartenden folgenden Ableitungen neuer institutioneller Ordnungen (vgl. Kap. 3.3) spielen sich in einem kurzen Zeitraum ab. Durch die wöchentliche Berichterstattung ist es möglich, die quantitativen Veränderungen der Frames und Frame-Kombinationen je Medium und je Krise nachzuzeichnen. Bei einer monatlichen („top agrar“) oder vierteljährlichen Berichterstattung („milchrind“) ist dies nur bedingt möglich. In Deutschland liegt die Anzahl der landwirtschaftlichen Wochenblätter bei insgesamt elf Titeln, die jeweils einen anderen regionalen Schwerpunkt abbilden. In diese Untersuchung werden vier Wochenblätter, die nach ihrer Position in der Medienlandschaft (Auflage, Reichweite) ausgewählt sowie jeweils exemplarisch für eine Region in Deutschland stehen (vgl. Abb. 10). Für den Westen wird das „*Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben*“ (NRW) untersucht, den Norden spiegelt die Zeitschrift „*Land und Forst*“ (Raum Niedersachsen) wider, die Landwirtschaft in fünf ostdeutschen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) thematisiert die „*Bauernzeitung*“ (BZ), und das „*Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt*“ umfasst Bayern und auf spezifischen Regionalseiten den angrenzenden österreichischen Raum, die jedoch nicht in die Untersuchung einfließen. Durch diese

55 Bis 2015 wurde das Magazin unter dem Titel *Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe* publiziert. Aus Gründen der Vereinheitlichung wird hier jedoch zeitunabhängig und krisenübergreifend vom *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* gesprochen.

56 Die *Bauernzeitung* hat eine verkaufte Auflage von 17.028 (IVW, 2022, S. 304) und die *Land & Forst* 44.506 (IVW, 2022, S. 308).

Auswahl werden zusätzlich die unterschiedlichen Agrarstrukturen und betrieblichen Ausrichtungen berücksichtigt: Während in den Bundesländern NRW und Niedersachsen die Tierhaltung dominiert, herrscht thematisch in den ostdeutschen Bundesländern der Ackerbau vor (vgl. Kap. 2). Zugleich decken die vier Wochenblätter mit ihrer Berichterstattung einen großen Anteil der gesamtdeutschen Landwirtschaft ab (vgl. Abb. 10).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die getroffene Auswahl der Printmedien eine gute Basis für die Untersuchung der Darstellung von Krisen und krisenhaften Zuständen im Leistungssystem Landwirtschaft abbildet. Mit den zwei gewählten Tageszeitungen SZ und FAZ, die nach den Leitmedienkriterien von Wilke (1999) geprüft und ausgewählt wurden, kann sichergestellt werden, dass eine sinnvolle Bandbreite journalistischer Sichtweisen erfasst wird. Darüber hinaus wird mit den vier exemplarisch ausgewählten landwirtschaftlichen Wochenblättern nicht nur ein bis dato kaum untersuchter Forschungsgegenstand in das Zentrum gerückt, sondern sie spiegeln zugleich die strukturellen Unterschiede in der Landwirtschaft in den einzelnen Regionen wider. Das nächste Kapitel beschreibt, wie das Material genau zusammengetragen und unter welchen Such- und Aufgreifkriterien die Stichprobe zusammengesetzt wurde. Die nachstehende Abbildung 10 zeigt die Regionen, die die vier ausgewählten Wochenblätter mit ihrer Berichterstattung abdecken.

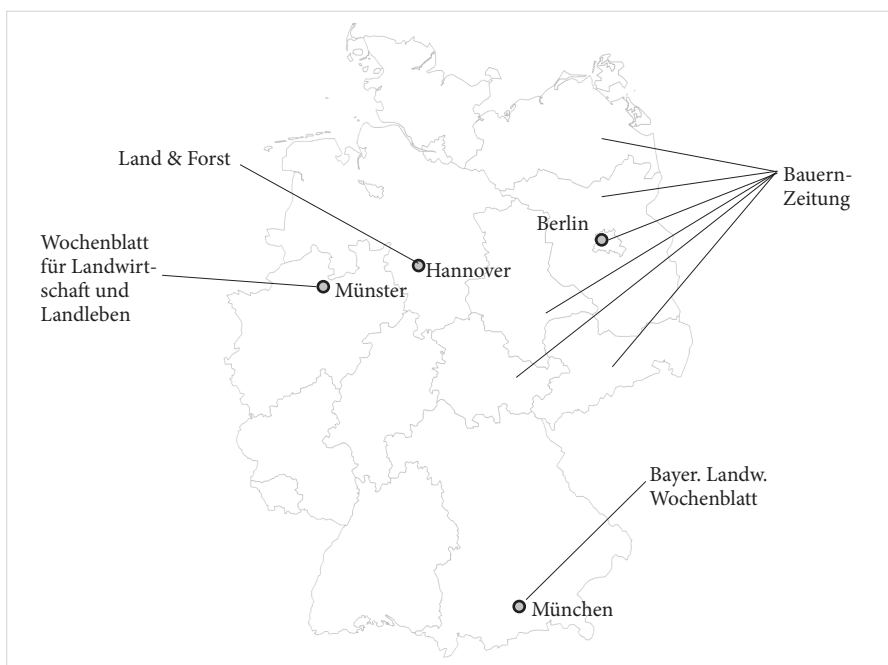


Abbildung 10:

Die untersuchten regionalen landwirtschaftlichen Wochenblätter.

9.4.3 Beschaffung

Auf Basis der gelisteten Kriterien zur Stichprobenzusammensetzung wurde in einem nächsten Schritt das zu untersuchende Material beschafft. Dies erfolgte in einem mehrstufigen Prozess. Die Artikel der Leitmedien SZ und FAZ sind über die digitalen Archive der Zeitungen verfügbar. Die relevanten Artikel wurden über das für jede Krise entwickelte Stichwortsystem identifiziert. Dazu wurden die fachspezifische Literatur sowie Artikel in der Fachpresse krisenspezifisch gesichtet und eine Suchwortliste erstellt. Die Literaturdurchsicht fand in mehreren Durchgängen statt, sodass das Stichwortsystem inhaltlich zunehmend geschärft werden konnte (vgl. Tabelle 11). Fehleranfälligkeiten sind trotz eines spezifischen Stichwortsuchsystems zu vermuten, weshalb die Ergebnisse in den Datenbanken nicht blind übernommen wurden, sondern jeder Treffer einzeln angeklickt, gelesen und auf seine Relevanz für die Untersuchung geprüft wurde. Die Artikel mussten einen eindeutigen inhaltlichen Bezug zur jeweiligen Krise haben. Dieser liegt vor, wenn eine explizite Nennung in der Überschrift und/oder dem Untertitel identifiziert werden konnte und der Artikel damit in einem thematischen Kontext mit der jeweiligen Krise steht (vgl. Kap. 8.2).

<i>Krise</i>	<i>Stichwortsuchsystem</i>
<i>ESP</i> (21.04.1993–30.11.1998)	Schweinepest OR ESP OR "Europäische* Schweinepest" OR Schweineseuche OR Schweinepestverdacht OR "Viehseuchenpolitik*" OR "Stamping out" OR Schweinepestvirus OR KSP OR "Klassische Schweinepest" OR "Klassisch* Schweinepest"
<i>BSE</i> (20.11.2000–28.02.2001)	BSE OR Rinderwahnsinn OR Rinderwahn OR Rinderseuche OR Rinderkrankheit OR "Creutzfeldt-Jakob-Krankheit" OR CJK OR BSE-Erreger, BSE AND Tiermehl, „BSE AND Seuche“, „BSE AND Virus“
<i>Dioxin</i> (21.12.2010–28.02.2011)	Dioxin OR "Dioxin-Skandal" OR "Dioxin-Affäre" OR Dioxingefahr OR Dioxinbelastung OR "Dioxin AND Futtermittel"
<i>Glyphosat</i> (01.03.2015–30.11.2019)	Glyphosat OR Pflanzenschutzmittel OR Herbizid OR Unkrautvernichtungsmittel OR "Glyphosat AND Zulassung" OR "Glyphosat AND Verlängerung" OR "Neuzulassung AND Glyphosat" OR "Glyphosat-Studien" OR „Glyphosat AND Krebs“ OR „Glyphosat AND krebserzeugend“

Tabelle 11:

Stichwortsuchsystem zur Beschaffung des Analysematerials.

Auf Basis dieser ersten Stichprobe wurden weitere Modifizierungen vorgenommen, um die Studie forschungswirtschaftlich durchführbar zu machen. Dazu wurde die Stichprobe auf die zentralen Ressorts „Politik/Nachrichten“ (inkl. Schwerpunkt/Themenseiten), „Wirtschaft“ sowie „Gesellschaft/Vermischtes“ in den Zeitungen eingegrenzt. Dies lässt sich damit begründen, dass Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft ein hohes gesellschaftliches und politisches Interesse wecken und entsprechend in den genannten Ressorts zu identifizieren sind. Da die Krisen stets auch eine wissenschaftliche Ergründung und Einordnung notwendig machen, um bspw. zu erklären, was ein Herbizid genau ist und welche gesundheitlichen Risiken es birgt, wurde zusätzlich das Ressort Wissenschaft & Forschung berücksichtigt. Zudem floss in die Modifizierung des Untersuchungsgegenstandes die Überlegung ein, dass insbesondere zu Beginn eines krisenhaften Zustandes erst auf den Regionalseiten eines

Mediums bzw. der Agrarpresse berichtet wird und mit zunehmender Bedeutungstärke eine Verschiebung in die überregionalen Ressorts zu erwarten ist. Aus diesem Grund wurde ebenso die Berichterstattung aus diesem Ressort aufgenommen.

Darüber hinaus wurde nach einigen Abwägungen der Vor- und Nachteile zur weiteren Modifizierung auf kurze Agenturmeldungen zu den jeweiligen Krisen sowohl in den Leitmedien als auch in der Agrarpresse bewusst verzichtet. Berichtsstücke von Agenturen, d. h. Artikel, die den Kennungsmerkmalen eines klassischen journalistischen Berichts entsprechen, aber von einer Agentur verfasst wurden, wurden in die Untersuchung aufgenommen. Diese Entscheidung, die zu einer sichtbaren Reduzierung der bisherigen Stichprobe führt, lässt sich folgendermaßen begründen: In der deutschen journalistischen Berichterstattung dominiert das Konzept eines objektiven Journalismus. Das bedeutet, dass meinungsvermittelnde Darstellungsformen klar von neutralen, berichtenden Textgattungen getrennt sind. Dazu gehören neben den klassischen Berichten auch kurze Agenturmeldungen. Sie gelten als die kürzeste Darstellungsform, die den Leser schnell informieren sollen. Durch ihre Kürze bleibt jedoch kaum Raum für eine angemessene Breite und Tiefe. Im Zentrum steht die kurze und prägnante Beantwortung der klassischen W-Fragen. Die vorliegende Arbeit legt überdies einen Fokus auf die Prozessorientierung von Frames. Wie van Gorp (2007) aufzeigt, sind Frames vorrangig in kommentierenden sowie längeren nachrichtenvermittelnden Stilformen zu finden, da dort unterschiedliche Akteursmeinungen sowie Basisinformationen zum behandelnden Sachverhalt zusammengetragen werden (vgl. Matthes, 2007, S. 148). Für das Erkenntnisinteresse zur Frame-Akzentuierung in den jeweiligen Medien sind kurze Agenturmeldungen entsprechend weniger relevant. Zugleich wird mit dieser Entscheidung das Risiko eingegangen, dass zur Nachzeichnung der allgemeinen Berichterstattungsintensität im Zeitverlauf anfängliche Meldungen über mögliche mangelnde Verlässlichkeiten im Leistungssystem Landwirtschaft nicht berücksichtigt werden. Dessen ist sich die Autorin bewusst, doch da die gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit für eine Krise erst durch eine umfassende Berichterstattung sichtbar wird, geht sie das Risiko bewusst ein.

In einem nächsten Schritt wurde das Analysematerial der Agrarpresse beschafft. Dies stellte sich als zeitaufwendiges Projekt heraus und war teilweise mit großen Schwierigkeiten verbunden. Das Vorgehen, das notwendig war, um die relevanten Beiträge im jeweiligen landwirtschaftlichen Wochenblatt zu identifizieren, war für alle vier Fachzeitschriften gleich: In einem ersten Schritt wurden die Redaktionen der Wochenblätter kontaktiert, um einen Zugang zum Archiv zu erhalten, denn in zentralen Anlaufstellen wie der Deutschen Nationalbibliothek waren nur die Jahressbände des *BLW* vollständig verfügbar. Eine weitere offizielle und kontinuierlich geführte Archivierung der Fachmagazine gibt es in Deutschland nicht. Für das *WW* (Münster), die *Land & Forst* (Hannover) sowie die *BZ* (Berlin) wurden daher die Archive in den Redaktionen vor Ort besucht und die Jahressbände händisch durchgesehen. Für die Artikelauswahl bildeten die Ressorts „Agrarpolitik“, „Agrarmarkt“, „Pflanzen- und Ackerbau“, „Tierhaltung“, „Gesellschaft/Vermischtes“, „Aktuelle Forschung“ sowie die Ressorts „Regional/Lokal“ die Basis. Letztgenannte wurden, wie bereits herausgestellt, bewusst aufgenommen, da die Durchsichten zeigten, dass die Berichte oder Features insbesondere zu Krisenbeginn, wie bspw. bei der Verbreitung

der Schweinepest, in diesen Ressorts erschienen sind. In einem nächsten Schritt wurden die Artikel in den Jahressbänden nach den aufgestellten Such- und Stichwörtern – wenngleich auf analogem Wege – identifiziert. Relevante Artikel wurden ab fotografiert, bevor die Fotos der Artikel, die sich über mehrere Seiten erstreckten, anschließend mittels PDF-Creator umgewandelt und zu einem Dokument zusammengesetzt wurden. Dieser Arbeitsschritt war notwendig, um bei der Stichprobenziehung und der nachfolgenden Codierung keine unvollständigen Artikel vorliegen zu haben. Ein digitaler Zugang zur Agrarpresse ist erst ab 2003 (BLW) 2007 (WW) und 2015 (*Land & Forst, BZ*) verfügbar. Allerdings konnte das Archivprogramm nur beim BLW mit dem entwickelten Stichwortsystem durchsucht werden. Die drei anderen Wochenblätter standen als E-Paper ab dem genannten Zeitraum zur Verfügung und wurden online gesichtet, die identifizierten Artikel heruntergeladen und abgespeichert. Wie bei den Leitmedien wurden auch bei der Agrarpresse zur weiteren Modifizierung der Stichprobe kurze Agenturmeldungen aus der Untersuchung ausgeschlossen, Berichtsstücke hingegen berücksichtigt.

9.4.4 Such- und Aufgreifkriterien

Für die Identifikation der relevanten Kernartikel und damit Aufnahme in die Untersuchung sind die nachfolgenden Kriterien orientierungsgebend, die sich an Linzmaier (2007, S. 294–296, im Folgenden) anlehnen:

Der Artikel muss im jeweiligen Untersuchungszeitraum einen eindeutigen thematischen Bezug zu den Krisen *ESP*, *BSE*, *Dioxin in Tierfutter* oder der *Glyphosat-Debatte* haben. In Anlehnung an die Definition einer Krise und eines krisenhaften Zustandes und die damit für diese Studie verbundene Auswahl der vier Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft liegt ein thematischer Zusammenhang vor, wenn der Artikel

- die von der Krise ausgehende Bedrohung, Folgen *dysfunktionaler Strukturen* bzw. die fehlende Verlässlichkeit des Leistungssystems Landwirtschaft behandelt
und/oder
- die *Ursachen* der Krise beleuchtet, warum also das Leistungssystem seiner Funktionserfüllung nicht gerecht wird bzw. gerecht werden kann – bspw. mit Dioxin belastete Industriefette in Tierfutter oder nachlässiges Verhalten beim Tiertransport (ESP)
und/oder
- die *akuten* und *langfristigen Folgen* für die Natur, Biodiversität, Lebensmittelsicherheit, die Tiergesundheit, Gesund des Menschen thematisiert
und/oder
- die aus der bedrohten und/oder verletzten Systemverlässlichkeit abgeleiteten *Handlungen* zur (Wieder-)Herstellung eines erstrebens- und wünschenswerten Zustands des Leistungssystems Landwirtschaft beschreibt. Dazu zählen bspw. die Einführung von BSE-Schnelltests, Trennung der Produktionswege bei der Produktion von Fetten und Ölen für die Industrie oder die Landwirtschaft. Ebenfalls zählen *politische Handlungsfolgen* wie Ministerrücktritte dazu.

Von der Untersuchung ausgeschlossen wurden:

- *Artikel*, die Krisen und krisenhafte Zustände nur nebensächlich thematisierten und in denen eine eindeutige Distanzierung vom inhaltlichen Kern der jeweiligen Krise zu erkennen war,
- *redaktionelle und nicht redaktionelle Beiträge* wie Glossen, Kolumnen, Lexikon-Beiträge, Prozessberichte, Wettkampfberichte, Rezensionen (Bücher, Film) Empfehlungen, Leserbriefe, (Klein-)Anzeigen, Kreuzworträtsel, Ankündigungen von Artikeln (bspw. kurze Hinweistexte auf der Titelseite/Titelblatt), jegliche Beilagen (bspw. SZ-Magazin, Jahresrückblicke),
- *Abbildungen und Bilder* (Bild mit Textzeile, Infografik, Statistik, Tabellen, Umfragen Karikatur, Organigramm, Karten),
- *Beiträge*, die auf den Seiten der *Bauernverbände* (BBV, WLV, Landvolk, LBV) in den landwirtschaftlichen Wochenblättern veröffentlicht wurden.

Für die vorliegende Teilerhebung I, die Inhalts- und Frameanalyse, ergibt sich somit eine modifizierte Stichprobe mit insgesamt 1.150 Analyseeinheiten, die in der nachstehenden Abbildung 11 nochmal in ihrem methodischen Vorgehen zusammenfassend dargestellt wird.

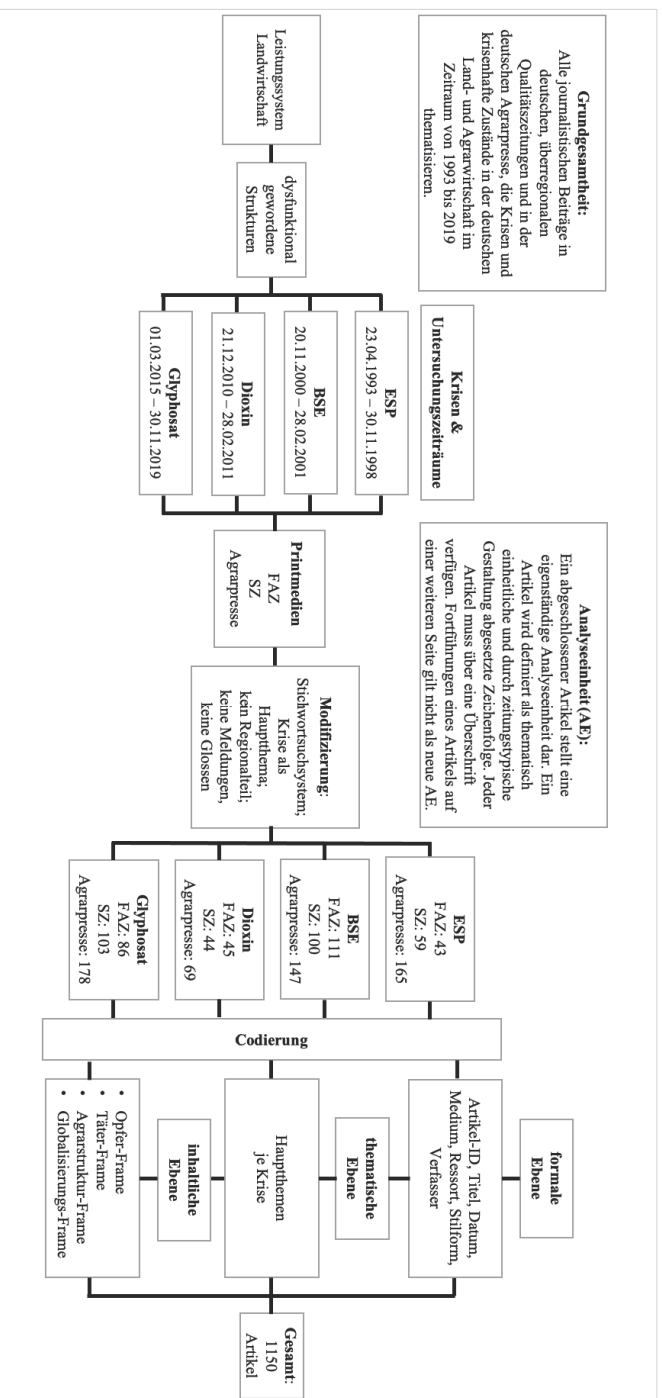


Abbildung 11:
Forschungsdesign der Teilerhebung I.

9.5 Konzeption der Frames

An dieser Stelle soll das Vorgehen zur Identifizierung der Frames erläutert werden und anschließend die Darstellung der abgeleiteten Frames erfolgen. Die methodische Vielfalt zur Identifizierung von Frames wurde bereits in Kapitel 5.5.4.4 erläutert und deren jeweilige Vor- und Nachteile diskutiert, sodass auf diese nicht noch einmal gesondert eingegangen wird. Das Ziel ist es, am Ende Medienframes zu präsentieren, die in ihren einzelnen Frame-Elementen detailliert beschrieben werden können, um sie quantifizierend mittels einer manuell-holistischen Vorgehensweise in den Medientexten krisenübergreifend zu erfassen.

9.5.1 Methodische Herangehensweise

Bedingt durch die Tatsache, dass sich innerhalb des Fachs nur eine überschaubare Zahl empirischer Forschungsarbeiten intensiv dem Leistungssystem Landwirtschaft und der identifizierten Krisen gewidmet hat (vgl. Kap. 6.3.2), werden (wie eingangs erwähnt) für diese Studie die Kernelemente der Frames induktiv aus einem Teil des Untersuchungsmaterials gewonnen. Ausgehend von einem kategoriegeleiteten Verfahren werden anlehnend an Matthes und Kohring (2004) die vier Frame-Elemente als Untersuchungskategorien herangezogen und nach der jeweiligen zugrunde liegenden Definition von Frames operationalisiert. Ein Frame wird bei dieser Vorgehensweise also nicht als Ganzes im Medientext gesucht, sondern Merkmale für die einzelnen Elemente werden zusammengetragen (Kohring & Matthes, 2002; Matthes & Kohring, 2004). Löblich (2014, S. 66) beschreibt für dieses Vorgehen treffend: „Wenn diese Elemente in spezifischer Ausprägung gemeinsam auftreten und so ein Muster bilden, das über verschiedene Texte hinweg vorkommt, wird dies als Hinweis auf das Vorhandensein eines bestimmten Frames interpretiert“ (Kohring & Matthes, 2002; Matthes & Kohring, 2004). Aus der Perspektive von Jecker (2017, S. 294) ist diese Ausdifferenzierung eines Medienframes in seine Elemente Voraussetzung dafür, um dem manuell-holistischen methodischen Ansatz gerecht zu werden. Zusätzlich wurde in Ergänzung zu dem methodischen Vorschlag von Löblich (2014) auf bereits empirisch geprüfte Problemdefinitionen themennaher Untersuchungen zurückgegriffen. So kann dem häufig geäußerten Vorwurf entgegengewirkt werden, dass immer wieder neue Frames in der Forschung generiert werden, statt zunächst einen Blick in die bestehende empirische themenangrenzende Framing-Forschung zu werfen (Dan & Raupp, 2018). Das Ziel ist es somit, möglichst flächendeckend die Problemdefinition, die Ursachenzuschreibungen bzw. moralischen Bewertungen, die Akteure und dargelegten Lösungsvorschläge sowie die Handlungsempfehlungen zu erfassen.

Untersuchungszeitraum und Material

Die Basis der induktiven Frame-Herleitung bilden die bereits geschilderten Untersuchungszeiträume sowie die Auswahl des Untersuchungsmaterials (vgl. Kap. 9.3 bzw. 9.4). Davon ausgehend werden diejenigen Artikel der Leitmedien und der Agrarpres-

se zufällig – in Bezug auf alle vier Krisen – ausgewählt, die Eingang in die qualitative Inhaltsanalyse finden. Der Vorteil dieser einfachen Zufallsstichprobe ist naheliegend: „Die bewusst sehr weit gehaltene Streuung dieser Texte soll gewährleisten, dass die qualitative Inhaltsanalyse ein möglichst vollständiges und detailliertes Bild des öffentlichen Diskurses zeichnet“ (Gerhards & Schäfer, 2006, S. 70–71, vgl. fortführend: Schnell, Hill & Esser, 2018, S. 247 f.). Danach wird das Material nochmals händisch durchgesehen, um sicherzustellen, dass nicht nur Artikel rund um zentrale Schlüsselergebnisse, wie bspw. die Zustimmung des einst amtierenden Bundeslandwirtschaftsministers Schmidt zur verlängerten Zulassung von Glyphosat im November 2017, zur Identifizierung der Frames herangezogen werden, sondern auch Sichtweisen einfließen, die außerhalb dieser Ereignisse geäußert wurden.

9.5.2 Begründung der ausgewählten Studien

Wie bereits erwähnt, sollen in Anlehnung an Löblich (2011, S. 429; 2014, S. 70–71) neben der induktiv geleiteten Identifizierung über die Frame-Elemente als Kategorien auch die Problemdefinitionen generischer/themenübergreifender Frames bzw. von empirisch geprüften Frames themennaher Studien als erste Anknüpfungspunkte übernommen werden. Welche Frames bzw. Studien ausgewählt wurden, soll im weiteren Verlauf begründet werden.

Dahinden (2018, S. 210 f.) legt in seiner Meta-Analyse, ausgehend von einem induktiv geleiteten Kategorienbildungsprozess, fünf Basisframes vor, die sich jeweils in weitere Unterframes untergliedern lassen. Aus diesen fünf Basisframes wurden der Frame „Wirtschaftlichkeit“ mit den Unterframes „Effizienz“ und „Effektivität“ sowie der Frame „Moral/Ethik/Recht“ mit dem Unterframe „Umweltethik“ ausgewählt. Die Tabelle 12 ermöglicht einen Überblick über die zentralen Schwerpunkte dieser Frames. Begründet wird diese Auswahl mit den empirischen Ergebnissen inhaltsanalytischer Studien, wonach wirtschaftsnahe Bereiche wie „Agrarmärkte“ und „Produktion“ (umfasst hier Betrieb und Umwelt, tierische und pflanzliche Produktion) in der Berichterstattung über die Landwirtschaft dominieren (Alföldi, 2009, S. 91–92). Die Berücksichtigung des Unterframes „Umweltethik“ wird damit erklärt, dass insbesondere seit der BSE-Krise ethische Aspekte zur Tierhaltung eine stärkere Aufmerksamkeit erfahren (Hagenhoff, 2003, S. 131).

Unter Bezugnahme auf die empirischen Ergebnisse von Alföldi (2009, S. 109 f.; S. 132 f.), der seine Frames auf Basis von Dahinden (2018) konstruiert, lässt sich auf der einen Seite festhalten, dass innerhalb der journalistischen Berichterstattung über die Landwirtschaft Diskurse dominieren, in denen hervorgehoben wird, dass dieser Sektor aufgrund sinkender Produzentenpreise und fehlender staatlicher Unterstützung unter einem ökonomischen Druck steht, dem positiv konnotiert durch Eigeninitiativen der landwirtschaftlichen Akteure entgegnet werden kann. Auf der anderen Seite hat seine empirische Analyse ergeben, dass die Ursache für diesen ökonomischen Druck auch an der „schwindenden politischen und gesellschaftlichen Bedeutung der Branche“ (Alföldi, 2009, S. 80) festgemacht werden kann. Beide Frames können insbesondere in der Printberichterstattung identifiziert werden (Alföldi, 2009, S. 129). Aufgrund dieser Erkenntnisse ist zu erwarten, dass für die hier angestrebte Studie die wirtschaftlichen Kriterien mit Betonung auf der Zunahme einer effizienzorientierten Landwirtschaft ebenfalls zu identifizieren sind.

<i>Basisframe</i>	<i>Kurzbeschreibung</i>	
<i>Wirtschaftlichkeit</i>	Nimmt die wirtschaftlichen Kriterien und Folgen in den Blick und lässt eine Differenzierung in zwei Subframes zu.	
	<i>Unterframes</i>	
	<i>Effizienz</i>	Kostenersparnis
	<i>Effektivität</i>	Wirksamkeit
<i>Moral, Ethik, Recht</i>	Im Vordergrund stehen keine Einzelinteressen und Machtfragen, sondern universelle Werte. Es werden moralische, ethische und rechtliche Aspekte eines Themas berücksichtigt.	
	<i>Unterframe</i>	
	<i>Umweltethik</i>	Einfluss des Menschen auf die Natur, verantwortbarer Umgang mit diesen und das Recht von Pflanzen und Tieren. Zumeist fehlt jedoch eine juristische Bindung.

Tabelle 12:

Ausgewählte Basisframes nach Dahinden (2018, S. 210 f.).

Darüber hinaus sollen die empirischen Ergebnisse der umfassenden Studie von Wolfram und Kollegen (2021) berücksichtigt und ihre Problemdefinitionen ausgewählter themennaher Frames für die Frame-Identifizierung herangezogen werden. Die Befunde der quantitativen Inhaltsanalyse von 1.282 Artikeln der überregionalen Zeitungen und landwirtschaftlichen Fachpresse (vgl. ausf. Kap. 6.3.2) legen insgesamt neun Frames offen. Laut ihrer Erkenntnisse dominieren primär in der Agrarpresse die Schäden für die Landwirte, die in ihrer Problemdefinition vor allem die wirtschaftlichen Nachteile durch sinkende Erzeugerpreise und politische Entscheidungen auf supranationaler Ebene hervorheben. Verantwortlich für diese Umstände, dass die Landwirte unverschuldet in eine missliche Lage geraten sind, sind u. a. die Interessen von Wirtschaftsunternehmen und der Lebensmitteleinzelhandel (Wolfram et al., 2021, S. 20). Zudem kann die Analyse aufzeigen, dass in den überregionalen Medien insbesondere Betonungen auf den Tierschutz vorliegen, wonach die bis dato gültigen und legalen Tierhaltungsbedingungen und Praktiken der Tierhaltung kritisiert und die Tiere als Leidtragende dieser Praxis dargestellt werden. Verantwortlich bzw. Problemverursacher ist vorrangig die Landwirtschaft (Wolfram et al., 2021, S. 25). Auch die Problemdefinition des Frames „Verantwortung Verbraucherschaft“ unterstreicht den „Schaden für die Tiere“ (Wolfram et al., 2021, S. 23) bedingt durch das Verhalten der Verbraucher, zu viele tierische Produkte zu einem möglichst günstigen Preis verzehren zu wollen. Zu erwarten ist, dass auch in der vorliegenden Untersuchung die Krisen, die einen Bezug zur Tierhaltung haben (ESP, BSE), ähnliche Strukturen aufweisen. Darüber hinaus kann vermutet werden, dass die Landwirtschaft sowohl als Verursacher bestimmter Probleme als auch als Leidtragender von immer stärker an Effizienz und Effektivität orientierten Wirtschaftsunternehmen im Leistungssystem dargestellt wird. Enge Verknüpfungen zu dieser Problemdefinition und Ursa-

chenzuschreibung birgt der identifizierte Frame „Verursacherin Tierhaltung“, der die Probleme hinsichtlich ökologischer Folgen der Tierhaltung betont und ebenfalls vorrangig die Landwirtschaft als Problemverursacherin ausmacht.

9.5.3 Operationalisierung in ein handlungsleitendes Kategoriensystem

Die bereits beschriebene Definition nach Entman (1993) wird in dieser Studie als Ausgangsbasis für die Operationalisierung gewählt, da sie aufgrund ihrer im Forschungsfeld weiten Verbreitung und Anwendung als Kerndefinition gelten kann (vgl. Kap. 5.3). Entsprechend werden die handlungsleitenden Kategorien nach den vier Frame-Elementen – Problemdefinition, kausale Attribution, moralische Bewertung sowie Handlungsaufforderung/Lösungszuschreibung – abgeleitet. Jede Kategorie wird dabei anhand weiterer Subkategorien operationalisiert. Dies erfolgt in Teilen in Anlehnung an Jecker (2017, S. 289 f.), da sie eine inhaltliche Verschärfung der einzelnen Elemente nach Entman (1993) vornimmt und auf diese Weise die eher schwach ausgeprägte Operationalisierung von Entman selbst ausgeglichen werden kann.

Die von Entman (1993) erstgenannte *Problemdefinition* wird durch eine Kategorie operationalisiert, die durch zwei Subkategorien erfasst wird. Die erste beschreibt die *Problemsituation* und stützt sich auf konkrete oder eher abstrakte Situationsbeschreibungen, die entweder vergangen sind oder gegenwärtig oder zukünftig stattfinden können. Diese Problemsituationen können über Sprecheraussagen von auftretenden Akteuren (bspw. Organisationen, Verbänden wie DBV, NABU, BUND oder von Sprechern politischer Parteien wie z. B. Bundesminister, Landwirte) identifiziert werden. Auch die Schilderungen des Verfassers eines Artikels, die über eine reine Titulierung des Problems – d. h. ohne weitere inhaltliche Ausführungen – hinausgehen, können berücksichtigt werden. Mit der Problemsituation soll also erfasst werden, über welches Problem oder welchen Aspekt eines identifizierten Problems gesprochen wird. Unter der zweiten Subkategorie, den *Problemfolgen*, werden die Aspekte erfasst, die auf einen konkreten Zusammenhang zwischen dem thematisierten Problem und den daraus resultierenden Folgen, die entweder vergangen sind oder gegenwärtig oder zukünftig stattfinden können, hinweisen (vgl. Jecker, 2017, S. 299). Wichtig ist, zu beachten, dass die Folgen nicht nur einen Bezug zu einem Akteur (bspw. der einzelne Landwirt, der Bundeslandwirtschaftsminister) oder zu einer Akteursgruppe (bspw. DBV, Futtermittelhersteller) aufweisen, sondern auch Folgen, die bspw. einen ganzen landwirtschaftlichen Zweig, wie schweinehaltende Betriebe betreffen, berücksichtigt werden.

Die zweite Kategorie umfasst die *kausale Attribution*, die die tieferliegenden Ursachen, Gründe und Faktoren für die in der Problemdefinition beschriebenen Zustände bzw. Problemsituationen/-folgen berücksichtigt. Diese Kategorie kann als Indikator von Verantwortungszuschreibungen gelten. Die Operationalisierung der Kategorie erfolgt über zwei Subkategorien: (A) die *situativen Ursachenzuschreibungen* und (B) die *personellen Ursachenzuschreibungen*. Für jede gilt ein möglicher Bezug auf vergangene, gegenwärtige oder zukünftige Ursachen bzw. Ereignisse. Zentrale Schlagwörter wie ‚aufgrund‘, ‚ursächlich ist‘ oder ‚zurückzuführen auf‘ können als Hinweise auf eine mögliche Ursachenzuschreibung gewertet werden (Jecker, 2017, S. 301–304). In Rückbezug auf die zwei Subkategorien kann festgehalten werden: Die situative Ursachenzuschreibung verortet die Ursachen und Gründe für ein identi-

fiziertes Problem in gesellschaftlichen Teilsystemen (Politik national/international, Wirtschaft, Finanzen, Rechtssystem, Gesundheitssystem), die entsprechende Rahmenbedingungen durch bspw. gesetzliche Verankerungen oder ad hoc getroffene politische Entscheidungen (bspw. BSE-Schnelltests) vorgeben. Auf der personellen Ebene werden individuelle und/oder kollektive Akteure, Akteursgruppen, Organisationen benannt, die aufgrund ihrer Handlungsentscheidung oder ihres Nicht-Handels ursächlich für die Problemsituation sind (Jecker, 2017, S. 303). Eine eindeutige Zuordnung von situativer oder personeller Ursachenzuschreibung ist jedoch nicht immer möglich. So war bspw. die Zulassung der Verfütterung von Tiermehl an Rinder dafür verantwortlich, dass die Tiere den Erreger von BSE aufnehmen. Hinter der situativen Ursache stehen allerdings Akteursentscheidungen bzw. Nicht-Handlungen von Akteuren, d. h. entsprechende personelle Ursachenzuschreibungen. Eine Kategorie „Sonstiges“ wird daher hinzugefügt, um unklare Zuordnungen dennoch berücksichtigen zu können.

Die *moralische Bewertung* umfasst die evaluative Betrachtung und Bewertung des identifizierten Problems und kann positiv, negativ oder ambivalent ausgerichtet sein. Konkret wird erfasst, wie die Handlungen bzw. Nicht-Handlungen, Handlungsmotive eines Akteurs/einer Akteursgruppe, die explizit erwähnt werden müssen, bewertet werden. Damit lehnt sich die Operationalisierung an Jecker (2017, S. 312) an und distanziert sich vom Vorschlag Matthes (2007, S. 136), eine graduelle Bewertung vorzunehmen, die danach fragt, *wie negativ* der zu bewertende Zustand ist. Eine erste Subkategorie, das *Bewertungssubjekt* bzw. *Bewertungsobjekt* fragt danach, wer oder was konkret in seinem Handeln bewertet wird. Dabei kann es sich wie in den vorherigen Kategorien um Einzelakteure, Gruppen, Organisationen oder ganze Systembereiche handeln. Das bedeutet, es wird der Aspekt beachtet, dass ein Akteur selbst oder ein Objekt (auch im Sinne eines vorliegenden Zustandes) bewertet werden kann. Die zweite Subkategorie, die *Bewertungsmaßstäbe*, differenzieren sich nach einer positiven, negativen oder ambivalenten Bewertung aus. Als ein positiver Bewertungsmaßstab gilt, dass die Maßnahmen, Handlungen, Nicht-Handlungen, Handlungsmotive und die Entscheidungen zur Lösung des Problems befürwortet, begrüßt und insgesamt als richtig empfunden werden. Im Gegensatz dazu fallen Aussagen, die die Handlungen kritisieren, bemängeln und bezweifeln in den negativen Bewertungsmaßstab. Eine ambivalente Tendenz liegt vor, wenn die Entscheidungen zur Lösung des Problems zwiespältig betrachtet und in gleichem Maße sowohl positiv als auch negativ bewertet werden.

Handlungsanweisungen/Handlungsaufforderungen, die auch als *Lösungszuschreibungen* tituiert werden können (vgl. Kap. 5.5.4.1), erfasst eine vierte Kategorie. Diese sollen eine Antwort auf die Frage geben, ob und welche Vorschläge oder Aufforderungen bzw. Unterlassungen zur Lösung des Problems von den Akteuren/dem Journalisten an andere Akteure/Akteursgruppen benannt werden. Diese haben zumeist einen gegenwärtigen oder zukunftsorientierten Bezug. In Anlehnung an Matthes (2007, S. 136) können aber auch direkte Abschreibungen von Lösungskompetenzen aufgenommen werden. So wurde bspw. während der BSE-Krise weder dem damaligen Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke noch der Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer eine sichere Führung aus der Krise zugeschrieben, sodass

sie auf öffentlichen Druck hin ihre Ministerposten abgaben (vgl. Kap. 8.2.2). Für diese Kategorie werden über die erste Subkategorie *Handlungsakteure* erfasst, denen die Lösung/die Handlungskompetenz eines Problems zugeschrieben wird. Dabei kann es sich um einzelne Akteure oder ganze Akteursgruppen handeln. Zusätzlich ist es möglich, umfassendere Benennungen ganzer Teilsysteme wie „die Wissenschaft“ aufzunehmen. In der zweiten Subkategorie werden *Handlungsempfehlungen* aufgenommen, die sich an die Handlungsakteure richten und ihnen nahelegen, bestimmte Schritte bzw. Maßnahmen zu ergreifen bzw. zu unterlassen. In Anlehnung an Jecker (2017, S. 305) ist zur Identifizierung eine Orientierung an Schlagwörter wie ‚vorschlagen‘; ‚befürworten‘; ‚appellieren‘ oder im Zusammenhang mit einer Ablehnung mit Formulierungen wie ‚widersprechen‘; ‚zurückweisen‘ oder ‚ablehnen‘ möglich. Eine dritte Subkategorie, die *Handlungsaufforderung*, unterscheidet sich insofern von der Handlungsempfehlung, als sie sich an einen bestimmten Akteur/eine Akteursgruppe richtet, eine bestimmte Maßnahme umzusetzen bzw. zu unterlassen. Das heißt, die Handlung bzw. Nicht-Handlung wird direkt eingefordert. Auch hier erfolgt eine Orientierung an den von Jecker (2017, S. 305) vorgestellten Indikatoren wie bspw. ‚als notwendig erachtet‘, ‚einfordern‘ oder es wird für ‚unumgänglich‘ erachtet. Zusätzlich zu diesen Beschreibungen zur Erfassung der einzelnen Frame-Elemente als Kategorien werden Fragestellungen formuliert, die eine eindeutige Zuordnung zu einer Kategorie erleichtern sollten. Daneben werden formale Kategorien, u. a. die Artikel-ID sowie das Datum, erfasst, um eine schnelle Zuordnung zu garantieren. Jede Kategorie bietet außerdem die Option „Sonstiges“, um auch unspezifische bzw. nicht eindeutig einer Subkategorie zuordbare Sachverhalte berücksichtigen zu können.

9.5.4 Analyse- und Auswertungsverfahren

Das analytische Vorgehen zur Ermittlung der Frames erstreckte sich über mehrere einzelne Verfahrensschritte. Ausgangspunkt des Identifikationsprozesses war stets die Identifizierung einer Problemsituation. Voraussetzung für das Vorliegen eines Frame-Elements war, dass mindestens eine Subkategorie mit den entsprechenden Inhalten eindeutig identifiziert werden konnte. Ziel bei der Identifikation der Frames war es, möglichst flächendeckend die Argumente und dargelegten Lösungsvorschläge zu erfassen. In einem ersten Schritt wurden die zufällig ausgewählten Zeitungsartikel der unterschiedlichen Printmedien hinsichtlich der herausgearbeiteten Problemdefinitionen aus den generischen Frames bzw. themennahen und empirisch geprüften Studien durchgesehen. Sie dienten als Grundstruktur, um einen ersten Überblick über das Untersuchungsmaterial und die verschiedenen Problemdefinitionen zu erhalten. Ließen sich Überschneidungen bzw. ähnliche Problemdefinitionen erkennen, wurden diese Textstellen extrahiert und die weiteren einzelnen Frame-Elemente entlang des handlungsleitenden Systems codiert. Dabei wurden zentrale Stichwörter den jeweiligen Subkategorien zugeordnet. Nach diesem ersten Durchgang wurde in einem nächsten Schritt, unabhängig von den vorab festgelegten Problemdefinitionen, das Material erneut auf weitere tieferliegende, neue Problemdefinitionen ausgewertet. So konnte sichergestellt werden, dass nicht nur nach bekannten Mustern gesucht wurde, sondern auch neue Blickwinkel erfasst wurden (Löblich, 2014, S. 71; Harden, 2002, S. 104). Hier erfolgte ebenfalls, ausgehend von der Problemdefinition, die weitere Ermittlung der Frame-Elemente entlang der aufgestellten Subkategorien

über zentrale Stichwörter, untersuchungsrelevante Textbausteine und die Erfassung von Ankerbeispielen. Die einzelnen Kategorien wurden dabei als wachsende Liste geführt. Die Sichtung und Ausarbeitung des Materials erfolgte so lange, bis ein Sättigungseffekt auftrat, d. h., bis Dopplungen und inhaltliche Redundanzen sichtbar wurden.

Im Anschluss daran folgte die Verdichtung der einzelnen framedefinierten Elemente als Kategorien hin zu einzelnen Medienframes. Dabei gilt in Anlehnung an die Methodik von Matthes und Kohring (2004, S. 62 f.), dass ein vollständiger Medienframe erst dann identifiziert werden kann, wenn bestimmte Textausschnitte und Stichwörter immer wieder in einer ähnlichen oder überschneidenden Form bzw. Kombination vorliegen und sich über mehrere Medientexte hinweg identifizieren lassen (ebd. S. 62). Eine trennscharfe, klar ableitbare neue Problemdefinition gilt als Indikator für einen neuen Medienframe (Löblich, 2014, S. 68). Das basiert auf dem Gedanken, dass durch den Frame-Mechanismus der Selektion ein bestimmter Sachverhalt besonders betont wird. Wird also ein gänzlich neuer, zentraler Sachverhalt und nicht nur ein weiterer Aspekt eines bestimmten Sachverhalts (Salienz) aufgeführt, so ist dies als Hinweis auf einen weiteren Medienframe zu deuten – unter der Prämisse, dass sich auch weitere Frame-Elemente klar herausarbeiten lassen. Anderenfalls handelt es sich nicht um einen Medienframe. Nach Abschluss dieses Prozesses konnten vier Medienframes herausgearbeitet werden: *„Die Landwirtschaft als Opfer“* (Kurzform: „Opferframe“), *„Die Landwirtschaft als Täter“* (Kurzform: „Täterframe“), der *„Agrarstrukturframe“* (Kurzform: „Strukturframe“) sowie der Frame *„Die Globalisierung der Landwirtschaft“* (Kurzform: „Globalisierungsframe“ bzw. „Globalframe“). Im nächsten Kapitel werden diese ausführlich entlang der Frame-Elemente vorgestellt.

9.5.5 Identifizierte Frames

Für die Darstellung der Frames verweisen sowohl Löblich (2014, S. 68) als auch Harden (2002, S. 105) auf die Bedeutungsstärke von Ankerbeispielen in Form von Textpassagen, um die Validität der Untersuchung zu stützen. Aus diesem Grund werden auch hier Beispiele angeführt, um die Schwerpunkte der Frames und ihrer jeweiligen Elemente sichtbarer zu machen.

Die Landwirtschaft als Opfer

Dem ersten identifizierten Frame lässt sich treffend die Bezeichnung *„Die Landwirtschaft als Opfer“* zuschreiben. Insgesamt zeichnet er sich durch eine stark an ökonomischen Folgen für die Landwirte bzw. die Landwirtschaft orientierte Blickweise aus. Die Frame-Elemente ordnen Krisen im Leistungssystem entsprechend im Hinblick auf wirtschaftliche Probleme und den wachsenden ökonomischen Druck auf die Landwirte ein. Eine immer stärker auf Leistung und Effizienz ausgerichtete Landwirtschaft hat vor allem für die landwirtschaftlichen Betriebe selbst schwere Folgen. Im Mittelpunkt des Frames stehen demgemäß die durch eine Krise bzw. einen krisenhaften Zustand entstandenen Schwierigkeiten für den einzelnen Landwirt und die gesamte landwirtschaftliche Branche. Mit dieser Ausrichtung weist der Frame inhaltliche Ähnlichkeiten zu Alföldi (2009, S. 81) und dem „ökonomischen Fra-

me-Paar“, dem Wirtschaftlichkeitsframe von Dahinden (2018, S. 211) und dessen Betonung der „Effizienz“ sowie zum Frame „Schaden Landwirtschaft“ (Wolfram et al., 2021, S. 20) auf.

Innerhalb der *Problemdefinition* werden vorrangig die negativen Aspekte und Konsequenzen für den Landwirt/den landwirtschaftlichen Sektor hervorgehoben. Es wird betont, dass die Landwirte zumeist unverschuldet Opfer und Leidtragende der jeweiligen Krise sind und mit deren drohenden Folgen zu kämpfen haben. Identifizierte *Problemsituationen* sind u. a. akut eingerichtete bzw. politisch verordnete Auflagen wie bspw. Handels- und Exportsperrungen, ein Abnahmestopp von Fleisch oder die Einrichtung von Sperrgebieten und einzelne Betriebssperrungen. Die *Problemfolgen*, die sich daraus ergeben, heben die Existenzsorgen der Landwirte hervor, die vor allem kleinere landwirtschaftliche Betriebe im Leistungssystem betreffen. Deutlich wird dies bspw. in der SZ (Graupner, 2000, S. 4):

Am wenigsten wussten wahrscheinlich die kleinen Bauern, die ihre Kälber mit „Milchaustauschern“ fütterten, weil Kuhmilch als Kälbernahrung zu teuer ist auf einem Agrarmarkt der Dumpingpreise und Subventionen für die Großen. Die kleinen Bauern sind jetzt mehr denn je in ihrer Existenz bedroht ... das Höfesterben wird sich beschleunigen, wenn die Regierung nicht eingreift, wie sie es versprochen hat.

Auslöser dieser Existenznöte können zudem große Verluste im Tierbestand durch Bestandskeulungen aufgrund der Einrichtung von Sperrgebieten bzw. des Auftretens einer akuten Tierseuche auf dem Betrieb sein. Damit verbundene Erlösausfälle, Wettbewerbsnachteile durch Exportverbote und höhere Umweltauflagen beschreiben weitere Problemfolgen, wie die folgenden Ankerbeispiele aufzeigen (Roßbach & Krohn, 2011, S. 13):

Der Skandal um dioxinhaltiges Futtermittel hat für die mehr als tausend betroffenen Landwirte schwerwiegende Auswirkungen. Weil ihre Höfe gesperrt wurden, leiden sie unter Umsatz- und Gewinneinbußen. Sie dürfen ihre Produkte nicht mehr verkaufen; zum Teil müssen Eier vernichtet und Tiere getötet werden. Hinzu kommen die Kosten für Proben auf Dioxin von mehreren hundert Euro je Probe.

Durch das über Deutschland verhängte Schweineembargo würden Erzeuger und Mäster geradewegs in den Ruin getrieben ... Es dränge sich unwillkürlich der Verdacht auf, als wolle Brüssel die deutschen und bayrischen Schweinehalter am Markt ausbooten. Den betroffenen Betrieben stehe ein ‚Schaden ungeahnten Ausmaßes ins Haus‘. (BLW, 1993a, S. 19).

Im Element der *kausalen Attribution* werden in diesem Frame die Ursachen auf situativer und personeller Ebene hervorgehoben, die zu den Sorgen der Landwirte führen. Entsprechend wird in diesem Frame argumentiert, dass die Landwirte als

Leidtragende unverschuldet in die Notlage gekommen sind. Es werden seltener situative, sondern vor allem personelle Ursachenzuschreibungen vorgenommen, die sich an kollektive Akteure richten und so bspw. hervorheben, dass Futtermittelhersteller, Tiertransporter oder Politiker bzw. politische Institutionen auf supra- und nationaler Ebene in die Pflicht genommen werden müssen.

Sollte sich tatsächlich herausstellen, daß der BSE-Erreger über das von den Rinderhaltern in gutem Glauben eingesetzte Futter in die Betriebe gelangte, und sich bestätigen, daß gesetzliche Vorschriften nicht eingehalten wurden, muß gegenüber der Futtermittelindustrie Konsequenz an den Tag gelegt werden. (Stephan, 2001a, S. 5).

Durch das unverantwortliche Handeln dieser kollektiven Akteure aus der Wirtschaft (Fleischindustrie, Lebensmittelindustrie, Futtermittelhersteller) und aufgrund von politischen folgenreichen Entscheidungen und Regulierungsmaßnahmen, die besonders den Wirtschaftsmarkt betreffen, sind Landwirte die Betroffenen und Opfer dieser Entscheidungen. Entsprechend wird in diesem Frame den genannten kollektiven Akteuren ein schuldhaftes Versagen unterstellt, so auch exemplarisch in der FAZ, in der der damalige agrarpolitische Sprecher, Peter Bleser, zitiert wird (Roßbach & Krohn, 2011, S. 13):

Ich bin es leid, dass einige schwarze Schafe in der Futtermittelindustrie eine ganze Branche in Verruf bringen, die Gesundheit der Bürger gefährden und landwirtschaftliche Betriebe in wirtschaftliche Existenznöte bringen.

Anknüpfend an die Ursachenzuschreibungen und Problemfolgen, die sich für die Landwirte trotz ihrer Unschuld an den Entwicklungen ergeben, münden die *Handlungsempfehlungen* in verschiedenen Maßnahmen, die getroffen werden sollten, um die Landwirte zu unterstützen. Schließlich, so die Argumentation, haben die Landwirte die negativen Konsequenzen aus der Krise zu tragen, und die entsprechenden Handlungsschritte sollten vorsehen, ihnen „Opferhilfe“ zu leisten. Insbesondere bei direkten Zuschreibungen an politische *Handlungsakteure*, wie dem Bundeslandwirtschaftsminister, wird nahegelegt, über Subventionen und Finanzhilfen in Form von Notprogrammen die Überlebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern. Darüber hinaus kann auch eine Förderung des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns in Bezug auf die Tiergesundheit gefordert werden, um in zukünftigen Krisen Bestandskeulungen und die Verbreitung von Krankheiten besser regeln zu können. *Handlungsempfehlungen*, die keine direkte Zuschreibung an einen Handlungsakteur vornehmen und in diesem Frame geäußert werden, betonen, dass nur über einheitliche und faire Regelungen im landwirtschaftlichen System die wirtschaftliche Sicherheit der Betriebe ermöglicht werden kann, so so äußert sich der damalige Landwirtschaftsminister Hessens, Gerhard Bökel (1998, S. 10):

Deshalb brauchen Landwirtschaft, Handwerk und Handel ein System, das größtmögliche Sicherheit mit entsprechender Kontrolle bietet. ... Die Chance ist da, für die gesamte Landwirtschaft durch neue Strategien, durch Transparenz Vertrauen zurückzugewinnen und vernünftige Tierhaltung und Tierproduktion zu ermöglichen.

Der FAZ-Journalist Stefan Dietrich (2011, S. 1) schreibt:

Viel Mitgefühl wurde in der Debatte den Landwirten zuteil, die unter dem Skandal zu leiden haben. Ein Herz für die Bauern zeigt aber nicht, wer jetzt die Lage ihrer gesperrten Höfe bejammert, sondern wer sie aus der Abhängigkeit mächtiger Handels- und Verarbeitungskonzerne befreit, die ihnen die heutige Produktionsweise diktieren.

Der zentrale Deutungskern innerhalb des Frames „die Landwirtschaft als Opfer“ besteht darin, dass das Fehlverhalten der anderen Akteure – nur nicht der Landwirte selbst, sondern von Akteuren vorrangig aus der Wirtschaft und der supra- und nationalen politischen Ebene – zur misslichen wirtschaftlichen Lage der Landwirte führt. Dabei fallen die evaluative Betrachtung und *moralische Bewertung* im Frame eher negativ aus. Durch die bewusste Fahrlässigkeit bzw. die kriminellen Handlungen Einzelner leidet eine ganze Branche. Die Landwirte sind unverschuldet Leidtragende der Krise, und das Handeln der zuständigen Akteure wird als unzureichend, spärlich und notdürftig empfunden. Dies gilt vor allem für Handlungsentscheidungen, die sich auf zukünftige Maßnahmen beziehen, die oftmals mit strengeren Auflagen für die Landwirte verbunden sind. Insgesamt, so die Interpretation, verschärfen die verantwortlichen politischen Akteure die bereits angespannte wirtschaftliche Existenz der Betriebe, indem sie ihnen noch mehr verpflichtende Auflagen verordnen.

Die rot-grüne Landesregierung Niedersachsens ... sei auf die Bekämpfung der Schweinepest nicht vorbereitet gewesen und habe mit ‚völlig unzureichenden‘ Maßnahmen reagiert. [...] Das Land sei nicht in der Lage gewesen, illegale Schweineexporte zu verhindern. (FAZ, 1994a, S. 17).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Kernprobleme im Frame „die Landwirtschaft als Opfer“ weisen darauf hin, dass die Landwirte und ihre landwirtschaftlichen Betriebe durch Krisen und krisenhafte Zustände unverschuldet in eine Notlage geraten sind. Zentrale Problemfolgen sind Nachteile bei der Vermarktung der Produkte, der Verlust von Tierbeständen und drohende Existenznöte. Ursächlich für diesen problematischen Zustand ist vor allem das kriminelle und fahrlässige Verhalten Einzelner, die dadurch eine ganze Branche gefährden. Doch auch immer strengere Gesetzesauflagen, die von politischen Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene verordnet werden, werden als Ursache für den wirtschaftlichen Misstand vieler Betriebe angeführt. Die Lösung bzw. die Handlungsaufforderung richtet sich trotz dieser Verantwortungszuschreibung vorrangig auf personeller Ebene an die

politischen Akteure (Bundeslandwirtschaftsminister, Bundesumweltminister, Europäische Kommission), indem sie über Subventionen und finanzielle Nothilfen den Landwirten aus der Krise helfen.

Die Landwirtschaft als Täter

Der zweite identifizierte Frame „*Die Landwirtschaft als Täter*“ zeichnet sich durch seine Betonung auf das fahrlässige und unrechtmäßige Verhalten einzelner Landwirte und legale, gebilligte landwirtschaftliche Praktiken aus, die negative Konsequenzen sowohl für die Tiere als auch für die Umwelt haben. Diese Frame-Ausprägung ist dabei nicht neu, sondern lässt sich in Zügen auch im Frame „Tierschutz“ sowie im Frame „Verursacherin Tierhaltung“ bei Wolfram und Kollegen (2021, S. 27) erkennen. Diese inhaltlichen Überschneidungen liegen vor allem bei der starken Problemfokussierung des Frames hinsichtlich der langfristigen Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Biodiversität und des Rückgangs der Artenvielfalt vor. Unterschiede lassen sich jedoch in den Rückbezügen zu den Vertretern und Sprechern landwirtschaftlicher Organisationen und Verbände auf der Ebene der personellen Ursachenzuschreibungen nachzeichnen.

Innerhalb des ersten Frame-Elements, der *Problemdefinition*, betont der Frame die Fahrlässigkeit und die Verstöße der Landwirte gegen gültige Regeln und Gesetze wie bspw. Hygienevorschriften oder illegale Zu- und Verkäufe von Tieren. Diese äußern sich zum einen durch Problemsituationen, die das direkte Handeln der Landwirte im Umgang mit den Tieren bzw. deren Versorgung betreffen. Zum anderen umfassen sie den sorg- und verantwortungslosen Umgang mit der Natur. Dazu zwei Ankerbeispiele:

Glyphosat [bleibt] in Deutschland das meistverwendete Pflanzenschutzwirkstoff. Und man hat fast den Eindruck, dass sich die Landwirte hier auf den niedrigen Preis und die unbegrenzte Verfügbarkeit dieses Totalherbizids eingerichtet haben. ... wir haben einen massiven Anstieg gesehen, der mit echter Notwendigkeit nicht immer zu erklären ist. (Steinmann, 2017, S. 16).

... leichtsinnige Art, wie Ferkel gehandelt und vermarktet werden. In Sammelstationen für Ferkel besteht die große Gefahr, daß gesunde Tiere mit kranken vermischt und dann auf viele Mastbetriebe verteilt werden. (Land & Forst, 1994, S. 31).

Daraus ergeben sich langfristige *Problemfolgen*. Dazu zählen bspw. Beschreibungen der weitreichenden Folgen für die Umwelt und die damit zusammenhängende Belastung der Böden und der Artenvielfalt. Doch auch auf die durch den fahrlässigen Umgang der Landwirte gefährdete Aufgabe, sichere und gesundheitlich unbedenkliche Nahrungsmittel herzustellen, wird verwiesen. Der beschriebenen Problemdefinition entsprechend wird ein schuldhaftes Verhalten in Form von vorrangig *personellen Ursachenzuschreibungen* an die Landwirte als Akteursgruppe diagnostiziert. Das fahrlässige, regelmissachtende Verhalten und Verstöße gegen die Sorgfaltspflicht werden in diesem Frame als Hauptauslöser der Krisen und krisenhaften Zustände betont. Die-

se können Vorwürfe einer absichtlichen Handlung bzw. Nicht-Handlung beinhalten. Dazu zählt bspw., dass Landwirte aufgrund der fehlenden Kontrollen durch Veterinärbehörden ihr Handeln, wie das Verfüttern von Speiseresten, weiter durchgeführt haben. Die Ursachenzuschreibungen richten sich jedoch auch auf personeller Ebene an die landwirtschaftlichen Organisationen und Verbände, die Maßnahmen zum Schutz und Wohl des Tieres und zur Senkung der Umweltbelastungen unnötig hinauszögern und vorrangig wirtschaftliche Interessen verfolgen.

Aber wer nicht pflügt, muss Unkräuter anders loswerden Also kommt Glyphosat zum Einsatz, denn es hat durchaus Vorteile: Es ist spottbillig, wirkt gegen fast jedes unerwünschte Kraut, und im Vergleich zu anderen Mitteln gelangt eher wenig davon ins Grundwasser. Das macht es freilich verlockend, die Substanz auch dort einzusetzen, wo es anders ginge ... In Europa sind erst wenige Resistenzen aufgetreten. Aber das kann sich ändern, wenn man es weiter so verschwenderisch verteilt. (Weiss, 2016, S. 18).

Offenbar wurden aus den Seuchenzügen der vergangenen Jahre keinerlei Lehren gezogen. ... die abnehmenden Landwirte [haben] ebenfalls ihre Sorgfaltspflicht verletzt und damit sich und andere einem erhöhten Seuchenrisiko ausgesetzt. (Budde, 1997, S. 11).

Im Charakter dieses Frames spiegelt sich die *Handlungsaufforderung* wider, dass die Landwirte und die mit ihnen verknüpften Akteursgruppen (wie bspw. der DBV) ihr Fehlverhalten ändern müssen, um die Krise bzw. den krisenhaften Zustand nicht weiter auszuweiten. Es wird argumentiert, dass die zu treffenden Maßnahmen und Handlungsschritte darin bestehen sollten, schärfere Kontrollen und Auflagen einzuführen wie bspw. maximale Ausgabemengen von Glyphosat, die Verknüpfung von Umweltauflagen an die EU-Subventionen oder regelmäßige tierhygienische Kontrollen auf den Betrieben. Zusätzlich wird insbesondere politischen Akteuren auf supra- und nationaler Ebene die *Handlungsempfehlung* nahegelegt, dass die Landwirte für den finanziellen Schaden, der ihnen durch die von ihnen durchgeführten Praktiken entsteht, selbst aufkommen sollen. *Direkte Handlungsaufforderungen* können sich darüber hinaus an zuständige Behörden aus dem Leistungssystem Landwirtschaft richten und sie zu regelmäßigen Kontrollen aufrufen, um die Einhaltung verhängter Maßnahmen zur Eindämmung einer Krise sicherzustellen.

Es hilft nichts: auf der Produktionsseite muß absolut wasserdicht gearbeitet werden. ... Es gilt den rabenschwarzen Schafen, die ihre Bestände nicht sauber führen, sich entsprechenden Kontrollen nicht unterwerfen, rigoros an den Kragen zu gehen. (BLW, 1993b, S. 1).

Es liegt bei den Landwirten, zu zeigen, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden und auf die Vorerntebehandlung [mit Glyphosat] wo immer möglich verzichten. (Land & Forst, 2016, S. 24).

Jetzt ist aber auch ein Zeitpunkt, an dem man sich Konsequenzen aus dem Seuchengeschehen überlegen sollte. Der ungehemmte Tierverkehr kreuz und quer durch das Land, Märkte, Tiersammelstellen und einiges mehr – bei der Beurteilung dieser Vorgänge und Einrichtungen sollte man in Zukunft wesentlich kritischer die wirtschaftlichen Vorteile den seuchenhygienischen Risiken gegenüberstellen. (Bauer, 1993, S. 73).

Die Bewertung des Verhaltens der Landwirte und der landwirtschaftlichen Akteure als fahrlässig, unverantwortlich, ertrags- statt umweltorientiert ist ein zentraler Bestandteil des Frames „die Landwirtschaft als Täter“. Entsprechend fallen die *Bewertungsmaßstäbe* eher negativ aus. Sie beziehen sich vor allem auf vergangene illegale, aber auch legale, wenngleich bewusst gebilligte landwirtschaftliche Praktiken, die zur Ausweitung eines krisenhaften Zustandes führen. Deutlich wird dies bspw. in der SZ (Oldag, 2001, S. 2):

Der moderne Bauer soll nicht mehr auf Jagd nach Produktionsrekorden gehen. Stattdessen soll er auch als Landschaftspfleger und Umweltschützer tätig sein.

Wie viel Natur, Landschaft und Artenvielfalt darf eine Gesellschaft opfern für das, was der Landwirt schlicht ‚Ertrag‘ nennt? Denn wenn Recht, Technik und Agrarchemie stimmen, lässt sich jeder Ertrag noch irgendwie steigern. Bis irgendwann ganze Ökosysteme zusammenbrechen ... Es schmälert Ertrag, ja. Aber die sind schon jetzt zu teuer erkaufte. (Bauchmüller, 2018, S. 4).

Positive Bewertungsmaßstäbe liegen ausschließlich in Bezug auf politisch verantwortliche Akteure auf Bundesebene vor, die durch die zügige Umsetzung von Handlungsschritten in der Krise das gebilligte Handeln der Landwirte eingrenzen, wie bspw. Sanktionen bei illegalen Tiertransporten. Zusammenfassend hebt der Frame in seiner Problemdefinition das Fehlverhalten landwirtschaftlicher Akteure hervor und legt dazu in verschiedenen Formulierungen nahe, dass die ökonomischen Interessen und die gebilligten Anbau- und Produktionsmethoden in der Landwirtschaft ursächlich für die ausgelösten Krisen und krisenhaften Zustände sind. Diese können nur über strikte Restriktionen, strenge Nachverfolgungen und schärfere Kontrollen gegenüber den Landwirten und landwirtschaftlichen Akteuren bewältigt werden. Insgesamt handelt es sich bei den Handlungsweisen der Landwirte um ein unverantwortliches, fahrlässiges Verhalten.

Agrarstrukturframe

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung dieses Frames liegt auf der ganzheitlichen Betrachtung des Leistungssystems Landwirtschaft und ihren problematischen Implikationen. Es geht weniger darum, allein den Landwirt und andere landwirtschaftliche Akteure in den Blick zu nehmen, sondern die Krisenursachen auf mehreren Ebenen

im Leistungssystem – vom Verbraucher bis zum Lebensmitteleinzelhandel – einzuordnen. Zentrale Schlagwörter in diesem Frame sind „Massenproduktion“, „Massentierhaltung“ und eine „industrielle Landwirtschaft“. Der Frame betont mithin kein eindeutiges Schadens- und Nutzenprofil, sondern hinterfragt und beschäftigt sich umfassender mit den Krisenursachen und damit, welche grundlegenden Veränderungsschritte es für das Leistungssystem Landwirtschaft bedarf, um allen beteiligten Akteuren gerecht zu werden. Mit dieser Ausrichtung weist der Frame Ähnlichkeiten zur zentralen Problemdefinition des „Verantwortung Verbraucherschaft“ Frames von Wolfram und Kollegen (2021, S. 22–23) auf, der insbesondere ein notwendiges verändertes Verbraucherverhalten betont, das bspw. einen reduzierten Konsum tierischer Produkte oder die Bereitschaft, mehr Geld für Erzeugnisse der Landwirtschaft auszugeben, umfasst.

Die *Problemdefinition* thematisiert in diesem Frame weniger die direkten Folgen einer Krise bzw. eines krisenhaften Zustandes, sondern betont, dass die identifizierten Missstände ein Problem des ganzheitlichen Leistungssystems sind. Bemängelt wird, dass das System, wie und unter welchen Bedingungen die Nahrungsmittel hergestellt werden, der veralteten Linie des „Wachsens oder Weichens“ folgt und zu einer „industrialisierten Landwirtschaft“ mit „Agrarfabriken“ geführt hat. Akute Problemsituationen, wie die Ausbreitung von Tierseuchen, dürftige, qualitativ minderwertige Haltungs- und Fütterungsbedingungen und Verarbeitungsmethoden sowie geringe Markt- und Endpreise für den Verbraucher sind nach der Problemdiagnose in diesem Frame erst durch das System der industrialisierten Landwirtschaft möglich. Problemfolgen fokussieren entsprechend das Höfesterben kleinerer Betriebe, die schwindende Bereitschaft der Verbraucher, höhere Preise für Lebensmittel zu zahlen, und die nachhaltigen Folgen für die Tiere. Dazu zwei Ankerbeispiele:

Das Kilo Schweinefleisch kostet im Supermarkt kaum mehr als drei Euro – dank Massentierhaltung. Mit Hilfe von Pestiziden und Dünger wird aus dem Boden herausgeholt, was nur irgendwie herausgeht, so wird der Getreidepreis gedrückt. Der Schaden für die Umwelt spielt dabei keine Rolle. Und die Milchbauern bekommen von den Discountern so wenig Geld für ihre Milch, dass sie in den nächsten Jahren ihre Betriebe zusperrern müssen. Die Art, wie die Deutschen essen, hat ihren Preis. Der ist billig, aber nicht recht. (Prantl, 2011, S. 11).

Damit Fleisch und Wurst billig bleiben, wird immer mehr Vieh in immer größeren Ställen zusammengepfercht. Rekordhalter ist ein Rindermäster in Vorpommern, in dessen hallengroßen Ställen 24.000 Tiere stehen. (Schneider, 2001, S. 2).

Die *Ursachen* für die identifizierten Probleme werden auf mehreren Ebenen verortet: So tragen der Verbraucher durch seine Orientierung am billigsten Preis, der Handel durch sein Preisdumping und auch der schnelle technische Fortschritt und damit die Maximierung der Produktionsleistungen zum Ausbau und Förderung der industriellen Strukturen in der Landwirtschaft bei, während ökologisch nachhaltige Struk-

turen vernachlässigt werden. Der Ursprung der jeweiligen Krise wird folglich auf gesamtgesellschaftliche Ursachen zurückgeführt, der keiner adäquaten Regulierung gegenübersteht. So verdeutlichen die Beispiel aus der BZ und FAZ:

Unmöglich kann der einzelne Landwirt, das einzelne Unternehmen für das Problem BSE haftbar gemacht werden, das ein gesamtgesellschaftliches ist. (Stephan 2001b, S. 5).

Der Abstand der bäuerlichen Einkommen zu denen in der übrigen Wirtschaft sei gewachsen. Wegen der Marktmacht großer Handelsketten blieben dem Landwirt von jeder Mark, die für Nahrungsmittel ausgegeben werde, noch 27 Pfennig, bei Getreide sogar nur noch sechs Pfennig. Die regionale Vermarktung von Agrarprodukten werde zu wenig gefördert. (FAZ, 1994b, S. 1).

Die *Handlungsaufforderungen* befassen sich vorrangig mit Fragen nach der zukünftigen Ausgestaltung des Leistungssystems Landwirtschaft, die einen „notwendigen Wandel“ (Liebrich, 2019, S. 17) erforderlich machen. Zentrale Handlungsaufforderungen betonen dementsprechend die Abwendung von einer maschinengesteuerten, technisierten landwirtschaftlichen Praxis hin zu einer verbraucherorientierten, umweltgerechten, ökologischen Landwirtschaft. Um weitere drohende Folgen für Tier und Umwelt abzuwenden, wird es daher als erforderlich empfunden, nicht mehr auf maximale Erträge bei niedrigen Erzeugerkosten zu setzen, sondern kleinere Betriebe, eine nachhaltigkeitsorientierte Bearbeitung der Böden sowie eine transparente Darlegung der Produktions- und Herstellungsmethoden im Leistungssystem zu fördern. Dazu wird u. a. der Verbraucher in die Pflicht genommen, sich nicht immer nur am Preis zu orientieren. Gleichzeitig richten sich Handlungsaufforderungen an die Wissenschaft, die mithilfe der Entwicklung alternativer Behandlungs- und Produktionsmethoden bspw. die ökologische Bewirtschaftung auch für die noch stark dominierenden konventionell arbeitenden Betriebe ermöglichen sollen. In diesem Frame wird ein Bündel an Handlungsaufforderungen und Empfehlungen beschrieben, die im Fokus eine grundsätzliche Neuorientierung der Landwirtschaft fordern. Für diese neue postulierte handlungsleitende Art des Wirtschaftens werden kollektive Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen angesprochen, bisherige Handlungspraktiken zu ändern. Folgende Ankerbeispiele lassen sich zu diesem Frame-Element anführen:

Vielmehr wäre ein letztlich vollständiger Abbau aller Subventionen angezeigt, der zu einer deutlichen Extensivierung der Bodennutzung im Ackerbau, aber auch in der (Fleisch-)Rinderhaltung auf Grünland führen würde, mit vergleichbaren oder sogar größeren Vorteilen für die Natur wie im Ökolandbau, aber eben ohne Subventionen. Land würde billiger, womit sich eine stärker an Umweltzielen orientierte Landnutzung deutlich verbilligen würde. Die Waldfläche würde völlig ohne Subventionen zunehmen. (Schrader, 2001, S. 16).

Die Verbraucher müssen ihre innere Spaltung beenden. In Umfragen bekennt sich fast jeder zu Bio-Lebensmitteln, doch im Supermarkt kauft er lieber die Billigpizza. (Prantl, 2011, S. 11).

Die Landwirte weisen zu Recht darauf hin, dass die Verbraucher ihr Kaufverhalten ändern müssten, wenn sie wirklich einen Wandel in der Landwirtschaft wollten. Doch auch die Bauern müssen sich verändern – mehr als sie bislang bereit sind. (Löhr, 2019b, S. 1).

Eine nachhaltige Landwirtschaft, die mit der Natur im Einklang steht, liegt im Eigeninteresse der Landwirte selbst. Möglich ist sie allen Landwirten, nicht nur den Ökobauern. (Krause, 2001, S. 15).

Die Entwicklung einer zuvor bäuerlichen Landwirtschaft zu einem Agrarsystem nimmt die zentrale Rolle in der *evaluativen Betrachtung* der identifizierten Probleme ein, die in ihrer Gesamtheit betrachtet überwiegend ambivalent ausfällt. Entsprechend der in diesem Frame vertretenen Haltung, dass die vorherrschenden Produktions- und Anwendungspraktiken in der Landwirtschaft von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und Teilbereichen gebilligt werden, bezieht sich die moralische Bewertung auf das Handeln eben jener. So wird das Verhalten der Verbraucher vorrangig negativ bewertet, da sie nicht bereit sind, für gutes Essen angemessen zu zahlen, und ihre idealisierten Vorstellungen von der Landwirtschaft nicht mehr zeitgemäß ist. Die bestehenden Strukturen des Agrarsystems werden indes auch positiv bewertet, da ohne sie eine Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht möglich ist. Die Bewertungen beziehen sich zumeist auf vergangene Praktiken, durch die eine Verschärfung und Verbreitung der identifizierten Probleme erst möglich gewesen sind. Sie nehmen aber ebenso die zukünftige Entwicklung des Leistungssystems in den Blick, wie die folgenden Beispiele treffend beschreiben:

Aus der Angst, die Menschen nicht ernähren zu können, ist heute der Albtraum der Überproduktion geworden. (Wagner, 1993, S. 9).

Die Futtertröge der Tiere sind zum Abfalleimer der Wohlstandsgesellschaft verkommen. (Schneider, 2001, S. 2).

Zusammenfassend weist der Frame „Agrarstruktur“ auf die Gefahren und Folgen des industrialisierten und auf Masse ausgerichteten Leistungssystems hin. Im Gegensatz zu den Frames die *Landwirtschaft als Opfer bzw. Täter* werden hier die Ursachen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene verortet, bei der Akteure und Akteursgruppen aus dem System durch ihr individuelles Fehlverhalten in der Gegenwart und in der Vergangenheit einen Beitrag zur Entwicklung dieser Agrarstrukturen leisten. Die

Förderung eines bewussteren Einkaufsverhaltens, die Zahlung fairer Preise für die Landwirte und ihre Produkte und die Etablierung nachhaltiger landwirtschaftlicher Strukturen über den wissenschaftlichen Fortschritt werden nahegelegt.

Globalisierungsframe

Abschließend soll der vierte identifizierte Frame vorgestellt werden, bei dem der Schwerpunkt auf der globalen Ausrichtung des Leistungssystems auf den Agrarweltmarkt liegt, infolgedessen jedoch die ethischen Aspekte sowie das Wohl der Tiere und der Umwelt in den Hintergrund rücken. Anknüpfungspunkte lassen sich an dieser Stelle zum Basisframe von Dahinden (2018, S. 211) „Wirtschaftlichkeit“ und insbesondere zu der Effizienzorientierung als Unterframe ziehen, der die Ausrichtung auf wirtschaftliche Interessen betont.

In der *Problemdefinition* fokussiert der Frame explizit die Missstände des globalisierten und preisorientierten Agrarmarktes. Bemängelt wird der Handel von Tieren und landwirtschaftlichen Produktionsgütern auf dem Weltmarkt, der einem starken Ökonomisierungsdruck unterworfen ist. Die Problemdiagnose: Marktinteressen und Profitgier stehen über dem Wohle der Umwelt und das Leben der Tiere. In akuten Problemsituationen werden so politische Entscheidungen getroffen, die den Agrarmarkt entlasten, aber auf Kosten der Lebewesen gehen. Eine Problemfolge, die in diesem Frame betont wird, ist der Konflikt zwischen den Ansprüchen einer artgerechten Tierhaltung und einer nachhaltigkeitsorientierten Bewirtschaftung sowie den Erfordernissen, die der Weltmarkt stellt, für den die Landwirte produzieren. Nachfolgende Ankerbeispiele umreißen diese Problematiken:

Erfindees, hochproblematisch, Tier wie Steine zu behandeln' ... ,Erst wird Geld gegeben, um den Bestand aufzubauen. Dann werden Tiere geschlachtet, damit die Preise nicht kaputt gehen. (Fried, 2001, S. 6).

An Schweinepest und Rinderwahnsinn zeigt sich zur Zeit, daß die Europäische Union ein wahres Paradies für rücksichtsloses Gewinnstreben ist. ... seuchenhygienisch bedenklich, aber gewinnträchtig. Nur nichts verkommen lassen. ... wegen des bestehenden Risikos Rindfleischimporte aus Britannien unterbinden ... Das ist zu wenig; da geht der freie Handel vor. (Schneider, 1994, S. 4).

So sind aufgrund des Impfverbots im Zusammenhang mit der Schweinepest bis heute mehr als 1,2 Mill. Schweine gekeult und zu Tiermehl bzw. zu Konservenprodukten verarbeitet worden. Von den getöteten Tieren war der weitaus größte Teil nicht von der Pest befallen, also kerngesund. Rechtzeitige Impfungen ... hätten diese Schlachtungen verhindert. (WW, 1994a, S. 31).

Die Entwicklung des Leistungssystems Landwirtschaft in Deutschland zu einem bedeutenden Akteur auf dem globalen Agrarmarkt ist nicht folgenlos geblieben, sondern stellt insbesondere in Krisen und krisenhaften Zuständen die politischen

Akteure auf nationaler und internationaler Ebene vor eine große Herausforderung. Jedoch sind genau an dieser Stelle die *Ursachen* für die identifizierten Probleme zu suchen: Agrarpolitische Entscheidungen und Reformen, insbesondere die Koppelung der Produktionsmenge an die Höhe der finanziellen Förderung, die Auszahlung von EU-Subventionen nach Hektar und nicht nach ökologischer Leistung, aber auch das Versäumnis der Wissenschaft, umfangreiche Spielräume einzuräumen und Forschungsinitiativen zu ermöglichen, sind dafür angeführte Beispiele. Die personellen Schuldzuweisungen richten sie entsprechend an die individuellen und kollektiven politischen Akteure auf supra- und nationaler Ebene, die durch ihre politischen Weichenstellungen die starke Fokussierung auf den globalen Agrarmarkt fördern. Der Ursprung von Krisen im Leistungssystem ist daher vor allem bei den Versäumnissen einer stärkeren staatlichen Regulierung zu suchen. Argumentiert wird, dass bestimmte landwirtschaftliche Praktiken, aber auch gebilligte Methoden im vor- und nachgelagerten Bereich keinerlei Gesetzesvorlagen und Kontrollmaßnahmen gegenüberstehen, die diese eingrenzen könnten. Dazu führen die untersuchten Medien aus:

Warum muß der gesamte Bestand getötet werden, auch die offensichtlich gesunden? ... Warum dürfe nicht geimpft werden, wo es doch ein Serum gibt? ‚Das ist Brüsseler Bereinigungspolitik‘. (SZ, 1998, S. 2).

Die Massenvernichtung von Rindern, die jetzt auch in Deutschland stattfinden wird, ist aus ethischer Sicht eine Katastrophe. Sie wirft aber auch ein Schlaglicht auf eine Schieflage der EU-Agrarpolitik, die spätestens jetzt korrigiert werden muss. Die EU zahlt den Rindermästern Prämien, und zwar so, dass damit die Produktion angeregt wird. Das geschieht, obwohl die EU ohnehin schon ohne BSE-Krise einen Überschuss an Rindfleisch hat, der nur mit Hilfe von hohen Exportsubventionen auf dem Weltmarkt abzusetzen ist. Wegen der BSE-Krise ist der Verbrauch an Rindfleisch jetzt dramatisch eingebrochen, und der Marktüberschuss ist noch größer als zu normalen Zeiten. Trotzdem werden die Rinderprämien noch immer so ausgezahlt, dass die Bauern einen Anreiz haben, ihre Fleischproduktion auszudehnen. Statt einer Änderung dieser Politik wird erneut davon gesprochen, in Zukunft auch Kälber wieder mit Sonderprämien – treffenderweise ‚Herodes-Prämien‘ genannt – zu vernichten, um den Rindfleischmarkt zu stabilisieren. Das ist Wahnsinn mit Methode in der EU-Marktpolitik für Rinder. (Tangermann, 2001, S. 25).

Damit das Leistungssystem in Deutschland als Teil des globalen Marktes weiter bestehen kann, legen *Handlungsaufforderungen* und *Empfehlungen* in diesem Frame nahe, die bisherigen marktorientierten Praktiken und damit verbundene legislativ verankerte Verordnungen/Gesetze zu hinterfragen und mehr im Sinne einer ethisch vertretbaren und nachhaltigen Landwirtschaft zu handeln. Auf Bundesebene sind vor allem die beiden Bundesminister für Landwirtschaft und Umwelt gefordert, die regulativen Möglichkeiten eines zukunftsgerichteten, ökologisch wirtschaftenden

Leistungssystems so weit wie möglich auszuschöpfen. Doch auch die kollektiven Akteure auf supranationaler Ebene, wie die Europäische Kommission, werden in diesem Frame in ihrer *Lösungskompetenz* aufgefordert, das Wohl der Umwelt und der Tiere stärker in den Blick zu nehmen und von einer vorherrschenden globalen Markt- und Gewinnorientierung Abstand zu nehmen, ohne dabei die heimischen Landwirte aus dem Auge zu verlieren. Folgende Ankerbeispiele unterstreichen dies:

Der notwendige Wandel kann nur dann gelingen, wenn das System der Agrarförderung- und -Politik grundlegend reformiert wird. Dazu gehörte es auch, die Zuständigkeit für die Zulassung von Pestiziden neu zu ordnen. Es ist kaum nachvollziehbar, warum diese maßgeblich dem Agrarministerium obliegt und nicht dem Umweltministerium. Landwirtschaftsministerin Klöckner sieht sich wie die meisten ihrer Vorgänger vor allem als Vertreterin von Bauerninteressen, sie ist also keine neutrale Instanz. (Liebrich, 2019, S. 17).

Eine neue Agrarpolitik wird sehr wohl gebraucht, eine die wegführt von den staatlichen „Marktordnungen“ samt Überreglementierung und die mit Augenmaß die direkten Subventionen durchforstet, aber keine Agrarpolitik der unüberlegten Schnellschüsse, sondern eine mit Verstand und langem Atem. (Krause, 2001, S. 15).

In der *evaluativen Betrachtung* der identifizierten Problemfelder werden diese vorwiegend ambivalent beurteilt. Entsprechend gelten die Handlungen bzw. Nicht-Handlungen der kollektiven Akteure als unüberlegt und vorschnell, da sie mit falschen Prioritäten einen großen Schaden für Umwelt und Tier anrichten. Dass in der Landwirtschaft die Marktlogik – die sich an Profitgier und den Vorgaben des Weltmarktes orientiert – über dem Tierwohl und einer nachhaltigen Bewirtschaftung steht, wird insgesamt kritisch beurteilt, da diese Entscheidungen nicht den moralischen Wertvorstellungen der Gesellschaft entsprechen. Die Landwirte selbst, so eine der häufig geäußerten Bewertungen, befinden sich in einer schwierigen Lage, da sie als Teil des Systems vom globalen Markt abhängig und zugleich Nutznießer der Subventionen sind, die dieses System fördern. Zwei Ankerbeispiele aus der BSE-Krise verdeutlichen:

Ein Essen ohne Moral ist ein Fressen, kein Essen. Wenn nicht mehr Tiere, sondern Fleischbatzen gezüchtet werden, wenn ein Besuch in einer Schlachtfabrik zu einem Albtraum wird, wenn die Äcker überzüchtet werden mit Pestiziden und Dünger, wenn kein Respekt vor dem Lebensmittel mehr da ist – dann ist das Essen ein Fressen. (Prantl, 2011, S. 11).

Die Bilanz der ‚Nicht-Impf-Politik‘ ist verheerend: Fast 2 Mio. Tiere sind bereits getötet – weitere 200.000 stehen noch auf der Liste. ... Vor diesem Hintergrund ist es unfassbar, dass sowohl Brüssel als auch London stur an dieser Strategie festhalten. Was dahintersteht, kann man nur mit Starrsinn, Ignoranz, ja Fatalismus umschreiben. ... aus ethisch-morali-

schen gleichermaßen wie aus ökonomischen Gründen [ist] eine Schutzimpfung geboten, statt ‚stur heil‘ an einer Vernichtungsstrategie festzuhalten, die man schon im Mittelalter besser praktiziert hat. (Budde, 2001b, S. 11).

Zusammenfassend wird deutlich, dass der Globalisierungsframe den Schwerpunkt auf den globalen Agrarmarkt legt. Gegenüber stehen sich eine Gewinnorientierung und die Forderung nach mehr Tierwohl und einer umweltgerechten Bodenbearbeitung. Die Lösungs- und Handlungskompetenz wird dabei eindeutig bei den politischen Akteuren und Institutionen auf supra- und nationaler Ebene gesehen. In der nachfolgenden Tabelle 13 werden die zentralen Merkmale der Frames und die jeweiligen Frame-Elemente nochmal zusammenfassend vorgestellt. Im Anschluss wird die Konstruktion des Kategoriensystems beschrieben.

<i>Frames Elemente</i>	<i>Opferframe</i>	<i>Täterframe</i>	<i>Agrarstrukturframe</i>	<i>Globalisierungsframe</i>
<i>Problemdefinition</i>	Ökonomischer Druck auf Landwirte Landwirte unverschuldet Opfer und Leidtragende einer Krise, Existenzsorgen, Höfsterben, Erlösausfälle, Wettbewerbsnachteile	Fahrlässigkeit und Verstöße der Landwirte/landw. Praxis unrechtmäßiges, unverantwortliches Verhalten einzelner Landwirte, gebilligte Praktiken mit negativen Problemfolgen für die Umwelt/Artenvielfalt, Missachtung des gesellschaftlichen Auftrags	Strukturen als ganzheitliche Gefahr für das Leistungssystem Veraltete Strukturen „Wachsen oder Weichen“, industrielle Produktion, Agrarfabriken, fehlendes Preisbewusstsein der Verbraucher, Preisdumping, übermäßige Produktion	Marktinteressen vs. Wohl der Natur & Tiere Marktinteressen und Profitgier vs. Tierwohl, nachhaltige, schonende Bewirtschaftung, Kostenersparnisse stehen vor Tierwohl
<i>Kausale Attribution</i>	Personelle Ursachenzuschreibungen Akteure aus der Wirtschaft (Futtermittelhersteller, Fleischindustrie, Handel), Akteure aus dem politischen System auf supra- und nationaler Ebene (Bundesminister, EU-Institutionen)	Personelle Ursachenzuschreibungen Landwirte, landwirtschaftliche Organisationen und Verbände und landwirtschaftliche als Hauptverantwortliche, fahrlässiges, regelmissachtendes Verhalten als Krisenverstärker	Übergreifende personelle Ursachenzuschreibungen gesamtgeseilschaftliche Ursachen aufgrund vergangener Fehlentwicklungen, klare Ursachen kaum ergründbar, da es alle Akteure im Leistungssystem umfasst	Personelle Ursachenzuschreibungen Politische Akteure auf supra- und nationaler Ebene, begünstigen durch politische Weichenstellungen die Marktfokussierung
<i>Handlungsaufforderung/ Handlungsempfehlung</i>	finanzielle Subventionen, Notprogramme, um Überlebensfähigkeit der Betriebe zu sichern, wissenschaftliche Forschung fördern	schärfere (hygienische) Kontrollen und Auflagen, Streichung von finanziellen Subventionen, Verbot bestimmter landw. Praktiken	Fragen nach zukünftiger Ausgestaltung der Landwirtschaft, weniger technisiert, stärkeres Bewusstsein für Umwelt und Nachhaltigkeit schaffen	Regulative Möglichkeiten auf Bundesebene ausweiten, ethisch vertretbare, nachhaltige Landwirtschaft finanziell unterstützen
<i>Moralische Bewertung</i>	Beurteilungsmaßstab negativ Fehlverhalten und Fahrlässigkeit einzelner Personen bzw. ganzer Branchen, unzureichende, notwendige Unterstützung der Landwirte als Leidtragende	Beurteilungsmaßstab negativ bewusst gebilligte Praktiken, in Kauf genommene Verstöße, positive Bewertungen in Bezug auf politische Akteure	Beurteilungsmaßstab ambivalent Idealisierte Verbrauchervorstellungen vs. bestehende Strukturen notwendig für Nahrungsmittelversorgung	Beurteilungsmaßstab ambivalent falsche Prioritätensetzung durch zu starke globale Marktorientierung, gescheiterte, rechtzeitige Deregulierung

Tabelle 13:
Identifizierte Frames und die zentralen Komponenten der Frame-Elemente.

9.6 Konstruktion des quantitativen Kategoriensystems

Die manuell-holistisch erhobenen Frames sind das Kernstück des Codebuchs und Teil der insgesamt 16 Kategorien mit den dazugehörigen Ausprägungen, die für die quantitative Inhaltsanalyse generiert wurden und sich in formale, thematische und inhaltliche Kategorien gliedern lassen. Die Analyseeinheit der Teilerhebung I war der gesamte Text bzw. Bericht mit journalistischem Ursprung (vgl. Kap. 9.4), da auf dieser Ebene sowohl die formalen als auch thematischen Strukturen erfasst werden konnten. Im Codierprozess wurde durchgängig mit dichotomen Ausprägungen in einer ‚kommt vor‘- bzw. ‚kommt nicht vor‘-Form gearbeitet. Die Vorteile sind evident und wurden in anderen Framing-Studien erfolgreich angewendet (Dan, 2018; Semetko & Valkenburg, 2000): Für den Codierer entfällt durch diesen Einsatz das Auswendiglernen von einzelnen Ausprägungen, die je nach Kategorie auch mal deutlich länger ausfallen können. Zusätzlich kann die durchgehende Codierung von „1“ für „ja“ und „0“ für „nein“ eine doppelte Überprüfung der übertragenen Daten zumindest in Teilen ersetzen. Überdies konnte möglichen Tippfehlern in der SPSS-Maske und daraus folgenden Messungenauigkeiten vorgebeugt werden, indem die Codiererin zunächst auf dem ausgedruckten Artikel codiert und anschließend die Kennwerte in die SPSS-Maske übertragen hat. So wurde eine doppelte Kontrolle der Codierung ermöglicht. Außerdem sei darauf verwiesen, dass jede Kategorie (außer die Frames) um die Kategorie „Sonstiges“ ergänzt wurde, falls die Zuordnung zu einer Ausprägung nicht eindeutig möglich war und so zusätzliche, unerwartete Informationen festgehalten werden konnten.

Das Kategoriensystem lässt sich in zwei Teile gliedern: Für die Erfassung der zentralen Merkmale und um ein breites Bild zur Präsentation der Berichterstattung über das Leistungssystem Landwirtschaft zu erhalten, wurden mehrere deskriptive Variablen aufgestellt. Zunächst wurden die gängigen identifizierenden Informationen erhoben. Die Artikel-ID und der jeweilige Titel der Analyseeinheit wurden entsprechend fortlaufend vergeben bzw. in die SPSS-Datei aufgenommen. Für die Nachzeichnung der dynamischen Entwicklung der Berichterstattungsintensität sowie die Dynamik der Frames war eine Erfassung des Veröffentlichungsdatums unabdingbar. Daneben wurde das Ressort codiert, um einen Überblick darüber zu erhalten, welche Aufmerksamkeit die untersuchten Medien der jeweiligen Krise zuschreiben. Die bestehende Forschungsliteratur (vgl. Böcking, 2009, S. 248–252; Kolb, 2005) geht davon aus, dass eine Platzierung der Artikel in den Hauptressorts und weniger auf den fachspezifischen Seiten wie bspw. „Wissenschaft“ oder „Natur und Umwelt“ die gesellschaftliche Durchdringung und damit die Wichtigkeit der Thematik verdeutlicht. Darüber hinaus wurde in diesem Variablenkomplex festgehalten, ob ein Artikel in einem krisenspezifischen Ressort, wie bspw. „Thema des Tages“, veröffentlicht wurde. Dies konnte über die Variablenoption „Schwerpunkt“ erfasst werden. Zusätzlich wurde erhoben, ob der Bericht als Aufmacher (Titelseite des jeweiligen Mediums) veröffentlicht wurde. Des Weiteren lässt die Codierung der Darstellungsform Aussagen darüber zu, ob über die jeweilige Krise im Leistungssystem Landwirtschaft nicht nur berichtet, sondern auch durch ausführliche Interviews oder Kommentare mei-

nungsbasiert Stellung bezogen wurde. Außerdem wurde der Verfasser des Artikels erfasst. Gewählt werden konnte zwischen dem Journalisten, der Redaktion in Kombination mit einer Agenturmeldung, einem Agenturbericht sowie einem Gastbeitrag und PR-Material (bspw. Stellungnahmen vom DBV). Dahinter steht die Annahme, dass mehr journalistische Eigenleistung ebenfalls die mediale Aufmerksamkeit für eine Krise unterstreicht.

Die inhaltliche Charakterisierung des jeweiligen Artikels wurde mit dem Hauptthema erfasst. Diese Kategorie wurde je Krise operationalisiert. Dafür wurde (wenn vorhanden) auf Sekundärliteratur in Form von Forschungsberichten vergangener Studien oder Nachzeichnungen von Krisenverläufen zurückgegriffen, um erste Anknüpfungspunkte zu haben (Hagenhoff, 2003, Linzmaier, 2007, Otterpohl, 2019). Darüber hinaus wurde eine induktive Verschärfung zur weiteren Ausbildung der inhaltlichen Kategorien vorgenommen. Die Grundlage dafür bildete das Material für die Frame-Identifizierung, da dies die Kriterien wie bspw. die zeitliche Sortierung und Vielfalt der Darstellungsformen bereits berücksichtigt. So konnte garantiert werden, dass nicht nur Berichte um zentrale Schlüsselereignisse je Krise aufgenommen wurden, sondern auch Themen einfließen, die außerhalb dieser Ereignisse geäußert wurden. Die ersten Versionen des Codebuchs enthielten folglich zunächst eine Bandbreite an Themenkategorien. Daraufhin wurde das Material erneut gesichtet und die Ausprägungen mit Beispielen, spezifischeren Ausführungen verdichtet. Konnten für eine bis dato vorliegende Kategorie keine weiteren Beispiele und präzisen Ausführungen ausgemacht werden, wurden diese entfernt. Nach diesem Prozess lag für jede Krise eine umfassende Variable für die Hauptthemen vor, die sich jedoch je Krise unterscheiden, da bspw. die Glyphosat-Debatte tiefergehende inhaltliche Themenschwerpunkte setzt. So unterteilt sie sich in die folgenden Ausprägungen und wurde mit entsprechenden Unterpunkten versehen (Beispiele in Klammern): „ökonomische Folgen für den Landwirt“ (geringer Ernteertrag, Mehraufwand), „ökologische Folgen und Alternativen“ (Verlust der Artenvielfalt), „gesundheitliche Folgen“ (Glyphosatrückstände in Bier/Muttermilch), „Zulassung, Regulierungsmaßnahmen und Lösungsansätze in der EU“ (Verlängerung der Zulassung 2016), „Abstimmungsverhalten Deutschlands im November 2017“ (Alleingang Schmidt, Streit Schmidt & Hendricks), „Forschung und Wissenschaft“ (Studie des BfR, Kritik an industriegeförderten Studien, Kritiken an fehlerhafter wissenschaftlicher Praxis), „landwirtschaftliche Entwicklung“ (Agrarpaket der Bundesregierung). Die einzelnen Kategorien wurden mit den zentralen Stichwörtern, Themen und Schlagwörtern gefüllt, um eine eindeutige Zuordnung bei der Codierung zu sichern. Zusätzliche Ankerbeispiele, die aus dem Untersuchungsmaterial entnommen wurden, stützen die Ausprägungen. Insgesamt konnten im Codierprozess bis zu zwei Hauptthemen je Artikel codiert werden. Der Pretest ermöglichte eine weitere Verschärfung der thematischen Kategorien.

Der zweite Teil widmet sich den vier Frames. Der Codierprozess selbst wurde unter den folgenden Voraussetzungen und Bedingungen durchgeführt: Die im Kategoriensystem ausführlich dargelegten Beschreibungen der einzelnen Frame-Elemente galt es streng zu berücksichtigen. In einem ersten Lesedurchgang wurden dazu die ersten Indikatoren eines Element farblich gekennzeichnet. Danach wurde der Artikel

ein zweites Mal gelesen und die angestrichenen Hinweise geprüft. Dazu stellte sich die Codiererin in diesem Prozess die formulierten Fragen innerhalb der einzelnen Ausprägungen und prüfte, ob und inwiefern diese auf den jeweiligen zu codierenden Beitrag zutreffen oder nicht. So konnten Ankerpunkte herausgestellt werden, die eine klare Zuordnung und damit Identifizierung eines Frames im jeweiligen Artikel ermöglichten. Dabei reichten einzelne Schlagwörter nicht aus, sondern die Zuordnung zu einem Frame-Element musste klar und eindeutig möglich sein. Das bedeutet, dass Formulierungen wie „die Landwirte zerstören die Böden“ für sich genommen zu unspezifisch sind und nicht direkt als Hinweis auf das mögliche Vorliegen eines Frames dienten. Es mussten tiefergehende Ausführungen in Form von sachlichen Problembeschreibungen, möglichen Handlungsempfehlungen vorliegen. In einem dritten Lesedurchgang wurde von der Codiererin abschließend geprüft, ob die festgestellten Frames und ihre jeweiligen Elemente so codiert werden konnten oder ob nachträgliche Überprüfungen der klaren Zuordnung zu einem Frame notwendig waren. Für die gesamte Frame-Analyse galt, dass ein Frame nur dann identifiziert und damit codiert wurde, wenn in Anlehnung an Matthes und Kohring (2004, 2008) mindestens zwei der Frame-Elemente vorlagen. Dadurch konnte sichergestellt werden, dass nach dem aufwendigen Lese- und Codierprozess ein Frame bzw. mehrere Frames innerhalb eines Artikels tatsächlich vorkommen. So sollte auch der häufig geäußerten Kritik am gewählten methodischen Zugang, es handle sich um eine willkürliche Frame-Identifikation, entgegengewirkt werden.

Nachdem das Untersuchungsmaterial ein letztes Mal gesichtet wurde, startete der Codierprozess der Teilerhebung I mit insgesamt 1.150 Artikeln aus den Leitmedien SZ und FAZ sowie der Agrarpresse in Form von vier landwirtschaftlichen Wochenblättern. Zuvor wurde das gesamte Codebuch in einem Pretest einer kritischen Überprüfung der einzelnen Variablen und Ausprägungen unterzogen. Die Artikel wurden dazu zufällig aus der Stichprobe gezogen. Insbesondere bei den Ausprägungen zu den Hauptthemen der jeweiligen Krise konnten auf diese Weise inhaltliche Verschärfungen vorgenommen werden und die einzelnen Ausprägungen wurden noch einmal effektiv verdichtet. Zusätzlich wurden die Fragestellungen bei den einzelnen Frame-Elementen verfeinert bzw. ergänzt, da sich herausstellte, dass diese für die Frame-Identifikation besonders hilfreich waren.

9.7 Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Studie

Die bereits skizzierte Komplexität des Entstehungsprozesses der im Ergebnisteil darzustellenden gewonnenen Aussagen zur Häufigkeit und Dynamik der Frames in der journalistischen Berichterstattung machen entsprechende Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Studie erforderlich. Diese greifen bereits an unterschiedlichen Stellen im gesamten Forschungsprozess. Vereinendes Ziel der Maßnahmen ist es nach Rössler (2017, S. 205), sicherzustellen, dass „Instrument und Messung nun tatsächlich geeignet sind, Antworten auf die Forschungsfragen zu geben“. In den Sozialwissenschaften dominieren als Gütekriterien die *Validität* (Gültigkeit) sowie die *Reliabilität* (Verlässlichkeit). Erstgenanntes Kriterium soll berücksichtigen, dass das entwickelte Messinstrument in Rückbezug auf die aufgestellten Forschungsfragen und Hypothesen das misst, was es messen soll (vgl. Rössler, 2017, S. 216 f.; Schnell, Hill & Esser, 2018, S. 135 f.). Im Gegensatz zur Reliabilität lässt sich dieses Gütekriterium jedoch nicht durch einen festen, berechenbaren Wert beschreiben, sondern ist von der präzisen und objektiven Durchführung der Untersuchung im gesamten Forschungsprozess abhängig (Verhovnik, 2015, S. 209). Entsprechend differenziert die empirische Sozialforschung verschiedene Typen einer Validitätsprüfung, wovon auf einen Teil hier spezifischer eingegangen werden soll (vgl. ausf. Brosius, Haas & Koschel, 2016, S. 56 f.): Die *Inhaltsvalidität* ist gewährleistet, wenn die vorab definierten theoretisch bedeutsamen Dimensionen eine Umsetzung in der Operationalisierung finden und die Messung alle Teilaspekte abdeckt. Zumeist lässt sich im Codierprozess ablesen, ob dieses Kriterium erfüllt wurde, denn häufige Codierungen von Ausprägungen wie „Sonstiges“ oder eine Vielzahl offener Kategorien lassen darauf schließen, dass das Kategoriensystem die entsprechenden Dimensionen nicht vollständig berücksichtigt (Rössler, 2017, S. 218; Schnell et al., 2018, S. 136). Daneben wird bei der *Kriteriumsvalidität* der Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der eigenen Studie und denen extern gemessener empirischer Studien betrachtet. So kann eine Antwort auf die Frage gegeben werden, ob andere Studien die eigenen Ergebnisse untermauern (Rössler, 2017, S. 218; Schnell et al., 2018, S. 137). Vereinendes Merkmal der Typen von Validität ist es also, eine „inhaltliche Richtigkeit und sachlogische Gültigkeit“ (Brosius, Haas & Koschel, 2016, S. 57) des gewählten Messinstruments zu garantieren.

Das zweite Gütekriterium hingegen, die Reliabilität, soll eine systematische und vergleichende Rekonstruktion sowie Konstanz des gesamten Forschungsprozesses gewährleisten und somit die Verlässlichkeit des Messvorgangs stützen (Rössler, 2017, S. 207 f.). Zur Überprüfbarkeit des Qualitätskriteriums stehen je nach Untersuchungsanlage verschiedene Typen der Reliabilitätsmessung zur Verfügung, denen übergeordnet die Suche auf eine Antwort auf folgende Frage gemein ist: Werden bei einer Messwiederholung dieselben (oder ähnliche) Ergebnisse erzielt, und sind diese unabhängig von dem Codierer/den Codierern der Studie? Sind mehrere Personen in den Codierprozess eingebunden, so ist der erste Typus, die *Intercoder-Reliabilität*, von Bedeutung. Ist die Codierung, wie in der vorliegenden Arbeit, von einer

Person durchgeführt worden, ermöglicht der zweite Typus, die *Intracoderreliabilität*, die Sicherstellung der Zuverlässigkeit der Studie (Rössler, 2017, S. 207–208). Dazu wurde die Stichprobe nach Rössler (2017, S. 208) zur Reliabilitätsprüfung in unterschiedliche Kategorien unterteilt und das ausgewählte Material zu zwei verschiedenen Messpunkten erneut codiert. Dafür wurden sowohl kurze Texte (Kommentare), mittellange Texte (Berichte, Leitartikel) als auch lange Texte (Reportagen, Features) zufällig aus dem Untersuchungsmaterial ausgewählt und anhand dessen die Reliabilitätsprüfung durchgeführt (Rössler, 2017, S. 213). Die Berechnungsgrundlage der Intracoder-Reliabilität bildet hier das Überschneidungsmaß nach dem Holsti-Reliabilitätskoeffizienten. Für inhaltliche und bewertende Variablen sollten Werte ab $CR = .80$ erzielt werden, Ergebnisse von $.80$ und darüber hinaus gelten als stark und entsprechen damit dem geforderten Wert an Reliabilität (Rössler, 2017, S. 215). Für die vorliegende Analyse konnten Werte bei den formalen Kategorien (V1–V8d) von 100 Prozent erzielt werden. Die inhaltlichen Kategorien (V9–V16) zeigten nur minimale Abweichungen auf und ergaben durchgehend Werte von 93 bis 100 Prozent (vgl. Tab. 65, Anhang, S. X).

9.8 Hinweise zur Auswertung und zu den statistischen Auswertungsverfahren

Nach der Ergebnissichtung konnte festgestellt werden, dass bei den Framing-Aktivitäten der beiden untersuchten Leitmedien SZ und FAZ nur geringfügige Unterschiede vorliegen. Dies soll exemplarisch für die BSE-Krise und die vier identifizierten Hauptframes aufgezeigt werden. So findet sich bspw. in der SZ nur einmal der Täterframe, in der FAZ liegt dieser zu keinem Zeitpunkt vor. Den Strukturframe präferieren beide Medien zu fast gleichen Teilen in ihrer Berichterstattung über die Krise (SZ $n = 20$, FAZ $n = 18$). Auch der Globalisierungsframe (SZ $n = 15$, FAZ $n = 10$) und der Opferframe (SZ $n = 4$, FAZ $n = 8$) sind ähnlich stark vertreten. Für die anderen drei Krisen ließen sich diese ähnlichen Frame-Tendenzen ebenso nachzeichnen, sodass sich die Autorin für die Zusammenfassung der SZ und FAZ sowie der Bezeichnung „Leitmedien“ für die Ergebnispräsentation der allgemeinen Strukturmerkmale der Berichterstattung und der Framing-Aktivitäten entschieden hat.

Zusätzlich sollen zum Abschluss der Methodik und als Überleitung zur Ergebnispräsentation der Inhalts- und Frameanalyse Hinweise zu den gewählten statistischen Auswertungsverfahren gegeben werden: Im Zentrum stehen Häufigkeitsanalysen im Sinne eines Chi-Quadrat-Signifikanztests (Eid, Gollwitzer & Schmitt, 2017, S. 358). Sie sollen primär in dieser Untersuchung Anwendung finden. Voraussetzung für die Durchführung des Tests ist, dass die Erwartungswerte nicht zu klein sind, sondern sie mindestens fünf betragen (Janssen & Laatz, 2017, S. 263–264). Nach der Berechnung können mithilfe des Tests Aussagen über die Signifikanzen aller untersuchten beobachteten Werte gemacht werden, jedoch erlaubt es der Chi-Quadrat-Test nicht bzw. kann er nicht ausgeben, an welchen Stellen die Signifikanzen genau vorliegen. Um dahingehend Erkenntnisse zu gewinnen, wurde ein Spaltenproportionentest, „z-Test“, unter Verwendung der „Bonferroni-Methode“ durchgeführt. Bei diesem Verfahren werden die Spaltenproportionen der einzelnen Felder verglichen (Janssen & Laatz, 2017, S. 267). Es handelt sich demnach um paarweise Mehrfachvergleiche, bei denen in der ausgegebenen Kreuztabelle tiefgestellte Buchstaben Paare kennzeichnen, die signifikant unterschiedlich sind (Janssen & Laatz, 2017, S. 356). Wurden die Voraussetzungen für den asymptotischen Test nicht erfüllt, so liefert der Chi-Quadrat-Test keine validen Ergebnisse. Dieser Fall trat ein, wenn 20 Prozent oder mehr der Zellen einen Erwartungswert unter fünf hatten. In diesem Fall bietet „Fishers exakter Test“ eine an diese Bedingung angepasste Alternative (Eid, Gollwitzer & Schmitt, 2017, S. 359). Er erlaubt es auch, mit kleineren Häufigkeiten zu rechnen. Über die gefundenen Signifikanzen hinaus wurde ebenso die Stärke des Zusammenhangs ausgewiesen. In diesem Fall bot sich das Zusammenhangsmaß Cramér's V an, das auf der Chi-Quadrat-Statistik beruht (Janssen & Laatz, S. 269). Der Wert von Cramér's V liegt stets zwischen 0 und 1, wobei 1 der Maximalwert ist.

Um herauszustellen, ob signifikante Unterschiede im Untersuchungszeitraum der jeweiligen Krise zwischen der Agrarpresse und den Leitmedien gemessen an den Zeitpunkten an denen Frames identifiziert werden konnten vorliegen, waren weitere statistische Tests notwendig. Grundsätzlich kam für die Testung der t-Test für zwei unabhängige Stichproben in Frage. Voraussetzung für diesen Test sind folgende Elemente: die quantitative abhängige Variable, die Unabhängigkeit von zwei Stichproben, eine unbekannte Populationsvarianz und die Varianzhomogenität der Stichprobe (Eid, Gollwitzer & Schmitt, 2017, S. 303). Da die vorliegenden Daten in absoluten Häufigkeiten vorliegen, auf deren Basis der t-Test aber nicht durchgeführt werden kann, wurde mit relativen Häufigkeiten gearbeitet. Zur Überprüfung der Varianzhomogenität der Daten wurde der Levene-Test angewendet (Levene, 1960). Weist dieser aus, dass die Annahme einer gleichen Varianz nicht bestätigt werden kann, so wurde der Welch-Test auf Mittelwertgleichheit als robuste Alternative durchgeführt. Er bietet sich als eine auf die Bedingungen angepasste Alternative an (Eid, Gollwitzer & Schmitt, 2017, S. 336). Für das Maß der Effektstärke wurde Cohens d verwendet. Die Einordnung der Effektstärke wurde entlang der von Cohen ausgewiesenen Grenzwerte interpretiert (kleiner Effekt = 0,2, mittlerer Effekt = 0,5, großer Effekt = 0,8 (Cohen, 1988, S. 222). Die Kennzeichnung des p-Wertes wurde in der Ergebnispräsentation wie folgt ausgegeben: *p < 0,05 (signifikant), **p < 0,01 (hochsignifikant), ***p < 0,001 (höchst signifikant).

Abschließend sei an dieser Stelle erläutert, warum für die Nachzeichnung der dynamischen Entwicklung der Frames eine Zeitreihenanalyse auf Basis der gewonnenen Daten nicht durchgeführt werden konnte: Für die ARIMA-Zeitreihenanalyse werden hohe Anforderungen an die Datenstrukturen gestellt (Scheufele, B., 1999; Thome, 2010). Unter anderem ist unabdingbar, dass ausreichend Daten zu den entsprechenden Zeitpunkten vorliegen. Diese wesentliche Voraussetzung wird jedoch auf Basis der vorliegenden Werte verletzt. So finden sich bspw. innerhalb der ESP-Krise und Glyphosat-Debatte Zeiträume, in denen keine Berichterstattung stattfand und mithin keine Frames vorliegen. Möglichkeiten, um fehlende Zeitpunkte über die Zuweisung von Mittelwerten auszugleichen oder Prognosewerte zu erstellen, kamen aufgrund der längeren Phasen der Nicht-Berichterstattung nicht in Frage, da diese nicht sinnvoll aus dem Material gezogen werden konnten. Zudem ist dieses Vorgehen nur eine sinnvolle Option, wenn punktuell fehlende Datenlücken gefüllt werden müssen. Zusätzlich kam erschwerend hinzu, dass die Zeitintervalle der Krisen unterschiedlich sind. Während bspw. der ESP-Krise und Glyphosat-Debatte monatliche Intervalle zugrunde liegen, sind es bei der BSE- und Dioxin-Krise wöchentliche. Für eine langfristige, krisenübergreifende Betrachtung kann eine weitere Voraussetzung für eine Zeitreihe nicht erfüllt werden. Aus diesem Gründen hat sich die Autorin gegen eine ARIMA entschieden. Stattdessen wurden die Zeitpunkte der einzelnen Framesetzung je Medium und je Krise ausgegeben und auf Basis dessen Zeitverläufe je Frame bzw. Frame-Kombination, gemessen an der Framehäufigkeit, erstellt. Nachdem nun das methodische Vorgehen umfassend beschrieben wurde, zeigt das nachfolgende Kapitel 10 die Ergebnisse der Inhalts- und Frameanalyse auf.



10 Ergebnispräsentation Teilerhebung I



10.1 Das Framing der Medien

Die nachfolgenden Auswertungskapitel stellen das Kernstück der vorliegenden Arbeit dar. Sie bilden das Scharnier zwischen dem gelegten theoretischen Fundament und den zentralen Erkenntnisinteressen der Arbeit. Die deskriptive Ergebnisanalyse widmet sich dabei zunächst der Beschreibung der gewonnenen Berichterstattungskennwerte, die eine Antwort darauf geben können, in welchem Maße und mit welcher Selektivität über die ausgewählten Krisen in den unterschiedlichen Medienformaten berichtet wird. Dies erfolgt in erster Linie krisenübergreifend. Anschließend sollen die empirischen Befunde der Studie aufzeigen, welche Frames von welchem Medium innerhalb der jeweiligen Krisen präferiert werden. Im Anschluss erfolgt die Nachzeichnung der quantitativen Häufigkeit der Frames je Krise im zeitlichen Verlauf. Die Vorstellung orientiert sich an der historischen Reihenfolge ihres Auftretens. Diesbezüglich ist bereits an dieser Stelle zu vermerken, dass trotz einer hohen Grundgesamtheit der untersuchten Artikel ($n = 1150$) insbesondere in der Frameanalyse geringe Fallzahlen vorliegen. Daher werden teilweise statt der gültigen Prozentzahlen die absoluten Häufigkeiten ausgewiesen. Diese müssen jedoch ausdrücklich vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Erscheinungsrhythmus der Leitmedien bzw. Agrarpresse betrachtet werden, da die Ergebnisse nicht gewichtet wurden.

10.1.1 Generelle Merkmale der Berichterstattung

Ein erster Blick auf die empirischen Befunde kann eine Antwort auf die Frage geben, welche mediale Aufbereitung der Sektor erfährt, wenn er von Krisen gezeichnet ist. Die Datengrundlage der vorliegenden Ergebnisse fußt auf insgesamt 1.150 journalistischen Beiträgen, die in den genannten Medien veröffentlicht wurden. Die Berichterstattungsintensität über die einzelnen Krisen dominiert mit rund 50 Prozent – wenig überraschend – in der Agrarpresse, während es in den überregionalen Medien mit rund 25 Prozent (FAZ) bzw. rund 27 Prozent (SZ) an jeweiligem Anteil an der gesamten Berichterstattung ausgeglichen ist (vgl. Tabelle 14). Das Ausmaß der Berichterstattung scheint zunächst gerade für die überregionalen Medien in Bezug auf die insgesamt vier untersuchten Krisen überschaubar. Doch werden diese Ergebnisse in Rückbezug auf die gesetzten Basiseinheiten betrachtet, nämlich kurze Agenturmeldungen auszuschließen, so rückt dies die Ergebnisse in ein anderes Licht. Die Berichterstattungsintensität ist jedoch zugleich vor dem Hintergrund der ausgewählten Krisen zu interpretieren. Die Rinderseuche BSE als Wendepunkt der Landwirtschaft sowie die Glyphosat-Debatte nehmen gerade in der SZ und FAZ eine dominierende Rolle ein, während die Agrarpresse über die ESP ebenfalls intensiv berichtet (vgl. Tabelle 14). Ausführlicher wird hierauf in den Kapiteln zu den einzelnen Krisen eingegangen⁵⁷.

57 Hier und in den nachfolgenden Ergebnispräsentationen werden die Prozentzahlen auf eine Stelle nach dem Komma gerundet. Entsprechend können Rundungsfehler auftreten, die wiederum in ihrer Ganzheit betrachtet leichte Abweichungen von 100 Prozent zur Folge haben können.

Medium	Krise				
	ESP	BSE	Dioxin	Glyphosat	Gesamt
FAZ	16,1 (43)	31,0 (111)	28,5 (45)	23,4 (86)	24,8 (285)
SZ	22,1 (59)	27,9 (100)	27,8 (44)	28,1 (103)	26,6 (306)
Agrarpresse	61,8 (165)	41,1 (147)	43,7 (69)	48,5 (178)	48,6 (559)
Gesamt	23,2 (267)	31,1 (358)	13,7 (158)	32,0 (367)	100,0 (1150)

Tabelle 14:

Verteilung des Untersuchungsmaterials je Medium und Krise (n = 1550, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Neben dem Merkmal der reinen Häufigkeit der publizierten Artikel je Krise soll nun die Frage nach dem *Wie* der Berichterstattung beantwortet werden. In welchem Ressort die Artikel veröffentlicht wurden und in welcher Berichterstattungsform die Medien die Fakten und Ereignisse der Krisen darstellen, kann nicht nur durch die Wahrnehmung des Rezipienten beeinflussen, sondern auch den Beachtungsgrad des jeweiligen Mediums widerspiegeln. Die *Annahme I* postuliert dazu, dass die Medien vorrangig in tatsachenbetonten Darstellungsformen prominent über die Krisen in der Landwirtschaft berichten.

Insgesamt erfolgt in 15 Prozent (n = 173) aller analysierten Artikel eine Platzierung über die Misstände und Krisen in der Landwirtschaft auf der Titelseite. Sie ist ein typisches Merkmal für eine hohe zugerechnete mediale Aufmerksamkeit des jeweiligen Mediums. Unter den Leitmedien sticht hier besonders die FAZ (22,1 Prozent, n = 63) hervor, während die SZ gerade einmal in 20 Fällen (6,5 Prozent) auf der Titelseite auf Artikel über Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem aufmerksam macht (vgl. Tabelle 15).

Aufmacher/ Titelseite	Medium			
	FAZ	SZ	Agrarpresse	Gesamt
	22,1 (63)	6,5 (20)	16,1 (90)	15,0 (173)

Tabelle 15:

Platzierung der Artikel auf der Titelseite des jeweiligen Mediums. (n = 1150, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Es ließe sich vermuten, dass die SZ dafür über Schwerpunktseiten wie „Themen des Tages“ dem Leistungssystem mehr Aufmerksamkeit widmet. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse lässt sich dies jedoch nicht bestätigen. Während in der FAZ 20 Prozent (n = 59) aller Artikel einen Schwerpunkt bilden, macht dies in der SZ lediglich einen Anteil von rund 4 Prozent (n = 13) aus. Stattdessen steht krisenübergreifend das Politik- und Nachrichtenressort im Vordergrund, in dem in der SZ über die Hälfte aller Artikel (54 Prozent, n = 166) veröffentlicht wurden. Es folgt das Wirtschaftsressort (27,8 Prozent, n = 85), und mit großem Abstand Sparten wie Gesellschaft (5,2 Prozent, n = 16) und Forschung/Wissenschaft 4,6 Prozent, n = 14). In der FAZ zeichnet sich ein umgekehrtes Bild: Hier werden Krisen und krisenhafte Zustände

vorrangig im Wirtschaftsressort (47,7 Prozent, n = 136) behandelt, und weniger als ein Drittel (n = 58) im Politikteil. In kleineren Ressorts spielen die Krisen hingegen keine nennenswerte Rolle (vgl. Tabelle 16).

Ressort	Medium			
	FAZ	SZ	Agrarpresse	Gesamt
Politik/ Nachrichten	20,4 (58)	54,2 (166)	0,0 (0)	19,5 (224)
Agrarpolitik	0,0 (0)	0,0 (0)	51,9 (291)	25,3 (291)
Wirtschaft	47,7 (136)	27,8 (85)	0,0 (0)	19,2 (221)
Agrarmarkt	0,0 (0)	0,0 (0)	9,1 (51)	4,4 (51)
Gesellschaft/ Vermischtes	9,5 (27)	5,2 (16)	0,4 (2)	3,9 (45)
Forschung/ Wissenschaft	1,8 (5)	4,6 (14)	0,2 (1)	1,7 (20)
regionale Themenseiten	0,0 (0)	3,9 (12)	2,7 (15)	2,3 (27)
Tierhaltung	0,0 (0)	0,0 (0)	15,7 (88)	7,7 (88)
Pflanzen- Ackerbau	0,0 (0)	0,0 (0)	3,9 (22)	1,9 (22)
Schwerpunkt	20,7 (59)	4,2 (13)	16,1 (89)	14,0 (161)
Gesamt	100,0 (285)	100,0 (306)	100,0 (559)	100,0 (1150)

Tabelle 16:

Medienspezifische Verteilung der Ressorts (n = 1150 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Wird zum Vergleich ein Blick auf die Agrarpresse geworfen (n = 559), so nehmen hier die Krisen in der Landwirtschaft einen umfassenden Raum im agrarpolitischen Ressort ein (51,9 Prozent, n = 291). Entgegen der Vermutung, dass die Krisen im Hinblick auf die Entwicklungen auf dem Agrarmarkt im gleichgenannten Ressort umfassende Berücksichtigung finden, fällt hier der Anteil allerdings gering aus (9,1 Prozent, n = 51). Des Weiteren veröffentlichen die Wochenblätter die Artikel zu gleichen Teilen (16,1 Prozent, je n = 89) als Aufmacher oder als Schwerpunktthema. Publierte Artikel in den Fachressorts Pflanzen- und Ackerbau (3,9 Prozent, n = 22) sowie Tierhaltung (15,7 Prozent, n = 88) bleiben in der Gesamtschau betrachtet eine Marginalerscheinung (vgl. Tabelle 16). Krisenspezifisch lassen sich zusätzlich Unterschiede zwischen den beiden Leitmedien feststellen: Während in der FAZ rund 34 Prozent (n = 38) der Berichterstattung über die BSE-Krise auf der Titelseite veröffentlicht (vgl. Tabelle 70, Anhang S. XIV) oder als Schwerpunktthema auf einer Sonderseite (30,6 Prozent, n = 34, vgl. Tabelle 67, Anhang S. XII) behandelt wurden, ist diese Krise trotz ihres Hauptanteils an der gesamten untersuchten Berichterstattung über die Landwirtschaft in der SZ nicht prominent platziert (Titelseite BSE, SZ: 2 Prozent, n = 2, vgl. Tabelle 70, Anhang S. XIV). Gänzlich keine nennenswerte optische Hervorhebung erfährt in beiden Medien die ESP: Artikel, die diese Krise

thematisieren, handelt die SZ jeweils zu rund einem Drittel im Politik- (37,3 Prozent, n = 22) bzw. Wirtschaftsressort (30,5 Prozent, n = 18) ab, während die FAZ sektorspezifisch ebenfalls das Wirtschaftsressort (46,5 Prozent, n = 20) bevorzugt (vgl. Tab. 66, Anhang S. XII).

Neben der Platzierung im Ressort lassen auch journalistische Stilformen Rückschlüsse auf die Bedeutung zu, die den Krisen von den Medien beigemessen wird. Die Berichterstattung in den Leitmedien über die Krisen in der Landwirtschaft ist klar von einer berichtenden Stilform geprägt (SZ, 52,3 Prozent, n = 160; FAZ, 63,5 Prozent, n = 181, vgl. Tabelle 17). Die kommentierende Darstellungsform, die es dem Journalisten ermöglicht, selbst als autonomer Sprecher aufzutreten, fällt in der Gesamtschau betrachtet zurück und macht in beiden Leitmedien weniger als ein Drittel der gesamten Berichterstattung aus. Die SZ (26,5 Prozent, n = 81) nutzt diese Möglichkeit öfter, um ihre Position zu den Krisen darzulegen und selbst meinungsbildend zu wirken. Die FAZ weist mit 55 kommentierenden Beiträgen (19,3 Prozent, n = 55) einen nicht derart umfangreichen Anteil auf. Die häufigste Kommentierung in beiden Medien findet sich bei der BSE-Krise: Bei knapp einem Drittel aller publizierten Beiträge in der FAZ handelt es sich um einen Kommentar (27,9 Prozent, n = 31, vgl. Tabelle 71, Anhang S. XIV), in der SZ gleichen sich die informationsbasierte (43 Prozent, n = 43) und die kommentierende Darstellungsform (38 Prozent, n = 38) in der BSE-Krise aus (vgl. Tabelle 72, Anhang S. XV). Die Dioxin-Krise hingegen findet in den Meinungspalten der FAZ (15,6 Prozent, n = 7) und SZ (6,8 Prozent, n = 3) kaum Berücksichtigung. Dies vermag jedoch im Vergleich mit dem generell geringeren Berichterstattungsumfang zu dieser Krise zusammenzuhängen. Die ESP-Krise und die Glyphosat-Debatte werden vorrangig tatsachenorientiert in den Medien aufbereitet (vgl. Tabelle 71 und Tabelle 72, Anhang S. XIV & S. XV).

Daneben spielen krisenübergreifend ausführliche Erlebnisberichte wie eine Reportage auf der „Seite Drei“ der SZ oder Features eine untergeordnete Rolle (14,1 Prozent, n = 43, vgl. Tabelle 17). Das Interview als Möglichkeit der differenzierten Auseinandersetzung mit einem Thema findet in den Leitmedien eine sehr geringe Berücksichtigung, wobei mit 20 Interviews (6,5 Prozent) die meisten auf die SZ entfallen. Diese Darstellungsform ist daher zahlenmäßig vernachlässigbar. Die Tabelle 17 gibt nochmals zusammenfassend die medienspezifische Verteilung der Berichterstattungsformen je Medium an.

Ähnlich wie die Leitmedien tendiert die Agrarpresse zu einem berichtenden Stil (69,4 Prozent, n = 388), der tatsachenbetont die relevanten Fakten zur jeweiligen Krise hervorhebt (vgl. Tabelle 17). Aufmerksamkeit erfahren die untersuchten Krisen hier besonders durch Kommentare und Leitartikel, die ein Fünftel der Gesamtberichterstattung der Agrarpresse ausmachen (20,9 Prozent, n = 117). Dies gilt wie bei den Leitmedien vor allem für die BSE-Krise: Rund ein Drittel (27,9 Prozent, n = 41) der gesamten Berichterstattung über die Ereignisse rund um die Krise entfällt auf Kommentare (vgl. Tabelle 73, Anhang S. XV). Ebenfalls aufmerksamkeitsbindend scheint für die Fachjournalisten die ESP-Krise zu sein: Sie belegen dies nicht nur durch die im Vergleich generell umfangreiche Berichterstattung in Form von Berichten (72,1 Prozent, n = 119), sondern auch durch eine umfassende Kommentierung (16,4 Prozent, n = 27, vgl. Tabelle 73) Interviews als Möglichkeit, Experten oder Wissenschaftlern Raum für

<i>Darstellungsform</i>	<i>Medium</i>			
	<i>FAZ</i>	<i>SZ</i>	<i>Agrarpresse</i>	<i>Gesamt</i>
<i>Bericht</i>	63,5 (181)	52,3 (160)	69,4 (388)	63,4 (729)
<i>Reportage/ Feature</i>	15,1 (43)	14,1 (43)	5,0 (28)	9,9 (114)
<i>Kommentar/ Leitartikel</i>	19,3 (55)	26,5 (81)	20,9 (117)	22,0 (253)
<i>Interview</i>	1,8 (5)	6,5 (20)	4,1 (23)	4,2 (48)
<i>Sonstiges</i>	0,4 (1)	0,7 (2)	0,5 (3)	0,5 (6)
Gesamt	100,0 (285)	100,0 (306)	100,0 (559)	100,0 (1150)

Tabelle 17:

Medienspezifische Verteilung der journalistischen Darstellungsform (n = 1150 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Einschätzungen zum thematischen Schwerpunkt der jeweiligen Krise zu geben, wurden vergleichsweise selten genutzt (4,1 Prozent, n = 23, vgl. Tabelle 17), ebenso wenig lebhaft Reportagen von bspw. Höfen und Familienbetrieben (5 Prozent, n = 28).

Ein weiterer Blick soll auf die Verfasser der Artikel geworfen werden. In Bezug auf die analysierten Beiträge der Leitmedien sind diese zu knapp 90 Prozent (n = 527) auf redaktionelle Eigenarbeit zurückzuführen. Medienspezifisch betrachtet verfassen sowohl die FAZ (91,6 Prozent, n = 261) als auch die SZ (86,9 Prozent, n = 266) bei den Krisen in der Landwirtschaft selbst die Artikel (vgl. Tabelle 18). Weitere Möglichkeiten, wie die redaktionelle Eigenarbeit in Kombination mit Agenturmaterial (2,5 Prozent, n = 7) oder Agenturmaterial (3,2 Prozent, n = 9) spielen in der FAZ eine untergeordnete Rolle. Die SZ greift zwar häufiger auf Agenturmaterial zurück (10,5 Prozent, n = 32), ist aber im Vergleich zur Gesamtzahl der analysierten Artikel zu vernachlässigen. Zusätzlich muss beachtet werden, dass Meldungen von der Untersuchung ausgeschlossen und von Agenturen ausschließlich längere Berichtsstücke in die Untersuchung aufgenommen wurden, die den Anteil der Agenturen als Verfasser erklären.

<i>Darstellungsform</i>	<i>Medium</i>			
	<i>FAZ</i>	<i>SZ</i>	<i>Agrarpresse</i>	<i>Gesamt</i>
<i>Redaktion</i>	91,6 (261)	86,9 (266)	57,2 (320)	73,6 (847)
<i>Redaktion & Agentur</i>	2,5 (7)	2,0 (6)	11,1 (62)	6,5 (75)
<i>Nachrichtenagentur</i>	3,2 (9)	10,5 (32)	23,4 (131)	15,0 (172)
<i>Gastkommentar/ Außensicht</i>	2,5 (7)	0,7 (2)	5,9 (33)	3,7 (42)
<i>PR-Material</i>	0,4 (1)	0,0 (0)	2,3 (13)	1,2 (14)
<i>Sonstiges</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (285)	100,0 (306)	100,0 (559)	100,0 (1150)

Tabelle 18:

Medienspezifische Verteilung der Verfasser der Artikel (n = 1.150 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Die redaktionelle Arbeit für Fachmagazine erfordert ein hohes Maß an Fach- und Expertenwissen, sodass die Vermutung naheliegt, dass der Anteil an eigenständig verfassten Beiträgen relativ hoch ausfällt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass dies für die untersuchte Agrarpresse bestätigt werden kann. Über die Hälfte aller Artikel (57,2 Prozent, n = 320) wurden von der Redaktion selbst geschrieben. Artikel, die auf Agenturmaterial basieren und durch journalistische Eigenarbeit ergänzt wurden, haben einen randständigen Charakter (11,1 Prozent, n = 62); ebenso Gastkommentare (5,9 Prozent, n = 33) und PR-Material (2,3 Prozent, n = 13). Berichte, die von Agenturen wie der Agra-Europe stammen, machen knapp ein Viertel (23,4 Prozent, n = 131) der gesamten Berichterstattung aus und nehmen damit im Vergleich zu den Leitmedien einen höheren Stellenwert ein.

10.1.2 Zwischenfazit zu den formalen Kriterien

Die analysierten formalen Kriterien der quantitativen Inhaltsanalyse sind von Bedeutung, da sie nicht nur eine Einordnung und einen Überblick über die Berichterstattung ermöglichen, sondern auch für die nachfolgende Interpretation der Ergebnisse auf inhaltlicher Ebene unterstützend sind. Der erste Gesamteindruck zur Berichterstattung über die Krisen in der Landwirtschaft lässt sich wie folgt festhalten: Wenn die Landwirtschaft als Leistungssystem durch ein krisenhaftes Ereignis erschüttert ist, stellt das Teilsystem Medien Öffentlichkeit her, indem es – gemessen an Berichterstattung in Form der Häufigkeit von Artikeln – ausführlich über diese berichtet. Auf Ebene der einzelnen Krisen zeigt sich klar, dass die Berichterstattung der Leitmedien und der Agrarpresse über die Glyphosat-Debatte den größten Anteil ausmacht. Dies vermag u. a. darauf zurückzuführen sein, dass im Vergleich bei dieser Krise ein langer Untersuchungszeitraum (03/2015–11/2019) gewählt wurde. Daher gilt es auch, das Ausmaß der Berichterstattung über die BSE-Krise zu beachten, auf die ebenfalls ein großer Anteil (31 Prozent) entfällt, der allerdings innerhalb von rund dreieinhalb Monaten publiziert wurde. Die Berichterstattungsintensität fällt demnach bei der BSE-Krise höher aus. Genauere Abweichungen zwischen den Leitmedien und der Agrarpresse zeigen sich bei der medialen Aufarbeitung der ESP: Während die Agrarpresse im Krisenvergleich am zweithäufigsten über die Schweinepest berichtet, erzielt sie in den Leitmedien keinen hohen Beachtungsgrad.

Insgesamt sind die Printbeiträge sowohl in den Leitmedien als auch in der Agrarpresse fast ausschließlich von den Journalisten selbst verfasst, wobei die informationsorientierte Darstellungsform in beiden Mediengattungen dominiert. Nicht selten kleiden beide Mediengattungen die Ereignisse in Kommentare oder Leitartikel. Dies gilt vor allem für die BSE-Krise und speziell für die SZ: Über ein Drittel der gesamten Berichterstattung der Zeitung in dieser Krise ist ein Kommentar. Die Ereignisse rund um Dioxin in Tierfutter hingegen basieren in allen Mediengattungen hauptsächlich auf Berichten. Entgegen der Vermutung, dass Krisen im landwirtschaftlichen Sektor vorrangig ihrer entsprechenden Einordnung in das Wirtschaftssystem auch in diesen Ressorts thematisiert werden, trifft dies ausschließlich für die FAZ zu. Die weiteren Medien platzieren zum größten Teil die Artikel im (agrar-)politischen Ressort. Einen hohen Beachtungsgrad räumen die Agrarpresse und die FAZ den analysierten Krisen und Missständen der Landwirtschaft durch Platzierungen unter Schwerpunkt- oder Titelseiten ein. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse kann die *Annahme I* daher als *bestätigt* gelten.

10.2 Ergebnispräsentation der Krisen

Wie bereits angeklungen, legen die formalen Kriterien einen wichtigen Grundbaustein für die fortführende Analyse auf inhaltlicher Ebene. Das vorangegangene Kapitel konnte einen ersten krisenübergreifenden Eindruck von den formalen Kriterien der Berichterstattung über Krisen in der Landwirtschaft geben. Nachfolgend soll es um die krisenspezifische Betrachtung gehen. Der Ergebnispräsentation liegt folgende, der Autorin sinnvoll erscheinende Reihenfolge zugrunde: Für jede Krise wird zunächst auf die Berichterstattungsintensität eingegangen. Im Anschluss daran soll primär der Inhalt der Artikel genauer betrachtet werden. Zu diesem Zweck werden die Hauptthemen der Krise vorgestellt, denn erst so ist es möglich, dass über das bloße Vorhandensein der Krise hinaus Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welchen inhaltlichen Schwerpunkt die Medien setzen. Danach sollen die Frame-Akzentuierung der beiden Publikationsorgane und die quantitative Frame-Setzung im zeitlichen Verlauf je Krise in den Blick genommen werden.

10.2.1 Schweinepest-Krise

Die ESP als erste untersuchte Krise, die den landwirtschaftlichen Produktionszweig der Tierhaltung betrifft, stellte keine direkte Bedrohung für den Verbraucher dar. Die Systemverlässlichkeit des Leistungssystems ist in dieser Krise dadurch gefährdet, dass bei Ausbruch der virusbedingten Tierseuche auf einem Betrieb weiträumige Sperrbezirke eingerichtet und der gesamte betroffene Bestand gekeult werden muss. Durch die hohe Ansteckungs- und Verbreitungsgefahr sollen weitere Handlungsmaßnahmen zur Eindämmung der Seuche beitragen. Die Leitmedien berichteten insgesamt in einem überschaubaren Rahmen über die ESP-Krise ($n = 102$). Die Agrarpresse hat im Untersuchungszeitraum 165 Artikel veröffentlicht.

10.2.1.1 Zeitverlauf und inhaltliche Schwerpunkte

Wie die Abbildung 12 aufzeigt und wie in den eingangs bereits dargelegten Fallzahlen deutlich wurde, fällt die Berichterstattungsintensität für die Krise unterschiedlich aus. In der Gesamtschau betrachtet ist der lange Untersuchungszeitraum von 1993 bis 1998 von einzelnen Höhepunkten geprägt. Über den ersten Schweinepestausbuch im Regierungsbezirk Detmold im zweiten Quartal 1993 wird in beiden untersuchten Mediengattungen in einem überschaubaren Maße berichtet: Während die Agrarpresse mit insgesamt vier Artikeln ihre Leser über die Krise informiert (vgl. Abbildung 13), finden sich in den Leitmedien zwei Artikel (vgl. Abbildung 12). Auch über den Sommer 1993 hinweg spielt die ESP-Krise noch keine nennenswerte Rolle. Erst mit den zunehmenden Auswirkungen der Krise auf die Veredelungswirtschaft in Form von Exportverboten, betriebswirtschaftlichen Einbußen und einer sinkenden Nachfrage der Verbraucher nach Schweinefleisch steigt die Berichterstattungsintensität im vierten Quartal 1993 in beiden untersuchten Medien an und bildet für beide im gesamten Untersuchungszeitraum die Spitze der medialen Aufmerksamkeit. Daneben fallen die Uneinigkeiten zwischen der Europäischen Kommission und

dem damaligen Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert in Bezug auf die „richtigen“ politischen Handlungsmaßnahmen zur Eindämmung der Krise in diesen Zeitraum. Insbesondere die Einrichtung der Sperrgebiete und die damit verbundene Vorschrift, auch gesunde Tiere in diesem Bezirk zu töten, sind Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. In der Agrarpresse wurden in dieser Krisenhochzeit 44 Artikel veröffentlicht, in den Leitmedien 24, wobei dies deutlich unter Beachtung der generell höheren Fallzahlen der Agrarpresse bei dieser Krise einzuordnen gilt.

Zu Beginn des Jahres 1994 flacht die Aufmerksamkeit beider Medien wieder ab. Doch schon im zweiten Quartal 1994 ist ein weiterer Anstieg zu verzeichnen, und in der Agrarpresse thematisieren insgesamt 30 Artikel abermals die ESP-Krise, in den Leitmedien sind es 13 Artikel (vgl. Abbildung 12). Zurückzuführen ist diese erneute mediale Aufmerksamkeit auf weitere Pestausbrüche – u. a. in Niedersachsen als deutschlandweite „Hochburg“ der Schweinehaltung. Doch auch weitere politische Handlungsmaßnahmen wie das Bundesnotprogramm zur finanziellen Unterstützung betroffener Betriebe sowie die Anpassung der Viehverkehrsordnung, die u. a. eine Reinigung und Desinfektion von Transportfahrzeugen vorsieht (Hauschild, 1994, S. 37), fallen in diesen Zeitraum. Zum Ende des Jahres steigt die Berichterstattung in der Agrarpresse (n = 19) noch einmal an (n = 19). Verschärfungen der Handelsrestriktionen infolge erneut auftretender Schweinepestfälle (bspw. 100. Fall von ESP im Kreis Demmin, WW, 1994b, S. 25) können in diesen Zeitraum eingeordnet werden. In beiden Medien ist in den darauffolgenden Quartalen eine längere Nicht-Berichterstattung von 1995 bis Ende 1996 zu beobachten, die sich auf den Rückgang der Seuche in den schweinehaltenden Betrieben zurückführen lässt.

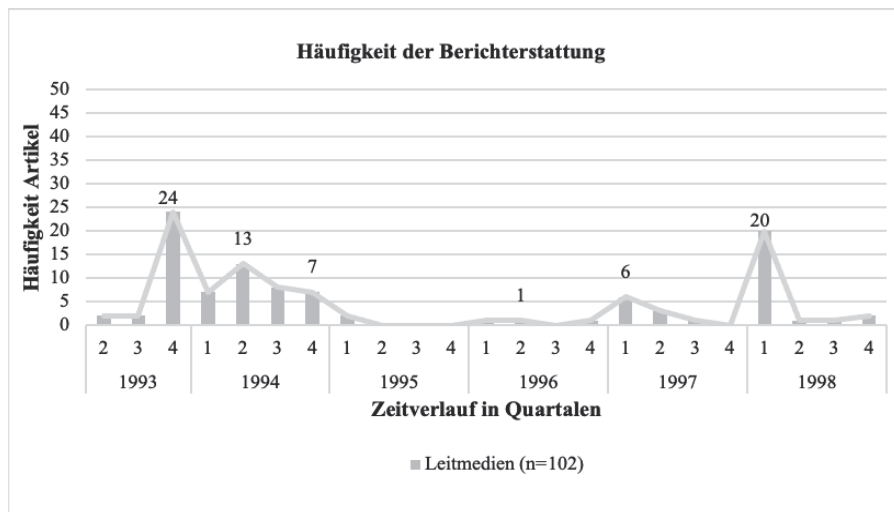


Abbildung 12:

Berichterstattungsintensität der Leitmedien über die ESP-Krise. Der Untersuchungszeitraum beginnt im zweiten Quartal 1993 am 21. April 1993 und endet im vierten Quartal 1998 am 30. November 1998.

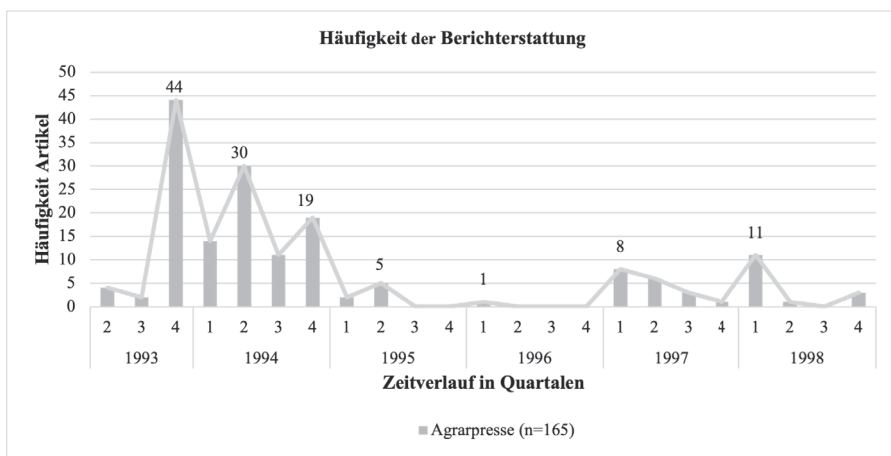


Abbildung 13:

Berichterstattungsintensität der Agrarpresse über die ESP-Krise. Der Untersuchungszeitraum beginnt im zweiten Quartal 1993 am 21. April 1993 und endet im vierten Quartal 1998 am 30. November 1998.

Mit dem erneuten Ausbruch der ESP im ersten Quartal 1997 kann der vierte, wenn auch deutlich schwächer ausgeprägte Höhepunkt der Berichterstattung verzeichnet werden. Die ESP betraf zu diesem Zeitpunkt neben Deutschland vor allem die Niederlande. Wieder wurden Exportverbote verhängt und Schweine zur Eindämmung der Seuche getötet (Waldeyer, 1997a, S. 18). Im Vergleich zum ersten Ausbruch der Seuche im Untersuchungszeitraum fällt die Berichterstattung im ersten Quartal 1997 sowohl in der Agrarpresse ($n = 8$) als auch in den Leitmedien ($n = 6$) überschaubar aus. Erst im Frühjahr 1998 lässt sich eine Steigerung der Berichterstattungsintensität für beide Medien erkennen. Zurückzuführen ist dies auf einen Ausbruch der Schweinepest im zur damaligen Zeit größten Zuchtbetrieb, infolgedessen 62.000 Schweine getötet werden mussten (SZ, 1998, S. 2). Die wachsende Kritik an der Impfpolitik der EG-Kommission kann zudem die Welle der Berichterstattung erklären, die jedoch in den darauffolgenden Quartalen bis zum Ende des Jahres 1998 mit der erfolgreichen Eindämmung der Seuche in Deutschland in beiden Medien zunehmend abflacht. Auf Basis dieser Ergebnisse lässt sich festhalten, dass nach den ersten Seuchenfällen in Niedersachsen die Presseberichterstattung zugenommen hat, gleichwohl mit dem Abklingen der Seuche auch die mediale Aufmerksamkeit zurückgeht. Insbesondere die Nicht-Berichterstattung ab Mitte 1995 bis Anfang 1997 bestätigt eine eher ereignisorientierte Berichterstattungsintensität.

Nach der Betrachtung der Berichterstattungsintensität im Zeitverlauf gilt es, einen Blick auf die inhaltlichen Schwerpunkte zu werfen. Die beiden Leitmedien SZ und FAZ werden dazu getrennt voneinander betrachtet, um die unterschiedlichen Schwerpunkte hervorzuheben. Hier wird deutlich, dass die FAZ ($n = 43$) in ihrer Berichterstattung vorrangig die europäischen Handlungsmaßnahmen (44,2 Prozent, $n = 19$) zur Eindämmung der Schweinepest betont. Dazu zählen bspw. Ausfuhrsperrn

oder die Einrichtung von Sperrbezirken. Zumeist werden sie als alleiniges Hauptthema behandelt, in fünf Fällen spielen die ökonomischen Folgen als weiteres Hauptthema eine Rolle. Insgesamt ist jedoch dieser Themenschwerpunkt, der ebenso die in finanzielle Notlage geratenen Landwirte umfasst, in der *FAZ* unterrepräsentiert (20,9 Prozent, $n = 9$). Auch der mögliche Einsatz eines Impfstoffes (18,6 Prozent, $n = 8$) findet nur in einem überschaubaren Maße Eingang in die Berichterstattung. Die Thematisierung von Speiseabfällen (9,3 Prozent, $n = 4$) und deren Verfütterung als mögliche Ursache der Pestausbreitung werden kaum berücksichtigt (vgl. Abbildung 14). Ähnlich wie die *FAZ* stellt auch die *SZ* ($n = 59$) die europäischen Handlungsmaßnahmen (47,5 Prozent, $n = 28$) zur Schweinepest in das Zentrum ihrer Darstellungen, gefolgt von den ökonomischen Folgen (25,4 Prozent, $n = 15$). In fünf Artikeln werden die beiden Themenschwerpunkte zusammen behandelt, ansonsten sind sie in keinem nennenswerten Umfang im Zusammenhang mit anderen Themen Gegenstand der Berichterstattung. Vergleichsweise im stärkeren Ausmaß berücksichtigt die *SZ* das Thema Bestandskeulungen (22 Prozent, $n = 13$) und die damit eng verknüpfte Problematik rund um die Verfütterung von Speiseabfällen (15,3 Prozent, $n = 9$). Zumeist sind auch diese beiden Themen allein das Hauptthema eines Artikels. Nur zusammen mit den politischen Handlungsmaßnahmen ($n = 2$) und der Verfütterung von Speiseabfällen ($n = 2$) werden die Bestandskeulungen thematisiert, was aufgrund der engen Verknüpfungen wenig verwunderlich ist (vgl. Abbildung 14).

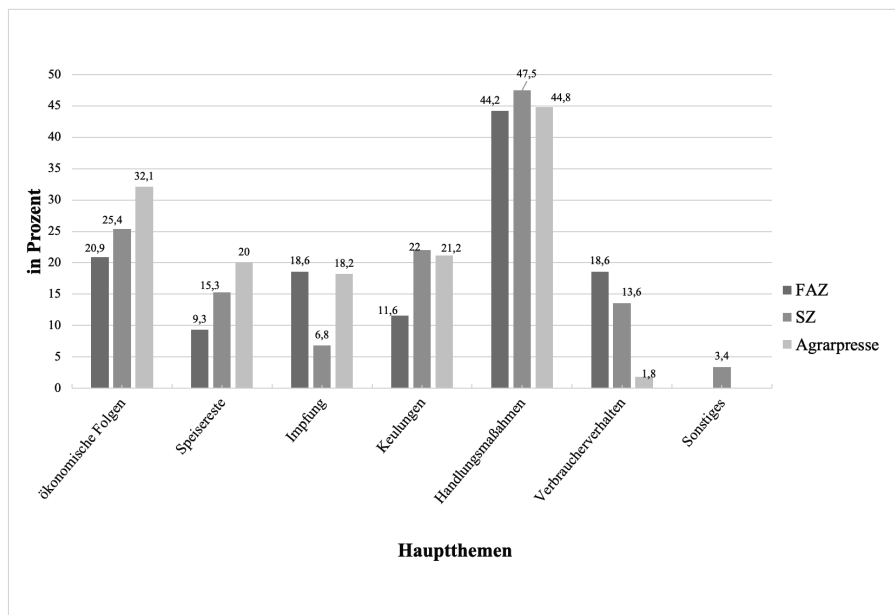


Abbildung 14:

Verteilung der Hauptthemen je Medium über die Schweinepest.

Für die landwirtschaftliche Fachpresse ($n = 165$) ist die Schweinepest, wie in den vorigen Kapiteln dargelegt, von weitaus größerer Bedeutung. Thematische Leitschemata sind auch hier die politischen Handlungsmaßnahmen der Europäischen Kommission (44,8 Prozent, $n = 74$) sowie die ökonomischen Folgen für den Sektor (32,1 Prozent, $n = 53$) (vgl. Abbildung 14). Wenn erstgenanntes Thema ist, so sind in knapp 25 Prozent der Fälle ($n = 18$) auch die ökonomischen Folgen ein weiteres Hauptthema des Artikels. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass auf die Probleme im Sektor bei der wirtschaftlich angespannten Lage Lösungen bei den politischen Handlungsakteuren gesucht werden. Ergänzend zu diesem inhaltlichen Spektrum geht ein Fünftel der Artikel (20 Prozent, $n = 33$) auf das Verfüttern von Speiseabfällen ein. In acht Artikeln (10,8 Prozent) werden sie im Zusammenhang mit den politischen Handlungsmaßnahmen thematisiert. Dieses Themenfeld ist für die Hauptleserschaft der Fachmagazine von besonderer Relevanz, da das unzureichende Erhitzen von Speisen und die folgende Verfütterung an die Tiere als hauptursächlich für den Ausbruch der Pest in einem Betrieb gilt. Daneben sind Bestandskeulungen Grundlage für 21 Prozent ($n = 35$) der Beiträge, die jedoch nur selten im Zusammenhang mit einem weiteren Hauptthema auftreten. In neun Artikeln spielen parallel die ökonomischen Folgen für die Landwirte eine Rolle. Das ist nicht verwunderlich – stehen doch die betroffenen Betriebe nach einem ESP-Ausbruch vor einem wirtschaftlichen Ruin. Insgesamt zeigt die alleinige Fokussierung auf die Keulungen auf, welche starke Gewichtung diesem Thema zukommt. Die inhaltlich damit eng verknüpfte Thematik um die Marker-Impfstoffe zum Schutz der Tiere vor weiteren Ansteckungen und damit nach europäischem Gesetz notwendig werdenden Bestandskeulungen sind zwar Gegenstand der Berichterstattung, machen aber überraschenderweise nicht mehr als ein Fünftel (18,2 Prozent, $n = 30$) aller Artikel aus.

Insgesamt ist die ESP so zwar in allen untersuchten Printmedien von einem breiten Themenspektrum geprägt, thematische Leitschemata sind aber die wirtschaftlichen und politischen Aspekte, die sowohl in den Leitmedien SZ und FAZ als auch in der Agrarpresse überwiegen. Zusätzlich betont die Agrarpresse die Thematik rund um die Verfütterung von Speiseabfällen, die eine der Hauptursachen – neben den illegalen Tiertransporten – für die Verbreitung der Seuche war. Für ihre primäre Leserschaft sind umfassende aufklärende Berichte über die Folgen der Verfütterung von hoher Bedeutung und erklären die mediale Aufmerksamkeit der Fachmagazine für diesen Themenschwerpunkt. Überraschend ist, dass inhaltliche Schwerpunktsetzungen auf Alternativen zu den Bestandskeulungen, wie die Einführung eines Marker-Impfstoffes, in der gesamten Berichterstattung aller Medien nur selten Thema ist.

10.2.1.2 Framing-Aktivitäten der Medien

Innerhalb der ESP-Krise lässt sich in Bezug auf die Publikationsorgane festhalten, dass ihnen eine gewisse Frame-Vielfalt in der journalistischen Berichterstattung zugeschrieben werden kann. Der Täterframe nimmt dabei sowohl in der Agrarpresse ($n = 73$) als auch in den Leitmedien ($n = 34$) einen großen Raum ein. Darüber hinaus wird deutlich, dass der Opferframe ebenfalls in beiden Medien zu fast gleichen Teilen wie der Täterframe gesetzt wird (vgl. Abbildung 15). Medienunabhängig entsteht so der Eindruck, dass kein klarer Deutungsschwerpunkt vorliegt, sondern diese beide

Frames konträr zueinander verlaufen. Während auf der einen Seite die ESP-Krise als Existenzbedrohung für die Landwirte dargestellt wird, liegt auf der anderen Seite die Betonung auf Darstellungen unter dem Aspekt der Fahrlässigkeit und des unverantwortlichen Handels dieser. Der Strukturframe hingegen, der die Krise unter dem Aspekt einer ganzheitlichen Gefahr für das Leistungssystem Landwirtschaft betrachtet, rückt gänzlich in den Hintergrund und findet in der Agrarpresse keine Beachtung. Der vierte Hauptframe, der den Fokus auf die globale Ausrichtung des Leistungssystems legt, spielt für die Agrarpresse (n = 63) ebenfalls eine zentrale Rolle und ist innerhalb der Leitmedien (n = 30) fast gleichauf mit dem Täter- bzw. Opferframe.

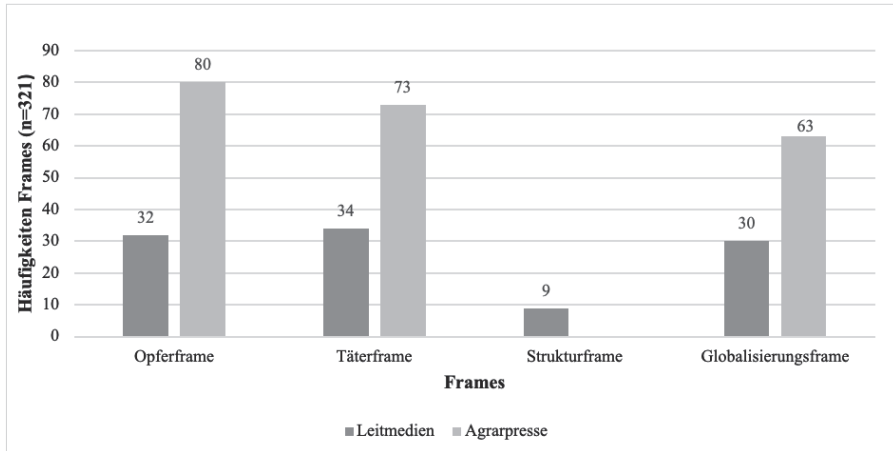


Abbildung 15:

Verteilung der vier Hauptframes innerhalb der ESP-Krise. (n = 321, Angabe in abs. Häufigkeiten).

Der nächste Schritt wirft einen tiefergehenden Blick auf die Frame-Akzentuierung innerhalb der einzelnen Medien und splittet auf, inwiefern die vier Hauptframes in Frame-Kombinationen bzw. in alleiniger Betonung gesetzt werden.

In den Leitmedien zeigt sich das bereits angesprochene konträre Deutungsverhalten: Es wird der Eindruck erweckt, als verstehen sie auf der einen Seite die missliche Lage der Landwirte, aber sehen auch gerade bei ihnen das Problem – nämlich selbst Verursacher der Krise zu sein. Weiter bestätigt wird dieses konträre Deutungsmuster dadurch, dass innerhalb einiger Beiträge nicht nur der Täterframe allein auftritt, sondern in Kombination mit dem Globalisierungsframe (11,3 Prozent, n = 11) bzw. der Opferframe mit diesem (8,2 Prozent, n = 8). Es handelt sich also nicht um eine rein eindimensionale Betrachtung der Schweinepest-Krise. Gemein ist ihnen die Betonung von Darstellungen unter dem Aspekt einer verstärkten Ausrichtung des Leistungssystems auf Marktinteressen, das das Wohl der Tiere hintenanstellt (vgl. Tabelle 19). Versäumnisse und die Handlungsmacht zur Lösung des Problems sehen beide Perspektiven folglich auf der politischen Ebene. Jedoch ist die Einordnung der Rolle des Landwirts bzw. der landwirtschaftlichen Akteure eine andere. Signifikante Unterschiede liegen in Bezug auf den Globalisierungsframe vor. Dass die Leitmedien

die Berichterstattung allein in das Globalisierungs-Deutungsmuster einbetten, kann vorsichtig dahingehend interpretiert werden, dass sie den starken Wettbewerbs- und Ökonomisierungsdruck auf dem Agrarmarkt erkennen und noch deutlicher die Handlungsakteure auf politischer Ebene auffordern, Regulierungen zu schaffen, die die gültigen Praktiken eingrenzen.

<i>Frames</i>	<i>Leitmedien</i>	<i>Agrarpresse</i>	<i>Gesamt</i>
<i>Opferframe</i>	22,7 _a (22)	26,4 _a (43)	25,0 (65)
<i>Täterframe</i>	21,6 _a (21)	30,7 _a (50)	27,3 (71)
<i>Strukturframe</i>	4,1 _a (4)	0,0 _b (0)	1,5 (4)
<i>Globalisierungsframe</i>	10,3 _a *** (10)	3,7 _b (6)	6,2 (16)
<i>Frame Opfer & Global</i>	8,2 _a (8)	21,5 _b *** (35)	16,5 (43)
<i>Frame Täter & Global</i>	11,3 _a (11)	12,9 _a (21)	12,3 (32)
<i>kein Frame</i>	21,6 _a (21)	4,9 _b (8)	11,2 (29)
Gesamt	100,0 (97)	100,0 (163)	100,0 (260)

Tabelle 19:

Medienframes in den untersuchten Printmedien innerhalb der ESP-Krise (n = 260, in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Anmerkung: Tiefgestellte Buchstaben kennzeichnen Paare, die signifikant unterschiedlich sind (Bonferroni-Korrektur). $\chi^2 = 35,040$; $df=6$; Cramérs $V = .367$; * $p < 0, 05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

Für die Agrarpresse hingegen lässt sich ein klareres Bild nachzeichnen, wenn auch mit überraschenden Ergebnissen. Wie bereits in der einleitenden Gesamtschau angedeutet, nimmt der Täterframe allein die stärkste Rolle ein (30,7 Prozent, n = 50). Damit wird erkennbar, dass die Agrarpresse trotz ihrer direkten Nähe zu den Landwirten bzw. dem Leistungssystem nicht versucht, diesen als Täter auszublenken, sondern – ähnlich wie die Leitmedien – die Ursachen für die Krise bei den Landwirten sucht und bisherige ergriffene Maßnahmen dieser Akteursgruppe eher negativ bewertet. Zugleich finden sich auch in den landwirtschaftlichen Wochenblättern Frame-Kombinationen wieder. Höchst signifikante Unterschiede zeigen sich in Bezug auf die Frame-Kombination „Opfer-Globalisierung“ (21,5 Prozent, n = 35). Die Fokussierung der Opferrolle wird allerdings durch das alleinige Auftreten des Opferframes (26,4 Prozent, n = 43) nochmals verstärkt, wohingegen der Globalisierungsframe allein deutlich in den Hintergrund rückt (3,7 Prozent, n = 6).

Resümierend lässt sich festhalten, dass die untersuchten Medien die ESP-Krise vor allem stark unter den globalen wirtschaftlichen Vorgängen framen, die Marktinteressen vor das Wohl der Tiere stellen. Dass somit besonders politischen Akteuren auf supra- und nationaler Ebene ein starker Handlungsbedarf beigemessen wird, verwundert nicht – nur über sie können die herrschenden Ströme und Praktiken auf dem Agrarmarkt reguliert werden. Als zentrale Akteure im Leistungssystem herrscht über die Landwirte in beiden Medien ein geteiltes Bild vor: So werden sie einerseits in das Deutungsmuster der Opferrolle gebettet und andererseits als Mitverursacher, denen weniger Unterstützung zuteilwerden sollte, betrachtet.

Die zeitliche Entwicklung der Frames soll in einem nächsten Schritt betrachtet werden. Grundsätzlich kann für alle Frames bzw. Frame-Kombinationen ein sprunghafter Anstieg im November 1993 verzeichnet werden – parallel zum Ereignisgeschehen. Verhängte handelspolitische Restriktionen in Form von Exportverboten und die Ausweitung der Sperrgebiete bei auftretenden Seuchenherden zeichnen vor allem in der Agrarpresse eine deutliche Hochphase für den Opferframe (n = 16, vgl. Abbildung 16) ab. Wird parallel dazu die Entwicklung des Täterframes in diesem Medium betrachtet (n = 9) (Abbildung 18), so wird das bereits angesprochene konträre Deutungsverhalten sichtbar. Ähnlich prominent ist zu diesem Zeitpunkt der Globalframe (n = 13)⁵⁸. Die besonders von der Europäischen Kommission handlungsleitenden Maßnahmen zur Eindämmung der Krise, die jedoch zugleich folgenreich für die Entwicklung auf den Agrarmarkt sind, können ursächlich für die Einbettung in das Deutungsmuster zu diesem Zeitpunkt sein (vgl. Abbildung 19). In diesem Zusammenhang verwundert hingegen nicht, dass sich die Frame-Kombination aus dem Opfer- und Globalframe (vgl. Abbildung 17) vorrangig in der Agrarpresse findet, denn schließlich kämpfen die Landwirte mit den Folgen der Schweinepest, wenngleich nur vereinzelte Betriebe direkt betroffen sind. Die dadurch entstandenen Folgen, wie fehlende Abnahmen der Schweine und geringe Erzeugerpreise, spüren alle Landwirte aus dem Leistungssystem, sind aber für das breite Zielpublikum der Leitmedien weniger relevant. So schnell die Framing-Aktivitäten im November 1993 anstiegen, so rasant fallen diese bereits im Folgemonat wieder auf ein geringes Niveau zurück. Die nachstehenden Abbildungen 16 bis 19 zeigen die einzelnen Verläufe der Frames und Frame-Kombinationen auf.

Eine weitere Hochphase für den Täterframe in der Agrarpresse (n = 13) wird mit der vor allem noch in Niedersachsen grassierenden Schweinepest im April 1994 sichtbar. Während zu diesem Zeitpunkt in den anderen Bundesländern die Pestausbrüche zurückgehen, kämpft der Nordwesten des Landes weiterhin mit der Seuche, die durch Verschleppungen und illegale Tiertransporte begünstigt wird. Die Agrarpresse legt in ihrer Berichterstattung das Gewicht auf das Fehlverhalten der Landwirte selbst und hebt weniger ihre Opferrolle hervor. Zugleich erfährt auch der Globalframe (n = 9) in der Agrarpresse zu diesem Zeitpunkt ein weiteres Hoch (vgl. Abbildung 19). Europolitisch beschlossene Maßnahmen der Kommission, die weiterhin die Keulung der Tiere vorschreiben und eine Impfung ablehnen, können ursächlich für die Betonung dieses Deutungsmusters in der Berichterstattung sein. Im weiteren Jahresverlauf 1994 lassen sich mit Ausnahme des Novembers keine weiteren relevanten Höhepunkte in Bezug auf die Framing-Aktivitäten verzeichnen. Ähnlich wie im Jahr zuvor betont die Agrarpresse den Täterframe (n = 7). Ein Blick auf die Ereignisse zu diesem Zeitpunkt erklärt die Dominanz des Frames, der die Verantwortung vorrangig bei den Landwirten selbst sieht:

Trotz umfassender Informationen und Verbote findet die Praxis der Verfütterung von Speiseresten weiterhin auf Betrieben Anwendung und begünstigt damit die Verbreitung der Pest (Bauer, 1994, S. 38). Die bereits vorgestellte geringer aus-

58 Die Entwicklung der Frame-Kombination Täter-Globalframe ist im Anhang S. XVI Abbildung 50 einzusehen.

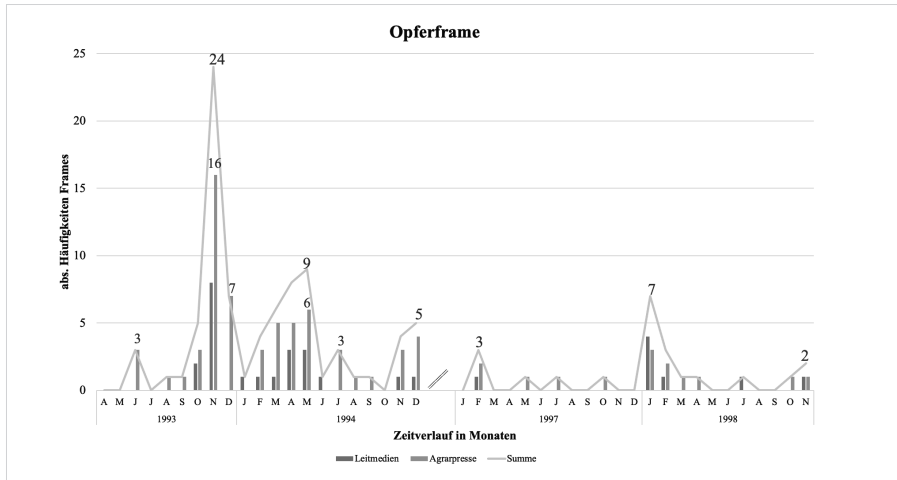


Abbildung 16:
Aufgetretene Opferframes in der ESP-Krise. Angaben je Medium und pro Monat $n = 108$. $t(0.95, 51) = 2.225$, $p < 0.03$; $d = 0.546$ (Es wurde der Welch-Test durchgeführt aufgrund der Varianzheterogenität).

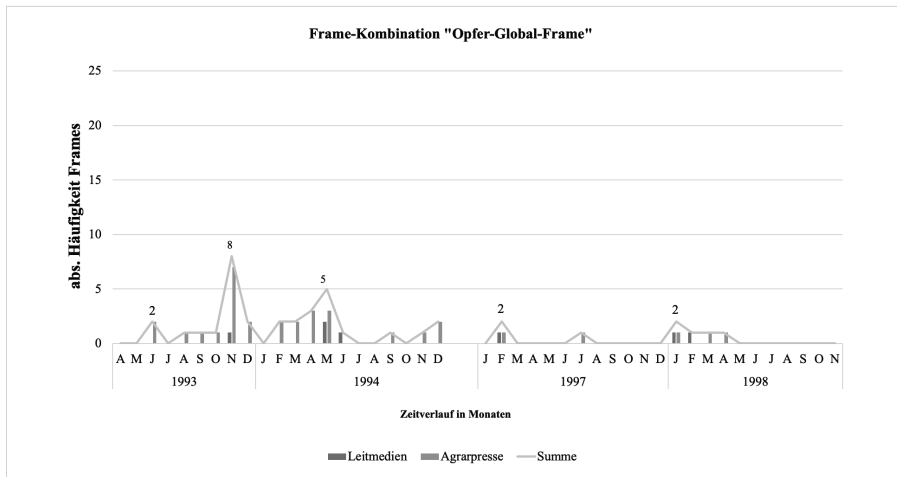


Abbildung 17:
Aufgetretene Frame-Kombination Opfer-Global-Frame in der ESP-Krise. Angaben je Medium und pro Monat ($n = 43$). $t(0.95, 42) = 3.173$, $p < 0.03$; $d = 0.774$ (Es wurde der Welch-Test durchgeführt aufgrund der Varianzheterogenität).

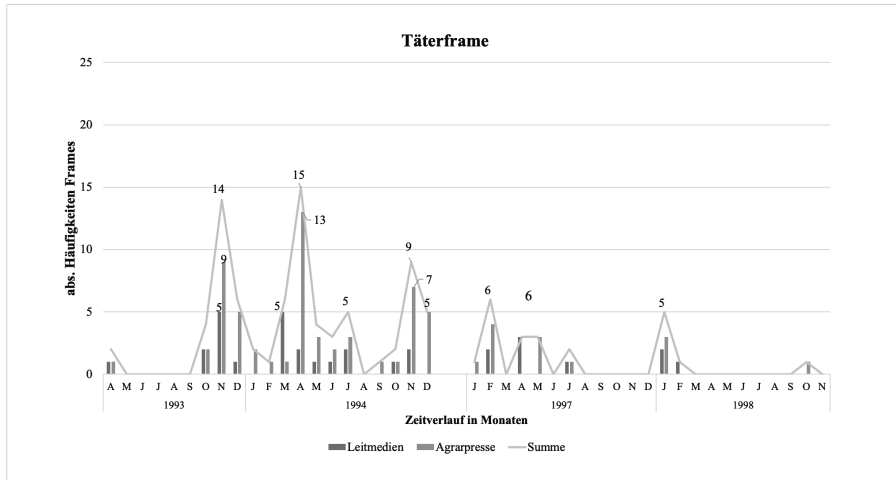


Abbildung 18:
Aufgetretene Täterframes in der ESP-Krise Angaben je Medium und pro Monat (n = 103). $t(0.95, 47) = 1.907$, $p < 0.063$ (Es wurde der Welch-Test durchgeführt aufgrund der Varianzheterogenität).

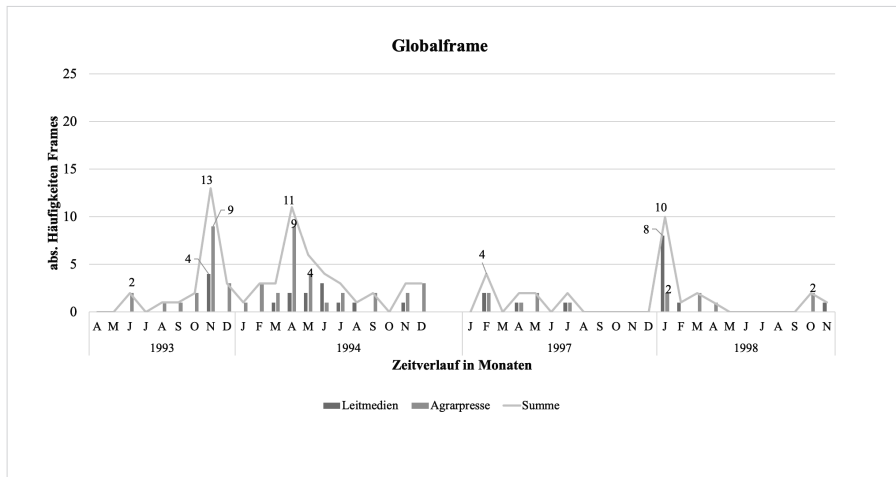


Abbildung 19:
Aufgetretene Globalframes in der ESP-Krise. Angaben je Medium und pro Monat (n = 91). $t(0.95, 62) = 1.885$, $p < 0.064$.

gefallene Berichterstattungsintensität der Leitmedien (vgl. Kap. 10.1.1) erklärt die Framing-Aktivitäten über den beschriebenen Zeitraum und findet daher hier keine weitere Berücksichtigung. Nachdem die Pest von 1995 bis 1996 abschwächt, finden parallel zum Ereignishintergrund neuer Seuchenausbrüche wieder Framing-Aktivitäten vor allem zu Beginn des Jahres 1998 statt. Die Dominanz des Globalisierungs- und Opferframes zeigt sich hier vor allem bei den Leitmedien ($n = 8$) (vgl. Abbildung 16, Abbildung 19). Diese Entwicklungen sollten jedoch vor dem Hintergrund der geringen Fallzahlen mit Vorsicht betrachtet werden. Mit dem Abklingen der Seuche legen sich auch die Framing-Aktivitäten beider Medien.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Agrarpresse den Erwartungen entsprechend auch in der zeitlichen Betrachtung den Opferframe präferiert. Hier lassen sich signifikante Unterschiede feststellen (vgl. Abbildung 16). So verwendet die Agrarpresse diesen Frame 2,2-mal häufiger als die Leitmedien. Die konträre Sichtweise der Leitmedien zeigt sich ebenso in der zeitlichen Betrachtung, wobei diese wie bei den Leitmedien an bestimmte Ereignishintergründe gebunden sind. Außerhalb dieser kann für beide untersuchten Medien ein schwach ausgeprägtes Framing konstatiert werden, wobei hier noch einmal auf die Messung der Framing-Aktivitäten anhand von absoluten Häufigkeiten verwiesen sei und keine Gewichtung vorgenommen wurde (vgl. Kap. 13.5).

10.2.2 BSE-Krise

Die Rinderkrankheit BSE gilt nach wie vor als Dreh- und Angelpunkt des Leistungssystems Landwirtschaft in Deutschland. Daher ist es nicht überraschend, dass sie neben der Glyphosat-Debatte in den Leitmedien die meiste mediale Aufmerksamkeit erfahren hat. Wie sich die Berichterstattungsintensität in der Hochphase der BSE-Krise in den Leitmedien und der Agrarpresse entwickelt hat und welche thematischen Schwerpunkte gesetzt wurden, soll im weiteren Verlauf herausgearbeitet werden.

10.2.2.1 Zeitverlauf und inhaltliche Schwerpunkte

Dem kurzen, aber prägnanten Untersuchungszeitraum entsprechend weisen die Abbildungen 20 und 21 die Berichterstattungsintensität, gemessen an der Anzahl der Artikel im Wochenrhythmus, aus. Die Leitmedien haben im Vergleich zu den übrigen ausgewählten Krisen über diese, wie bereits beschrieben, am intensivsten berichtet, sodass trotz der kurzen Zeitspanne zusammenfassend 211 Artikel veröffentlicht wurden. Dem stehen 147 Artikel in der Agrarpresse gegenüber. Doch auch dies ist ein hoher Wert in Anbetracht der wöchentlichen Erscheinungsweise der untersuchten Fachmagazine.

In der ersten Woche des Untersuchungszeitraums ab dem 20. November 2000 wurden bereits in den Leitmedien ($n = 11$) mehr Artikel veröffentlicht als in der Agrarpresse ($n = 3$), was auf den wöchentlichen Erscheinungsrhythmus der Fachmagazine zurückzuführen ist, denn am Freitag, den 24. November 2000, wurde das erste in Deutschland geborene und aufgewachsene Rind positiv auf BSE getestet. Infolgedessen wurde auf politischer Ebene über ein Tiermehlverbot, angestoßen von der damaligen Bundesgesundheitsministerin Fischer, debattiert. Über den ersten BSE-Fall in Deutschland konnte die Agrarpresse erst in der darauffolgenden Woche berichten, während die Leitmedien bereits am Samstag titelten: „Rinderwahnsinn in Deutschland“ (SZ, 2000a, S. 1) oder „Es war einmal BSE-frei“ (SZ, 2000b, S. 4). Die letzte Novemberwoche stellt innerhalb der gesamten untersuchten Berichter-

stattung zur BSE-Krise den ersten Höhepunkt in den Leitmedien mit 28 veröffentlichten Artikeln dar (vgl. Abbildung 20). In der Agrarpresse wurden in dieser intensiven Woche durchschnittlich vier Artikel je Wochenblatt zum Thema publiziert (vgl. Abbildung 21). Für beide Mediengattungen kann dementsprechend eine hohe mediale Aufmerksamkeit konstatiert werden. Die Berichterstattung geht dabei mit dem politischen Regulierungs- und Handlungsprozess zur Eindämmung der Krise einher, die sich in dieser Woche vorrangig mit der endgültigen Verabschiedung des Tiermehlverbots in einem Eilverfahren sowie Ein- und Ausfuhrsperrern von Rind- und Rindfleisch befasste. In der täglichen Berichterstattung der Leitmedien klingt daraufhin die Intensität wieder deutlich ab. Ein weiteres Hoch ist in diesem Medium in der fünften Untersuchungswoche (ab dem 18.12.2000) zu erkennen. Ursächlich dafür ist, dass an diesem Tag der zweite amtlich bestätigte BSE-Fall bei einem Rind in Bayern bekannt wurde. Das gesteigerte mediale Interesse der Leitmedien lässt sich vermutlich durch den regionalen Bezug der SZ erklären. Zum Jahresende hin klingt die Berichterstattung langsam ab. Die nachstehenden Abbildungen 20 bis 21 zeichnen die Intensität der Berichterstattung im Untersuchungszeitraum nach.

Mit der sich andeutenden Regierungskrise und wachsenden Kritik an dem damaligen Bundeslandwirtschaftsminister Funke und Gesundheitsministerin Fischer nimmt die Berichterstattung in den Leitmedien ($n = 13$) mit dem Jahresbeginn 2001 deutlich zu, bis sie mit den Rücktrittserklärungen der beiden am 9. Januar 2001 in der achten Woche des Untersuchungszeitraums ihren Höhepunkt für die gesamte Krise erreicht ($n = 43$). Wie beim ersten Höhepunkt im November 2000 sinkt die Intensität der Berichterstattung in der darauffolgenden neunten Woche des Untersuchungszeitraums in den Leitmedien anschließend wieder.

Die Agrarpresse hält zunächst ihren konstanten Kurs, berichtet aber mit den beiden Ministerrücktritten wieder deutlich ausführlicher ($n = 17$). Auch in den darauffolgenden zwei Wochen berichten die Fachmedien intensiv mit erneut rund durch-

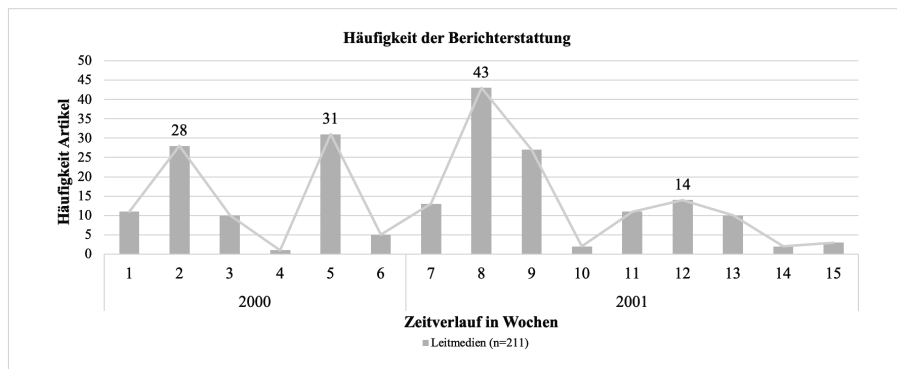


Abbildung 20:

Berichterstattungsintensität der Leitmedien über die BSE-Krise. Die erste Untersuchungswoche beginnt am 20. November 2000 und wurde davon ausgehend fortlaufend Woche für Woche bis zum Ende des Untersuchungszeitraums am 28. Februar 2001 (Woche 15) durchgezählt.

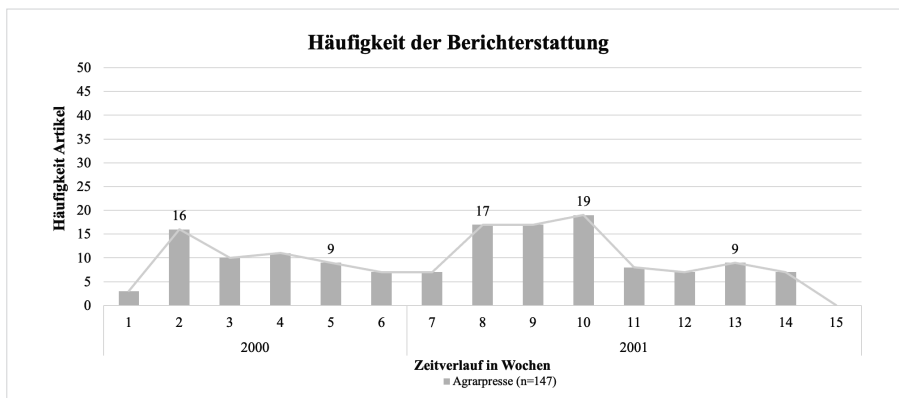


Abbildung 21:

Berichterstattungsintensität der Agrarpresse über die BSE-Krise. Die erste Untersuchungswoche beginnt am 20. November 2000 und wurde davon ausgehend fortlaufend Woche für Woche bis zum Ende des Untersuchungszeitraums am 28. Februar 2001 (Woche 15) durchgezählt.

schnittlich vier Artikeln je Wochenblatt. Dies ist vermutlich auf die politisch angestrebten Veränderungsprozesse der landwirtschaftlichen Praxis unter der Leitung der neuen Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, wie bspw. das magische Sechseck und die Aushandlungen über die Folgekosten der BSE-Krise zurückzuführen. Ab der elften Woche berichten auch die Leitmedien noch einmal intensiver (vgl. Abbildung 20), wenngleich sich das von Hagenhoff (2003, S. 92) und Linzmaier (2007, S. 202–203) beschriebene Ausfransen der Thematik bestätigt.

Wie bei der ESP-Krise standen insgesamt sieben Hauptthemen zur Verfügung, die je Artikel mindestens einmal und maximal zweimal codiert werden konnten. Erwartungskonform stehen die politischen Handlungsmaßnahmen auf nationaler und supranationaler Ebene in der FAZ, wie bspw. die Einführung von BSE-Schnelltests oder die Etikettierungspflicht von Rindfleischimporten, im Zentrum der Berichterstattung (32,4 Prozent, $n = 36$). Wenn sich Artikel in diesem Medium mit den politischen Handlungsmaßnahmen auseinandersetzen, spielt auch nur selten ein weiteres Hauptthema eine Rolle. Lediglich die Rücktritte der beiden Bundesminister (8,3 Prozent, $n = 3$), die Agrarwende (11,1 Prozent, $n = 4$) sowie die ökonomischen Folgen (11,1, $n = 4$) werden im Zusammenhang mit den politischen Handlungsmaßnahmen genannt. Die Themenfelder ökonomische Folgen für den Sektor (24,3 Prozent, $n = 27$), die Aufgabe der Ministerämter von Andrea Fischer und Karl-Heinz Funke (21,6 Prozent, $n = 24$) sowie die Einführung eines Tiermehlverbots und die damit verbundenen Folgen (21,6 Prozent, $n = 24$) sind zu fast gleichen Teilen Grundlage für die Beiträge in der FAZ (vgl. Abbildung 22). Für all diese Hauptthemen gilt, dass sie in keinem nennenswerten Umfang im Zusammenhang mit einem anderen Hauptthema genannt werden, sondern alleinstehend die jeweiligen Artikel dominieren. Gänzlich unbeachtet bleibt in der FAZ die wissenschaftliche Perspektive auf die BSE-Krise (5,4

Prozent, $n = 6$). Inhaltliche Aufbereitungen dessen, wie BSE bspw. mit der Krankheit vCJK im Zusammenhang steht oder welche Handlungsempfehlungen Wissenschaftler zur Eindämmung der Tierseuche geben, spielen eine untergeordnete Rolle.

Wird ein vergleichender Blick auf die SZ (vgl. Abbildung 22) geworfen, so zeigt sich, dass sie in ihrer Berichterstattung der Forscherperspektive auf die Thematik mehr Aufmerksamkeit schenkt (11 Prozent, $n = 11$). Dies trifft auch für das Themenfeld „gesundheitliche Risiken und Verbraucherschutz“ zu, dem sich ein Fünftel ($n = 20$) der publizierten Artikel der SZ hauptthematisch widmet. Da sich ein Leitmedium stark an der Perspektive des Verbrauchers orientiert, ist es wenig überraschend, dass jene Sachverhalte, wie und ob der Verzehr von Rindfleisch gesundheitliche Risiken birgt, zu den dominierenden Themenkreisen der Berichterstattung zählen. In der Gesamtschau betrachtet befassen sich jedoch über ein Drittel der Artikel mit den politischen Handlungsmaßnahmen (5 Prozent, $n = 35$), die zumeist alleiniges Hauptthema sind und nur dann öfter im Zusammenhang mit den Rücktritten der beiden Bundesminister (20 Prozent, $n = 7$) auftreten. Die Rücktritte selbst bilden in rund einem Fünftel aller Artikel den dominierenden Themenkreis (21 Prozent, $n = 21$). Ähnlich wie die FAZ betont auch die SZ in ihrer Berichterstattung die Tiermehl-Problematik in einem umfangreichen Maße (23 Prozent, $n = 23$), wobei auch hier selten ein zweites Hauptthema im Fokus steht und aufgrund der geringen Fallzahlen eine schwache Aussagekraft hat (vgl. Abbildung 22). So wird Tiermehl als Hauptthema neben den ökonomischen Folgen (17,4 Prozent, $n = 4$) lediglich im Zusammenhang mit den gesundheitlichen Risiken und politischen Handlungsmaßnahmen (je 13 Prozent, $n = 3$) sowie der Wissenschaft und Forschung als Hauptthema (8,7 Prozent, $n = 2$) behandelt. Deutlich seltener wird über die Agrarwende (8 Prozent, $n = 8$) berichtet. Vielmehr noch: Ihr kann vorsichtig formuliert eine Vernachlässigung seitens der SZ bescheinigt werden. In der nachstehenden Abbildung 22 kann die Verteilung der Hauptthemen in der BSE-Krise je Medium nachvollzogen werden.]

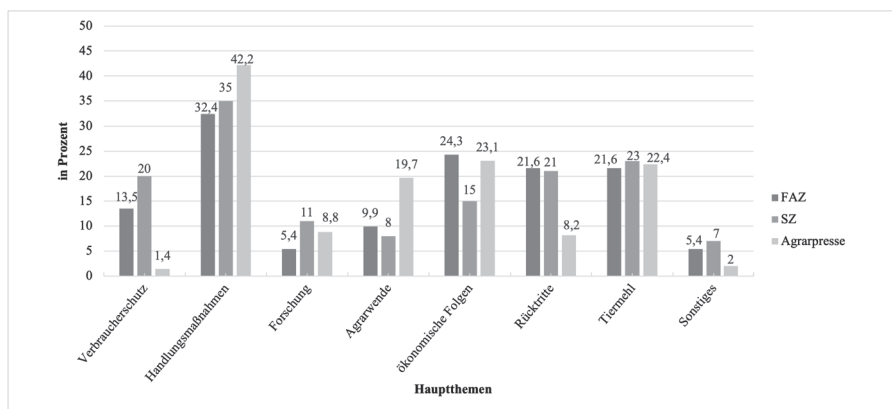


Abbildung 22:

Verteilung der Hauptthemen je Medium über die BSE-Krise.

Wird im Vergleich dazu die thematische Schwerpunktsetzung der Agrarpresse betrachtet, so sticht hier die deutlich höhere Aufmerksamkeit für das Thema „Agrarwende“ (19,7 Prozent, n = 29) ins Auge. Ausführlicher berichten die Wochenblätter über die Tiermehlproblematik (22,4 Prozent, n = 33), die dabei häufig im Zusammenhang mit den politischen Handlungsmaßnahmen als zweites Hauptthema (33,3 Prozent, n = 11) behandelt wird. Wie bei den beiden untersuchten Leitmedien erfolgt jedoch die Hauptthematisierung in der Agrarpresse in Bezug auf die politischen Handlungsmaßnahmen (42,2 Prozent, n = 62) – was wenig überraschend ist angesichts der zügig verabschiedeten Eilverordnungen und verhängten Ausfuhrsperrern von Rind- und Rindfleisch mit schweren Folgen für die Landwirte. Folglich wird in Artikeln der Agrarpresse auch die Tiermehl-Problematik als zweites Hauptthema neben den Handlungsmaßnahmen angesprochen (17,7 Prozent, n = 11). Dass dementsprechend auch die ökonomischen Folgen als Hauptthema in den Blickpunkt rücken, (23,1 Prozent, n = 34) ist eine logische Konsequenz. Ähnlich wie in den beiden Leitmedien sind wissenschaftliche Einordnungen und Erkenntnisse für den Schwerpunkt der Berichterstattung weniger bedeutend (8,8 Prozent, n = 13).

10.2.2.2 Framing-Aktivitäten der Medien

Die BSE-Krise nimmt im Leistungssystem Landwirtschaft eine zentrale Rolle ein. Als Wendepunkt und zentrales Schlüsselereignis wurde daher angenommen, dass diese Krise die Etablierung eines neuen Frames fördert. Zur Überprüfung der Annahme IV soll zunächst wieder ein Blick auf die Verteilung der vier Hauptframes geworfen werden. Wie die Abbildung 23 verdeutlicht, tritt der Täterframe innerhalb der BSE-Krise selten auf und die Berichterstattung der Agrarpresse ist im gesamten Untersuchungszeitraum zu keinem Zeitpunkt in diesen eingebettet. Die Deutung der Krise unter dem Aspekt, dass das fahrlässige Handeln der landwirtschaftlichen Akteure als Krisenkatalysator fungiert und mehr gesetzlich verankerte Regelungen auf Ebene der institutionellen Ordnungen notwendig sind, rückt stark in den Hintergrund. Dafür liegt in der Agrarpresse der Fokus auf dem Opferframe (n = 109), gefolgt vom Globalframe (n = 74) und mit sichtbarem Abstand zuletzt der Strukturframe (n = 42). Für die Leitmedien zeichnet sich ein ähnliches Bild ab, wobei sich hier der Global- und der Strukturframe ausgleichen und die Opfer-Perspektive (n = 67) seltener als Frame auftritt (vgl. Abbildung 23).

Ein gesamtheitlicher Blick auf die Tabelle 20 veranschaulicht, dass in der Berichterstattung über die BSE-Krise die Frame-Kombination aus dem Opfer- und Globalframe am häufigsten auftritt (26,8 Prozent, n = 94). Mit weitem Abstand folgt die alleinige Setzung des Strukturframes (14,2 Prozent, n = 50) und die Frame-Kombination aus dem Opfer- und Strukturframe (13,7 Prozent, n = 48). Ein überraschendes Ergebnis zeigt sich dahingehend, dass der ausschließlich in den Leitmedien identifizierte Täterframe in keinem Fall allein auftritt, sondern ausschließlich als Frame-Kombination mit dem Global- bzw. Strukturframe (vgl. Tabelle 20). Die Leitmedien betonen, wenn auch in einem überschaubaren Umfang, zumindest Aspekte des Täterframes und stellen sie in einen Zusammenhang mit den Entwicklungen auf dem Agrarmarkt und den vorherrschenden globalen Marktinteressen. Dass also auch die Landwirte selbst durch ihr Mittragen der gebilligten Praktiken innerhalb des Leistungssystems zur BSE-Krise beigetragen haben, wird ausschließlich in den Leitmedien in einem überschaubaren Maße hervorgehoben.

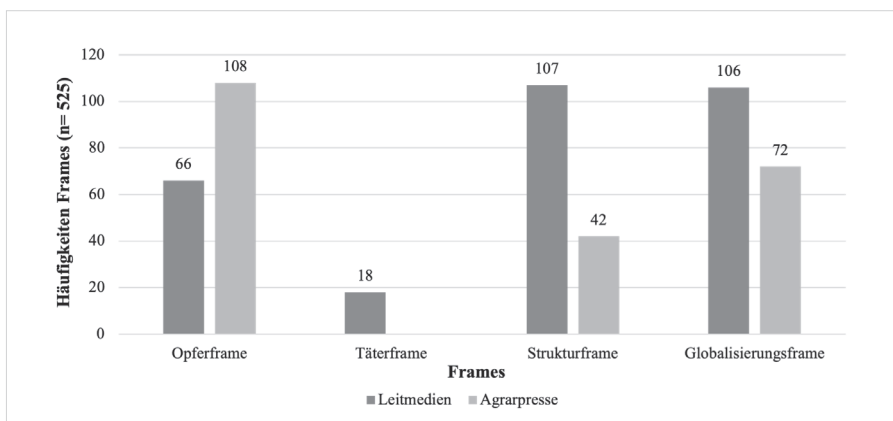


Abbildung 23:

Verteilung der vier Hauptframes innerhalb der BSE-Krise. (n = 525, Angabe in abs. Häufigkeiten).

Darüber hinaus lassen sich sogar höchst signifikante Unterschiede dahingehend feststellen, dass die Leitmedien (18,3 Prozent, n = 38) den Strukturframe signifikant häufiger verwenden als die Agrarpresse (8,4 Prozent, n = 12). Im prozentualen Vergleich innerhalb der Leitmedien dominiert dieser Frame (vgl. Tabelle 20). An zweiter Stelle folgt der Globalisierungsframe. Diesen setzen die Leitmedien (12 Prozent, n = 25) ebenfalls signifikant häufiger als die Agrarpresse (3,5 Prozent, n = 5).

Frames	Leitmedien	Agrarpresse	Gesamt
Opferframe	5,8 _a (12)	14,0 _b *** (20)	8,5 (32)
Täterframe	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Strukturframe	18,3 _a *** (38)	8,4 _b (12)	14,2 (50)
Globalisierungsframe	12,0 _a *** (25)	3,5 _b (5)	8,5 (30)
Frame Opfer & Global	14,9 _a (31)	44,1 _b *** (63)	26,8 (94)
Frame Opfer & Struktur	11,1 _a (23)	17,5 _a (25)	13,7 (48)
Frame Täter & Global	4,8 _a (10)	0,0 (0)	2,8 (10)
Frame Täter & Struktur	2,9 _a (6)	0,0 (0)	1,7 (6)
Frame Struktur & Global	19,2 _a *** (40)	2,8 _b (4)	12,5 (44)
kein Frame	11,1 _a (23)	9,8 _a (14)	10,5 (37)
Gesamt	100,0 (208)	100,0 (143)	100,0 (351)

Tabelle 20:

Medienframes in den untersuchten Printmedien innerhalb der BSE-Krise (n = 351, in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Anmerkung: Tiefgestellte Buchstaben kennzeichnen Paare, die signifikant unterschiedlich sind (Bonferroni-Korrektur). $\chi^2 = 78.116$; $df = 8$; Cramér's $V = .472$; * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

Während in den überregionalen Medien der Struktur- und der Globalframe vorwiegend allein auftreten, findet sich in der Agrarpresse signifikant häufiger die Frame-Kombination aus dem Opfer- und Globalframe (44,1 Prozent, $n = 63$). Darüber hinaus ist erkennbar, dass die Agrarpresse einen Schwerpunkt auf den Opferframe legt (14 Prozent, $n = 20$) und sich hier ebenfalls ein höchst signifikanter Unterschied zeigt (vgl. Tabelle 20). Daneben bettet die Agrarpresse die BSE-Krise in die Frame-Kombination aus Opfer- und Strukturframe ein (17,5 Prozent, $n = 25$)⁵⁹. Eine Deutung unter dem Aspekt, nicht Schuldiger, sondern vor allem Leidtragender der Krise zu sein, im Zusammenhang mit den im ganzheitlichen Leistungssystem gebilligten Strukturen und Förderungen einer industriellen Landwirtschaft steht in der Gesamtschau der Agrarpresse betrachtet an zweiter Stelle. Damit lässt sich festhalten: Das Framing der landwirtschaftlichen Fachmedien steht klar unter dem Deutungsschwerpunkt der Opferrolle – mehr noch: Die drei stärksten Frames bzw. Frame-Kombinationen stehen im Zusammenhang mit diesem. Aspekte mit dem alleinigen Fokus auf die Globalisierung und Handlungsempfehlungen mit einem Bezug zu einem stärkeren Bewusstsein für das Wohl der Tiere sowie eine Ausrichtung hin zu einer ökologischen Landwirtschaft bleiben hingegen Randerscheinungen.

Im Zeitverlauf betrachtet können frameübergreifend vor allem zwei Zeitpunkte innerhalb der BSE-Krise identifiziert werden, die Hochphasen der Framing-Aktivitäten kennzeichnen. Mit dem Bekanntwerden eines ersten BSE-Falls in Deutschland steigt nicht nur (wie bereits geschildert) die Berichterstattungsintensität in beiden Medien an; diese betten ihre Berichte auch in Deutungsmuster ein, wobei sie unterschiedliche Schwerpunkte setzen. So präferieren die Leitmedien z. B. den Globalframe ($n = 22$) (vgl. Abbildung 24, C.). Darüber hinaus ist trotz der Dominanz dieses Frames innerhalb der Leitmedien jedoch auch eine weitere Differenzierung der Frames erkennbar. So gewinnt der Strukturframe sichtbar an Bedeutung ($n = 18$) und findet sich über den gesamten Zeitraum betrachtet signifikant häufiger in den Leitmedien als in der Agrarpresse (vgl. Abbildung 24, B) – hier tritt er deutlich in den Hintergrund. Stattdessen führt zu Beginn vor allem der Opferframe ($n = 11$) bzw. die Frame-Kombination aus Opfer- und Globalframe ($n = 7$) in diesem Medium (vgl. Abbildung 24., D.). In der Folgeberichterstattung im Dezember 2001 lassen sich für beide untersuchten Printmedien hohe Framing-Aktivitäten konstatieren, wobei dieses Ergebnis ebenfalls unter Berücksichtigung der gemessenen absoluten Häufigkeiten zu betrachten ist. Die Agrarpresse legt den Schwerpunkt auf die Opferrolle bzw. die Frame-Kombination Opfer- und Globalframe und verwendet sie signifikant zweimal häufiger als die Leitmedien (Abbildung 24, D). Nur in einem überschaubaren Maße nehmen sie in ihrer Berichterstattung die Perspektive des Strukturframes ein, der die Probleme des ganzheitlichen Leistungssystems betont.

Der zweite Höhepunkt in Bezug auf das Framing findet mit den Rücktritten der beiden Bundesminister in der zweiten Januarwoche 2001 statt. Deutlich führen hier der Strukturframe ($n = 26$) bzw. der Globalframe ($n = 20$) in den Leitmedien (vgl. Abbildung 24. B, C). Die angestrebten Veränderungen im Leistungssystem deuten sie so nicht nur angesichts einer weniger stark technisierten landwirtschaftlichen Praxis

59 Die Entwicklung der Frame-Kombination Opfer-Struktur-Frame ist in Abbildung 51 im Anhang Seite XVI.

und in der Verantwortung aller beteiligten Akteure, also auch dem Verbraucher, sondern fordern zugleich die politisch Verantwortlichen auf, die heimische Produktion zu fördern. Die Agrarpresse hingegen scheint den anstehenden Umstrukturierungen als Folge der BSE-Krise mit Skepsis gegenüberzustehen. Sie betonen weiterhin vorrangig den Opferframe bzw. in Kombination mit dem Globalisierungsframe und bleiben damit bei einer eindimensionalen Sichtweise (vgl. Abb. 24, A, D). In den Folgewochen bleiben die Framing-Aktivitäten auf einem hohen Niveau. Die Vorschläge der neuen Bundesministerin Renate Künast zur Umgestaltung des Leistungssystems, die Anfang Februar vorgestellt werden, stehen in der Agrarpresse erstmalig unter dem Strukturframe (n = 9), werden aber weiterhin stark im Lichte des Opferframes betrachtet (n = 13). Mit dem Abschwächen der BSE-Krise zeichnen sich auch hier – ähnlich wie bei der Schweinepest – weniger Framing-Aktivitäten ab und klingen langsam aus.

Resümierend kann festgehalten werden, dass die Agrarpresse, angelehnt an die zentralen Schlüsselereignisse der Krise, primär die Opferrolle der Landwirte und damit vorrangig die Handlungsverantwortung bei den politischen Akteuren sieht und einem „Systemwechsel“ eher skeptisch gegenüberzustehen scheint. Die Leitmedien hingegen betonen die Verantwortung aller beteiligten Akteure aus dem Leistungssystem und heben die Bedeutung einer tierwohlorientierten, heimischen Landwirtschaft hervor.

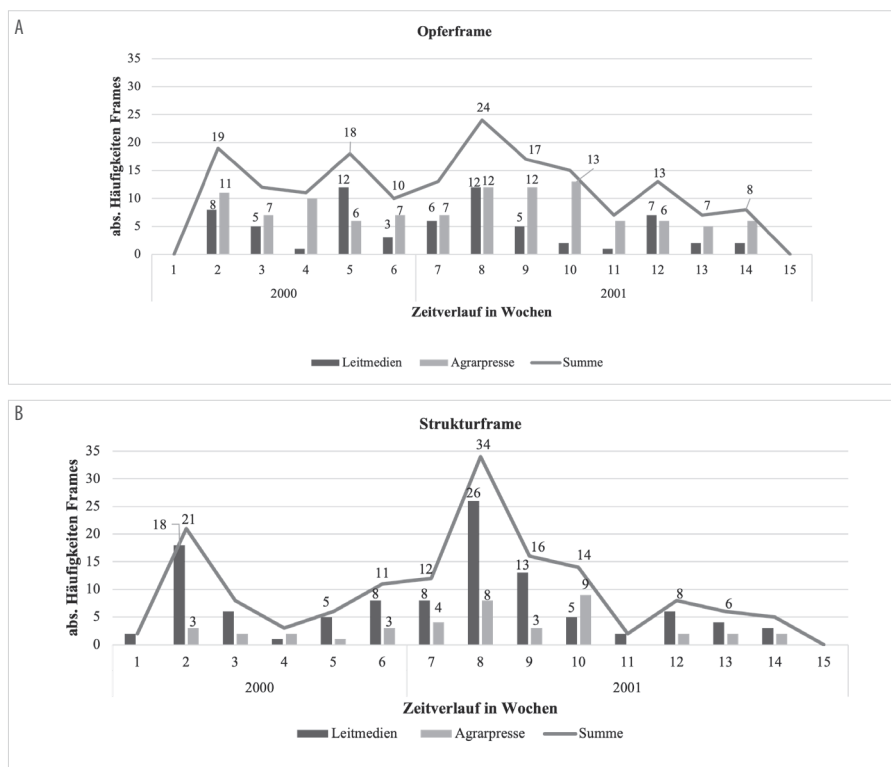


Abbildung 24 - Teil 1 (Fortsetzung siehe Folgeseite)

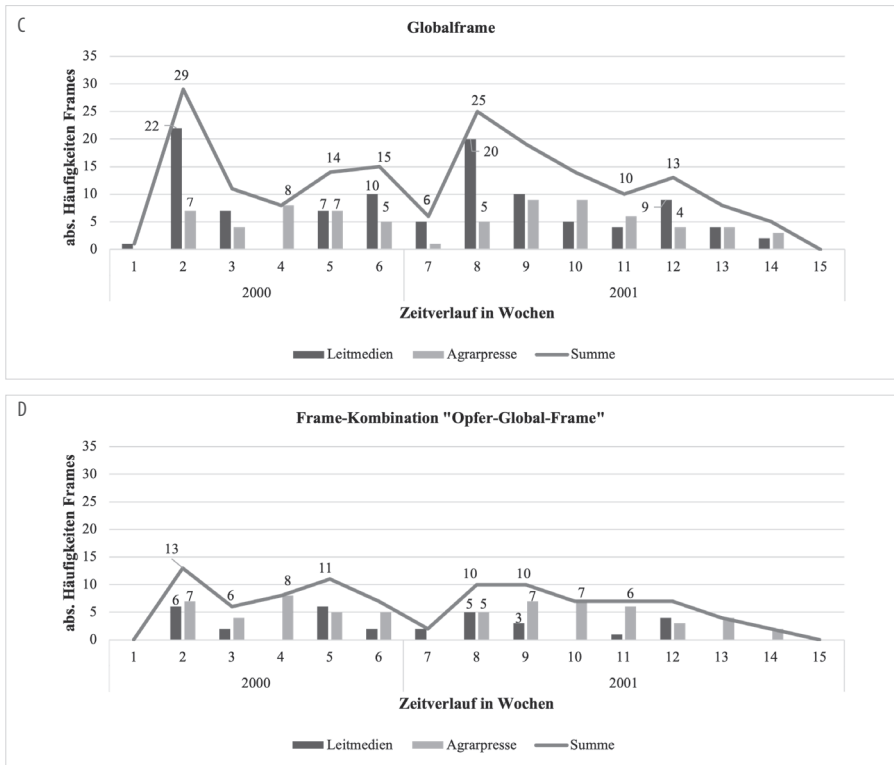


Abbildung 24 (Fortsetzung):

Aufgetretene Frames in der BSE-Krise. Angaben je Medium und pro Woche. A: Opferframe (n = 174). Signifikante Unterschiede konnten nicht berechnet werden. B: Strukturframe (n = 148). $t(0.95, 16) = 2.205, p < 0.042, d = 0.837$ (es wurde der Welch-Test durchgeführt aufgrund der Varianzheterogenität). C: Globalframe (n = 178). $t(0.95, 15) = -1.047, p < 0.31$. (es wurde der Welch-Test durchgeführt aufgrund der Varianzheterogenität). D: Frame-Kombination Opfer-Global-Frame (n = 94). $t(0.95, 24) = 3.313, p < 0.003, d = 1.276$.

10.2.3 Dioxin-Krise

Das öffentliche Interesse war groß, als durch die Medien bekannt wurde, dass sich erhöhte Dioxinwerte in Eiern befanden. Zwar war dies nicht der erste Fall in Deutschland, bei dem Rückstände und erhöhte Dioxinwerte festgestellt wurden (vgl. Kap. 8.2.3), doch der Fall im Januar 2011 war mit Abstand der populärste – und dennoch: Im Vergleich zu den anderen untersuchten Krisen fällt diese durch eine übersichtliche Berichterstattung auf: Gerade einmal 89 Artikel in den Leitmedien und 69 Berichte in der Agrarpresse spiegeln diese dritte ausgewählte Krise im Leistungssystem wider. Folglich müssen die nachfolgenden Ergebnisse mit gebotener Vorsicht betrachtet werden.

10.2.3.1 Zeitverlauf und inhaltliche Schwerpunkte

Kurz vor Weihnachten 2010 stellte ein Mischfutterhersteller erhöhte Dioxinwerte in Legehennenfutter fest und meldete dies unverzüglich dem zuständigen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Niedersachsen. Landwirtschaftlichen Betrieben, die dieses Futter erhalten haben, wird ein Verkaufsstopp für die Eier verhängt. Die Vermutung, dass bereits zu diesem Zeitpunkt erste Berichte zumindest in der Agrarpresse veröffentlicht wurden, bestätigt sich nicht. Weder in den Leitmedien noch in der Agrarpresse konnten in den ersten zwei Wochen des Untersuchungszeitraums Artikel identifiziert werden. Möglicherweise wurden in diesem Zeitraum Meldungen veröffentlicht, die auf die festgestellten erhöhten Dioxinwerte hinweisen, jedoch zu wenig Potenzial für einen ausführlichen Bericht boten und entsprechend keinen Eingang in die vorliegende Analyse fanden. Die Berichterstattungsintensität nimmt in der dritten Untersuchungswoche ab dem 3. Januar 2011 zu (vgl. Abbildung 25). Die Leitmedien berichten mit 28 Artikeln. Ursächlich ist wahrscheinlich die Keulung von 8.000 Legehennen auf einem Betrieb im Kreis Soest, der das dioxinbelastete Futtermittel erhalten hat. Die belasteten Eier hingegen sind zu dem Zeitpunkt bereits im Handel. Es überrascht daher nicht, dass die Leitmedien die hohe Verbraucherunsicherheit, selbst belastete Eier verzehrt zu haben, aufgreifen und unter Titeln wie „Nicht das Gelbe vom Ei“ (Blawat, Wiegand, Pollmer & Ahlemeier, 2011, S. 8) oder „Gift der Gifte“ (FAZ, 2011, S. 1) ausführlich über betroffene Lebensmittel und das Ausmaß der Krise berichten.

Die Agrarpresse berichtet zu Beginn in den Wochenblättern mit insgesamt fünf Artikeln. Neben der wöchentlichen Erscheinungsweise, die im Vergleich zur tagesaktuellen Presse schon eine intensivere Berichterstattung zu Beginn ausschließt, ist auch die regionale Konzentration der betroffenen Betriebe auf den Raum Niedersachsen und NRW, die mit dem Futtermittel beliefert wurden, als Ursache für eine

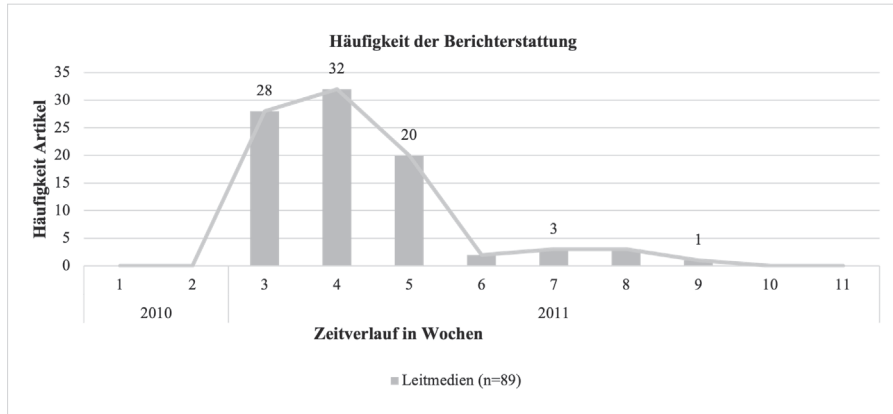


Abbildung 25:

Die Berichterstattungsintensität der Leitmedien über die Dioxin-Krise. Die Untersuchungswoche beginnt am 20. Dezember 2010 und wurde davon ausgehend fortlaufend Woche für Woche bis zum Ende des Untersuchungszeitraums am 28. Februar 2011 (Untersuchungswoche 11) durchgezählt.

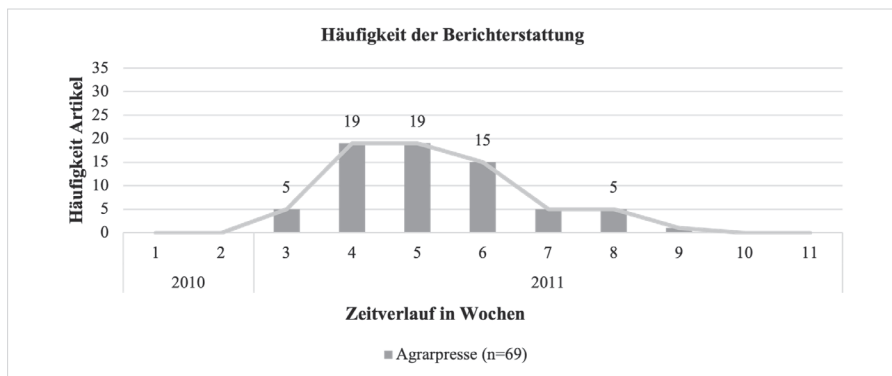


Abbildung 26:

Die Berichterstattungsintensität der Agrarpresse über die Dioxin-Krise. Die Untersuchungswoche beginnt am 20. Dezember 2010 und wurde davon ausgehend fortlaufend Woche für Woche bis zum Ende des Untersuchungszeitraums am 28. Februar 2011 (Untersuchungswoche 11) durchgezählt.

eher geringere Aufmerksamkeit zu vermuten. Zugleich kann angenommen werden, dass die Redaktionen der Thematik noch nicht die nötige Aufmerksamkeit zugeschrieben haben, da bereits in der Vergangenheit immer mal wieder (bspw. 2003, vgl. Kap. 8.2.3) Dioxin-Rückstände in Tierfutter oder anderen Lebensmitteln festgestellt wurden, diese aber keine weitere Berücksichtigung fanden. In der darauffolgenden Woche vier (vgl. Abbildung 26) widmen sich sowohl die Leitmedien als auch die Agrarpresse ausführlich den Ereignissen, wobei auch dies vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erscheinungsrhythmen zu betrachten ist. Bis dato war davon ausgegangen worden, dass ausschließlich Tierfutter für Geflügel betroffen ist, jedoch wurden in dieser Woche ebenfalls Dioxinrückstände in Schweinefleisch festgestellt. Das belastete Fleisch war bereits in den Handel gelangt (SZ, 2011, S. 1). Daher ist zu vermuten, dass die Ausweitung der betroffenen Lebensmittel die Intensität der Berichterstattung weiter verstärken. Hinzu kommen auf politischer Ebene die Diskussionen über Konsequenzen aus der Krise wie bspw. schärfere Kontrollen von Futtermittelproduzenten. Dass auch die Agrarpresse (n = 19) in dieser Woche intensiv berichtet, überrascht nicht, denn nicht nur die Betriebssperrungen haben wirtschaftliche Folgen für die Landwirte, sondern auch das Verbraucherverhalten, weniger Schweine- und Geflügelfleisch zu kaufen, hemmt den Markt (vgl. Abbildung 26). Mitte Januar, in der fünften Untersuchungswoche, ist ein erster Rückgang der Berichterstattung zu verzeichnen, sie bleibt aber dennoch auf einem hohen Niveau. Weitere Betriebssperrungen in Niedersachsen, politische Uneinigkeiten über das weitere Vorgehen zwischen der zu der Zeit amtierenden Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner und dem niedersächsischen Regierungschef McAllister sowie Aigners Vorstellung eines Zehn-Punkte-Aktionsplan fallen in diesen Zeitraum. In der darauffolgenden Woche nimmt die Berichterstattungsintensität in den Leitmedien deutlich ab (vgl. Abbildung 25), während sie in der Agrarpresse noch andauert (n = 15). Der Plan Aigners wurde erst am Freitag, den 14. Januar 2011 vorgestellt – Redaktionschluss. Die erneut starke Berichterstattungsintensität in der sechsten Untersuchungs-

woche ist demnach auf den wöchentlichen Erscheinungsrhythmus der Fachmagazine zurückzuführen. In den Leitmedien dünnt die Berichterstattung immer weiter aus; in der Agrarpresse ist sie noch länger präsent. Fragen danach, wer für den entstandenen wirtschaftlichen Schaden aufkommt, könnten eine Erklärung hierfür sein. Ab Mitte Februar 2011 verschwindet die Krise in beiden Printmedien von der Agenda.

Für die inhaltliche Schwerpunktsetzung der beiden Leitmedien lassen sich ähnliche Tendenzen ablesen: Eindeutig stehen sowohl in der FAZ (33,3 Prozent, $n = 15$) als auch in der SZ (40,9 Prozent, $n = 18$) die politischen Maßnahmen, wie der Zehn-Punkte-Aktionsplan und angestrebte Verschärfungen bei QS-Kontrollen, im Fokus. Auch die eng mit den getroffenen Maßnahmen verbundenen ökonomischen Folgen für die Landwirte werden in rund einem Drittel aller Artikel thematisiert (SZ, 31,8 Prozent, $n = 14$; FAZ, 33,3 Prozent, $n = 15$, vgl. Abbildung 27). Artikel, die beide Hauptthemen behandeln, liegen sowohl in der SZ ($n = 3$) als auch in der FAZ ($n = 2$) selten vor. Es überrascht hingegen, dass direkte verbraucherne Themen, wie mögliche Gesundheitsrisiken durch den Verzehr von belasteten Eiern und das Vertrauen der Konsumenten in die Produkte, in beiden Leitmedien eher randständig behandelt werden (SZ, 20,5 Prozent, $n = 9$; FAZ, 11,1 Prozent, $n = 5$). Erstmalig – im Vergleich zu den anderen beiden vorgestellten Krisen im Leistungssystem – wird jedoch der wissenschaftlichen Einordnung der Thematik eine deutlich größere Aufmerksamkeit zuteil. So befasst sich in der FAZ ein Drittel der Artikel mit diesem Thema (31,1 Prozent, $n = 14$). In der SZ und FAZ treten sie je dreimal im Zusammenhang mit den Risiken für die Verbraucher auf, was die Interpretation zulässt, dass Aufklärungsartikel über „was ist Dioxin“ und „wie gefährlich ist der Verzehr“ dem Leser als Verbraucher die möglichen Risiken zu erklären versuchen.

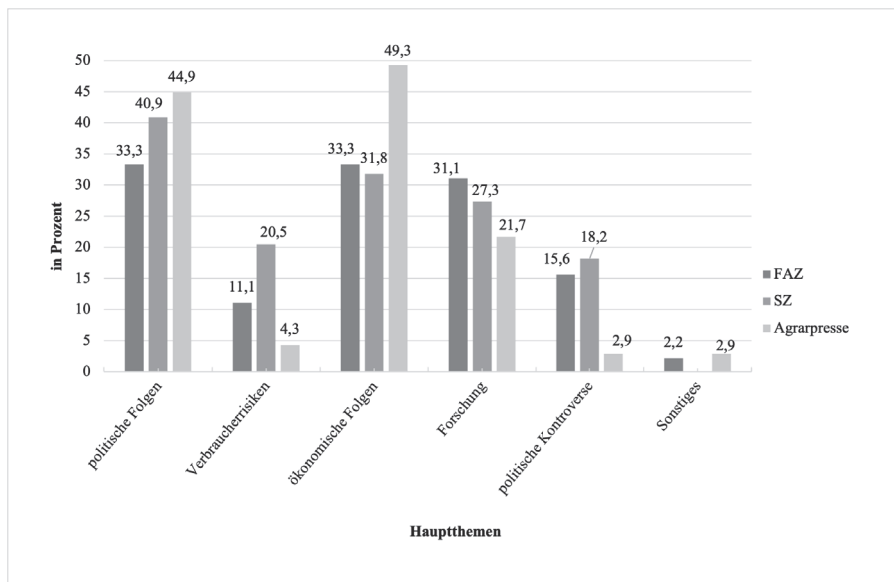


Abbildung 27:
Verteilung der Hauptthemen je Medium über die Dioxin-Krise.

Die Auseinandersetzung um politische Zuständigkeiten zwischen Ilse Aigner und Niedersachsens Ministerpräsident McAllister finden zwar sowohl in der SZ (18,2 Prozent, n = 8) als auch in der FAZ (15,6 Prozent, n = 7) Berücksichtigung, stehen aber im Vergleich eher im Hintergrund und können als Momentaufnahme gewertet werden. In der Agrarpresse spielt diese Thematik keine bedeutende Rolle (2,9 Prozent, n = 2). Stattdessen werden hier häufiger die Themenfelder rund um die politischen Maßnahmen (44,9 Prozent, n = 31) bedient (vgl. Abbildung 27). Das verwundert nicht, denn die strengerer Auflagen für die Futtermittelhersteller, die im Zehn-Punkte-Aktionsplan u. a. berücksichtigt werden, sind auch für die Landwirte von Interesse – schützen diese sie doch vor möglichen erneuten verunreinigten Futtermitteln. Zugleich bestätigt diese starke Betonung den „funktionalen Leistungsauftrag“ (Jarren, Oehmer & Dioh, 2020, S. 47) der Fachzeitschriften, die durch ihren Wissens- und Informationsaustausch aktiv an der politischen Kommunikation teilnehmen. Die ökonomischen Folgen dieser Verunreinigungen spielen folglich in fast der Hälfte aller Artikel (49,3 Prozent, n = 34) die thematische Hauptrolle. Artikel, die beide Themen zusammen behandeln, kommen im Vergleich selten vor (n = 9). Wenn sich die Journalisten der Fachmagazine also mit den ökonomischen Folgen und politischen Prozessen befassen, legen sie einen eindeutigen Fokus auf den jeweiligen Themenschwerpunkt und streifen diese nicht nur. Verbraucherorientierte Themen haben hingegen für die Agrarpresse keine Relevanz (4,3 Prozent, n = 3). In der Dioxin-Krise ist für die Landwirte die Frage danach, wer für den ökonomischen Schaden aufkommt, relevanter als die nach möglichen gesundheitlichen Risiken für den Verbraucher. Ähnlich wie die Leitmedien legt auch die Agrarpresse erstmals einen größeren Schwerpunkt auf den Themenbereich „Wissenschaft und Forschung“ (21,7 Prozent, n = 15), was vermutlich ebenfalls der Aufklärung ihrer Leser über Dioxine und deren Entstehung im Herstellungsprozess dient. Insgesamt kann für beide untersuchten Mediengattungen eine hohe mediale Aufmerksamkeit konstatiert werden, die sich auf einige wenige zentrale Wochen konzentriert, jedoch in der Themenvielfalt breit gestreut über die Dioxin-Krise berichten. Inhaltliche Schwerpunkte bilden dabei die politischen Handlungsmaßnahmen, die ökonomischen Folgen sowie die Einordnung und Aufklärung im wissenschaftlichen Kontext.

10.2.3.2 Framing-Aktivitäten der Medien

Nach der Betrachtung der Berichterstattungsintensität und Themenvielfalt innerhalb der Dioxin-Krise sollen im weiteren Verlauf die Framing-Aktivitäten in den Mittelpunkt rücken. Wie bereits in der BSE-Krise setzt die Agrarpresse zu keinem Zeitpunkt den Täterframe – im Gegensatz zu den Leitmedien. Vielmehr liegt hier der Fokus auf dem Opferframe (58), gefolgt vom Strukturframe (n = 17) und mit deutlichem Abstand der Globalisierungsframe (n = 26). Im Vergleich dazu spielt in den Leitmedien ebenfalls der erste Hauptframe, der Opferframe (n = 49) die zentrale Rolle, jedoch findet der Strukturframe (n = 41) im Vergleich dazu ebenfalls Beachtung (vgl. Abbildung 28). Einbettungen in den Globalisierungsframe finden sich genauso häufig in der Qualitätspresse (n = 33). Von Interesse ist nun, zu schauen, ob in den untersuchten Artikeln die alleinige Betonung auf den Hauptframes dominiert oder Frame-Kombinationen den Schwerpunkt der Frame-Akzentuierung abbilden.

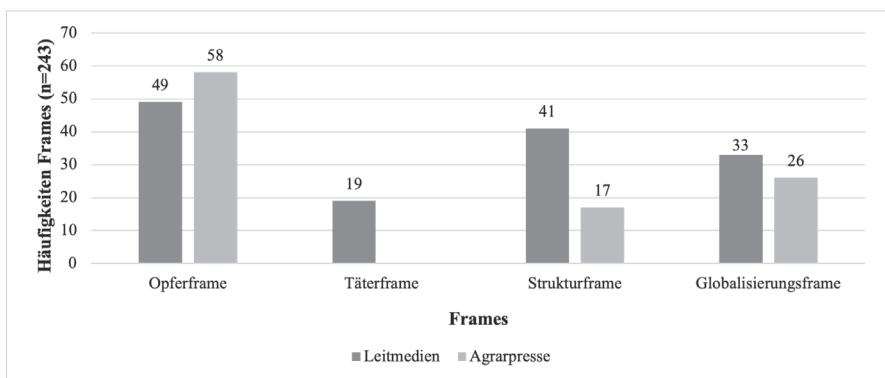


Abbildung 28:

Verteilung der vier Hauptframes innerhalb der Dioxin-Krise. (n = 243, Angabe in abs. Häufigkeiten).

Die Rangliste der Frames führt bei dieser spezifischen Betrachtung die Frame-Kombination aus Opfer- und Globalframe (26 Prozent, n = 39) an, dicht gefolgt von den kombinierten Frames Opfer und Struktur (24 Prozent, n = 36). An dritter Stelle folgt die Setzung des alleinigen Opferframes (20,7 Prozent, n = 31) (vgl. Tabelle 21). Auch in dieser Krise zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den Leitmedien und der Agrarpresse. So verwendet die Agrarpresse die Frame-Kombination aus Opfer- und Globalframe (36,8 Prozent, n = 25) signifikant häufiger als die Leitmedien. Innerhalb der Agrarpresse entfallen sogar über ein Drittel der Framing-Aktivitäten auf diese Kombination.

Frames	Leitmedien	Agrarpresse	Gesamt
Opferframe	15,9 _a (13)	26,5 _a (18)	20,7 (31)
Täterframe	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Strukturframe	9,8 _a (8)	2,9 _a (2)	6,7 (10)
Globalisierungsframe	8,5 _a (7)	1,5 _a (1)	5,3 (8)
Frame Opfer & Global	17,1 _a (14)	36,8 _b *** (25)	26,0 (39)
Frame Opfer & Struktur	24,4 _a (20)	23,5 _a (16)	24,0 (36)
Frame Täter & Global	9,8 _a (8)	0,0 (0)	5,3 (8)
Frame Täter & Struktur	9,8 _a (8)	0,0 (0)	5,3 (8)
kein Frame	4,9 _a (4)	8,8 _a (6)	6,7 (10)
Gesamt	100,0 (82)	100,0 (68)	100,0 (150)

Tabelle 21:

Medienframes in den untersuchten Printmedien innerhalb der Dioxin-Krise (n = 150, in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Anmerkung: Tiefgestellte Buchstaben kennzeichnen Paare, die signifikant unterschiedlich sind (Bonferroni-Korrektur). Exakter-Fisher-Test = 28.511; Cramér's V = .430; *p < 0, 05, **p < 0,01, ***p < 0,001.

Weitere signifikante Zusammenhänge können nicht ausgewiesen werden, sodass sich für die übrigen Frame-Häufigkeiten lediglich Tendenzen nachzeichnen lassen. Innerhalb der Agrarpresse taucht so der Opferframe allein (26,5 Prozent, $n = 18$) am zweithäufigsten auf, dicht gefolgt von der Frame-Kombination aus Opfer und Struktur (23,5 Prozent, $n = 16$). Weitere problematisierende Frames, die bspw. die veralteten Strukturen des Leistungssystems und die hohe Spezialisierung der Bewirtschaftung hinterfragen und zugleich die Rolle des Landwirts in diesem System kritisieren, fallen in ihrem alleinigen Auftreten innerhalb der Agrarpresse kaum ins Gewicht. Auch Frame-Kombinationen aus Täter- und Struktur-Frame oder Täter- und Globalframe finden keinerlei Berücksichtigung (vgl. Tabelle 21). Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse scheint es, als würde die Agrarpresse wieder einmal auf die fast ausschließliche Einbettung der Berichterstattung in die Opferrolle der Landwirte zurückgreifen – mangelt es also an einer ausgewogenen, mehrdimensional verlaufenden medialen Debatte innerhalb dieser Fachmedien? Auf Basis der Ergebnisse innerhalb dieser Krise ließe sich die Frage klar mit Ja beantworten. Dennoch gilt es in diesem Zusammenhang, auch die Ereignishintergründe zu beachten, wonach die Landwirte keinen Einfluss auf die Futtermittelproduktion und die entsprechenden Dioxin-Rückstände haben.

Wird jedoch ein vergleichender Blick auf die Framing-Aktivitäten der Leitmedien geworfen, wird ersichtlich, dass diese eine Mitverantwortung der Landwirte in der Dioxin-Krise betonen. Dabei wird deutlich, dass der Täterframe nicht allein, sondern ausschließlich in Frame-Kombinationen präsent ist. So findet sich zu je gleichen Teilen die Frame-Kombination aus Täter- und Globalframe bzw. Täter- und Struktur-Frame (9,8 Prozent, $n = 8$). Vor dem Hintergrund der geringen Fallzahlen und damit mit gebotener Vorsicht betrachtet, lässt sich Folgendes ableiten: Das Hauptaugenmerk wird zum einen auf politische Verantwortliche auf supra- und nationaler Ebene gelegt, die durch Handlungsmaßnahmen in Form von schärferen Kontrollen die Krise mildern und durch Handlungsalternativen, wie die Förderung der heimischen Nahrungsmittelherstellung, zugleich der wachsenden Ausrichtung am globalen Agrarmarkt entgegenwirken sollen. Zum anderen wird durch die Präferenz dieser Frame-Kombinationen sichtbar, dass die Leitmedien die Dioxin-Krise eher negativ framen, indem sie die falsche Prioritätensetzung auf ein immer stärkeres Wachstum und das arbeitsteilige Leistungssystem betonen. Obschon im Vergleich zu den übrigen Framing-Aktivitäten auf diese Frame-Kombinationen innerhalb der Leitmedien weniger Gewicht gelegt wird, so lässt sich dies zumindest vorsichtig dahingehend interpretieren, dass die Leitmedien versuchen, eine ausgewogene Berichterstattung zu liefern, indem sie die Handlungen aller Akteure aus dem Leistungssystem Landwirtschaft in den Blick nehmen. Daneben liegt der Fokus der Leitmedien in der Gesamtschau betrachtet klar auf den Frame-Kombinationen aus Opfer- und Struktur-Frame (24,4 Prozent, $n = 20$), Opfer- und Globalframe (17,1 Prozent, $n = 14$) sowie der alleinigen Betonung des Opferframes (15,9 Prozent, $n = 13$, vgl. Tabelle 21). Auch wenn die geschilderten Ergebnisse vor dem Hintergrund gering vorliegender Signifikanzen und Fallzahlen eingeordnet werden müssen, so zeigen sie resümierend betrachtet auf: Der Opferframe ist medienunabhängig betrachtet mit klarem Abstand der favorisierte Frame innerhalb der Dioxin-Krise. Die Interpretation der

Krise unter diesen Aspekten in Kombination mit dem Fokus auf die Globalisierung und Strukturen des Leistungssystems lässt den Schluss zu, dass komplexe Strukturen und weiterhin bestehende Problemlagen im gesamten Leistungssystem die Krise prägen, in der vorrangig der Landwirt der Leidtragende ist.

Werden die Ergebnisse zur Framesetzung der untersuchten Medien in Bezug zur dynamischen Entwicklung betrachtet, zeigt sich, dass diese parallel zum Ereignisverlauf verläuft. Die bereits geschilderte fehlende Berichterstattung in den ersten zwei Untersuchungswochen erklärt die Fokussierung der Abbildungen 29 und 30 der Framing-Aktivitäten ab der dritten Woche. Mit der Keulung der Legehennen und dem Vermarktungsverbot für die betroffenen Landwirte zeigen sich zudem deutliche Framing-Aktivitäten der Leitmedien, die hier besonders ihre Berichterstattung in die Perspektive des Opferframes in Verbindung mit dem Global- bzw. Struktur-Frame setzen (vgl. Abbildung 30, D). Für die Leitmedien kann bereits zu Beginn der Krise eine Differenzierung der Deutungsmuster aufgezeigt werden. Medienübergreifend kann dafür in der darauffolgenden vierten Woche die Dominanz des Opferframes ($n = 31$) (vgl. Abbildung 30, A) festgehalten werden, jedoch setzen die beiden Medien diesen jeweils zu einem anderen Frame in Bezug: So weiten die Leitmedien zu diesem Zeitpunkt ihre Perspektive auf den Strukturframe aus (vgl. Abbildung 30, D), während die Agrarpresse zur Kombination mit dem Globalisierungsframe tendiert (vgl. Abbildung 30, B). Sie ordnen die Ereignisse der Krise in ihrer Berichterstattung somit eher vor dem Hintergrund der globalen Entwicklungen ein, wohingegen die Leitmedien wieder die Strukturen des heimischen Leistungssystems betonen bzw. hinterfragen. In der darauffolgenden Woche (5) zeigt sich das umgekehrte Bild: Während in der Agrarpresse der Strukturframe in Kombination mit dem Opferframe dazugewinnt ($n = 7$), betonen die Leitmedien umfassender die Perspektive des Globalframes ($=13$) (vgl. Abbildung 29). Zu diesem Zeitpunkt stellt die damalige Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner u. a. ihren Zehn-Punkte-Aktionsplan vor. Zusätzlich setzen die Leitmedien in den beiden beschriebenen Untersuchungswochen den Täterframe ($n = 7$ bzw. $n = 5$, vgl. Abb. 52, Anhang S. XVII). Neben der vorherrschenden Perspektive, in der der Landwirt unverschuldet Opfer der Krise geworden ist, versuchen die Leitmedien anscheinend, auch das Blickfeld auf dessen mögliche Täterrolle zu erweitern und so eine mehrdimensionale Berichterstattung abzubilden. Nach diesen zwei zentralen Wochen flachen parallel zum Ereignisgeschehen die Berichterstattung und damit das Framing in den Leitmedien wieder ab. Die Agrarpresse bettet zu diesem Zeitpunkt verstärkt die Krise in die Frame-Kombination aus Opfer- und Globalframe ein (vgl. Abbildung 30, B). Insgesamt wird deutlich, dass insbesondere mit dem Bekanntwerden der Verunreinigungen des Futtermittelherstellers zunächst klar die Opferrolle der Landwirte die Berichterstattung in beiden Medien dominiert. Während die Leitmedien danach die Krise vorrangig im Lichte des Strukturframes und des Opferframes framen, hält sich bei der Agrarpresse ein konstantes Niveau des Opferframes, das vor allem um die Perspektiven des Globalframes ergänzt wird.

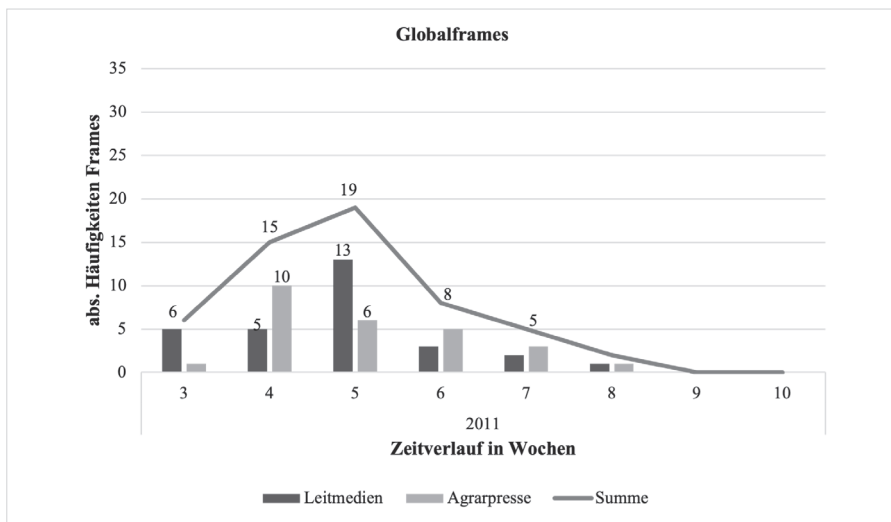


Abbildung 29:

Aufgetretene Globalframes in der Dioxin-Krise. Angaben pro Medium und je Woche ($n = 55$). $t(0,95, 11) = -0,409$, $p < 0,69$.

Die nebenstehende Abbildung 30 A bis D (S. 281) zeigt die Verläufe der identifizierten Frames und Frame-Kombinationen in der Dioxin-Krise.

10.2.4 Glyphosat als krisenhafter Zustand

Die Glyphosat-Debatte hat neben der ESP-Krise den längsten Untersuchungszeitraum und kann bis heute nicht als abgeschlossene Krise gelten. Vielmehr steht die Thematik rund um eine verlängerte Zulassung und damit verbundene Agrarpläne bzw. Pakete immer wieder auf der Medienagenda. Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick über die Berichterstattungsintensität von 2015 bis Ende 2019 und beleuchten zusätzlich die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Mediums.

10.2.4.1 Zeitverlauf und inhaltliche Schwerpunkte

Ein Blick auf die Abbildung 31 und 32 genügt, um zu erkennen, dass für die Debatte rund um die verlängerte Zulassung des Herbizids über den gewählten Untersuchungszeitraum hinweg ein anhaltendes Medieninteresse besteht. Insgesamt können mehrere kleinere Hochphasen und zwei zentrale Peaks identifiziert werden. Die offizielle Einstufung des IARC, Glyphosat sei „wahrscheinlich krebserregend“ im März 2015, findet zunächst in beiden Medien überraschenderweise kaum Anklang. Lediglich ein Artikel in der Agrarpresse und zwei in den Leitmedien berücksichtigen die Meldung des IARC. Die Berichterstattung nimmt erst im nächsten Quartal zu: Ankündigungen von Baumärkten, zukünftig Pflanzenschutzmittel, die auf Basis des Wirkstoffes Glyphosat beruhen, aus dem Sortiment zu nehmen, sowie die gegenseitige Kritik des BfR bzw. der IARC an der Aussagekraft ihrer jeweiligen Studien fallen in diesen Zeitraum und können als Erklärung für das angestiegene Medienin-

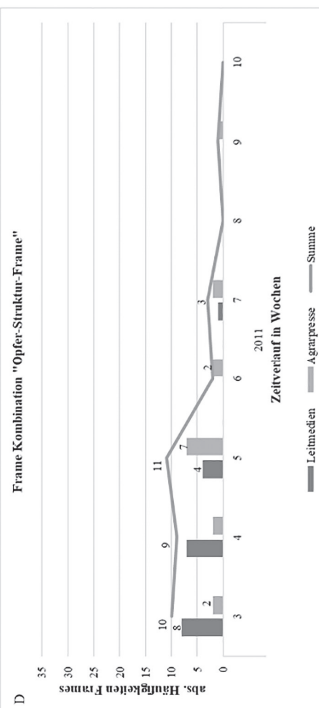
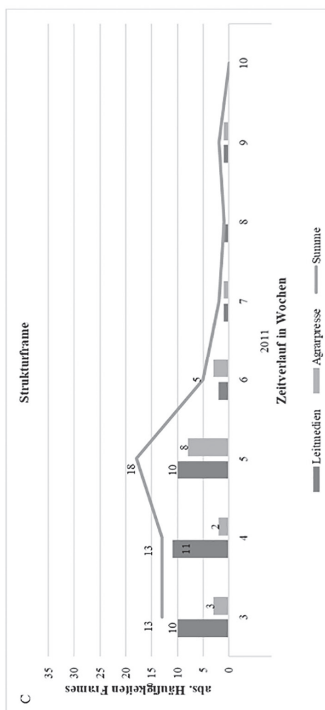
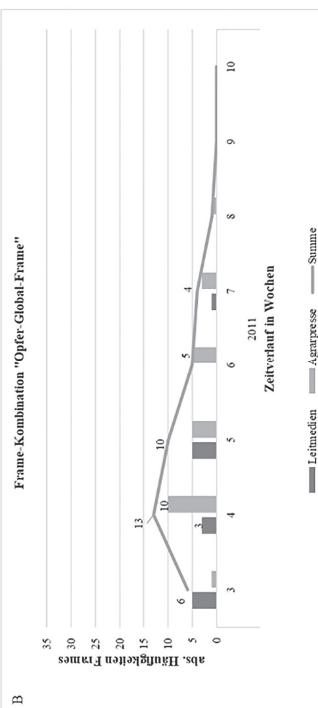
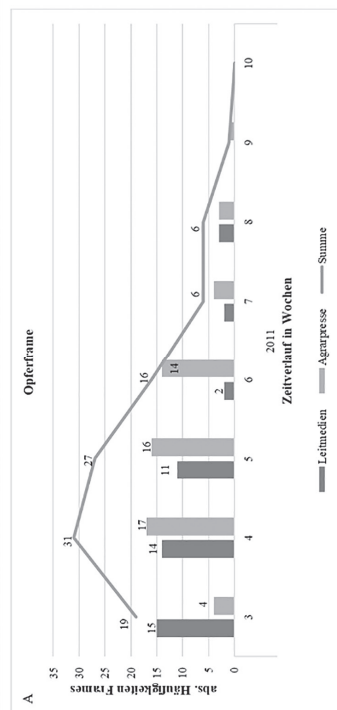


Abbildung 30:

Aufgetretene Frames in der Dioxin-Krise. Angaben je Medium und pro Woche. A: Opferframes (n = 106), $t(0.95, 11) = 0.354$, $p < 0.73$. B: Frame-Kombination Opfer-Global-Frame (n = 39), $t(0.95, 11) = -0.923$, $p < 0.374$. C: Strukturframes (n = 54), $t(0.95, 7) = -1.524$, $p < 0.166$ (Es wurde der Welch-Test durchgeführt aufgrund der Varianzheterogenität). D: Frame-Kombination Opfer-Struktur-Frame (n = 36). Testung nicht möglich.

teresse dienen. Im Sommer 2015 (drittes Quartal) kann für beide Mediengattungen eine Zunahme der Berichterstattung verzeichnet werden. Studien, wie z. B. über die Rückstände von Glyphosat in Muttermilch im Juni 2015 (Liebrich, 2015b, S. 22), lassen das gestiegene Interesse insbesondere der Leitmedien vermuten. Zugleich wirft die „Muttermilch-Studie“ erneut die Kritik an der Studie des BfR auf. Auf politischer Ebene wurde in diesem Zeitraum eine Expertenanhörung im Bundestag zu den vermeintlichen bzw. tatsächlichen gesundheitlichen Risiken anberaumt, sodass diese ebenfalls als mögliche Erklärung für ein gesteigertes Medieninteresse herangezogen werden kann. Wie die Abbildungen 31 und 32 belegen, nimmt die Berichterstattung über den Winter 2015 in beiden Medien konstant zu; für das erste Quartal 2016 kann ein erster Berichterstattungshöhepunkt festgehalten werden. Eine erste Vertagung der Abstimmung über die verlängerte Zulassung von Glyphosat um weitere 15 Jahre im März 2016 ist auf die unterschiedlichen Bewertungen des BfR, der EFSA und des IRAC zurückzuführen, die einigen Mitgliedsländern Anlass zum Zweifeln geben. Im Hinblick auf den gesamten Untersuchungszeitraum erreicht die Intensität der Berichterstattung über die Glyphosat-Debatte in den Leitmedien ihren Höhepunkt im darauffolgenden Quartal (n = 43). Von April bis einschließlich Juni 2016 berichten sie über die Glyphosat-Debatte deutlich ausführlicher als in den Vormonaten. Die Agrarpresse (n = 26, vgl. Abbildung 32) widmet sich überdies intensiv dem politischen Prozess. Ganz eindeutig lässt sich hier die Orientierung für beide Medien am politischen Handlungsprozess auf supranationaler Ebene nachzeichnen: Mit der zweiten Vertagung der Abstimmung im Mai 2016 und der schließlich Ende Juni 2016 beschlossenen verlängerten Zulassung um weitere 18 Monate ist das Thema kontinuierlich präsent. Für beide Medien kann anschließend ein rasanter Rückgang der medialen Aufmerksamkeit konstatiert werden und fällt auf zwei Artikel im letzten Quartal 2016 zurück.

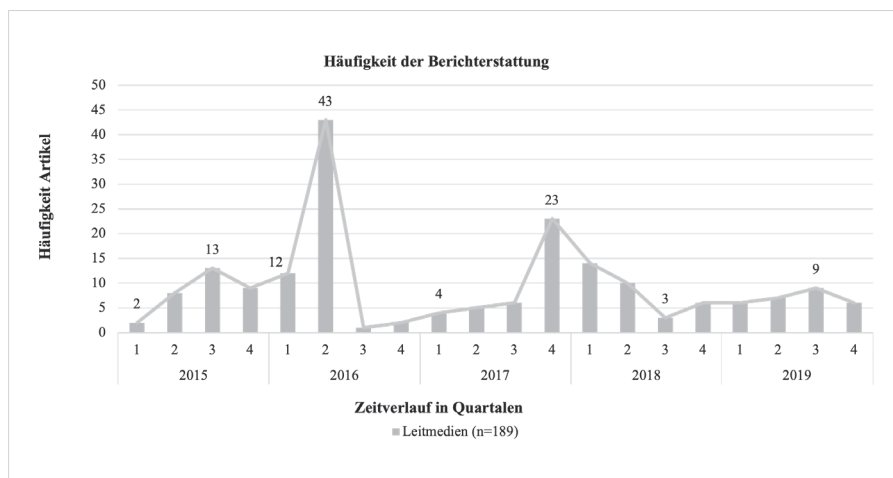


Abbildung 31:

Berichterstattungsintensität der Leitmedien über die Glyphosat-Debatte. Beginnend im ersten Quartal 2015 am 1. März 2015 und endend im vierten Quartal 2019 am 30. November 2019.

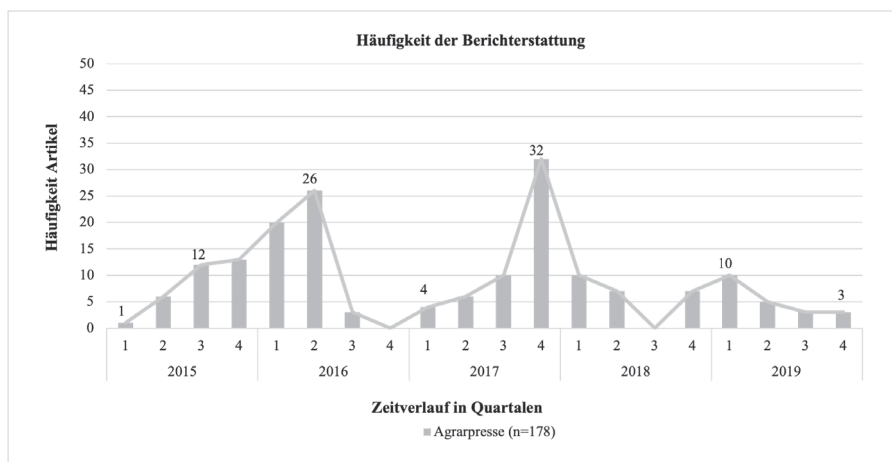


Abbildung 32:

Berichterstattungsintensität der Agrarpresse über die Glyphosat-Debatte. Beginnend im ersten Quartal 2015 am 1. März 2015 und endend im vierten Quartal 2019 am 30. November 2019.

Ein Jahr später – wieder parallel zum politischen Geschehen – nimmt die Berichterstattungsintensität in beiden Medien zu. In diesem Zeitraum verkündet u. a. der damalige Gesundheitskommissar Andriukaitis, dass die Europäische Kommission keine Neuzulassung des Herbizids vornimmt, wenn diese bei der nächsten Abstimmung keine Mehrheit bei den EU-Mitgliedsstaaten erzielt (WW, 2017b, S. 13). Mit der erfolgreichen Abstimmung im November 2017 erreicht nicht nur die Berichterstattungsintensität in der Agrarpresse einen Höhepunkt ($n = 32$) im gesamten Untersuchungszeitraum. Zu Beginn des Jahres 2018 berichten beide Medien weniger intensiv, dennoch in einem überraschenden Umfang weiterhin über die Glyphosat-Debatte und die damit verknüpften Problematiken. Hier ist abermals eine Überschneidung zum politischen Prozess zu vermuten, da mit den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU auch Glyphosat eine zentrale Rolle gespielt haben dürfte – insbesondere nach dem Alleingang von Schmidt. In den darauffolgenden Quartalen verliert das Thema nicht an Bedeutung, wenngleich der Umfang abnimmt. Im Jahr 2019 lässt sich ein konstantes Medieninteresse nachzeichnen, aber die folgenden Diskussionen um das neue Agrarpaket, die Demonstrationen der Landwirte für weniger scharfe Umweltauflagen finden im Vergleich zu den Vorjahren Berücksichtigung in den beiden Medien, können aber nicht mehr die Aufmerksamkeit wie zu Beginn des Untersuchungszeitraums erzielen. Vielmehr noch: Selbst zentrale Kundgebungen in Berlin und Bonn im vierten Quartal 2019 erreichen in der Agrarpresse nicht das vermutlich gewünschte mediale Interesse. Insgesamt zeigt sich somit auch für die vierte Krise im Leistungssystem Landwirtschaft, dass sich die Medienaufmerksamkeit am politischen Regulierungsprozess orientiert. Die ständig vertagten Abstimmungsprozesse um die verlängerte Zulassung des Herbizids im zweiten Quartal 2016 überraschen mit ihrer Berichterstattungsintensität in beiden Medien. Insbesondere für die

Abstimmung im November 2017 und den erneut entbrannten Streit zwischen den beiden Bundesministern Hendricks und Schmidt war ein noch größeres mediales Interesse erwartet worden.

Auch in dieser Krise stehen eine Vielzahl inhaltlicher Schwerpunkte zur Verfügung, die in einem unterschiedlichen Maße in den untersuchten Medien berücksichtigt wurden. So legt die FAZ (n = 86) ein besonderes Augenmerk auf die möglichen gesundheitlichen Folgen des Glyphosat-Einsatzes (29,1 Prozent, n = 25), gefolgt von den politischen Regulierungsmaßnahmen in der EU (23,3 Prozent, n = 20). Es verwundert hingegen, dass die ökologischen Folgen, wie der Verlust der Artenvielfalt, mit gerade einmal 11 Nennungen (12,8 Prozent) als Hauptthema deutlich in den Hintergrund rücken. Ähnliches gilt für die ökonomischen Folgen, die ein Verbot des Herbizids mit sich bringen würde (14,0 Prozent, n = 12). Stattdessen konzentrieren sich mehrere Artikel inhaltlich auf die Entwicklungen des Leistungssystems hin zu einer immer stärkeren industriellen Landwirtschaft (24,4 Prozent, n = 21). Auffällig ist, dass sich der Verlauf der Berichterstattungsintensität am politischen Regulierungsprozess orientiert, aber die Hauptthemen diese, wie bspw. das Abstimmungsverhalten im November 2017 (8,1 Prozent, n = 7), weniger berücksichtigen. Es scheint, als würde die FAZ mehr das große Ganze in den Blick nehmen und weniger das letzte entscheidende Abstimmungsverhalten fokussieren (vgl. Abbildung 33). Die SZ (n = 103) legt im Vergleich zur FAZ einen größeren Schwerpunkt auf die politischen Regulierungsprozesse, die insgesamt über ein Drittel der gesamten Berichterstattung dominieren (35,9 Prozent, n = 37), berichtet aber wie die FAZ im Vergleich nur im überschaubaren Maße über den Alleingang Schmidts und die damit verbundenen Folgen seiner Handlung (6,8 Prozent, n = 7). Ihre stärkere Beachtung der langfristigen Entwicklung des Leistungssystems (14,6 Prozent, n = 15) bescheinigt der SZ ein Interesse an einem ganzheitlichen Blick auf die Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland. Dafür vernachlässigt sie die ökonomischen Folgen (7,8 Prozent, n = 8) und beleuchtet stattdessen in ihrer Berichterstattung verstärkt die ökologischen Folgen (16,5 Prozent, n = 17), die Konflikte der wissenschaftlichen Institutionen (16,5 Prozent, n = 17) sowie die gesundheitlichen Risiken (25,2 Prozent, n = 26). Wenn es um letztgenannte geht, werden sie häufiger im Zusammenhang mit Themen aus dem Bereich „Wissenschaft & Forschung“ (n = 5) oder den politischen Regulierungsmaßnahmen (n = 5) behandelt. Die geschilderte Berichterstattungsintensität der Agrarpresse (n = 178) spiegelt sich zugleich in der Themenvielfalt wider: Wie die SZ fokussiert auch sie primär die Zulassungsverfahren (36,5 Prozent, n = 65) und die gesundheitlichen Folgen (25,3 Prozent, n = 43). Zudem rückt auch hier die Abstimmung im November 2017 in den Hintergrund (5,1 Prozent, n = 9). Wenig überraschend ist das Ergebnis, dass sich die Agrarpresse mit Abstand am intensivsten mit den ökonomischen Folgen (25,3 Prozent, n = 45) auseinandersetzt, während die generelle landwirtschaftliche Entwicklung (11,2 Prozent, n = 20) vernachlässigt wird (vgl. Abbildung 33). An dieser Stelle wäre mit einer umfassenden Fokussierung zu rechnen gewesen – geht es doch um die zukünftige Ausrichtung und Gestaltung des Leistungssystems. Im Gegensatz zu den Leitmedien thematisiert die Agrarpresse in einem nennenswerten Umfang die wissenschaftlichen Studien zur Einordnung von Glyphosat und die damit verknüpften Kritiken (20,2 Prozent, n =

36). Es kann vermuten werden, dass sie auf diesen Themenzweig besonderen Wert legt, da die Studie Einfluss auf die mögliche verlängerte Zulassung des Herbizids hat und, wie die zweite Abstimmung im Juni 2016 aufzeigte, ebenso Mitgliedsstaaten in ihrer Entscheidung beeinflusste.

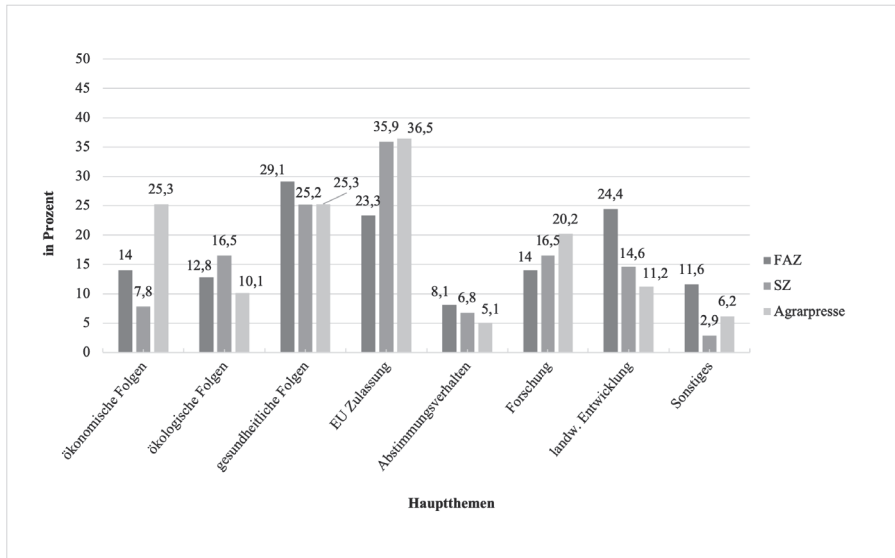


Abbildung 33:
Verteilung der Hauptthemen je Medium über die Glyphosat-Debatte.

10.2.4.2 Framing-Aktivitäten der Medien

Auch für die Glyphosat-Debatte soll zunächst ein ganzheitlicher Überblick über die vier Hauptframes gegeben werden. Beide untersuchten Mediengattungen betonten den Strukturframe ($n = 77$) sowie den Täterframe ($n = 44$), der jedoch im Vergleich zu den anderen drei Hauptframes eine randständige Bedeutung erfährt. Die klare Präferenz beider Medien liegt auf dem Opferframe, gefolgt vom Globalisierungsframe, wie die nachstehende Abbildung 34 deutlich macht.

Jedoch erlaubt der spezifische Blick auf die Frame-Verteilung (vgl. Tabelle 22) das Festhalten von zwei zentralen und überraschenden Ergebnissen: Zum einen zeigt sich eine größere Frame-Vielfalt, wenngleich sie gemessen an der Häufigkeit ihres Auftretens schwankt und teilweise gering ausfällt. Zum anderen (und das ist besonders auffällig) spielen die vier identifizierten Hauptframes in ihrem alleinigen Auftreten kaum eine Rolle – vielmehr ist die Krise rund um die Glyphosat-Problematik von einer mehrdimensionalen medialen Berichterstattung geprägt. Wesentliche Unterschiede in der Frame-Akzentuierung können für die Glyphosat-Debatte nicht ausgewiesen werden, sodass die Ausführungen Tendenzen beschreiben.

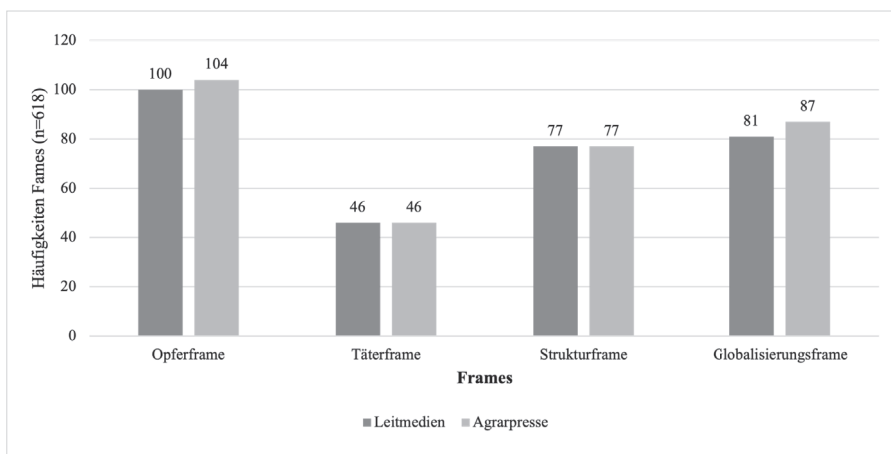


Abbildung 34:

Verteilung der vier Hauptframes innerhalb der Glyphosat-Debatte. (n = 618, Angabe in abs. Häufigkeiten).

So dominieren in der Gesamtschau betrachtet die Aspekte der Frame-Kombination Opfer-Globalframe (29,7 Prozent, n = 109). Aber auch die Strukturen des Leistungssystems, die auf Produktion und Masse ausgelegt sind, spielen in Kombination mit dem Opferframe eine Rolle (19,3 Prozent, n = 71). An dritter Stelle folgt die Einbettung der Krise in ein Struktur-Täter-Geflecht (13,9 Prozent, n = 51), wonach die Landwirte selbst zu den bestehenden Strukturen beitragen und durch ihr fahrlässiges Verhalten bzw. die Missachtung des gesellschaftlichen Auftrags die prekäre Krisenlage verstärken. Ähnlich argumentieren Artikel, in denen die Frame-Kombination aus Täter- und Globalframe (7,4 Prozent, n = 27) bevorzugt wird, wobei nicht die Strukturen des Leistungssystems selbst, sondern die Betonung auf der globalen Marktausrichtung mit den dafür gebilligten Vernachlässigungen von Tier und Umwelt liegt. Weitaus seltener findet sich eine übergeordnete Betrachtung der Krise unter den Aspekten des Struktur- und Globalframes (5,2 Prozent, n = 19). In dieser spielt der Landwirt selbst eine untergeordnete Rolle.

Unterschiede in den Frameakzentuierungen der beiden untersuchten Mediengattungen zeigen sich nur an wenigen Stellen: Die ähnliche Betonung einzelner Frames bzw. Frame-Kombinationen ist in keiner der bisher vorgestellten Krisen des Leistungssystems derart ausgeprägt wie in der Glyphosat-Debatte. Im Hinblick auf das alleinige Auftreten der vier Hauptframes zeigt sich – mit Ausnahme des Täterframes – eine Gleichverteilung (vgl. Tabelle 22). Während dieser in der Agrarpresse nur einmal auftritt, liegt er in der Berichterstattung der Leitmedien in neun Fällen vor. In den Frame-Kombinationen hingegen ist er in beiden Publikationsorganen präsent. Häufiger als in den Leitmedien taucht die Einbettung unter den Aspekten des Täter- und Globalframes in der Agrarpresse auf (9,6 Prozent, n = 17). Die Deutung der Glyphosat-Debatte unter den Aspekten des Täterframes nimmt damit überraschenderweise einen großen Stellenwert in der Agrarpresse ein. Es scheint so, dass die Agrarpresse weniger die reine Opferrolle innerhalb der langen Glyphosat-Debatte

<i>Frames</i>	<i>Leitmedien</i>	<i>Agrarpresse</i>	<i>Gesamt</i>
<i>Opferframe</i>	4,8a (9)	5,1a (9)	4,9 (18)
<i>Täterframe</i>	4,8a (9)	0,6b (1)	2,7 (10)
<i>Strukturframe</i>	2,6a (5)	3,9a (7)	3,3 (12)
<i>Globalisierungsframe</i>	3,2 a (6)	2,8a (5)	3,0 (11)
<i>Frame Opfer & Global</i>	28,0a (53)	31,5a (56)	29,7 (109)
<i>Frame Opfer & Struktur</i>	18,0a (34)	20,8a (37)	19,3 (71)
<i>Frame Täter & Global</i>	5,3a (10)	9,6a (17)	7,4 (27)
<i>Frame Täter & Struktur</i>	13,8a (26)	14,0a (25)	13,9 (51)
<i>Frame Struktur & Global</i>	4,8a (9)	5,6a (10)	5,2 (19)
<i>kein Frame</i>	14,8a (28)	6,2b (11)	10,6 (39)
Gesamt	100,0 (189)	100,0 (178)	100,0 (367)

Tabelle 22:

Medienframes in den untersuchten Printmedien innerhalb der Glyphosat-Debatte (n = 367, in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

*Anmerkung: Tiefgestellte Buchstaben kennzeichnen Paare, die signifikant unterschiedlich sind (Bonferroni-Korrektur). $\chi^2 = 16.016$; $df = 9$; Cramérs $V = .209$; $*p < 0,05$, $**p < 0,01$, $***p < 0,001$.*

hervorzuheben versucht. Vielmehr bettet sie ihre Kritik am Verhalten der Landwirte – den gesellschaftlichen Auftrag eines nachhaltigen Wirtschaftens nicht zu erfüllen – zusätzlich in den Kontext des Struktur- und Globalframes ein. So wird der Eindruck erweckt, als seien sie nicht allein für die Krise verantwortlich, sondern auch die vorherrschenden Strukturen des Leistungssystems sowie die Problemlagen durch die Orientierung am globalen Agrarmarkt verstärken diese. Zugleich liegt somit die Handlungsaufforderung bzw. Handlungsempfehlung vorrangig bei den Akteuren aus dem politischen System auf supra- und nationaler Ebene. Gestützt wird dies auch mit Blick auf die alleinige Akzentuierung des Opferframes in diesem Medium (5,1 Prozent, n = 9), die stark in den Hintergrund rückt. Stattdessen nimmt die Frame-Kombination aus Opfer- und Globalframe in beiden Medien den prominentesten Anteil ein und macht knapp über ein Drittel aus (Leitmedien, 28 Prozent, n = 53; Agrarpresse, 31,5 Prozent, n = 56). Unterstrichen wird das ähnliche Frame-Verhalten der Medien ebenso in den bereits genannten Frame-Kombinationen aus Täter-Struktur-Frame bzw. Struktur- und Globalframe (vgl. Tabelle 22). Spezifisch für die Leitmedien lässt sich festhalten, dass sie deutlich häufiger als erwartet den Deutungsschwerpunkt auf den Opferframe legen, wenn auch je in Kombination mit einem anderen Frame.

Aufschlussreich ist es nun, zu überprüfen, ob bestimmte Frames bzw. Frame-Kombinationen entlang des Ereignishintergrunds der Krise mehr oder weniger Anklang in der journalistischen Berichterstattung finden. Ein erster Blick auf die Verlaufsgrafiken der einzelnen Frames bzw. Frame-Kombinationen zeigt auf, dass die Berichterstattung von einem stetigen Auf und Ab der Framing-Aktivitäten geprägt ist. Nichtsdestotrotz lassen sich auch hier Parallelen zum politischen Geschehen erken-

nen. Innerhalb des ersten Untersuchungsjahres sticht der Juli 2015 ins Auge, indem in der Gesamtschau betrachtet vor allem der Opferframe ($n = 11$) dominiert (vgl. Abbildung 35). Medienspezifisch lassen sich nur geringfügige Unterschiede in der Frameakzentuierung festhalten. Während die Agrarpresse zu diesem Zeitpunkt vor allem den Opferframe mit den Perspektiven des Strukturframes kombiniert ($n = 5$, Abbildung 36), betten die Leitmedien den Opferframe vorrangig in den Zusammenhang mit dem Globalframe ($n = 4$) ein (vgl. Abbildung 40). Für die Agrarpresse lassen sich bspw. für den Oktober 2015 nochmals Framing-Aktivitäten nachzeichnen, wobei hier die Perspektive der Frame-Kombination des Opfer-Struktur-Frames ($n = 5$) (vgl. Abbildung 36) bzw. des Hauptframes Opfer ($n = 7$) präsent ist. Während in den Folgemonaten nur unwesentliche Framing-Aktivitäten für beide Medien festgestellt werden können, greift die Agrarpresse die Krise mit der Vertagung der ersten Abstimmung über die weitere Zulassung im März 2016 wieder auf. Überraschenderweise steht zu diesem Zeitpunkt, wenn auch in einem überschaubaren Umfang, die Berichterstattung in der Agrarpresse unter dem Aspekt des Täterframes ($n = 5$) und wurde vorrangig im Zusammenhang mit dem Globalisierungsframe⁶⁰ und Strukturframe betrachtet (vgl. Abbildung 38). Möglicherweise ist die Agrarpresse vor dem Hintergrund der anstehenden grundlegenden Veränderungen im Leistungssystem offener und auch kritischer gegenüber den bisherigen Praktiken und ist daher um ein mehrdimensionaleres Bild bemüht. Ab Mai 2016 dominiert sowohl in den Leitmedien als auch in der Agrarpresse der Opferframe, dicht gefolgt vom Strukturframe ($n = 17$, vgl. Abbildung 39). Für die unterschiedliche Frame-Akzentuierung der Medien im Mai und Juni 2016 sollten jedoch primär die Frame-Kombinationen näher betrachtet werden.

Mit Blick auf die Abbildung 36 wird für die Leitmedien sichtbar, dass sie im Mai 2016 die Ereignisse noch in die Opfer-Struktur-Frame-Kombination ($n = 7$) einbetten, diese im Folgemonat aber in den Hintergrund rückt und die Ereignisse stattdessen mit dem Täter-Struktur-Frame ($n = 5$) (vgl. Abbildung 38) und geringfügig mit

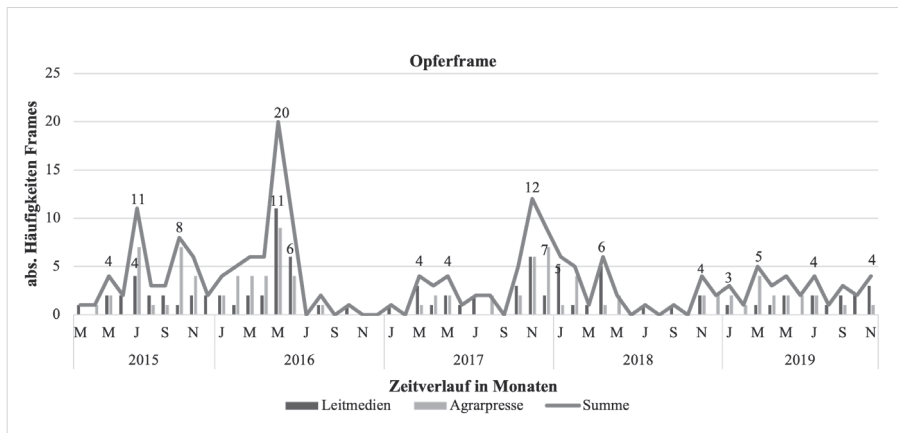


Abbildung 35:

Aufgetretene Opferframes in der Glyphosat-Debatte.

Angaben je Medium und pro Monat ($n = 198$). $t(0.95, 86) = 0.968$, $p < 0.336$.

⁶⁰ Hierzu sei weiterführend auf die Abbildung 53 im Anhang S. XVII verwiesen.

dem Opfer-Globalframe (n = 3, Abbildung 40) gerahmt werden. Dies wirft die Frage auf, wie sich dieses kurz aufeinanderfolgende konträre Deutungsverhalten erklären lässt. Klar ist, dass für die Leitmedien der Strukturframe innerhalb der Glyphosat-Debatte, also die Betonung einer grundlegenden Neuausrichtung der Strukturen des Leistungssystems Landwirtschaft, besonders relevant ist. Die nachfolgenden Abbildungen 35 bis 38 zeigen die Verteilung der Framehäufigkeiten innerhalb der Glyphosat-Debatte im zeitlichen Verlauf auf.

Möglicherweise befürchten die Leitmedien, dass den Landwirten und weiteren beteiligten Akteuren mit der erneuten Verschiebung der Abstimmung im Juni 2016 um 18 Monate zu lange die Möglichkeit eingeräumt wird, das Herbizid auf die Fel-

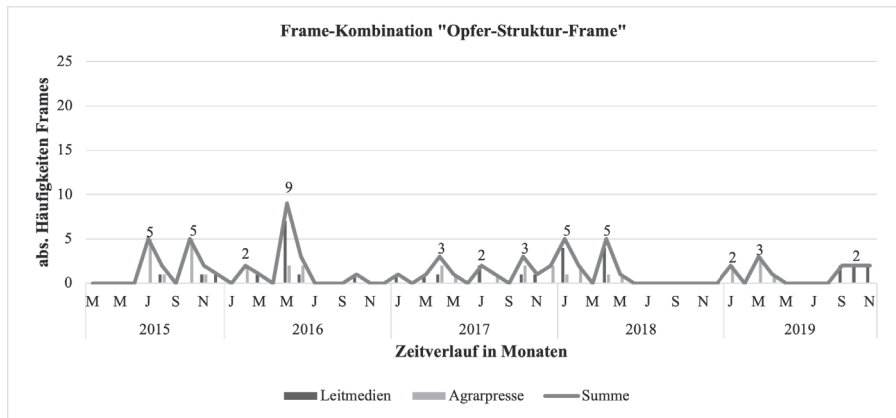


Abbildung 36:

Aufgetretene Frame-Kombination Opfer-Struktur in der Glyphosat-Debatte. Angaben je Medium und pro Monat (n = 71). $t(0.95, 86) = 0.654$, $p < 0.515$.

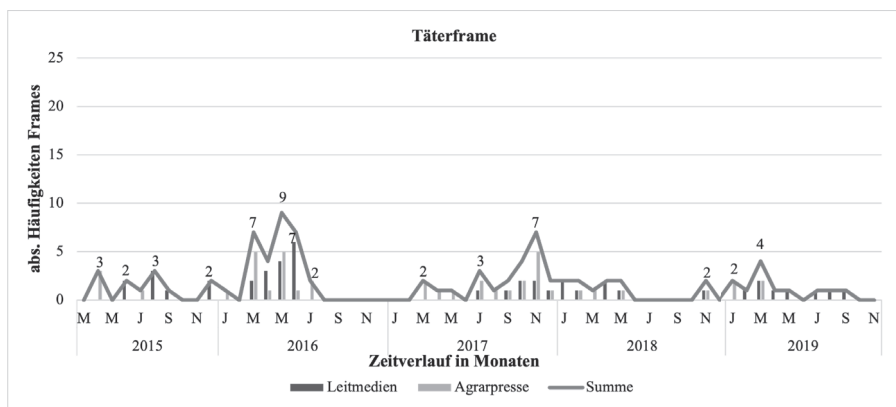


Abbildung 37:

Aufgetretene Täterframes in der Glyphosat-Debatte. Angaben je Medium und pro Monat (n = 88). $t(0.95, 86) = 0.578$, $p < 0.565$.

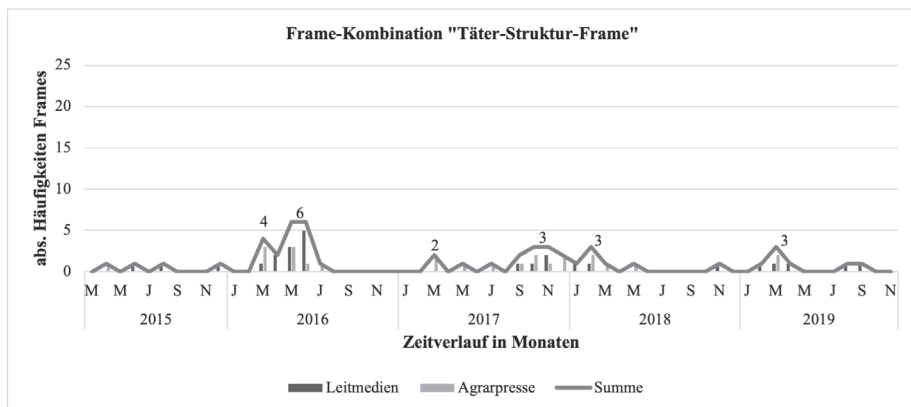


Abbildung 38:

Aufgetretene Frame-Kombination Täter-Struktur in der Glyphosat-Debatte.

Angaben je Medium und pro Monat ($n = 51$). $t(0.95, 86) = 0.599$, $p < 0.05$.

der auszubringen, und sich damit die langfristigen Folgen für die Biodiversität noch weiter verschärfen können. Außerdem sehen sie die Landwirte ebenso als Opfer, wenn auch weniger stark als im Vormonat ($n = 11$, vgl. Abbildung 35). Damit wird der Eindruck erweckt, dass die Leitmedien zwar die missliche Lage der Landwirte verstehen, zugleich aber herausstellen, dass diese selbst zur starken Ausrichtung des Systems an den Bedingungen des globalen Agrarmarktes beigetragen haben. Die Verantwortung für die Förderung der heimischen Produktion und Unterstützung der Landwirte bei der Umgestaltung des Leistungssystems sehen sie vor allem bei den politischen Akteuren auf supra- und nationaler Ebene. Übergeordnet betrachtet dominiert im Mai 2016 zwar auch der Opferframe in der Agrarpresse ($n = 9$), jedoch steht er primär im Zusammenhang mit dem Globalisierungsframe ($n = 7$, vgl. Abbildung 40). Gleichzeitig überrascht es, dass für den Folgemonat kein klares Bild der Framing-Aktivitäten nachgezeichnet werden kann. Frame-Kombinationen aus Opfer- und Struktur-Frame bzw. Opfer- und Globalframe gleichen sich nahezu aus, ein klares Framing-Muster wird allerdings nicht sichtbar.

Mit der 18-monatigen Verschiebung nehmen die Framing-Aktivitäten bis zum Herbst 2017 ab. Weitere Uneinigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten und schließlich die finale Abstimmung der Zulassung um weitere fünf Jahre stehen unter einem ähnlichen Framing der beiden Medien. Sie betonen sowohl den Opferframe ($n = 12$) als auch den Strukturframe ($n = 8$). Dabei treten diese deutlich seltener in Kombination auf. Angesichts der überraschenden Wendung des Deutungsverhaltens der Leitmedien nach dem Beschluss der Zulassungsverlängerung von Glyphosat wäre zu erwarten gewesen, dass der Täterframe dominiert. Stattdessen überwiegt dieser, wenn auch geringfügig, in der Agrarpresse ($n = 5$, vgl. Abbildung 37). Die zentrale Abstimmung über die Zulassung wird damit eindeutig vom Opfer- und Globalframe dominiert, sodass sich Handlungsaufforderungen für eine Förderung der heimischen Landwirtschaft primär an die politischen Verantwortlichen richten und den Landwirten seltener als erwartet ein fahrlässiges Verhalten und die damit verbundene Verantwortung attestiert wird.

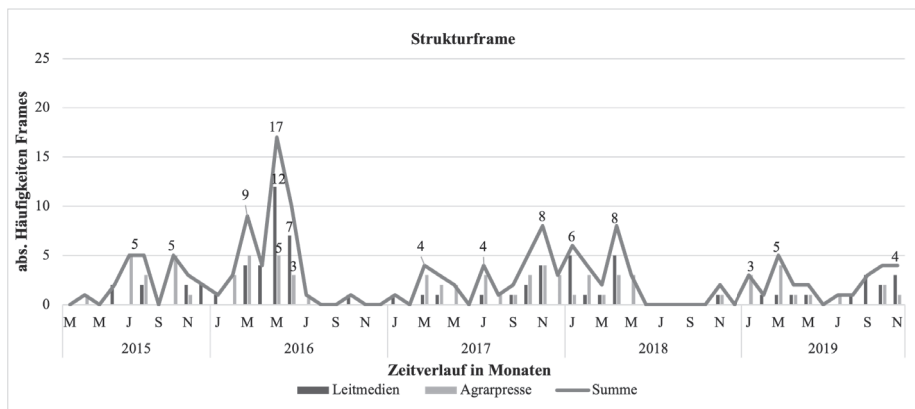


Abbildung 39:

Aufgetretene Strukturframes in der Glyphosat-Debatte. Angaben je Medium und pro Monat ($n = 153$). $t(0.95, 86) = 0.858$, $p < 0.393$.

Wird abschließend ein Blick auf das letzte Quartal des Untersuchungszeitraums geworfen, das inhaltlich vorrangig von den Protesten der Landwirte zum Agrarpaket der Bundesregierung bestimmt ist, so können hier nur unwesentliche Framing-Aktivitäten aufgezeigt werden. Wenig verwunderlich rückt der Globalframe in beiden Medien stark in den Hintergrund. Das Gleiche gilt für den Täterframe. Stattdessen sind es vor allem der Opfer- bzw. Strukturframe bzw. die Kombination dieser, die sowohl in den Leitmedien als auch in der Agrarpresse vorherrschen. Die Handlungsaufforderungen richten sich entsprechend an die politischen Akteure und weitere Systeme (wie z. B. die Wissenschaft), die durch ihre Kompetenzen zur Umstrukturierung beitragen.

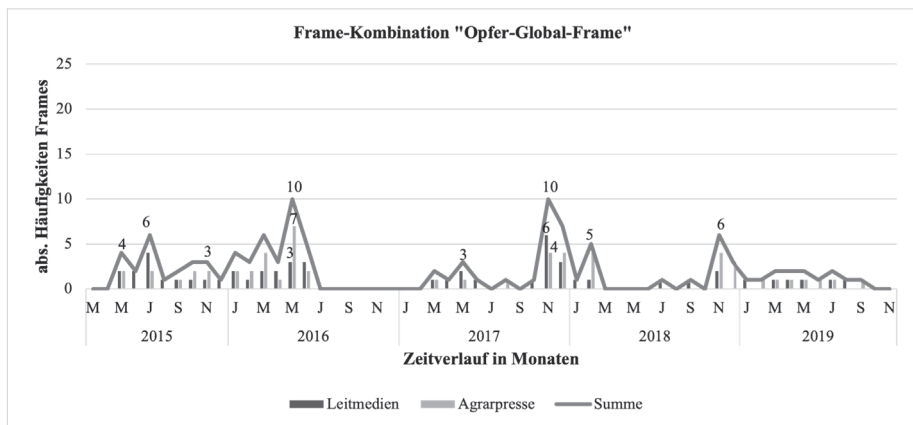


Abbildung 40:

Aufgetretene Frame-Kombination Opfer-Global in der Glyphosat-Debatte. Angaben je Medium und pro Monat ($n = 109$). $t(0.95, 86) = 0.599$, $p < 0.551$.

10.3 Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Die Intensität, mit der die ausgewählten Printmedien über die Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft berichten, zeigt, wie viel Bedeutung dem Sektor zugesprochen wird und wie viel Aufmerksamkeit Störungen und krisenhaften Zuständen, die den Tierhaltungszweig und Ackerbau betreffen, zuteilwird. Die unterschiedlichen Inhaltsprofile und Ausrichtungen der ausgewählten Publikationsorgane erlauben es, für jede Krise ein umfassendes Bild über die Berichterstattung zu zeichnen. Insgesamt wird der Landwirtschaft ein hohes Maß an Wichtigkeit beigemessen. Die hohe Anzahl der analysierten Artikel zeugt davon, welche mediale Aufmerksamkeit Krisen im Leistungssystem geschenkt wird. In den Leitmedien rückten primär die BSE-Krise und die Glyphosat-Debatte in das Zentrum des Medieninteresses, wohingegen der Schweinepest und dem Dioxinskandal in der Gesamtschau betrachtet eine randständige Position zugeschrieben wurde. In der Agrarpresse war die ESP-Krise sehr präsent. Zugleich äußerte sich die hohe mediale Aufmerksamkeit über den großen Anteil der eigenständigen redaktionellen Arbeit in beiden Publikationsorganen, die sich vor allem in Berichten und weniger in Kommentaren widerspiegelte. Es kann die *Annahme I bestätigt* werden, dass vor allem in tatsachenbetonenden Darstellungsformen über die Krisen berichtet wird. Die BSE-Krise als Hauptgegenstand innerhalb der Entwicklungen im Leistungssystem Landwirtschaft war dabei besonders aufmerksamkeitsbindend und erfuhr eine hohe Kommentierung, wohingegen die Dioxin-Krise in beiden Medien deutlich zurückfällt und dort die tatsachenbetonte Darstellungsform dominierte. Für die Glyphosat-Debatte ließ sich im Vergleich ebenfalls eher eine geringe Anzahl von Kommentaren und Leitartikeln feststellen. Für die Fachjournalisten der Agrarpresse war dafür die Schweinepest von besonderem Interesse, die sie umfassend kommentierten.

Wird die Berichterstattungsintensität im Zeitverlauf betrachtet, so wurde mit der *Annahme II* angenommen, dass die Anzahl der Presseartikel mit dem Aufkommen einer Krise stetig zunimmt und zum Ende hin wieder abflacht. Diese Annahme kann *bestätigt werden*. Für die Leitmedien können ereignisbezogene Hochphasen der Berichterstattung nachgezeichnet werden, die dann aber, wie vermutet, zügig wieder abnehmen. So befindet sich die Berichterstattung der Leitmedien mit dem Bekanntwerden eines ersten BSE-Falls in Deutschland bspw. auf einem hohen Niveau, das sich jedoch bereits kurze Zeit später deutlich reduziert. Anders ist es bei der Agrarpresse: Auch sie berichtet intensiv über die Krisen und krisenhaften Zustände in der Landwirtschaft, hält aber auch in den Folgewochen eine konstant hohe Berichterstattung. Thematisch überwiegen in beiden Medien in allen Krisen primär die politischen Handlungsmaßnahmen. Die Agrarpresse widmet sich bspw. während der ESP vorrangig der Problematik bei der Verfütterung von Speiseresten, die eine politische Richtungsweisung erfordert, sowie den ökonomischen Folgen, wohingegen die Impfungen, als Möglichkeit auf Bestandskeulungen zu verzichten, in den Hintergrund rücken. In den Leitmedien werden zudem die gesundheitlichen Risiken in Krisen

betont, die deklarierte „Agrarwende“ als Hauptthema ist hingegen selten Themengegenstand der Leitmedien. Für die Agrarpresse kann dies nicht bestätigt werden; sie richtet ihre Artikel zu einem größeren Umfang thematisch auf die Agrarwende aus.

Der Dioxinskandal fällt im Vergleich zu den anderen Krisen nicht nur gemessen am Umfang der Berichterstattung, sondern auch in der Dauer der medialen Aufmerksamkeit zurück. Mit Abstand wurde in beiden untersuchten Publikationsorganen über diese Krise am wenigsten berichtet, sodass lediglich in einer Woche das Thema umfassend behandelt wurde. Thematisch geht es in diesem Zusammenhang eindeutig um die politischen Handlungsmaßnahmen, wobei erstmalig auch der wissenschaftlichen Perspektive ein größerer Stellenwert eingeräumt wird. Angesichts dessen, dass die Krise primär durch dioxinbelastete Eier bekannt wurde, rückt die Thematik rund um mögliche gesundheitliche Risiken nur selten auf die Medienagenda. Den Abschluss bildet die Glyphosat-Debatte, der ebenfalls (orientiert am politischen Regulierungsprozess) eine verstärkte mediale Aufmerksamkeit bescheinigt werden kann. In das Zentrum rücken die Krise und die damit verbundenen Problematiken vor allem im Sommer 2016. Die endgültige verlängerte Zulassung des Herbizids im November 2017 ist im Vergleich dazu geringfügiger behandelt worden. Inhaltlich, so lassen sich die Ergebnisse zusammenfassen, thematisiert die Agrarpresse stark die ökonomischen Folgen und die Zulassungsprozesse. Die Leitmedien legen ihr Augenmerk primär auf die möglichen gesundheitlichen Risiken und ebenfalls die Zulassungen und damit verbundenen politischen Handlungsmaßnahmen. Ökologische Folgen des Herbizideinsatzes werden zwar beleuchtet, spielen gleichwohl im ganzheitlichen Vergleich eine untergeordnete Rolle.

Hinsichtlich der Framing-Aktivitäten kann festgehalten werden, dass sich ein breites Frame-Spektrum für beide untersuchten Publikationsorgane nachzeichnen lässt. Wie in *Annahme III* angenommen, präferiert die Agrarpresse den Opferframe, doch zugleich betrachtet sie die Krisen auch im Lichte des Globalisierungs- und Täterframes, der besonders während der Schweinepest zum Tragen kommt. Die Leitmedien betten ihre Berichterstattung primär in den Strukturframe ein. In der Gesamtschau betrachtet kann die Annahme III als *teilweise bestätigt* gelten, da die Leitmedien deutlich weniger umfangreich den Täterframe setzen, als die Erkenntnisse aus dem Forschungsstand vermuten ließen. Darüber hinaus zeigt sich, dass ein zentrales Schlüsselereignis, wie es die BSE-Krise für das Leistungssystem Landwirtschaft darstellt, die Etablierung eines neuen Frames (hier des Strukturframes) begünstigt. Innerhalb der Leitmedien dominiert dieser in der Berichterstattung über die BSE-Krise, während er in der ESP-Krise noch keine nennenswerte Präsenz aufweist. Die *Annahme IV* kann damit als *bestätigt* gelten. Zugleich kann auf Basis der gewonnenen Ergebnisse beiden Medien eine mehrdimensionale Betrachtung der Krisen zugeschrieben werden. Dies wird vor allem durch die starke Bevorzugung einzelner Frame-Kombinationen sichtbar. Darüber hinaus lassen sich signifikante Unterschiede in der Frame-Akzentuierung vor allem für die ESP- und BSE-Krise feststellen, wohingegen aktuellere Krisen (wie die Debatte rund um Glyphosat) keine wesentlichen Differenzen mehr ausweisen. Dabei ist weder in den Leitmedien noch

in der Agrarpresse der Täterframe überdurchschnittlich präsent. Vielmehr noch: Die Berichterstattung wird von beiden Medien vorrangig in die Frame-Kombination aus Opfer- und Globalframe eingebunden

Nachdem nun die Ergebnisse der ersten Teilerhebung präsentiert wurden, rückt in den nachfolgenden Kapiteln die Frage nach der Verantwortlichkeit für die Krisen und krisenhaften Zustände in den Mittelpunkt. Um diese beantworten zu können, bedarf es einer weiteren inhaltsanalytischen Methode auf Aussagenebene, die nun behandelt werden soll.

11 Forschungsdesign

Teilerhebung II

11.1 Empirische Umsetzung eines theoretischen Konstrukts

Neben dem Ziel, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie die deutsche Bevölkerung über Krisen und krisenhafte Zustände in der Landwirtschaft informiert wird, soll mit der zweiten Teilerhebung ermittelt werden, welche Akteure wem Verantwortung zuschreiben und aus welchen Gründen dies geschieht. Der Kristallisationspunkt der Teilerhebung II ist es also, nachzuzeichnen, wer in den Krisen innerhalb des Leistungssystems Landwirtschaft aus Sicht der auftretenden Akteure verantwortlich bzw. unverantwortlich gehandelt hat. Untersuchungsgegenstand ist die mediale Darstellung der gegenseitigen Verantwortungszuschreibungen der Akteure aus dem Leistungssystem während der BSE-Krise und Glyphosat-Debatte in der nationalen Öffentlichkeit. Wie bei der Schilderung zur methodischen Herangehensweise für die erste Teilerhebung sollen neben der Einordnung des Verantwortungsbegriffs als Gegenstand empirischer Studien ebenfalls die Auswahl der Krisen und die Untersuchungszeiträume thematisiert werden. Auf die Begründung für die Methodenwahl – die Inhaltsanalyse – wird nicht noch einmal gesondert eingegangen, da dies bereits umfangreich in Kapitel 9.2 behandelt wurde. Auf die Ausführungen zum Untersuchungsmaterial folgen die Erläuterungen der Operationalisierung sowie die Konzeption des Kategoriensystems.

11.1.1 Die Verantwortungstrias als strukturgebendes Element

Die theoretischen Ausführungen zum Verantwortungsbegriff (vgl. Kap. 4) zeigen auf, dass Verantwortung von einzelnen Akteuren oder Akteursgruppen durch die Aufspaltung in die einzelnen Relata erfassbar gemacht werden kann. Bisherige methodische Herangehensweisen orientieren sich vorrangig an sozialpsychologischen Attributionstheorien (vgl. Kap. 6.4). Was diese Ansätze jedoch nicht berücksichtigen, ist die zusammenhängende Betrachtung des gesamten Attributionsprozesses. Die von Gerhards und Kollegen (2004, 2007, 2009) entwickelte Attributionstrias macht genau dies möglich und findet daher auch in der vorliegenden Untersuchung Anwendung. Als soziale Konstruktion übersetzen sie die Verantwortungsattribution für das Forschungsinstrumentarium in folgende Frage: „*Wer wird von wem für was und wie verantwortlich gemacht?*“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 110, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Auf Basis dieser Trias ist es möglich, inhaltsanalytisch bestimmte Akteurkonstellationen auf Aussagenebene einzelner Artikel zu identifizieren⁶¹. Die Attribution von Verantwortung teilt sich in einen Attributionssender (AS), der einem weiteren agierenden Akteur, dem Attributionsadressaten (AA), in Bezug auf einen Attributionsgegenstand (AG) Verantwortung zuweist (vgl. Abbildung 41).

61 In ihrer Studie widmen sie sich der Verantwortungsattribution in den Massenmedien am Beispiel der Europäischen Union. Es wurden im Zeitraum von 1994 bis 2003 insgesamt 6.802 Attributionsaussagen in 4.816 Zeitungsartikeln der SZ, FAZ, *The Guardian* und *The Times* analysiert (ein Medien- und Ländervergleich wurde angestrebt), um die Attributionsaussagen zur Verantwortung der europäischen Institutionen in Bezug auf politische Entscheidungen zu erheben (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 110, 117).

Die bewertete Beziehungsrelation erfasst, ob diese Verantwortungszuweisung positiv, negativ oder ambivalent erfolgt. Für eine erfolgreiche Codierung ist es notwendig, dass die drei genannten Relata der Verantwortungstrias eindeutig identifiziert werden können (Gerhards, Offerhaus, Roose, 2007, S. 111). Folgender Beispielsatz (Balser & Liebrich, 2018, S. 15) soll die Attributionstrias verdeutlichen:

Während ihre europäischen Ministerkollegen den schmutzigen Job machen, die Umweltstandards der Agrarpolitik zu verwässern, schweigt Julia Klöckner, wirft Nabu-Experte Konstantin Kreiser der Bundeslandwirtschaftsministerin vor. Die CDU-Politikerin breche damit den Koalitionsvertrag und mache sich mitschuldig an einer Verlängerung und Beschleunigung des Insektensterbens.

Der AS ist der Nabu-Experte Kreiser, der der zu der Zeit amtierenden Bundesagrarministerin Klöckner (AA) die Verantwortung für die unzureichenden Umweltstandards zuschreibt, in deren Folge das Insektensterben weiter zunehme. Das „Brechen des Koalitionsvertrages“ sowie das „Schweigen“ können in diesem Zusammenhang als eine kausale Verantwortungszuschreibung mit negativer Bewertung an die Ministerin gedeutet werden (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 111). In der nachstehenden Abbildung 41 wird die Attributionstrias visualisiert.

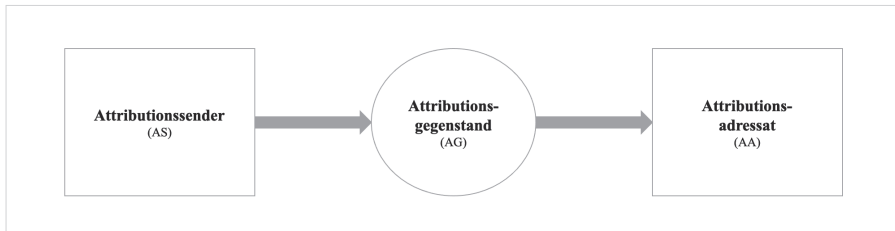


Abbildung 41:

Attributionstrias zur Identifikation von Verantwortungszuschreibungen. (Eigene Darstellung in Anlehnung an Gerhards, Offerhaus und Roose, 2007, S. 111).

Sowohl der Attributionssender als auch der Attributionsadressat, der in Rückbezug auf die theoretischen Ausführungen mit dem Verantwortungssubjekt gleichzusetzen ist, unterliegen den gleichen Codierbedingungen. Das ist notwendig, da jeder auftretende Akteur die eine oder die andere Rolle einnehmen kann. Ein Spezifikum liegt vor, wenn Journalisten nicht in ihrer Position als neutrale Berichterstatter auftreten, sondern durch meinungsbetonende und interpretierende Aussagen sich selbst zum Themengegenstand äußern. Dann werden sie vom neutralen Vermittler zum Attributionssender (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 111). Der Attributionsadressat ist der Träger der Verantwortung – entweder für einen Gegenstand, eine Handlung oder eine Entscheidung (vgl. Abb. 42).

Der Attributionsgegenstand als weiteres Element der Trias beschreibt, wofür der AS den AA verantwortlich macht. Eine Übereinstimmung mit dem Hauptthema des untersuchten Artikels ist möglich, aber nicht zwingend notwendig (Gerhards, Of-

ferhaus & Roose, 2007, S. 111). So kann bspw. Tiermehl AG sein, wenn aber die auftretenden AS und AA in einem nachfolgenden Satz die gesundheitlichen Auswirkungen für den Verbraucher thematisieren, ist eine weitere Codierung aufgrund des wechselnden AG notwendig. Eine Attributionsaussage liegt jedoch erst dann vollständig vor, wenn durch eine Attributionsrichtung und eine Bewertung die drei Elemente zueinander in Beziehung gesetzt werden. Der Bezug der Bewertung kann dabei zu einem Gegenstand, einem Verantwortlichen zur Problemlösung oder einem Verursacher bestehen. An dieser Stelle wird deutlich, warum Verantwortung eine soziale Konstruktion ist, denn: „Die Ursache als Gegenstand [kann] unmittelbar auf seinen Verursacher zurückgeführt [werden].“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 113) Differenziert wird zwischen einer *Kausal-* und einer *Zuständigkeitsattribution* (vgl. Abbildung 42). Erstgenannte gliedert sich weiter auf in die *faktische/tatsächliche* und *prognostische/hypothetische* Kausalattribution. In Anlehnung an die Theorie entspringt diese Differenzierung dem prospektiven und retrospektiven Verständnis von Verantwortung (vgl. Kap. 4.2). Sie beschreibt die Aussage, wenn ein AS einen AA als „zukünftig oder vergangen *ursächlich* im Hinblick auf einen Attributionsgegenstand verantwortlich benennt und bewertet“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 113, Herv. im Orig., Anm. d. Verf.). Zusätzlich berücksichtigen die Autoren in ihrem Methodeninstrumentarium den Faktor Zeit. Faktische Kausalattributionen betonen die Verantwortung für ursächliche, vergangene Entscheidungen, prognostische Kausalattributionen beziehen sich auf die möglichen Folgen einer geplanten Handlung. Insgesamt ist die Handlung des AA für das Ergebnis entscheidend. Es geht also weniger um die Gesamtsituation (bspw. widrige Umstände sind schuld für die Wahlniederlage, (vgl. Stiehler, 2000), sondern vielmehr um die einzelnen, konkreten Situationen. Die Entscheidung des ehemaligen Bundesagrarministers Schmidt, im Alleingang die Zustimmung Deutschlands zur Verlängerung der Glyphosat-Zulassung in Europa zu geben, kann hierfür exemplarisch angeführt werden. Die Abbildung 42 fasst das vollständige Codierschema von Gerhards und Kollegen (2007) zusammen.

Die zweitgenannte Form, die Zuständigkeitsattribution, beschreibt die Tatsache, dass ein Akteur aufgrund seiner Zuständigkeit verantwortlich für die Problemlösung eines Sachverhalts ist (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 113). Fordert bspw. der DBV, dass der Bundesagrarminister sich in Brüssel für eine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat einsetzen soll, so schreiben sie Christian Schmidt die Zuständigkeit für die Problemlösung zu, obwohl die Europäische Kommission dieses Problem kausal zu verantworten hat. Bei beiden Formen der Attribution unterscheidet das Modell zusätzlich zwischen der Zuweisung und Zurückweisung einer Attribution, sodass der AS sowohl die Verantwortung für einen AG zuweisen als auch zurückweisen kann (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 115, vgl. Abbildung 42). Die Wertungsdimensionen der Attributionsaussagen als abschließender Zweig des Codierschemas erlauben eine Bewertung, die innerhalb einer Kausalattribution positiv (ein Erfolg wird zugeschrieben), negativ (Misserfolg oder Schuld) oder ambivalent (positive als auch negative Elemente) ausfallen kann. In Bezug auf die Zuständigkeitsverantwortung ist nur eine positive bzw. ambivalente Bewertung möglich, da diese Form der Verantwortung ohnehin Forderungen umfasst, die eine negative Bewertung nicht möglich machen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 115).

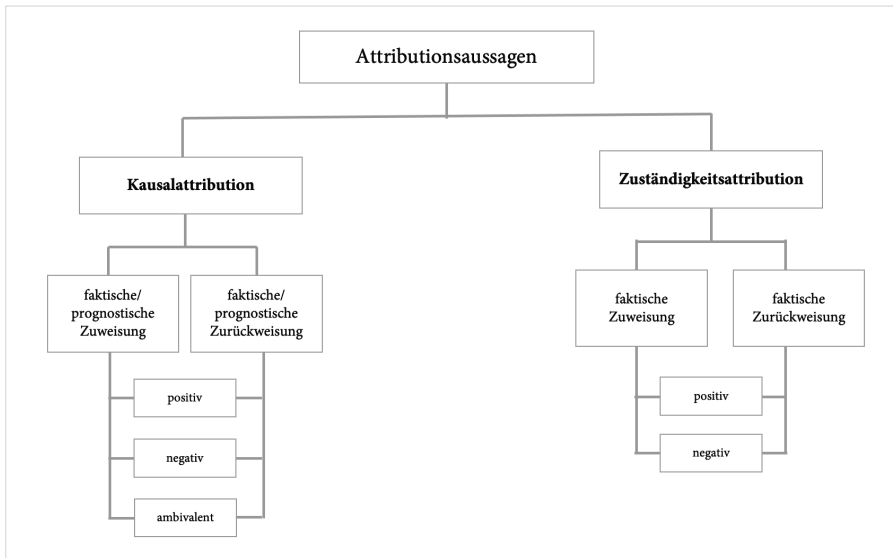


Abbildung 42:

Codierschema zur Analyse von Attributionsaussagen. (In Anlehnung an: Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 116).

11.1.2 Implikationen für das eigene Vorhaben

Um den Verantwortungsbegriff und die damit verknüpften Handlungen einzelner Akteure empirisch greifbar und analysierbar zu machen, haben Gerhards und Kollegen (2007, 2009) ein Forschungsinstrumentarium entwickelt. Bis dato gab es den Autoren zufolge in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung nur zwei Studien, die sich der Herausforderung gestellt haben, „Attributionsaussagen im engeren Verständnis zu erheben und ein entsprechendes Instrumentarium zu entwickeln“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 109). Entsprechend haben sie auf Basis der Verantwortungsrelata (vgl. Kap. 4.4) ein Anwendungskonzept aufgestellt, das es erlaubt, „alle Arten von Verantwortungszuschreibungen identifizieren [zu können]“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 542). Die Vorteile des Konzepts sind offenkundig: Durch ihren erhobenen Anspruch, „themenneutral“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, S. 107) zu sein, ist es problemlos möglich, das Grundgerüst des Instrumentariums zu übernehmen. Zusätzlich profitiert die Arbeit vom quantitativen Ansatz der Methode: Es kann eine große Menge an Zeitungsartikeln der Leitmedien und Agrarpresse untersucht und zugleich eine inhaltlich tiefgehende Analyse auf Aussageebene durchgeführt werden, wie sie sonst vorrangig qualitative Ansätze erlauben. Doch an dieser Stelle wird auch die Komplexität der Codierung sichtbar, die die Autoren selbst als „besonders kompliziert“ beschreiben (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2004, S. 17). Doppelfunktionen von auftretenden Akteuren und die Berücksichtigung der Aushandlungen auf supra- und nationaler Ebene gilt es zu beachten. Um das Ziel der zweiten Teilerhebung zu erreichen, nämlich Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche gesellschaftlichen Akteure in der Verantwortung gesehen wer-

den, wenn es um die BSE-Krise und die Debatte über die verlängerte Zulassung von Glyphosat geht, wird die Verantwortungstrias von Gerhards und Kollegen (2007, 2009) angewendet. Das Forschungsinstrumentarium ist aus Sicht der Autorin im besonderen Maße geeignet. Es berücksichtigt durch die Erhebung von Kausal- und Zuständigkeitsattributionen die Bipolarität des Verantwortungskonzepts und geht durch die Wertungsebene über diese Differenzierung hinaus. Ein Großteil des Konzepts wird von der Autorin übernommen und in die hier vorliegende Inhaltsanalyse eingearbeitet. In Anlehnung an die Verantwortungstrias und das im Theorieteil ausgearbeitete Verständnis von Verantwortung und Verantwortungsrelationen, das der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt, lautet die zentrale Fragestellung der zweiten Teilerhebung der Studie:

A) Wem (das Verantwortungssubjekt) wird (B) wofür (Verantwortungsobjekt) (C) von wem (Attributionssender) (D) inwiefern (Kausalattribution und Zuständigkeitsattribution), positiv (Erfolg), negativ (Misserfolg, Schuld), ambivalent (sowohl positive als auch negative Elemente) ein verantwortliches oder unverantwortliches Handeln attribuiert?

Wie die Verantwortungstrias operationalisiert wird und welche inhaltlichen Verschärfungen vorgenommen werden, wird in den nachfolgenden Kapiteln herausgearbeitet.

11.2 Sampleauswahl und Untersuchungszeiträume

Wie in der Hinführung zur zweiten Teilerhebung bereits erläutert, ist die Kernmethode dieser Untersuchung ebenfalls die Inhaltsanalyse (vgl. Kap. 9.2). Untersuchungsgegenstand ist die Berichterstattung über die Krisen in der deutschen Landwirtschaft in den Leitmedien *SZ* und *FAZ* sowie in den vier exemplarisch ausgewählten Wochenblättern, die zusammenfassend als Agrarpresse betrachtet werden. Das Untersuchungsmaterial speist sich aus dem Pool der gezogenen Stichprobe der Teilerhebung I, denn für eine sinnvolle Anwendung der Attributionstrias eignen sich vorrangig umfassendere journalistische Darstellungsformen und weniger Meldungen, die in Kürze die klassischen W-Fragen beantworten (vgl. Nowak & Altmeppen, 2020, S. 375). Für die Such- und Aufgreifkriterien und die Materialbeschaffung sei dazu an dieser Stelle auf das Kapitel 9.4 verwiesen. Die Teilerhebung II fokussiert zwei der vier exemplarisch ausgewählten Krisen – dazu gehören die BSE-Krise und die Debatte um die verlängerte Zulassung von Glyphosat in der EU. Die Entscheidung für die Krisen und die jeweiligen Untersuchungszeiträume werden folgendermaßen begründet: Die BSE-Krise zeigte dem Verbraucher und dem Leistungssystem Landwirtschaft mit aller Deutlichkeit auf, dass die Produktion von sicheren, gesundheitlich unbedenklichen Nahrungsmitteln nicht so selbstverständlich ist, wie es bis zu dem Zeitpunkt schien. Als am 24. November 2000 das positive Ergebnis eines Zufallstests bekannt wurde, wurden bis dato als verlässlich erschienene Routinen und Methoden außer Kraft gesetzt. Der „Gau der industrialisierten Landwirtschaft“ (Bolesch & Hoffmann, 2000, S. 1), wie die damalige Gesundheitsministerin Fischer die Krise beschrieb, ließ jedoch schnell Fragen sowohl nach der retrospektiven als auch prospektiven Verantwortung aufkommen. Da die BSE-Krise gängige Produktionsmethoden und agrarpolitisch zugelassene Handlungen aufdeckte und hinterfragte, spiegelt sie innerhalb kürzester Zeit die Strukturen der deutschen Landwirtschaft der 1990er Jahre bis zum Krisenausbruch wider. Die Untersuchung der Verantwortungsattributionen in der BSE-Krise macht es also möglich, ein umfassendes Bild des Systems und der Systemstrukturen nachzuzeichnen. Zusätzlich spricht aus forschungspraktischer Perspektive die Berichterstattungsintensität für die BSE-Krise, da über diese insbesondere die Leitmedien deutlich umfangreicher berichtet haben als über die ESP. Um mögliche erste Verantwortungsattributionen gerade in Bezug auf die Zuständigkeit bestimmter Akteure zu erfassen, beginnt der Untersuchungszeitraum am 20. November 2000, wenige Tage vor dem markanten Einschnitt. Während in den Nachbarländern bereits BSE-Fälle aufgetreten sind und auf supranationaler Ebene die Verantwortlichen Handlungsoptionen zur Eindämmung der Seuche diskutieren, hält Deutschland den Status, „seuchenfrei“ zu sein. Es ist zu vermuten, dass aus diesem Grund Fragen nach der Zuständigkeit für die deutsche Seuchenpolitik erst dann in der journalistischen Berichterstattung aufkommen. Mit dem positiven Testergebnis am 24. November 2000 wurden unter Druck politische Handlungsentscheidungen getroffen und sich damit auseinandergesetzt, welche Akteure und Akteursgruppen in der Verantwortung gesehen werden. Der Untersuchungszeitraum endet am

30. Dezember 2000 (vgl. Tabelle 23), denn im zentralen Erkenntnisinteresse der Arbeit steht das gesamte Leistungssystem Landwirtschaft. Die fehlerhaften Strukturen, die sich innerhalb des Systems über Jahre entwickelt haben, wurden unvermittelt mit dem positiven Testergebnis sichtbar. Es ist daher zu vermuten, dass in der Berichterstattung der darauffolgenden Tage und Wochen die Zurechnung von sowohl zukünftiger Kausalität und Verantwortung als auch das „Rede-und-Antwort-Stehen“ für getroffene Entscheidungen agierender Akteure in diesen Zeitraum fallen.

<i>Krise</i>	<i>Untersuchungszeiträume</i>
<i>BSE</i>	20. November 2000–30. Dezember 2000
<i>Glyphosat-Debatte</i>	1. März 2015–30. Dezember 2017

Tabelle 23:

Ausgewählte Untersuchungszeiträume für die Teilerhebung II zur Attribution von Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation.

Als weiterer Untersuchungsgegenstand der Teilerhebung II dient die Debatte um die verlängerte Zulassung von Glyphosat in der EU. Während die BSE-Krise vor allem einen nachhaltigen Umbruch im Leistungssystem Landwirtschaft in Bezug auf Produktions- und Herstellungsmethoden in der Tierhaltung erzielte, liegt der Schwerpunkt hier auf dem Ackerbau. Darüber hinaus ist mit dem politischen Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene in Deutschland eine öffentliche Diskussion um mehr ökologische Nachhaltigkeit, biologische Vielfalt und mehr Umweltschutz auf den Äckern entstanden. Dadurch ist die Debatte im besonderen Maße für die Analyse von Verantwortungsattributionen geeignet, denn zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Zielen und Interessen aus unterschiedlichen Teilsystemen – von der politischen Elite bis hin zu Angehörigen aus der Wissenschaft und Wirtschaft – sind an der Diskussion interessiert und aktiv beteiligt. Zusätzlich spricht aus forschungspraktischer Perspektive und auf Basis der Teilerhebung I die Berichterstattungsintensität der untersuchten Printmedien, die neben der BSE-Krise die umfangreichste Beachtung fand (vgl. Kap. 10.1.1). Darüber hinaus ist die Glyphosat-Debatte von einer Vielzahl einzelner Schlüsselereignisse geprägt, sodass mehrere politische Vorgänge und deren Problemlagen beobachtet und die Konstruktion der Verantwortungszuschreibungen durch die Medien in der Untersuchung berücksichtigt werden können (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 529). Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich aus diesem Grund vom 1. März 2015 bis zum 30. Dezember 2017 (vgl. Tabelle 23). So ist es möglich, dass die politischen Vorgänge der (Wieder-)Zulassungen auf europäischer Ebene und die unterschiedlichen Einstufungen wissenschaftlicher Institutionen zum Gesundheitsrisiko vom Glyphosat berücksichtigt werden können. Insgesamt ergibt sich auf Basis der genannten Untersuchungszeiträume und der gewählten Krisen eine modifizierte Stichprobe von insgesamt 175 Artikeln (BSE-Krise) bzw. 311 Artikeln (Glyphosat-Debatte). Zu berücksichtigen ist, dass in der Untersuchung die Analyseebene wechselt. Als Analyseeinheit dient auf einer ersten Ebene der einzelne Artikel, wenn es um die formalen Kriterien wie das Veröffentlichungsdatum oder die Berichterstattungsform geht. Auf der zweiten Ebene „misst man auf Aussage- oder Aussageträgerebene“ (Brosius, Koschel & Haas, 2016, S. 167). Entsprechend ist die Gesamtsumme in der späteren Auswertung deutlich umfangreicher,

da jede Aussage einzeln codiert wird. Nachfolgend werden die Operationalisierung der Kernelemente und die Entwicklung des Codebuchs erläutert. Wie bereits angekündigt, finden sich inhaltliche Parallelen zur Teilerhebung I, insbesondere in Bezug auf die formalen Variablen und die Argumente für eine quantitative Inhaltsanalyse, sodass diese nicht noch einmal ausführlich geschildert werden.

11.3 Konstruktion des quantitativen Kategoriensystems

Insgesamt umfasst das Codebuch 11 Variablen, die sich in formale und inhaltliche Kategorien unterteilen lassen. Wie bei der Teilerhebung I wurde auch hier durchgängig bei den Variablen und dazugehörigen Ausprägungen mit einer dichotomen ‚kommt vor‘- bzw. ‚kommt nicht vor‘-Form gearbeitet. Die formalen Variablen konzentrieren sich darauf, identifizierende Informationen des codierten Materials zu erhalten. Neben der Artikel-ID und der Überschrift wurde auch für jede codierte Aussage eine ID vergeben, sodass eine klare Zuordnung möglich ist. Zusätzlich wurde die Darstellungsform erfasst. In dieser Codierung wurde jedoch bewusst auf eine detaillierte Aufsplittung verzichtet und lediglich die Auswahl zwischen „berichtend“ oder „kommentierend“ angeboten. Ziel dieser Erfassung ist es, darzulegen, ob sich Attributionsaussagen häufiger in Kommentierungen finden lassen oder besonders Journalisten auch in berichtenden Formen wertende Aussagen treffen. Für die ergebnisreichen Antworten auf diese Frage ist die zweigliedrige Aufspaltung aus Sicht der Autorin ausreichend. Mit dieser Variable schließt die Erhebung der formalen Variablen und damit die Codierung auf Artelebene. Die nachstehende Abbildung 43 stellt zusammenfassend das methodische Vorgehen für die zweite Teilerhebung dar.

Im Codebuch orientieren sich die einzelnen inhaltlichen Kategorien an den Verantwortungselementen. Die Operationalisierung der inhaltlichen Variablen begann deduktiv und wurde induktiv fortgesetzt. Deduktiv bilden die von Gerhards und Kollegen (2004, 2005, 2007) entwickelte Attributionstrias, das von ihnen dazugehörige Forschungsinstrumentarium sowie die in Kapitel 4.4 theoretisch fundierten Verantwortungsrelata (Loh, 2017, Sombetzki, 2014) die Basis. Anhaltspunkte für die Aufnahme einer Aussage in einem Medientext als codierrelevante Attributionsaussage waren, dass sie sich als explizite Aussage (direktes Zitat, in Anführungszeichen) oder als indirektes Zitat (im Konjunktiv) einem Attributionssender zuordnen lassen. Treten Journalisten wertend auf, so konnte auch dies als Attributionsaussage berücksichtigt werden. Voraussetzung ist die eindeutige Identifikation der Attributionstrias in einer wertenden Beziehungskonstellation (Gerhards, Roose & Offerhaus, 2004, S. 24). Sobald sich ein Element der Attributionstrias änderte, wurde eine neue Aussage codiert. In einem ersten Schritt wurden demgemäß die Verantwortungselemente auf Basis der bestehenden Forschung operationalisiert. Die erste Version des Codebuchs enthielt entsprechend je Element der Attributionstrias eine umfassende Beschreibung. Fortgesetzt wurde dieser Prozess mithilfe einer induktiven Verfeinerung. Durch die direkte Arbeit am Untersuchungsmaterial wurde die Kategorienbildung insbesondere der einzelnen Ausprägungen der Verantwortungselemente erleichtert; zugleich konnte das Gütekriterium der Inhaltsvalidität gestützt werden. Je Kategorie wurde zusätzlich die Ausprägung „Sonstiges“ als offene Variable aufgeführt, um eine sichere Erfassung der auftretenden Akteure bzw. Themen zu ermöglichen.

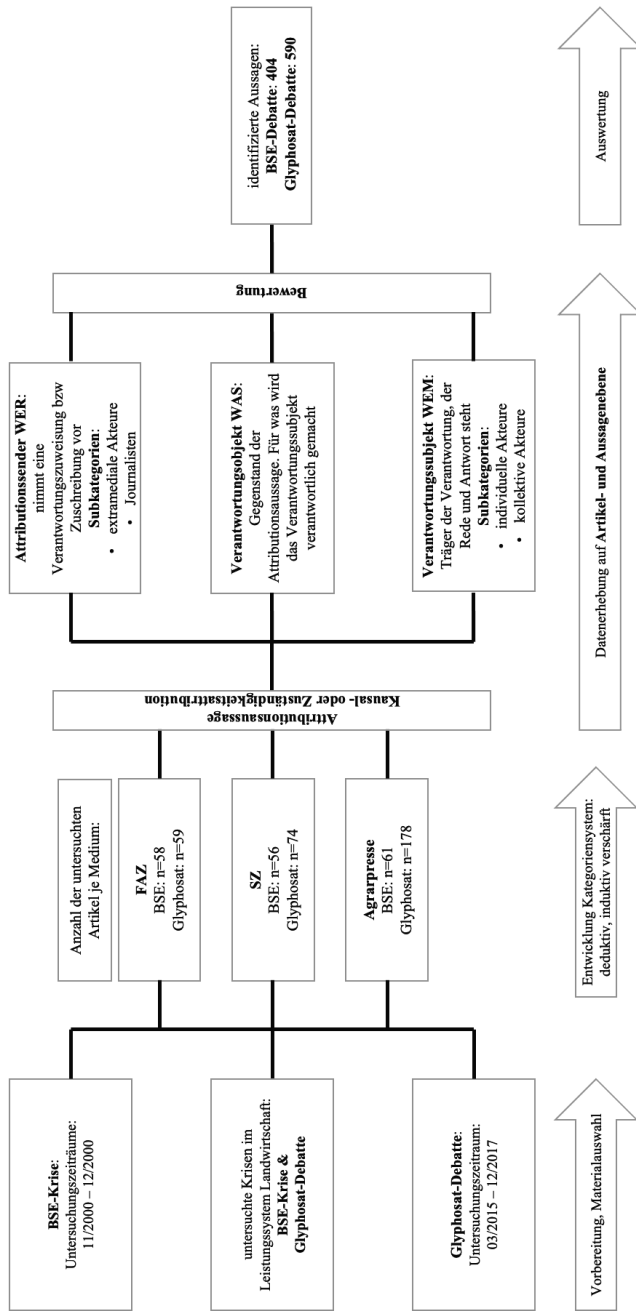


Abbildung 43:

Übersicht über das methodische Vorgehen der Teilerhebung II.

Grundlage für die zwei zentralen Verantwortungselemente, den Attributionssender und das Verantwortungssubjekt, ist die eindeutige Definition eines Akteurs. Orientiert an Gerhards und Kollegen (2004, S. 20–21) bestand der Maßstab darin, dass sich der Akteur in der jeweiligen Aussage durch eine namentliche Nennung oder durch seine Zugehörigkeit zu einem Verband einer politischen Institution oder einem gesellschaftlichen Kollektiv (bspw. die Gruppe der Landwirte) kommunikativ äußert und so klar identifiziert werden konnte. Mögliche Wechsel der Arbeitsrolle bzw. Funktionsrolle einer auftretenden Person (bspw. war Renate Künast innerhalb der BSE-Krise als Bundesministerin tätig und innerhalb der Glyphosat-Debatte Abgeordnete im Bundestag) galt es bei der Codierung zu beachten (vgl. Gerhards, Roose & Offerhaus (2004, S. 19). Die Anhaltspunkte aus der deduktiv-induktiven Operationalisierung machten deutlich, dass zwar eine möglichst genaue Codierung des auftretenden Akteurs erfolgen sollte, jedoch zu viele Ausprägungen den anschließenden Auswertungsprozess durch Recodierungen bzw. Komprimierungen unnötig erschweren (Bracker, 2017, S. 498). Aus diesem Grund war eine Zuordnung bei einer etwas vagen Formulierung wie bspw. „wissenschaftliche Experten“ zur Ausprägung „Wissenschaft“ möglich. Lag ein direkter Bezug zu einer wissenschaftlichen Behörde wie dem BfR vor, wurde BfR codiert. Zusätzlich war es möglich, dass ein Dokument als Akteur fungiert – vorausgesetzt, eine klare Zuordnung zum Verfasser war gegeben. So zum Beispiel: „Die restriktiven Brüsseler Beschlüsse zur Bekämpfung der Europäischen Schweinepest...“ (WW, 1993c, S. 13). Bei Akteuren, die innerhalb der jeweiligen Krise eine Doppelfunktion einnehmen, wie bspw. Christian Schmidt als Bundeslandwirtschaftsminister und zugleich als Mitglied des Europäischen Ministerrates, musste die Codiererin im Medientext interpretieren, in welcher Rolle der Akteur in der Aussage auftritt. Wenn Akteure eine Doppelfunktion innehaben, wie bspw. Mitglied im EU-Ministerrat und zugleich Bundesminister, so galt es, ihre nationale Arbeitsrolle zu codieren (Gerhards, Roose & Offerhaus, 2004, S. 19–20).

In Rückbezug auf die Verantwortungstrias wurde im Codebuch zwischen *Verantwortungssubjekt* und *Attributionssender* differenziert, die als Akteure im geschilderten definitorischen Sinne eindeutig identifiziert werden mussten. Da jeder Akteur mal Attributionssender oder Verantwortungssubjekt sein kann, musste die Codierung der gleichen Systematik folgen. Dazu wurden zwei Variablen entwickelt: Die erste Kategorie widmete sich dem Attributionssender. Die Codiererin stellte sich also bei der Aussagenidentifikation die Frage: „Wer macht wen verantwortlich?“ Theorieleitet wurde der Attributionssender definiert als ein auftretender Akteur, der Handlungen bzw. Nicht-Handlungen, Pflichteinhaltungen sowie zugeschriebene Zuständigkeiten prüft. Als weitere inhaltsanalytische Faktoren wurden Fragen formuliert, die im Codierprozess die eindeutige Identifizierung des Attributionssenders erleichtern sollten, bspw.: „Weist der Akteur *wertend* auf die mit der zugeschriebenen (Berufs-)Rolle verbundenen Verantwortung hin?“ Beim Attributionssender wurde eine grundsätzliche Differenzierung in „Journalist“ als Sender sowie die weiteren „extramedialen Akteure“ vorgenommen, denn sobald sich der Journalist wertend, kommentierend oder meinungsbildend äußert und sich von seiner reinen Berichterstatter-Rolle entfernt, gilt er als Attributionssender (Gerhards, Roose & Offerhaus, 2004, S. 22). Die induktive Fortsetzung der Kategorienentwicklung diente hier vor

allem dazu, um die Ausprägungen der Variable zu bestimmen. So konnte zur Identifizierung des Attributionssender zwischen insgesamt 17 Ausprägungen gewählt werden. Sie erstrecken sich über Akteure auf der (1) supranationalen Ebene (europäische Zulassungsbehörden (ECHA, EFSA), Europäisches Parlament, Europäische Kommission, sonstige Akteure auf europäischer Ebene (bspw. andere Mitgliedsstaaten), (2) Akteure auf politischer Bundesebene (Umwelt-, Landwirtschafts- oder Gesundheitsminister, Bundesregierung, Akteure der Opposition) hin zu (3) Akteuren aus der Landwirtschaft oder Verbraucher in Verbindung mit den dazugehörigen Verbänden.

In einem nächsten Schritt galt es, den Träger der Verantwortung zu identifizieren. Entlang früherer Studien wurde die Variable entwickelt und die definitorische Ableitung des Verantwortungssubjekts vorgenommen. So kann er bspw. für Handlungen/Nicht-Handlungen, retro- und prospektive Verantwortlichkeiten und zugeschriebene Zuständigkeiten verantwortlich gemacht werden. Im Identifikationsprozess stellte sich die Codiererin also die Frage: „Wer macht *wen* für was verantwortlich?“ Zusätzlich wurden Fragen als inhaltsanalytische Indikatoren für die eindeutige Zuordnung gestellt, so zum Beispiel: „Welchem Akteur wird die Zuständigkeit für die Massenschlachtungen von Rindern trotz eines negativen Testergebnisses zugeschrieben?“ Insgesamt standen 23 Ausprägungen zur Verfügung, die ebenfalls durch die induktive Verschärfung entwickelt wurden.

Um die Attributionstrias zu vervollständigen, wurde mit der nächsten Variable das Verantwortungsobjekt erhoben. Die zentrale Frage, die sich die Codiererin stellte, lautete demnach, für was Verantwortung zugeschrieben bzw. übernommen wurde. Grundlegend war, dass das Verantwortungsobjekt einen Bezug zu einer der beiden untersuchten Krise hat. Die Operationalisierung des Gegenstandes entspricht den abgeleiteten Hauptthemen der jeweiligen Krise aus der ersten Teilerhebung. Da diese ebenfalls deduktiv entwickelt und induktiv fortgesetzt wurden, konnten sie für die BSE-Krise und Glyphosat-Debatte übernommen werden. Damit wurde zwar das Risiko eingegangen, dass einzelne Detailprobleme unter dem Schirm eines großen Hauptthemas verschwinden, jedoch hätte eine zu detaillierte Themenauswahl je Krise zusätzlich den Auswertungsprozess erschwert.

Da eine vollständige Attributionsaussage erst dann vorliegt, wenn die bewertende Beziehungsrelation bestimmt wurde, galt es im nächsten Schritt, die Art der Aussage zu codieren. Hier wurde die Operationalisierung der Kausal- bzw. Zuständigkeitsattribution von Gerhards und Kollegen (2004, S. 35–38) übernommen. Entscheidend war im weiteren Verlauf die Bewertung der Verantwortungsattribution, da sie nicht nur in hohem Maße das Bild des jeweiligen Akteurs in der Öffentlichkeit beeinflusst, sondern durch sie die Attributionsaussage erst vollständig war. Es wurde zwischen positiven, also erfolgzuschreibenden, negativen, also misserfolgzuschreibenden und ambivalenten Bewertungen differenziert. Die Bewertung konnte sich dabei sowohl auf das Verantwortungsobjekt als auch auf das Verantwortungssubjekt beziehen. Weist also bspw. die Gesundheitsministerin Fischer den Landwirten die Schuld für den Ausbruch der Seuche zu, weil sie Tiermehl verfüttert haben, so handelt es sich um die Zuweisung einer faktischen Kausalattribution mit einer negativen Bewertung.

11.4 Codierablauf

Insgesamt wurden von der Autorin und alleinigen Codiererin der Teilerhebung 486 Artikel nach den Vorgaben im Kategoriensystem codiert. Nach einem Pretest wurden etwaige Verfeinerungen und Anpassungen vor allem in den Variablen zum Attributionsender und zum Verantwortungssubjekt vorgenommen wie bspw. Ergänzungen von Namen und Personen inkl. ihrer Berufsrolle. Zusätzlich zeigte der Pretest auf, dass eine Differenzierung der Gruppe „Landwirte“ in konventionell und ökologisch wirtschaftende Betriebe weniger zielführend ist, da dazu in den Artikeln im Pretest nur äußerst selten Angaben gemacht wurden. Vielmehr fanden sich Formulierungen wie „der Landwirt & Personennamen“. Auf eine Unterteilung wurde daher verzichtet. So sollte die Zuordnung im Codierprozess selbst vereinfacht werden. Die Ausarbeitung des von der Autorin entwickelten Kategoriensystems und die Erhebung fanden in einem eng aneinandergeknüpften Zeitraum statt. Die häufig angeführten Faktoren, die die Reliabilität beeinflussen können, wie die eintretenden „Reifungsprozesse“ (Brosius, Haas & Koschel, 2016, S. 52) der Codiererin, wurden aufgrund des begrenzten Zeitrahmens als sehr geringfügig eingeschätzt. Auch mögliche „Zufallsfehler“ (Brosius, Haas & Koschel, 2016, S. 52), die durch plötzliche Veränderungen äußerlicher Rahmenbedingungen auftreten können, wurden weitestgehend ausgeschlossen, da keine Abhängigkeiten von Befragten oder anderen Codierern bestanden. Aus den genannten Gründen hat die Autorin daher bei dieser zweiten Teilerhebung auf die Prüfung der Intracoder-Reliabilität verzichtet⁶².

Zu Beginn jeder Codierung wurde der Artikel zunächst vollständig gelesen und ihm eine Artikel-ID zugewiesen. Danach wurden alle weiteren formalen Merkmale erfasst. Mit einem Marker wurde der Artikel sodann ein zweites Mal gelesen und die auftretenden Akteure in ihrer möglichen Rolle als Verantwortungssubjekt bzw. Attributionssender gekennzeichnet. Dadurch konnten erste Ankerpunkte gesetzt werden. In einem weiteren Lesedurchlauf wurden die jeweiligen Verantwortungsobjekte und die Bewertungsmaßstäbe identifiziert. Im daran anschließenden Durchgang wurden die einzelnen Elemente der Attributionstrias eindeutig identifiziert bzw. zugeordnet und nach dem Codierschema in die SPSS-Maske übertragen. Sobald sich ein Element innerhalb einer Attributionsaussage änderte, wurde eine neue Aussage erfasst und die fortlaufende Aussage-ID vergeben. Durch diesen aufbauenden Prozess sollte garantiert werden, dass eine erschöpfende Erfassung der Attributionsaussagen in jedem Artikel erfolgt. Insgesamt konnten in den ausgewählten Zeiträumen in der BSE-Krise 404 Attributionsaussagen, in der Glyphosat-Debatte 590 Attributionsaussagen identifiziert werden.

62 Für die Ausführungen zu den allgemeinen Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Studie sei an dieser Stelle auf das Kapitel 9.7 im Methodenkapitel der Teilerhebung I verwiesen.

11.5 Hinweise zur Auswertung

Die Auswertung der Teilerhebung II erfolgte ebenfalls mit der Statistiksoftware SPSS. Sie agiert ausschließlich auf deskriptiver Ebene, sodass keine möglichen Signifikanzen ausgewiesen wurden. Darüber hinaus sei darauf verwiesen, dass die Ergebnispräsentation der drei Kernelemente einer Attributionsaussage medienübergreifend erfolgt, denn das Ziel besteht darin, einen Einblick darüber zu bekommen, welchen Akteuren ein Misserfolg bzw. Erfolg attribuiert wird. Im Zentrum steht also nicht der Medienvergleich, sondern die Aussagenstärke über Attributionsprozesse in den Medien allgemein. Die Auswertung gestaltete sich folgendermaßen: Anhand des Kategoriensystems wurden zunächst auf Artekelebene die formalen Variablen ausgewertet. Danach folgte die Auswertung auf Aussagenebene, um die Attributionstrias in den einzelnen Artikeln zu erfassen. Hierbei ist weniger entscheidend, in welchem Artikel welche Aussage stand, sondern vielmehr die Entwicklung der untersuchten Krisen und dominierenden Verantwortungszuschreibungen über den gesamten Zeitraum hinweg (Bracker, 2017, S. 399; Früh, 2017, S. 200). Im Auswertungsprozess stellte sich heraus, dass eine Verdichtung der codierten Akteure zu übergeordneten Akteursgruppen deutlich zielführendere Aussagen über die Verantwortungszuschreibungen erlaubt. So bilden bspw. die Bundesregierung, die vier Bundesminister, Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke, Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt sowie Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und die nationale Opposition die Gruppe „Politik Bundesebene“. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament wurden zur Gruppe „Politik Europaebene“ zusammengefasst. Auch die einzelnen Industriezweige wie bspw. die Futtermittel- und Fleischindustrie wurden kombiniert. Mit dem Bewusstsein, dass dadurch einzelne direkte Verantwortungszuschreibungen verloren gehen, hat sich die Autorin dennoch für die Gruppenbildung entschieden, um ein klares Bild über das verantwortliche bzw. unverantwortliche Handeln im Leistungssystem Landwirtschaft nachzeichnen zu können. In der im nächsten Kapitel folgenden Ergebnispräsentation werden daher die Attributionssender und Verantwortungssubjekte auf einer übergeordneten Ebene auch medienübergreifend betrachtet. In Bezug auf die aufgestellten Annahmen erfolgt hierauf jedoch die Aufsplittung in die einzelnen Akteure. Bereits an dieser Stelle sei der Hinweis gegeben, dass teilweise geringe Fallzahlen vorliegen, sodass die Ergebnisse mit der gebotenen Vorsicht in den Gesamtkontext eingeordnet werden sollten.

12 Ergebnispräsentation Teilerhebung II

12.1 Wer trägt die Verantwortung in der BSE-Krise?

Die nachfolgenden Kapitel dienen dazu, die Ergebnisse der zweiten Teilerhebung vorzustellen. Ziel es ist es, anhand der Verantwortungsrelationen darzulegen, wem in der öffentlichen Kommunikation innerhalb der BSE-Krise bzw. Glyphosat-Debatte für unterschiedliche Verantwortungsobjekte – positiv oder negativ bewertet – die Verantwortung von einem bestimmten Akteur bzw. einer Akteursgruppe attribuiert wird. Die Ergebnisse werden in Anlehnung an die Verantwortungsrelata und chronologisch – beginnend mit der BSE-Krise – präsentiert.

12.1.1 Allgemeine Merkmale der Verantwortungsattributionen

Die 175 Artikel verteilen sich zu fast gleichen Teilen auf die *SZ* ($n = 56$), *FAZ* ($n = 58$) sowie die Agrarpresse ($n = 61$). In Bezug auf die Häufigkeiten der Attributionsaussagen zeichnet sich ein ähnliches Bild ab, wobei in den Leitmedien insgesamt 267 Verantwortungszuschreibungen und in der Agrarpresse 137 Aussagen identifiziert wurden. Für die insgesamt vier untersuchten regionalen Wochenblätter scheint die Anzahl gering, jedoch muss beachtet werden, dass durch die Eingrenzung auf den Untersuchungszeitraum insgesamt sechs Ausgaben je Wochenblatt berücksichtigt wurden und nicht wie bei den Leitmedien die tägliche Berichterstattung.

Überprüfung Annahme I

Im Rahmen dieser allgemeinen Strukturmerkmale wird ein Blick auf die Berichterstattungsform gelegt, in der die Attributionsaussagen identifiziert werden konnten. Hier stechen vor allem die berichtenden Artikel heraus, in denen mehr als die Hälfte aller Attributionsaussagen (59,2 Prozent, $n = 239$) getroffen werden. Auf kommentierende Darstellungsformen wie Leitartikel und Kommentare fallen rund 40 Prozent ($n = 165$) der Attributionsaussagen. Die Annahme I nimmt an, dass die Verantwortungszuschreibungen, die von Journalisten ausgehen, vorrangig in meinungsbasierten und weniger in den faktenorientierten Darstellungsformen vorzufinden sind. Dies kann auf Basis der bestehenden Erkenntnisse knapp bestätigt werden: Über 85 Prozent ($n = 123$) der Attributionsaussagen, in denen der Journalist als Sender auftritt, finden sich in kommentierenden Darstellungsformen und rund 15 Prozent ($n = 21$) in Berichten (vgl. Tabelle 24).

<i>Darstellungsform</i>	<i>Journalist als Attributionssender</i>
<i>Bericht</i>	14,6 (21)
<i>Kommentar/Leitartikel</i>	85,4 (123)

Tabelle 24:

Verantwortungszuschreibungen der Journalisten in fakten- und meinungsorientierter Darstellung ($n = 144$, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Weitere allgemeine Strukturmerkmale

In der Berichterstattung zur BSE-Krise dominieren mit 72,8 Prozent ($n = 294$) die kausalen Verantwortungszuschreibungen, die sich auf vergangene sowie zukünftige Ereignisse beziehen. Die Hälfte der Aussagen (49,3 Prozent, $n = 199$) entspricht einer faktischen Kausalattribution, bei der das Verantwortungssubjekt als tatsächlich verantwortlich benannt wird (vgl. Abbildung 44). Aussagen darüber, ob möglicherweise die thematisierten Aktionen bzw. Handlungen des Verantwortungssubjekts zu einem Erfolg bzw. Misserfolg führen, spielen nur eine untergeordnete Rolle (8,4 Prozent, $n = 34$). Darüber hinaus treten Zurückweisungen von zugeschriebenen Verantwortlichkeiten in den Hintergrund (15,1 Prozent, $n = 61$). Aussagen, die die Zuständigkeit eines Verantwortungssubjekts in Bezug auf ein bestimmtes Verantwortungssubjekt umfassen und seine Handlung einfordern, liegen ausschließlich als faktische Attributionen (27,2 Prozent, $n = 110$) vor. Aussagen, in denen aus Sicht des Attributionssenders das Verantwortungssubjekt die Handlung nicht vollziehen sollte (fakt. Zurückweisung), konnten nicht identifiziert werden (vgl. Abbildung 44).

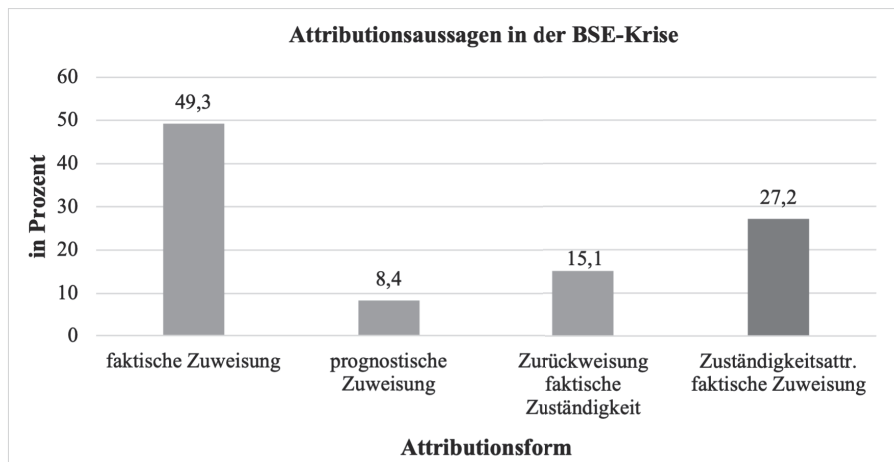


Abbildung 44:

Allgemeine Übersicht über die Verteilung der Attributionsaussagen. Angaben in Prozent ($n = 404$); Kausalattributionen ($n = 294$), Zuständigkeitsattributionen ($n = 110$).

Doch allein die Art der Attribution sagt noch nicht viel aus. Interessant und vollständig wird die Aussage erst mit der Bewertungsrichtung, die angibt, ob das Verantwortungssubjekt für seine Handlung positiv, ambivalent oder negativ bewertet wird⁶³ (vgl. Tabelle 25). An dieser Stelle können bisherige Forschungsergebnisse zu Verantwortungs-

63 Es gilt zu beachten, dass die Zurückweisung von negativ bewerteten vorliegenden oder prognostizierenden Handlungsergebnissen für das Verantwortungssubjekt insgesamt eine positive Attribution beschreibt (Zurückweisung eines Misserfolgs). Die Zurückweisung von positiv bewerteten vorliegenden oder prognostizierenden Handlungsergebnissen meint für das Verantwortungssubjekt insgesamt eine negative Attribution (kein Erfolg).

attributionen in der öffentlichen Kommunikation in Teilen bestätigt werden, wonach weniger gelobt wird, sondern kritische Äußerungen überwiegen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 544; Roose, Sommer & Scholl, 2018, S. 70).

<i>Attributionsaussagen (n = 404)</i>		
<i>Bewertung</i>	<i>Kausalattribution</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Positiv</i>	28,3 (83)	89,1 (98)
<i>Negativ</i>	55,7 (164)	entfällt
<i>Ambivalent</i>	15,9 (47)	10,9 (12)
Gesamt	72,8 (294)	27,2 (110)

Tabelle 25:

Verteilung der Attributionsaussagen nach Art. Unterteilung in Kausal- oder Zuständigkeitsattribution. (n = 404 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Werden zunächst die Kausalattributionen betrachtet, so dominieren negative Bewertungen (55,7 Prozent, n = 164), die sich auf vergangene oder zukünftige Handlungen des Verantwortungssubjekts beziehen. Im Vergleich dazu scheint auf den ersten Blick der Anteil der positiven Kausalattributionen hoch (28,3 Prozent, n = 83) (vgl. Tabelle 25). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass 60,2 Prozent (n = 50) der Aussagen in dieser Kategorie einer negativ bewerteten Zurückweisung entsprechen (vgl. Tabelle 26). Die Attributionssender haben also innerhalb der BSE-Krise nicht nur getadelt, sondern auch zugeschriebene Misserfolge korrigiert und diese als Erfolg gewertet. Darüber hinaus wurden bei den Kausalattributionen ebenso ambivalente Bewertungen vorgenommen, wonach das Handlungsergebnis des Verantwortungssubjekts sowohl Vor- als auch Nachteile birgt (vgl. Tabelle 26).

<i>Art der Attribution (n = 404)</i>	<i>Bewertung</i>			<i>Gesamt</i>
	<i>+</i>	<i>-</i>	<i>+/-</i>	
<i>faktische Zuweisung</i>	31,3 (26)	95,1 (156)	36,1 (17)	67,6 (199)
<i>prognostische Zuweisung</i>	8,4 (7)	3,6 (6)	44,6 (21)	44,6 (21)
<i>Zurückweisung faktische Zuweisung</i>	60,2 (50)	1,2 (2)	19,1 (9)	20,7 (61)
<i>Gesamt Kausalattribution</i>	100,0 (83)	100,0 (164)	100,0 (47)	100,0 (294)
<i>faktische Zuständigkeit</i>	89,1 (98)	entfällt	10,9 (12)	100,0 (110)

Tabelle 26:

Verteilung der Attributionsaussagen nach Art und der damit einhergehenden Bewertung. (n = 404 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Wenn es um die Zuständigkeit des Akteurs geht, überwiegen in logischer Konsequenz die positiven Bewertungen (89,1 Prozent, n = 98, vgl. Tabelle 25), da die Zuständigkeit des Verantwortungssubjekts eingefordert wird. Innerhalb der BSE-Krise schreiben sich so zusammenfassend betrachtet die in der öffentlichen Kommunikation auftretenden Akteure und Akteursgruppen vor allem Schuldzuweisungen und Kritik zu oder weisen diese zurück. Positive Äußerungen sucht man vergebens.

Allgemeine Strukturmerkmale über die Attributionssender und Verantwortungssubjekte

Als weiteres zentrales Element in den allgemeinen Merkmalen zur Verantwortungsattribution in der BSE-Krise sollen nun die Attributionssender und Verantwortungssubjekte in den Blick genommen werden. Die codierten Akteure, die sich an der öffentlichen Kommunikation über Problemfelder in der Krise beteiligt haben, wurden hierzu in übergeordneten Gruppen zusammengefasst. So ist es möglich, einen ersten Überblick über die Verteilung und Stärke der jeweiligen Gruppe als Sender bzw. Empfänger der Verantwortungszuschreibung zu erhalten (vgl. Tabelle 27). Die Ergebnisse zeigen klar, dass über ein Drittel der Aussagen (35,6 Prozent, $n = 144$) von Journalisten als Sender ausgeht. Darauf folgen Sprecher aus der Politik auf Bundesebene (28,2 Prozent, $n = 114$) sowie die Gruppe der Landwirte (15,8 Prozent, $n = 64$), die ebenso landwirtschaftliche Verbände und Organisationen umfassen. Akteure, die für die Gruppe der Verbraucher sprechen, treten in kaum nennenswerter Weise auf (1,7 Prozent, $n = 7$). Auch Akteure aus dem Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich (beide 6,4 Prozent, $n = 26$) kommen als Sender von Attributionen selten vor (vgl. Tabelle 27).

zusammengefasste Akteursgruppen	Verantwortungsrelation	
	Attributionssender	Verantwortungssubjekt
Politik Bundesebene	28,2 (114)	54,5 (220)
Politik Europaebene	5,6 (23)	12,9 (52)
Landwirte	15,8 (64)	12,1 (49)
Wirtschaft	6,4 (26)	5,9 (24)
Wissenschaft	6,4 (26)	3,2 (13)
Medien	35,6 (144)	1,5 (6)
Verbraucher	1,7 (7)	9,9 (40)
Gesamt	100,0 (404)	100,0 (404)

Tabelle 27:

Verteilung der Verantwortungsattributionen je zusammengefasster Akteursgruppen in ihrer Rolle als Attributionssender oder Verantwortungssubjekt ($n = 404$, in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Deutliche Verschiebungen zeigen sich im Hinblick auf die Verantwortungssubjekte: Die Attributionsaussagen und Zuständigkeitszuschreibungen richten sich zu über 50 Prozent ($n = 220$) an die Akteure aus der Gruppe der Politik auf Bundesebene (vgl. Tab. 27). Dabei muss beachtet werden, dass sich diese Gruppe aus u. a. der Bundesregierung, dem Bundeslandwirtschaftsminister sowie der Bundesgesundheitsministerin zusammensetzt. Detailliert wird darauf in Kapitel 12.1.1 eingegangen. Die Gruppe der Verbraucher findet als Verantwortungsadressat mehr Berücksichtigung (9,9 Prozent, $n = 40$), wohingegen die Akteure aus der Gruppe der Wirtschaft wie bspw. die Futtermittelindustrie in den Hintergrund rücken (5,9 Prozent, $n = 24$).

Allgemeine Strukturmerkmale zu den Verantwortungsobjekten

Als Dreh- und Angelpunkt innerhalb des gesamten Aushandlungsprozesses kann das Verantwortungsobjekt gelten, da durch ihn der Attributionssender und das Verantwortungssubjekt zusammenkommen. Zur Erinnerung: Verantwortungsobjekte stehen vorrangig in Bezug zu Verantwortungswahrnehmungen, also Handlungen, Handlungsfolgen, Handlungsergebnissen sowie Handlungskonsequenzen, die in ihrer Bewertung als verantwortlich bzw. unverantwortlich beschrieben werden können. Darüber hinaus kann auf die mit der Berufsrolle zusammenhängenden Zuständigkeiten von den Attributionssendern aufmerksam gemacht werden. Innerhalb der öffentlichen Kommunikation über die BSE-Krise dominiert im ausgewählten Untersuchungszeitraum das „Tiermehl“ (27,5 Prozent, $n = 111$). Es folgen „politische Handlungsmaßnahmen“ (25,5 Prozent, $n = 103$), die bspw. BSE-Schnelltests sowie die Finanzierung der Folgekosten und die Etikettierungspflicht von Rindfleisch umfassen (vgl. Abbildung 45). „Gesundheitliche Risiken und Verbraucherschutz“ beschreiben u. a. die Bedrohung der Lebensmittelsicherheit und die möglichen Gefährdungen für die Gesundheit, allerdings rücken sie mit einem Anteil von rund 20 Prozent ($n = 82$) weiter in den Hintergrund. Mit der Kategorie „ökonomische Folgen“ (8,2, $n = 33$) schließt ein Verantwortungsobjekt an, das vor allem die Folgen der BSE-Krise für die Landwirte, wie finanzielle Einbußen durch den Einbruch des Rindfleischmarktes oder auch das damit eng verknüpfte Import- und Exportverbot, berücksichtigt. Die infolge des ersten positiven BSE-Befunds bei einem in Deutschland geborenen Rind angestrebte „Agrarwende“ (15,6 Prozent, $n = 63$) stellt ein weiteres Verantwortungsobjekt dar, für das Verantwortung zugeschrieben wird. Nur sporadisch genannt wird die Kategorie „Wissenschaft & Forschung“ (2,7 Prozent, $n = 11$), in der insbesondere Einordnungen, inwiefern BSE mit der vCJK zusammenhängt, fokussiert werden. Die Kategorie „Rücktritte der Bundesminister Funke und Fischer“ wurde aufgenommen, da mögliche Rücktrittsforderungen als Verantwortungsobjekt an dieser Stelle codiert werden konnten, die jedoch keine nennenswerte Berücksichtigung fanden (0,2 Prozent, $n = 1$). Dies ist aber vor allem auf den gewählten Untersuchungszeitraum zurückzuführen (vgl. Abb. 45).

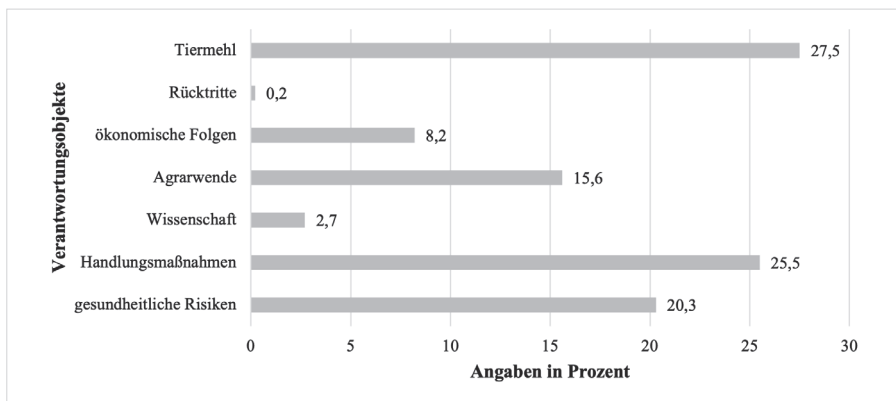


Abbildung 45:

Übersicht über die Verantwortungsobjekte in der BSE-Krise. (Angaben in Prozent).

Die bisher geschilderten Befunde machen deutlich, dass auch in der BSE-Krise die typischen Mechanismen der öffentlichen Kommunikation greifen: Die Frage nach der Verantwortlichkeit und die gegenseitigen Schuldzuweisungen der auftretenden Akteursgruppen dominieren die Berichterstattung. Hervorhebungen erfolgreicher Handlungen finden keinen Platz. Forderungen nach der Zuständigkeit bestimmter Verantwortungssubjekte sind im Vergleich zu den kausalen Zuweisungen unterrepräsentiert, und wenn diese auftreten, werden sie vor allem in der Agrarpresse geäußert. Wie sich das Attributionsverhalten der individuellen und kollektive Akteure im Einzelnen gestaltet, ist Gegenstand der nachfolgenden Kapitel.

12.1.1.1 Verantwortungssubjekte und Attributionssender

An dieser Stelle sollen die bisher gruppenspezifisch betrachteten Verantwortungssubjekte und Attributionssender detaillierter erläutert werden. Um die Ergebnispräsentation zu vereinfachen und Dopplungen zu vermeiden, stehen zunächst die Verantwortungssubjekte im Mittelpunkt, bevor im Anschluss die Attributionssender in Verbindung mit der Überprüfung der aufgestellten Annahmen vorgestellt werden.

Spezifische Betrachtung der Verantwortungssubjekte

Von Interesse ist zunächst, zu schauen, wer bzw. welche Akteure als zentrale Träger der Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation über die BSE-Krise identifiziert werden können. Hier wurde bereits beim ersten Überblick deutlich, dass insbesondere die Gruppe der Politik auf Bundesebene in das Zentrum rückt. Welche einzelnen Akteure aus dieser Gruppe den Ergebnissen zufolge Rede und Antwort stehen müssen, zeigt Tabelle 28 auf. Eindeutig ist die Bundesregierung, die über ein Drittel aller Attributionsaussagen (35,1 Prozent, $n = 142$) auf sich vereint, innerhalb der BSE-Krise die hauptverantwortliche Akteursgruppe. Negative Schuldzuschreibungen bestimmen dabei den Tenor in der öffentlichen Kommunikation, wenn die Bundesregierung – unabhängig vom Attributionssender – als Verantwortungssubjekt angesprochen wird (31,6 Prozent, $n = 45$, vgl. Tabelle 29). Darüber hinaus wird der Bundesregierung als kollektive Akteursgruppe in einem Viertel aller Aussagen, die sich auf sie beziehen, die Zuständigkeit für ein Verantwortungsobjekt zugeschrieben (25,3 Prozent, $n = 36$). Positive Bewertungen ihrer vergangenen und zukünftigen Handlungen wurden in insgesamt 29 Aussagen (20,4 Prozent) geäußert (vgl. Tabelle 29). Es zeigt sich also, dass bei der Bundesregierung als kollektive Akteursgruppe die Negativattributionen für ihr politisches Handeln dominieren und ihre Zuständigkeit eingefordert wird.

Der spezifische Blick auf die zwei Kabinettsmitglieder und in der BSE-Krise vermeintlichen Hauptakteure, der damalige Bundesminister für Landwirtschaft Karl-Heinz Funke und die Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer, zeigt überraschende Ergebnisse. Im Vergleich zur Bundesregierung werden sie als Verantwortungssubjekt selten für eine Handlung verantwortlich gemacht, ebenso wenig wie ihnen die Zuständigkeit attribuiert wird. Gerade einmal 33 Aussagen (Bundeslandwirtschaftsminister, 8,2 Prozent) bzw. 22 Aussagen (Bundesgesundheitsministerin, 5,4 Prozent) aus der gesamten Gruppe der Politik auf Bundesebene richten sich direkt an sie (vgl. Tab. 28).

Gruppen	Verantwortungssubjekte	
	Teilakteure	Verteilung
Bundesebene	Bundeslandwirtschaftsminister	8,2 (33)
	Bundesgesundheitsminister	5,4 (22)
	Bundesregierung	35,1 (142)
	Opposition	0,0 (0)
	politische Akteure auf Landesebene	5,7 (23)
	Gesamt	54,5 (220)
Europaebene	Europäische Kommission	9,9 (40)
	andere europäische Regierungen	3,0 (12)
	Gesamt	12,9 (52)
Landwirte	Landwirte	10,9 (44)
	landwirtschaftliche Verbände/ Organisationen	1,2 (5)
	Gesamt	12,1 (49)
Verbraucher	Verbraucher	9,9 (40)
	Verbraucherverbände	0,0 (0)
	Gesamt	9,9 (40)
Wirtschaft	Futtermittelindustrie	3,7 (15)
	Lebensmittelindustrie	1,0 (4)
	Fleischwirtschaft	1,2 (5)
	Gesamt	5,9 (24)
Wissenschaft	Wissenschaft (Bundesinstitute, Universitäten, Bundesämter)	3,2 (13)
	BfR	0,0 (0)
	Gesamt	3,2 (13)
Medien	Medien (gesamt)	1,5 (6)
	Gesamtsumme	100,0 (404)

Tabelle 28:

Spezifische Betrachtung der Teilakteure als Verantwortungssubjekte in den gebildeten Akteursgruppen (n = 404 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Wird ergänzend ein Blick auf die Bewertungen der Aussagen geworfen (vgl. Tabelle 29), gingen die Vorüberlegungen davon aus, dass gerade die politischen Akteure auf Bundesebene mit zugeschriebenen Misserfolgen konfrontiert werden und besonders der Bundeslandwirtschaftsminister Funke für seine Handlungen und Handlungsentscheidungen kritisiert wird. Dies kann von den empirischen Ergebnissen bestätigt werden, wobei diese aufgrund der geringen Fallzahlen mit Vorsicht betrachtet werden müssen: 66,6 Prozent (n = 22) aller Aussagen, die sich an Karl-Heinz Funke richten, attribuieren ihm einen Misserfolg. Zuständigkeitszuschreibungen sind in einem nicht nennenswerten Umfang vorhanden (n = 2).

<i>Bewertung</i>	<i>Kausalattribution</i>			<i>Zuständigkeitsattribution</i>		<i>Gesamt</i>
<i>Verantwortungssubjekt: Politik Bundesebene</i>	<i>+¹</i>	<i>-²</i>	<i>+/³</i>	<i>+⁴</i>	<i>+/-⁵</i>	
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	18,1 (6)	66,6 (22)	9,0 (3)	3,0 (1)	3,0 (1)	15,0 (33)
<i>Bundesgesundheitsminister</i>	27,2 (6)	59,0 (13)	0,0 (0)	13,6 (3)	0,0 (0)	10,0 (22)
<i>Bundesregierung</i>	20,4 (29)	31,6 (45)	17,6 (25)	25,3 (36)	4,9 (7)	64,5 (142)
<i>Opposition</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>politische Akteure auf Landesebene</i>	26,0 (6)	43,4 (10)	4,3 (1)	26,0 (6)	0,0 (0)	10,4 (23)
Gesamt	21,3 (47)	40,9 (90)	13,1 (29)	20,9 (46)	3,6 (8)	100,0 (220)

Tabelle 29:

Die Gruppe der „Politik auf Bundesebene“ als Verantwortungssubjekt und die Bewertung der Attributionen (n = 220 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

- 1 Positive Kausalattributionen (+) sind Zuschreibungen von positiv bewerteten vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnissen sowie die Zurückweisung von negativ bewerteten vergangenen oder gegenwärtigen Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnissen.
- 2 Negative Kausalattributionen (-) sind Zuschreibungen von negativ bewerteten vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnissen sowie die Zurückweisung von positiv bewerteten vergangenen oder gegenwärtigen Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnissen.
- 3 Ambivalente Kausalattributionen (+/-) sind Zuschreibungen, die sowohl negative als auch positiv bewertete vergangene, gegenwärtige oder zukünftige Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnissen umfassen sowie die Zurückweisung einer Bewertung, die weder Vor- noch Nachteile birgt und sich auf vergangene oder gegenwärtige Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnisse bezieht.
- 4 Positive Zuständigkeitsattributionen (+) beschreiben die Forderung oder Bestätigung einer Zuständigkeit (der Akteur ist in Bezug auf das Verantwortungsobjekt zuständig).
- 5 Ambivalente Zuständigkeitsattributionen (+/-) beschreiben, dass der Akteur zuständig sein soll, was weder Vor- noch Nachteile hat.

Es wird klar, dass er für seine Handlungen in der öffentlichen Kommunikation kaum positives Feedback erhält (18,1 Prozent, n = 6). Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Bundesgesundheitsministerin Fischer ab, der ebenfalls vorrangig negative Attributionen zuteilwerden (59,0 Prozent, n = 13). Es ist zu vermuten, dass innerhalb der öffentlichen Kommunikation weniger direkte Verantwortungszuschreibungen erfolgen, sondern pauschalisiert der Bundesregierung als Akteursgruppe die Schuld bzw. Zuständigkeit für den Erfolg bzw. Misserfolg zugeschrieben wird. Die Opposition und politische Akteure auf der Landesebene sind als

Verantwortungssubjekte weniger von Relevanz, da von ihrer Position eine geringere Handlungsmacht ausgeht und sie selbst in ihrer Rolle eher das Handeln der regierenden Akteure kritisieren. Werden jedoch Ministerpräsidenten oder Landesminister für Gesundheit und Landwirtschaft direkt als Verantwortungssubjekte angesprochen, so dominiert die negative Bewertungsrichtung (43,4 Prozent, n = 10, vgl. Tabelle 29, vorherige Seite).

Dass in der BSE-Krise die Europäische Kommission aufgrund der längeren Vorgeschichte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union auch nach dem ersten BSE-Fall eines in Deutschland geborenen Rindes eine Rolle spielt, ist zu erwarten. Medienübergreifend wird ihr in der Gruppe „Politik Europaebene“ in 40 Aussagen (76,9 Prozent) die Verantwortung bzw. die Zuständigkeit für einen bestimmten Sachverhalt attribuiert. Dabei dominieren in knapp der Hälfte aller Aussagen (47,5 Prozent, n = 19) negative Kausalattributionen. Schuldzuweisungen stehen demnach auch bei der Europäischen Kommission im Vordergrund, wobei ihr zugleich in einem Drittel der Aussagen (n = 12) die Zuständigkeit für bestimmte Verantwortungsobjekte zugeschrieben wird (vgl. Tabelle 30). Andere europäische Regierungen, wie bspw. England als „Hotspot“ der BSE-Krise, spielen als Verantwortungssubjekt insgesamt betrachtet eine untergeordnete Rolle, wobei ihnen überwiegend Misserfolge attribuiert werden.

<i>Bewertung</i>	<i>Kausalattribution</i>			<i>Zuständigkeit-attribution</i>		<i>Gesamt</i>
<i>Verantwortungssubjekt: Politik Europaebene</i>	+	-	+/-	+	+/-	
<i>Europäische Kommission</i>	15,0 (6)	47,5 (19)	7,5 (3)	30,0 (12)	0,0 (0)	76,9 (40)
<i>Europäische Regierungen</i>	0,0 (0)	75,0 (9)	0,0 (0)	25,0 (3)	0,0 (0)	23,0 (12)
Gesamt	11,5 (6)	53,8 (28)	5,7 (3)	28,8 (15)	0,0 (0)	100,0 (52)

Tabelle 30:

Die Gruppe der „Politik auf Europaebene“ als Verantwortungssubjekt und die Bewertung der Attributionen (n = 52) in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Ein abschließender Blick ist auf die Gruppe der Landwirte und Verbraucher zu werfen: Sowohl den Landwirten (10,9 Prozent, n = 44) als auch den Verbrauchern (9,9 Prozent, n = 40) wird in der öffentlichen Kommunikation die Verantwortung attribuiert (vgl. Tabelle 28, vgl. S. 318). Die Bewertung der beiden Akteursgruppen in ihrem Handeln fällt jedoch zweigeteilt aus: Zu jeweils gleichen Teilen liegen positive und negative Kausalattributionen vor (vgl. Tabelle 31). Das erweckt den Eindruck, dass in der öffentlichen Kommunikation selbst keine klare Meinung darüber vorherrscht, inwiefern den Verbrauchern und den Landwirten als jeweils individuelle Akteure ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln attribuiert werden sollte. Hier wird die medienspezifische Betrachtung im Zusammenhang mit dem jeweiligen Verantwortungsobjekt Klarheit schaffen.

Akteure	Kausalattribution			Zuständigkeitsattribution		Gesamt
	+	-	+/-	+	+/-	
Landwirte	34,0 (15)	34,0 (15)	11,3 (5)	18,1 (8)	2,2 (1)	n = 44
Verbraucher	25,0 (10)	25,0 (10)	12,5 (5)	37,5 (15)	0,0 (0)	n = 40

Tabelle 31:

Landwirte und Verbraucher als Verantwortungssubjekt und die Bewertung der Attributionen (n = 44 bzw. n = 40 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Spezifische Betrachtung der Attributionssender

Wie eingangs bereits herausgestellt, nehmen die Medien als Attributionssender mit über einem Drittel (35,6 Prozent, n = 144) die stärkste Rolle ein. Die Gruppe der Politik auf Bundesebene (28,2 Prozent, n = 114) und die Landwirte (15,8 Prozent, n = 64) folgen, sodass sie an dieser Stelle in den Fokus rücken. Hier ist vor allem die Rolle des zu der Zeit amtierenden Bundeslandwirtschaftsministers Funke sowie der Bundesgesundheitsministerin Fischer als individuelle Akteure von Interesse.

Überprüfung der Annahme III

Mit der Annahme III wird erwartet, dass die Bundesminister für Landwirtschaft und Gesundheit sowie die Bundesregierung vorrangig der Europäischen Kommission die Verantwortung für die BSE-Krise in Form einer faktischen Kausalattribution mit negativer Bewertung attribuieren. Auf Basis der analysierten Ergebnisse lässt sich diese Annahme nur bedingt prüfen, da der Bundeslandwirtschaftsminister (n = 16) überraschend selten als Sender von Aussagen aufgetreten ist (vgl. Tabelle 76, Anhang S. XVIII). Daher entfällt gerade mal eine negative Kausalaussage auf die Europäische Kommission. Wird die Annahme für die Bundesgesundheitsministerin Fischer geprüft, so kann aufgrund der geringen Fallzahlen ebenfalls keine aussagekräftige Antwort gegeben werden (vgl. Tabelle 77 Anhang S. XIX). Ihre negativen kausalen Verantwortungszuschreibungen (n = 7) richten sich gleichermaßen nur in einem Fall an die Europäische Kommission und darüber hinaus an zivilgesellschaftliche Akteure sowie politische Sprecher auf Landesebene (n = 3). Auch die Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder kommt im Vergleich auffallend selten als Sender von Attributionsaussagen vor (2,2 Prozent, n = 9). Ihre Attributionen richten sich vorrangig an die Landwirte (n = 4). Faktische Kausalattributionen mit negativer Bewertung richten sich jedoch in keinem Fall an die Europäische Kommission. Die Annahme III lässt sich zusammenfassend für die BSE-Krise aufgrund der geringen Fallzahlen nicht ausreichend prüfen und damit nicht bestätigen.

Überprüfung der Annahme IV

Bei Betrachtung der weiteren Aufsplittung der Akteursgruppe „Politik auf Bundesebene“ stellt sich heraus, dass hier die Opposition am häufigsten als Sender von Attributionsaussagen auftritt (15,3 Prozent, n = 62). Die Annahme IV geht davon aus, dass die Opposition vorrangig der Bundesregierung sowie den zuständigen Bundesministerin eine negative kausale Verantwortung attribuieren. Auf Basis der Ergebnisse kann diese Annahme für die BSE-Krise bestätigt werden. Wie die Tabelle 32 aufzeigt,

attributioniert die Opposition vor allem der Bundesregierung einen Misserfolg und fordert sie zugleich zur Wahrnehmung ihrer zugeschriebenen Zuständigkeit auf. Die beiden zentralen Bundesminister rücken in den Hintergrund.

<i>Attributionssender nationale Opposition</i>		
<i>Teilakteure der jeweiligen Gruppe</i>	<i>Negative Kausalattribution</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	21,9 (7)	5,9 (1)
<i>Bundesgesundheitsminister</i>	9,4 (3)	11,8 (2)
<i>Bundesregierung</i>	25,0 (8)	41,2 (7)
<i>Sprecher auf Landesebene</i>	12,5 (4)	11,8 (2)
<i>Landwirte</i>	6,3 (2)	11,8 (2)
<i>übrige zivilgesellschaftliche Akteure (Fleischwirtschaft; Verbraucher)</i>	25,0 (8)	17,6 (3)
Gesamt	100,0 (32)	100,0 (17)

Tabelle 32:

Verteilung der negativen kausalen faktischen Verantwortungszuweisung sowie der Zuständigkeitsattribution, wenn die nationale Opposition als Attributionssender auftritt. (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung $n = 62$, hier nicht weiter ausgegeben. Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Überprüfung der Annahme V

An dieser Stelle soll die Annahme V überprüft werden, die davon ausgeht, dass die Europäische Kommission im Attributionsprozess vor allem ihre Verantwortungszuschreibungen an die Bundesregierung und die Bundesminister für Landwirtschaft und Gesundheit richtet. Mit einer Gesamtzahl von 20 Aussagen (vgl. Tabelle 33) tritt die Europäische Kommission in einem überschaubaren Rahmen auf, sodass die nachfolgenden Auswertungen mit gebotener Vorsicht zu betrachten sind. In Bezug auf die Bundesregierung kann die aufgestellte Annahme V jedoch bestätigt werden, da die Kommission 66 Prozent aller von ihr getroffenen Attributionsaussagen an diese richtet ($n = 10$, vgl. Tabelle 78 Anhang XX). Das Europäische Parlament nimmt innerhalb der BSE-Krise keine Rolle als Sender von Attributionen wahr, sodass die Annahme VI nicht geprüft werden kann (vgl. Tabelle 33). In der Zusammenschau der politischen Akteure auf supra- und nationaler Ebene wird deutlich, dass sich die zentralen Bundesminister in der öffentlichen Kommunikation mit Verantwortungszuschreibungen zurückhalten und vor allem die Opposition direkte Attributionen vornimmt und dabei deutlich die Bundesregierung für Misserfolge und Versäumnisse verantwortlich macht.

Überprüfung der Annahme VII

Inwiefern sich zivilgesellschaftliche Akteure wie die Gruppe der Landwirte innerhalb der BSE-Krise öffentlich mit Verantwortungszuschreibungen äußern, nimmt die Annahme VII in den Blick. Demnach ist zu erwarten, dass diese Akteursgruppen überwiegend die Schuldzuschreibungen und Zuständigkeitsforderungen an die Bundesregierung und die Bundesminister richten. Dies kann bedingt bestätigt werden: Knapp

die Hälfte der Verantwortungsattributionen der Landwirte ($n = 64$, vgl. Tabelle 33) entfallen auf die Bundesregierung ($n = 31$), gleichwohl attribuieren die Landwirte ihr nur selten einen Misserfolg ($n = 6$). Öfter senden sie Zuständigkeitsforderungen an die Bundesregierung ($n = 11$). Die beiden zu der Zeit zuständigen Bundesminister Funke und Fische spielen im Attributionsprozess keine Rolle. Weitere negative faktische Zuweisungen der Landwirte beziehen sich vor allem auf die Europäische Kommission (23,5 Prozent, $n = 4$) und ebenfalls zu einem geringen Teil an andere europäische Regierungen (23,5 Prozent, $n = 4$) (vgl. Tabelle 79 Anhang S. XX).

Gruppe	Attributionssender	
	Teilakteure der jeweiligen Gruppe	Verteilung
<i>Bundesebene</i>	<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	6,2 (25)
	<i>Bundesgesundheitsminister</i>	4,5 (18)
	<i>Bundesregierung</i>	2,2 (9)
	<i>Opposition</i>	15,3 (62)
	Gesamt	28,2 (114)
<i>Europaebene</i>	<i>Europäische Kommission</i>	5,0 (20)
	<i>Sonstige EU-Akteure</i>	0,5 (2)
	<i>Europäisches Parlament</i>	0,2 (1)
	Gesamt	5,6 (23)
<i>Landwirte</i>	<i>Landwirte, Verbände, Organisationen</i>	15,8 (64)
<i>Wirtschaft</i>	<i>Futtermittel-, Lebensmittel- und Fleischindustrie</i>	6,4 (26)
<i>Verbraucher</i>	<i>Verbraucher, Verbände</i>	1,7 (7)
<i>Wissenschaft</i>	<i>Universitäten, Forschungseinrichtungen</i>	6,4 (26)
<i>Medien</i>		35,6 (144)
Gesamt		100,0 (404)

Tabelle 33:

Spezifische Betrachtung der Teilakteure als Attributionssender in den gebildeten Akteursgruppen ($n = 404$ in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

12.1.1.2 Verantwortungsobjekte

Interessant ist es nun, zu schauen, welchen individuellen und kollektiven Akteuren für die zwei dominierenden Objekte die Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation attribuiert wird und von welchen Akteuren die Aussagen getätigt werden. Wie die empirischen Daten aufzeigen (vgl. Tabelle 34), wird den Akteuren aus der Gruppe der Politik auf Bundesebene in knapp der Hälfte aller Aussagen (48,6 Prozent, $n = 54$) die Verantwortung für das „Tiermehl“ zugeschrieben. Im Detail betrachtet entfallen dabei insbesondere auf die Bundesregierung als Verantwortliche (36,0 Prozent, $n = 40$) die meisten Zuschreibungen. Der zu der Zeit amtierende Bundeslandwirtschaftsminister Funke wird hingegen mit 8,1 Prozent ($n = 9$) der Aussagen trotz der eindeutigen Zuständigkeit für das Verantwortungsobjekt kaum als Verantwortlicher adressiert. Die Europäische Kommission und die kollektive Akteursgruppe der Landwirte können

sich nach Ansicht der Attributionssender der Verantwortung nicht entziehen (je 16,2 Prozent, n = 18). Wenig überraschend spielen in Bezug auf dieses Verantwortungsobjekt die kollektive Gruppe der Verbraucher sowie die Wissenschaften keine nennenswerte Rolle (je 2,7 Prozent, je n = 3). Dem wirtschaftlichen Sektor und hier insbesondere der Futtermittelindustrie als Produzent und Vertreiber von Tiermehl wird ebenso deutlich seltener die Verantwortung attribuiert (11,7 Prozent, n = 13).

<i>Teilakteure</i>	<i>Tiermehl</i>	<i>Maßnahmen</i>	<i>gesundh. Risiken</i>	<i>Agrarwende</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	8,1 (9)	11,7 (12)	8,5 (7)	4,8 (3)
<i>Bundesgesundheitsminister</i>	0,9 (1)	1,9 (2)	18,3 (15)	6,3 (4)
<i>Bundesregierung</i>	36,0 (40)	46,6 (48)	20,7 (17)	19,0 (12)
<i>Opposition</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>pol. Akteure auf Landesebene</i>	3,6 (4)	11,7 (12)	3,7 (3)	4,8 (3)
Gesamt	48,6 (54)	71,8 (74)	51,2 (42)	34,9 (22)
<i>Europäische Kommission</i>	16,2 (18)	11,7 (12)	4,9 (4)	3,2 (2)
<i>europäische Regierungen</i>	0,9 (1)	10,7 (11)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	17,1 (19)	22,3 (23)	4,9 (4)	3,2 (2)
<i>Landwirte</i>	15,3 (17)	1,9 (2)	8,5 (7)	20,6 (13)
<i>landw. Verbände</i>	0,9 (1)	0,0 (0)	2,4 (2)	3,2 (2)
Gesamt	16,2 (18)	1,9 (2)	11,0 (9)	23,8 (15)
<i>Verbraucher</i>	2,7 (3)	1,0 (1)	20,7 (17)	30,2 (19)
<i>Verbraucherverbände</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	2,7 (3)	1,0 (1)	20,7 (17)	30,2 (19)
<i>Futtermittelindustrie</i>	10,8 (12)	0,0 (0)	3,7 (3)	0,0 (0)
<i>Lebensmittelindustrie</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	3,7 (3)	0,0 (0)
<i>Fleischwirtschaft</i>	0,9 (1)	0,0 (0)	2,4 (2)	1,6 (1)
Gesamt	11,7 (13)	0,0 (0)	9,8 (8)	1,6 (1)
<i>Wissenschaft (Bundesinstitute, Universitäten)</i>	2,7 (3)	2,9 (3)	0,0 (0)	3,2 (2)
<i>BfR</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	2,7 (3)	2,9 (3)	0,0 (0)	3,2 (2)
<i>Medien (gesamt)</i>	0,9 (1)	0,0 (0)	2,4 (2)	3,2 (2)
Gesamtsumme	27,5 (111)	25,5 (103)	20,3 (82)	15,6 (63)

Tabelle 34:

Verteilung der Verantwortungssubjekte bzgl. der Verantwortungsobjekte. (abs. Häufigkeiten in Klammern).

Die weitere Auswertung konzentriert sich darauf, zu untersuchen, wer in Bezug auf das Tiermehl hauptsächlich als Attributionssender auftritt und welche Form der Zuschreibung dominiert (vgl. Tabelle 35). Zunächst wird ersichtlich, dass innerhalb der negativen Attributionen eindeutig die kausalen Zuschreibungen (93,8 Prozent, $n = 46$) überwiegen. Darüber hinaus ist jedoch auch der Anteil positiver Attributionen und hier die Zurückweisung von Misserfolgen mit 38,3 Prozent ($n = 18$) nicht zu missachten. Die Attributionssender senden also nicht nur Schuldzuschreibungen, sondern weisen zugleich die Schuld des Verantwortungssubjekts ab. Direkte Zuständigkeitszuschreibungen machen prozentual betrachtet nur einen geringen Anteil aus (19,8 Prozent, $n = 22$).

Art der Attribution	Bewertungen			Gesamt
	+	-	+/-	
faktische Zuweisung	17,0 (8)	93,8 (46)	46,6 (7)	55,0 (61)
prognostische Zuweisung	2,1 (1)	4,0 (2)	20,0 (3)	5,4 (6)
Zurückweisung faktische Zuweisung	38,3 (18)	2,0 (1)	20,0 (3)	19,8 (22)
faktische Zuständigkeit	42,5 (20)	entfällt	13,3 (2)	19,8 (22)
Gesamt	100,0 (47)	100,0 (49)	100,0 (15)	100,0 (111)

Tabelle 35:

Verteilung der Attributionen bzgl. des Verantwortungsobjekts „Tiermehl“. ($n = 111$, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Werden die Kausalattributionen ($n = 89$) anschließend genauer in den Blick genommen, wird deutlich, dass vor allem die Medien (19,1 Prozent, $n = 17$) negative Attributionen in Bezug auf das Thema Tiermehl senden, wohingegen positive Zuschreibungen, die auch die Zurückweisung von Misserfolgen umfassen, von der Akteursgruppe der Landwirte geäußert werden (11,2 Prozent, $n = 10$) (vgl. Abbildung 46). Auf eine weitere ausdifferenzierte Betrachtung der einzelnen Verantwortungssubjekte und der dazugehörigen Attributionssender muss an dieser Stelle bewusst verzichtet werden, da die Fallzahlen zu gering sind und so die Aussagenstärke zu schwach ist. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse lässt sich jedoch Folgendes mit entsprechender Vorsicht festhalten: Als hauptverantwortliche Akteure gelten in Bezug auf die Tiermehl-Problematik die handelnden Akteure auf Bundesebene. Ihnen wird in erster Linie die Schuld für die Misere zugeschrieben. Dabei dominieren die negativen Zuschreibungen von Journalisten ($n = 17$), gefolgt von Akteuren aus den eigenen Reihen ($n = 9$) und europäischen Akteuren ($n = 10$).

In Bezug auf das zweite in den untersuchten Aussagen stark vertretende Verantwortungsobjekt, die „politischen Handlungsmaßnahmen“ ($n = 103$), lässt sich vermuten, dass die Akteure aus der Gruppe der Politik auf Bundesebene vorwiegend negativ attribuiert werden. Diese Vermutung kann grundsätzlich bestätigt werden. Es dominieren die kausalen negativen Schuldzuweisungen (97,6 Prozent, $n = 41$, vgl. Tabelle 36) an die Akteure. Dabei sehen vor allem die Journalisten (46,3 Prozent, $n = 19$) die Schuld bei den regierenden Bundesministern für Landwirtschaft und Ge-

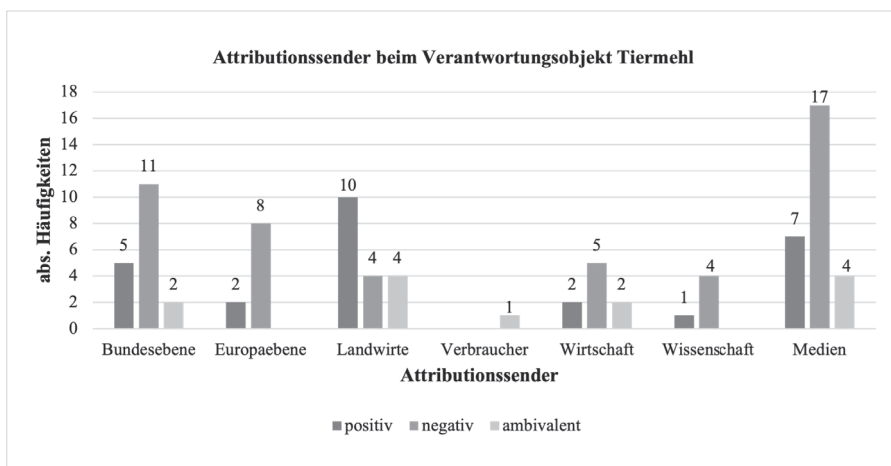


Abbildung 46:

Attributionssender von Kausalattributionen (n = 89), Verantwortungsobjekt „Tiermehl“. Angabe in abs. Häufigkeiten.

sundheit und der Bundesregierung, gefolgt zu gleichen Teilen von Kritikern aus den eigenen Reihen und der Gruppe Politik auf Europaebene (14,6 Prozent, n = 6) (vgl. Tabelle 37).

In knapp einem Drittel der Aussagen (n = 22) wird der zugeschriebene Misserfolg zurückgewiesen oder die getroffenen politischen Handlungsmaßnahmen werden im Rahmen der BSE-Krise positiv bewertet. Aufgrund der geringen Fallzahlen ist an dieser Stelle eine weitere Aufbereitung in die einzelnen Sender nicht aussagekräftig. Deutlich wird jedoch, dass vor allem die Journalisten und Sprecher aus den eigenen Reihen das Handeln der regierenden Akteure auf Bundesebene negativ bewerten (vgl. Tabelle 37).

Art der Attribution	Bewertung			Gesamt
	+	-	+/-	
faktische Zuweisung	31,8 (7)	97,6 (41)	20,0 (2)	67,5 (50)
prognostische Zuweisung	4,5 (1)	2,3 (1)	50,0 (5)	9,4 (7)
Zurückweisung faktische Zuweisung	31,8 (7)	0,0 (0)	10,0 (1)	10,8 (8)
faktische Zuständigkeit	31,8 (7)	entfällt	20,0 (2)	12,1 (9)
Gesamt	100,0 (22)	100,0 (42)	100,0 (10)	100,0 (74)

Tabelle 36:

Übersicht über die Attributionsarten und ihre Bewertung. Verantwortungssubjekt „Politik Bundesebene“, Verantwortungsobjekt „politische Handlungsmaßnahmen“. (n = 74, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Attributionssender</i>	<i>negative Bewertung (faktische Kausalattribution)</i>
<i>Politik Bundesebene</i>	26,8 (11)
<i>Politik Europaebene</i>	2,4 (1)
<i>Landwirte</i>	7,3 (3)
<i>Verbraucher</i>	2,4 (1)
<i>Wirtschaft</i>	2,4 (1)
<i>Wissenschaft</i>	12,2 (5)
<i>Medien</i>	46,3 (19)
Gesamt	97,6 (41)

Tabelle 37:

Verteilung der Attributionssender und die negative faktische Kausalbewertung des Verantwortungsobjekts „Politik Bundesebene“. (n = 41, abs. Häufigkeiten in Klammern).

12.1.1.3 Medienspezifische Betrachtung der Verantwortungsattributionen

In einem letzten Auswertungsschritt sollen die Attributionen in den Leitmedien und in der Agrarpresse spezifischer betrachtet und verglichen werden. Dadurch sollen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Publikationsorgane herausgearbeitet werden. Die einführende Darstellung der Ergebnisse in Kapitel 12.1.1 zeigte bereits auf, dass in den Leitmedien insgesamt die meisten Aussagen (n = 267) codiert wurden. Im Hinblick auf die medienspezifische Verteilung der Form der Attributionsaussagen ist hervorzuheben, dass die Leitmedien in über 50 Prozent ihrer Artikel (n = 149) direkt den jeweiligen Verantwortungssubjekten einen Misserfolg bzw. Erfolg attribuieren. Prognostizierende Kausalattributionen finden innerhalb der BSE-Krise kaum statt. Auffällig ist, dass in der Agrarpresse weniger direkte Verantwortungszuschreibungen vorgenommen werden, sondern Handlungsaufforderungen bzw. die Zuständigkeit (40,1 Prozent, n = 55) des Subjekts überwiegen (vgl. Tabelle 38).

<i>Art der Attribution (n = 404)</i>	<i>Medien</i>		Gesamt
	<i>Leitmedien</i>	<i>Agrarpresse</i>	
<i>faktische Zuweisung</i>	55,8 (149)	36,5 (50)	49,3 (199)
<i>prognostische Zuweisung</i>	11,9 (32)	1,5 (2)	8,4 (34)
<i>Zurückweisung faktische Zuweisung</i>	11,6 (31)	21,9 (30)	15,1 (61)
<i>faktische Zuständigkeit</i>	20,6 (55)	40,1 (55)	27,2 (110)
Gesamt	100,0 (267)	100,0 (137)	100,0 (404)

Tabelle 38:

Medienspezifische Verteilung der Attributionsaussagen. (n = 404 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Überprüfung der Annahmen VIII & IX

In einem weiteren Schritt sollen medienspezifisch nochmals die Verantwortungsobjekte in den Blick genommen werden. Mit der *Annahme VIII* wird erwartet, dass in den Leitmedien eine breitere Ausfächerung der Objekte mit einem verbraucherorientierten Schwerpunkt (gesundheitliche Risiken) sowie den politischen Handlungsmaßnahmen vorzufinden ist. In der Agrarpresse hingegen – so die Erwartung der *Annahme IX* – dominieren Verantwortungszuschreibungen, die die ökonomischen Folgen der BSE-Krise behandeln. Diese beiden Annahmen finden eine Bestätigung in den Ergebnissen, doch es überrascht, dass das Verantwortungsobjekt „Tiermehl“ eine derart zentrale Rolle spielt. Wie die nachstehende Tabelle 39 aufzeigt, ist dies das am zweithäufigsten auftretende Verantwortungsobjekt in den Leitmedien; in der Agrarpresse nimmt es gar Platz 1 ein. Nur die „politischen Handlungsmaßnahmen“ sind noch häufiger in den Leitmedien vertreten (28 Prozent, n = 75).

Verantwortungsobjekt	Leitmedien	Agrarpresse
gesundheitliche Risiken	24,7 (66)	11,7 (16)
Handlungsmaßnahmen	28,0 (75)	20,4 (28)
Wissenschaft	1,5 (4)	5,1 (7)
Agrarwende	14,2 (38)	18,2 (25)
ökonomische Folgen	5,2 (14)	13,9 (19)
Rücktritte	0,3 (1)	0,0 (0)
Tiermehl	25,8 (69)	30,7 (42)
Gesamt	100,0 (267)	100,0 (137)

Tabelle 39:

Medienspezifische Verteilung der Verantwortungsobjekte je Medium (n = 404, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Diese Kategorie, die auch die Aufkaufaktion der EU sowie die Einführung von Gütesiegeln für Lebensmitteln beschreibt, nimmt daher wie erwartet einen hohen Stellenwert in den Leitmedien ein. Auch in der Agrarpresse spielen die politischen Handlungsmaßnahmen eine wichtige Rolle (20,4 Prozent, n = 28). Darüber hinaus sehen die Leitmedien (14,2 Prozent, n = 38) und die Agrarpresse (18,2 Prozent, n = 25) eine Verantwortung darin, aus der BSE-Krise eine „Agrarwende“ abzuleiten, die die bis dato gültigen landwirtschaftlichen Strukturen und Produktionsmechanismen hinterfragt. Des Weiteren bestätigen die Ergebnisse die Erwartung, dass die Leitmedien einen größeren Fokus auf das verbraucherorientierte Verantwortungsobjekt „gesundheitliche Risiken“ legen. Während in der Agrarpresse gerade einmal 11,7 Prozent (n = 16) dieses Objekt fokussieren, entfällt darauf in den Leitmedien knapp ein Viertel aller Aussagen (vgl. Tab. 39). Auch kann die Vermutung bestätigt werden, dass in der Agrarpresse deutlich häufiger die ökonomischen Folgen, wie Existenzbedrohungen der Höfe oder die Konsequenzen für einen Betrieb nach dem Auftreten eines BSE-Falls, moniert werden (13,9 Prozent, n = 19). Es

überrascht hingegen, dass medienübergreifend das Verantwortungsobjekt „Wissenschaft & Forschung“ nur in einem geringen Ausmaß Berücksichtigung findet. Dass aus der BSE-Krise also eine Verantwortung für eine umfassende wissenschaftliche Aufbereitung und Einordnung der möglichen gesundheitlichen Risiken im Zusammenhang mit vCJK gezogen werden sollte, sehen die untersuchten Medien nicht. Insgesamt lässt sich hinsichtlich der medienspezifischen Betrachtung der Verantwortungsobjekte festhalten: Sowohl die Leitmedien als auch die Agrarpresse fokussieren am stärksten das Verantwortungsobjekt „politische Handlungsmaßnahmen“, gefolgt von der Tiermehlproblematik. In der weiteren aufgefächerten Betrachtung wird allerdings deutlich, dass die Leitmedien und die Agrarpresse in Bezug auf die Verantwortungsattribution eine andere Themengewichtung verfolgen: Während sich die Qualitätsmedien stärker auf die gesundheitlichen Risiken konzentrieren, spielt dies in der Agrarpresse nur eine untergeordnete Rolle. Die direkten ökonomischen Folgen für den landwirtschaftlichen Sektor nehmen die Leitmedien hingegen kaum in den Blick. Dafür räumt die Agrarpresse diesen und der Agrarwende einen hohen Stellenwert ein. Langfristige Folgen für den Agrarsektor spielen somit in der Agrarpresse eine wichtige Rolle, während die Leitmedien vorrangig die aktuellen Handlungsmaßnahmen und die Risiken für den Verbraucher am häufigsten als Verantwortungsobjekt adressieren.

Als Nächstes sollen noch einmal die dominierenden Verantwortungsobjekte in den Blick genommen werden. Als Attributionssender fungieren in den nachfolgenden Ausführungen die Journalisten. Dabei werden ausschließlich die Verantwortungsobjekte näher betrachtet, bei denen auch die Medien als Attributionssender mit einer entsprechend hohen Fallzahl auftreten. Wie die nachstehende Tabelle 40 aufzeigt, treten in der Agrarpresse deutlich seltener die Journalisten selbst als Attributionssender auf (n = 37), wodurch eine aussagekräftige Analyse der Verantwortungsattributionen in diesem Medium erschwert wird. Daher werden nachfolgend vorrangig die Leitmedien spezifischer betrachtet.

<i>Verantwortungsobjekt</i>	<i>Leitmedien</i>	<i>Agrarpresse</i>
<i>gesundheitliche Risiken</i>	25,4 (27)	24,3 (9)
<i>Handlungsmaßnahmen</i>	29,2 (31)	10,8 (4)
<i>Wissenschaft</i>	0,0 (0)	13,5 (5)
<i>Agrarwende</i>	20,7 (22)	18,9 (7)
<i>ökonomische Folgen</i>	4,7 (5)	10,8 (4)
<i>Rücktritte</i>	0,9 (1)	0,0 (0)
<i>Tiermehl</i>	18,8 (20)	21,6 (8)
Gesamt	100,0 (106)	100,0 (37)

Tabelle 40:

Die Medien als Attributionssender. Übersicht über die Verteilung der Verantwortungsobjekte (n = 144, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Verantwortung für die gesundheitlichen Risiken

Wie bereits dargelegt, werden von den Leitmedien besonders die gesundheitlichen Risiken und der Verbraucherschutz als Verantwortungsobjekte adressiert. In über der Hälfte aller Aussagen (51,8 Prozent) schreiben die Leitmedien den agierenden politischen Akteuren auf Bundesebene die Verantwortung zu, wobei sich negative Kausalattributionen (50,0 Prozent, $n = 6$) sowie positive Zuständigkeitsattributionen (66,7 Prozent, $n = 6$) ausgleichen (vgl. Tabelle 41). Doch auch die Verbraucher (33,3 Prozent, $n = 9$) rücken in das Blickfeld der Leitmedien. Ihnen attestieren sie eine Zuständigkeit mit positiver Bewertung ($n = 4$), aber auch eine negative Bewertung dahingehend, dass sie ihre Verantwortung nicht wahrgenommen haben. Die Leitmedien betonen somit mit ihrer Attribuierung, dass die politischen Akteure nicht die Verantwortung wahrgenommen haben bzw. ihr Handeln in Bezug auf die gesundheitlichen Risiken in der BSE-Krise zu Misserfolgen führt. Zugleich attribuieren sie ihnen indes die Zuständigkeit für die Lösung der Problematik.

Verantwortungs- subjekt	Leitmedien (insgesamt)	Negative Kausal- attribution	Positive Kausal- attribution	Zuständigkeits- attribution (+)
Politik Bundesebene	51,8 (14)	50,0 (6)	33,3 (2)	66,7 (6)
Politik Europaebene	3,7 (1)	8,3 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)
Landwirte	7,4 (2)	16,6 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)
Verbraucher	33,3 (9)	25,0 (3)	66,6 (4)	22,2 (2)
Wirtschaft	3,7 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	11,1 (1)
Wissenschaft	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Medien	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (27)	100,0 (12)	100,0 (6)	100,0 (9)

Tabelle 41:

Attribuierung beim Verantwortungsobjekt „gesundheitliche Risiken“ von den Leitmedien. Die positiven und negativen Kausalattributionen umfassen sowohl gegenwärtige als auch prognostizierende Zuweisungen.

Verantwortung für politische Handlungsmaßnahmen

Ähnlich wie bei den gesundheitlichen Risiken attribuieren auch hier die Journalisten der Leitmedien vorrangig den politischen Akteuren die Verantwortung und wenden sich primär an die Bundesregierung (51,6 Prozent, $n = 16$) und an den damaligen Bundeslandwirtschaftsminister Funke (19,4 Prozent, $n = 6$) (vgl. Tabelle 42). Innerhalb der Verantwortungszuschreibungen der Journalisten dominieren die faktischen Kausalzuschreibungen (83,8 Prozent, $n = 26$) und innerhalb derer die negative Attribuierung (95,6 Prozent, $n = 22$). Zurückweisungen oder Zuständigkeitsattributionen werden von Journalisten der Leitmedien kaum vorgenommen. Der Bundeslandwirtschaftsminister steht besonders im negativen Licht: Alle codierten Aussagen mit den Journalisten als Attributionssender schreiben ihm in Bezug auf die „politischen Handlungsmaßnahmen“ einen Misserfolg zu (27,3 Prozent, $n = 6$). Auch die Bundesregierung (45,5 Prozent, $n = 10$) kann nach Ansicht der Leitmedien

mit ihrem Handeln nicht überzeugen. Damit wird ersichtlich, dass die Journalisten die Bundesregierung und Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke eindeutig als Schuldige für die getroffenen politischen Handlungsmaßnahmen sehen. Es überrascht hingegen, dass die Bundesgesundheitsministerin, die vor allem durch ihr zögerliches Handeln ins Licht der Berichterstattung rückte (vgl. Kap. 8.2.2), bei der Verantwortungszuschreibung keinerlei Beachtung von den Leitmedien erfährt.

Verantwortungssubjekt	Leitmedien (insgesamt)	Negative Kausalattribution
Bundeslandwirtschaftsminister	19,4 (6)	27,3 (6)
Bundesgesundheitsminister	0,0 (0)	0,0 (0)
Akteure auf Bundes- und Landesebene	9,7 (3)	9,1 (2)
Bundesregierung	51,6 (16)	45,5 (10)
Politik Europaebene	12,9 (4)	13,6 (3)
Landwirte	3,2 (1)	0,0 (0)
Verbraucher	3,2 (1)	4,5 (1)
Wirtschaft	0,0 (0)	0,0 (0)
Wissenschaft	0,0 (0)	0,0 (0)
Medien	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (31)	100,0 (22)

Tabelle 42:

Attribuierung beim Verantwortungsobjekt „politische Handlungsmaßnahmen“. Verteilung der Attribuierung an die Verantwortungssubjekte und die spezifische Betrachtung der Art der Zuschreibung.

12.1.2 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Die empirische Untersuchung der Verantwortungsattributionen innerhalb der BSE-Krise zeigt wichtige Erkenntnisse auf, die bezogen auf die leitenden Annahmen nun noch einmal zusammengefasst werden sollen. Aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen sind sie jedoch mit der bereits erwähnten gebotenen Vorsicht zu betrachten.

In der BSE-Krise dominierten klar kausale Verantwortungszuschreibungen. Knapp die Hälfte aller untersuchten Aussagen entsprach einer faktischen Kausalattribution, wobei der Träger der Verantwortung als tatsächlich verantwortlich benannt wurde. Deutlich in den Hintergrund rückten Zuständigkeitszuweisungen. Stattdessen machten Zurückweisungen von zugeschriebenen Verantwortlichkeiten einen überraschenden Anteil der Attributionsaussagen aus. Angesprochene Akteure ließen Misserfolge demnach nicht unkommentiert, sondern wiesen diese auch öffentlich zurück und bewerteten sie als Erfolg. In der Gesamtheit betrachtet bestätigten sich jedoch die bisherigen Forschungserkenntnisse dahingehend, dass die mediale Berichterstattung kein Ort für Lobesbekundungen von erfolgreichen Handlungen ist, sondern Kritik und Schuldzuweisungen den Tenor bestimmen: Über die Hälfte aller Kausalattributionen entsprachen einer negativen Bewertung – also der Zuschreibung eines Misserfolgs. In erster Linie führten dabei die Journalisten der

untersuchten Medien die Debatte über die Verantwortung innerhalb der BSE-Krise an – über ein Drittel aller Attributionsaussagen entfielen auf sie. In diesem Zusammenhang nahmen die Journalisten, wie in der *Annahme I* formuliert, vor allem in kommentierenden Darstellungsformen und seltener in Berichten Stellung. Die Annahme kann somit auf Basis der Ergebnisse *bestätigt* werden.

In der Gesamtschau betrachtet folgt auf die Journalisten die Gruppe der „Politik auf Bundesebene“, die neben den Bundesministern und der Bundesregierung auch die Opposition umfasst. Doch bei der spezifischen Betrachtung zeigte sich, dass dabei sowohl die Bundesminister Fischer und Funke als auch die gesamte Bundesregierung kaum als Attributionssender in der öffentlichen Kommunikation in Erscheinung traten. Dementsprechend kann die *Annahme III*, dass diese vorrangig die Europäische Kommission adressieren, *nicht bestätigt* werden. Vielmehr wurde sichtbar, dass sich die Aushandlungen von Verantwortlichkeiten innerhalb der BSE-Krise stärker auf nationaler als auf supranationaler Ebene abspielten und die zentralen politischen Akteure kaum mit ihren Verantwortungsattributionen in der journalistischen Berichterstattung durchdrangen. Auf Basis dieser Ergebnisse wird der Eindruck erweckt, dass die politischen Entscheidungsträger in der öffentlichen Kommunikation kaum selbst wertend Position beziehen konnten und so bspw. auch zugeschriebene Verantwortlichkeiten zurückweisen. Stattdessen dominierten, im Einklang mit den bisherigen Erkenntnissen aus der Forschung, kritische Einwände, Bemängelungen und die Bedenkenträger – wie eben die nationale Opposition. Sie nahm innerhalb der BSE-Krise ihre Rolle als Kritiker und Beobachter der Bundesregierung wahr und bezog entsprechend am häufigsten aus der Akteursgruppe der „Politik auf Bundesebene“ öffentlich mit bewerteten Attributionsaussagen Stellung. Die dazugehörige *Annahme IV* kann damit auf Basis der Ergebnisse *bestätigt* werden. Im Zentrum ihrer Kritik in Form von Zuständigkeitszuschreibungen und Attributionierung von Misserfolgen stand die Bundesregierung, gefolgt vom Bundeslandwirtschaftsminister und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Die Akteure auf supranationaler Ebene spielten hingegen als Sender von Attributionsaussagen in der BSE-Krise kaum eine Rolle. So äußerten sich Sprecher der Europäischen Kommission selten, und wenn, dann richteten sie sich, wie in *Annahme V* erwartet, primär an die Bundesregierung. Aufgrund der geringen Fallzahlen muss diese Annahme jedoch mit Vorsicht betrachtet werden und kann nur *bedingt bestätigt* werden. Das Europäische Parlament hingegen spielte keine Rolle als Attributionssender, sodass die Prüfung der *Annahme VI* für die BSE-Krise *entfällt*. Ebenfalls deutlich seltener äußerten sich die Verbraucher, die gesundheitliche Risiken fürchteten, und die Landwirte, die sich in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht fühlten. Die *Annahme VII*, dass jene zivilgesellschaftlichen Akteure vorrangig ihre Verantwortungszuschreibungen an die Bundesregierung und zuständigen Bundesminister richten, kann auf Basis der Ergebnisse für die Prozesse innerhalb der BSE-Krise nur *bedingt bestätigt* werden: Sie drangen generell seltener in der journalistischen Berichterstattung mit wertenden Aussagen durch. Die Landwirte richteten dabei die Zuständigkeitszuschreibungen vor allem an die Bundesregierung, während die Bun-

desminister Funke und Fischer keine Rolle spielten. Sprecher von Verbraucherorganisationen konnten hingegen kaum ihre wertenden Attributionsaussagen in die Berichterstattung lancieren.

Die Verantwortungszuschreibungen richteten sich hauptsächlich an die Gruppe der „Politik auf Bundesebene“ und wiesen den Akteuren primär einen Misserfolg zu. Dabei rückten nicht die durch ihre Arbeitsrolle verantwortlichen Bundesminister für Gesundheit und Landwirtschaft in das Zentrum, sondern der Bundesregierung als Ganzes wurde ein unverantwortliches Handeln attribuiert. Auf sie entfielen konkret über ein Drittel aller Attributionsaussagen. In der BSE-Krise galt sie als hauptverantwortliche Akteursgruppe. Neben den Zuschreibungen von Misserfolgen waren es Aufforderungen zur Zuständigkeit, die von den Attributionssendern geäußert wurden. Statt konkreter Verantwortungszuschreibungen scheint es so, dass der Bundesregierung pauschal die Verantwortung für die Krise zugeschrieben wurde. Wenn die Bundesminister Funke und Fischer direkt als Verantwortungssubjekt angesprochen wurden, zeichnete sich für beide ein ähnliches Bild ab: Misserfolge dominierten, und selbst Forderungen nach ihrer Zuständigkeit kamen nicht oft vor.

Attributionsaussagen an Akteure auf supranationaler Ebene fielen insgesamt betrachtet überschaubar aus und adressierten vorrangig die Europäische Kommission mit Misserfolgen und Einforderungen ihrer Zuständigkeit zu fast gleichen Teilen. Diese Ergebnisse decken sich mit der bereits geschilderten Vermutung, dass die BSE-Krise und die Aushandlung von Verantwortlichkeiten primär auf nationaler und nicht supranationaler Ebene stattfanden. Die Landwirte und Verbraucher, die durch eine direkte Betroffenheit ebenfalls eine wichtige Akteursgruppe innerhalb der BSE-Krise darstellten, rückten in der Gesamtschau bei der Frage nach der Verantwortung eher in den Hintergrund. Zwar wurde ihnen zu fast gleichen Teilen auch nur begrenzt die Verantwortung attribuiert, doch fiel diese zwiegespalten aus: Die Zuständigkeit wurde öfter vom Verbraucher eingefordert, während die Zuschreibung eines unverantwortlichen bzw. verantwortlichen Handelns für beide Akteursgruppen gleichermaßen gering ausfiel. Innerhalb der Krise waren die zentralen Themen die Tiermehl-Problematik sowie die getroffenen politischen Handlungsmaßnahmen, die bspw. BSE-Schnelltests umfassen. Verbraucherorientierte Schwerpunkte, wie die möglichen gesundheitlichen Risiken, nahmen in den Leitmedien zwar einen hohen Stellenwert ein, fanden aber deutlich weniger Berücksichtigung als erwartet. Die *Annahme VIII* kann vor diesem Hintergrund *bestätigt* werden, wenngleich die inhaltlichen Schwerpunkte der Attributionsaussagen umfassender ausfielen, als angenommen wurde. Für die Agrarpresse kann hingegen die *Annahme IX bestätigt* werden, wonach in den Verantwortungszuschreibungen in der Agrarpresse die ökonomischen Folgen für die Landwirte und das gesamte Leistungssystem sowie eine mögliche Agrarwende – ausgelöst durch die BSE-Krise – eine große Rolle spielten. Nichtsdestotrotz lag auch hier das Hauptaugenmerk noch deutlicher auf der Tiermehlproblematik und den politischen Handlungsmaßnahmen.

Mit gebotener Vorsicht – bedingt durch die geringen Fallzahlen bei der weiteren Ausdifferenzierung des Attributionsprozesses – lassen sich an dieser Stelle zusammenfassend folgende Erkenntnisse festhalten: Die Journalisten attribuierten besonders der Bundesregierung Misserfolge beim Thema Tiermehl. Doch auch die Landwirte wiesen ihnen zugeschriebene Misserfolge in Bezug auf die Verfütterung von Tiermehl zurück. Die Futtermittelhersteller blieben hingegen sowohl als Sender als auch als Verantwortungssubjekt in der gesamten Krise im Hintergrund. In Bezug auf die mit dem Verzehr von Rindfleisch einhergehenden gesundheitlichen Risiken attribuierten die Leitmedien ebenfalls der Bundesregierung einen Misserfolg bei der Verantwortungswahrnehmung und forderten sie zugleich zur Zuständigkeit für diese Problematik auf. Die Opposition wies ebenfalls der Bundesregierung die Verantwortung zu, diese insbesondere bzgl. der politischen Handlungsmaßnahmen nicht erfolgreich wahrzunehmen. Diesbezüglich überrascht es, dass die Leitmedien weder den Bundeslandwirtschaftsminister Funke noch die Bundesgesundheitsministerin Fischer als verantwortlich ansahen. Die Zuschreibungen richteten sich innerhalb dieser Akteursgruppe weitestgehend an die Bundesregierung. Individuelle Zuschreibungen konnten nicht ausgemacht werden.

12.2 Wer trägt die Verantwortung in der Glyphosat-Debatte?

Dieses Kapitel beinhaltet die Ergebnispräsentation der zweiten Auswertung der Verantwortungsattribution innerhalb der Teilerhebung II.

12.2.1 Allgemeine Merkmale der Verantwortungsattributionen

Die nachfolgenden Ergebnisse basieren auf einer Untersuchung von insgesamt 311 Artikeln im bereits geschilderten Zeitraum, die sich auf insgesamt 133 Artikel in den Leitmedien und 178 Artikel in der Agrarpresse aufteilen. Entscheidend für diese zweite Teilerhebung ist jedoch die Aussagenebene. Dort zeichnet sich ein ähnliches Bild ab, sodass der Anteil der Aussagen in der Agrarpresse entsprechend bei 53,2 Prozent ($n = 314$) liegt und auf die Leitmedien insgesamt 276 Aussagen (46,8 Prozent) entfallen. Zusätzlich ermöglichen es die Ergebnisse, eine Aussage darüber zu treffen, welche Beichterstattungsform in den Printmedien überwiegt. Hier zeigt sich klar, dass die insgesamt 590 Aussagen vornehmlich in berichtenden Formaten (76,9 Prozent, $n = 454$) geäußert werden und weniger als ein Drittel (23,1 Prozent, $n = 136$) in Kommentaren oder Leitartikeln.

Überprüfung Annahme I

Journalisten können vorrangig diese kommentierenden Darstellungsformen nutzen, um bewertende Attributionszuschreibungen vorzunehmen. Hier wurde mit der Annahme I vermutet, dass sie vor allem diese Form nutzen, um zu einem bestimmten Verantwortungsobjekt Stellung zu beziehen. Diese Annahme kann in Teilen bestätigt werden: Treten Journalisten als Attributionssender auf (30,8 Prozent, $n = 182$), so äußern sie sich in über der Hälfte der Aussagen (54,9 Prozent, $n = 100$) in Kommentaren, treten jedoch auch zu rund 45 Prozent ($n = 82$) in berichtenden Darstellungsformen mit bewertenden Attributionsaussagen auf (vgl. Tabelle 43).

<i>Darstellungsform</i>	<i>Journalist als Attributionssender</i>
<i>Bericht</i>	45,1 (82)
<i>Kommentar/Leitartikel</i>	54,9 (100)

Tabelle 43:

Verantwortungszuschreibungen der Journalisten in fakten- und meinungsorientierter Darstellung ($n = 182$, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Weitere allgemeine Strukturmerkmale

In einem nächsten Schritt sollen die Arten der Verantwortungszuschreibung in den Blick genommen werden. Eindeutig dominieren in der Berichterstattung über die Glyphosat-Debatte die kausalen Verantwortungszuschreibungen, die sich auf vergangene, gegenwärtige und zukünftige Ereignisse beziehen können (73,3 Prozent, $n = 433$). Die Aufsplittung dieser Kausalattributionen zeigt, dass die faktischen Zuschreibungen, bei denen der Attributionssender dem jeweiligen Verantwortungssubjekt klar einen Erfolg bzw. Misserfolg attribuiert, die Aussagen innerhalb der Glypho-

sat-Debatte bestimmen (59 Prozent, $n = 348$). Deutlich seltener werden prognostische, zuweisende Kausalaussagen getroffen (14,4 Prozent, $n = 85$). Aussagen, die einer kausalen oder prognostischen Zurückweisung entsprechen, können innerhalb der Glyphosat-Debatte nicht identifiziert werden. Darüber hinaus machen Aussagen, die in Bezug auf ein bestimmtes Verantwortungsobjekt die Zuständigkeit eines Akteurs oder einer Akteursgruppe einfordern, weniger als ein Drittel (26,6 Prozent, $n = 157$) aus und liegen ausschließlich als faktische Zuständigkeit vor (vgl. Abbildung 47). Das heißt, die auftretenden Attributionssender in der Glyphosat-Debatte haben ausschließlich die Verantwortungssubjekte zu einer Handlung aufgefordert, ihnen aber nicht die Ablehnung einer möglichen zukünftigen Verantwortlichkeit zugeschrieben.

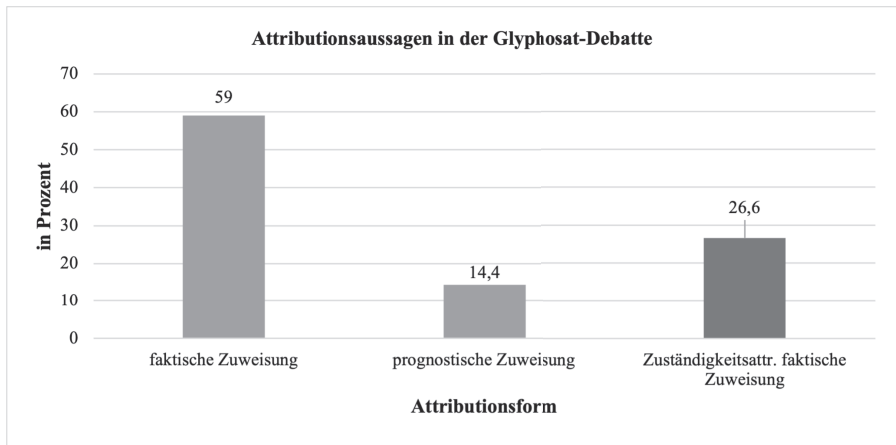


Abbildung 47:

Allgemeine Übersicht über die Verteilung der Attributionsaussagen nach Art. Angaben in Prozent ($n = 590$) Kausalattribution ($n = 433$), Zuständigkeitsattribution ($n = 157$).

Im Weiteren werden die Attributionsarten und die Attributionsrichtung mit der damit einhergehenden Bewertung analysiert. Auch an dieser Stelle zeigt sich, dass in der journalistischen Berichterstattung wesentlich weniger die Erfolge von Verantwortungssubjekten, sondern Aussagen, die den Misserfolg bzw. die Schuld fokussieren, zählen. Deutlich wird dies im Hinblick auf die Kausalattributionen: Mit 74,6 Prozent ($n = 323$) dominieren innerhalb dieser Attributionsart die negativen Zuschreibungen (vgl. Tab. 74 Anhang, S. XVIII). Aussagen, in denen der Attributionssender sowohl die Vor- als auch die Nachteile der Handlung des Verantwortungssubjekts betrachtet, kommen weder innerhalb der Kausalattributionen (10,2 Prozent, $n = 44$) noch in den Zuständigkeitsattributionen (7,6 Prozent, $n = 12$) in einem umfassenden Maße vor. Innerhalb dieser Attributionsart liegen vorrangig positive Bewertungen vor (92,4 Prozent, $n = 145$), was vor allem damit zusammenhängt, dass durch sie die Forderung bzw. Bestätigung einer Zuständigkeit beschrieben wird. Damit lässt sich festhalten: Die Glyphosat-Debatte ist in den untersuchten Printmedien eindeutig von Aussagen bestimmt, die eine klare Verantwortung von Handlungen und Ereignissen des Subjekts festlegen. Dabei herrschen vor allem negative Schuldzuweisungen vor. Zuschreibungen der Zuständigkeit, die einen Akteur zum Handeln auffordern, spielen weniger einer Rolle.

	<i>Attributionsaussagen (n = 590)</i>	
<i>Bewertung</i>	<i>Kausalattribution</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>positiv</i>	15,2 (66)	92,4 (145)
<i>negativ</i>	74,6 (323)	entfällt
<i>ambivalent</i>	10,2 (44)	7,6 (12)
Gesamt	73,3 (433)	26,7 (157)

Tabelle 44:

Verteilung der Attributionsaussagen nach Form. Unterteilung in Kausal- und Zuständigkeitsattribution (n = 590, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Allgemeine Strukturmerkmale über die Attributionssender und Verantwortungssubjekte

Unabdingbar für die Analyse von Attributionsaussagen ist die Erhebung der Attributionssender. Neben den Journalisten als Verfasser der Artikel (30,8 Prozent, n = 182) treten in erster Linie Akteure aus dem Teilsystem der Politik auf Bundesebene (27,6 Prozent, n = 163) auf. Deutlich seltener äußern sich Sprecher, die auf europolitischer Ebene agieren (16,6 Prozent, n = 98) wie bspw. die Europäische Kommission. Die WHO als globaler Verantwortlicher spielt als Sender von Aussagen innerhalb der Debatte keine signifikante Rolle (2,2 Prozent, n = 13). Wissenschaftler (9,2 Prozent, n = 54) und Wirtschaftsakteure (7,1 Prozent, n = 42) treten ebenfalls in den Hintergrund. Dasselbe gilt für die Landwirte als direkte Anwender von glyphosathaltigen Herbiziden auf den Äckern: In nur 6,4 Prozent (n = 38) aller Aussagen kommen sie als Sender in den untersuchten Printmedien zu Wort (vgl. Tabelle 45).

<i>zusammengefasste Akteursgruppen</i>	<i>Verantwortungsrelation</i>	
	<i>Attributionssender</i>	<i>Verantwortungssubjekt</i>
<i>Politik Bundesebene</i>	27,6 (163)	38,0 (224)
<i>Politik Europaebene</i>	16,6 (98)	29,5 (174)
<i>Landwirte</i>	6,4 (38)	10,3 (61)
<i>Wirtschaft</i>	7,1 (42)	2,5 (15)
<i>Wissenschaft</i>	9,2 (54)	11,4 (67)
<i>Medien</i>	30,8 (182)	2,7 (16)
<i>Verbraucher</i>	0,0 (0)	3,7 (22)
<i>globale Akteure</i>	2,2 (13)	1,9 (11)
Gesamt	100,0 (590)	100,0 (590)

Tabelle 45:

Verteilung der Attributionsaussagen nach den gebildeten Akteursgruppen in ihrer Rolle als Attributionssender oder Verantwortungssubjekt (n = 590, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Allgemeine Strukturmerkmale zu den Verantwortungsobjekten

Mit dem Verantwortungsobjekt schließt sich die dreigliedrige Attributionsaussage, und es kann analysiert werden, auf welche thematischen Bereiche innerhalb der Glyphosat-Debatte sich die Attributionsaussagen hauptsächlich beziehen. Wie die Ergebnisse aufzeigen, ist das Themenspektrum der analysierten Attributionsaussagen in Bezug auf die Glyphosat-Debatte weit gestreut: Ein Drittel der Aussagen ($n = 185$) bezieht sich in ihrem Verantwortungsobjekt auf die Verlängerung der Zulassung des Herbizids und die damit zusammenhängenden Abstimmungen der Länder auf Europaebene (vgl. Abbildung 48). Die ökologischen Folgen des Einsatzes von Glyphosat in der Landwirtschaft sind in 20 Prozent ($n = 119$) aller Aussagen von Relevanz. Eng mit den gesundheitlichen Folgen (7,8 Prozent, $n = 46$) ist das thematische Feld rund um „Wissenschaft und Forschung“ verbunden, das innerhalb der Verantwortungsattributionen in der Glyphosat-Debatte einen nicht zu geringen Stellenwert (20,7 Prozent, $n = 122$) einnimmt. Es schließen sich die Aussagen an, die sich explizit auf die Abstimmung um die verlängerte Zulassung des Herbizids um weitere fünf Jahre im November 2017 beziehen. Dazu gehören ebenfalls Attributionen, die das Verhalten von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt bei der Abstimmung bewerten (12,7 Prozent, $n = 75$). Deutlich seltener vertreten sind die „ökonomischen Folgen“ für die Landwirte und die landwirtschaftliche Praxis bei einer nicht verlängerten Zulassung des Herbizids (5,8 Prozent, $n = 34$). Verantwortungszuschreibungen, die sich auf eine mögliche Agrarwende innerhalb des Sektors durch den Verzicht von Glyphosat in der Praxis beziehen, liegen in einem kaum nennenswerten Umfang vor (1,5 Prozent, $n = 9$, vgl. Abbildung 48).

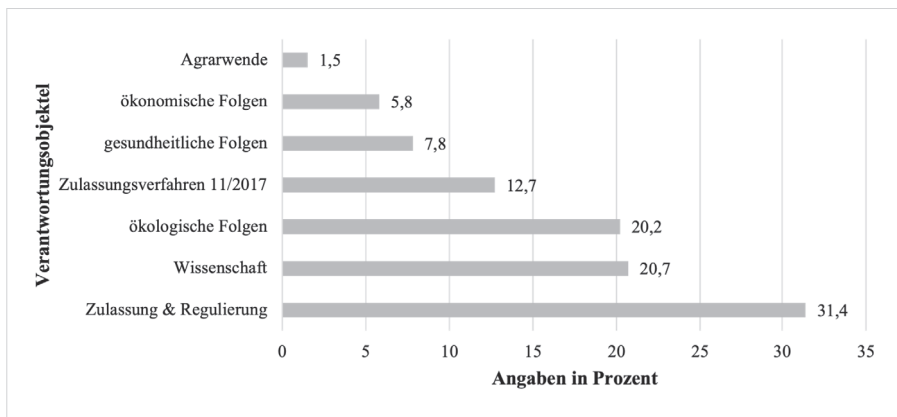


Abbildung 48:

Übersicht über die allgemeinen Verantwortungsobjekte (Angaben in Prozent, $n = 590$).

Auf Basis der dargestellten allgemeinen Strukturmerkmale der Verantwortungsattributionen innerhalb der Glyphosat-Debatte lässt sich festhalten, dass die Berichterstattung vorrangig von negativen Schuldzuweisungen geprägt ist. Aussagen, die das Handeln einzelner Verantwortungsobjekte loben bzw. als erfolgreich bewerten, existieren nicht. Darüber hinaus konzentrieren sich die Attributionen thematisch auf die verlängerte Zulassung des Herbizids und die damit verbundenen neuen Abstim-

mungen auf europolitischer Ebene. Aber auch die ökologischen Folgen des Herbizideinsatzes sowie die unterschiedlichen Risikobewertungen der wissenschaftlichen Organisationen und Einrichtungen spielen eine Rolle. Im Hinblick auf die Verantwortungssubjekte gilt vor allem die Gruppe der Politik auf Bundes- und Europaebene als hauptverantwortlich. Wie sich diese Attributionszuschreibungen im Detail zusammensetzen, ist Gegenstand des nachfolgenden Kapitels.

12.2.1.1 Verantwortungssubjekte und Attributionssender

Die bisher gruppenspezifisch betrachteten Verantwortungssubjekte und Attributionssender werden im weiteren Verlauf detaillierter erläutert. Wie bei der BSE-Krise werden zunächst die Verantwortungssubjekte genauer analysiert, bevor im Anschluss die Attributionssender in Verbindung mit der Überprüfung der aufgestellten Annahmen vorgestellt werden.

Spezifische Betrachtung der Verantwortungssubjekte

Auf Basis der Erkenntnisse aus dem Forschungsstand, wonach insbesondere Akteure aus der Gruppe „Politik auf Bundesebene“ (38 Prozent, n = 224) als Adressaten von Verantwortungsattributionen gelten, kann dies auch in Bezug auf die Glyphosat-Debatte bestätigt werden. Hervorzuheben ist hierbei der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, dem aus dieser Gruppe und in der Gesamtschau betrachtet am häufigsten die Verantwortung attribuiert wird (24,9 Prozent, n = 147). Die damalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hingegen ist deutlich seltener gewählte Adressatin für eine Zuständigkeit bzw. Zuschreibung von Verantwortung (11,9 Prozent, n = 70) (vgl. Tabelle 46). Es überrascht, dass die Bundesregierung auch als Verantwortungssubjekt innerhalb der Berichterstattung über die Glyphosat-Debatte nicht in Frage kommt. Dass die Opposition auf der Adressatenseite keine nennenswerte Rolle mehr spielt (1,2 Prozent, n = 7), war hingegen zu erwarten. Dasselbe gilt für Akteure, die auf politischer Landesebene agieren, da sich die Auseinandersetzung um die verlängerte Zulassung hauptsächlich auf nationaler und supranationaler Ebene abspielt (vgl. Tabelle 46). Gestützt wird dieses Ergebnis bei der spezifischeren Betrachtung der Gruppe „Politik auf Europaebene“: Die Europäische Kommission führt hier mit knapp 25 Prozent (n = 142) aller analysierten Aussagen nicht nur innerhalb dieser Gruppe, sondern steht auch bei der ganzheitlichen Betrachtung aller möglichen Verantwortungssubjekte an zweiter Stelle. Weitaus seltener richten die Attributionssender ihre Zuschreibungen an die europäischen Behörden oder Agenturen (5,4 Prozent, n = 32), die besonders im Hinblick auf die Risikobewertung des Glyphosateinsatzes eine Rolle spielen.

Werden die Verantwortungszuschreibungen mit den Bewertungen zueinander in Beziehung gesetzt, so gehen die Vorüberlegungen davon aus, dass sowohl die Europäische Kommission als auch die damals agierenden Bundesminister Schmidt und Hendricks mit Misserfolgen bzw. negativen Verantwortungszuschreibungen konfrontiert werden. Wie die Tabelle 47 ausweist, kann diese Annahme bestätigt werden: Wird Christian Schmidt in Bezug auf sein Handeln bewertet, so fällt dies in über 50 Prozent aller Aussagen (n = 79) negativ aus. Dies trifft nicht nur für vergangene Handlungsentscheidungen, sondern auch für Prognosen über zukünftige Maßnahmen

Gruppen	Verantwortungssubjekte	
	Teilakteure	Verteilung
Bundesebene	Bundeslandwirtschaftsminister	24,9 (147)
	Bundesumweltminister	11,9 (70)
	Bundesregierung	0,0 (0)
	Opposition	1,2 (7)
	politische Akteure auf Landesebene	0,0 (0)
	Gesamt	38,0 (224)
Europaebene	Europäische Kommission	24,1 (142)
	andere europäische Regierungen	0,0 (0)
	Europäische Behörde (EFSA) & Agentur (ECHA)	5,4 (32)
	Gesamt	29,5 (174)
Landwirte	Landwirte	10,3 (61)
	landwirtschaftliche Verbände/ Organisationen	0,0 (0)
	Gesamt	10,3 (61)
Verbraucher	Verbraucher	0,0 (0)
	Umweltverbände	3,7 (22)
	Gesamt	3,7 (22)
Wirtschaft	Futtermittelindustrie	0,0 (0)
	Lebensmittelindustrie	0,0 (0)
	Fleischwirtschaft	0,0 (0)
	Agrochemie	2,5 (15)
	Agrarhandel	0,0 (0)
	Gesamt	2,5 (15)
Wissenschaft	Wissenschaft (Bundesinstitute, Universitäten, Bundesämter)	5,6 (33)
	BfR	5,8 (34)
	Gesamt	11,4 (67)
Medien	Medien (gesamt)	2,7 (16)
Globale Akteure	WHO	1,9 (11)
	Gesamtsumme	100,0 (590)

Tabelle 46:

Spezifische Betrachtung der Teilakteure als Verantwortungssubjekte in den gebildeten Akteursgruppen (n = 590, abs. Häufigkeiten in Klammern).

zu. Über alle drei untersuchten Medien hinweg betrachtet, steht der Landwirtschaftsminister in einem schlechten Licht. Gerade einmal 12,2 Prozent (n = 18) aller Attributionsaussagen bescheinigen ihm einen Erfolg. Darüber hinaus fordern in rund 20 Prozent (n = 30) die Sender ihn zur Handlung auf bzw. sehen beim ihm die Zuständigkeit für die Lösung eines vorliegenden Problems. Auch der Umweltministerin Hendricks wird kein sonderlich erfolgreiches Handeln attribuiert. Vielmehr noch: Knapp 70 Prozent (n = 47) aller Aussagen, die sich an sie richten, sind negativ. Zugleich wird ihre Zuständigkeit seltener gefordert (22,8 Prozent, n = 16). In den wenigen Fällen, in denen sie Adressat von Attributionen (n = 70) ist, überwiegt die Attribuierung eines Misserfolgs. Dies trifft sowohl für vergangene Handlungen als auch für zukünftige Entscheidungen zu. Wie bereits angekungen, überrascht es nicht, dass die Opposition auf Bundesebene seltener von den Attributionsadressaten in den Blick genommen wird. Liegen jedoch bewertende Aussagen vor, so dominieren auch hier negative Zuschreibungen.

<i>Bewertung</i>	<i>Kausalattribution</i>			<i>Zuständigkeitsattribution</i>		<i>Gesamt</i>
<i>Verantwortungssubjekt: Politik Bundesebene</i>	+ ¹	- ²	+/- ³	+ ⁴	+/- ⁵	
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	12,2 (18)	53,7 (79)	10,2 (15)	20,4 (30)	3,4 (5)	65,6 (147)
<i>Bundesumweltminister</i>	4,2 (3)	67,1 (47)	2,8 (2)	22,8 (16)	2,8 (2)	31,2 (70)
<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Opposition</i>	14,2 (1)	71,4 (5)	0,0 (0)	14,2 (1)	0,0 (0)	3,1 (7)
<i>politische Akteure auf Landesebene</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	9,8 (22)	58,4 (131)	7,5 (17)	20,9 (47)	3,1 (7)	100,0 (224)

Tabelle 47:

Gruppe "Politik auf Bundesebene" als Verantwortungssubjekt und die Bewertung der Attributionen (n = 224, abs. Häufigkeiten in Klammern).

- 1 Positive Kausalattributionen (+) sind Zuschreibungen von positiv bewerteten vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnissen.
- 2 Negative Kausalattributionen (-) sind Zuschreibungen von negativ bewerteten vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnissen.
- 3 Ambivalente Kausalattributionen (+/-) sind Zuschreibungen, die sowohl negative als auch positiv bewertete vergangene, gegenwärtige oder zukünftige Handlungen bzw. Handlungsentscheidungen oder Handlungsergebnisse umfassen.
- 4 Positive Zuständigkeitsattributionen (+) beschreiben die Forderung oder Bestätigung einer Zuständigkeit (der Akteur ist in Bezug auf das Verantwortungsobjekt zuständig).
- 5 Ambivalente Zuständigkeitsattributionen (+/-) beschreiben, dass der Akteur zuständig sein soll, was weder Vor- noch Nachteile hat.

Auf Basis der Forschungsergebnisse von Gerhards und Kollegen (2007) zur Verantwortungsattribution der EU-Institutionen sind die Erwartungen an diese Untersuchung, dass besonders die Europäische Kommission für ihre politischen Handlungen und Entscheidungen in Bezug auf die Glyphosat-Debatte vorrangig negativ attribuiert wird (vgl. Kap. 6.4). Die Ergebnisse dieser Studie stützen dies: Mehr als ein Drittel der Attributionen an die Kommission sind negativ (33,1 Prozent, $n = 47$). Allerdings wird noch öfter deren politische Zuständigkeit gefordert bzw. bestätigt (44,3 Prozent, $n = 63$). Das heißt, dass innerhalb der Auseinandersetzungen um die mögliche verlängerte Zulassung des Herbizids die Kommission eine wichtige Rolle einnimmt, bei der weniger ihr direktes Handeln bewertet wird, sondern die Attributionssender ihr aktives Handeln einfordern. Die ECHA und EFSA spielen auf europäischer Ebene vor allem bei der Risikobewertung eine Rolle, die die mögliche krebserzeugende Wirkung von Glyphosat in den Fokus nimmt und einen Streit zwischen den Wissenschaftlern auf nationaler und internationaler Ebene ausgelöst hat. Nehmen die Sender von Attributionen diese Behörde bzw. Agentur als Verantwortungssubjekt in den Blick, dominiert auch hier die negative Zuschreibung (71,8 Prozent, $n = 23$) (vgl. Tabelle 48).

<i>Bewertung</i>	<i>Kausalattribution</i>			<i>Zuständigkeitsattribution</i>		<i>Gesamt</i>
	<i>+</i>	<i>-</i>	<i>+/-</i>	<i>+</i>	<i>+/-</i>	
Verantwortungssubjekt: Politik Europaebene						
<i>Europäische Kommission</i>	11,9 (17)	33,1 (47)	9,1 (13)	44,3 (63)	1,4 (2)	81,6 (142)
<i>Europäische Regierungen</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäische Behörde & Agentur</i>	9,3 (3)	71,8 (23)	6,2 (2)	12,5 (4)	0,0 (0)	18,3 (32)
Gesamt	11,4 (20)	40,2 (70)	8,6 (15)	38,5 (67)	1,1 (2)	100,0 (174)

Tabelle 48:

Gruppe „Politik auf Europaebene“ als Verantwortungssubjekt und die Bewertung der Attributionen ($n = 174$, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Abschließend sollen noch die weiteren Verantwortungssubjekte im Zusammenhang mit den Bewertungen betrachtet werden. An dieser Stelle treten vor allem die Landwirte sowie die Gruppe der Wissenschaftler in den Mittelpunkt. Erstgenannten wird zu fast gleichen Teilen ein negatives Verhalten attribuiert (39,3 Prozent, $n = 24$) und ihre Zuständigkeit (40,9 Prozent, $n = 25$) eingefordert. Wie bereits erläutert, ist innerhalb der Glyphosat-Debatte ein wissenschaftlicher Streit über das mögliche Krebsrisiko von Glyphosat entstanden. Werden Wissenschaftler von Universitäten, Bundesinstituten (ausgenommen BfR) oder Forschungseinrichtungen adressiert, schlägt ihnen vorrangig eine negative Attribuierung entgegen. Das BfR wurde gesondert in den Blick genommen, doch auch hier fällt das Ergebnis eindeutig aus: Über 70 Prozent ($n = 25$) aller Aussagen, die sich an das Institut richten, bescheinigen ihm einen Misserfolg. Die Forderung nach einer Zuständigkeit spielt für die Gruppe der Wissenschaftler keine nennenswerte Rolle (vgl. Tabelle 49).

Bewertung	Kausalattribution			Zuständigkeitsattribution		Gesamt
	+	-	+/-	+	+/-	
Verantwortungssubjekt: Politik Europaebene						
<i>Landwirte</i>	14,7 (9)	39,3 (24)	4,9 (3)	40,9 (25)	0,0 (0)	100,0 (61)
<i>landwirtschaftliche</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Verbände</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Verbraucher & Umweltverbände</i>	4,5 (1)	72,7 (16)	13,6 (3)	4,5 (1)	4,5 (1)	100,0 (22)
<i>Wirtschaft (Agrochemie)</i>	0,0 (0)	60,0 (9)	20,0 (3)	13,3 (2)	6,6 (1)	100,0 (15)
<i>Wissenschaft</i>	18,1 (6)	72,7 (24)	3,0 (1)	6,0 (2)	0,0 (0)	100,0 (33)
<i>BfR</i>	23,5 (8)	73,5 (25)	0,0 (0)	2,9 (1)	0,0 (0)	100,0 (34)
<i>Medien</i>	0,0 (0)	100,0 (16)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (16)
<i>globale Akteure (WHO)</i>	0,0 (0)	72,7 (8)	18,1 (2)	0,0 (0)	9,0 (1)	100,0 (11)

Tabelle 49:

Übersicht über ausgewählte Verantwortungssubjekte und ihre Bewertung. (Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Spezifische Betrachtung der Attributionssender

Wie die einführende Ergebnisdarstellung bereits aufzeigt, führen die Journalisten als Attributionssender die Glyphosat-Debatte an (30,8 Prozent, n = 182). Hauptadressaten dieser Verantwortungszuschreibungen sind vor allem die beiden Bundesminister Schmidt (23,6 Prozent, n = 43) und Hendricks (13,7 Prozent, n = 25), die Gruppe der Landwirte (17,6 Prozent, n = 32) sowie die Europäische Kommission (13,7 Prozent, n = 25). Auf die Attributionen der Journalisten folgt die Gruppe der „Politik auf Bundesebene“ (27,6 Prozent, n = 163), weshalb diese neben der Gruppe der „Politik auf Europaebene“ spezifischer betrachtet werden soll (vgl. Tab. 50).

Überprüfung der Annahme II

In den Vorüberlegungen wird davon ausgegangen, dass die beiden zentralen Bundesminister aus der Gruppe „Politik auf Bundesebene“ am häufigsten als Sender auftreten, um sich zu ausgewählten Verantwortungsobjekten zu äußern oder das Handeln der anderen Akteure kritisch zu bewerten. Gerade in Rückbezug auf die unterschiedlichen Ansichten der beiden Ministerien hinsichtlich der Bewertung der verlängerten Glyphosat-Zulassung ist hier ein umfangreicheres Attributionsverhalten zu erwarten. Die dazugehörige Annahme II lautet, dass sich der Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und die Bundesumweltministerin Hendricks gegenseitig die Schuld und Versäumnisse zuschreiben. Jedoch zeigen die Ergebnisse, dass sich die beiden Minister als Sender von Aussagen zurückhalten: Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt äußert sich in den untersuchten Medien in 7,5 Prozent (n = 44) aller Aussagen, etwas öfter tritt die Bundesumweltministerin Hendricks als Sprecherin auf (9,8 Prozent, n = 58) (vgl. Tabelle 50). Werden zunächst die Attributionen des Bundeslandwirtschaftsministers analysiert, so kann die Annahme II bestätigt werden: 50 Prozent seiner Attributi-

onsaussagen (n = 22) richten sich an Hendricks. Davon entsprechen über 70 Prozent (n = 15) einer negativen Kausalzuschreibung. Die Kommunikationsstrategie des Sündenbocks kann für Schmidt bestätigt werden (vgl. Tabelle 51). Aufschlussreich ist die Tatsache, dass sich bei Hendricks ein ähnliches Attributionsverhalten abzeichnet: Auch sie adressiert vorrangig ihren Kontrahenten im Streit um die verlängerte Zulassung, Christian Schmidt. Dabei attribuiert sie ihm in der Hälfte der Aussagen (55,6 Prozent, n = 15) einen Misserfolg (vgl. Tabelle 52). Das bedeutet, dass auch die Bundesumweltministerin die Handlungen und Entscheidungen Schmidts kritisch verfolgt und ihm in der journalistischen Berichterstattung die Schuld und Versäumnisse in Bezug auf die Glyphosat-Debatte zuweist.

<i>Gruppe</i>	<i>Attributionssender</i>	
	<i>Teilakteure der jeweiligen Gruppe</i>	<i>Verteilung</i>
<i>Bundesebene</i>	<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	7,5 (44)
	<i>Bundesumweltminister</i>	9,8 (58)
	<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)
	<i>Opposition</i>	10,3 (61)
	Gesamt	27,6 (163)
<i>Europaebene</i>	<i>Europäische Kommission</i>	1,5 (9)
	<i>Europäische Zulassungsbehörden</i>	0,0 (0)
	<i>Europäisches Parlament</i>	15,1 (89)
	Gesamt	16,6 (98)

Tabelle 50:

Betrachtung ausgewählter Teilakteure als Attributionssender in den gebildeten Akteursgruppen. Die Angabe "Gesamt" gibt dabei den prozentualen Anteil der Akteursgruppe als Attributionssender in der Gesamtschau betrachtet an (n = 590, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Überprüfung der Annahme III

Darüber hinaus gilt es, mit der Annahme III zu prüfen, ob die beiden Bundesminister vor allem der Europäischen Kommission eine negative Kausalattribution zuschreiben. Die Ergebnisse zeigen, dass unter Vorbehalt der geringen Fallzahlen dies für die Bundesumweltministerin bestätigt werden kann: Insgesamt adressiert sie über ein Drittel ihrer Aussagen (n = 20) an die Europäische Kommission, wovon acht Aussagen einer negativen Kausalattribution entsprechen. In weiteren acht Aussagen fordert sie die Europäische Kommission zur direkten Zuständigkeit auf, die übrigen Aussagen entsprechen einer positiven Bewertung (vgl. Tab. 52). Ein ähnliches Bild zeichnet sich für Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt ab: Zwar ist sein Anteil als Attributionssender an die Europäische Kommission gering (34,1 Prozent, n = 15), jedoch fordert er die Kommission zur Zuständigkeit auf (n = 7), attribuiert ihr aber nur in zwei Aussagen einen Misserfolg innerhalb der Glyphosat-Debatte (vgl. Tabelle 51). Es überrascht hingegen, dass von der Bundesregierung und damit bspw. von Angela Merkel als zu der Zeit amtierende Kanzlerin keine bewertenden Attributionsaussagen zu bestimmten Verantwortungsobjekten ausgehen und entsprechend für die Bundesregierung als Attributionssender die Überprüfung der Annahme entfällt. Insgesamt lässt sich die aufgestellte Annahme III

daher nur in Teilen bestätigen: Zwar richten die Bundesminister direkte Attributionen an die Europäische Kommission, doch als Sündenbock nehmen sie diese nicht ins Blickfeld. Vielmehr schreiben sie sich gegenseitig Misserfolge und Versäumnisse zu.

<i>Attributionssender Bundeslandwirtschaftsminister</i>		
<i>Teilakteure der jeweiligen Gruppe als Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution (-)</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	9,5 (2)	9,1 (1)
<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesumweltministerin</i>	71,4 (15)	18,2 (2)
<i>Europäische Kommission</i>	9,5 (2)	63,6 (7)
<i>EFSA & ECHA</i>	4,8 (1)	0,0 (0)
<i>Landwirte</i>	0,0 (0)	9,1 (1)
<i>Verbraucher- und Umweltverbände</i>	4,8 (1)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (21)	100,0 (11)

Tabelle 51:

Bundeslandwirtschaftsminister als Attributionssender in der Glyphosat-Debatte. Verteilung der kausalen negativen faktischen Verantwortungszuweisungen sowie der Zuständigkeitsattributionen (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung n = 44, positive und ambivalente Bewertungen sind hier in der Tabelle nicht ausgegeben. Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Die nachfolgende Tabelle weist das Attributionsverhalten der damaligen Bundesumweltministerin in der Position als Attributionssender aus.

<i>Attributionssender Bundesumweltministerin</i>		
<i>Teilakteure der jeweiligen Gruppe als Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution (-)</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	55,6 (15)	38,9 (7)
<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	29,7 (8)	44,4 (8)
<i>EFSA & ECHA</i>	7,4 (2)	0,0 (0)
<i>Landwirte</i>	3,7 (1)	16,7 (3)
<i>Akteursgruppe Wissenschaft</i>	3,7 (1)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (27)	100,0 (18)

Tabelle 52:

Bundesumweltministerin als Attributionssender in der Glyphosat-Debatte. Verteilung der kausalen negativen faktischen Verantwortungszuweisungen sowie der Zuständigkeitsattributionen (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung n = 58, positive und ambivalente Bewertungen sind hier in der Tabelle nicht ausgegeben. Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Überprüfung der Annahme IV

Als Beobachter und in ihrer Rolle als Kritiker des politischen Geschehens der agierenden Bundesregierung tritt die Opposition als Sprecher in 10,3 Prozent ($n = 61$, vgl. Tab. 50) aller analysierten Aussagen auf und führt damit innerhalb der Gruppe „Politik auf Bundesebene“. Es kann die Annahme IV bestätigt werden, dass sich von allen Verantwortungsattributionen der Opposition diese sich größtenteils an die politischen Akteure auf Bundesebene richten. Im Zentrum der Opposition steht dabei der Bundeslandwirtschaftsminister, dem nicht nur ein Misserfolg attribuiert wird (62,1 Prozent, $n = 18$), sondern der auch zur Wahrnehmung seiner Zuständigkeit aufgefordert wird. Im Vergleich dazu tritt die Bundesumweltministerin als Verantwortungssubjekt in den Hintergrund (vgl. Tabelle 53). Dafür rückt die Europäische Kommission in das Blickfeld. Von ihr fordern sie ebenfalls die Zuständigkeit ein (31,8 Prozent, $n = 7$). Zivilgesellschaftliche Akteure wie Landwirte spielen wie erwartet für die nationale Opposition keine zentrale Rolle. Die Annahme IV kann damit grundsätzlich bestätigt werden.

<i>Attributionssender nationale Opposition</i>		
<i>Verantwortungsobjekte</i>	<i>Negative Kausalattribution</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	62,1 (18)	36,4 (8)
<i>Bundesumweltministerin</i>	13,8 (4)	13,6 (3)
<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	10,3 (3)	31,8 (7)
<i>Akteursgruppe Wissenschaft</i>	10,3 (3)	9,1 (2)
<i>Akteursgruppe Landwirte</i>	3,4 (1)	9,1 (2)
Gesamt	100,0 (29)	100,0 (22)

Tabelle 53:

Verteilung der kausalen negativen faktischen Verantwortungszuweisungen sowie der Zuständigkeitsattributionen, wenn die nationale Opposition als Attributionssender auftritt. (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung $n = 61$, positive und ambivalente Bewertungen sind hier in der Tabelle nicht ausgegeben. Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Überprüfung der Annahme V

Die Kommission als Auftraggeber von neuen Risikobewertungen und in der Schlüsselrolle innerhalb der Diskussion um die verlängerte Zulassung von Glyphosat kommt als Sender von Attributionsaussagen in einem kaum nennenswerten Umfang vor (1,5 Prozent, $n = 9$) und adressiert dabei zu einem Drittel sich selbst ($n = 3$), den Bundeslandwirtschaftsminister ($n = 2$) sowie die europäischen Behörden EFSA/ECHA ($n = 2$) (vgl. Tabelle 80, Anhang S. XXI). Die Annahme V, dass die Kommission ihre Verantwortungszuschreibungen primär an die Bundesregierung und Bundesminister sendet, lässt sich für die Glyphosat-Debatte daher nicht ausreichend überprüfen.

Überprüfung der Annahme VI

In der Gruppe der „Politik auf Europaebene“ zeigt sich, dass innerhalb dieser eindeutig Sprecher aus dem Europäischen Parlament (15,1 Prozent, n = 89) mit einer bewertenden Aussage in der Berichterstattung über die Glyphosat-Debatte zu Wort kommen. Ihr Adressat ist dabei die Europäische Kommission, der sie vorrangig die Zuständigkeit attribuieren (56,3 Prozent, n = 18). Negative Zuschreibungen richten sie hingegen vor allem an den Bundeslandwirtschaftsminister (21,1 Prozent, n = 8) sowie an die europäischen Behörden (EFSA/ECHA), denen sie in über einem Drittel ihrer negativen faktischen Kausalattributionen einen Misserfolg zuweisen (34,2 Prozent, n = 13). Die Annahme VI, dass das Parlament der Kommission anhand der Sündenbock-Strategie die Schuld für die Krise zuschreibt, lässt sich auf Basis dieser Erkenntnisse nicht eindeutig bestätigen. Vielmehr zeigt sich ein gespaltenes Bild: So dominieren zwar Zuweisungen von Misserfolgen (n = 38), doch zugleich fordern sie von den Akteuren auf europäischer Ebene die Zuständigkeit ein (n = 32, vgl. Tabelle 54).

<i>Attributionssender Europäisches Parlament</i>				
<i>Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution</i>			<i>Zuständigkeitsattribution</i>
	+	-	+/-	
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	22,2 (2)	21,1 (8)	20,0 (2)	9,4 (3)
<i>Bundesumweltministerin</i>	0,0 (0)	5,3 (2)	0,0 (0)	9,4 (3)
<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	66,7 (6)	13,1 (5)	20,0 (2)	56,3 (18)
<i>EFSA & ECHA</i>	0,0 (0)	34,2 (13)	30,0 (3)	6,3 (2)
<i>Landwirte</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	15,6 (5)
<i>Verbraucher- und Umweltverbände</i>	0,0 (0)	2,6 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Akteursgruppe Wirtschaft</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	3,1 (1)
<i>BfR</i>	11,1 (1)	23,7 (9)	30,0 (3)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (9)	100,0 (38)	100,0 (10)	100,0 (32)

Tabelle 54:

Verteilung der kausalen faktischen Verantwortungszuweisungen sowie der Zuständigkeitsattributionen, wenn das Europäische Parlament als Attributionssender auftritt. (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung, positive und ambivalente Bewertungen sind hier in der Tabelle nicht ausgegeben. n = 89, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Überprüfung der Annahme VII

Die weiteren zivilgesellschaftlichen Akteure, so die Annahme VII, richten vor allem ihre Verantwortungszuschreibungen an die Bundesregierung und die zuständigen Bundesminister. Diese Annahme spiegelt sich nicht in den Ergebnissen wider. Wird zunächst die Gruppe der Landwirte ($n = 38$) analysiert, kann dies nur in Teilen bestätigt werden: Zwar entfallen knapp ein Drittel aller Aussagen auf Schmidt (28,9 Prozent, $n = 11$), die Bundesumweltministerin spielt jedoch keine nennenswerte Rolle (10,5 Prozent, $n = 4$). Insgesamt attribuieren sie Schmidt nur in einer Aussage einen Misserfolg. Die Zuständigkeit der beiden Bundesminister für Landwirtschaft (29,4 Prozent, $n = 5$) sowie für Umwelt (23,5 Prozent, $n = 4$) wird ebenso selten eingefordert (vgl. Tabelle 55). Auch für die Akteursgruppe der Wirtschaft lässt sich kein klares Bild zeichnen: Sie richten ihre negativen Kausalzuweisungen ($n = 22$) zu je gleichen Teilen an die Bundesumweltministerin, die Europäische Kommission sowie Verbraucher- und Umweltverbände (je 18,2 Prozent, $n = 4$) (vgl. Tabelle 56). Die Annahme VII kann somit nicht bestätigt werden.

<i>Attributionssender Akteursgruppe Landwirte</i>		
<i>Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution (-)</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	10,0 (1)	29,4 (5)
<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesumweltministerin</i>	0,0 (0)	23,5 (4)
<i>Europäische Kommission</i>	30,0 (3)	17,6 (3)
<i>Landwirte</i>	0,0 (0)	23,5 (4)
<i>Verbraucher- und Umweltverbände</i>	10,0 (1)	5,9 (1)
<i>Wirtschaft</i>	10,0 (1)	0,0 (0)
<i>Wissenschaft</i>	10,0 (1)	0,0 (0)
<i>Medien</i>	30,0 (3)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (10)	100,0 (17)

Tabelle 55:

Landwirte als Attributionssender in der Glyphosat-Debatte. Verteilung der kausalen negativen faktischen Verantwortungszuweisung sowie der Zuständigkeitsattributionen (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung $n = 38$, positive und ambivalente Bewertungen sind hier in der Tabelle nicht ausgegeben. Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Attributionssender Akteursgruppe Wirtschaft</i>		
<i>Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution (-)</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	4,5 (1)	0,0 (0)
<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesumweltministerin</i>	18,2 (4)	10,0 (1)
<i>Opposition Bundesebene</i>	4,5 (1)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	18,2 (4)	70,0 (7)
<i>EFSA & ECHA</i>	4,5 (1)	0,0 (0)
<i>Landwirte</i>	0,0 (0)	10,0 (1)
<i>Verbraucher- und Umweltverbände</i>	18,2 (4)	0,0 (0)
<i>BfR</i>	22,7 (5)	10,0 (1)
<i>Medien</i>	9,1 (2)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (22)	100,0 (9)

Tabelle 56:

Die Wirtschaft als Attributionssender in der Glyphosat-Debatte. Verteilung der kausalen negativen faktischen Verantwortungszuweisung sowie der Zuständigkeitsattributionen (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung n = 42, positive und ambivalente Bewertungen sind hier in der Tabelle nicht ausgegeben. Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

12.2.1.2 Verantwortungsobjekte in der Glyphosat-Debatte

Nachfolgend sollen die dominierenden Verantwortungsobjekte innerhalb der Glyphosat-Debatte spezifischer untersucht und in Bezug zu den Verantwortungssubjekten und Attributionssendern gesetzt werden. Hinsichtlich der „ökologischen Folgen“ bestätigt sich die Annahme, dass an dieser Stelle vorrangig die Landwirte als aktive Nutzer von Glyphosat als Verantwortungssubjekt (24,4 Prozent, n = 29) adressiert werden. Durch die Verwendung des Herbizids seitens der Landwirte auf den Äckern haben sie einen Einfluss auf das ökologische System. Trotz der im Vergleich geringen Fallzahl (n = 29) sollen an dieser Stelle die Attributionssender der Aussagen zu diesem Verantwortungsobjekt näher betrachtet werden. Die Aussagen werden in rund 50 Prozent (n = 14) von den Journalisten geäußert und sprechen dabei den Landwirten einen Misserfolg zu, während sie zugleich ihre Zuständigkeit bei den ökologischen Folgen des Glyphosat-Einsatzes einfordern (vgl. Tabelle 57). Vertreter dieser Berufsgruppe wie bspw. der DBV treten als Attributionssender überraschenderweise nicht in Erscheinung. Auch die beiden Bundesminister äußern sich nur in einem überschaubaren Umfang – und wenn mit einer direkten Zuständigkeitsforderung an die Landwirte.

Attributonsender	Kausalattribution			Zuständigkeit		Gesamt
	+	-	+/-	+	+/-	
Journalisten (Medien)	7,1 (1)	50,0 (7)	7,1 (1)	35,7 (5)	0,0 (0)	48,2 (14)
Landwirte	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	3,4 (1)
Bundeslandwirtschaftsminister	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	3,4 (1)
Bundesumweltminister	20,0 (1)	20,0 (1)	0,0 (0)	60,0 (3)	0,0 (0)	17,2 (5)
Opposition (Bund)	25,0 (1)	25,0 (1)	0,0 (0)	50,0 (2)	0,0 (0)	13,7 (4)
Europäische Kommission	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Europäisches Parlament	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Umweltverbände	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Wirtschaft	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	3,4 (1)
Wissenschaft	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
BfR	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
WHO	0,0 (0)	66,6 (2)	0,0 (0)	33,3 (1)	0,0 (0)	10,3 (3)
Gesamt	10,3 (3)	37,9 (11)	3,4 (1)	48,2 (14)	0,0 (0)	100,0 (29)

Tabelle 57:

An die Landwirte gerichtete bewertete Aussagen beim Verantwortungsobjekt ökologische Folgen. (n = 29, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Innerhalb dieses Verantwortungsobjekts richten sich weitere Aussagen an die beiden Minister. Beim Bundeslandwirtschaftsminister dominieren die negativen Zuschreibungen, die über die Hälfte aller Aussagen, die sich an ihn richten, ausmachen (n = 12). Gleichwohl nehmen weniger andere politische Verantwortliche Attributionen vor, sondern vorrangig Journalisten bewerten das politische Handeln des Ministers bei den ökologischen Folgen (52,1 Prozent, n = 12, vgl. Tabelle 81, Anhang S. XXI). Ein ähnliches Muster zeichnet sich bei der Umweltministerin ab: Auch ihr werden in erster Linie Misserfolge in Bezug auf die Folgen für die Umwelt attribuiert (74 Prozent, n = 20). Dabei erfolgt nicht nur durch Christian Schmidt eine negative Verantwortungszuschreibung (n = 5), sondern auch die Journalisten der untersuchten Medien räumen ihr weniger die politische Zuständigkeit für die Lösung der ökologischen Folgen ein (n = 2). Sie attribuieren Hendricks deutlich öfter einen Misserfolg (84,6 Prozent, n = 11) (vgl. Tabelle 82, Anhang S. XXII).

Des Weiteren ist das Verantwortungsobjekt „Zulassung und Regulierung“ innerhalb der Glyphosat-Debatte von zentraler Bedeutung. Insgesamt 185 Aussagen beziehen sich auf dieses Objekt. Neben Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt, auf den ein Viertel (n = 48) aller Aussagen zu diesem Verantwortungsobjekt entfallen, ist vor allem auffällig, dass sich knapp 50 Prozent (n = 89) der Aussagen an die Europäische

Kommission richten (vgl. Tabelle 58). Sie soll daher detaillierter analysiert werden: Gesendet werden die bewertenden Attributionen an die Kommission vorrangig vom Europäischen Parlament (28 Prozent, n = 25). Es folgen Journalisten (14,6 Prozent, n = 13) sowie Akteure aus der Wirtschaft (13,4 Prozent, n = 12). Auch unter Vorbehalt der geringen Fallzahlen lässt sich festhalten, dass die Attributionssender, insbesondere das Europäische Parlament, die Zuständigkeit der Kommission einfordern (n = 13). Darüber hinaus bewerten die Akteure aus dem Parlament die politischen Handlungen eher negativ (n = 6). Ebenso fordern die beiden zentralen Bundesminister die Zuständigkeit ein und geben seltener eine Bewertung über die Kommission ab (vgl. Tabelle 58). Insgesamt bestätigen die Ergebnisse dieser Studie zur Glyphosat-Debatte die bestehenden Forschungserkenntnisse zur Rolle der Europäischen Kommission in politischen Aushandlungsprozessen, wonach sie oft als Sündenbock gilt und die Wahrnehmung ihrer Zuständigkeit vom Parlament und von nationalen Regierungen eingefordert wird.

Attributionssender	Kausalattribution			Zuständigkeit		Gesamt
	+	-	+/-	+	+/-	
Journalisten (Medien)	0,0 (0)	53,8 (7)	23,0 (3)	23,0 (3)	0,0 (0)	14,6 (13)
Landwirte	16,6 (1)	33,3 (2)	0,0 (0)	50,0 (3)	0,0 (0)	6,7 (6)
Bundeslandwirtschaftsminister	11,1 (1)	22,2 (2)	22,2 (2)	44,4 (4)	0,0 (0)	10,1 (9)
Bundesumweltminister	18,1 (2)	36,6 (4)	0,0 (0)	45,4 (5)	0,0 (0)	12,3 (11)
Opposition (Bund)	12,5 (1)	12,5 (1)	12,5 (1)	62,5 (5)	0,0 (0)	8,9 (8)
Europäische Kommission	0,0 (0)	50,0 (1)	0,0 (0)	50,0 (1)	0,0 (0)	2,2 (2)
Europäisches Parlament	16,0 (4)	24,0 (6)	4,0 (1)	52,0 (13)	4,0 (1)	28,0 (25)
Umweltverbände	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Wirtschaft	16,6 (2)	33,3 (4)	8,3 (1)	33,3 (4)	8,3 (1)	13,4 (12)
Wissenschaft	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
BfR	33,3 (1)	33,3 (1)	0,0 (0)	33,3 (1)	0,0 (0)	3,3 (3)
WHO	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	13,4 (12)	31,4 (28)	8,9 (8)	43,8 (39)	2,2 (2)	100,0 (89)

Tabelle 58:

An die Europäische Kommission gerichtete bewertete Aussagen beim Verantwortungsobjekt „Zulassung und Regulierung“. (n = 89, abs. Häufigkeiten im Klammern).

Als Nächstes soll ein zentraler Dreh- und Angelpunkt innerhalb der Glyphosat-Debatte betrachtet werden: Die Abstimmung über die verlängerte Zulassung von Glyphosat in der EU, an der für Deutschland der Bundeslandwirtschaftsminister als Vertreter teilnahm. Die damit verbundenen Folgen seiner abgegebenen Zustimmung wurden in der journalistischen Berichterstattung oft als „Alleingang“ bezeichnet. Es über-

rascht daher nicht, dass sich bei diesem Verantwortungsobjekt 78,7 Prozent (n = 59) aller Aussagen an den Minister richten. Die übrigen Aussagen entfallen auf die Bundesumweltministerin (16 Prozent, n = 12) und die Europäische Kommission (5,3 Prozent, n = 4). Die Attributionsaussagen sind dabei vorrangig von negativen Kausalzuschreibungen (62,7 Prozent, n = 37) geprägt. Bestätigung für seinen politischen Alleingang im Zulassungsverfahren erfährt Schmidt in nur 3,3 Prozent (n = 10) aller Aussagen, die von Journalisten, Landwirten und in einer Selbstattribution seinerseits ausgehen. Auch seine Zuständigkeit wird in diesem Themenbereich kaum noch eingefordert. Am häufigsten werden seine Handlungsentscheidungen von der Opposition (37, 2 Prozent, n = 22) und den Journalisten (23,7 Prozent, n = 14) kommentiert. Sie alle attribuieren ihm einen Misserfolg. Auch die Bundesumweltministerin Hendricks, mit der Schmidt seine Zustimmung für die verlängerte Zulassung nicht abgesprochen hatte, schreibt ihm mit Aussagen in der journalistischen Berichterstattung die Verantwortung für den Misserfolg zu (vgl. Tabelle 59).

Attributonssender	Kausalattribution			Zuständigkeit		Gesamt
	+	-	+/-	+	+/-	
Journalisten (Medien)	21,4 (3)	64,2 (9)	7,1 (1)	7,1 (1)	0,0 (0)	23,7 (14)
Landwirte	66,6 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	33,3 (1)	0,0 (0)	5,0 (3)
Bundeslandwirtschaftsminister	100,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	1,6 (1)
Bundesumweltminister	9,0 (1)	81,8 (9)	0,0 (0)	9,0 (1)	0,0 (0)	18,6 (11)
Opposition (Bund)	9,0 (2)	63,6 (14)	4,5 (1)	13,6 (3)	9,0 (2)	37,2 (22)
Europäische Kommission	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	1,6 (1)
Europäisches Parlament	25,0 (1)	75,0 (3)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	6,7 (4)
Umweltverbände	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Wirtschaft	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	3,3 (2)
Wissenschaft	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	1,6 (1)
BfR	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
WHO	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	3,3 (10)	62,7 (37)	6,7 (4)	10,1 (6)	3,3 (2)	100,0 (59)

Tabelle 59:

An den Bundeslandwirtschaftsminister gerichtete bewertete Aussagen beim Verantwortungsobjekt „Abstimmung 11/2017“. (n = 59, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Wird abschließend das innerhalb der Glyphosat-Debatte häufig thematisierte und weiter gefasste Verantwortungsobjekt „Wissenschaft & Forschung“ (n = 122) untersucht, wird schnell sichtbar, dass hier eine Verschiebung der sonst dominierenden Verantwortungs-subjekte aus dem politischen Teilsystem hin zu wissenschaftlichen Institutionen stattgefunden hat. Neben den europäischen Behörden bzw. Agenturen, EFSA und ECHA (23,8 Prozent, n = 29), sind vor allem das BfR (26,2 Prozent, n = 32) sowie weitere bundesdeut-

sche Forschungseinrichtungen (17,2 Prozent, n = 21) Empfänger der Attributionsaussagen. Detaillierter soll daher hier das BfR betrachtet werden. Zur Erinnerung: Innerhalb der Glyphosat-Debatte wurden unterschiedliche Risikobewertungen in Bezug auf das Krebsrisiko vorgenommen. Das BfR stufte das Herbizid als unbedenklich ein (vgl. Kap. 8.2.4). Die bewerteten Aussagen, die in diesem Zusammenhang das BfR adressieren, sind in über zwei Drittel negativ (71,8 Prozent, n = 23). Positive Zuschreibungen liegen in acht Fällen vor und gehen vorrangig von Akteuren aus der Landwirtschaft (n = 3) sowie anderen Wissenschaftlern (n = 2) aus, wobei diese Ergebnisse angesichts der geringen Fallzahl mit Vorsicht zu betrachten sind. Darüber hinaus attribuieren vor allem Abgeordnete im Europäischen Parlament dem BfR einen Misserfolg (n = 8). Auch wissenschaftliche Kollegen von Universitäten oder anderen Forschungseinrichtungen in Deutschland schreiben dem BfR eine negative kausale Verantwortung zu (n = 9). Nur zwei Stimmen aus dieser Sendergruppe bescheinigen dem Institut einen Erfolg (vgl. Tabelle 60). Daraus kann geschlossen werden, dass das BfR im Zusammenhang mit dem Verantwortungsobjekt „Wissenschaft & Forschung“ in einem schlechten Licht steht und weder für zuständig gehalten wird noch für vergangene oder prognostische Handlungen positive Bewertungen erfährt.

Attributionssender	Kausalattribution			Zuständigkeit		Gesamt
	+	-	+/-	+	+/-	
Journalisten (Medien)	25,0 (1)	75,0 (3)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	12,5 (4)
Landwirte	100,0 (3)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	9,3 (3)
Bundeslandwirtschaftsminister	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Bundesumweltminister	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Opposition (Bund)	25,0 (1)	50,0 (2)	0,0 (0)	25,0 (1)	0,0 (0)	12,5 (4)
Europäische Kommission	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Europäisches Parlament	11,1 (1)	88,8 (8)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	28,1 (9)
Umweltverbände	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Wirtschaft	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Wissenschaft	18,1 (2)	81,8 (9)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	34,3 (11)
BfR	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
WHO	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	3,1 (1)
Gesamt	25,0 (8)	71,8 (23)	0,0 (0)	3,1 (1)	0,0 (0)	100,0 (32)

Tabelle 60:

Das BfR als Verantwortungssubjekt beim Objekt „Wissenschaft & Forschung“. (n = 32, abs. Häufigkeiten in Klammern).

In der Zusammenschau wird deutlich, dass die Zuschreibung der Verantwortung für Misserfolge über alle vier detaillierter betrachteten Verantwortungsobjekte hinweg die Aussagen innerhalb der Glyphosat-Debatte dominiert. Dabei sind es nicht nur die politischen Verantwortlichen auf Bundes- und Europaebene, die für ihre Handlungen und Entscheidungen negativ attribuiert werden. Auch Akteure aus dem Wissenschaftssektor stehen in der Kritik. Besonders ihre Verantwortungsübernahme in

Bezug auf das Objekt „Wissenschaft & Forschung“ wird als Misserfolg gewertet. Als Sender nehmen themenunabhängig neben den Journalisten vorrangig Stimmen aus dem Europäischen Parlament eine relevante Rolle ein. Deutlich seltener äußern sich die zentralen Bundesminister Schmidt und Hendricks. Der nachstehenden Tabelle 61 kann die Verteilung der Verantwortungssubjekte bzgl. ausgewählter Verantwortungsobjekte entnommen werden.

<i>Teilakteure</i>	<i>Ökologische Folgen</i>	<i>Zulassung & Regulierung</i>	<i>Zulassungsverfahren Nov.</i>	<i>Wissenschaft</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	19,3 (23)	25,9 (48)	78,7 (59)	3,3 (4)
<i>Bundesumweltminister</i>	22,7 (27)	13,5 (25)	16,0 (12)	0,8 (1)
<i>Bundesregierung</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Opposition</i>	0,0 (0)	1,6 (3)	0,0 (0)	0,8 (1)
<i>pol. Akteure auf Landesebene</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	42,0 (50)	41,0 (76)	94,6 (71)	4,9 (6)
<i>Europäische Kommission</i>	18,5 (22)	48,1 (89)	5,3 (4)	7,4 (9)
<i>europäische Regierungen</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>EFSA & ECHA</i>	0,0 (0)	1,1 (2)	0,0 (0)	23,8 (29)
Gesamt	18,5 (22)	49,1 (91)	5,3 (4)	31,1 (38)
<i>Landwirte</i>	24,4 (29)	4,3 (8)	0,0 (0)	1,6 (2)
<i>landw. Verbände</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	24,4 (29)	4,3 (8)	0,0 (0)	1,6 (2)
<i>Verbraucher</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Umweltverbände</i>	3,4 (4)	2,7 (5)	0,0 (0)	3,3 (4)
Gesamt	3,4 (4)	2,7 (5)	0,0 (0)	3,3 (4)
<i>Wissenschaft (Bundesinstitute, Unis, Bundesämter)</i>	3,4 (4)	0,5 (1)	0,0 (0)	17,2 (21)
<i>BfR</i>	0,0 (0)	1,1 (2)	0,0 (0)	26,2 (32)
Gesamt	3,4 (4)	1,6 (3)	0,0 (0)	43,4 (53)
<i>Wirtschaft (Agrochemie)</i>	5,9 (7)	0,5 (1)	0,0 (0)	1,6 (2)
<i>WHO</i>	0,0 (0)	0,5 (1)	0,0 (0)	8,2 (10)
<i>Medien (gesamt)</i>	2,5 (3)	0,0 (0)	0,0 (0)	5,7 (7)
Gesamtsumme	100,0 (119)	100,0 (185)	100,0 (75)	100,0 (122)

Tabelle 61:

Verteilung der Verantwortungssubjekte bzgl. der Objekte (abs. Häufigkeiten in Klammern).

12.2.1.3 Medienspezifische Betrachtung der Verantwortungsattributionen

Der letzte Abschnitt innerhalb dieser Ergebnispräsentation widmet sich der medienspezifischen Betrachtung der Verantwortungsattributionen in der Glyphosat-Debatte. Wie eingangs erläutert, liegen in der Agrarpresse mehr bewertende Attributionsaussagen vor (n = 314), während in den Leitmedien insgesamt 276

Aussagen identifiziert werden konnten. Wie die Tabelle 62 ausweist, halten sich die Leitmedien und die Agrarpresse bei bewertenden Prognosen über die zukünftige Verantwortung des jeweiligen adressierten Subjekts zurück. Insgesamt machen diese Zuschreibungen nur 14,4 Prozent (n = 85) aller Aussagen aus. Mit Blick auf die dominierende faktische kausale Zuweisung einer Verantwortung zeigt sich, dass in allen Medien über die Hälfte der Aussagen dieser Attributionsart zuzuordnen sind (58,9 Prozent, n = 348).

Art der Attribution (n = 590)	Medien		Gesamt
	Leitmedien	Agrarpresse	
faktische Zuweisung	64,4 (178)	54,1 (170)	58,9 (348)
prognostische Zuweisung	11,9 (33)	16,6 (52)	14,4 (85)
faktische Zuständigkeit	23,5 (65)	29,3 (92)	26,6 (157)
Gesamt	100,0 (276)	100,0 (314)	100,0 (590)

Tabelle 62:

Medienspezifische Verteilung der Attributionsaussagen nach Attributionsart. (n = 590 in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Die faktische Zuständigkeit tritt im Vergleich zu den bisherigen Forschungserkenntnissen häufig auf, aber insbesondere in der Agrarpresse macht sie knapp ein Drittel (n = 92) aller Aussagen aus. Hier werden also nicht nur direkte Zuschreibungen von Erfolgen bzw. Misserfolgen bei der Verantwortungswahrnehmung vorgenommen, sondern auch direkt die jeweiligen Akteure und Akteursgruppen aufgefordert.

Überprüfung der Annahmen VIII & IX

Die geschilderten Vorüberlegungen der Annahme VIII bestehen darin, dass die Leitmedien in der Glyphosat-Debatte thematisch schwerpunktmäßig die an der Leserschaft orientierten zentralen Objekte „ökologische Folgen“ und „gesundheitliche Folgen“ sowie die politischen Ereignisse rund um die verlängerte Zulassung des Herbizids fokussieren und entsprechend Attributionssendern Raum für eine Aussage in ihrem Medium einräumen. Die Agrarpresse hingegen, so die Annahme IX, konzentriert sich vorrangig auf die „ökonomischen Folgen“ für die Landwirte und die politischen Regulierungen rund um die mögliche verlängerte Zulassung. Diese Annahmen können nur in Teilen bestätigt werden: Das dominierende Verantwortungsobjekt in den Leitmedien ist die „Zulassung und Regulierung“ (27,5 Prozent, n = 76). Deutlich seltener als erwartet werden Verantwortungszuschreibungen in Bezug auf die möglichen gesundheitlichen Folgen (9,4 Prozent, n = 26) vorgenommen. Dafür rücken wie erwartet die „ökologischen Folgen“ (22,8 Prozent, n = 63) in den Mittelpunkt. Attributionsaussagen zum Bereich „Wissenschaft & Forschung“ werden hingegen überraschend häufig in den Leitmedien getroffen (21,4 Prozent, n = 59). Wesentlich seltener werden bewertende Aussagen zu den Verantwortungsobjekten „ökonomische Folgen“ sowie einer neuen Agrarwende mit dem möglichen Verbot des Herbizideinsatzes (2,9 Prozent, n = 8) veröffentlicht (vgl. Tabelle 63).

Verantwortungsobjekt	Leitmedien	Agrarpresse
ökonomische Folgen	2,9 (8)	8,3 (26)
ökologische Folgen	22,8 (63)	17,8 (56)
gesundheitliche Folgen	9,4 (26)	6,4 (20)
Zulassung & Regulierung	27,5 (76)	34,7 (109)
Zulassungsverfahren 11/2017	13,0 (36)	12,4 (39)
Wissenschaft & Forschung	21,4 (59)	20,1 (63)
Agrarwende	2,9 (8)	0,3 (1)
Gesamt	100,0 (276)	100,0 (314)

Tabelle 63:

Medienspezifische Verteilung der Verantwortungsobjekte (n = 590, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Für die Agrarpresse kann die Annahme bestätigt werden, dass sie deutlich umfassender das Themenspektrum der ökonomischen Folgen für die Landwirte in den Blick nimmt und entsprechend Verantwortungszuschreibungen hierzu geäußert werden, auch wenn deren Anteil geringer als erwartet ausfällt (8,3 Prozent, n = 26). Darüber hinaus bestätigen die Ergebnisse, dass innerhalb der Agrarpresse die Attributionsforderungen umfangreich zu den Zulassungsverfahren und angestrebten politischen Regulierungen auf supranationaler Ebene Stellung beziehen. Über ein Drittel aller Aussagen in diesem Medium fokussieren sich auf darauf (n = 109, vgl. Tabelle 63). Zusätzlich nehmen die Verantwortungsobjekte „Wissenschaft & Forschung“ (20,1 Prozent, n = 63) sowie die ökologischen Folgen des Glyphosat-Einsatzes einen überraschend hohen Stellenwert in dem Fachmedium ein (vgl. Abbildung 49).

Auf Basis der geschilderten Ergebnisse soll im Folgenden das Attributionsverhalten der Medien selbst bei den dominierenden Verantwortungsobjekten untersucht werden. Ziel ist es, herauszustellen, ob sich die untersuchten Printmedien in den bewerteten Attributionsaussagen unterscheiden und welche Akteure bzw. Akteursgruppen

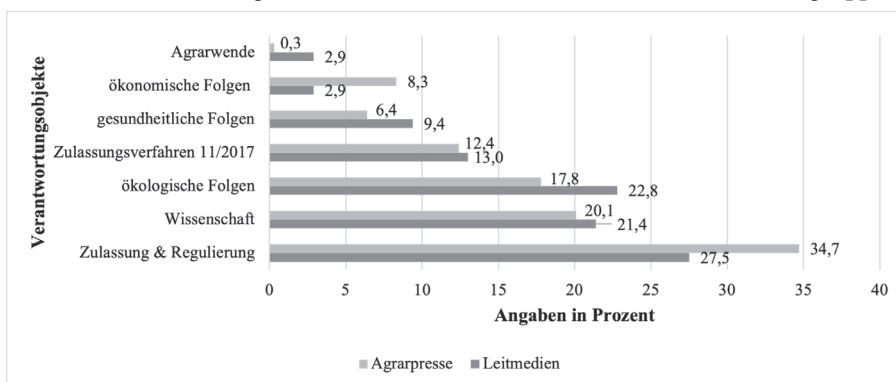


Abbildung 49:

Übersicht über die Verantwortungsobjekte in der Glyphosat Debatte (Angaben in Prozent).

sie als Verantwortungssubjekte mit ihren Aussagen primär adressieren. Nachfolgend ist also der Attributionssender immer der Journalist. Entsprechend werden, um möglichst aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, die Verantwortungsobjekte als Basis ausgewählt, zu denen die Journalisten je Medium am häufigsten bewertend Stellung bezogen haben (vgl. Tabelle 64). Damit rücken nun die „Zulassung und Regulierung“ sowie die „ökologischen Folgen“ für beide Medien in das Zentrum der Ergebnispräsentation.

Verantwortungsobjekt	Journalisten als Attributionssender	
	Leitmedien	Agrarpresse
ökonomische Folgen	2,2 (2)	19,6 (18)
ökologische Folgen	36,7 (33)	22,8 (21)
gesundheitliche Folgen	13,3 (12)	16,3 (15)
Zulassung & Regulierung	18,9 (17)	27,2 (25)
Zulassungsverfahren 11/2017	10,0 (9)	6,5 (6)
Wissenschaft & Forschung	14,4 (13)	7,6 (7)
Agrarwende	4,4 (4)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (90)	100,0 (92)

Tabelle 64:

Der Journalist als Attributionssender und die Verteilung der Objekte (n = 182, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Verantwortung für die ökologischen Folgen des Glyphosateinsatzes

Wenn die Journalisten der Leitmedien selbst bewertende Aussagen zum Verantwortungsobjekt „ökologische Folgen“ vornehmen (n = 33), wird deutlich: Die Journalisten attribuieren den auftretenden Subjekten keinen Erfolg bei der Verantwortungsübernahme. In das Zentrum rücken vorrangig die beiden zentralen Bundesminister, denen zu je gleichen Teilen ein unverantwortliches Handeln attribuiert wird (je 24 Prozent, n = 6, vgl. Tab. 83, Anhang S. XXIII). Darüber hinaus richten sich Aussagen auch an die Landwirte, die aus Sicht der Journalisten ihre Verantwortung hinsichtlich der schwindenden Artenvielfalt durch den Einsatz von Glyphosat auf den Äckern nicht wahrnehmen (20 Prozent, n = 5). Zusätzlich rücken erstmalig auch die Hersteller des Herbizids wie bspw. Bayer bzw. Monsanto in den Mittelpunkt des Interesses. Auch ihnen bescheinigen die Journalisten der SZ und FAZ ein unverantwortliches Handeln (24 Prozent, n = 6). Forderungen nach der politischen Zuständigkeit werden in diesem Themenbereich deutlich seltener geäußert und richten sich gestreut an die politischen Verantwortlichen auf Bundes- und Europaebene sowie an die Landwirte. Ähnlich wie bei den Journalisten der Leitmedien ist bei der Agrarpresse die Summe der bewerteten Attributionsaussagen überschaubar (n = 21). Doch auch in diesem Medium entsprechen über 50 Prozent (n = 12) der Aussagen einer negativen Kausalattribution, wenn es um die ökologischen Folgen geht (vgl. Tabelle 84, Anhang, S. XXIII). Hierbei richten sich die Attributionen vorrangig an die Bundesumweltministerin Hendricks (n = 5). Der Zielgruppe des Mediums, den Landwirten, wird nur in zwei Aussagen ein Misserfolg zugeschrieben. Öfter fordern

die Agrarjournalisten diese zur Zuständigkeit für die Verantwortungswahrnehmung auf (n = 3). Werden Erfolge bzw. ein verantwortliches Handeln in Bezug auf die Artenvielfalt und zur ökologischen Nachhaltigkeit attribuiert (n = 4), so richten sie sich auf Verantwortliche auf Bundes- und Europaebene.

In Anbetracht der gebotenen Vorsicht kann in Bezug auf das Verantwortungsobjekt „ökologische Folgen“ Folgendes festgehalten werden: Treten die Journalisten selbst als Attributionssender auf, so dominiert klar die Schuldzuweisung. Die Zuweisung bzw. Hervorhebung einer erfolgreichen Verantwortungswahrnehmung eines Subjekts ist nicht vorhanden. In das Blickfeld der Attributionsaussagen rücken neben den politischen Verantwortlichen auf Bundesebene auch in einem kleineren Umfang die Landwirte als direkte Anwender des Herbizids. Beide Akteursgruppen handeln jedoch aus Sicht der Journalisten unverantwortlich. Die Produzenten des Herbizids werden dafür zumindest in den Leitmedien ebenfalls negativ attribuiert und können sich entsprechend aus Sicht der Journalisten ihrer Verantwortung entziehen.

Verantwortung für die Zulassung und Regulierung von Glyphosat

Den Abschluss der Ergebnispräsentation bildet die genauere Betrachtung der Attributionsaussagen von den Journalisten in Bezug auf das inhaltliche Spektrum der Zulassung und Regulierung von Glyphosat. Grundsätzlich nehmen die Journalisten der Leitmedien zu diesem Verantwortungsobjekt nur selten eine bewertende Position ein (n = 17). Doch wenn, dann überwiegen auch hier knapp die negativen Kausalzuschreibungen, die sich in erster Linie an die beiden Bundesminister Hendricks und Schmidt richten (vgl. Tabelle 85, Anhang S. XXIV). Ebenso die Forderung bzw. Bestätigung der politischen Zuständigkeit richtet sich ausgehend von den Journalisten vorrangig an die beiden Minister. Die weiteren Ausführungen zu den Adressaten ihrer Verantwortungszuschreibungen sind in einem derart geringen Umfang vorhanden, dass sie an dieser Stelle nicht weiter erläutert werden und auf die Ergebnistabelle im Anhang (S. XXIV) verwiesen sei (vgl. Tabelle 85). Etwas umfangreicher treffen die Agrarjournalisten Attributionsaussagen (n = 22, vgl. Tabelle 86, Anhang, S. XXIV). Positive Zuschreibungen sind hier jedoch nicht aufzufinden. Darüber hinaus sind Akteure aus dem landwirtschaftlichen Bereich, Verbände sowie die Opposition auf Bundesebene kaum oder gar nicht als Verantwortungssubjekt im Blickfeld der Journalisten. Aufgrund ihrer fehlenden politischen Handlungsmöglichkeiten überrascht dies aber nicht. Dafür attribuieren die Journalisten vor allem der Europäischen Kommission und den Bundesministern für Umwelt und Landwirtschaft einen Misserfolg bei ihren Handlungen und Handlungsentscheidungen. Zuschreibungen von Zuständigkeiten verteilen sich in ihrem geringen Umfang ebenfalls auf eben jene Akteure.

12.2.2 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Die zweite Auswertung konzentrierte sich auf die Glyphosat-Debatte. Entlang der leitenden Annahmen sollen auch hierzu die zentralen Ergebnisse zusammengefasst werden.

Ähnlich wie bei der BSE-Krise sind die meisten Aussagen in berichtenden Darstellungsformen erschienen. Kommentare und Leitartikel machen in der Gesamtschau betrachtet einen deutlich geringeren Anteil aus. Zudem bestätigte sich erneut, dass

in der öffentlichen Kommunikation Erfolge keinen Platz haben, sondern faktische Schuldzuweisungen und die Zuschreibung von Misserfolgen die Berichterstattung dominieren. Ambivalente Sichtweisen, die die Vor- und Nachteile einer Handlung des Verantwortungssubjekts beschreiben, oder Zurückweisungen von Zuschreibungen, existieren nicht. Es dominieren klar zwei Möglichkeiten der Attributionen: Die faktische Zuweisung eines Misserfolgs und die Einforderung der Zuständigkeit. Zugeschrieben wurde die Verantwortung für die ausgewählten Themenbereiche vor allem von Journalisten. Sie führten mit über einem Drittel aller analysierten Aussagen die Aushandlung von Verantwortlichkeiten an. An dieser Stelle kann die *Annahme I* bestätigt werden, mit der angenommen wurde, dass sie vorrangig in Kommentaren wertende Aussagen treffen. Jedoch zeigte sich noch klarer, dass Journalisten nicht mehr nur ausschließlich in diesen dafür vorgesehenen kommentierenden Darstellungsformen selbst Verantwortungszuschreibungen vornehmen. Vielmehr noch: Über 40 Prozent der Aussagen, in denen sie wertend Stellung beziehen, ließen sich in Berichten identifizieren. An zweiter Stelle der Attributionssender stand die Gruppe der „Politik auf Bundesebene“ mit den getätigten Verantwortungsattributionen in der journalistischen Berichterstattung. Auffällig ist, dass ähnlich wie bei der BSE-Krise die beiden Bundesminister für Landwirtschaft und Umwelt, in deren Sachbereich die Regulierung der Glyphosat-Zulassung fällt, selbst kaum mit Attributionsaussagen in der journalistischen Berichterstattung auftraten. Die *Annahme II*, die von gegenseitigen Verantwortungszuschreibungen der beiden zentralen Bundesminister Hendricks und Schmidt mittels der Sündenbock-Strategie ausging, kann zwar *bestätigt* werden, muss aber vor dem Hintergrund geringer Fallzahlen mit Vorsicht betrachtet werden. Jeweils rund die Hälfte ihrer Aussagen entsprachen der Attribuierung eines Misserfolgs an Schmidt bzw. Hendricks.

In Bezug auf die Attributionen an die politischen Akteure auf supranationaler Ebene kann die *Annahme III nicht bestätigt* werden. Auf Basis des bisherigen Forschungserkenntnis wurde angenommen, dass die beiden Bundesminister der Europäischen Kommission, als Dreh- und Angelpunkt im Prozess um die verlängerte Zulassung von Glyphosat, vor allem die Schuld zuweisen. Für die Bundesumweltministerin Hendricks kann dies auch vorsichtig bestätigt werden – wenn auch nur in einem überschaubaren Umfang (n = 8). Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt hingegen attribuierte der Kommission fast nie einen Misserfolg. Gemein ist beiden Ministern jedoch, dass sie häufiger die Zuständigkeit der Europäischen Kommission einforderten. Die Bundesregierung hingegen trat als Attributionssender innerhalb der Glyphosat-Debatte gar nicht in Erscheinung und kann entsprechend bei Überprüfung dieser Annahme III nicht berücksichtigt werden. Überdies nahm die Opposition auch in dieser Krise ihre Handlungsmacht als kritischer Beobachter wahr. Zwar trat sie im Vergleich zur BSE-Krise deutlich seltener auf, führte jedoch als Attributionssender innerhalb der Gruppe „Politik auf Bundesebene“. Im Zentrum standen, wie in der *Annahme IV* angenommen, der Bundeslandwirtschaftsminister, dem sie eindeutig primär Misserfolge attribuierte. Im Vergleich dazu war die Bundesumweltministerin Hendricks deutlich seltener Adressat ihrer Zuschreibungen. Weitere zivilgesellschaftliche Akteursgruppen spielten keine nennenswerte Rolle, sodass die *Annahme bestätigt* werden kann.

Mit Blick auf die supranationalen Akteure als Attributionssender kann zunächst festgehalten werden, dass die Europäische Kommission trotz ihrer zentralen Position im gesamten Aushandlungsprozess um die verlängerte Zulassung von Glyphosat nur selten selbst mit Attributionsaussagen in der journalistischen Berichterstattung präsent war – stattdessen öfter das Verantwortungssubjekt. Wenn sich die Kommission selbst äußerte, dann richtete sie jedoch nicht, wie in *Annahme V* angenommen, ihre Attributionen primär an die nationalen politischen Akteure, sondern an andere europäische Behörden oder an sich selbst. Lediglich in zwei Aussagen drang sie mit einer wertenden Attribution mit dem Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt als Adressaten in der öffentlichen Kommunikation durch. Vor diesem Hintergrund kann die *Annahme V* *nicht bestätigt* werden. Dafür äußerten sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments überdurchschnittlich häufig und richteten ihre vor allem negativen Attributionen vorrangig an die Europäische Kommission sowie die EFSA und ECHA und forderten ihre politische Zuständigkeit ein. Damit kann die *Annahme VI* als *bedingt bestätigt* gelten, da sich in der Gesamtschau betrachtet die Zuständigkeitsforderungen und die negativen kausalen Attributionen des Parlaments knapp ausgleichen. Insgesamt scheint das Parlament also zwiegespalten zu sein. In den Hintergrund traten hingegen Landwirte und ihre Berufsgruppenvertreter in Verbänden in der öffentlichen Kommunikation zur Glyphosat-Debatte. Sprecher von Umweltgruppen und -verbänden kamen im Vergleich dazu zwar öfter mit bewertenden Attributionsaussagen in den Medien zu Wort, aber in der Gesamtschau betrachtet blieb ihre Stimme eher im Hintergrund oder sie traten gar nicht in Erscheinung. Die *Annahme VII*, dass sich diese zivilgesellschaftlichen Akteure primär mit Verantwortungszuschreibungen an die Bundesregierung und die zuständigen Bundesminister richten, kann jedoch *nicht bestätigt* werden, was vor allem mit der geringen Anzahl an Attributionsaussagen zusammenhängt. Auch die Akteursgruppe „Wirtschaft“ drang nur selten in der öffentlichen Kommunikation durch. Einen klaren Adressaten ihrer vorrangig negativen Kausalzuschreibungen hatten sie dabei nicht. Neben der Europäischen Kommission adressierten sie Umweltverbände sowie die Bundesumweltministerin. Wird ein allgemeiner Blick auf die Verantwortungssubjekte geworfen, so gerät vor allem der Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt in das Blickfeld. Ihm attribuierten besonders die Journalisten sowie die Opposition auf Bundesebene in Bezug auf sein Abstimmungsverhalten im November 2017 einen Misserfolg bei seiner Handlungsentscheidung für die verlängerte Zulassung zu stimmen. Die wenigen Erfolgsszuschreibungen bei dieser Problematik stammten von Landwirten und Journalisten. Auch Bundesumweltministerin Hendricks attribuierte ihm öffentlich die Schuld für das Ergebnis der Abstimmung. Jedoch erfuhr sie selbst kaum positive Zuschreibungen – wenn auch in einem deutlich geringeren Umfang. Von ihr wurde zudem weniger in Bezug auf die ökologischen Folgen die politische Zuständigkeit eingefordert, sondern vor allem für ihre bisherigen Handlungen in Bezug auf dieses Verantwortungsobjekt Misserfolge zugeschrieben. Die Attributionssender bescheinigen der Bundesumweltministerin also, dass sie ihrer mit der Arbeitsrolle verknüpften Verantwortung nicht gerecht wird und sie nicht einmal ihre Zuständigkeit einfordern.

Des Weiteren kann für die Agrarpresse die *Annahme IX* bestätigt werden, dass sie einen Schwerpunkt auf die Verantwortungsobjekte „ökonomische Folgen“ und die „Zulassung und Regulierung“ legten. Insgesamt wurde das Themenspektrum der ökologischen Folgen jedoch in den Leitmedien deutlich seltener als erwartet zum Verantwortungsobjekt. Übergeordnet nahm die *Annahme VIII* dazu an, dass die Leitmedien in ihren Attributionen vor allem die politischen Handlungsmaßnahmen und eben die ökologischen Folgen fokussieren. Dies lässt sich auf Basis der Ergebnisse nur *bedingt bestätigen*, denn weniger die Handlungsmaßnahmen, sondern vielmehr die Zulassung und Regulierung von Glyphosat als Verantwortungsobjekt rückten in den Fokus. Ging es jedoch um die ökologischen Folgen, so wurden vorrangig die Landwirte als Verantwortungssubjekt adressiert. Verbandssprecher ihrer Berufsgruppe hingegen drangen in diesem Kontext nicht mit wertenden Aussagen durch. Noch spezifischere Aussagen ließen sich nach der Auswertung der direkten Attributionsaussagen der Journalisten machen, wenn diese auch auf geringeren Fallzahlen beruhen. So wurde Folgendes sichtbar: Wenn sich die Journalisten in Bezug auf das Verantwortungsobjekt „ökologische Folgen“ geäußert haben, ließen sich diese weder in den Leitmedien noch in der Agrarpresse Erfolgszuweisungen identifizieren. Vielmehr noch: Eindeutig – in Anbetracht der überschaubaren Fallzahlen – attribuierten beide Medien vor allem Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt einen klaren Misserfolg in Bezug auf die ökologischen Folgen.

Das weitere dominante Themenspektrum rund um die „Zulassung & Regulierung“ ist vor allem für die Europäische Kommission von Relevanz, da sie das Hauptverantwortungssubjekt in diesem Zusammenhang war. Dabei forderte vor allem das Europäische Parlament die politische Zuständigkeit von ihr ein und attribuierte ihr für die bisherigen getroffenen politischen Maßnahmen einen Misserfolg. Auch die beiden Bundesminister wendeten sich vorrangig mit Zuständigkeitszuschreibungen an sie. Medienspezifisch lassen sich bei diesem Objekt ebenso wenige nennenswerte Unterschiede bei den Verantwortungszuschreibungen ausmachen. Abschließend gilt es in dieser Zusammenfassung hervorzuheben, dass innerhalb der Glyphosat-Debatte vor allem Akteure aus dem Wissenschaftssektor eine bedeutende Rolle eingenommen haben. Die Auseinandersetzungen der unterschiedlichen Institutionen hinsichtlich der Risikobewertung vor Glyphosat waren häufig Gegenstand der Verantwortungszuschreibungen. Dabei hat vor allem das BfR aus Sicht des Europäischen Parlaments sowie anderer Wissenschaftler seine Verantwortung nicht wahrgenommen.

13 Schlussbetrachtung

13.1 Landwirtschaft im Spiegel der Medien

Krisen und krisenhafte Ereignisse sind häufig Kristallisationspunkte, die die bisherigen Produktionsweisen und Anwendungen der landwirtschaftlichen Praxis öffentlich hinterfragen. Je häufiger sie auftreten, desto mehr Furchen ziehen sich durch das Bild einer idyllisierten Landwirtschaft. Sie wird so zur Projektionsfläche für einen öffentlichen Diskurs über die Notwendigkeit der stetigen Effektivitätssteigerung (Wittmann, 2020, S. 169). Im Fokus steht zunehmend die Frage, inwiefern die agrarische Transformation mit den heutigen nachhaltigkeitsorientierten und tierethisch gerechten Ansprüchen der Gesellschaft vereinbar ist. Eine zentrale Rolle in diesem Aushandlungsprozess nehmen die Medien ein: Sie prägen durch ihre Berichterstattung die öffentliche Wahrnehmung – nicht nur über die Landwirte als Berufsgruppe selbst, sondern auch über den gesamten Wirtschaftszweig, der seit jeher die lebensnotwendige Aufgabe erfüllt, sichere, gesundheitlich unbedenkliche Nahrungsmittel für die Gesellschaft herzustellen. Dabei wird der Eindruck erweckt, dass vor allem die Berichterstattung ein negatives Bild von dem Sektor zeichnet. Große „industrielle Agrarfabriken“ und die Mechanisierungen einzelner Prozesse in Form von Melkmaschinen und Fütterungsanlagen werden skeptisch betrachtet und scheinen nicht mit den Vorstellungen eines nachhaltigen Wirtschaftens vereinbar. Krisen wie Tierseuchen oder verunreinigte Futtermittel, die Rückstände in den Nahrungsmitteln hinterlassen können, befeuern dieses Bild. Die vorliegende Studie fragte daher, welches mediale Bild bei Krisen und krisenhaften Ereignissen über die Landwirtschaft in den vergangenen 30 Jahren gezeichnet wurde. Sie griff damit innerhalb der Kommunikationswissenschaften eine thematische Lücke und damit eine mit hoher gesellschaftlicher Relevanz auf. Dieses identifizierte perspektivische Defizit stellte den Ausgangspunkt der Arbeit dar. Dazu prüfte die Arbeit, welche Frames sich in der Berichterstattung der Leitmedien *SZ* und *FAZ* sowie in Agrarfachmagazinen identifizieren lassen und wie sich diese innerhalb einer Krise durchsetzen. Zusätzlich wurde untersucht, inwiefern sich die quantitative Bedeutung von Frames bzw. Frame-Kombinationen zu unterschiedlichen Zeitpunkten je Medium verschieben kann. Ein weiteres Augenmerk der Studie wurde darauf gerichtet, wie sich in der öffentlichen Kommunikation die Frage nach der Kausal- und Zuständigkeitsattribution in Krisenfällen im Leistungssystem Landwirtschaft beantworten lässt (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2007, 2009). Damit wurde sie der postulierten bis dato schwachen Verankerung des Verantwortungsbegriffs bzw. der Attribution von Verantwortung im Fach gerecht. Konkret ging es darum, herauszustellen, wem ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln in den öffentlichen Aushandlungsprozessen von wem attribuiert wird. Zur Beantwortung dieser Fragen wurden zahlreiche theoretische und empirische Erkenntnisse kommunikationswissenschaftlicher Forschung zusammengetragen. Die theoretische Untermauerung der Arbeit und mittels welcher methodischen Ansätze die Fragen beantwortet wurden, soll nachfolgend nochmals zusammengefasst reflektiert werden. Zudem werden die zentralen Ergebnisse der beiden Teilerhebungen diskutiert. Die Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgte

bereits im Anschluss an das jeweilige Kapitel, um den räumlichen Bezug zu wahren. Aus diesem Grund werden in diesem Abschlusskapitel ausschließlich die wichtigsten Ergebnisse im Rahmen der Diskussion und damit in Rückbindung an die Theorie und den Forschungsstand erneut aufgegriffen. Darüber hinaus gilt es im Anschluss, argumentative und konzeptionelle Schwachstellen in Bezug auf das methodologische Vorgehen zu beschreiben und die Limitationen dieser Arbeit darzulegen. Ein Ausblick auf die zukünftigen Perspektiven der Landwirtschaft und die Aufzeichnung des sektorspezifischen Forschungsbedarfs bilden den Abschluss der Arbeit.

13.2 Theoretische Synthese

Um die Landwirtschaft in Deutschland und die ausgewählten Krisen in einem ganzheitlichen und vor allem historischen Kontext verorten zu können, stellte die Hinführung der Arbeit einen Abriss des agrarischen Transformationsprozesses vor (vgl. Kap. 1). Ernährte ein Landwirt 1950 noch 10 Menschen, so sind es heute 137. Doch zugleich nimmt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe stark ab und lag 2021 nur noch bei knapp 259.200 (Statistisches Bundesamt, 2021a). Umso stärker rücken sie dafür in den öffentlichen Diskurs, der um die Frage nach dem *Wie* der Produktion kreist – insbesondere vor dem Hintergrund der Ressourcenknappheit und der ökologischen Folgen des wirtschaftlichen Handels (Wittmann, 2021, S. 12–13). Die Discrepanzen zwischen den agrarstrukturellen Entwicklungen und den Vorstellungen des Verbrauchers gehen immer weiter auseinander. Dabei hat sich in den vergangenen 60 Jahren die Herstellung von pflanzlichen und tierischen Produkten in ihrem Kern nicht geändert. Jedoch geht es heute nicht mehr primär um die Selbstversorgung, sondern um die Bereitstellung von Nahrungsmitteln für die Weltbevölkerung. Das europäische Leitmotiv des „Wachsens oder Weichens“ in den 1960er Jahren trug zu einer schnellen Technisierung und Mechanisierung in Form von automatisierten Fütterungsanlagen, Sortiermaschinen und kraftvollen Ackerbaugeräten bei. Auch die Leistungen der Tiere wurden durch Spezialisierungen zunehmend maximiert. Die Milchleistung einer Kuh liegt bei 8.250 kg/Jahr und hat sich damit seit 1950 mehr als verdreifacht (BLE, 2021d). Zugleich dominieren große Tierbestände in Mastanlagen. Begonnen hat diese Entwicklung im Tierhaltungszweig Geflügel, wo sie sich bis heute fortsetzt und allein in Deutschland rund 92 Mio. Masthühner gehalten werden (Statistisches Bundesamt, 2020). Kleinbetriebe, die diesem Agrarstrukturwandel nicht standhalten, gehören mit steigender Tendenz der Vergangenheit an. Große Mastanlagen, die ganze Regionen prägen, stehen somit für eine agroindustrielle Landwirtschaft, die für die Versorgung der Weltbevölkerung gebraucht, aber in ihrer Form nicht gewünscht ist. Zugleich zeigte das Kapitel 2 auf, dass die Intensivierung und Produktionssteigerung auf dem Acker in den Ställen ihren Preis haben. In wohlhabenden Staaten wie Deutschland wird er in Form von Überproduktionen, dem Verlust von Grünflächen, homogenen Feldern und Nitratüberschüssen in Böden sichtbar. Die BSE-Krise stellt innerhalb des gesamten Entwicklungsprozesses der deutschen Landwirtschaft einen markanten Einschnitt dar, der bisherige Produktions- und Herstellungsmethoden hinterfragen ließ. Sie ist nur eine von vier Krisen, die in den Fokus der vorliegenden Studie rückten.

Um die Frage beantworten zu können, wie über diese Erschütterungen der deutschen Landwirtschaft berichtet wurde, musste zunächst eine Definition von Landwirtschaft erarbeitet werden, die eine Einbettung in einen gesellschaftswissenschaftlichen Kontext erlaubte. Ein Blick in das Facettenreichtum anderer wissenschaftlicher Disziplinen machte deutlich, dass das Verständnis einer Landwirtschaft als System nicht neu ist – vielmehr fußt bspw. die ökologische Landwirtschaft in ihren Grund-

sätzen auf einem Systemgedanken in Form einer Kreislaufwirtschaft (Fiala & Freyer, 2016). In theoretischer Hinsicht begreifen vor allem die Agrarwissenschaftler die Landwirtschaft als System. Als dynamisches Gefüge ist auch hier die Landwirtschaft von äußeren Einflüssen und stetigen Wechselwirkungen geprägt. Jedoch berücksichtigen diese primär die Abläufe in biologischen, technischen und sozialen Systemen, bei denen die Änderung einzelner Faktoren bereits langfristige Problemkonstellationen für die weiteren Systemelemente und das Gesamtsystem nach sich ziehen kann⁶⁴. Dieses naturwissenschaftlich geprägte Verständnis rückt jedoch den Landwirt selbst, den Betrieb und die Umwelt als Naturressource in den Fokus (Capra, 2015; Darnhofer, Gibbon & Dedieu, 2012; Fiala & Freyer, 2016). Die Einbettung der Landwirtschaft in einen umfassenden gesellschaftswissenschaftlichen Kontext liegt nach dem Kenntnisstand der Autorin bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht in umfassendem Maße vor. Nur einige wenige Studien aus der Soziologie widmeten sich bislang diesem Sektor, legten aber primär das Augenmerk auf den Landwirt. Doch auch sie fordern eine tiefergehende soziologische Einordnung des gesamten Systems (Noe, & Alrøe, 2003, 2012). Dies hat sich die vorliegende Arbeit zur Aufgabe gemacht, indem sie in Kapitel 3 eine Definition und einen Vorschlag für ein Modell einer *Landwirtschaft als Leistungssystem* vorbrachte.

Der Ausgangspunkt der Arbeit war ein Verständnis von einer demokratisch funktional-differenzierten Gesellschaft. Sie lässt sich über die integrative *Theorie der sozialen Differenzierung*, die von einer dreigliedrigen Unterteilung in einen Orientierungshorizont („Wollen“), die institutionellen Ordnungen („Sollen“) und die Akteurkonstellationen („Können“) ausgeht, beschreiben. Im Modell von Akteur-Struktur-Dynamiken (Schimank, 1996) werden die Potenziale der system- und handlungstheoretischen Ansätze kombiniert. Die drei Strukturdynamiken, die eine Makro-, Meso- und Mikroebene abbilden, können sich hier im Wechselspiel aufeinander beziehen und stellen damit einen umfassenden Erklärungsansatz dar, um die komplexen Prozesse im Leistungssystem Landwirtschaft erfassen und beschreiben zu können (Schimank, 1996, S. 272). Der Orientierungshorizont auf der Wollensebene, angelehnt an Luhmanns Funktionssysteme, bestimmt die grundlegenden Handlungslogiken des Systems und gibt den Akteuren so Erwartungssicherheit. Die institutionellen Ordnungen konkretisieren die Orientierung, indem sie durch

64 Erhöhte Nitratwerte im Boden sind ein Beispiel dafür. Die Düngeverordnung sieht vor, dass nur ein maximaler Stickstoffgehalt pro Hektar und pro Jahr auf die Flächen ausgebracht werden darf. Hat ein Landwirt diesen Wert erreicht, so kann er den organischen Dünger aus seinem viehhaltenden Betrieb nicht mehr auf die eigenen Flächen ausbringen, sondern muss ihn von professionellen Unternehmen in andere Regionen bringen lassen. Die Kosten dafür zahlt der Landwirt selbst, da sein Betrieb diesen Überschuss an Dünger produziert. Zugleich müssen die Pflanzen auf seinen Äckern mit den notwendigen Mineraldüngern wie Kalium versorgt werden. Da die Düngeverordnung jedoch nun den Grenzwert für Phosphor reguliert, liegt die zukünftige Problematik für die Landwirte darin, dass die maximale Ausbringung von Dünger nicht mehr an dem Wert der maximalen Stickstoffzufuhr gemessen wird, sondern der Grenzwert für Phosphor diese bestimmt. Entsprechend können sich selbst noch weniger Dünger ausbringen und müssen zugleich Mineraldünger hinzukaufen, um die Pflanze im biologischen System bestmöglich zu versorgen (Landwirtschaftskammer NRW, 2022).

Zielformulierungen „Ordnungsanker“ (Altmeyden, 2006, S. 30) setzen und entsprechend die gesellschaftlichen Vorgaben prägen. Akteure und Akteurkonstellationen auf der Sollensebene sind auf diese Regeln angewiesen, da sie ihr Handeln und die Handlungsentscheidungen anleiten.

Um eine umfassende Funktionserfüllung zu garantieren, nehmen die Systeme weitere Strukturierungen vor, indem sich Leistungssysteme herausbilden. Hier setzte der Kern der Arbeit an, indem sie in Kapitel 3.2 jenes Leistungssystem für die Landwirtschaft beschrieb. So konnte nicht nur die Verortung des Sektors in einen gesellschaftswissenschaftlichen Kontext erfolgen, sondern vor allem erklärt werden, wie Krisen und krisenhafte Zustände entstehen, welche Auslöser die bestehenden Strukturen hinterfragen und wie sich in diesem Zusammenhang neue handlungsleitende Maßgaben herausbilden. Die Landwirtschaft handelt mit dem Orientierungshorizont Wirtschaft und dem Code *zahlen/nicht zahlen* und folgt entsprechend primär einer ökonomischen Handlung. Dazu erfüllt sie eine breite Palette ökonomischer, ökologischer und sozialer Leistungen für die Gesellschaft, die mit dem agrarischen Transformationsprozess immer weiter prosperieren. Handlungsleitend sind institutionelle Ordnungen wie bspw. das Landwirtschaftsgesetz oder die Pflanzenschutzverordnung. Für die Vielzahl an Akteuren und Akteurkonstellationen, die unterschiedliche Zielinteressen verfolgen und sich entlang des Wertschöpfungsprozesses identifizieren lassen, sind sie orientierungsgebend und können zugleich ihr Handeln begrenzen. Diese drei Strukturdynamiken prägen gemeinsam das *handelnde Zusammenwirken*, das jedoch durch Initialzündungen vor allem auf Sollens- und Könnensebene, wie das Aufdecken von Tierrechtsverstößen durch Filmaufnahmen von Tierschützern, erschüttert und in seinen bisherigen Strukturen kritisch betrachtet wird (Schimank, 1996, S. 247). Dazu machte das Kapitel 3.3 deutlich, dass Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft bisherige Produktionsweisen und Regelungen hinterfragen, dysfunktional gewordene Strukturen aufzeigen und die Aushandlung neuer oder angepasster Ordnungen auf der Sollensebene fordern, um das Systemvertrauen zurückzugewinnen. Der Arbeit lag demgemäß das Verständnis von einer Landwirtschaft zugrunde, die als *lebendiges Gefüge* stetigen Wandlungs- und Anpassungsprozessen – bedingt durch wachsende gesellschaftliche Ansprüche und Mechanisierungen – unterlegen ist, aber für die Bevölkerung die lebensnotwendige Funktion erfüllt, Nahrungsmittel herzustellen. Die Prüfung ihrer handlungsleitenden Ordnungen in und nach einer Krise bzw. einem krisenhaften Zustand kann die Leistung des Systems wieder stärken, Systemvertrauen zurückgewinnen und das verantwortliche Handeln der Landwirte, Molkereien, Verbraucher und weiterer beteiligter Akteure unter geänderten Bedingungen anleiten.

Krisen und krisenhafte Zustände konfrontieren das Leistungssystem Landwirtschaft jedoch nicht nur mit neuen oder veränderten Handlungsstrukturen, sondern auch mit Verantwortungsfragen. Keulungen ganzer Tierbestände zur Seucheneindämmung oder die Verbreitung möglicher gesundheitsgefährdender Nahrungsmittel können dazu exemplarisch angeführt werden, um die Folgen einer Krise zu verdeutlichen, die nach einem Verantwortlichen fragen lassen. In modernen Gesellschaften wird in den Foren der medienvermittelten, öffentlichen Kommunikation ausgehandelt, wer aus Sicht der auftretenden Akteure und ihrer Inhalte verantwortlich bzw. unverantwortlich agiert. Das Kapitel 4 stellte dazu heraus, dass der Verant-

wortungsbegriff selbst zwar auf eine lange Tradition in den philosophischen Disziplinen zurückblicken kann, die Kommunikationswissenschaft ihm allerdings bislang kaum Beachtung geschenkt hat (Altmeyden et al., 2019, S. 72). Das Rede-und-Antwort-Stehen von Akteuren für ihr Handeln und die damit verbundenen Handlungsfolgen prägen das allgemeine Verständnis von Verantwortung als Zuschreibungs- und Zuständigkeitsbegriff (Heidbrink, 2017). Aufgrund der Komplexität des Begriffs und zur Artikulation des Handlungssinns lässt sich die Verantwortung in mehrere Relata differenzieren, die je nach zugrunde liegender Definition weit oder eng gefasst werden können (Altmeyden et al., 2019, S. 66). Diese Arbeit fragte danach, wer gegenüber wem wie die Verantwortung wahrgenommen bzw. vernachlässigt hat und spiegelte sich so als soziale Konstruktion in der Fragestellung wider. Im Vordergrund stand die Attribution von Verantwortung und damit eine enge Definition. Um die Fragestellung näher fassen zu können, wurden die im wechselseitigen Beziehungsverhältnis zueinanderstehenden Verantwortungsrelata herangezogen und mithilfe von Loh (2017, Sombetzki, 2014) beschrieben. Das handlungsfähige Verantwortungssubjekt, als Individuum oder Kollektiv, steht Rede und Antwort für ein Verantwortungsobjekt, das einen vergangenen oder zukünftigen Handlungsbezug haben kann. Entscheidend für die Zuschreibungs- und Zuständigkeitsattribution sind die normativen Kriterien, in denen die geltenden Regeln und Gesetze Ausdruck finden, an denen ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln gemessen wird. Jedoch kann Verantwortung auch dann attribuiert werden, wenn die Fragen weniger die Legalität, sondern vielmehr die Legitimität einer Handlung zum Gegenstand haben. Die öffentliche Kommunikation und damit Schauplatz der Aushandlungsprozesse von Akteuren darüber, wer und ob das Leistungssystem Landwirtschaft verantwortlich gehandelt hat, betrachtete diese Arbeit in der Berichterstattung der klassischen Printmedien für die BSE-Krise und die Glyphosat-Debatte.

Doch stellt sich neben der Frage nach der Verantwortung auch die Frage nach dem *Wie*, genau genommen dem *Wie* der Berichterstattung. Krisen und krisenhafte Zustände sind Ereignisse, bei denen Störungen und Dysfunktionen des Leistungssystems Landwirtschaft sichtbar werden. Die Ursachen und Lösungen für diese Strukturveränderungen werden in der öffentlichen Kommunikation vermittelt. Framing als *methodisch-theoretisches Konzept* erlaubt es, Öffentlichkeit zu operationalisieren, weil es auf allen Ebenen des Kommunikationsprozesses – vom Rezipienten über den Journalisten hin zu den strategischen Akteuren – angewendet werden kann. Das hat zugleich eine weite Streuung der Definitionen von Frames und Framing-Prozessen innerhalb der Kommunikationswissenschaften zur Folge (vgl. Kap. 5). Diese Arbeit richtete sich nach der Definition von Entman (1993) mit dessen vier benannten Elementen von Frames. Medienframes als Ergebnis eines Strukturierungs- und Selektionsprozesses in der Berichterstattung der ausgewählten Leitmedien und Agrarpresse bildeten das Kerninteresse der Studie. Frames selbst, so das Verständnis für diese Arbeit, legen fest, welche ausgewählten inhaltlichen und formalen Aspekte eines Themas besonders hervorgehoben werden und welche in den Hintergrund rücken. Dabei können unterschiedliche Faktoren einen Einfluss auf den Selektionsprozess haben: Neben den persönlichen Vorstellungen, dem kulturellen Hintergrund und der Kollegenorientierung des Journalisten (Kap. 5.5) üben ebenso strategische Akteure

durch das Lancieren ihrer Sichtweisen in die Berichterstattung einen nicht zu unterschätzenden Einfluss aus. Doch auch einzelne Schlüsselereignisse können die Dynamik eines Frames verändern und die bisherige Dominanz eines Deutungskonstrukts mildern und neue, bisher hintergründige Sichtweisen begünstigen (Brosius & Eps, 1993; Potthoff, 2012; Scheufele, B., 2006). Die Folge: Die Framing-Prozesse können in Krisen im landwirtschaftlichen Sektor unterschiedliche Schlussfolgerungen implizieren. Die Rekonstruktion des Forschungsstandes zur Attribution von Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation und der Framing-Forschung (vgl. Kap. 6) zeigte auf, wie stark dieser Wirtschaftssektor bisher innerhalb der Kommunikationswissenschaften eine untergeordnete Rolle spielte. Erkenntnisse zur gesellschaftlichen Bedeutung des Sektors, welches Image die einzelnen Tierhaltungszweige bis dato pflegen (Busch, Schwetje & Spiller, 2015; Kühl et al., 2018), und Framing-Analysen über zentrale landwirtschaftsbezogene Ereignisse (Hagenhoff, 2003; Wolfram et al., 2021) speisen sich primär aus den Agrarwissenschaften. Die empirische Beschäftigung mit der journalistischen Berichterstattung über landwirtschaftliche Krisen spielt vorrangig als Fallbeispielanalyse dann eine Rolle in den Kommunikationswissenschaften, wenn sich Bezüge zur Gesundheitsgefährdung des Konsumenten und der nicht mehr vollständig gegebenen Lebensmittelsicherheit herstellen lassen (Linzmaier, 2007; Otterpohl, 2019; Rössler et al., 2006). Vor allem Missstände, die das unverantwortliche Verhalten Einzelner auf der Produktionsseite betreffen, erzielen die mediale Aufmerksamkeit. Wenig überraschend machten daher die bisherigen Forschungsbefunde die prominente Rolle der BSE-Krise als Untersuchungsgegenstand sichtbar. Verantwortung als komplexer Prozess fand ebenfalls nur selten Eingang in systematische empirische Analysen. Den bisherigen Erkenntnissen ist aber gemein, dass sich Attributionsvorgänge hauptsächlich in Printmedien wiederfinden, die Politikern und weniger zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Wissenschaftlern Raum für Zuschreibungen bieten. Diese präsentieren sich dabei selbst in gutem Licht und schreiben sich Erfolge für Handlungen zu, während die Kontrahenten Zielscheibe für Misserfolge sind.

Für die beiden Teilerhebungen dieser Untersuchung waren daher vier Krisen, von denen die Landwirtschaft in den vergangenen 30 Jahren betroffen war, maßgeblich. Sie spiegeln unterschiedliche Entwicklungsstadien des Leistungssystems wider und erfüllten zugleich das Kriterium, auch auf überregionaler Ebene die mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Um die zentrale Forschungsfrage beantworten zu können, welches Bild die überregionalen Leitmedien SZ und FAZ sowie die vier ausgewählten landwirtschaftlichen Wochenblätter, die Agrarpresse, über das Leistungssystem zeichnen, gab die Untersuchung mittels einer Framing-Analyse eine vielschichtige Auskunft. Sie konnte aufzeigen, welche der mit einem manuell-holistisch methodischen Zugang ermittelten Frames – der *Opferframe*, *Täterframe*, *Agrarstrukturframe* und der *Globalisierungsframe* – in der jeweiligen Berichterstattung dominierten und sich auch im Krisenverlauf in ihrer Häufigkeit des Auftretens veränderten. Ferner erlaubte es die zweite Teilerhebung, der postulierten Forschungslücke fehlender empirischer Untersuchungen zur Attribution von Verantwortung Rechnung zu tragen, indem sie auf Aussageebene die Zuschreibung von Handlungsfolgen und Zuständigkeitsverantwortung in der öffentlichen Kommunikation erfasste und so aufzeigte, welche Akteure primär die Sündenböcke sind und wer den Diskurs darüber dominiert.

13.3 Teilerhebung I: Diskussion und kritische Reflexion

Im Folgenden ist es das Ziel, die dargestellten Ergebnisse der beiden Teilerhebungen zu reflektieren und in Rückbezug auf den theoretischen Rahmen zur Attribution von Verantwortung und der Framing-Forschung einzuordnen. Es soll weniger um die Vergleichbarkeit der untersuchten Krisen gehen, der aufgrund der unterschiedlich starken Medienaufmerksamkeit (insb. Dioxin) ohnedies enge Grenzen gesetzt sind. Auf systembedeutende Krisen, wie dem Ausbruch von BSE und der Glyphosat-Debatte, wird an den entsprechenden Stellen noch einmal spezifischer eingegangen. Darüber hinaus gilt es im Anschluss, argumentative und konzeptionelle Schwachstellen in Bezug auf das methodologische Vorgehen herauszustellen und die Limitationen dieser Arbeit zu benennen.

13.3.1 Zentrale Merkmale der Berichterstattung über Landwirtschaft

In Rückbezug auf die Berichterstattungskennwerte zeigt sich eine Bestätigung der bisherigen Forschungserkenntnisse dahingehend, dass Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem Landwirtschaft mit ihrem starken lebensnahen Bezug zum Verbraucher und dessen Gesundheit eine hohe Medienaufmerksamkeit hervorrufen, die insbesondere nach einem ersten auslösenden Ereignis stark zunimmt (Kayser, Böhm & Spiller, 2011, S. 72; Kohne & Ihle, 2016; Linzmaier, 2007; Vierboom & Härten, 2000). Die Formulierung des ehemaligen FAZ-Journalisten Jan Grossarth (2015, S. 374) „die Empfänglichkeit der Medien für Negativmeldungen und Skandalisierung“ beschreibt damit treffend, was die Ergebnisse dieser Studie empirisch geprüft aufzeigen. Dabei bestätigt sich die Erwartung, dass nicht allen Krisen gleich viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, sondern besonders die mit einem direkten Bezug zum Verbraucher und einer möglichen Gesundheitsgefährdung überwiegen. Damit spiegeln sich die Erkenntnisse aus dem Forschungsstand (Feindt & Kleinschmit, 2004; Linzmaier, 2007, S. 133) dahingehend wider, dass die BSE-Krise als Dreh- und Angelpunkt gerade bei den Leitmedien in den Fokus rückt und eindeutig der ereignisorientierte Zugang entlang politischer Regulierungsprozesse dominiert (Hagenhoff, 2003, S. 129). So veröffentlichten die SZ und FAZ nach dem ersten Fall eines in Deutschland geborenen mit BSE-infizierten Rindes innerhalb von rund drei Monaten insgesamt 211 Artikel. Auch Ereignisse rund um das Thema Glyphosat, die vor allem mögliche Krebsrisiken und den Schwund der Artenvielfalt umfassten, sind daher wenig überraschend die Krise mit der zweitstärksten medialen Aufmerksamkeit in der SZ und FAZ (n = 189). Dies stimmt auch mit den Erkenntnissen von Kayser, Böhm und Spiller (2011, S. 73) überein, wonach das Thema Umweltschutz zu den Top 5 der meist diskutierten Themen in den Qualitätsmedien gehört. Gemeinsam deckt die Berichterstattung der Leitmedien über diese beiden Krisen 34 Prozent aller untersuchten Artikel der Studie ab und unterstreicht damit die Bedeutungsstärke der Krisen – sowohl für das Leistungssystem als auch für die überregionalen Medien. Die Dioxin-Krise, bei der die belasteten Eier eine unwesentliche gesundheitliche Gefährdung darstellen, fiel daher wenig überraschend mit 89 Arti-

keln in den Leitmedien und 69 Artikeln in der Agrarpresse und einem zehnwöchigen Untersuchungszeitraum kaum ins Gewicht. Diesbezüglich kann kritisch angemerkt werden, dass die Studie keine kurzen Agenturmeldungen erfasst hat. Dem ist entgegenzuhalten, dass Meldungen als kurze, sachliche Darstellung der relevanten Fakten und zumeist von den Nachrichtenagenturen übernommen nicht als Bedeutungsmaß für eine vom Medium zugeschriebene Aufmerksamkeit gelten können. Ebenso lässt sich die kritische Sicht auf den Tierhaltungszweig Schwein und eine damit verbundene größere Aufmerksamkeit für diesen (Busch, Schwetje & Spiller, 2015; Kühl et al., 2018), gemessen an der Artikelhäufigkeit in den Leitmedien, (n = 102) nicht bestätigen. Vielmehr kann für die Schweinepest in den 1990er Jahren trotz eines langen Zeitraums nur eine temporäre Aufmerksamkeit zu Beginn der Krise im Frühjahr 1993 und beim erneuten Ausbruch 1997 aufgezeigt und damit eine stark ereignisorientierte Berichterstattung auf Basis dieser Befunde gestärkt werden (Görke, Kohring & Ruhrmann, 2000). Ein angestrebter Versuch der Autorin, die ESP-Krise mit den erneut aufgetretenen Seuchenfällen 2006 im Münsterland zu vergleichen, konnte nicht durchgeführt werden, da es an ausreichendem Untersuchungsmaterial in den Leitmedien fehlte. Umso lohnenswerter wären zukünftige Untersuchungen, die sich einem Vergleich mit dem Ausbruch der ASP in Deutschland seit September 2020 annehmen. Vor dem Hintergrund der (wirtschaftlichen) Bedeutungsstärke dieses Tierhaltungszweigs für das deutsche Leistungssystem Landwirtschaft als größter Schweinefleischerzeuger in Europa (BMEL, 2020, S. 20; vgl. Kap. 2) stellt sich die spannende Frage, ob die mediale Aufmerksamkeit für diese sich anbahnende Krise umfassender ausfällt.

Für die Agrarpresse sind alle untersuchten Krisen bedeutungsstark, wobei die Schweinepest (n = 165) und die Glyphosat-Debatte (n = 178) die prominentesten Rollen einnehmen. Für unmittelbare und unerwartete Krisen, wie im Dioxin-Fall, ließ sich vermuten, dass die Agrarpresse zügig ihrem Anspruch gerecht wird, ihrem Publikum themen- und fachspezifische Informationen bereitzustellen (Jarren, Oehmer & Dioh, 2020, S. 47). Doch über die ersten Hinweise Ende Dezember 2010 ließ sich keine Berichterstattung in den Wochenblättern identifizieren. Ähnliches gilt für die Glyphosat-Debatte, die primär von politischen Entscheidungsprozessen geprägt ist, welche starke Auswirkungen auf das Handeln der Landwirte hatten und so eine frühe und vor allem umfassende Berichterstattung vermuten ließen. Wie erwähnt hat die Agrarpresse in der Gesamtschau betrachtet zwar umfassend über diesen krisenhaften Zustand berichtet, aber es ließen sich mehr zentrale Peaks als ein kontinuierlicher Berichterstattungsverlauf nachzeichnen. Dafür zeigten die einzelnen Ereignisverläufe auf, dass die Krisen konstanter und damit länger in der Berichterstattung präsent waren. Fachjournalisten, die sich als „Ratgeber auf Augenhöhe“ (Kothe, Wolfram & Mergenthaler, 2020, S. 28) verstehen und ihre primäre Aufgabe darin sehen, dem Publikum der grünen Branche Orientierungshilfe zu geben, möchten ihren Leserkreis vermutlich auch langfristiger über die Krise informieren und diese nicht nach kurzer Zeit in Vergessenheit geraten lassen. Insbesondere für die Landwirte als Hauptleser sind die zukünftigen strukturellen Folgen, die sich aus einer Krise ergeben, handlungsleitend und entscheidend. Verschiebungen von Abstimmungsverfah-

ren, die einen Einsatz von Glyphosat um ein weiteres Jahr ermöglichen, geben dem Landwirt Planungssicherheit, denn im Gegensatz zum Verbraucher als Rezipient der Leitmedien ist er, wie im Fall von Glyphosat, auf diese Sicherheit angewiesen.

Für die Ermittlung dessen, welche Aufmerksamkeit die Medien Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft zuteilwerden lassen, konnten als Indikatoren auch die Platzierung bzw. das Ressort, der Verfasser und die Darstellungsform herangezogen werden. Wird das Leistungssystem von einer Krise erfasst, so finden sich medienübergreifend 15 Prozent der Artikel auf der Titelseite wieder. Interessant ist jedoch die Tatsache, dass die *FAZ* vorrangig Krisen im Wirtschaftsressort abhandelte (47,7 Prozent), während die *SZ* über 50 Prozent auf den ersten Seiten des Mantelbogens im Ressort Politik und Nachrichten platzierte. Hier ließe sich diskutieren, ob die *SZ* Missstände in der Landwirtschaft eher im direkten Zusammenhang mit folgenden politischen Aushandlungsprozessen betrachtet, die diese Ressortwahl begünstigen, und ihr damit eine stärkere Themengewichtung zuspricht. Möglich ist auch, dass die *FAZ* den Agrarsektor aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutungsstärke grundsätzlich dem Wirtschaftsressort zuordnet und in besonderen Ereignisfällen eine besonders prominente Platzierung auf Schwerpunktseiten erfolgt – immerhin wurden 20 Prozent aller Artikel der *FAZ* als „Schwerpunkt bzw. Thema des Tages“ deklariert – und damit eindeutig der hohe Beachtungsgrad über die raumgreifende Darstellung für die Krisen in der Landwirtschaft bestätigt. In Rückbezug auf die Erkenntnisse von Hagenhoff (2003, S. 228) verwundert es jedoch nicht, dass in Randressorts wie „Wissenschaft“ selten (1,7 Prozent, $n = 20$) über die Krisen berichtet wurde. So stellte sich am Beispiel von BSE heraus, dass mit wachsendem Bekanntheits- und Interessensgrad die politischen Themen und Akteure in den Fokus rückten, während die wissenschaftliche Einordnung von BSE zu den Zeitpunkten von Interesse war, als die öffentliche Aufmerksamkeit für die Tierseuche selbst gering ausfiel (Hagenhoff, 2003, S. 101). Da in dieser Untersuchung die Krisenausbrüche und nicht die Langzeitbeobachtung einer einzelnen Krise im Fokus stand, kann dies als Erklärung für die Dominanz der Politik- bzw. Nachrichtenressorts herangezogen werden. Die Agrarpresse belegt durch ihre primäre Platzierung im Ressort Agrarpolitik (51 Prozent) den aus der Theorie zugeschriebenen „funktionale[n] Leistungsbeitrag“ (Jarren, Oehmer & Dioh, 2020, S. 47) von Fachmagazinen, mit denen sie aktiv an der politischen Kommunikation teilnimmt. Auch unterstreichen die Wochenblätter damit selbst ihre Aufmerksamkeit für die Krisen und Missstände. Die agrarpolitischen Themen werden in allen untersuchten Medien auf den ersten Seiten des Magazins abgehandelt und können so eine höhere Aufmerksamkeitswirkung bei der Leserschaft erzielen als in fachspezifischen Ressorts wie die Tierhaltung, die möglicherweise der reine Ackerbauer nicht entsprechend verfolgt und damit aber agrarpolitische Handlungsfolgen, die auch ihn betreffen können (bspw. Anpassungen der Düngeverordnung), aus seinem Blickfeld geraten. An dieser Stelle ist jedoch anzumerken, dass sich das Informationsspektrum der Landwirte nicht nur auf die landwirtschaftlichen Fachmagazine konzentriert, sondern auch die Landwirtschaftskammern oder Berufsverbände einen entsprechenden Informations- und Aufklärungsauftrag haben.

Doch nicht nur das Ressort kann als blicklenkender und Aufmerksamkeit verstärkender Indikator gelten. Auch die Darstellungsformen können dazu einen Beitrag leisten. Krisenübergreifend zeigt sich dazu deutlich ein hoher Reflexionsgrad der Medien, die in ihrer Rolle als professionalisierter Dauerbeobachter eigene redaktionelle Beiträge im berichtenden Stil bevorzugen und demnach eine ausgewogene, statt meinungsbasierte Berichterstattung beim Thema Landwirtschaft präferieren. Über 70 Prozent aller Beiträge wurden von Redakteuren verfasst, Agenturmaterial spielte hingegen mit einem Anteil von 15 Prozent nur eine untergeordnete Rolle. Dies deckte sich mit dem bisherigen Forschungsstand zum Thema (Hagenhoff, 2003, S. 115–116; Linzmaier, 2007, S. 141; Meyer-Hullmann, 1999) und kann als typisch für Publikationsorgane im Print gelten. Zugleich kann jedoch ebenso vermutet werden, dass die Strukturen des Leistungssystems, die gültigen Regeln oder auch Erläuterungen darüber, was bspw. Dioxine sind oder inwiefern die vCJK Einfluss auf die Gesundheit ausüben kann, derart komplex sind und entsprechend einer inhaltlichen Tiefe bedürfen, die nur über längere Berichte dem Publikum verständlich aufzubereiten sind. Auffällig ist jedoch wieder das hohe Interesse für die BSE-Krise durch die besonders vielen Kommentierungen in beiden Medien – mehr als ein Drittel aller veröffentlichten Artikel über diese Krise bestanden aus einem Kommentar und bestätigten damit die Erkenntnisse Linzmaiers (2007, S. 141). Der propagierte und geforderte Richtungswechsel des Leistungssystems, der durch die Förderung des ökologischen Landbaus sichtbar wurde, scheint ein Nährboden für umfassende Kommentierungen zu sein. Selbst die Glyphosat-Debatte, die augenscheinlich als zweiter großer Richtungswechsel im System zu verorten ist, konnte nicht das mediale Interesse in Form von interpretierenden und meinungsbezogenen Artikeln widerspiegeln.

Noch stärker sichtbar wird die Bedeutungsstärke von BSE für die Medien im Vergleich zur Dioxin-Krise, die nur zehnmal in den Leitmedien kommentiert wurde. Diese Ergebnisse gilt es jedoch vor dem Hintergrund einzuordnen, dass überregionale, finanzstarke Leitmedien untersucht wurden, die es erlaubten, eigenständige Recherche zu betreiben. Für zukünftige Forschungen wäre hier eine Ausweitung des Blickwinkels auf kleinere, regionale Tageszeitungen wünschenswert, (Donsbach & Meißner, 2004, S. 97, S. 109). Wenngleich die regionalen Wochenblätter mit der starken journalistischen Eigenleistung zunächst überraschen mögen, so muss auf der einen Seite dieses Ergebnis dahingehend eingeordnet werden, als dass ihnen aufgrund des wöchentlichen Erscheinungsrhythmus eine intensivere Recherche und Ausarbeitung zur Verfügung steht. Auf der anderen Seite liegen keine bekannten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den redaktionellen Strukturen in Fachmagazinen wie den Wochenblättern vor, die genauere Auskunft zur Besetzungsstärke in den Redaktionen geben. Hier könnten zukünftige Einblicke in die journalistische Routine und die Organisation in den Redaktionen in Form von Beobachtungen oder Leitfadeninterviews mit den Fachjournalisten Auskunft geben.

13.3.2 Die präferierten Deutungsmuster: Vielfalt statt Einheit

Die redaktionelle Aufmachung einer Krise in Form von ausgewählten Merkmalen zur Erhöhung des Beachtungsgrads und das Aufzeigen der Berichterstattungsintensität im Verlauf konnten für sich genommen schon ein umfassendes Bild über die

Präsenz von Krisen aus dem Leistungssystem in Leit- und Fachmedien zeichnen. Doch um dieses Bild weiter zu schärfen, konnte die Framing-Analyse noch tiefergehende Erkenntnisse liefern. Der Untersuchung lag die forschungsleitende, krisenübergreifende Annahme zugrunde, dass unterschiedliche ideologische Präferenzen eines Mediums sich in der Wahl der Frames widerspiegeln (Donsbach & Patterson, 2003; Potthoff, 2012; Leonarz, 2006; Scheufele, D. A., 1999; Zhou & Moy, 2007). Auf Grundlage des bisherigen Forschungsstandes (Wolfram et al., 2021, S. 34; Kayser, Böhm & Spiller, 2011, S. 79) schien es plausibel, anzunehmen, dass die überregionalen Leitmedien ihre Berichterstattung zum einen in den Täterframe betten, der die Landwirtschaft als Problemverursacher durch Fahrlässigkeit und Regelverstöße benennt, die landwirtschaftlichen Praktiken der Tierhaltung und des Ackerbaus kritisch hinterfragt und die Eindämmung der langfristigen Auswirkungen dieser Handlungen vor allem als Aufgabe des Landwirts selbst und der politischen Akteure sieht. Zusätzlich, so die Annahme, präferieren die Leitmedien in ihrer Berichterstattung den Agrarstrukturframe (Hagenhoff, 2003; Wolfram et al., 2021, S.34, S. 39; Kayser, Böhm & Spiller, 2011, S. 76), der in seiner inhaltlichen Schwerpunksetzung die Problematik im ganzheitlichen System mit der Ausrichtung auf den günstigsten Preis betont. Die Agrarpresse als Fachmedium hingegen hebt die nachhaltigen, vor allem ökonomischen Folgen für die Landwirtschaft als Opfer hervor. Zugleich, so ließ sich vermuten, betont die Agrarpresse in ihrer Berichterstattung übergeordnetes Marktinteresse, das über dem Wohl der Tiere steht und durch politische Weichenstellungen in den vergangenen Jahren noch weiter verschärft wurde (Wolfram et al., 2021, S. 21).

Opfer oder Täter der Schweinepest?

Als „apokalyptisch[e] Szenen“ (Fuhr, 1998, S. 1) beschrieb die FAZ die Seuchenzüge aus den Jahren 1993 bis 1994, als vor allem in Niedersachsen über eine Millionen Tiere gekeult wurden. Trotz dieser negativ beeindruckenden Zahlen war die ESP für die Leitmedien (n = 102), wie bereits angeklingen, nicht von derart öffentlichem Interesse, wie angenommen wurde (Kohne & Ihle, 2016). Thematisch lag der Fokus der SZ und FAZ deutlich auf den europäischen Handlungsmaßnahmen (n = 47) zur Eindämmung der Krise und weniger auf den ökonomischen Folgen. Neben den Bestandskeulungen (n = 35) und der Verfütterung von Speiseabfällen (n = 33) beschäftigte sich die Agrarpresse thematisch stärker mit den wirtschaftlichen Folgen der Krise (n = 53) – was wenig verwunderlich war, denn schließlich ging es bei vielen Landwirten um die Existenz. Vor diesem Hintergrund überraschte das Ergebnis, dass die bestehende Alternative zu den Bestandskeulungen, die Marker-Impfstoffe, inhaltlich in beiden Publikationsorganen über den gesamten Zeitraum hinweg kaum eine Rolle spielten.

Die Einbettung der Berichterstattung war in den Leitmedien von einem konträren Deutungsmuster geprägt: Im Vergleich zur Agrarpresse setzten sie zwar signifikant häufiger den Globalisierungsframe, doch interessanter war die Tatsache, dass sie die Ereignisse nicht in einem einheitlichen Tenor framteten, sondern zu fast gleichen Teilen den Täter- und Opferframe betonten. Dies lässt vorsichtig den Schluss zu, dass aus der Perspektive der Leitmedien die Bauern mitschuldig waren, weil sie geltende Strukturen und Handlungsmaßnahmen des Leistungssystems missachteten, und zugleich sie am stärksten wirtschaftlich unter den Folgen der Krise zu leiden haben. Da-

mit zeigte sich, dass den Leitmedien in Bezug auf Krisen im Leistungssystem keine eindimensionale Berichterstattung unterstellt werden kann (Kayser, Böhm & Spiller, 2011). Vielmehr lassen die Ergebnisse darauf schließen, dass sie Entwicklungen vor den Ereignishintergründen einordnen und dabei besonders die bedeutende Rolle der EG-Kommission und die des damaligen Landwirtschaftsministers Jochen Borchert für die Eindämmung der Seuche erkannten und ihre politische Handlungstätigkeit einforderten. Des Weiteren zeigen die Ergebnisse, dass bis auf die zwei Hauptphasen der Seuche im November 1993 und zum Jahresbeginn 1998 die Framing-Aktivitäten insgesamt sehr geringfügig ausfielen und damit kaum theoretische Rückschlüsse getroffen werden konnten. Die Agrarpresse hingegen setzte höchst signifikant öfter die Frame-Kombination aus Opfer-Globalframe und ließ damit die Annahme bestätigen, dass sie ihre Berichterstattung primär in die Sichtweise des Landwirts als Opfer der Krise betteten. Auch in der dynamischen Entwicklung des Frames setzten sie über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg signifikant häufiger den Opferframe als die Leitmedien. Damit bestätigten sie die Beständigkeit eines Frames im Verlauf des diskutierten Themengegenstandes (Scheufele, B. & Brosius, 1999, S. 411) und lassen zudem den Schluss zu, dass Journalisten auch über einen längeren Zeitraum hinweg auf bekannte Frames zurückgreifen.

Dennoch kann nicht unterschlagen werden, dass die Agrarpresse durchaus auch in einem nicht unerheblichen Maße den Täterframe präferierte. An diesem Frame wurde deutlich, wie sich eine mediale Debatte verschieben kann. Offensichtlich erkannten die Journalisten der Agrarpresse, dass die etablierten Strukturen des Leistungssystems wie Tiertransporte quer durch das Land zur Beschleunigung der Krise beitrugen und sie kritischer hinterfragt werden sollten. Titel wie „Pest an Bord“ betonen, dass „man Landwirten ... die Schuld geben kann ... und muß“ (Hausschild, 1994, S. 37) machten dies deutlich. Im Vergleich mit der dynamischen Entwicklung der Frames lässt sich in Rückbezug auf die Theorie eine temporäre Gewichtsverschiebung (Böcking, 2009; Engelke, 2018, Scheufele, & Brosius, 1999) in Bezug auf den Täterframe in der Agrarpresse erkennen. Auch wenn nur Tendenzen und keine signifikanten Ergebnisse herausgestellt werden konnten, so lässt sich zumindest festhalten, dass sich die von Weber und Kollegen (2012, S. 213–214) beschriebene kurzfristige Frame-Akzentuierung – ausgelöst durch Schlüsselereignisse – (in diesem Fall erneute Seuchenausbrüche 04/1994, 11/1994) durchaus auch in der ESP-Krise widerspiegelte.

BSE: Ein Paukenschlag für das Leistungssystem

Wie bereits angeklungen, nahm die BSE-Krise als Dreh- und Angelpunkt im und für das Leistungssystem eine zentrale Rolle ein (Hagenhoff, 2003; Linzmaier, 2007). Hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte deckten sich die Ergebnisse mit Hagenhoff (2003, S. 131) dahingehend, dass die politischen Handlungsmaßnahmen, die u. a. Lösungsvorschläge, wie die Einlagerung von Rindfleisch oder BSE-Schnelltests umfassten, die Berichterstattung in Bezug auf die Hauptthemen dominierten. Zusätzlich konnte die hohe Präsenz der Thematik rund um die „Agrarwende“ zumindest für die Agrarpresse bestätigt werden. Die sich abzeichnenden langfristigen Veränderungen, die sich durch die BSE-Krise für das Leistungssystem Landwirtschaft ergaben, können als Erklärung für die starke Fokussierung dieses Themas in der Agrarpresse dienen. Der vermeintlich geringere prozentuale Anteil des Hauptthemas in den Leit-

medien im Vergleich zur Studie von Hagenhoff (2003, S. 131; S. 148) kann dadurch erklärt werden, dass die Ministerrücktritte als Thema in dieser Studie inhaltlich auch den Antritt von Renate Künast umfassten, während Hagenhoff dies gemeinsam in der Kategorie „Agrarwende“ codierte und entsprechend dort höhere Prozentwerte vorliegen. Was lässt sich daraus ableiten? Beide untersuchten Publikationsorgane verbindet in Bezug auf die Hauptthemen die politische Brisanz der Krise. Sie haben erkannt, dass es sich bei BSE nicht um eine ‚einfache‘ Tierseuche handelt, sondern sich neben personellen Konsequenzen vor allem langfristige Veränderungen für das Leistungssystem unter dem Schlagwort der „Agrarwende“ abzeichnen. Die Ergebnisse der Studie fügen sich dahingehend gut in die bisherigen Forschungserkenntnisse (Hagenhoff, 2003; Linzmaier, 2007; Mahlau, 1999) ein, als dass BSE nicht nur ein hohes mediale Echo erfahren hat, sondern auch die inhaltliche Fokussierung auf die politischen Handlungsmaßnahmen und Themen zur zukünftigen Ausrichtung des Systems die Medienagenda dominieren.

Darüber hinaus schien es basierend auf dem Forschungsstand plausibel, anzunehmen, dass diese Krise als Schlüsselereignis die Etablierung einer weiteren Perspektive auf die systembedrohenden Zustände begünstigt – hier die des Strukturframes – und bis dato etablierte Frames in den Hintergrund rücken bzw. nicht mehr die erwartete Durchdringungstiefe erreichen (Brosius & Eps, 1993; Scheufele, B. & Brosius, 1999). In den Ergebnissen hat diese Annahme breite Unterstützung gefunden (vgl. Kap. 10.2.2). Während die Berichterstattung der Leitmedien kaum mehr in den Täterframe eingebettet war, traten stattdessen klar der Strukturframe und der Globalisierungsframe allein sowie in Kombination in den Vordergrund und fanden sich sogar signifikant häufiger in den Leitmedien als in der Agrarpresse. Im Vergleich mit den bisherigen Forschungsbefunden lässt sich folglich zum einen bestätigen, dass bei Krisen, die den Tierhaltungszweig betreffen, in der Berichterstattung der Leitmedien Aspekte rund um die Verantwortung des Verbrauchers und der Gesellschaft besonders betont und kritisch im Kontext des ganzheitlichen, industriell ausgerichteten Systems betrachtet und eingeordnet werden (Wolfram et al., 2021; Hagenhoff, 2003). Zum anderen zeigt sich auf Basis der Befunde, dass der Strukturframe mit dem zentralen Schlüsselereignis – der erste BSE-Fall eines in Deutschland geborenen Rindes – klar auf die Agenda rückte und sich die Berichterstattung in dieser Hochphase primär auf jene Aspekte des Strukturframes schwerpunktmäßig festlegte. Die Bedeutung von Schlüsselereignissen als „schwere Auseinandersetzungen“ (Brosius & Eps, 1993, S. 515, zit. nach Dahinden, 2018, S. 147), die einen neuen Bezugsrahmen schafften, kann somit bei den Leitmedien für die BSE-Krise als zentraler Dreh- und Angelpunkt im Leistungssystem als belegt gelten. Durch einen ergänzenden Blick auf den Zeitverlauf in der Framesetzung wurde deutlich, dass diese beiden Frames auch die Zeitabschnitte rund um den 25. November 2000 als Stichtag sowie in Bezug auf die beiden Ministerrücktritte im Januar 2001 prägten. Für den Strukturframe konnte über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die signifikant häufigere Setzung im Vergleich zur Agrarpresse aufgezeigt werden.

Mit beiden Ereignissen schienen die Journalisten der Leitmedien den sich abzeichnenden, nachhaltigen Wandel der Landwirtschaft zu erkennen. So wurde anhand der BSE-Krise sichtbar, wie sich eine mediale Debatte um Krisen und krisenhafte Zu-

stände im Leistungssystem verschieben kann. Während sich die ESP-Krise als Tierseuche primär durch den konträren Fokus auf die Landwirtschaft selbst als Opfer bzw. Täter auszeichnete, weitete sich der Blick der Leitmedien auf die ganzheitlichen Strukturen des Leistungssystems. Zudem rückte vermehrt die globale Ausrichtung der Landwirtschaft in den Blickpunkt und die damit verbundenen nachhaltig negativen Folgen dieser Entwicklung. Auf Basis dieser Ergebnisse lässt sich konstatieren, dass die BSE-Krise nicht nur durch die Bedeutung als Schlüsselereignis die Etablierung eines „neuen“ Frames begünstigt (Boesman, Berbers, d’Haenens & van Gorp, 2017; Brosius & Eps, 1993; Scheufele, B. & Brosius, 1999), sondern auch einen kulturellen Wandel (Scheufele, B., 2003) hervorgerufen hat, der sich vor allem über die verstärkt geforderte ökologische Ausrichtung und die Betrachtung der ganzheitlichen Strukturen und Akteure im Leistungssystem äußerte und die Durchdringung des Strukturframes erleichterte.

Die Agrarpresse hingegen wirkte im Vergleich recht eindimensional und eng in ihrer Betrachtung der Ereignisse. Sie präferierten klar wie angenommen die übergreifende Deutungsperspektive des Opferframes und setzten diesen und auch die Frame-Kombination aus Opfer-Globalframe im Zeitverlauf signifikant häufiger als die Leitmedien. Die Ergebnisse deckten sich u. a. mit Wolfram und Kollegen (2021), wonach in der landwirtschaftlichen Fachpresse Frames, die den ökonomischen Schaden für die Landwirtschaft beschreiben, bevorzugt werden. In Anbetracht der Ereignisse rund um die BSE-Krise wirken diese Framing-Aktivitäten jedoch engstirnig: Der Täterframe fand sich in der Agrarpresse zu keinem Zeitpunkt, und auch der Strukturframe war im Gegensatz zu den Leitmedien unterrepräsentiert. Im Mittelpunkt stand während des gesamten Untersuchungszeitraums die Opfer-Perspektive signifikant häufiger als in den Leitmedien. Dass diese während des ersten zentralen Höhepunkts, dem Bekanntwerden des BSE-Falls Ende November 2000, dominierte, war wenig verwunderlich, denn Massenschlachtungen, der schnelle Preisverfall und die damit verbundenen überfüllten Ställe hatten für die Landwirte weitreichende wirtschaftliche Folgen. Doch auch mit der Ankündigung der Agrarwende beim zweiten zentralen Höhepunkt blieb der Opferframe präsent. Die Betrachtung der ganzheitlichen Strukturen, die zugleich eine Handlungsaufforderung in der Beschäftigung mit der Frage nach der zukünftigen Ausgestaltung des Leistungssystems sah, erfolgte nur in Kombination mit dem Opferframe. So wurde der Eindruck erweckt, dass die Journalisten der regionalen Wochenblätter den Entwicklungen mit großer Skepsis gegenüberstanden, in der sie weiterhin die Landwirte selbst als die Opfer einer Entwicklung sahen, die erst durch die globale Marktausrichtung möglich gemacht wurde. Inwiefern auch nach einer langen „bauernfreundlichen“ Führung des Landwirtschaftsministeriums der personelle Wechsel eine mögliche Grundskepsis befeuerte, konnte auf Basis der Ergebnisse nicht aufgezeigt werden, aber es lässt sich eine Verstärkung dieser Haltung vermuten.

Das Gelbe vom Ei? Dioxin und die (Nicht-)Berichterstattung

Mit Dioxin belastete Lebens- oder Futtermittel stellen nicht nur für das Leistungssystem Landwirtschaft ein Problem dar. Auch die Medien – so die Vorüberlegungen zu dieser Studie – haben ein starkes Interesse an dieser Krise. Besonders die davon zunächst angenommenen möglichen Gesundheitsgefährdungen für die Verbraucher

ließen eine umfassende Berichterstattung vermuten. Zugleich sprach für die Auswahl dieser Krise aus dem Leistungssystem, dass neben einer direkten Tierseuche auch eine weitere landwirtschaftliche Perspektive näher beleuchtet werden konnte. Eine erste Ernüchterung stellte sich jedoch ein, als der angestrebte Vergleich der Berichterstattung über Dioxinrückstände, wie bspw. 2003 oder 2004 (vgl. Kap. 8.2.3) aufgrund fehlender umfassender Berichte nicht durchgeführt werden konnte. Als „alter giftiger Bekannter“ (von Lucius & Schmidt, 2011, S. 3) titulierte die FAZ den bisher größten „Dioxinskandal“, und dennoch: Im Hinblick auf die Ergebnisse muss mit Ernüchterung festgestellt werden, dass diese Krise im übergreifenden Vergleich nicht nur in Bezug auf das Echo in den Medien, sondern auch hinsichtlich der Framing-Aktivitäten eher schwach ausgeprägt ist. Hauptthematisch lag der Fokus in beiden Mediengruppen wieder auf den politischen Handlungsmaßnahmen, gefolgt von den ökonomischen Folgen, die insbesondere die Berichterstattung der Agrarpresse dominierten. Erstmals befasste sich die Berichterstattung ausführlicher mit der Thematik Wissenschaft und Forschung, was aber eindeutig auf die Krise selbst zurückzuführen war, die den Leser schnell die Frage „was Dioxine sind“ stellen ließ.

Hinsichtlich der Framing-Aktivitäten der Medien stellte sich wie erwartet heraus, dass die Agrarpresse die Opferrolle der Landwirte betonte und signifikant häufiger die Frame-Kombination aus Opfer- Globalframe setzte. Sie schienen damit weiterhin ihrer Berichterstattung treu zu bleiben, in der die Landwirte Leidtragende sind und die Gewinnmaximierung vor dem Wohl der Tiere steht. Auch im Verlauf betrachtet änderte sich diese Perspektive kaum. Selbst nach den angekündigten strengeren Kontrollmaßnahmen bei Futtermittelherstellern betteten sie die Berichte weiterhin in den Opferframe, obwohl die Landwirte selbst von den erweiterten Auflagen profitierten. Die Agrarpresse bot so ihren Lesern in der Dioxin-Krise erneut eine eindimensionale Berichterstattung an – wenngleich sich dies vor dem Ereignishintergrund grundsätzlich nachvollziehen lässt, denn so konnte ihnen eine fehlende selbstkritische Reflexion der gültigen Handlungsstrukturen konstatiert werden. Wie zu erwarten war, war die Frame-Akzentuierung der Leitmedien weit gestreut. Zwar dominierte auch hier die Opferperspektive, doch betonten sie ebenfalls die Mitverantwortung der Landwirte im Zusammenhang mit den Strukturen des Leistungssystems. Im Zeitverlauf betrachtet wurde diese Ausweitung von der reinen Opferperspektive hin zur Betrachtung der Krise unter den Aspekten des Strukturframes sichtbar. Für die Journalisten der Leitmedien war es offenbar wichtig, bei einer Krise im Leistungssystem Landwirtschaft die ganzheitlichen Strukturen des Systems zu betonen und damit auch einen übergeordneten Blick in Form des Strukturframes in ihrer Berichterstattung anzubieten.

Das „Unkraut-Dilemma“ als Auslöser für eine Perspektiverweiterung?

Dass beim Thema Glyphosat sowohl in der breiten Bevölkerung als auch in der Wissenschaft die Vorstellungen und Wahrnehmungen weit auseinandergingen, war ist nicht überraschend. Als „Unkraut-Dilemma“ (Weiss, 2016, S. 18) titulierte die SZ den Spagat zwischen Befürwortern des Glyphosateinsatzes auf den Äckern, um die Weltbevölkerung ernähren zu können, und die mit einem Verbot verbundenen Schwierigkeiten und Vorteile für die Landwirte und die Artenvielfalt. Angesichts dieser konträren Positionen wurde für die Glyphosat-Debatte ein breites Frame-

spektrum erwartet. Jedoch wies die Inhaltsanalyse dieser Krise aufschlussreiche Erkenntnisse auf: So berichteten die untersuchten Medien zwar über die ökologischen Folgen des Herbizideinsatzes, allerdings deutlich weniger umfangreich, als die öffentliche Wahrnehmung des Diskurses um Biodiversität und Artenvielfalt vermuten ließ. Stattdessen war auch innerhalb dieser Krise die Berichterstattung vorrangig von politischen Hauptthemen rund um die Zulassung bzw. die Zulassungsverfahren bestimmt. Es folgten die gesundheitlichen Risiken sowie die Auseinandersetzung mit der landwirtschaftlichen Entwicklung. Zum einen wurde so abermals die klare verbraucherorientierte Perspektive sichtbar: Ein mögliches Krebsrisiko, das vom Einsatz des Herbizides ausgehen kann, und Inhalte wie Glyphosatrückstände in Muttermilch und Bier, denen es jedoch an wissenschaftlicher Fundierung fehlt, bestimmten die Themenagenda. Zum anderen überraschte es, dass der Einsatz von Glyphosat in Privat- oder Schrebergärten für den der Verbraucher – im Gegensatz zum Landwirt keinen Sachkundenachweis benötigte und auch nicht an Höchstabgabemengen gebunden war – kaum in der journalistischen Berichterstattung als Thema eine Rolle spielte. Hierzu ist anzumerken, dass das Codebuch für diese Thematik keine Ausprägung enthielt, da es in der Entwicklungsphase und während des Pretests nicht als eigenständige Themenkategorie bzw. Unterpunkt in Erscheinung getreten ist und entsprechend unter ‚Sonstiges‘ codiert wurde. Dieser jedoch im Vergleich recht geringe prozentuale Anteil unterstreicht die geringe mediale Aufmerksamkeit für diese fragwürdige und brisante Thematik.

Da für die Glyphosat-Debatte keine bekannte Vergleichsstudie aus dem Forschungsstand herangezogen werden konnte, können die Ergebnisse der Framing-Analyse dieser Studie einen ersten umfassenderen Blick auf die Debatte ermöglichen. Im Vergleich zu den anderen Krisen zeigte sich eine deutliche Perspektivverschiebung vor allem in der Agrarpresse: Eine bis dato eindimensional geführte Berichterstattung wurde abgelöst durch ein breites Frame-Spektrum. Besonders auffällig war die Tatsache, dass zwischen der Agrarpresse und den Leitmedien keine signifikanten Unterschiede mehr herausgestellt werden konnten. Vielmehr dominierte in beiden Publikationsorganen die Perspektive der Kombination Opfer- und Globalframe. Es folgten die Aspekte des Opfer-Struktur-Frames, und erst an dritter Stelle ließen sich Berichte platzieren, die die Ereignisse in eine Kombination aus Täter-Struktur-Frame betteten. Welche Gründe sprechen für eine sichtbare Weitung der Frame-Akzentuierung in der Agrarpresse? Es kann vermutet werden, dass die Agrarpresse vor dem Hintergrund der sich immer stärker aufdrängenden Fragen einer gesellschaftlichen Verantwortung für die Umwelt und ihre Ressourcen, die sich in Protestbewegungen und Volksbegehren wie „Rettet die Bienen“ spiegelt, selbst eine Perspektiverweiterung vorgenommen hat. Auch langfristig angestrebte politisch initiierte Handlungsänderungen, die vor allem auf supranationaler Ebene bestimmt werden, deuten einen Systemwechsel an, der „alles andere als ein Weiter so“ (Klöckner, 21.10.2020, zit. nach Schulz, 2020) bezwecken soll. Eine eindimensional eingebettete Berichterstattung würde vor diesem Hintergrund zu kurz greifen und auch nicht die öffentlich geführte Debatte widerspiegeln.

Es kann zudem angenommen werden, dass sich die Bedeutung der Fachmagazine für die politische Kommunikation und die damit verbundene öffentliche Aushandlung von Streitfragen, wie sie die Glyphosat-Debatte darstellt, gewandelt hat. Dafür spricht die von Jarren, Oehmer und Dioh (2020, S. 47) dargestellte Entwicklung einer hochspezialisierten Gesellschaft, in der „Akteure (fach)spezifische und thematisch spezialisierte Kenntnisse und Wissen über mögliche Handlungsalternativen und -konsequenzen [benötigen]“. Wird dies vor dem Hintergrund wachsender Konflikte und diskursiver Abhandlungen vor allem in der öffentlichen Kommunikation der von Medien und Distributionsplattformen wie Facebook und Twitter betrachtet, so lässt sich Folgendes annehmen: Die Agrarpresse zeigt mit ihrem breiten Frame-Spektrum gerade ihrer Leserschaft der grünen Branche auf, dass es nicht nur die eine Sichtweise, die des Landwirts als Leidtragenden, gibt, sondern auch die momentan gültigen Strukturen in einem andere Licht betrachtet werden können. So erfüllen sie für ihre Leser eben jenes Aufzeigen möglicher Handlungsalternativen und Konsequenzen. Dem kann entgegengehalten werden, dass in der Gesamtschau betrachtet dennoch die Kombination aus Opfer- und Globalframe die übergreifende Deutungsperspektive darstellte. Also doch eine eindimensionale Perspektive? Die Frage kann mit Nein beantwortet werden, denn in Rückbezug auf die Frame-Akzentuierungen zu bestimmten Zeitpunkten wurde sichtbar, dass gerade zu Beginn der Aushandlungen um die weitere Zulassung von Glyphosat ab März 2016 die Perspektive des Täterframes in der Agrarpresse (kurzweilig) dominierte und dieser auch nach der Abstimmung im November 2017 Anklang fand.

In den Leitmedien kam der Täterframe nur im Juni 2016 deutlicher zum Tragen, nämlich dann, als die Abstimmung um 18 Monate verschoben wurde. Es ließe sich vermuten, dass sie einen „Freifahrtschein“ für den Einsatz in der Landwirtschaft befürchteten und deshalb die Aspekte des Täterframes betonten. In Bezug auf die zeitliche Setzung eines Frames oder einer Frame-Kombination kann daher innerhalb der Glyphosat-Debatte vor allem von Gelegenheitsstrukturen ausgegangen werden, die gerade in Rückbezug auf politische Ereignisse, wie hier die Zulassungsverfahren, temporär die Berichterstattung dominierten, aber nicht den gesamten Zeitraum des Diskurses bestimmten (Böcking, 2009, S. 103 f.). Im weiteren Verlauf hielt sich der Opferframe bzw. die Kombination aus Opfer- und Globalframe in der Berichterstattung. Wie lässt sich die klare Präferenz in den Leitmedien für eine Perspektive, in der die Landwirtschaft mehr als Opfer, statt als der häufig vorgetragenen Kritik der Darstellung als Täter betrachtet wird, erklären? Es ist zu vermuten, dass die Leitmedien die Hauptakteure im Leistungssystem, den Landwirt, als Dreh- und Angelpunkt betrachten. Bedingt durch die immer stärkere Ausrichtung des Leistungssystems auf den globalen Agrarmarkt, lässt sich entsprechend eine Ausweitung der Perspektive der Leitmedien auf diesen Aspekt vermuten. Die Artikel spiegelten die Zuweisung der Handlungslösung an die Akteure auf supra- und nationaler Ebene wider, die die Landwirtschaft als Leidtragende entlasten und Regularien für ein vertretbares, zukunftsorientiertes, nachhaltiges Leistungssystem schaffen sollten. Die weitere Betonung des Strukturframes in diesem Zusammenhang erlaubte die Schlussfolgerung,

dass die Leitmedien weniger die Landwirte als Akteure selbst fokussierten, sondern vorrangig die bestehenden Strukturen des Systems hinterfragten, an denen die Landwirte nicht unschuldig, aber auch nicht allein schuldig waren.

13.3.3 Zusammenschau

Auf Basis der gewonnenen Ergebnisse konnte die *Annahme III*, dass die Leitmedien vorrangig den Täter- und Strukturframe setzten, während die Agrarpresse den Opfer- und Globalframe präferierte, *teilweise bestätigt* werden. Jedoch waren dem krisenübergreifenden Vergleich Grenzen gesetzt, da gerade die Dioxin-Krise durch eine deutlich geringere Medienaufmerksamkeit nur schwer entsprechende generalisierbare Aussagen zuließ und daher in den Hintergrund rückte. Insgesamt zeigte die Untersuchung klar auf, dass die Berichterstattung insbesondere in den Leitmedien vielschichtiger und mehrdimensionaler verlief als angenommen wurde, und auch die Agrarpresse einen Wandel von einer einseitigen hin zu einer weiten Frame-Akzentuierung durchlaufen hat. Im Hinblick auf den Zeitverlauf der Frames ließ sich festhalten, dass je nach (politischem) Ereignis kurzweilig eine Deutungsstruktur überwog, aber insbesondere die BSE-Krise als zentrales Schlüsselereignis für die Leitmedien die Etablierung eines neuen Frames begünstigt hat. Krisenübergreifend ist zudem für die Leitmedien festzuhalten, dass der Täterframe allein oder in Kombination mit dem Struktur- bzw. Globalframe nur einen geringfügigen Anteil ausmachte. Stattdessen dominierte die Frame-Kombination aus Opfer-Globalframe. Der häufig von Landwirten und Verbandsvertretern öffentlich postulierte Vorwurf, die Medien würden nur negativ über die Landwirtschaft in Deutschland berichten und diese verunglimpfen, ließ sich auf Basis dieser Ergebnisse für die untersuchten Zeitungen nicht bestätigen (Kohne & Ihle, 2016). Stattdessen konnten die Erkenntnisse von Wolfram und Kollegen (2021, S. 39), Schulze et al. (2008) sowie Mahlau (1999) dahingehend gestützt werden, dass die Leitmedien um eine breit gefächerte Berichterstattung bemüht sind und nicht nur ausschließlich in eine Richtung – nämlich die des Landwirts als Täter – berichten und der Trend hin zu einer rein negativen Berichterstattung über die Landwirtschaft keine Bestätigung in den empirischen Daten findet. Stattdessen überwog krisenübergreifend zum einen die Perspektive, dass die Landwirtschaft durch eine zunehmend stärkere globale Ausrichtung auf den weltweiten Agrarmarkt nicht nur das Wohl der Tiere und den Schutz der Umwelt gefährdet, sondern diese hinter die marktwirtschaftlichen Interessen stellt. Zum anderen hoben die Leitmedien im gleichen Zuge die Opferrolle der Landwirte hervor, die durch Effizienz- und Wettbewerbsdruck immer mehr in die Ecke gedrängt werden und dadurch nachweislich das Höfesterben in Deutschland weiter begünstigt wird.

Obgleich den Medien eine diskursive Präsenz von Krisen im Leistungssystem bescheinigt werden kann (Hagenhoff, 2003; Kohne & Ihle, 2016; Linzmaier, 2007), die sich besonders an einzelnen Schlüsselereignissen und Negativmeldungen orientiert, so bedecken sie ihre Berichterstattung nicht ausschließlich mit einer „Negativfolie“ (Wittmann, 2020, S. 168), sondern versuchen vielmehr, diese vor den Ereignishintergründen der jeweiligen Krise einzuordnen. Deutlich sichtbar wurde dies, wie aufgezeigt, bei der Schweinepest. Für die Agrarpresse konnte bestätigt werden, dass sie vor allem ihre Berichterstattung in den Opfer- und Globalframe betten. Doch ließ sich

hinsichtlich der Frame-Akzentuierung eine Perspektiverweiterung speziell im Zuge der Glyphosat-Debatte erkennen. Deutlich zeichnete sich ab, dass sie nicht mehr nur die Perspektive der gebeutelten Landwirtschaft einnahmen, sondern auch Handlungsstrukturen hinterfragten. Die Lösungskompetenz lag jedoch primär bei den politischen Verantwortlichen, während ihnen zugleich die Verantwortung attribuiert wurde.

Welchen Akteuren innerhalb der Krisen im Leistungssystem die Schuld bzw. der Misserfolg zugeschrieben wurde, war Schwerpunkt der Teilerhebung II. Inwiefern sich die Ergebnisse in den Gesamtkontext einbinden lassen, soll nachfolgend erörtert werden. Die Betrachtung erfolgt vorrangig krisenübergreifend, da die ausführlichen Ergebniszusammenfassungen je Krise (vgl. Kap. 12.1.2 und 12.2.2) bereits die theoretischen Rückbezüge aufgezeigt haben. So sollen zum einen inhaltliche Redundanzen vermieden werden, und zum anderen soll ein ganzheitliches Bild über die Zuschreibung von Verantwortung in Krisensituationen in der Landwirtschaft gezeichnet werden.

13.4 Teilerhebung II: Diskussion und kritische Reflexion

Grundsätzlich kann dem Leistungssystem Landwirtschaft unterstellt werden, dass das System als Ganzes sowie die agierenden Akteure per se mit dem Verantwortungsbegriff und den damit verbundenen Zuständigkeiten und Rollenerwartung seit jeher verbunden sind. Durch ihre lebensnotwendige Aufgabe, Nahrungsmittel für die Gesellschaft herzustellen, tragen sie automatisch die Verantwortung für die natürliche Lebensgrundlage des Menschen. Dass sich in Krisensituationen so schnell die Frage danach stellt, wer für die mit der Krise verbundenen Herausforderungen und Folgen verantwortlich ist, und dies gerade in der öffentlichen Kommunikation einen hohen Stellenwert einnimmt, kann als unbestritten gelten. Oft wird jedoch der Eindruck erweckt, als sei bei Krisen im Agrar- und Nahrungsmittelsektor stets *die Landwirtschaft* schuld. Negative Attributionsaussagen dominieren den Tenor und lassen schnell einen Sündenbock identifizieren.

Tatsächlich ist der öffentliche Aushandlungsprozess über ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln von negativen, faktischen Schuldzuweisungen geprägt. Lobesbekundungen sind nur schwer zu finden. Wie bereits Gerhards und Kollegen (2007, 2009; vgl. auch Roose, Scholl, Sommer, 2016, 2018; Tennert, 2006) verdeutlichten, sind es nicht die positiv konnotierten Aussagen, die durchdringen – die Suche nach dem Sündenbock steht im Fokus. Ein genauer Blick auf die Verortung der Attributionsaussagen in der journalistischen Berichterstattung machte deutlich, dass im Gegensatz zu den bisherigen Befunden aus dem Forschungsstand (Tennert, 2006, S. 243–244) diese nicht mehr primär in den kommentierenden Darstellungsformen geäußert werden, sondern vor allem auch berichtende Formate stärker von wertenden Aussagen durchzogen sind. Grund dafür ist die Einbindung der Aussagen der auftretenden politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure in den Text, die anderenfalls gar nicht zu Wort kommen würden. Die untersuchten Medien nehmen im gesamten Prozess folglich eine Mittlerrolle ein, bei der sie nicht nur den Akteuren die Möglichkeit geben, Stellung zu beziehen, sondern die Medien selbst auch mit wertenden Aussagen in den Aushandlungsprozess eintreten und damit die Meinungsbildung über die jeweilige Krise prägen (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 529).

Wie stark diese Rolle von den Medien besetzt und genutzt wird, zeigten die Ergebnisse der Studie klar auf: Im Krisendiskurs – sowohl über die BSE- als auch Glyphosatdebatte – entfielen über ein Drittel aller analysierten Aussagen auf die Journalisten. Ihr Anteil am Ursachendiskurs kann damit im Gegensatz zu Gerhards und Kollegen (2009, S. 554) sowie Tennert (2006, S. 245) als umfassend eingestuft werden und deckt sich dafür mit den Ergebnissen von Roose, Scholl und Sommer (2016, S. 43), in deren Studie zur Verantwortungsattribution in der Eurozonen-Krise die Journalisten ebenfalls eine prominente Rolle einnehmen. Doch mit dieser mächtigen Position sind auch Gefahren verbunden, denn es gilt zu beachten, dass die durch die

öffentliche Kommunikation hergestellte Medienrealität⁶⁵ nicht der tatsächlichen Realität entspricht und immer nur ein Ausschnitt dieser aufgezeigt werden kann (Nowak & Altmeyen, 2020, S. 385). Die Wirkungsmacht, die von der Medienrealität ausgeht, ist allerdings stark. Insbesondere vor dem Hintergrund einer schnelllebigen Kommunikation, die immer zügiger eine Stellungnahme und Meinungspositionierung erfordert, prägen eingespeiste Attributionen die öffentliche Wahrnehmung – auch nachhaltig. Nicht selten folgt daraus, dass die Reputation oder das Image einer Person, aber auch einer ganzen Akteursgruppe, Institution oder Organisation Schaden nimmt, obwohl sie nicht verantwortlich ist (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 552–553). Der so häufig postulierte subjektive Eindruck, dass in den Medien *die Landwirtschaft* schuld sei, ist so nicht nur auf die komplexen Strukturen und das weite Akteursfeld des Leistungssystems zurückzuführen, sondern ebenso der Tatsache geschuldet, dass frühzeitige Attributionen langfristig das Meinungsbild prägen. Die Medien erfüllen also nicht nur eine Mittlerrolle, sondern tragen überdies eine doppelte Verantwortung: Durch ihre Attributionen stellen sie selbst Öffentlichkeit her und schreiben Verantwortung zu. Zugleich sind sie jedoch für diese Kommunikation auch verantwortlich. Wenn auf digitalen Distributionsplattformen ein Zeitungsbericht des Mediums über bspw. die Abstimmung zur verlängerten Zulassung von Glyphosat geteilt wird, so trägt das Medium auch die Verantwortung für die Kommunikation über diese (Altmeyen et al., 2019, S. 64).

Neben den Medien bzw. Journalisten selbst nimmt als Attributionssender ebenso die Gruppe der Politik, bestehend aus politischen Akteuren in unterschiedlichen Positionen des Systems, eine zentrale Rolle ein. In diesem Zusammenhang ist es wenig überraschend, dass als Verantwortungsobjekt krisenübergreifend die Handlungsmaßnahmen bzw. die Problematik rund um die Verfütterung von Tiermehl bzw. der langwierige Zulassungsprozess des Herbizids sowie die damit verbundenen Handlungen und Handlungsfolgen (Loh, 2017, S. 41) dominierten. Diese retrospektiven Verantwortungsobjekte erfordern vom Verantwortungssubjekt ein „Rede-und-Antwort-Stehen“ (Sombetzki, 2014, S. 103–104) und sind vor allem vor dem Hintergrund der Fragen nach der „Lehre“ aus der Krise entscheidender als die prospektive Verantwortlichkeit. Als Sender selbst verfolgen Akteure drei zentrale Strategien: Anderen einen Misserfolg attribuieren, sich selbst einen Erfolg zuschreiben oder die Zuständigkeit für eine Handlung anderen zuschreiben oder die Schuld auf andere lenken (Sündenbock-Strategie) (Roose, Sommer, Scholl, 2018, S. 139). Die Ergebnisse dieser Studie brachten dazu zwei zentrale Erkenntnisse hervor: Zum einen waren die wertenden Aussagen von zentralen Bundesministern deutlich seltener im öffentlichen Aushandlungsprozess vorhanden als angenommen und sie standen damit im Gegensatz zu Gerhards und Kollegen (2009, S. 545), wonach die Debatte zu großen Teilen von Sprechern aus jenem politischen System geführt wurde. Zum anderen drangen positive Selbstdarstellungen („blame avoidance“) kaum in die öffentlichen Aushandlungsprozesse durch (Weaver, 1986).

65 Der Begriff und die inhaltliche Ausgestaltung des Begriffs „Medienrealität“ ist im Ursprung u. a. der Systemtheorie zuzuordnen (Luhmann, 1996). Als Grundlagenwerke können u. a. Schulz (1976, 1989) und Wilke (1984) zählen auf die an dieser Stelle verwiesen sei.

Wie lassen sich diese Ergebnisse einordnen? Zunächst kann im Hinblick auf die Methodik vermutet werden, dass einige Attributionsaussagen der Bundesminister für Landwirtschaft, Umwelt und auch Gesundheit in dieser Untersuchung marginalisiert sind, denn es war erforderlich, dass immer alle drei Elemente der Trias vorlagen (vgl. Kap. 11.4). In der Berichterstattung werden Aussagen von Akteuren jedoch häufig nur verkürzt wiedergegeben, sodass direkte Bezüge bspw. zum Verantwortungsobjekt fehlen. Es ist also möglich, dass die Akteure mit ihrer Sichtweise in die öffentliche Kommunikation durchdringen, aber aufgrund des engen Methodenrasters hier nicht berücksichtigt wurden. Zugleich liegt aber die Vermutung nahe, dass Sprechern aus dem politischen System aufgrund der Ereignisse schon eine Lösungskompetenz bzw. die Zuständigkeit medial abgesprochen wird und ihre Zurückweisungen oder Schuldzuweisungen für die Berichterstattung weniger von Interesse sind. Sie werden selbst zum Objekt. Dass bspw. in der Glyphosat-Debatte keine Zurückweisungen von Verantwortlichkeiten identifiziert werden konnten, unterstreicht dies. Auch gegenseitige Schuldzuweisungen, die insbesondere im Konflikt um die verlängerte Zulassung von Glyphosat zwischen Schmidt und Hendricks zu vermuten gewesen wären, lagen nur in einem überschaubaren Maße vor. Wenn Bundesminister in ihrer Arbeitsrolle selbst Verantwortungszuschreibungen vornehmen, lassen sich – mit der aufgrund der geringen Fallzahlen gebotenen Vorsicht – zwar grundsätzlich die Sündenbock-Strategie und damit die Äußerung von negativen Attributionen in Form von Kausalattributionen bestätigen, aber übergreifend betrachtet spielen sie im gesamten Aushandlungsprozess als Attributionssender keine zentrale Rolle.

Anders verhält es sich bei den nationalen Oppositionen. Wie erwartet dominierten sie als Sender innerhalb dieser Gruppe. Die Schuldfrage richtete sich dabei klar an die Bundesregierung und die zuständigen Akteure, die sie auch zur Wahrnehmung ihrer Zuständigkeit aufforderten. Ihre Rolle als Beobachter und Kritiker der Regierungshandlungen erfüllten sie damit eindeutig (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 548). Die Regierung und ihre Bundesminister als Sündenbock waren im landwirtschaftlichen Krisendiskurs sichtbar und bestätigten die Kenntnisse aus dem Forschungsstand (Heinkelmann-Wild & Zangl, 2019, 2020; Hobolt & Tilley, 2014; Roose, Scholl & Sommer, 2016; Roose, Sommer & Scholl, 2018). Zugleich zeigte sich, dass eben jene Zuschreibung von Misserfolgen für den öffentlichen Aushandlungsprozess anscheinend interessanter ist als die Stellungnahmen der Verantwortlichen. Kritik und weniger die Verteidigung für eine Handlung und ihre Handlungsfolgen bestimmen den Tenor in der Frage um die Verantwortung für Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft. Dass dabei supranationale Akteure krisenübergreifend eine randständigere Position einnehmen, verwundert nicht. Zum einen ist die Europäische Kommission nicht direkt auf Wählerstimmen angewiesen. Sie über die öffentliche Kommunikation für Handlungen zu rechtfertigen, ist für sie daher vermutlich zweitrangig und ein fehlende „Attributionsanreiz“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 553). Zum anderen birgt auch die thematische Ausrichtung der Krisen eine stärker bzw. weniger stark ausgeprägte Rolle der Kommission als Sender. Während die BSE-Krise trotz des europaweiten Ausmaßes mehr auf nationaler Ebene politisch ausgehandelt wurde, stellte sich für die Glyphosat-Debatte eine andere Ausgangslage dar. Die dennoch geringe Präsenz der Kommission im Aushandlungsprozess lässt

sich mit der Präsenz des Europäischen Parlaments und der damit nationalen Anbindung erklären. So attribuierte dieses vor allem der Kommission die Zuständigkeit und zugleich Misserfolge. Als klassischer Sündenbock der nationalen Regierungen konnte die Europäische Kommission auf Basis der Ergebnisse dieser Studie nicht ausgemacht werden. Vielmehr spielte sich die Aushandlung um ein verantwortliches bzw. unverantwortliches Handeln auf der nationalen Ebene ab.

Wird nun der Blickwinkel vom politischen System aus auf sowohl zivilgesellschaftliche Akteure, die u. a. Umwelt- und Landwirtschaftsverbände umfassen, als auch Akteure der Wissenschaft und Wirtschaft ausgeweitet, zeigt sich schnell: Für den Attributionsprozess spielen diese Akteure und Akteursgruppen kaum eine Rolle – weder als Sender noch als Empfänger. Treten Sprecher von Verbänden und Organisationen mit landwirtschaftlichem Bezug wertend auf, sind es weniger Schuldzuschreibungen, sondern Zuständigkeitsforderungen, die sich besonders an den Bundeslandwirtschaftsminister richten. Insgesamt ist dies allerdings selten der Fall. Das wirft zum einen die Frage auf, ob die Akteure mit ihren Aussagen nicht in den Medien durchdringen. Zum anderen bleibt zu klären, ob zivilgesellschaftlichen Akteuren in Schuldfragen, die sich vor allem auf politische Prozesse beziehen, weniger Handlungsmacht und eine damit verbundene geringe Wirkmacht ihrer wertenden Aussagen zum Geschehen zuteilwird. Dies würde zumindest erklären, warum sich die nationale Opposition als starker Sender innerhalb der öffentlichen Kommunikation kaum mit Aussagen an diese Gruppen wendet. Es fehlt die politische Handlungsmacht, um darüber aktiv zur Eindämmung der Krise und ihren Folgen beizutragen. Zugleich ließe sich dem entgegenhalten, dass der in der Medienrealität geführte Attributionsprozess ausschließlich um den politischen Aushandlungsprozess kreist und Ansichten bzw. Zuschreibungen von vor allem betroffenen Akteuren wie den Landwirten wenig Beachtung finden.

Dass sich in Krisen und krisenhaften Zuständen unabhängig vom betroffenen System oder Teilbereich die Aufmerksamkeit mit der zentralen Frage nach der Schuld bzw. Verantwortung auf die entscheidenden Organe, die Bundesregierung mit den zuständigen Ministern sowie auf supranationaler Ebene die Europäische Kommission und die gesamte politische Elite als Verantwortungssubjekt richtet, ist eindeutig und auch mehrfach empirisch bestätigt worden (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2018; Hobolt & Tilley, 2014; Kepplinger, 1998; Roose, Scholl & Sommer, 2016; Roose, Sommer & Scholl, 2018; Tennert, 2006). Auch die Befunde dieser Studie tragen zur empirischen Untermauerung bei. Auf das „Rede-und-Antwort-Stehen“ (Loh, 2017, S. 39) für Handlungen, Handlungsfolgen und gleichzeitig das Wissen um eine Handlung (Stahl, 2000, S. 227) konzentriert sich entsprechend das Geschehen. Dass der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt, der wissentlich um die fehlende Zustimmung von Hendricks für die verlängerte Zulassung von Glyphosat gestimmt hat, entsprechend Misserfolge (sowohl von der Opposition, Sprechern aus dem Europäischen Parlament als auch von Hendricks) hinnehmen musste, war anzunehmen. Es wird jedoch der Eindruck erweckt, dass er selbst um eine positive Selbstdarstellung nicht bemüht und auch nicht an den nachhaltigen Folgen wie Imageverlust und Abschreibung von Kompetenzen und Glaubwürdigkeit interessiert war.

Als Beitrag zur Attribution von Verantwortung in der öffentlichen Kommunikation kann diese Studie jedoch abschließend nicht die Frage nach den Beweggründen einzelner Verantwortungssubjekte und Attributionssender beantworten. Auch kann sie nur einen Ausschnitt, nämlich den der Medienrealität, widerspiegeln. Die Messung, ob ein Akteur in seiner Berufsrolle verantwortlich oder unverantwortlich gehandelt hat, bleibt am Ende offen und ein Stück weit dem Leser selbst überlassen. Doch auch das Verantwortungssubjekt muss sich am Ende vor der Verantwortungsinstanz, dem eigenen Gewissen, die Frage stellen, ob es in der Realität tatsächlich verantwortlich gehandelt hat. Die Medien fungieren in diesem gesamten Prozess als Mittlerrolle und tragen die Verantwortung für die öffentliche Kommunikation. Von einem „Bauern-Bashing“ kann bei der Aushandlung von Verantwortlichkeiten aber nicht die Rede sein. Viel mehr Aufmerksamkeit wird den politischen Eliten zuteil – mehr als zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Wissenschaftlern. Doch im Gegensatz zu vorherigen Studien sind die Medien nicht mehr nur Vermittler, sondern selbst wertender Akteur. Inwiefern diese Zunahme der „interpretative[n] Eigenleistung“ (Gerhards, Offerhaus & Roose, 2009, S. 554) auch die Wirkung auf den Leser beeinflusst, gilt es, zukünftig verstärkt in den Blick zu nehmen. Klar ist, dass bei der Frage nach der Verantwortung die Zuschreibung eines Misserfolgs dominiert. Gutes nachsagen und Lob aussprechen ist in den Krisendiskursen nicht von Relevanz – weder für die politische Elite noch für die Medien.

13.5 Methodologische Selbstkritik und Limitationen der Arbeit

Abschließend sollen die Limitationen und konzeptionellen Schwachstellen dieser Arbeit darlegt werden. Für die theoretische Einbettung der Arbeit wurde zunächst ein Vorschlag für ein Modell von einer Landwirtschaft als Leistungssystem entwickelt. Es diente dazu, die Landwirtschaft in einen gesellschaftswissenschaftlichen Kontext zu verorten, und ist damit auch disziplinübergreifend höchst anschlussfähig. Auf Basis der Theorie sozialer Differenzierung konnten erstmalig die komplexen Zusammenhänge zwischen systemvorgegebenen Strukturen und deren Ausführung bzw. Berücksichtigung durch die Akteure und ihre gegenseitigen Wechselwirkungen untereinander aufgezeigt werden. Damit leistet die Arbeit einen wertvollen theoretischen Beitrag, der vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Komplexität des Handlungsfeldes jedoch nur einen Ausschnitt abbilden kann und damit keinesfalls erschöpfend ist. Zwar wurde deutlich, dass das Leistungssystem ein passendes Analyseraster darstellt, um die Initialzündungen von Krisen und das Sichtbarwerden von dysfunktionalen Strukturen zu erfassen. Letztendlich verlangt das System aber vor den beschriebenen stetigen Weiterentwicklungen auf der Sollens- und Könnensebene eine fortlaufende Anpassung. Die Autorin strebte es an, möglichst weitgreifende Problemlagen, Strukturen und Akteure beispielhaft im Feld mit einzubeziehen, doch konnten nicht alle Punkte bis in das letzte Detail aufgenommen werden. Das ist auch der Fokussierung der Arbeit auf die beiden landwirtschaftlichen Produktionszweige der Tierhaltung und des Ackerbaus zu schulden. Ebenso wichtige Teilbereiche wie die Fischerei und Forstwirtschaft wurden im Rahmen dieser Arbeit nicht berücksichtigt. Doch gerade die Fischerei kann nicht ausschließlich auf europäischer Ebene betrachtet werden, sondern erfordert eine internationale Ausrichtung (BMEL, 2021f). Das macht es ungleich schwieriger und zugleich notwendig, das entworfene Modell stetig fortzuentwickeln. Dafür wäre es empfehlenswert, in Zusammenarbeit mit Agrarwissenschaftlern noch tiefergreifende institutionelle Ordnungen und Akteure, die auf den ersten Blick nicht sichtbar, aber für das Gesamtsystem eine prägende Rolle spielen, herauszuarbeiten und im Leistungssystem zu ergänzen.

Die zweite Komponente der Arbeit stellte der Framing-Ansatz als theoretisch-methodisches Konzept dar. Zur Operationalisierung von Öffentlichkeit erwies sich dieser als fruchtbar, da er es erlaubt, die unterschiedlichen Kommunikationsebenen und ihren jeweiligen Einfluss auf den Framing-Prozess zu berücksichtigen. Jedoch kann die Arbeit der von Matthes (2007) postulierten Forderung nach einer Ausweitung und Untermauerung themenübergreifender Frames zur generellen Förderung eines konsistenteren Framing-Ansatzes hin zu einer Framing-Theorie nicht vollständig nachkommen. Mit dem gewählten methodischen Ansatz, die Frames induktiv manuell-holistisch zu erfassen, dabei jedoch handlungsleitend nach Löblich (2014) die Problemdefinitionen bereits empirisch gesicherter Frames als Ausgangspunkt

ergänzend hinzuzuziehen, wurde versucht, dem Vorwurf einer haltlosen und wirren Einspeisung neuer Frames in die Forschung entgegenzuhalten. In Bezug auf die ausgewählten Studien stellte sich im Forschungsprozess allerdings heraus, dass es häufig an konkreten Beschreibungen der einzelnen Frame-Elemente mangelt. Vom Ausgangspunkt, der Beschreibung einer Problemdefinition, mussten folglich die einzelnen Frame-Elemente noch stärker induktiv über Ankerbeispiele, Nennungen von Akteuren identifiziert und schrittweise ermittelt werden. Dem Vorwurf, dass möglicherweise einzelne Aspekte unberücksichtigt bleiben, entgegnet die Autorin, dass zum einen mithilfe der schrittweisen Identifikation der Elemente möglichst flächendeckend die Sachverhalte erfasst wurden, und zum anderen durch die Vorgabe, dass eine klare Problemdefinition eindeutig identifizierbar sein muss, die zentralen Definitionsmerkmale eines Medienframes, die Selektion und Salienz berücksichtigt wurden. Das Ergebnis waren vier inhaltlich valide Frames, die durch andere methodische Herangehensweisen, wie bspw. das computergestützte Verfahren, vermutlich nicht in ihrer Tiefe hätten erfasst werden können. Ferner konnte durch die krisenübergreifende Auswahl der Artikel eine breite Perspektive, dicht am Untersuchungsmaterial, eingenommen werden, die auch bei der anschließenden manuell-holistischen Codierung, so belegen es David und Kollegen (2011, S. 345), zu reliablen Ergebnissen einer Framing-Forschung führten. Zudem konnte dies durch die Vorgabe, dass mindestens zwei Elemente eines Frames identifiziert werden mussten, noch weiter gestützt werden. Zugleich konnten mit dieser methodischen Vorgehensweise Risiken abgemildert werden, die bspw. eine Clusteranalyse birgt, nämlich als explorative Werkzeuge zu fungieren und nicht den reinen Frame, sondern nur Teile dessen zu erfassen (Scheufele, B., & Scheufele, D. A., 2010, S. 122).

Darüber hinaus fußte die Arbeit auf dem zweiten theoretischen Konstrukt der Verantwortung im Feld der öffentlichen Kommunikation. Es erscheint im Nachgang fruchtbar, den Verantwortungsbegriff zunächst in seiner theoretischen Verortung und seiner definitorischen Vielfalt abzuhandeln und sich nicht nur auf das Forschungsfeld innerhalb dessen, der Attribution von Verantwortung, zu fokussieren. So konnte zum einen dazu beigetragen werden, den Verantwortungsbegriff selbst innerhalb der Kommunikationswissenschaften intensiver zu betrachten – im Gegensatz zur gesellschaftlichen Bedeutung dessen. Zum anderen war es gewinnbringend, die anschließende Betrachtung der Verantwortungsrelationen nach Loh (2017 bzw. Sombetzki, 2014) durchzuführen. Auf diese Weise konnte vor allem der von Gerhards und Kollegen (2007, 2009) geprägte Begriff des Attributionsadressaten weiter geschärft und durch die Benennung als Verantwortungssubjekt noch klarer um die Bedeutung der Berufs- und Arbeitsrolle des Subjekts und die damit verbundene Verantwortung erweitert werden. Auch die Betonung der wesentlichen Vernachlässigung von Verantwortung kann nach diesem erarbeiteten Verständnis des Verantwortungssubjekts besser herausgestellt werden. Zugleich muss die Autorin sich eingestehen, dass das Element der normativen Kriterien, also die Frage nach dem Inwiefern einer Verantwortlichkeit, empirisch nicht berücksichtigt wurde. Die Untersuchung der beiden Krisen setzte zwar die grundsätzliche Verletzung gültiger normativer Kriterien in Form von Regeln oder Anweisungen voraus, wie im Fall von BSE die Verfütterung von Tiermehl, doch konkret wurden diese nicht abgefragt, da

der Fokus auf der Zurechnungs- und Zuständigkeitsverantwortung lag. Hier stellt sich jedoch forschungspraktisch die Frage, wie dies umzusetzen ist, da sie nur selten in direkten Attributionsaussagen genannt werden. Ähnliches gilt für die Instanz der Verantwortung, d. h. in Bezug auf das, *wofür* Verantwortung übernommen wird. Empirisch kann dies nur schwer nachgezeichnet werden, da vermutlich nur unscharfe Schattierungen aufgrund fehlender medialer Berücksichtigungen dieser Frage zutage kommen würden. Stattdessen könnten Leitfadeninterviews mit zentralen Verantwortungssubjekten wie bspw. Karl-Heinz Funke und Andrea Fischer wertvolle Erkenntnisse darüber geben, ob sie sich gegenüber der eigenen Instanz, dem Gewissen oder den mit der Arbeitsrolle verknüpften Instanzen verantwortlich fühlen.

Die gewählte enge Definition von Verantwortung wurde auf Basis der Kategorien von Gerhards und Kollegen (2004, 2007) ausgearbeitet. Das von ihnen methodische Instrumentarium erwies sich als solides und breit anwendbares Konstrukt, doch stehen dem Stärken auch Schwächen gegenüber. So müssen, wie bereits angeklungen, die Ergebnisse vor dem Hintergrund teilweise geringer Fallzahlen mit besonderer Vorsicht eingeordnet werden. Dies ist vor allem auf das recht starre Konstrukt mit der Frage nach dem „*Wer hat wen für was inwiefern verantwortlich gemacht*“ zu schulden, denn im Codierprozess war es häufig der Fall, dass ein Element – zumeist das konkrete Verantwortungssubjekt – fehlte und die Attributionsaussage deshalb nicht codiert werden konnte. Dies ging zulasten der Fallzahlen und entsprechend fehlender tiefschichtiger Erkenntnisse. Mithilfe der Zusammenführung der Verantwortungssubjekte und Attributionsadressaten zu übergeordneten Akteursgruppen konnte dennoch medienübergreifend ein breites Bild von der Attribution von Verantwortung in Krisen gezeichnet werden. Es ließ sich bestätigen, dass die Landwirtschaft ein zuschreibungsintensives Themenfeld darstellt (Gerhards et al., 2007, S. 120). Zukünftig könnte im Codebuch eine Doppelcodierung durchgeführt werden, indem ein offenes Feld codiert wird, wenn der direkte und vollständige Sender bzw. das Subjekt benannt und die geschlossene als deutlich breiter gefasste Variable für die unterschiedlichen Akteursgruppen bei einer nicht eindeutigen Nennung gewählt wird. Denkbar ist allerdings auch, dass zukünftige Studien auf Basis der methodischen Erkenntnisse dieser Untersuchung in den Vorüberlegungen auf der einen Seite einen Schwerpunkt setzen und sich fragen, ob es mehr darum gehen soll, wer verantwortlich gemacht wird oder wer diese Zuschreibungen in der öffentlichen Behandlung einer Krise vornimmt. Je nachdem ließe sich die Attributionstrias einkürzen und die Anzahl der analysierten Aussagen könnte erhöht werden. Auf der anderen Seite könnten sie die Untersuchung auf Basis eines größeren Samples durchführen und so mehr Attributionsaussagen erfassen.

Insgesamt leistet die Arbeit durch die Analyse der Berichterstattung über Krisen in der Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag, indem sie speziell die Berichterstattung von Leitmedien und den unberücksichtigten Agrarfachmagazinen näher untersucht hat. Für die kommunikationswissenschaftliche Forschung kann dies als gewinnbringend angesehen werden, da nicht nur auf ein scheinbares Nischenprodukt – im Gegensatz zur Bedeutung auf dem Zeitschriftenmarkt (vgl. Kap. 9.4.2) der Fokus gelegt wurde, sondern auch der Landwirtschaft selbst als täglich sichtbarer Teil eines jeden Menschen eine umfassende Aufmerksamkeit zuteil wurde. Hier wird der Mehrwert

der vorliegenden Untersuchung sichtbar. Soweit bekannt ist, liegt damit erstmalig in der deutschsprachigen Forschungslandschaft der Kommunikationswissenschaften eine Studie vor, die das Feld der Landwirtschaft, sowohl theoretisch als auch empirisch, beleuchtet hat. Kritisch kann jedoch angemerkt werden, dass das postulierte Forschungsinteresse, ein ganzheitliches Bild über das Leistungssystem Landwirtschaft zu zeichnen, mit der bewussten Auswahl für vier Krisen ab dem Jahr 1993 nur bedingt erfüllt wurde. Im Rückblick erwies sich diese Auswahl dennoch als fruchtbar. Ein breit gestreuter, krisenunabhängiger Zugang hätte vermutlich zur Folge gehabt, dass die Untersuchung nur einen oberflächlichen empirischen Erkenntnisgewinn und keine tiefergehenden Ergebnisse geliefert hätte. Zugleich gilt es zu berücksichtigen, dass Krisen im Leistungssystem, wie bspw. die Butterberge und Milchseen Ende der 1960er Jahre, als Abbild einer misslungenen europäischen Agrarpolitik in der journalistischen Berichterstattung nicht in dem Umfang thematisiert wurden, dass sie für eine empirische Untersuchung ausreichend Material bieten (vgl. Kap. 2). Die Fokussierung auf die vier Krisen erwies sich daher als Bereicherung, da auf diese Weise nicht nur detaillierter auf diese eingegangen werden konnte, sondern auch der Bedeutungsstärke der Krisen selbst Rechnung getragen wurde.

Die methodischen Grenzen der Studie zeigen sich jedoch in der Betrachtung der zeitlichen Entwicklung von Frames. Durch die unterschiedlichen Untersuchungszeiträume der vier Krisen konnte krisenübergreifend für die vier Frames keine Entwicklung nachgezeichnet werden. Wäre dies angestrebt worden, wäre bspw. die BSE-Krise mit dem zwölfwöchigen Untersuchungszeitraum in der Gesamtschau betrachtet nur ein kleiner Ausreißer gewesen, was der Bedeutungsstärke dieser Krise für das gesamte Leistungssystem aber nicht gerecht wird. Eine Ausweitung der einzelnen Zeiträume auf eine einheitliche Ebene, bspw. Jahre, hätte nicht nur die ökonomische Umsetzbarkeit erschwert, sondern auch in Rückbezug auf Hagenhoff (2003), die bspw. die zentrale Medienaufmerksamkeit für die BSE-Krise ab November 2000 und nicht in den Jahren davor belegt, vermutlich zu kaum weiteren gewinnbringenden Erkenntnissen geführt. Auch ist kritisch anzumerken, dass in Teilen geringe Fallzahlen die Aussagekraft bei der Betrachtung von einzelnen Schlüsselereignissen in Zusammenhang mit der Frame-Akzentuierung eingrenzten. Empirisch gesicherte, signifikante Erkenntnisse ließen sich daher nur stellenweise aufzeigen. Abschließend sei darauf verwiesen, dass die Rolle des Journalisten und insbesondere die Einflussfaktoren, die sich von ihm bspw. durch die Bearbeitung von PR-Material auswirken, nicht empirisch berücksichtigt werden konnten. Es ist also möglich, dass Journalisten durch ihre persönlichen Wertvorstellungen indirekt beeinflusst einen Frame übernommen haben, der so nicht vorab erfasst wurde.

13.6 Ausblick

Das Spannungsverhältnis zwischen den idealisierten Vorstellungen einer hochmodernen Gesellschaft und einem bedeutenden Wirtschaftszweig, der seit jeher die Ernährung der Bevölkerung sicherstellt, wird vor dem Hintergrund wachsender Ansprüche und aufgedeckter Missstände stetig neu befeuert. Dies wird auch in der Berichterstattung der Medien in verschiedenen Formaten sichtbar. So befassen sich im Durchschnitt 15 TV-Beiträge die Woche mit Themen rund um Ernährung, Landwirtschaft und Lebensmittel (Engel & Zimmermann, 2021). Die öffentliche Präsenz eines gesamten Sektors ist damit unbestreitbar, doch das gewachsene Interesse der Gesellschaft an einem reflektierten Konsum und nachhaltigkeits- und tierwohlorientierten Standards bei den Haltungsformen stehen im starken Gegensatz zur Realität des Leistungssystems, nämlich u. a. der, dass 96 Prozent der Schweine auf Spaltenböden stehen (Statistisches Bundesamt, 2021h). Die Folge ist, so beschreibt es die FAZ, ein „riesige[r], unappetitliche[r] Konflikt voller Gülle, Blut und Eiter“ (Hüster, 2021, S. 13). Systemerschütterungen, ausgelöst durch Krisen wie Tierseuchen und dem umstrittenen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, sind Sprengkraft in einem System, das zwischen den stetig wachsenden Ansprüchen eines globalen Agrarmarktes und einem gesellschaftlichen Wertewandel steht. Das Globalziel dieser Arbeit war es daher, einen Beitrag zur kommunikationswissenschaftlichen Forschung zu leisten, indem der Fokus auf ein gesellschaftlich relevantes, aber bislang unzureichend empirisch erforschtes Themengebiet – der Landwirtschaft in Deutschland – gerichtet wurde. Die eingenommene systemtheoretische Perspektive erlaubte es nicht nur, erstmalig ein umfassendes, gesellschaftswissenschaftliches Modell zur Beschreibung des Sektors zu entwerfen, sondern mit ihr konnte auch erklärt werden, wie die mit den Krisen verbundenen Herausforderungen und Aushandlungen der Verantwortlichkeiten kommuniziert und in den Systemen verarbeitet wurden. Dazu galt es, die bisherigen Erkenntnisse des Framing-Ansatzes mit den Theorien zur Beschreibung und Erläuterung des Verantwortungsbegriffes und der dazugehörigen Relation zu verknüpfen und mittels zweier Teilerhebungen ein perspektivisches Defizit in Bezug auf mediale Darstellung und Rahmung von Krisen in der Landwirtschaft sowie empirische Untermauerung des Verantwortungsbegriffs im Fach mit ersten Ergebnissen zu füllen. Damit konnte jedoch nur ein Mosaikstein dargestellt werden. Eben weil dieser gesellschaftliche Sektor bisher nur eine randständige Betrachtung erfahren hat, liegt ein facettenreiches Potenzial für weitere Forschungen im Fach vor. Welche Anknüpfungspunkte sich für weiterführende Studien anbieten, soll nach den Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung des Leistungssystems entlang des Kommunikationsprozesses aufgezeigt werden.

Für das Leistungssystem selbst stellt sich fortan die Frage, inwiefern und wie lange eine ausschließliche Einordnung des Systems in den Orientierungshorizont der Wirtschaft aktuell genug ist, um auch dem angesprochenen gesellschaftlichen Wertewandel gerecht zu werden. Bisher liegen dem System primär ökonomische

Parameter zugrunde, die von einer Zentralisierung auf die Produktionsleistung beherrscht werden (vgl. Kap. 3). In einer Position als Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts können jedoch ökologische Konsequenzen und Nebenfolgen, die sich aus dem wirtschaftlichen Handeln im System ergeben, nicht länger unberücksichtigt bleiben. Entsprechend sind unter dem sich abzeichnenden Wandel Modifikationen vorzunehmen und in der theoretischen Modellierung einer Landwirtschaft als Leistungssystem zu berücksichtigen. Krisen wie die Debatte um die verlängerte Zulassung von Glyphosat zeigen mit aller Deutlichkeit auf, dass die vom Leistungssystem ausgehenden Umweltfolgen konträre Positionen hervorrufen, für die es nur schwer eine allumfassend zufriedenstellende Lösung zu geben scheint. Luhmann (2004, S. 113 f.) schlägt für das Wirtschaftssystem Preiserhöhungen vor, die am Markt durchzusetzen sind. Ein schwieriges Unterfangen für ein System, das bereits einem starken Preisdiktat einzelner, großer Unternehmer und Handelsketten unterworfen ist. Der Beitrag eines nachhaltigkeitsorientierten Leistungssystems bedarf daher aus Sicht der Autorin einer stärkeren Anbindung an andere Teilsysteme, um dem Wandel Rechnung zu tragen und auch kritisch zu hinterfragen. Es sollte sich also der konzeptionell-theoretischen Herausforderung angenommen werden, wie die einzelnen geschlossenen Systeme nicht nur für sich, sondern auch systemübergreifend Lösungen finden, um gemeinsam stärker die ökologischen Gefährdungen einzudämmen.

An dieser Stelle kann nicht außer Acht gelassen werden, wie lange der teilsystemische Horizont der Wirtschaft tatsächlich noch handlungsleitend für das Leistungssystem Landwirtschaft ist oder ob auf Dauer – und vor dem Hintergrund der wachsenden ökologischen Herausforderungen – der Code *zahlen/nicht zahlen* nicht mehr an erster Stelle steht, sondern durch das bisher theoretisch kaum fundierte Umweltsystem eine schrittweise Überlagerung erfährt (Schimank, 1996, S. 180–181). Zugleich wurde mit dem entwickelten Modell eines „Leistungssystems Landwirtschaft“ ein erster Versuch unternommen, systematisch darzulegen, dass insbesondere auf der Ebene der institutionellen Ordnungen bereits Bestrebungen bestehen, jene Gefährdungen durch Regulierungen wie bspw. die Minimierung der Ausbringungsmenge von Gülle auf die Äcker zu reduzieren. Anbindend an Luhmanns recht früh publizierten Beitrag (1985), als Nachhaltigkeit noch nicht eine derart präasente Rolle im Aktivwortschatz der Gesellschaft eingenommen hat, wäre es folglich denkbar, dass auch der Verbraucher durch ein ökonomisches Verhalten – die Bereitschaft, höhere Preise zu zahlen – stärker gefordert wird (Luhmann, 2004, S. 120). Zugleich sollten die Unternehmen, wie bspw. Molkereien, durch stärkere Regelungen auf Ebene der institutionellen Ordnungen berücksichtigt und ihre Verantwortung eingefordert werden. Das Leistungssystem Landwirtschaft bedarf dementsprechend einer immerwährenden Ausweitung, bei der insbesondere die zielvorgabenden Ordnungen stetig geprüft und für *alle* Akteure aus dem Leistungssystem angepasst und so die stetigen Wandlungsprozesse des Systems berücksichtigt werden können.

Anknüpfend an das bereits in der Diskussion teilweise angeklungene Forschungspotenzial bieten sich für das Themenfeld und die verknüpften theoretischen Teilbereiche zahlreiche zukünftige Forschungen an. Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem Landwirtschaft sind als Themengenanstand für die Untersuchung von Diskursen mittels einer Korrespondenzanalyse als multivariates und strukturauf-

deckendes Verfahren (Blasius, 2001; Schäfer, 2011) fruchtbar. Mit dieser Methodik ließe sich die massenmediale Darstellung der Krisen noch tiefgreifender erfassen. Insbesondere vor Hintergrund, dass für das Publikum die Informationsvermittlung der Massenmedien über alltagsferne Teilbereiche wie die Landwirtschaft mit ihren Handlungsmustern und Produktionsweisen als primäre Informationsquelle dient (Schäfer, 2011, S. 128), drängt sich eine weiterführende Analyse der diskursiven Konstellationen auf. Darüber hinaus bleibt es in medienspezifischer Hinsicht eine Herausforderung und eine notwendige Aufgabe der kommunikationswissenschaftlichen Forschung, eine Ausweitung des Untersuchungsmaterials auf die Online-Berichterstattung anzustreben, um auch vor dem Hintergrund der wöchentlichen Erscheinungsweise der Agrarfachmagazine eine tagesaktuelle Berichterstattung dieser Mediengattung zu berücksichtigen. Überdies zeigen die skizzierten Limitationen der Arbeit auf, dass keine Antwort zur Wirkmacht und Bedeutungsstärke von Bildern, sowohl gedruckt als auch als Bewegtbild im Fernsehen, gegeben wurde. Hier ließe sich das hohe Anknüpfungspotenzial an die Studie von Lücke (2007) sowie Rössler und Kollegen (2006) nutzen, um erweitert die Berichterstattung stärker auf die Tierhaltungs- und Herstellungsprozesse konzentrierte Themen empirisch zu untersuchen. Übergeordnet betrachtet stellt das Framing im Hörfunk- und Fernsbereich eine akute Forschungslücke dar. Insgesamt wäre es so zusätzlich in einer umfangreichen Untersuchung denkbar, entweder vorab identifizierte Frames in ihrer Entwicklung bzw. Übernahme in den verschiedenen Mediengattungen zu erfassen. Außerdem besteht die Möglichkeit, methodisch auf Basis des Untersuchungsmaterials die Medienframes explorativ nach dem Verfahren von Matthes und Kohring (2004) clusteranalytisch zu bestimmen. Einen wissenschaftlichen Beitrag würde ein weiterer Vergleich der beiden Methodiken hinsichtlich ihrer Aussagenstärke und Reliabilität leisten, so wie ihn David und Kollegen (2011) bereits einmal durchgeführt haben.

In Rückbezug auf die Ergebnisse dieser Untersuchung wurde insbesondere bei der Attribution von Verantwortung sichtbar, dass die strategischen Akteure aus dem landwirtschaftlichen Sektor kaum in die öffentliche Kommunikation durchdringen, um ihre Sicht bzw. Position in den Diskus einzuspeisen (vgl. Kap. 12). Es stellt sich also die berechtigte Frage, inwiefern es an dieser Stelle bei der PR-Arbeit von Verbandssprechern an Durchsetzungskraft mangelt. Das strategische Framing der Akteure, so der erste, wenn auch nicht empirisch gesicherte Eindruck dieser Studie, entfaltet nicht die entsprechende Resonanz. Unter dem Stichwort „Agrarkommunikation“ und „Ernährungskommunikation“ bündeln sich bereits Ansätze (Berghorn & Berghorn, 2013; Berkes, Wildraut & Mergenthaler, 2020; Sandhu, 2021), die den dringenden Handlungsbedarf einer verbesserten Kommunikation fordern, um insbesondere die wachsende Kluft zwischen den gesellschaftlichen Vorstellungen und der agrarpraktischen Realität zu vermindern. Methodisch ließe sich über Leitfadeninterviews mit den Sprechern und zentralen Akteuren der landwirtschaftlichen Verbände (bspw. DBV, AgrarBündnis) ergründen, wie sich die Entscheidungsprozesse und die Strategieentwicklung in den Organisationen gestalten und inwiefern Konzepte, sowohl für die Krisenkommunikation als auch für Alltagskommunikation, vorliegen. Zudem wäre es lohnenswert, den Professionalisierungsgrad der PR-Arbeit zu ermitteln. Inhaltsanalytisch könnten hierzu die Pressemitteilungen und State-

ments auf das sprachliche Niveau und die Orientierung an journalistischen Standards untersucht werden, die einen Einfluss auf die Akzeptanz und Übernahme des PR-Materials haben (Curtin, 1999; Fecht, 1999). Mittels einer Inhaltsanalyse ließen sich sodann Rückschlüsse und Erfolge der PR-Arbeit messen und bewerten (Völker, 2017, S. 297). Eine reine Input-Output-Analyse auf analoger Basis würde jedoch vor dem Hintergrund des sich wandelnden Charakters einer öffentlichen Debatte zu kurz greifen und insbesondere der dynamischen, schnelllebigen Kommunikation über Online-Plattformen nicht gerecht werden. Ertragreicher erscheint ein Methodenmix aus einer Inhaltsanalyse analoger und digital vermittelter Inhalte und Leitfadenterviews. Auf dessen Basis könnte eine Bewertung vorgenommen werden, die aufzeigt, welcher Kommunikationsweg für die Sprecher zielführender ist, und es ließe sich ebenso die Strategie hinter dem Framing entdecken. Zugleich besteht die Möglichkeit, für den landwirtschaftlichen Sektor nachzuzeichnen, inwiefern sich die PR-Arbeit bisher den spezifischen Online-Medienlogiken angepasst hat und welche Potenziale noch ungenutzt sind. Doch die Landwirte kommunizieren längst nicht mehr ausschließlich über ihre zugehörigen Verbände: Wie die Proteste im Herbst 2019 aufgezeigt haben, fühlen sich viele von ihnen nicht mehr durch den DBV repräsentiert, sodass sie sich zu neuen Bewegungen zusammengeschlossen haben und insbesondere über Social-Media-Kanäle kommunizieren. Die engere Vernetzung der Landwirte mit den Verbrauchern als „Friends“ und „Follower“ (Klinger & Svensson, 2015, S. 1252–1253; Kocks & Raupp, 2020, S. 131) wird als Chance gesehen, das in der Werbung häufig suggerierte Bild einer idyllischen, heimischen und bäuerlichen Landwirtschaft durch einen realitätsnahen, transparenten Einblick in die tatsächliche Tierhaltung und Herstellungsprozesse zu ersetzen. Hier bietet es sich zukünftig an, mehr über die Bereitstellung und Verbreitung der Inhalte über die Online-Kommunikationsformate zu erfahren und deren Distribution und Wirkung in Leitfadenterviews oder in Fokusgruppen mit Rezipienten zu reflektieren. Zusätzlich sollte auch der Rezipient und zumeist Kommentator unter den Beiträgen in den Blick genommen werden, indem bspw. Nutzerkommentare hinsichtlich ihrer Bewertung zum jeweiligen Themengegenstand (bspw. Einführung eines Tierwohllabels) inhaltsanalytisch untersucht werden.

Eine sich unmittelbar anschließende Facette, für die sich in dieser Untersuchung in Bezug auf die Framing-Aktivitäten lediglich Andeutungen, aber nicht empirisch getestete Erkenntnisse gewinnen ließen, ist die Rolle des Journalisten innerhalb der öffentlichen Kommunikation. Bei der Codierung des Materials der Agrarpresse zur ESP- und BSE-Krise verfestigte sich der subjektive Eindruck, dass bei den meinungsbetonten Artikeln stets die gleichen Namen fielen⁶⁶. Für die „neueren“ Krisen wurde hier eine stärkere Durchmischung wahrgenommen. Damit stellt sich vor dem Hintergrund der Journalismus-internen Kontextfaktoren (Engelke, 2018) und kognitiven Frames (Scheufele, B., 2003) die Frage, inwiefern bspw. der landwirtschaftliche Hintergrund und die persönliche Lebenswelt eines Fachjournalisten Einfluss auf den Framing-Prozess ausüben und so framekonsistente Informationen stärker in die re-

66 Es sei darauf verwiesen, dass an dieser Stelle den Journalisten nicht die Verletzung des journalistischen Selbstverständnisses einer unabhängigen, freien Berichterstattung unterstellt werden soll (Weischenberg, 1985).

daktionelle Arbeit einfließen. Kothe, Wolfram und Mergenthaler (2020, S. 28) liefern hierzu erste wichtige Ergebnisse, wonach sich die Journalisten als „Ratgeber auf Augenhöhe“ verstehen. Darauf aufbauend ließe sich spezifisch für die Redaktionen der Agrarpresse zukünftig mittels Experteninterviews vertiefend herausstellen, welche Standards und Logiken insbesondere in sich abzeichnenden, nachhallenden Krisen des Leistungssystems greifen. Auch Beobachtungen in Redaktionen bzw. der Redaktionsstrukturen können wertvolle Anhaltspunkte geben, wenngleich diese Methodik mit Problematiken (bspw. Verzerrungen der tatsächlichen Wirklichkeit) verbunden ist. Wie die Glyphosat-Debatte aufgezeigt hat, können sich vor allem von politischen Entscheidungen und Handlungslinien geprägte Krisen über einen längeren Zeitraum hinziehen. Durch ihre Leistung, fachspezifische Informationen bereitzustellen, tragen die Fachmedien in einem hohen Maße zum Differenzierungsprozess bei (Jaren, Oehmer & Dioh, 2020). Entlang eines anhaltenden Krisendiskurses wäre es in einem eng gefassten inhaltsanalytischen Rahmen daher denkbar, herauszuarbeiten, inwiefern sich die Beteiligung der Fachmedien an der politischen Kommunikation in unterschiedlichen Phasen des politischen Prozesses widerspiegelt. Die Ergebnisse der ähnlichen Frame-Akzentuierung der beiden untersuchten Medien während der Glyphosat-Debatte (vgl. Kap. 10.2.4) erlauben zudem eine Ausweitung der Analyse in Bezug auf eine mögliche Koordination der Medien. Hier könnte auf die von Bach, Weber und Quiring (2012, S. 207) angewendete Methodik einer ARIMA-Zeitreihenanalyse zum Transfer der Frames zurückgegriffen werden, um abzubilden, inwiefern mögliche Korrelationen der Zeitreihen eines Frames bei Leitmedien und Agrarpresse bestehen. Durch die wöchentliche Erscheinungsweise der Fachmedien könnte auch dem Kriterium gerecht werden, dass eine Zeitreihe der anderen vorge-schaltet sein muss.

Des Weiteren lässt sich der Blickwinkel auf die Rolle und Bedeutung der Medien dahingehend erweitern, als dass die zugrunde liegenden Auswahlentscheidungen in den Redaktionen für die öffentliche Kommunikation über Themen und Krisen der Landwirtschaft bisher kaum empirisch fundiert sind. Zwar hat diese Arbeit nicht dezidiert die Nachrichtenwerthypothese (Galtung & Ruge, 1965) in den Blick genommen, jedoch zeigen die Ereignisverläufe deutlich die weiterhin stark ausgeprägte Orientierung der Medien an zentralen Geschehnissen und krisen- und risikoaussendenden, negativen Vorfällen auf. Ist also die Einschätzung des ehemaligen FAZ-Journalisten Jan Grossarth (2015, S. 368), dass sich insbesondere die Leitmedien nur für die Negativmeldungen aus diesem Wirtschaftszweig interessieren, gerechtfertigt? Auf der einen Seite lassen die Ergebnisse dieser Untersuchung diesen Schluss zu, wenngleich die bewusste Krisenauswahl als Datengrundlage beachtet werden muss. Out-rierte Meldungen über Glyphosatrückstände in der Muttermilch (Liebrich, 2015b, S. 22), für die es keine wissenschaftlichen Nachweise gibt (BfR, 2016), oder polemische Überschriften wie im *Spiegel*, wie z. B. „Wo die Billigeier herkommen“ (Kwasniewski, 2018), bekräftigen ebenfalls diese Wahrnehmung. Als Schlussfolgerung jedoch die Journalisten undifferenziert durch pauschalisierte Vorwürfe alleinig für einen Anerkennungsverlust des Sektors und einen Reputations- und Vertrauensverlust des Verbrauchers verantwortlich zu machen, greift zu kurz. Denn es kann zugleich auf der anderen Seite argumentiert werden, dass die Medien durch ihre Berichterstattung,

wie im Fall des Tierschutzskandals im Allgäu 2019, erst auf Krisen und krisenhafte Zustände im Leistungssystem aufmerksam machen und damit auch ihrer Pflicht und ihrem gesellschaftlichen Auftrag als Beobachter nachkommen. Es gilt daher, eine große empirische Lücke zu füllen, die sich explizit den Auswahl- und Entscheidungsprozessen in Redaktionen bei Themen, die das Leistungssystem Landwirtschaft betreffen, annimmt. Methodisch bieten sich hier u. a. Redaktionsbeobachtungen an. Wichtig ist jedoch, nicht nur ausschließlich vor dem Hintergrund zentraler politischer Entscheidungsprozesse oder eingeführter Maßnahmen (Stichwort: Tierwohl) zu beobachten, sondern redaktionelle Entscheidungen zu verfolgen, warum bspw. der Rückgang des Pestizideinsatzes keine Nachricht wert ist. Auch hier ließe sich in Rückbezug auf die Framing-Forschung die Etablierung neuer Frames in Orientierungsphasen (Scheufele, B., 2003) mittels Inhaltsanalysen näher untersuchen.

Die Ergebnisse dieser Studie deuten unterdies die starke Position der Journalisten als Attributionssender im Aushandlungsprozess von Verantwortlichkeiten in der öffentlichen Kommunikation in Krisen des Leistungssystems an. Damit eröffnen sich für zukünftige Forschungen spannende Ansätze, die zum einen dezidiert die Schlüsselrolle der Medien als Inhaltsschaffende (Nowak & Altmeyen, 2020; Altmeyen et al., 2019) in den Blick nehmen und sich damit explizit auf den Journalisten und seine journalistische Sorgfalt fokussieren. Die stark ausgeprägte journalistische Eigenleistung im Attributionsprozess – vor allem in Berichten – lässt die Verantwortlichkeit der Journalisten hinsichtlich ihrer Sorgfaltspflicht wie die Trennung von Nachricht und Meinung kritisch hinterfragen. Zum anderen gilt es, die Rolle der Medien als Kommunikator und damit als Verantwortliche und Moderatoren für die entstehenden virtuellen Räume des Aushandlungsprozesses zu betrachten, wenngleich hier stärker die Medien als Organisation in das Blickfeld rücken (Altmeyen, 2015, 2020b; Bracker & Altmeyen, 2018). Hierzu ließe sich über eine prozessorientierte Forschung mehr über die Verantwortungszuschreibungen im Windschatten einzelner zentraler Ereignisse wie verabschiedete Gesetze oder nachhaltige öffentliche Statements erfahren. Die Ergebnisse der Untersuchung dieser Arbeit lassen hierzu nur über das Verantwortungsobjekt, wie im Falle der Abstimmung über die verlängerte Zulassung von Glyphosat, erste Rückschlüsse zu. Die explizite Berücksichtigung der zeitlichen Komponente kann diesbezüglich eine weitere Dimension eröffnen.

Lohnenswert erscheint es zudem, die Attributionsforschung mittels experimenteller Untersuchungen stärker mit der Wirkung beim Rezipienten in Verbindung zu bringen, um die tatsächlich wahrgenommene zugeschriebene Verantwortlichkeit zu messen. Die zentrale Frage, die sich stellt, ist diejenige, inwiefern die medial vermittelten Attributionen beim Publikum ankommen und ob sie diese rezipieren oder ob einflussnehmende Faktoren die Attributionswahrnehmung durch die öffentliche Kommunikation schmälern bzw. ein anderes Abbild der Verantwortungsattribution beim Rezipienten hinterlässt. Auch die Auswertung der Nutzerkommentare unter den veröffentlichten Beiträgen von Medien mit unterschiedlichen politischen Traditionen und Ausrichtungen (Boulevard- und Qualitätsmedien) auf Distributionsplattformen der digitalen Öffentlichkeit ermöglicht es, die Attributionsprozesse und deren Wirkung beim Publikum zu erfassen. In diesem Zuge könnte neben der reinen Bewertung durch den Rezipienten die Perspektive um deren Begründung

erweitert werden. So ließe sich zugleich nachzeichnen, welche Kritikpunkte in den Kommentaren geäußert werden oder ob es sich, wie häufig postuliert, um einen eindimensionalen, vorrangig negativ geprägten Diskurs handelt. Auf Basis dessen könnten Mittels eines clusteranalytischen Verfahrens Typen von „Landwirtschafts-Kritikern“ herausgearbeitet werden.

Die gewachsenen Anforderungen der digitalen Kommunikation lassen jedoch grundsätzlich das bisherige Verständnis von Verantwortung und den dazugehörigen Relationen hinterfragen (Altmeyen, 2020b; Altmeyen & Filipović, 2019; Loh, 2019). Dass diese Strukturen noch ausreichen, um den Herausforderungen der digitalen Öffentlichkeit gerecht zu werden, ist unwahrscheinlich (Altmeyen & Filipović, 2019, S. 211). Die Zahl der auftretenden Akteure im Handlungsfeld erschwert es, eindeutige Attributionssender und Verantwortungssubjekte zu bestimmen. Die ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass bspw. der Verbraucher in der digitalen öffentlichen Kommunikation nicht mehr nur ausschließlich der Rezipient ist, sondern im selben Zuge auch die Rolle als Kommunikator oder Werbeträger (Influencer) einnehmen kann. Um dieses zunehmend dichter werdende Geflecht zu entwirren und die eindeutige Zuschreibung eines Verantwortlichen bzw. Unverantwortlichen dezipierter abzubilden, könnte das Forschungsinstrumentarium der Akteurs-Attributions-Netzwerkanalyse als diskursanalytisches Verfahren Aufklärung bringen, indem zentrale Akteure identifiziert und ihr diskursives Verhalten erfasst werden (Zajak & Henrichsen, 2019). Aufbauend auf dem Modell von Gerhards und Kollegen (2007) lassen sich hier über die reine kausale Attribution und Zuständigkeitszuschreibung auch spezifischer Handlungs- und Kompetenzzuschreibungen beschreiben (Zajak & Henrichsen, 2019, S. 148).

Resümierend wird deutlich, dass der digitale Wandel nicht nur in der Landwirtschaft längst Einzug gewonnen hat. Auch die öffentliche Kommunikation durchläuft einen immer stärkeren technologisch induzierten Transformationsprozess, vor dessen Hintergrund sich das Framing und die Zuschreibung von Verantwortung insbesondere in Krisen und krisenhaften Zuständen zunehmend dynamischer gestalten. Diese Entwicklung hält für das Fach weitere zahlreiche Facetten und Möglichkeiten bereit, um mittels neuer Forschungswerkzeuge aktuelle Problemlagen aus differenzierten Blickwinkeln zu beleuchten. Die Landwirtschaft stellt dabei einen bisher unzureichend erforschten Teilbereich der Gesellschaft dar und bietet doch zugleich den fruchtbaren Boden, für die Kommunikationswissenschaften diesen Perspektiven auf mannigfaltige Weise nachzugehen. Bei aller Theorie und Empirie sollte nicht die Tatsache vergessen werden, dass die Landwirtschaft als Urzweig menschlichen Handelns und Lebens stetig an den Ambivalenzen der modernen Gesellschaft gewachsen ist. Zukünftige Herausforderungen und auch medial aufgedeckte systemerschütternde Krisen können ein Anstoß für positive Entwicklungen sein – solange sie nicht ausschließlich als willkommene Gelegenheit für eine aufgeladene Berichterstattung dienen, sondern dazu beitragen, ein gesellschaftliches Umfeld für eine innovative und zugleich wertgeschätzte Landwirtschaft zu schaffen.

14 Literaturverzeichnis

Literatur

- Aarøe, L. (2011). Investigating frame strength: The case of episodic and thematic frames. *Political communication*, 28(2), 207-226. doi: 10.1080/10584609.2011.568041
- Alföldi, T. (2009). *Die Landwirtschaft als Medienthema. Eine Inhaltsanalyse von Schweizer Zeitungen und Fernsehsendungen zwischen 1996 und 2006*. (Dissertation, Agrarwissenschaften, ETH Zürich). Abgerufen von <https://www.research-collection.ethz.ch/bitstream/handle/20.500.11850/151259/eth-41881-02.pdf?sequence=2&isAllowed=y> [07.06.2020].
- Altmeppen, K.-D. (2006). *Journalismus und Medien als Organisationen. Leistungen, Strukturen und Management*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Altmeppen, K.-D. (2015). Automaten kennen keine Moral. Metamorphosen des Journalismus und die Folgen für die Verantwortung. *Communicatio Socialis*, 48(1), 16-33. doi: 10.5771/0010-3497-2015-1-16
- Altmeppen, K.-D. (2020a). Vielfalt der Themen, Vielfalt der Öffentlichkeiten, Vielfalt der Verantwortung. Betrachtungen zur ethischen Mehrdimensionalität öffentlicher Kommunikation. In M. Prinzing, B. S. Debatin, & N. Köberer, (Hrsg.), *Kommunikations- und Medienethik reloaded? Wegmarken für eine Orientierungssuche im Digitalen* (S. 87-104). Baden-Baden: Nomos. doi: 10.5771/9783748905158-87
- Altmeppen, K.-D. (2020b). Medien und digitale Plattformen in der Migrationsgesellschaft. In T. Kloubert (Hrsg.), *Erwachsenenbildung und Migration. Internationale Kontexte und historische Bezüge* (S.133-151). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi: 10.1007/978-3-658-26863-3_8
- Altmeppen K.-D., Greck, R., & Evers, T. (2016). Journalismus und Medien –organisationstheoretisch betrachtet. In K. Meier, & C. Neuberger (Hrsg.), *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven* (2. Auflage) (S. 47-68). Baden-Baden: Nomos.
- Altmeppen, K.-D., & Bracker, I. (2018). Nur Kommunikation macht Verantwortung sichtbar. Zur kommunikativen Grundlegung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen aus Perspektive der Kommunikationswissenschaft. In H. Backhaus-Maul, M. Kunze, & S. Nährlich (Hrsg.), *Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Deutschland. Ein Kompendium zur Erschließung eines sich entwickelnden Themenfeldes* (S. 235-256). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi: 10.1007/978-3-658-02585-4_13
- Altmeppen, K.-D., Bieber, C., Filipović, A., Heesen, J., Neuberger, C., Röttger, U., Stieglitz, S., & Thomas, T. (2019). Öffentlichkeit, Verantwortung und Gemeinwohl im digitalen Zeitalter: zur Erforschung ethischer Aspekte des Medien- und Öffentlichkeitswandels. *Publizistik*, 64(1), 59-77. doi: 10.1007/s11616-018-00463-1

- Altmeppen, K.-D., Brakelmann, H., & Drössler, K. (2020). Verantwortung durch Nichtberichterstattung. Ein medienethisches Reizthema. *Communicatio Socialis*, 53(1), 80-96. doi: 10.5771/0010-3497-2020-1-80
- Altmeppen, K.-D., & Filipović, A. (2019). Corporate Digital Responsibility. Zur Verantwortung von Medienunternehmen in digitalen Zeiten. *Communicatio Socialis*, 52(2), 202-214. doi: 10.5771/0010-3497-2019-2-202
- Andsager, J. L. (2000). How interest groups attempt to shape public opinion with competing news frames. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 77(3), 577-592. doi: 10.1177/107769900007700308
- Andsager, J. L., & Smiley, L. (1998). Evaluating the public information: Shaping news coverage of the silicone implant controversy. *Public Relations Review*, 24(2), 183-201. doi:10.1016/s0363-8111(99)80050-2
- Arroyave, J. (2012). Health, News, and Media Information. In R. Obregon & S. Waisbord (Hrsg.), *The handbook of global health communication* (S. 194-214). Malden, MA: Wiley-Blackwell.
- Atteslander, P. (2010). *Methoden der empirischen Sozialforschung* (13., neu bearbeitete und erweiterte Auflage). Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Bach, T., Weber, M., & Quiring, O. (2012). Das Framing der Finanzkrise. *Studies in Communication and Media*, 1(2), 193-224. doi: 10.5771/2192-4007-2012-2-19
- Backhaus, K., Erichson, B., Gensler, S., Weiber, R., & Weiber, T. (2021). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung* (16., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage). Wiesbaden: Springer Gabler.
- Balser, M. (2017, 29. Juni). Neue Bauernregeln. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 5.
- Balser, M. (2017, 24. Oktober). Gift für Europa. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 19.
- Balser, M., & Bachmüller, M. (2019, 5. September). Regierung plant Glyphosat-Verbot für Ende 2023. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 1.
- Balser, M., & Liebrich, S. (2018, 19. November). Giftiger Streit. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 15.
- Bartl (2021, 7. Juli). *Die meistzitierten Medien im ersten Halbjahr 2021*. kress. <https://kress.de/mail/news/detail/beitrag/147690-exklusiv-die-meistzitierten-medien-im-ersten-halbjahr-2021.html> [07.07.2021]
- Bateson, G. (1955). A theory of play and phantasy. *Psychiatric Research Reports*, 2, 39-51.
- Bachmüller, M. (2018, 7. November). Tausche Gift gegen Vielfalt. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 4.
- Bauer, K. (1993, 13. November). Gefahr nicht endgültig gebannt. *Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt* (BLW), S. 73.
- Bauer, K. (1994, 5. November). Quittung für Sorglosigkeit. *Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt* (BLW), S. 38.

- Bauerkämper, A. (2002). *Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945-1963* (Zeithistorische Studien, Band 21). Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Baumann, W., & Moser, P. (1999). *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918 - 1968*. Zürich: Orell Füssli.
- Bawden, R. J., Macadam, R. D., Packham, R. J., & Valentine, I. (1984). Systems thinking and practices in the education of agriculturalists. *Agricultural Systems*, 13(4), 205-225. doi: 10.1016/0308-521X(84)90074-X
- Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (2019). *Häufig gestellte Fragen zu Acrylamid FAQ*. Abgerufen von https://www.lgl.bayern.de/lebensmittel/chemie/toxische_reaktionsprodukte/acrylamid/faqs_acrylamid.htm [01.08.2021]
- Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt (BLW) (1993a, 6. November). „Schweinehalter vor dem Ruin“. S. 19.
- Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt (BLW) (1993b, 6. November). *Saus-tall*. S. 1.
- Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt (BLW) (2011, 7. Januar). *Belastete Futtermittel ausgeliefert*. S. 65.
- Bayertz, K. (1990). Verantwortung als Reflexion. In C. Hubig (Hrsg.), *Verantwortung in Wissenschaft und Technik. Kolloquium an der Technischen Universität Berlin, WS 1987/88* (TUB-Dokumentation Kongresse und Tagungen, Bd. 54). Berlin: Universitätsbibliothek der Technischen Universität. Abt. Publ.
- Bayertz, K. (1995). Eine kurze Geschichte der Herkunft der Verantwortung. In K. Bayertz (Hrsg.), *Verantwortung. Prinzip oder Problem?* (S. 3-71). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) (2021). *Baukosten von Milchviehlaufställen*. Abgerufen von https://www.lfl.bayern.de/mam/cms07/iba/dateien/baukostenauswertung_2021_lang_f%C3%BCr_pdf.pdf [30.07.2021]
- Beck, K. (2020). *Kommunikationswissenschaft* (6., überarbeitete Auflage). Stuttgart, München: UTB GmbH; UVK.
- Beck, K., & Quandt, T. (2012). Terror als Kommunikation? Was Handlungstheorie, Rational Choice-, Netzwerk- und Systemtheorie aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht zur Erklärung leisten. In T. Quandt & B. Scheufele (Hrsg.), *Ebenen der Kommunikation. Mikro-Meso-Makro-Links in der Kommunikationswissenschaft* (1. Aufl., S. 85-110). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Becker, J. C., Wagner, U., & Christ, O. (2010). Ursachenzuschreibungen in Krisenzeiten: Auswirkungen auf Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände, Folge 8* (S. 128-143). Berlin: Suhrkamp.

- Benford, R. D., & Snow, D. A. (2000). Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26(1), 611-639. doi: 10.1146/annurev.soc.26.1.611
- Benterbusch, R. (1997). *Inhaltsanalyse zum Thema Ernährung in deutschen Zeitungen (1994/95)*. Karlsruhe: Bundesforschungsanstalt für Ernährung.
- Berelson, B. (1954). Content Analysis. In G. Lindzey (Hrsg.), *The handbook of social psychology* (3. Auflage, S. 488-522). Boston: Addison-Wesley.
- Berger, P. L., Luckmann, T., & Plessner, H. (2018). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie* (27. Auflage). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Berghaus, M. (2011). *Luhmann leicht gemacht. Eine Einführung in die Systemtheorie* (3., überarb. und erg. Auflage). Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Berghorn, C., & Berghorn, H.-H. (2013). *Neue Wege in der Agrarkommunikation. Studie im Auftrag der Stiftung Westfälische Landschaft*. Münster: Landwirtschaftsverlag GmbH.
- Berkes, J.C.M., Wildraut, C., & Mergenthaler, M. (2020). Chancen und Perspektiven für einen Dialog zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft für mehr Akzeptanz und Wertschätzung – Einschätzungen von Branchenvertretern aus NRW. *Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 98(1), 1-20. doi: 10.12767/buel.v98i1.255
- Best, H. (2006). *Die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft als Entscheidungsprozess*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bitkom e.V. (2020, 27. April). *Schon 8 von 10 Landwirten setzen auf digitale Technologien*. [Pressemeldung]. Abgerufen von <https://www.bitkom.org/Presse/Press-information/Schon-8-von-10-Landwirten-setzen-auf-digitale-Technologien> [13.05.2021]
- Blasius, J. (2001): *Korrespondenzanalyse*. München, Wien: Oldenbourg.
- Blawat, K., Wiegand, R., Pollmer, C., & Ahlemeier, M. (2011, 5. Januar). Nicht das Gelbe vom Ei. *Süddeutsche Zeitung* (SZ). S. 8.
- Blöbaum, B. (2016). Journalismus als Funktionssystem der Gesellschaft. In M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.), *Handbuch Journalismustheorien* (S. 151-163). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Böcker, A., & Mahlau, G. (1999). BSE-Medienberichterstattung auf regionaler Ebene: Bestandteile, Entwicklung und Auswirkungen auf das Konsumentenverhalten. In: E. Berg, W. Henrichsmeyer, & G. Schiefer (Hrsg.), *Agrarwirtschaft in der Informationsgesellschaft. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V.*, 35, (S. 241-248). Münster: Landwirtschaftsverlag GmbH.
- Böcking, T. (2009). *Strategisches Framing: Gesellschaftliche Akteure und ihre Einflussnahmeversuche auf die mediale Debatte über die embryonale Stammzellenforschung in Deutschland*. Köln: Herbert von Halem Verlag.

- Boesman, J., Berbers, A., d'Haenens, L., & van Gorp, B. (2017). The news is in the frame: A journalist-centered approach to the frame-building process of the Belgian Syria fighters. *Journalism*, 18(3), 298-316. doi: 10.1177/1464884915610988
- Bökel, G. (1998, 27. Januar). Wider den Ferkeltourismus. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), S. 10.
- Bolesch, C., & Hoffmann, A. (2000, 30. November). Schröder: Agrarfabriken abschaffen. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 1.
- Bonß, W., Dimbath, O., Maurer, A., Nieder, L., Pelizäus-Hoffmeister, H., & Schmid, M. (2020). *Handlungstheorie. Eine Einführung* (2. Auflage). Bielefeld: transcript Verlag.
- Borah, P. (2011). Conceptual Issues in Framing Theory: A Systematic Examination of a Decade's Literature. *Journal of Communication*, 61(2), 246-263. doi: 10.1111/j.1460-2466.2011.01539.x
- Bork, H.-R. (2020). *Umweltgeschichte Deutschlands*. Berlin: Springer.
- Bösch, F. (2020). *Handbuch Krisenforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Bourdieu, P. (2018). *Entwurf einer Theorie der Praxis. Auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft* (5. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bracker, I. (2017). *Verantwortung von Medienunternehmen. Selbstbild und Fremdwahrnehmung in der öffentlichen Kommunikation*. Baden-Baden: Nomos.
- Brand-Saßen, H., Golter, F., Köhne, M., & Schnieders, R. (2008). *Landwirtschaft im Umbruch. Agrarpolitik, Markt, Strukturen und Finanzierung seit den siebziger Jahren*. Stuttgart: Eugen Ulmer.
- Bratu, C. (2017). Korporative und kooperative Verantwortung. In L. Heidbrink, C. Langbehn, & J. Loh (Hrsg.). *Handbuch Verantwortung* (S. 477-499). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Brinkmann, J. (2015). *Ein Hauch von Jasmin. Die deutsche Islamberichterstattung vor, während und nach der Arabischen Revolution - eine quantitative und qualitative Medieninhaltsanalyse*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Brosius, H.-B., & Eps, P. (1993). Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylanten. *Rundfunk und Fernsehen*, 41(4), 512-530.
- Brosius, H.-B., & Eps, P. (1995). Framing auch bei Rezipienten? Der Einfluß der Berichterstattung über fremdenfeindliche Anschläge auf die Vorstellungen der Rezipienten. *Medienpsychologie, Zeitschrift für Individual- und Massenkommunikation*, 7, 169-183.
- Brosius, H.-B., & Kepplinger, H. M. (1990). The Agenda-Setting Function of Television News. *Communication Research*, 17(2), 183-211. doi: 10.1177/009365090017002003

- Brosius, H.-B., & Dan, V. (2020). Framing im Nachrichtenjournalismus. In T. Köhler (Hrsg.), *Fake News, Framing, Fact-Checking: Nachrichten im digitalen Zeitalter. Ein Handbuch* (S. 265-282). Bielefeld: transcript Verlag.
- Brosius, H.-B., Haas, A., & Koschel, F. (2016). *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung* (7., überarb. u. aktual. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brüggemann, M. (2014). Between Frame Setting and Frame Sending: How Journalists Contribute to News Frames. *Communication Theory*, 24(1), 61-82. doi: 10.1111/comt.12027
- Budde, F.-J. (1997, 6. Februar). Die Sorgenfalten werden tiefer. *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* (WW), S. 11.
- Budde, F.-J. (2000, 30. November). Zurück zur Sachlichkeit und Vernunft. *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* (WW), S. 11.
- Budde, F.-J. (2001a, 15. Februar). Auf zu einer neuen Agrarpolitik. *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* (WW), S. 13.
- Budde, F.-J. (2001b, 4. Januar). Schwerfällig wie ein Dinosaurier. *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* (WW), S. 11.
- Bühl, W. L. (1998). *Verantwortung für soziale Systeme. Grundzüge einer globalen Gesellschaftsethik*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW) (2021). *Branchenreport. Ökologische Lebensmittelwirtschaft*. Abgerufen von https://www.boelw.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Zahlen_und_Fakten/Brosch%C3%B4Cre_2021/B%C3%96LW_Branchenreport_2021_web.pdf [13.05.2021]
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2021a, 15. Dezember). BZL: *Produktionswert der deutschen Landwirtschaft steigt auf 59,6 Milliarden Euro*. [Pressemeldung]. Abgerufen von https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/Pressemitteilungen/2021/211215_BZL_Produktionswert.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [28.12.2021]
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2021b). *Zahlen zum Ökolandbau in Deutschland*. Abgerufen von <https://www.oekolandbau.de/landwirtschaft/biomarkt/oekoflaeche-und-oekobetriebe-in-deutschland/> [13.06.2021]
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2021c). *Bericht zur Markt- und Versorgungslage mit Milch und Milcherzeugnissen*. Abgerufen von https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/BZL/Daten-Berichte/MilchUndMilcherzeugnisse/JaehrlicheErgebnisse/Deutschland/2021BerichtMilch.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [30.07.2021]
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2021d). *Infografiken*. Abgerufen von <https://www.landwirtschaft.de/landwirtschaft-verstehen/haetten-sies-gewusst/infografiken> [13.05.2021]

- Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) (2015, 28. September). *Einschätzung des BfR zu epidemiologischen Studien über kanzerogene Effekte von Glyphosat in der EU-Wirkstoffprüfung*. [Hintergrundinformation Nr. 34]. Abgerufen von <https://mobil.bfr.bund.de/cm/343/einschaetzung-des-bfr-zu-epidemiologischen-studien-ueber-kanzerogene-effekte-von-glyphosat-in-der-eu-wirkstoffpruefung.pdf> [14.04.2020]
- Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) (2016, 11. Februar). *BfR-Studie bestätigt: Kein Glyphosat in Muttermilch nachweisbar*. [Pressemeldung]. Abgerufen von https://www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2016/08/bfr_studie_bestaetigt_kein_glyphosat_in_muttermilch_nachweisbar-196563.html#:~:text=Eine%20vom%20Bundesinstitut%20f%C3%BCr%20Risikobewertung,des%20Pflanzenschutzmittelwirkstoffs%20Glyphosat%20nachweisbar%20sind. [17.08.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2014). *Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik*. Abgerufen von <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-geschichte.html#doc9800bodyText5> [11.11.2021].
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2015). *Mehr Tier-schutz in der Legehennenhaltung*. Abgerufen von <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tierschutz/haltung-legehennen.html> [13.06.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2019a). *Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2019*. Abgerufen von https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Agrarbericht2019.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [13.05.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2019b). *Ökologischer Landbau in Deutschland*. Bonn. BMEL.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2019c). *Perspektive Landwirtschaft. Agrarpolitische Standortbestimmung*. Abgerufen von https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/AgrarpolitischeStandortbestimmung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [13.05.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2019d). *Grundzüge der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und ihrer Umsetzung in Deutschland*. Abgerufen von <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-nationale-umsetzung.html> [18.06.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2019e). *Schweinepest*. Abgerufen von <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tiergesundheit/tierseuchen/schweinepest.html> [15.05.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2019f). *BSE - Bovine Spongiforme Enzephalopathie*. Abgerufen von <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tiergesundheit/tierseuchen/bse.html> [15.02.2021]

- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2020). *Landwirtschaft verstehen. Fakten und Hintergründe*. Abgerufen von https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Landwirtschaft-verstehen.pdf;jsessionid=F2087FFF2BE97C44E2430FBFE9228D9E.live841?__blob=publicationFile&v=18 [11.11.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021a). *Gartenbau-Glossar*. Abgerufen von <https://www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/gartenbau/gartenbau-glossar/> [13.05.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021b). *Betriebsstruktur in der Landwirtschaft*. Abgerufen von <https://www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/landwirtschaftliche-betriebe/> [13.05.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021c). *Direktzahlungen*. Abgerufen von https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/direktzahlung/direktzahlung_node.html [01.08.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021d). *Fragen und Antworten zu Glyphosat*. Abgerufen von https://www.bmel.de/SharedDocs/FAQs/DE/faq-glyphosat/FAQ-glyphosat_List.html [13.08.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021e). *Versorgung mit Fleisch und Geflügelfleisch*. Abgerufen von <https://www.bmel-statistik.de/ernaehrung-fischerei/versorgungsbilanzen/fleisch/> [13.05.2021]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021f). *Fischereipolitik*. Abgerufen von https://www.bmel.de/DE/themen/fischerei/fischereipolitik/fischereipolitik_node.html;jsessionid=866C3121F5312F88A0CE4D-043CE275E8.live841 [17.08.2021]
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), & Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2020). *Nitratbericht 2020. Gemeinsamer Bericht der Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie für Ernährung und Landwirtschaft*. Abgerufen von https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/nitratbericht_2020_bf.pdf [13.05.2021]
- Busch, G., Gauly, S. A., & Spiller, A. (2017). Ich sehe was, was du nicht siehst: Eine Eye Tracking Studie zur Betrachtung und Bewertung von Bildern aus der Schweinemast. *German Journal of Agricultural Economics*, 66(2). 10.22004/ag.econ.303541
- Busch, G., Schwetje, C., & Spiller, A. (2015). Bewertung der Tiergerechtigkeit in der intensiven Hähnchenmast durch Bürger anhand von Bildern: ein Survey-Experiment. *German Journal of Agricultural Economics*, 64(03). doi: 10.22004/ag.econ.270176
- Büschemann, K.-H. (2001, 5. Januar). „Ein Kraftfutterwerk ist keine Apotheke“. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 25.

- Callaghan, K., & Schnell, F. (2001). Assessing the democratic debate: How the news media frame elite policy discourse. *Political Communication*, 18(2), 183-212. doi: 10.1080/105846001750322970
- Callaghan, K., & Schnell, F. (2005). Introduction: Framing political issues in American politics. In K. Callaghan & F. Schnell (Hrsg.), *Framing American politics* (S. 1-17). Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press.
- Canenbley, C., Feindt, P.H., Gottschick, M., Müller, C., & Roedenbeck, I. (2004). *Funktionen der Landwirtschaft in Deutschland. Zuschreibungen aus Sicht von LandwirtInnen, agrarpolitischen Akteuren, Umweltwissenschaft und in der Debatte um die Koexistenz von gentechnischer, ökologischer und konventioneller Landwirtschaft*. (BIOGUM Forschungsbericht/BIOGUM Research-Paper Nr. 9). Hamburg: Fachgruppe Landwirtschaft, Universität Hamburg.
- Cappella, J. N., & Jamieson, K. H. (1997). *Spiral of cynicism: The press and the public good*. Oxford: Oxford University Press.
- Capra, F. (1996). *Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild*. (5. Auflage). München: dtv.
- Capra, F. (2015). *Lebensnetz. Ein neues Verständnis der lebendigen Welt* (2. Auflage). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Carragee, K. M., & Roefs, W. (2004). The Neglect of Power in Recent Framing Research. *Journal of Communication*, 54(2), 214-233. doi: 10.1111/j.1460-2466.2004.tb02625.x
- Charisius, H. (2017, 16. März). Gutachten: Glyphosat erregt keinen Krebs. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 1.
- Christoph-Schulz, I., Hartmann, M., Kenning, P., Luy, J., Mergenthaler, M., Reisch, L., Roosen, J., & Spiller, A. (2018). SocialLab – Nutztierhaltung im Spiegel der Gesellschaft. Zusammenfassung und erste Schlussfolgerungen. *Journal of Consumer Protection and Food Safety*, 13, 145-236. doi: 10.1007/s00003-017-1144-7
- Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences* (2. Auflage). Hillsdale, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Coleman, R. (2010). Framing the pictures in our heads. Exploring the framing and agenda-setting effects of visual images. In P. D'Angelo & J. A. Kuypers (Hrsg.), *Doing News Framing Analysis* (S. 233-261). New York, NY: Routledge.
- Coombs, W. T., & Holladay, S. J. (1996). Communication and Attributions in a Crisis: An Experimental Study in Crisis Communication. *Journal of Public Relations Research*, 8(4), 279-295.
- Dahinden, U. (2018). *Framing: Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Forschungsfeld Kommunikation* (Band 22, 2. Auflage). Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Dan, V. (2018). *Integrative framing analysis: Framing health through words and visuals. Routledge Research in Communication Studies*, (Band 4). New York, NY: Routledge.

- Dan, V., & Raupp, J. (2018). A systematic review of frames in news reporting of health risks: Characteristics, construct consistency vs. name diversity, and the relationship of frames to framing functions. *Health, Risk & Society*, 20(5-6), 203-226. doi: 10.1080/13698575.2018.1522422
- D'Angelo, P., & Kuypers, J. A. (2010). *Doing news framing analysis. Empirical and theoretical perspectives*. New York: Routledge.
- Darnhofer, I., Gibbon, D., & Dedieu, B. (2012). *Farming Systems Research into the 21st Century*. Dordrecht: Springer Netherlands.
- Daugbjerg, C., & Swinbank, A. (2007). The Politics of CAP Reform: Trade Negotiations, Institutional Settings and Blame Avoidance. *Journal of Common Market Studies*, 45(03), 1-22 doi: 10.1080/19312458.2011.624873
- David, C. C., Atun, J. M., Fille, E., & Monterola, C. (2011). Finding Frames: Comparing Two Methods of Frame Analysis. *Communication Methods and Measures*, 5(4), 329-351. doi: 10.1080/19312458.2011.624873
- de Vreese, C. H. (2005). Identifying information and tenor in texts. *Information Design Journal*, 13(1), 51-62. doi: 10.1075/idjdd.13.1.06vre
- de Vreese, C. H., & Boomgaarden, H. (2003). Valenced news frames and public support for the EU. *Communications*, 28(4), 361-381. doi: 10.1515/comm.2003.024
- de Vreese, C. H., Peter, J., & Semetko, H. A. (2001). Framing politics at the launch of the Euro: A cross national comparative study of frames in the news. *Political Communication*, 18(2), 107-122. doi:10.1080/105846001750322934
- Debatin, B. (2016). Verantwortung. Grundbegriffe der Kommunikations- und Medienethik. *Communicatio Socialis*, 49(1), 68-73. doi: 10.5771/0010-3497-2016-1-68
- Demeter e.V. (2019). *Unterschied von Bio zu Demeter*. Abgerufen von <https://www.demeter.de/unterschied-bio-demeter> [18.06.2021]
- Demke, A., & Höhler, J. (2020). Agenda-Setting in der Agrar- und Ernährungswirtschaft – eine Untersuchung am Beispiel der grünen Gentechnik. *Austrian Journal of Agricultural Economics and Rural Studies*, 29(25), 215-223. doi: 10.15203/OEGA_29.25
- Der Rat von Sachverständigenrat für Umweltfragen (1985). *Umweltprobleme der Landwirtschaft*. Stuttgart, Mainz: Kohlhammer.
- Deter, A. (2018, 14. Mai). Anwohner unterliegen vor Gericht – Landwirt darf Laufstall bauen. *Top agrar*. Abgerufen von <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/anwohner-unterliegen-vor-gericht-landwirt-darf-laufstall-bauen-9530583.html> [21.07.2021]
- Deutscher Bauernverband e.V. (DBV) (2011). *Leitbild des Deutschen Bauernverbandes. Unsere Werte und Orientierung für die Zukunft*. Abgerufen von https://www.bauernverband.de/fileadmin/user_upload/leitbild_des_dbv_2011.pdf [18.06.2021]

- Deutscher Bauernverband e.V. (DBV) (2018). *Situationsbericht 2018/2019. Trends und Fakten zur Landwirtschaft*. Berlin.
- Deutscher Bauernverband e.V. (DBV) (2021a). *Situationsbericht 2021/2022. Trends und Fakten zur Landwirtschaft*. Abgerufen von <https://www.bauernverband.de/situationsbericht> [28.12.2021]
- Deutscher Bauernverband e.V. (DBV) (2021b). *Faktencheck. Glyphosat im Ackerbau*. Abgerufen von https://www.bauernverband.de/fileadmin/user_upload/dbv/faktenchecks/FC_Glyphosat_190805_MM_v1_final.pdf [18.06.2021]
- Dietrich, S. (2011, 20. Januar). Skandal mit System. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, S. 1.
- Dimbath, O. (2020). *Einführung in die Soziologie* (4., aktualisierte Auflage). Stuttgart: Brill | Fink.
- Djerf-Pierre, M., Ekström, M., & Johansson, B. (2013). Policy failure or moral scandal? Political accountability, journalism and new public management. *Media, Culture & Society*, 35(8), 960-976. doi: 10.1177/0163443713501932
- Djerf-Pierre, M., Ekström, M., Håkansson, N., & Johansson, B. (2014). The Mediatization of Political Accountability. *Journalism Studies*, 15(3), 321-338. doi: 10.1080/1461670X.2014.889473
- Dobrick, F. M., & Reifegerste, D. (2015). Das Framing von Eigenverantwortung in der deutschen Presseberichterstattung zu gesundheitspolitischen Entscheidungen. In M. Schäfer, O. Quiring, C. Rossmann, M. R. Hastall, & E. Baumann (Hrsg.), *Gesundheitskommunikation im gesellschaftlichen Wandel* (Medien + Gesundheit, 1. Auflage) (S. 37-48). Berlin: Nomos.
- Donges, P. (2002). *Rundfunkpolitik zwischen Sollen, Wollen und Können. Eine theoretische und komparative Analyse der politischen Steuerung des Rundfunks*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Donges, P., & Gerner, A. (2019). Fachmedien als Policy-Broker. Empirische Befunde zur Vermittlungsleistung in Politikfeldern. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 67(4), 417-436. doi: 10.5771/1615-634X-2019-4-417
- Donges, P., & Jarren, O. (2017). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung* (4. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Donsbach, W., & Meißner, A. (2004). PR und Nachrichtenagenturen. In J. Raupp, & J. Klewes (Hrsg.), *Quo Vadis Public Relations? Auf Dem Weg Zum Kommunikationsmanagement: Bestandsaufnahmen und Entwicklungen* (S. 97-112). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Donsbach, W., & Patterson, T. (2003). Journalisten in der politischen Kommunikation: Professionelle Orientierungen von Nachrichtenredakteuren im internationalen Vergleich. In F. Esser & B. Pfetsch (Hrsg.), *Politische Kommunikation Im Internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven* (S. 281-304). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Duke, S. O., & Powles, S. B. (2008). Glyphosate: a once-in-a-century herbicide. *Pest Management Science*, 64(4), 319-325. doi:10.1002/ps.1518
- Dunwoody, S. (1992). The Media and Public Perceptions of Risk: How Journalists Frame Risk Stories. In D. W. Bromley & K. Segerson (Hrsg.), *The Social Response to Environmental Risk. Policy Formulation in an Age of Uncertainty* (S. 75-100). Dordrecht: Springer Netherlands.
- Dunwoody, S., & Peters, H. P. (1992). Mass media coverage of technological and environmental risks: a survey of research in the United States and Germany. *Public Understanding of Science*, 1(2), 199-230. doi: 10.1088%2F0963-6625%2F1%2F2%2F004
- Ebeling, B. (2017). *Akteure der Landwirtschaft in Leader-Aktionsgruppen: Untersuchungen zur Teilnahmemotivation vor dem Hintergrund sozio-kultureller Fragmentierung*. (Dissertation, Agrarwissenschaften, Georg - August Universität Göttingen). Abgerufen von https://www.alr-hochschulpreis.de/sites/default/files/publikationen2020-04/2017-A-Ebeling_Akteure-der-Landwirtschaft-in-Leader-Aktionsgruppen.pdf [15.10.2018]
- Eckart, K. (1998). *Agrargeographie Deutschlands. Agrarraum und Agrarwirtschaft Deutschlands im 20. Jahrhundert*. Gotha, Stuttgart: Klett-Perthes.
- Eid, M., Gollwitzer, M., & Schmitt, M. (2017). *Statistik und Forschungsmethoden. Lehrbuch*. (5., korrigierte Auflage). Weinheim: Beltz.
- Eilders, C. (2016). Journalismus und Nachrichtenwert. In M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.), *Handbuch Journalismustheorien* (S. 431-442). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Elias, N. (2014). *Was ist Soziologie?* (Grundfragen der Soziologie, 12. Auflage). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Engelke, K. M. (2018). *Die journalistische Darstellung von Vertrauen, Misstrauen und Vertrauensproblemen im Kontext der Digitalisierung. Theoretische Entwicklung und empirische Erfassung von Vertrauensdimensions-Frames*. Baden-Baden: Nomos.
- Engelmann, I. (2009). Frames und Positionen zur EU-Osterweiterung. *Publizistik*, 54(1), 82-102. doi: 10.1007%2Fs11616-009-0021-5
- Engel & Zimmermann GmbH. Unternehmensberatung für Kommunikation (2021). *TV-Berichterstattung im Coronajahr: Lebensmittelbranche weiter im Fokus kritischer Medien*. Abgerufen von <https://engel-zimmermann.de/tv-berichterstattung-2020/> [17.08.2021]
- Enneking, U., Kleine-Kalmer, R., Dauermann, A., & Voigt, R. (2019). *Kaufbereitschaft bei verpackten Schweinefleischprodukten im Lebensmitteleinzelhandel. Realexperiment und Kassenzonen-Befragung*. [Ergebnisbericht] Hochschule Osnabrück. Abgerufen von https://www.hs-osnabrueck.de/fileadmin/HSOS/Homepages/Personalhomepages/Personalhomepages-AuL/Enneking/Tierwohlstudie-HS-Osnabrueck_Teil-Realdaten_17-Jan-2019.pdf [30.05.2021]

- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51-58. doi: 10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x
- Entman, R. M. (2007). Framing Bias: Media in the Distribution of Power. *Journal of Communication*, 57(1), 163-173. doi: 10.1111/j.1460-2466.2006.00336.x
- Entman, R., Matthes, J., & Pellicano, L. (2009). *Nature, sources and effects of news framing*. In K. Wahl-Jorgensen & T. Hanitzsch (Hrsg.), *Handbook of Journalism Studies* (S. 175-190). Mahwah, NJ: Erlbaum
- Erdönmez, H. (1996). *Die Darstellung des "Babykostskandals" in der deutschen Tagespresse unter besonderer Berücksichtigung der Betroffenen*. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Ernährungswissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen.
- Erl, M., Kothe, C., Mergenthaler, M., & Christoph-Schulz, I. (2021). Einstellungsmuster zur Tierhaltung im Vergleich zu Medienframes. In Österreichische Gesellschaft für Agrarökonomie (Hrsg.), *Strategien für den Agrar- und Ernährungssektor und den ländlichen Raum in Zeiten multipler Krisen*, Tagungsband 2021 (S. 103-104). Online-Konferenz.
- Europäische Kommission (2001). *Fragen und Antworten zur klassischen Schweinepest*. Abgerufen von https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_01_422 [08.02.2021]
- Europäische Kommission (2017). *Die Europäische Union erklärt: Landwirtschaft. Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP): für unsere Lebensmittel, unseren ländlichen Raum, unsere Umwelt*. Brüssel: Europäische Union.
- Eurostat (2021a). *Glossar: Landwirtschaftlicher Betrieb*. Abgerufen von https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Agricultural_holding/de [04.12.2021]
- Eurostat (2021b). *Glossar: Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (FSS)*. Abgerufen von [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Farm_structure_survey_\(FSS\)/de](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Farm_structure_survey_(FSS)/de) [04.12.2021]
- Faas, T., & Maier, J. (2015). Wahrnehmungen der Wirtschaftslage, Zuschreibungen von Verantwortung und die Auswirkungen auf das Wahlverhalten im Kontext der Fernsehdebatte Merkel – Steinbrück 2013. In H. Giebler & A. Wagner (Hrsg.), *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten* (S. 237-266). Baden-Baden: Nomos.
- Fecht, U. (1999). *Die Pressearbeit der deutschen Automobilindustrie*. Münster: LIT.
- Feindt, P.H., & Kleinschmit, D. (2004). Verursacher, Opfer und Helfer BSE und Agrarpolitik in deutschen Zeitungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 15(3), 93-98.
- Feindt, P. H., Stirn, S., & Kleinschmit, D. (2005). *Die Regulierung der „grünen Gentechnik“ in den Medien. Ergebnisse einer Inhaltsanalyse deutscher Qualitätszeitungen, Mai 2003-April 2004*. (Forschungsbericht, Universität Hamburg). Abgerufen von: https://www2.uni-hamburg.de/fachbereiche-einrichtungen/biogum/fg_landwirtschaft_projekt_gentechnik_inmedien_/Medienanalyse_final_9.3.05.pdf [30.05.2019]

- Fiala, V., & Freyer, B. (2016). Systemtheoretische Grundlagen. In B. Freyer (Hrsg.), *Ökologischer Landbau: Grundlagen, Wissensstand und Herausforderungen* (S. 80-100). Bern; Stuttgart: Haupt Verlag; UTB GmbH.
- Fontaine, N. (2021). *Die kleine Schule der großen Hoffnung*. München: C. Bertelsmann.
- foodwatch e.V. (2011). *Chronisch vergiftet. Ein Jahr nach dem Dioxinskandal: Ein foodwatch-Report über organisiertes Politikversagen*. Abgerufen von https://www.foodwatch.org/fileadmin/_migrated/content_uploads/Chronischvergiftet_foodwatch-Report2011-12-12_02.pdf [16.02.2021]
- Frangenberg, A., Kraus, A., & Noell, C. (2016). Zur wirtschaftlichen Einbindung und sozialen Verantwortung des landwirtschaftlichen Acker- und Pflanzenbaus. In C. Willers (Hrsg.), *CSR und Lebensmittelwirtschaft*. Nachhaltiges Wirtschaften entlang der Food Value Chain (S. 149-163). Berlin, Heidelberg: Springer-Gabler.
- Forster, R., Kula, C., & Schuierer, K. (2015). Der Wirkstoff Glyphosat in der Pflanzenschutzmittel-Zulassung – aktueller Stand. *Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit*, 10(3), 235-240. doi: 10.1007/s00003-015-0956-6
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (1953, 30. September). *Die Landwirtschaft im Mittelpunkt*. S. 9.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (1994a, 14. April). *Finanzhilfe für Schweinepest-Betriebe*. S. 17.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (1994b, 20. Mai). „Landwirtschaft in der Sackgasse“. S. 1.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2000, 1. Dezember). *Bundestag beschließt Tiermehl-Verbot*. S.1.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2011b, 6. Januar 2011). *Das Gift der Gifte*. S. 1.
- Franzen M. (1991): *Die Darstellung der Landwirtschaft in ausgewählten Printmedien*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Kiel, Kiel.
- Fried, N. (2001, 22. Januar). BSE-Schnelltests sind nicht zulässig. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 6.
- Fritz, W. (2001). Historie der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit in Deutschland: ein fragmentarischer Abriss: Darstellung, Quellen, Daten, Definitionen, Chronik. *Historical Social Research, Supplement*, (13), 1-304.
- Fröhlich, R., & Rüdiger, B. (2006). Framing political public relations: Measuring success of political communication strategies in Germany. *Public Relations Review*, 32(1), 18-25. doi: 10.1016/j.pubrev.2005.10.003
- Fröhlich, R., Scherer, H., & Scheufele, B. (2007). Kriegsberichterstattung in deutschen Qualitätszeitungen. Eine inhaltsanalytische Langzeitstudie zu Framingprozessen. *Publizistik*, 52(1), 11-32. doi: 10.1007/s11616-007-0003-4
- Früh, W. (2017). *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis* (9. überarbeitete Auflage). Konstanz: UVK.

- Fuhr, E. (1998, 21. Januar). Die Pest. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, S. 1.
- Fuhse, J. (2005). *Theorien des politischen Systems. David Easton und Niklas Luhmann. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Funiok, R. (2002): Medienethik: Trotz Stolpersteinen ist der Wertediskurs über Medien unverzichtbar. In M. Karmasin (Hrsg.), *Medien und Ethik* (S. 37-58). Stuttgart: Reclam.
- Galonska, C., Imbusch, P., & Rucht, D. (2007). Einleitung: Die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft. In: P. Imbusch & D. Rucht (Hrsg.), *Profit oder Gemeinwohl? Fallstudien zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wirtschaftseliten* (S. 9-29). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gamson, W. A. (1989). News as Framing. *American Behavioral Scientist*, 33(2), 157-161. doi: 10.1177/0002764289033002006
- Gamson, W. A. (1992). *Talking Politics*. New York, NY: Cambridge University Press.
- Gamson, W. A., & Modigliani, A. (1987). The Changing Culture of Affirmative Action. In R. G. Braungart & M. M. Braungart (Hrsg.), *Research in Political Sociology. A Research Annual* (3. Auflage) (S. 137-177). Greenwich, CT: JAI Press.
- Gamson, W. A., & Modigliani, A. (1989). Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. *American Journal of Sociology*, 95(1), 1-37. doi: 10.1086/229213
- Geise, S., & Lobinger, K. (Hrsg.). (2015). *Visual Framing. Perspektiven und Herausforderungen der visuellen Kommunikationsforschung*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Geiß, S. (2013). Entwicklung und Wettbewerb der Deutungsmuster. Konkurrierende Frames und Deutungshoheit in der Krisenberichterstattung. In O. Quiring, H. M. Kepplinger, M. Weber, & S. Geiß (Hrsg.), *Lehman Brothers und die Folgen* (S. 153-183). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerhards, J. (1992). Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse. *Journal für Sozialforschung*, 32(3/4), 307-318.
- Gerhards, J., Offerhaus, A., & Roose, J. (2005). Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung. Projektskizze einer länder-, zeit- und medienvergleichenden Untersuchung. *Berliner Studien zur Soziologie Europas*, (3), 1-18.
- Gerhards, J., Roose, J., & Offerhaus, A. (2004). *Attr.EU: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung. Eine länder-, zeit- und medienvergleichende Untersuchung. Codebuch zur Inhaltsanalyse der EU-Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Times und des Guardian von 1994 bis 2003*. Abgerufen von http://userpage.fu-berlin.de/~gerhards/attribution/AttrEU_Codebuch.pdf [31.07.2021].
- Gerhards, J., Offerhaus, A., & Roose, J. (2007). Die Öffentliche Zuschreibung von Verantwortung. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59(1), 105-124.

- Gerhards, J., Offerhaus, A., & Roose, J. (2009). Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge. In F. Marcinkowski & B. Pfetsch (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie* (S. 529-558). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerhards, J., & Rucht, D. (1992). Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany. *American Journal of Sociology*, 98(3), 555-596.
- Gerhards, J., & Schäfer, M. S. (2006). *Die Herstellung einer öffentlichen Hegemonie. Humangenomforschung in der deutschen und US-amerikanischen Presse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Giddens, A. (1997). *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung* (Theorie und Gesellschaft, Bd. 1, 3. Auflage). Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Gitlin, T. (2003). *The whole world is watching. Mass media in the making and unmaking of the New Left*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Glazer, A., & Segendorff, B. (2005). Credit claiming. *Economics of Governance*, 6(2), 125-137. doi: 10.1007/s10101-005-0106-1
- Goedeke Tort, M. N. G., Guenther, L., & Ruhrmann, G. (2016). Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 64(4), 497-517. doi: 10.5771/1615-634X-2016-4-497
- Goffman, E. (1976). *Frame analysis. An essay on the organization of experience* (3. Auflage). Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Goffman, E. (1981). A reply to Denzin and Keller. *Contemporary Sociology*, 10(1), 60-68. doi: 10.2307/2067804
- Görke, A., Kohring, M., & Ruhrmann, G. (2000). Gentechnologie in der Presse. *Publizistik*, 45(1), 20-37. doi: 10.1007/s11616-000-0048-0
- Görke, A., & Scholl, A. (2006). Niklas Luhmann's theory of social systems and journalism research. *Journalism studies*, 7(4), 644-655. doi: 10.1080/14616700600758066
- Grandke, R. (2012, 14. Mai). Alles vom Acker. Abgerufen von <https://rotary.de/wissenschaft/alles-vom-acker-a-1056.html> [03.05.2019].
- Graupner, H. (2000, 19. Dezember). Futter der Angst. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 4.
- Greck, R. (2017). *Elitäre Verhältnisse. Selbst- und Fremdbild der Eliten in Journalismus und Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greiner, L. E. (1997). Evolution and Revolution as Organizations Grow: A company's past has clues for management that are critical to future success. *Family Business Review*, 10(4), 397-409. doi: 10.1111/j.1741-6248.1997.00397.x

- Gross, K. (2008). Framing Persuasive Appeals: Episodic and Thematic Framing, Emotional Response, and Policy Opinion. *Political Psychology*, 29(2), 169-192. doi: 10.1111/j.1467-9221.2008.00622.x
- Grossarth, J. (2015): Moralisierung und Maßlosigkeit der Agrarkritik, Gedanken zu Strukturen und Motiven in Mediendebatten und politischem Protest gegen die Agrarindustrie. In G. Hirschfelder, G. Ploeger, A. Rückert-John., & G. Schönberger (Hrsg.), *Was der Mensch essen darf* (S. 363-377). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grunert, K. G. (2005). Food quality and safety: consumer perception and demand. *European Review of Agricultural Economics*, 32(3), 369-391. doi: 10.1093/eurag/jbi011
- Guyton, K. Z., Loomis, D., Grosse, Y., El Ghissassi, F., Benbrahim-Tallaa, L., Guha, N., Scoccianti, C., Mattock, H., Straif, K., & International Agency for Research on Cancer Monograph Working Group (IARC) (2015). Carcinogenicity of tetrachlorvinphos, parathion, malathion, diazinon, and glyphosate. *Lancet Oncol*, 16(5), 490-1. doi: 10.1016/S1470-2045(15)70134-8
- Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung* (Band 1). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haferkamp, H. (1987): Autopoietisches soziales System oder konstruktives soziales Handeln? Zur Ankunft der Handlungstheorie und zur Abweisung empirischer Forschung in Niklas Luhmanns Systemtheorie. In H. Haferkamp & M. Schmid (Hrsg.), *Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung. Beiträge zu Luhmanns Theorie sozialer Systeme* (1. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hafez, K. (2002). *Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung. Band 1. Theoretische Grundlagen*. Baden-Baden: Nomos.
- Hagen, L. (1992). Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. *Publizistik* 37(4), 445-460.
- Hagenhoff, V. (2003). *Analyse der Printmedien-Berichterstattung und deren Einfluß auf die Bevölkerungsmeinung. Eine Fallstudie über die Rinderkrankheit BSE 1990 – 2001*. Hamburg: Kovač.
- Hänggli, R. (2011). Key factors in frame building: How strategic political actors shape news media coverage. *American Behavioral Scientist*, 56(3) 1-18. doi:10.1177/0002764211426327
- Hannah, G., & Cafferty, T. P. (2006). Attribute and Responsibility Framing Effects in Television News Coverage of Poverty. *Journal of Applied Social Psychology*, 36(12), 2993-3014.
- Harden, L. (2002). *Rahmen der Orientierung. Eine längsschnittanalyse von Frames in der Philosophieberichterstattung Deutscher Qualitätsmedien*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts Verlag.

- Hart, P. S. (2011). One or Many? The Influence of Episodic and Thematic Climate Change Frames on Policy Preferences and Individual Behavior Change. *Science Communication*, 33(1), 28-51. doi: 10.1177/1075547010366400
- Hasebrink, U., & Domeyer, H. (2010). Zum Wandel von Informationsrepertoires in konvergierenden Medienumgebungen. In M. Hartmann & A. Hepp (Hrsg.), *Die Mediatisierung der Alltagswelt* (S. 49-64). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haßler, J. (2017). *Mediatisierung der Klimapolitik. Eine vergleichende Input-Output-Analyse zur Übernahme der Medienlogik durch die Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häusling, M. (2017). Profitinteressen versus Vorsorgeprinzip. Zur Auseinandersetzung um die erneute Zulassung von Glyphosat – eine Chronik. In AgrarBündnis e.V. (Hrsg.), *Der kritische Agrarbericht 2017* (S. 58-62). Hamm: ABL Verlag.
- Hausschild, S. (1994, 8. April). Die Pest an Bord? *Bauernzeitung (BZ)*, S. 37.
- Heidbrink, L. (2006). Grenzen der Verantwortungsgesellschaft: Widersprüche der Verantwortung. In L. Heidbrink & A. Hirsch (Hrsg.), *Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips* (S. 129-150). Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Heidbrink, L. (2017). Definitionen und Voraussetzungen der Verantwortung. In L. Heidbrink, C. Langbehn, & J. Loh (Hrsg.), *Handbuch Verantwortung* (S. 3-34). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Heidbrink, L., Langbehn, C., & Loh, J. (Hrsg.). (2017). *Handbuch Verantwortung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Heims, H.-J. (2004, 5. November). Dioxin in Futtermittel aufgetaucht. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S.13.
- Heinkelmann-Wild, T., & Zangl, B. (2020). Nicht nur wehrlose Sündenböcke! Schuldvermeidungsstrategien internationaler Organisationen. *Politische Vierteljahresschrift*, 61(4), 725-746. doi: 10.1007/s11615-020-00255-1
- Heinrich-Böll-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, und Le Monde Diplomatique (2018). *Fleischatlas. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel*. Abgerufen von https://www.boell.de/sites/default/files/fleischatlas_2018_iii_web.pdf [13.05.2021]
- Heinrichs, A. (1952, 27. September). Mehr als Ackernahrung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, S. 7.
- Heise, H., & Theuvsen, L. (2017). What do consumers think about farm animal welfare in modern agriculture? Attitudes and shopping behaviour. *International Food and Agribusiness Management Review*, 20(3), 379-399. doi: 10.22434/IFAMR2016.0115
- Helmle, S. (2011a). *Images der Landwirtschaft*. Weikersheim: Margraf Publishers GmbH.

- Helmle, S. (2011b). Darf es heute etwas Landwirtschaft sein? Über das Image der Landwirtschaft in Deutschland. *Journal of Socio-Economics in Agriculture*, 4(1), 35-58.
- Henning, F.-H. (1978). *Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland 1750 bis 1976*. (Band 2). Paderborn: Schöningh.
- Hertog, J. K., & McLeod, D.M. (2001). A multiperspectival approach to framing analysis: A field guide. In S. D. Reese, O. H. Gandy, & A. E. Grant (Hrsg.), *Framing public life: Perspectives on media and our understanding of the social world* (S. 139-161). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Heyder, M., & Theuvsen, L. (2012). Determinants and Effects of Corporate Social Responsibility in German Agribusiness: A PLS Model. *Agribusiness*, 28(4), 400-420. doi: 10.1002/agr.21305
- Hirte, K. (2019). *Die deutsche Agrarpolitik und Agrarökonomik. Entstehung und Wandel zweier ambivalenter Disziplinen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hobolt, S. B., & Tilley, J. R. (2014). *Blaming Europe? Responsibility without accountability in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Höffe, O., Zippelius, R., & Brammsen, J. (1989). Schulden die Menschen einander Verantwortung? Skizze einer fundamentalethischen Legitimation. In E.-J. Lampe (Hrsg.), *Verantwortlichkeit und Recht* (S. 12-37). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holton, A., Weberling, B., Clarke, C. E., & Smith, M. J. (2012). The blame frame: media attribution of culpability about the MMR-autism vaccination scare. *Health Communication*, 27(7), 690-701. doi: 10.1080/10410236.2011.633158
- Honnfelder, L. (2007). *Was soll ich tun, wer will ich sein? Vernunft und Verantwortung, Gewissen und Schuld*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Hood, C. (2014). Accountability and Blame-Avoidance. In M. Bovens, R. E. Goodin, & T. Schillemans (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Public Accountability* (S. 603-616). Oxford: Oxford University Press.
- Hüster, W. (2021, 8. Juli). Das Geld liegt auf dem Acker. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, S. 13.
- Hütt, G. (1975): *Das Bild der Landwirtschaft in der Boulevardpresse*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. TU München, München.
- Industrieverband Agrar e.V. (IVA) (2021). *Die Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie in Deutschland*. Abgerufen von <https://www.iva.de/verband> [18.06.2021]
- International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM) (2016). *Statutes*. Abgerufen von https://www.ifoam.bio/sites/default/files/2016_statutes_revised.pdf [19.07.2019]
- Isaacs, T. L. (2011). *Moral responsibility in collective contexts*. New York: Oxford University Press.

- Isaacs, T. (2017). Kollektive Verantwortung. In L. Heidbrink, C. Langbehn, & J. Loh (Hrsg.). *Handbuch Verantwortung* (S. 454-475). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- IVW (2022). Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. Auflagenliste. Abgerufen von https://www.ivw.de/sites/default/files/20214_ivw_auflagenliste.pdf
- Iyengar, S. (1991). *Is Anyone Responsible? How television frames political issues*. Chicago: University of Chicago Press.
- Iyengar, S., & Kinder, D. R. (1987). *News that Matters: television and American opinion*. Chicago: University of Chicago Press.
- Iyengar, S., & Simon, A. (1993). News Coverage of the Gulf Crisis and Public Opinion. *Communication Research*, 20(3), 365-383. doi: 10.1177%2F009365093020003002
- Janssen, J., & Laatz, W. (2017). *Statistische Datenanalyse mit SPSS: Eine anwendungsorientierte Einführung in das Basissystem und das Modul Exakte Tests*. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.
- Jarren, O., Oehmer, F., & Dioh, Y. (2020). Das übersehene Medium: Zur Leistung und Bedeutung von Zeitschriften für eine sich ausdifferenzierende Gesellschaft. Eine Analyse am Beispiel des Schweizer Zeitschriftenmarktes. *Medien Journal*, 43(3), 46-68. doi: 10.24989/medienjournal.v43i3.1833
- Jarren, O., & Vogel, M. (2011). „Leitmedien“ als Qualitätsmedien. Theoretisches Konzept und Indikatoren. In R. Blum., H. Bonfadelli, K. Imhof., & O. Jarren (Hrsg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation* (S. 17-29). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jecker, C. (2017). *Entmans Framing-Ansatz. Theoretische Grundlegung und empirische Umsetzung* (2. Auflage). Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Johnson-Cartee, K. S., & Copeland, G. A. (2004). *Strategic political communication. Rethinking social influence, persuasion, and propaganda*. Lanham, Md.: Rowman & Littlefield.
- Johnston, H., & Noakes, J. A. (2005). *Frames of Protest. Social Movements and the Framing Perspective*. Lanham, Md.: Rowman & Littlefield Publishers.
- Jonker, J. Stark, W., & Tewes, S (2011). *Corporate Social Responsibility und nachhaltige Entwicklung. Einführung, Strategie und Glossar*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin.
- Kahneman, D., & Tversky, A. (1979). Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk. *Econometrica*, 47(2), 263-291. doi:10.2307/1914185
- Kahneman, D., & Tversky A. (1984). Choices, values, and frames. *American Psychologist*, 39(4), 341-350. doi: 10.1037/0003-066X.39.4.341
- Kantar Emnid (2017). *Das Image der deutschen Landwirtschaft. Ergebnisbericht*. Abgerufen von <https://media.repro-mayr.de/79/668279.pdf> [30.08.2020]

- Kantelhardt, J., & Heihuber, A. (2005). Nachhaltigkeit und Landwirtschaft. In K.M. Brunner & G.U. Schönberger (Hrsg.), *Nachhaltigkeit und Ernährung: Produktion – Handel – Konsum*. (S. 25-48). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kayser, M. (2012). *Die Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Öffentlichkeit: Herausforderungen und Chancen für die Marketing-Kommunikation*. Göttingen: Cuvillier Verlag.
- Kayser, M., Böhm, J., & Spiller, A. (2011). Die Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Öffentlichkeit – Eine Analyse der deutschen Qualittspresse auf Basis der Framing-Theorie. *Journal of Socio-Economics in Agriculture*, 4(1), 59-83.
- Kayser, M., Boehm, J., & Spiller, A. (2012). Zwischen Markt und Moral: Wie wird die deutsche Landwirtschaft in der Gesellschaft wahrgenommen? In A. Balmann, T. Glauben, M. Graubner, M. Grings, N. Hirschauer, F. Schaft, & P. Wagner (Hrsg.), *Unternehmerische Landwirtschaft zwischen Marktanforderungen und gesellschaftlichen Erwartungen. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V.* (Band 47), (S. 329-341). Münster: Landwirtschaftsverlag.
- Kayser, M., Schlieker, K., & Spiller, A. (2012). Die Wahrnehmung des Begriffs „Mas-sentierhaltung“ aus Sicht der Gesellschaft. *Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 90(3), 417-428.
- Kehlenbeck, H., Saltzmann, J., Schwarz, J. A., Zwerger, P., Nordmeyer, H., Roßberg, D., Karpinski, I., Strassemeyer, J., Golla, B., & Freier, B (2015). *Folgenabschätzung für die Landwirtschaft zum teilweisen oder vollständigen Verzicht auf die Anwendung von glyphosathaltigen Herbiziden in Deutschland*. Quedlinburg: Julius Kühn-Institut (JKI), Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen. doi: 10.5073/jka.2015.451.000
- Kelley, H. H. (1973). The processes of causal attribution. *American Psychologist*, 28(2), 107-128. doi: 10.1037/h0034225
- Kelnberger, J. (2021, 22. November). ko, aber nur ein bisschen. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 4.
- Kepplinger, H. M. (1998). *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. Freiburg, München: Alber.
- Kepplinger, H. M. (2011). *Realitätskonstruktionen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kepplinger, H. M., & Hartung, U. (1993). *Am Pranger. Eine Fallstudie zur Rationalität öffentlicher Kommunikation*. München: Fischer.
- Kepplinger, H. M., & Lemke, R. (2014). Framing Fukushima: zur Darstellung der Katastrophe in Deutschland im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich und der Schweiz. In J. Wolling & D. Arlt (Hrsg.), *Fukushima und die Folgen. Medienberichterstattung, öffentliche Meinung, politische Konsequenzen*. (S. 125-152). Ilmenau: Universitätsverlag.

- Kepplinger, H. M., & Maurer, M. (2004). Der Einfluss der Pressemitteilungen der Bundesparteien auf die Berichterstattung im Bundestagswahlkampf 2002. In J. Raupp & Klewes, J. (Hrsg.), *Quo vadis Public Relations? Auf dem Weg zum Kommunikationsmanagement: Bestandsaufnahme und Entwicklungen*. (S. 113-124). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kepplinger, H.M., & Roessing, T. (2005). Elbehochwasser und Bilderflut. Nicht die Realität sondern ihre Darstellung beeinflusste das Wahlverhalten. In E. Noelle-Neumann, W. Donsbach., & H. M. Kepplinger (Hrsg.): *Wählerstimmungen in der Mediendemokratie. Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfes* (S. 187-207). Freiburg, München: Alber.
- Kessler, S. H. (2016). *Das ist doch evident! Eine Analyse dargestellter Evidenzframes und deren Wirkung am Beispiel von TV- Wissenschaftsbeiträgen*. Baden-Baden: Nomos.
- Kim, H. J., & Cameron, G. T. (2011). Emotions Matter in Crisis. The role of anger and sadness in the publics' response to crisis news framing and corporate crisis response. *Communication Research*, 38(6), 826-855. doi: 10.1177/0093650210385813
- Kirchinger, J. (2004). *Zwischen Futtertrog und Werbespot. Landwirtschaftliche Tierhaltung in Gesellschaft und Medien*. Weiden: eurotrans-Verlag.
- Kirchner, T., Balser, M., & Bauchmüller, M. (2017, 28. November). Nahles wirft CSU Vertrauensbruch vor. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 1.
- Klinger, U., & Svensson, J. (2015). The emergence of network media logic in political communication: A theoretical approach. *New Media & Society*, 17(8), 1241-1257. doi: 10.1177/1461444814522952
- Kloppenburg, J. (1991). Social Theory and the De/Reconstruction of Agricultural Science: Local Knowledge for an Alternative Agriculture1. *Rural Sociology*, 56(4), 519-548. doi: 10.1111/j.1549-0831.1991.tb00445.x
- Kluge, U. (2001). *Ökowende. Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn*. Berlin: Siedler.
- Knickel, K., van der Ploeg, J. D., & Renting, H. (2004). Multifunktionalität der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes: Welche Funktionen sind eigentlich gemeint und wie sind deren Einkommens- und Beschäftigungspotenziale einzuschätzen? In S. Dabbert, W. Grosskopf, F. Heidhues., & J. Zeddies (Hrsg.), *Perspektiven der Landnutzung – Regionen, Landschaften, Betriebe* (Band 39, S. 75-83). Münster: Landwirtschaftsverlag.
- Knight, M. G. (1999). Getting past the impasse: Framing as a tool for public relations. *Public Relations Review*, 25(3), 381-398. doi: 10.1016/S0363-8111(99)00016-8
- Knobloch-Westerwick, S., & Taylor, L. D. (2008). The Blame Game. Elements of Causal Attribution and its Impact on Siding with Agents in the News. *Communication Research*, 35(6), 723-744. doi: 10.1177/0093650208324266
- Koch, C. (2012). *Religion in den Medien*. Konstanz: UVK.

- Kohne, K., & Ihle, R. (2016). Die mediale Wahrnehmung von Lebensmittelskandalen in Deutschland zwischen 2000 und 2012. *Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 94(1), 1-17. doi: 10.12767/buel.v94i1.95
- Kohring, M. (2001). *Vertrauen in den Medien – Vertrauen in Technologie*. Arbeitsbericht. Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg. Abgerufen von <https://elib.uni-stuttgart.de/bitstream/11682/8694/1/AB196.pdf> [31.07.2021]
- Kohring, M., Görke, A., & Ruhrmann, G. (1999). Das Bild der Gentechnik in den internationalen Medien – eine Inhaltsanalyse meinungsführender Zeitschriften. In J. Hampel & O. Renn (Hrsg.), *Gentechnik in der Öffentlichkeit: Wahrnehmung und Bewertung einer umstrittenen Technologie* (S. 292-316). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kohring, M., Marcinkowski, F., Donk, A., Metag, J., & Friedemann, A. (2011). Das Bild der Nanotechnologie in deutschen Printmedien. Eine frameanalytische Langzeitstudie. *Publizistik*, 56(2), 199-219. doi: 10.1007/s11616-011-0117-6
- Kohring, M., & Matthes, J. (2002). The face(t)s of biotech in the nineties: how the German press framed modern biotechnology. *Public Understanding of Science*, 11(2), 143-154. doi: 10.1088/0963-6625/11/2/304
- Kocks, J. N., & Raupp, J. (2020). Zur digitalen Präsentation von Repräsentation: Parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit unter Online-Bedingungen. In K. Kocks, S. Knorre, & J. N. Kocks (Hrsg.), *Öffentliche Verwaltung – Verwaltung in der Öffentlichkeit. Herausforderungen und Chancen der Kommunikation öffentlicher Institutionen* (S. 103-137). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kolb, E. (2001, 9. Februar). Erst schädigt er die Nerven, dann zerlöchert's das Gehirn. *Bauernzeitung (BZ)*, S. 60-61.
- Kolb, S. (2005). *Mediale Thematisierung in Zyklen. Theoretischer Entwurf und empirische Anwendung*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Konersmann, F. (2003). Von Betriebsgrößen zu Wirtschaftspraktiken: Die Betriebsgrößenfrage in der deutschen Agrar- und Sozialgeschichte. In R. Prass, J. Schlumbohm, G. Béaur, & C. Duhamelle (Hrsg.), *Ländliche Gesellschaften in Deutschland und Frankreich, 18.-19. Jahrhundert*. (S. 125-143). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kösters, R. (2020). *Medien als Mittler im Konflikt? Der Streit um die Migration im Spiegel der Berichterstattung*. (Dissertation, Philosophische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität). Abgerufen von <https://d-nb.info/1203369883/34> [21.05.2021]
- Kothe, C., Wolfram, J., & Mergenthaler, M. (2020). Landwirtschaftliche Tierhaltung in den Medien – Eine qualitative Analyse von Experteninterviews mit Journalisten regionaler und überregionaler Allgemein- und Fachmedien. *Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 98(1), 1-30. doi: 10.12767/buel.v98i1.261

- Krause, K. P. (2001, 17. Januar). Bitte, welche neue Agrarpolitik? *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, S. 15.
- Krüger, U. (2019). *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse*. (2. erweiterte und überarbeitete Auflage). Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Kühl, S., Sonntag, W. I., Gauß, N., Gassler, B., & Spiller, A. (2018). Bürgerbewertungen unterschiedlicher Haltungssysteme von Milchkühen, Mastschweinen und Masthühnchen: Ein systematischer Vergleich. *Journal of Consumer Protection and Food Safety*, 13, 157-165. doi: 10.1007/s00003-017-1144-7
- Kuhn, O. E. (2014). *Alltagswissen in der Krise. Über die Zurechnung der Verantwortung für die Finanzkrise*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kühne, R. (2015). *Emotionale Framing-Effekte auf Einstellungen: eine theoretische Modellierung und empirische Überprüfung der Wirkungsmechanismen*. Baden-Baden: Nomos.
- Kühne, R., Weber, P., & Sommer, K. (2015). Beyond Cognitive Framing Processes: Anger Mediates the Effects of Responsibility Framing on the Preference for Punitive Measures. *Journal of Communication*, 65(2), 259-279. doi: 10.1111/jcom.12151
- Kwasniewski, N. (2018, 30. Mai). Wo die Billigeier herkommen. *Der Spiegel*. Abgerufen von <https://www.spiegel.de/wirtschaft/eier-wo-billigeier-fuer-edeka-und-aldi-herkommen-a-1210097.html> [17.08.2021].
- Lamnek, S., & Krell, C. (2016). *Qualitative Sozialforschung*. (6., vollständig überarbeitete Auflage). Weinheim: Beltz.
- Landwirtschaftskammer NRW (2020). *Afrikanische Schweinepest: Das passiert bei einem Ausbruch*. Abgerufen von <https://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/tiergesundheit/sgd/asp-ausbruch.htm> [13.02.2020]
- Landwirtschaftskammer NRW (2022). *Düngerecht, Düngeverordnung*. Abgerufen von <https://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/ackerbau/duengung/duengeverordnung/index.htm> [02.01.2022].
- Land & Forst (1993a, 10. Juli). *Schweinepest nimmt weiter zu*. S. 20.
- Land & Forst (1993b, 25. Juni). *Handelsbeschränkungen für Schweine erlassen*. S. 3.
- Land & Forst (1994, 10. September). *Leichtsinnige Tiertransporte*. S. 31.
- Land & Forst (2000, 30. November). *Erster BSE-Fall in Deutschland*. S. 6.
- Land & Forst (2016, 30. Juni). *Sparsamer Einsatz von Glyphosat*. S. 24.
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2021). *Viehbestandserhebung Schweine in Niedersachsen*. Abgerufen von https://www.statistik.niedersachsen.de/landwirtschaft_forstwirtschaft_fischerei/landwirtschaft_in_niedersachsen/tiere_und_tierische_erzeugung/schweinebestaende/viehbestandserhebung-schweine-in-niedersachsen-119188.html [25.12.2021]

- Laschewski, L. (2015). Landwirtschaft in einer differenzierten Gesellschaft. In L. Laschewski & W. Wendt (Hrsg.), *Die Zukunft der Landwirtschaft als dialogisches Verfahren*. Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung (S. 43-68). Rostock: Hanseatic Institute for Entrepreneurship and Regional Development an der Universität Rostock e.V.
- Lawlor, A., & Gravelle, T. B. (2018). Framing trans-border energy transportation: the case of Keystone XL. *Environmental Politics*, 27(4), 666-685. doi: 10.1080/09644016.2018.1425106
- Lazarus, R. S. (1994). *Emotion and Adaptation*. Oxford: Oxford University Press.
- Lecheler, S., & de Vreese, C. H. (2019). *News Framing Effects*. London: Taylor & Francis.
- Leidwein, A. (2018). Landwirtschaft und Landwirtschaftlicher Betrieb – Legaldefinition und Verkehrsanschauung. *Die Bodenkultur: Journal of Land Management, Food and Environment*, 69(1), 29-45. doi: 10.2478/boku-2018-0004
- Leland, S., Mohr, Z., & Piatak, J. (2021). Accountability in Government Contracting Arrangements: Experimental Analysis of Blame Attribution Across Levels of Government. *The American Review of Public Administration*, 51(4), 251-262. doi: 10.1177%2F0275074021990458
- Lengauer, G. (2007). *Postmoderne Nachrichtenlogik. Redaktionelle Politikvermittlung in medienzentrierten Demokratien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lengauer, G., & Höller, I. (2013). Generic frame building in the 2008 Austrian elections. *Public Relations Review*, 39(4), 303–314. doi:10.1016/j.pubrev.2013.07.010
- Lenk, H. (1993). Über Verantwortungsbegriffe und das Verantwortungsproblem in der Technik. In H. Lenk & G. Ropohl (Hrsg.), *Technik und Ethik* (2. überarbeitete und erweiterte Auflage) (S. 112-148). Stuttgart: Reclam.
- Lenk, H., & Maring, M. (1992). Deskriptive und normative Zuschreibung von Verantwortung. In H. Lenk (Hrsg.), *Zwischen Wissenschaft und Ethik* (S. 76-100). Frankfurt am Main. Suhrkamp.
- Lenk, H., & Maring, M. (1995). Wer soll Verantwortung tragen? Probleme der Verantwortungsverteilung in komplexen (soziotechnischen-sozioökonomischen) Systemen. In K. Bayertz (Hrsg.), *Verantwortung. Prinzip oder Problem?* (S. 241-286). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Leonarz, M. (2006). *Gentechnik im Fernsehen. Eine Framing-Analyse*. Konstanz: UVK.
- Leseranalyse Entscheidungsträger in Wirtschaft und Verwaltung (LAE) (2020). *Leseranalyse Entscheidungsträger*. Abgerufen von https://www.lae.de/fileadmin/user_upload/pdf/2021/LAE-2021.pdf [15.07.2021]
- Levene, H. (1960) Robust Tests for Equality of Variances. In: I. Olkin (Hrsg.), *Contributions to Probability and Statistics. Essays in Honor of Harold Hotelling* (S. 278-292). Stanford: Stanford University Press,

- Lewis, H. D. (1992). Collective responsibility. A Critique. In L. May. & S. Hoffmann (Hrsg.), *Collective Responsibility. Five Decades of Debate in Theoretical and Applied Ethics* (S. 17-34). Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Liang, X., Tsai, J.-Y., Mattis, K., Konieczna, M., & Dunwoody, S. (2014). Exploring Attribution of Responsibility in a Cross-National Study of TV News Coverage of the 2009 United Nations Climate Change Conference in Copenhagen. *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 58(2), 253-271. doi: 10.1080/08838151.2014.906436
- Liebrich, S. (2015a, 17. Juli). Gift und Geld. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 17.
- Liebrich, S. (2015b, 26. Juni). Ackergift in der Muttermilch. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 22.
- Liebrich, S. (2019, 11. März). Gift für alle. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 17.
- Liebrich, S., & Rummel, A. (2015, 13. November). EU-Behörde: Glyphosat ist ungefährlich. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 19.
- Linnartz, T. M. (1994). *Die Landwirtschaft und ihre Probleme im Meinungsbild der Bevölkerung – Eine Analyse hinsichtlich ausgewählter agrarpolitischer Themen und ihrer Bestimmungsgründe*. (Dissertation, Universität Trier). Bonn: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie.
- Linzmaier, V. (2007). *Lebensmittelskandale in den Medien. Risikoprofile und Verbraucherverunsicherung*. München: Fischer.
- Lippmann, W. (1922): *Public Opinion*. New York, London: The Free Press & Collier Macmillan.
- Löblich, M. (2011). Frames in der medienpolitischen Öffentlichkeit. *Publizistik*, 56(4), 423-439. doi: 10.1007/s11616-011-0129-2
- Löblich, M. (2014). Qualitative Inhaltsanalyse von Medienframes – Kategoriengeleitetes Vorgehen am Beispiel der Presseberichterstattung über den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. In F. Marcinkowski (Hrsg.), *Framing als politischer Prozess. Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation* (S. 63-78). Baden-Baden: Nomos.
- Loh, J. (2017): Strukturen und Relata der Verantwortung. In L. Heidbrink, C. Langbehn, & J. Loh (Hrsg.), *Handbuch Verantwortung* (S. 35-56). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Loh, J. (2019). Verantwortung und Roboterethik. Ein Überblick und kritische Reflexion. In M. Rath, F. Krotz., & M. Karmasin (Hrsg.), *Maschinenethik. Normative Grenzen autonomer Systeme* (S. 91-106). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Löhr, J. (2019a, 27. November). Aufstand der Bauern. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), S. 3.
- Löhr, J. (2019b, 30. November). Am Pranger. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), S. 1.

- Lotter, M.-S. (2017). Verantwortung und Schuld. In L. Heidbrink, C. Langbehn, & J. Loh (Hrsg.). *Handbuch Verantwortung* (S. 251-264). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Lücke, S. (2007). *Ernährung im Fernsehen. Eine Kultivierungsstudie zur Darstellung und Wirkung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lücke, S., Rössler, P., & Willhöft, C. (2003). Appetitlich verpackt, aber schwer zu verdauen? Darstellung und Wirkung von Ernährung in Massenmedien: ein Forschungsüberblick. *Me&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 51(3-4), 407-430. doi: 10.5771/1615-634x-2003-3-4-407
- Lüdke, N. (2018). Transdisziplinarität und Verantwortung. Wissenschaftssoziologische Perspektiven auf projektförmig organisierte Verantwortung. In A. Henkel, N. Lüdtker, N. Buschmann., & L. Hochmann (Hrsg.), *Reflexive Verantwortung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung* (S. 105-121). Bielefeld: transcript Verlag.
- Luhmann, N. (1984). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1985): *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen.: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1988). *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1990). *Die Wissenschaft der Gesellschaft* (2. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1996). *Die Realität der Massenmedien* (2. erweiterte Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, N. (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. (Band 2). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1999). *Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2000). *Die Politik der Gesellschaft* (Hg. von André Kieserling). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2008). *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* (5. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mahlau, G. (1999): *Das Image der Landwirtschaft. Ein Vergleich zwischen Medienberichterstattung, Bevölkerungsmeinung und Realität*. Witterschlick, Bonn: Wehle.
- Mahlerwein, G. (2016). *Grundzüge der Agrargeschichte. Die Moderne (1880-2010)* (Band 3). Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Maier, J., Faas, T., & Maier, M. (2014). Aufgeholt, aber nicht aufgeschlossen: Wahrnehmungen und Wirkungen von TV Duellen am Beispiel von Angela Merkel und Peer Steinbrück 2013. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 45(1), 38-54. doi: 10.5771/0340-1758-2014-1-38

- Mann, S., & Schaechterle, L. (2000). Die ostdeutsche Landwirtschaft und die EU-Agrarpolitik: Gesunde Betriebe, krankes Land. *Deutschland und Europa*, (40), S. 25-30.
- Marchewka, P., & Tegeler, H. (2014, 16. Juli). Wutbürger gegen Schweinestall. *Deutschlandfunk Kultur*. Abgerufen von: https://www.deutschlandfunkkultur.de/protest-in-niedersachsen-wutbuenger-gegen-schweinestall.1001.de.html?dram:article_id=291948 [15.06.2021]
- Maring, M. (2001). *Kollektive und korporative Verantwortung. Begriffs- und Fallstudien aus Wirtschaft, Technik und Alltag* (Forum Humanität und Ethik, Band 2). Münster, Hamburg: LIT Verlag.
- Martens, B. (2020). *Landwirtschaft in Ostdeutschland: der späte Erfolg der DDR*. Abgerufen von <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/47157/landwirtschaft?p=all> [15.09.2020]
- Mast, C. (2018). *ABC des Journalismus. Ein Handbuch* (13. völlig überarbeitete Auflage). Köln: Herbert von Halem.
- Matthes, J. (2007). *Framing-Effekte: Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten*. München: Fischer.
- Matthes, J. (2009a). Identität und Vielfalt des Framing-Ansatzes. Eine systematische Analyse der Forschungsliteratur. In: P. Schulz, U. Hartung., & S. Keller (Hrsg.), *Identität und Vielfalt der Kommunikationswissenschaft*. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, (Bd. 36) (S. 117-131). Konstanz: UVK.
- Matthes, J. (2009). What's in a Frame? A Content Analysis of Media Framing Studies in the World's Leading Communication Journals, 1990-2005. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 86(2), 349-367. doi: 10.1177/107769900908600206
- Matthes, J. (2014a). Zum Gehalt der Framing-Forschung: Eine kritische Bestandaufnahme. In F. Marcinkowski (Hrsg.), *Framing als politischer Prozess. Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation* (S. 17-29). Baden-Baden: Nomos.
- Matthes, J. (2014b): *Framing*. Baden-Baden: Nomos.
- Matthes, J., & Kohring, M. (2004). Die empirische Erfassung von Medien-Frames. *Me&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 52(1), 56-75. doi: 10.5771/1615-634x-2004-1-56
- Matthes, J., & Kohring, M. (2008). The Content Analysis of Media Frames: Toward Improving Reliability and Validity. *Journal of Communication*, 58(2), 258-279. doi: 10.1111/j.1460-2466.2008.00384.x
- Maurer, M. (2017). *Agenda-Setting*. (2. Auflage). Baden-Baden: Nomos.
- McCombs, M. E. (1997). New frontiers in agenda setting: Agendas of attributes and frames. *Mass Communication Review*, 24(1/2), 32-52.
- McCombs, M. E. (2004). *Setting the agenda: The mass media and public opinion*. Malden, MA: Blackwell.

- McCombs, M. E., Holbert, R. L., Kioussis, S., & Wanta, W. (2011). *The news and public opinion. Media effects on civic life*. Cambridge: Polity Press.
- McCombs, M. E., & Shaw, D. L. (1972). The agenda-setting function of mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176-187. doi: 10.1086/267990
- McGraw, K. M. (1991). Managing Blame: An Experimental Test of the Effects of Political Accounts. *American Political Science Review*, 85(4), 1133-1157. doi: 10.2307/1963939
- Merten, K. (1995). *Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis* (2. verbesserte Auflage). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merten, K. (1999). Die Berichterstattung über Gentechnik in Presse und Fernsehen - eine Inhaltsanalyse. In J. Hampel & O. Renn (Hrsg.), *Gentechnik in der Öffentlichkeit. Wahrnehmung und Bewertung einer umstrittenen Technologie* (Studienausgabe). Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Merten, K. (2014). Krise, Krisenmanagement und Krisenkommunikation. In A. Thießen (Hrsg.), *Handbuch Krisenmanagement* (2. Auflage) (S. 155-175). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meyer, S. S., & Hause, J. P. (2017). Der Begriff der Verantwortung in der Antike und im Mittelalter. In L. Heidbrink, C. Langbehn, & J. Loh (Hrsg.). *Handbuch Verantwortung* (S. 87-109). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Meyer-Hullmann, K. (1999). *Lebensmittelskandale und Konsumentenreaktionen. Analyse der Auswirkungen von Lebensmittelskandalen unter besonderer Berücksichtigung des Informationsverhaltens; dargestellt am Beispiel BSE*. Frankfurt, Berlin: Peter Lang.
- Michel-Berger, S. (2015, 17. April). Pflanzenschutz im Fokus. *Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt (BLW)*, S. 12.
- Milchindustrie-Verband e.V. (2020). *Fakten Milch. Informationsbroschüre des Milchindustrie-Verbandes e.V. Milch und mehr – die deutsche Milchwirtschaft auf einen Blick*. Abgerufen von <https://milchindustrie.de/wp-content/uploads/2020/09/Fakten-Milch-September-2020.pdf> [30.07.2021]
- Miller, M. M. (1997). Frame Mapping and Analysis of News Coverage of Contentious Issues. *Social Science Computer Review*, 15(4), 367-378. doi: 10.1177/089443939701500403
- Nelson, T. E., & Kinder, D. R. (1996). Issue Frames and Group-Centrism in American Public Opinion. *The Journal of Politics*, 58(4), 1055-1078. doi: 10.2307/2960149
- Nerb, J. (2000). *Die Bewertung von Umweltschäden. Kognitive und emotionale Folgen von Medienmeldungen*. Bern, Göttingen: Huber.
- Neuman, W. R., Just, M. R., & Crigler, A. N. (1992). *Common knowledge. News and the construction of political meaning*. Chicago: University of Chicago Press.
- Nida-Rümelin, J. (2011). *Verantwortung*. Stuttgart: Reclam.

- Nisbet, M. C., & Lewenstein, B. V. (2002). Biotechnology and the american media: The policy process and the elite press, 1970 to 1999. *Science Communication*, 23(4), 359-391. doi: 10.1177/107554700202300401
- Noe, E., & Alrøe, H. F. (2003). Farm enterprises as self-organizing systems: A new transdisciplinary framework for studying farm enterprises? *International Journal of Sociology of Agriculture and Food*, 11(1), 3-14. doi: 10.48416/ijisaf.v11i.325
- Noe, E., & Alrøe, H. F. (2012). Observing farming systems: Insights from social systems theory. In I. Darnhofer, D. Gibbon, & B. Dedieu (Hrsg.), *Farming Systems Research into the 21st Century: The New Dynamic* (S. 387-403). Dordrecht : Springer Netherlands.
- Nowak, V., & Altmepfen, K.-D. (2020). Verantwortung erfolgreich delegiert. Der Fall Relotius aus verantwortungsethischer Sicht. *Communicatio Socialis*, 53(3), 370-387. doi: 10.5771/0010-3497-2020-3-370
- Oldag, A. (2001, 30. Juli). Milliarden für die Bauern. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 2.
- Oswald, M. (2019). *Strategisches Framing. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Otterpohl, M. (2019). *Die mediale Rahmung von Krisenkommunikation. Eine theoretische und empirische Untersuchung zu Kommunikationsstrategien bei Lebensmittelskandalen und ihrer Resonanz in den Medien*. (Dissertation, Kommunikationswissenschaft, Freie Universität Berlin). Abgerufen von https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/24709/Dissertation_Marc_Otterpohl.pdf?sequence1&isAllowed=y [15.05.2019]
- Pan, Z., & Kosicki, G. (1993). Framing analysis: An approach to news discourse. *Political Communication*, 10(1), 55-75. doi: 10.1080/10584609.1993.9962963
- Pan, Z., & Kosicki, G. M. (2001). Framing as a strategic action in public deliberation. In S. D. Reese, O. H. Gandy, & A. E. Grant (Hrsg.), *Framing public life: Perspectives on media and our understanding of the social world* (S. 35-65). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Peltzer, A., Lämmle, K., & Wagenknecht, A. (2012). Die Finanzkrise in den Medien, eine Einleitung. In A. Peltzer, K. Lämmle, & A. Wagenknecht (Hrsg.), *Krise, Cash & Kommunikation. Die Finanzkrise in den Medien* (S. 9-22). Konstanz: UVK.
- Peters, H. P., & Heinrichs, H. (2005). *Öffentliche Kommunikation über Klimawandel und Sturmflutrisiken: Bedeutungskonstruktion durch Experten, Journalisten und Bürger*. Abgerufen von https://user.fz-juelich.de/record/48077/files/Umwelt_58_Buch_Anhang.pdf
- Peter, J. (2002). Medien-Priming – Grundlagen, Befunde und Forschungstendenzen. *Publizistik*, 47(1), 21-44. doi: 10.1007/s11616-002-0002-4
- Petty, R. E., & Cacioppo, J. T. (1986). The Elaboration Likelihood Model of Persuasion. In L. Berkowitz (Hrsg.), *Advances in experimental social psychology* (S. 123-205). Burlington: Elsevier.

- Piel, E. (2003): Wie werden Landwirte von der Gesellschaft gesehen? In: DLG e. V. (Hrsg.), *Wege zu besserem Image und Ansehen. Landwirte in der Gesellschaft. Analysen, Erfahrungen, Perspektiven.* (S. 13-28). Frankfurt am Main: DLG-Verlags GmbH.
- Pietschmann, J. (2015). *Afrikanische Schweinepest – Charakterisierung aktueller Isolate sowie Entwicklung und Testung praxistauglicher Überwachungsoptionen* (Dissertation, Veterinärmedizin, Ludwigs-Maximilians-Universität). Abgerufen von https://edoc.ub.uni-muenchen.de/18635/1/Pietschmann_Jana.pdf [15.07.2021]
- Plieninger, T., Bens, O., & Hüttl, R. F. (2006). Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 37, 23-30.
- Pöchtrager, S. (2011). *Qualitätsmanagement in der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Institutionen, Strukturen und entscheidungsrelevante Faktoren.* Wien: Springer Verlag.
- Potthoff, M. (2012). *Medien-Frames und ihre Entstehung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prantl, H. (2011, 11. Januar). Tischleindeckdich. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*. S. 11.
- Preunkert, J. (2011). Die Krise in der Soziologie. *Soziologie. Forum der deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 40(4), 432-442.
- Price, V., & Tewksbury, D. (1997). News values and public opinion: A theoretical account of media priming and framing. In G. A. Barnett & F. J. Boster (Hrsg.), *Progress in Communication Sciences: (Band 13)* (S. 173-212). Greenwich, CT: Ablex Publishing Corporation.
- Ratzesberger, P. (2019, 9. Juli). Das Leiden der Nummer 38 540. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 26.
- Reber, B. H., & Berger, B. K. (2005). Framing analysis of activist rhetoric: How the Sierra Club succeeds or fails at creating salient messages. *Public Relations Review*, 31(2), 185-195. doi:10.1016/j.pubrev.2005.02.020
- Reese, S. D. (2001). Prologue - Framing Public Life: A Bridging Model for Media Research. In S. D. Reese, O. H. Gandy, & A. E. Grant (Hrsg.), *Framing Public Life: Perspectives on Media and Our Understanding of the Social World.* Mahwah, NJ: Erlbaum.
- Reese, S. D. (2007). The framing project: A bridging model for media research revisited. *Journal of Communication*, 57(1), 148-154. doi: 10.1111/j.1460-2466.2006.00334.x
- Reese, S. D., Gandy, O. H., & Grant, A. E. (Hrsg.). (2001). *Framing public life: Perspectives on media and our understanding of the social world.* Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Roose, J., Scholl, F., & Sommer, M. (2016). Schuldenkrise und Schuldfragen. Verantwortungszuschreibungen zwischen Deutschland und Griechenland in der Eurozonen.-Krise. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29(1), 39-50.

- Roose, J., Sommer, M., & Scholl, F. (2018). Verantwortungszuschreibungen in der Eurozonen-Krise: Das Kommunikationsverhalten von Politik und Zivilgesellschaft im deutsch-griechischen Vergleich. In J. Roose, M. Sommer, & F. Scholl (Hrsg.), *Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Protest, Resilienz und Kämpfe um Deutungshoheit* (S. 43-73). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ropohl, G. (1994). Das Risiko im Prinzip Verantwortung. *Ethik und Sozialwissenschaften*, 5(1), 109-120.
- Roßbach, H., Krohn, P. (2011, 7. Januar). Bauern sind schwer belastet vom Dioxin-Skandal. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, S. 13.
- Rössler, P. (1997). *Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rössler, P. (2017). *Inhaltsanalyse* (3. völlig überarbeitete Auflage). Konstanz: UVK.
- Rössler, P., Lücke, S., Linzmaier, V., Steinhilper, L.K., & Willhöft, C. (2006). *Ernährung im Fernsehen: Darstellung und Wirkung: eine empirische Studie*. München: Reinhard Fischer.
- Saffarnia, P. A. (1993). Determiniert Öffentlichkeitsarbeit tatsächlich den Journalismus? Empirische Belege und theoretische Überlegungen gegen die PR-Determinierungsannahme. *Publizistik*, 38(3), 412-425
- Sandhu, S. (2021). Strategische Ernährungskommunikation aus der Perspektive des kommunikativen Institutionalismus. In J. Godemann & T. Bartelmeß (Hrsg.), *Ernährungskommunikation. Interdisziplinäre Perspektiven – Theorien – Methoden* (S. 161-176). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Schäfer, M. (2011). Korrespondenzanalyse von Mediendiskursen: zur empirischen Verbindung von Öffentlichkeitstheorie und Diskursanalyse. In G. Ruhrmann, J. Milde., & A. F. Zillich (Hrsg.), *Molekulare Medizin und Medien. Zur Darstellung und Wirkung eines kontroversen Wissenschaftsthemas* (S. 121-146). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schäfer, M. S., Post, S., Schwab, R., & Kleinen-von Königslöw, K. (2018). Transnationalisierte Öffentlichkeit und Klimapolitik. Akteursensembles in der Medienberichterstattung von 15 Ländern. *Publizistik*, 63(2), 207-244. doi: 10.1007/s11616-018-0420-6
- Schäfers, B. (2018). Krise. In J. Kopp & A. Steinbach (Hrsg.), *Grundbegriffe der Soziologie. 12. Auflage* (S. 245-247). Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schaft, F., & Brosig, S. (2020). Corporate Social Responsibility in der deutschen Landwirtschaft – Verbreitung, Ausgestaltung, Motive. *Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 98(1), 1-46. doi: 10.12767/buel.v98i1.277
- Schenk, M., & Sonje, D. (1998). *Journalisten und Gentechnik*. München: Fischer.

- Scherer, H., Fröhlich, R., Scheufele, B., Dammert, S., & Thomas, N. (2005). Bundeswehr, Bündnispolitik und Auslandseinsätze. Die Berichterstattung deutscher Qualitätszeitungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1989 bis 2000. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 53(2-3), 277-297. doi: 10.5771/1615-634x-2005-2-3-277
- Scheufele, B. (1999). *Zeitreihenanalysen in der Kommunikationsforschung. Eine praxis-orientierte Einführung in die uni- und multivariate Zeitreihenanalyse mit SPSS for Windows*. Stuttgart.
- Scheufele, B. (2003). *Frames – Framing – Framing – Effekte: Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Scheufele, B. (2004). Framing-effects approach: A theoretical and methodological critique. *Communications*, 29 (4), 401-428.
- Scheufele, B. (2006). Frames, schemata, and news reporting. *Communications*, 31 (1), 65-83. doi: 10.1515/COMMUN.2006.005
- Scheufele, B. (2010). Verknüpfen und Urteilen. Ein Experiment zur Wirkung medialer Value-Frames. *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 58(1), 26-45. doi: 10.5771/1615-634x-2010-1-26
- Scheufele, B., & Brosius, H.B. (1999). The frame remains the same? Stabilität und Kontinuität journalistischer Selektionskriterien am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge auf Ausländer und Asylbewerber. *Rundfunk und Fernsehen*. 47(3), 409-432.
- Scheufele, B., & Engelmann, I. (2016). Journalismus und Framing. In M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.), *Handbuch Journalismus Theorien* (S. 443-456). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Scheufele, B., & Engelmann, I. (2018). Mediale Value-Frames - Theoretisches Konzept und methodische Herausforderungen. In A. Ziem, L. Inderelst, & D. Wulf (Hrsg.), *Frames interdisziplinär: Modelle, Anwendungsfelder, Methoden* (S. 123-154). Düsseldorf: university press.
- Scheufele B., & Scheufele D.A. (2010). Of spreading activation, applicability, and schemas: Conceptual distinctions and their operational implications for measuring frames and framing effects. In: P. D'Angelo, J. A. Kuypers (Hrsg.), *Doing news framing analysis: Empirical and theoretical perspectives* (S. 110-134). New York: Routledge.
- Scheufele, D. A. (1999). Framing as a theory of media effects. *Journal of Communication*, 49(1), 103-122. doi: 10.1111/j.1460-2466.1999.tb02784.x
- Scheufele, D. A. (2000). Agenda-Setting, Priming, and Framing Revisited: Another Look at Cognitive Effects of Political Communication. *Mass Communication and Society*, 3(2), 297-316. doi:10.1207/S15327825MCS0323_07

- Scheufele, D. A., & Tewksbury, D. (2007). Framing, Agenda Setting, and Priming: The Evolution of Three Media Effects Models. *Journal of Communication*, 57(1), 9-20. doi: 10.1111/j.0021-9916.2007.00326.x
- Schier, B. (2001). *Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945-1990*. Münster: Waxmann Verlag GmbH.
- Schimank, U. (1985). Der mangelnde Akteurbezug systemtheoretischer Erklärungen gesellschaftlicher Differenzierung – Ein Diskussionsvorschlag. *Zeitschrift für Soziologie*, 14(6), 421-434.
- Schimank, U. (1996). *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung* (2. Auflage). Opladen: Leske + Budrich.
- Schimank, U. (2000). *Handeln und Strukturen: Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Schimank, U. (2007). Handeln in Konstellationen: Die reflexive Konstitution von handelndem Zusammenwirken und sozialen Strukturen. In K.-D. Altmeppen, T. Hanitzsch, & C. Schlüter (Hrsg.), *Journalismustheorie: Next Generation. Soziologische Grundlegung und theoretische Innovation* (S. 121-137). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, U., & Volkmann, U. (1999). *Gesellschaftliche Differenzierung*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Schindwein, B. (2001, 18. Februar). „Schröder kann den Bauernkrieg haben“. *Westfälisches Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW)*, S. 16.
- Schmid, G. (1970). Niklas Luhmanns funktional-strukturelle Systemtheorie: eine wissenschaftliche Revolution? *Politische Vierteljahresschrift*, 11(2/3), 186-218.
- Schmid-Petri, H. (2012). *Das Framing von Issues in Medien und Politik: Eine Analyse systemspezifischer Besonderheiten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, C. (1994, 2. April). Fabriken statt Bauern. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 4.
- Schneider, C. (2001, 16. Januar). Futtertrog als Abfalleimer. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 2.
- Schnell, R., Hill, P. B., & Esser, E. (2018). *Methoden der empirischen Sozialforschung* (11. überarbeitete Auflage). Berlin, Boston: de Gruyter.
- Scholl, A. (2016). Theorien des Journalismus im Vergleich. In K. Meier & C. Neuberger (Hrsg.), *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven* (2. Auflage) (S. 373-410). Baden-Baden: Nomos.
- Schöpe, M. (2005). Die veränderte Rolle der Landwirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. *ifo Schnelldienst*, 58(9), 21-26.
- Schrader, J.-V. (2001, 30. Januar). Eine Wende in der Agrarpolitik ist mehr als überfällig. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, S. 16.

- Schreyögg, G., & Ostermann, S. M. (2014). Krisenwahrnehmung und Krisenbewältigung. In A. Thießen (Hrsg.), *Handbuch Krisenmanagement* (2. Auflage) (S. 119-139). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulte, M. (2020, 9. September). ASP: Schweinepreis rutscht ab. *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* (WW). Abgerufen von <https://www.wochenblatt.com/landwirtschaft/tier/asp-schweinepreis-rutscht-ab-12346543.html> [30.07.2021]
- Schultz, F., & Utz, S. (2014). Krisenkommunikation und Social Media in der vernetzten Gesellschaft. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. In A. Thießen (Hrsg.), *Handbuch Krisenmanagement* (2. Auflage) (S. 333-344). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulz, W. (1976). *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien: Analyse der aktuellen Berichterstattung*. Freiburg, München: Alber.
- Schulz, W. (1989). Massenmedien und Realität. In M. Kaase & W. Schulz (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde* (S. 135-149). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schulz, S. (2020, 21. Oktober). EU-Agrarreform ist „alles andere als ein Weiter so“ [Interview mit Julia Klöckner]. *Deutschlandfunk*. Abgerufen von https://www.deutschlandfunk.de/bundeslandwirtschaftsministerin-kloeckner-cdu-eu.694.de.html?dram:article_id=486145 [15.08.2021]
- Schulze, B., Spiller, A., & Lemke, D. (2008). Glücksschwein oder arme Sau? Die Einstellung der Verbraucher zur modernen Nutztierhaltung. In A. Spiller & B. Schulze (Hrsg.), *Zukunftsperspektiven der Fleischwirtschaft. Verbraucher, Märkte, Geschäftsbeziehungen* (S. 465-488). Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Schulze, H., Böhm, J., Kleinschmit, D., Spiller, A., & Nowak, B. (2008). Öffentliche Wahrnehmung der Primärverantwortung für Lebensmittelsicherheit: Eine Medienanalyse der Gammelfleischskandale. In: *Agrarwirtschaft – Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Marktforschung und Agrarpolitik*, 57(7), 334-345.
- Schütz, A. (1972): Einige Äquivokationen im Begriff der Verantwortlichkeit. A. Schütz (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze. Studien zur soziologischen Theorie* (Band 2) (S. 256-258). Den Haag: Nijhoff.
- Schützeneder, J. (2019). *Profitrainer zwischen Sportjournalismus und Sportkommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schwarz, A. (2008a). Covariation-based causal attributions during organizational crises: Suggestions for extending Situational Crisis Communication Theory (SCCT). *International Journal of Strategic Communication*, 2(1), 31-53. doi: 10.1080/15531180701816601
- Schwarz, A. (2008b). Wer hat die Krise zu verantworten? Ein rezeptionsorientierter Ansatz der Krisen-Public Relations. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 56(1), 60-81. doi: 10.5771/1615-634x-2008-1-60

- Schwarz, A. (2014). Die Relevanz von Ursachen- und Verantwortungszuschreibungen im Kontext von Nachrichtenproduktion und -rezeption. Theoretische und methodische Potenziale von Attributionstheorien. In M. Dohle & W. Loosen (Hrsg.), *Journalismus und (sein) Publikum* (S. 275-299). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sebald, C. (2019, 9. August). Weitere Kontrollen in Bad Grönenbach. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 29.
- Sebald, C. (2020a, 9. Januar). Razzia im Kuhstall. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. R14.
- Sebald, C. (2020b, 27. Januar). Anklage gegen weitere Bauern. *SZ-Online*. Abgerufen von <https://www.sueddeutsche.de/bayern/allgaeu-tierschutzskandal-milchwirtschaft-anklage-bauern-1.5129599> [18.02.2021].
- Sebald, C. (2021, 12. Februar). Arme Schweine. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. R13.
- Seidenglanz, R., & Bentele, G. (2004). Das Verhältnis von Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus im Kontext von Variablen: Modellentwicklung auf Basis des Interrefikationsansatzes und empirische Studie im Bereich der sächsischen Landespolitik. In K. D. Altmeppen, U. Röttger & G. Bentele (Hrsg.), *Schwierige Verhältnisse: Interdependenzen zwischen Journalismus und PR* (S. 105-120). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Semetko, H. A.; & Valkenburg, P. M. (2000): Framing European politics: a content analysis of press and television news. *Journal of Communication*, 50(2), S. 93-109. doi: 10.1111/j.1460-2466.2000.tb02843.x
- Shah, D. V., Domke, D., & Wackman, D. B. (1996). "To thine own self be true": Values, framing, and voter decision-making strategies. *Communication Research*, 23(5), 509-560. doi: 10.1177/009365096023005001
- Simon, A. F., & Xenos, M. (2000). Media framing and effective public deliberation. *Political Communication*, 17(4), 363-376. doi:10.1080/10584600050178979
- Simons, J., Luy, J., Vierboom, C., Härten, I., Klink-Lehmann, J., & Hartmann, M. (2018). Akzeptanz der Nutztierhaltung in Deutschland — Ergebnisse der psychologischen und ethischen Untersuchung von Bestimmungsfaktoren. *Journal of Consumer Protection and Food Safety*, 13, 151-156. doi: 10.1007/s00003-017-1144-7
- Snow D. A., Vliegenthart, R., & Corrigall-Brown, C. (2007). Framing the French riots: A comparative study of frame variation. *Social Forces*, 86(2), 385-415. doi: 10.1353/sof.2008.0004
- Snow, D. A., & Benford, R. D. (1988). Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. *International social movement research*, (1), 197-217.
- Sombetzki, J. (2014). *Verantwortung als Begriff, Fähigkeit, Aufgabe: Eine Drei-Ebenen-Analyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sommer, M., Scholl, F., Kanellopoulos, K., & Papadaki, M. (2015). *Codebook for Discursive Actor Attribution Analysis*. Abgerufen von <http://userpage.fu-berlin.de/~jroose/ggcrisi/Codebook-GGCRISI-final.pdf> [17.05.2019]

- Sonnleitner, G. (2011, 20. Januar). „Wir wollen keine Amerikanisierung der Landwirtschaft“ (Interview, geführt von Kotynek, M. & Prantl, H.) *Süddeutsche Zeitung* (SZ), S. 2.
- Stahl, B. C. (2000). Das kollektive Subjekt der Verantwortung. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 1(2), 225-236.
- Starke, C., & Flemming, F. (2017). Who is Responsible for Doping in Sports? The Attribution of Responsibility in the German Print Media. *Communication & Sport*, 5(2), 245-262. doi: 10.1177/2167479515603712
- Statistisches Bundesamt (1952). *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949*. Abgerufen von http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514402342_1952%7Clog22 [13.05.2021]
- Statistisches Bundesamt (1972). *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Viehwirtschaft und Fischerei*. Abgerufen von https://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514402342_1972%7Clog37 [13.05.2021]
- Statistisches Bundesamt (1988). *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Viehwirtschaft und Fischerei*. Abgerufen von http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514402342_1987|log30&physid=phys160#navi [25.12.2021]
- Statistisches Bundesamt (1997). *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei*. Abgerufen von http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN635628112_1997|LOG_0025&physid=PHYS_0170#navi [13.05.2021]
- Statistisches Bundesamt (2016). *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Methodische Grundlagen der Agrarstrukturhebung 2016*. Abgerufen von https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Publikationen/Downloads-Landwirtschaftliche-Betriebe/grundlagen-strukturhebung-2032605169004.pdf;jsessionid=499B129D393EB066EACB390FB7D12936.live711?__blob=publicationFile [13.05.2021]
- Statistisches Bundesamt (2020). *Betriebe mit Geflügel oder sonstigen Nutztieren*. Abgerufen von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Tiere-Tierische-Erzeugung/Tabellen/betriebe-gefluegel-nutztiere.html;jsessionid=8F8F11E28A1F1210538734CC0E-A870CC.live741> [25.12.2021]
- Statistisches Bundesamt (2021a). *Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern*. Abgerufen von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Tabellen/betriebsgroessenstruktur-landwirtschaftliche-betriebe.html> [25.12.2021]

- Statistisches Bundesamt (2021b). *Branchen und Unternehmen. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei*. Abgerufen von https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/_inhalt.html [13.05.2021]
- Statistisches Bundesamt (2021c). *Ökologische Landwirtschaft*. Abgerufen von <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Land-Forstwirtschaft-Fischerei/Oeko.html> [13.05.2021]
- Statistisches Bundesamt (2021d). *Haltungen mit Rindern und Rinderbestand für Mai 2021 und November 2021*. Abgerufen von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Tiere-Tierische-Erzeugung/Tabellen/betriebe-rinder-bestand.html;jsessionid=E0AF-B8A0DF1948A15A0A7843EC86D009.live741> [25.12.2021]
- Statistisches Bundesamt (2021e). *Betriebe mit Schweinen und Schweinebestand für Mai 2021 und November 2021*. Abgerufen von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Tiere-Tierische-Erzeugung/Tabellen/betriebe-schweine-bestand.html> [25.12.2021]
- Statistisches Bundesamt (2021f). *Durchschnittliches Schlachtgewicht von Rindern und Kälbern in Deutschland in den Jahren 1900 bis 2020*. Abgerufen von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163417/umfrage/rinder---schlachtgewicht/#:~:text=Das%20durchschnittliche%20Schlachtgewicht%20von%20Rindern,2020%20rund%20332%2C6%20Kilogramm.> [25.12.2021]
- Statistisches Bundesamt (2021g). *Durchschnittliches Schlachtgewicht von Schweinen in Deutschland in den Jahren 1900 bis 2020*. Abgerufen von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163421/umfrage/schweine---schlachtgewicht/#:~:text=Schlacht%2D%20und%20Lebendgewicht%20von%20Schweinen&text=Das%20Lebendgewicht%20von%20Schweinen%20zum,Anteile%20sind%20Knochen%20und%20Schlachtabf%C3%A4lle.> [25.12.2021]
- Statistisches Bundesamt (2021h). *Tierhaltung: Dominierende Haltungsformen gewinnen weiter an Bedeutung*. Abgerufen von https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/08/PD21_N051_41.html [15.08.2021]
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik (1991). *Land- und Forstwirtschaft*. Abgerufen von https://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514402644_1990|log17&physid=phys232#navi [13.05.2021]
- Steinmann, H. H. (2013). Glyphosat – ein Herbizid in der Diskussion und die Suche nach dem „Notwendigen Maß“. *Gesunde Pflanzen*, 65(2), 47-56. doi: 10.1007/s10343-013-0297-2
- Steinmann, H.-H. (2017, 5. Dezember). „Keine langfristige Perspektive“. (Interview, geführt von Zinkant, K.). *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 16.
- Stephan, R. (2001a, 5. Januar). Kein Platz für falsch verstandene Solidarität. *Bauernzeitung (BZ)*, S. 5.

- Stephan, R. (2001b, 2. Februar). Immer mehr Zweifel an der Linie gegen BSE. *Bauernzeitung (BZ)*, S. 5.
- Stiehler, H.-J. (2000). „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Interpretationen als Gegenstand der Medienforschung. In H. Bohrmann, O. Jarren, G. Melischek., & J. Seethaler (Hrsg.), *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien. Theoretisch-Methodische Implikationen längerfristiger Analysen*. (S. 105-120). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Süddeutsche Zeitung (1993a, 21. Oktober). *Exportverbot für Schweine aus Deutschland verhängt*. S. 15.
- Süddeutsche Zeitung (1993b, 13. November). *Landwirte müssen gesunde Schweine töten*. S. 22.
- Süddeutsche Zeitung (1993c, 3. November). *Aufkaufaktion zugunsten der Schweinebauern*. S. 33.
- Süddeutsche Zeitung (1994, 18. Mai). *Bauern demonstrieren in Oldenburg. 900.000 Schweine sinnlos getötet*. S. 6.
- Süddeutsche Zeitung (1997, 7. Februar) *Brüssel verhängt Exportverbot*. S. 5.
- Süddeutsche Zeitung (1998, 21. Januar). „Zehn Jahre Zuchtarbeit sind verloren“. S. 2.
- Süddeutsche Zeitung (2000a, 25. November). *Rinderwahnsinn in Deutschland*. S. 1.
- Süddeutsche Zeitung (2000b, 25. November). *Es war einmal BSE frei*. S. 4.
- Süddeutsche Zeitung (2004a, 10. November). *Weitere Höfe wegen Dioxin gesperrt*. S. 14.
- Süddeutsche Zeitung (2004b, 19. November). *Dioxin: Entwarnung in NRW und Bayern*. S. 12.
- Süddeutsche Zeitung (2011, 12. Januar). *Dioxin auch in Schweinefleisch*. S. 1.
- Taddicken, M., Reif, A., Brandhorst, J., Schuster, J., Diestelhorst, M., & Hauk, L. (2020). Wirtschaftlicher Nutzen statt gesellschaftlicher Debatte? Eine quantitative Framing-Analyse der Medienberichterstattung zum autonomen Fahren. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 68(4), 406-427. doi: 10.5771/1615-634X-2020-4-406
- Tangermann, S. (2001, 8. Februar). *Wahnsinn mit Methode: Rinder-Massenvernichtung*. Süddeutsche Zeitung (SZ), S. 25.
- Tennert, F. (2006). *Die Stunde der Verlierer. Attributionsprozesse zum Ergebnis der Bundestagswahl 2002 in den Medien und beim Publikum*. (Dissertation, Filmuniversität Potsdam-Babelsberg, Konrad Wolf).
- Tennert, F., & Stiehler, H.-J. (2001). *Interpretationsgefechte: Ursachenzuschreibungen an Wahlabend im Fernsehen*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Terkildsen, N., Schnell, F. I., & Ling, C. (1998). Interest groups, the media, and policy debate formation: An analysis of message structure, rhetoric, and source cues. *Political Communication*, 15(1), 45-61. doi:10.1080/105846098199127

- Tewksbury, D., Jones, J., Peske, M. W., Raymond, A., & W. Vig (2000). The Interaction of News and Advocate Frames: Manipulating Audience Perceptions of a Local Public Policy Issue. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 77(4), 804-829. doi:10.1177/107769900007700406
- Tewksbury, D., & Scheufele, D. A. (2009). News framing theory and research. In J. Bryant & M. B. Oliver (Hrsg.), *Media Effects. Advances in Theory and Research* (3. Auflage) (S. 17-33). New York, NY: Routledge.
- Thome, H. (2010). *Zeitreihenanalyse: Eine Einführung für Sozialwissenschaftler und Historiker*. München, Wien: Oldenbourg Verlag.
- Tucker, L. R. (1998). The framing of Calvin Klein. A frame analysis of media discourse about the August 1995 Calvin Klein Jeans advertising controversy. *Critical Studies in Mass Communication*, 15, 141-157. doi: 10.1080/15295039809367039
- Uekötter, F. (2010). *Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Umweltbundesamt (2015). *Umweltprobleme der Landwirtschaft 30 Jahre SRU-Sondergutachten*. Abgerufen von https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/umweltprobleme_in_der_landwirtschaft_30_jahre_sru-sondergutachten.pdf [28.05.2021]
- Umweltbundesamt (2017, 19. Juli). *Glyphosat: Schritt zurück beim Schutz der biologischen Vielfalt?* Abgerufen von <https://www.umweltbundesamt.de/themen/glyphosat-schritt-zurueck-beim-schutz-der> [17.04.2020]
- Umweltbundesamt (2021, 30. Juli). *Indikator: Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft*. Abgerufen von: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umweltindikatoren/indikator-stickstoffueberschuss-der-landwirtschaft#die-wichtigsten-fakten> [13.08.2021]
- Umweltinstitut München e.V. (2020, 1. Dezember). *Forsa-Umfrage: 77 Prozent der Bevölkerung für Pestizid-Ausstieg* [Pressemeldung]. Abgerufen von <http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2020/pestizide/forsa-umfrage-77-prozent-der-bevoelkerung-fuer-pestizid-aussstieg.html> [15.05.2021]
- Valkenburg, P. M., Semetko, H. A., & De Vreese, C. H. (1999). The effects of news frames on readers' thoughts and recall. *Communication research*, 26(5), 550-569. doi: 10.1177/2F009365099026005002
- Van Gorp, B. (2005). Where is the Frame?: Victims and Intruders in the Belgian Press Coverage of the Asylum Issue. *European Journal of Communication*, 20(4), 484-507. doi: 10.1177/2F0267323105058253
- Van Gorp, B. (2007). The constructionist approach to framing: Bringing culture back in. *Journal of Communication*, 57(1), 60-78. doi: 10.1111/j.1460-2466.2006.00329.x

- Van Gorp, B. (2010). Strategies to take subjectivity out of framing analysis. In P. D'Angelo & J. A. Kuypers (Hrsg.), *Doing news framing analysis: Empirical and theoretical perspectives* (S. 84-109). New York, NY: Routledge.
- Van Lieshout, M., Dewulf, A., Aarts, N., & Termeer, C. J. A. M. (2013). Framing scale increase in Dutch agricultural policy 1950–2012. *NJAS - Wageningen Journal of Life Sciences*, 64-65, 35-46. doi: /10.1016/j.njas.2013.02.001
- Vanhonacker, F., & Verbeke, W. (2009). Buying higher welfare poultry products? Profiling Flemish consumers who do and do not. *Poultry Science*, 88(12), 2702-2711. doi: 10.3382/ps.2009-00259
- Verhovnik, M. (2015). *School Shootings: Interdisziplinäre Analyse und empirische Untersuchung der journalistischen Berichterstattung*. Baden-Baden: Nomos.
- Vester, F. (1993). *Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter* (8. Auflage). München: dtv.
- Vierboom, C., & Härten, I. (2000). Die Bedeutung von Landwirtschaftsthemen für Journalisten und Redakteure – Ergebnisse einer Expertenbefragung. In Landwirtschaftliche Rentenbank (Hrsg.), *Verbraucherorientierung der Landwirtschaft – Ansätze in Öffentlichkeitsarbeit, Produktion, Marketing* (S. 8–46) Frankfurt a.M. Landwirtschaftliche Rentenbank.
- Vogel, A. (1998). *Die populäre Presse in Deutschland: Ihre Grundlagen, Strukturen und Strategien*. München: Reinhard Fischer.
- Vogel, A. (2002). Pressegeattungen im Zeitschriftengewand: Warum die Wissenschaft eine Pressesystematik braucht. In A. Vogel & C. Holtz-Bacha (Hrsg.), *Zeitschriften und Zeitschriftenforschung* (Publizistik Sonderhefte, Band .3). (S.11-27). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Völker, D. (2017). *Kommunikation im Krisenmodus: Konzeption des Strategischen Framing am Beispiel der Finanzkrise 2008/2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Volksbegehren Artenschutz (2021). *Rettet die Bienen. Ablauf und Erreichtes*. Abgerufen von <https://volksbegehren-artenschutz.de/ablauf> [30.05.2021]
- Von Hardenberg, L., & Heise, H. (2018). German pig farmers' attitudes towards animal welfare programs and their willingness to participate in these programs: An empirical study. *International Journal on Food System Dynamics*, 9(3), 289-301. doi: 10.18461/ijfsd.v9i3.937
- Von Lucius, R., & Schmidt, F. (2011, 6. Januar). Ein alter, giftiger Bekannter. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), S. 3.
- Wagner, H. (1993, 5. November). Land ohne Bauern? *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* (WW), S. 9.
- Waldeyer, H.G. (1997a, 13. Februar). Seuchenzug nicht gestoppt. *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* (WW), S. 18.

- Waldeyer, H. G. (1997b, 6. Februar). Ferkeltourismus läßt Schweinehalter bangen. *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW)*, S. 18.
- Waldeyer, H. G. (2011, 6. Januar). Dioxin: Betriebe gesperrt. *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW)*, S. 23.
- Weaver, R. K. (1986). The Politics of Blame Avoidance. *Journal of Public Policy*, 6(4), 371-398. doi:10.1017/S0143814X00004219
- Weichert, S. A. (2008). Krisen als Medienereignisse: Zur Ritualisierung mediatisierter Kommunikation im Fernsehen. In C. Winter, A. Hepp., & F. Krotz (Hrsg.), *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen* (S. 311-328). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weiner, B. (1995). *Judgments of responsibility: A foundation for a theory of social conduct*. New York: Guilford.
- Weingarten, P. (2010). Agrarpolitik in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 5-6, 6-17.
- Weischenberg, S. (1985). Die Unberechenbarkeit des Gatekeepers. Zur Zukunft professioneller Informationsvermittlung im Prozeß technisch-ökonomischen Wandels. *Rundfunk und Fernsehen*, 33(2), 187-201.
- Weiss, M. (2016, 7. März). Das Unkraut-Dilemma. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 18.
- Werner, M. H. (2011). Verantwortung. In M. Düwell, C. Hübenenthal, & M. H. Werner (Hrsg.), *Handbuch Ethik* (3., aktualisierte und erweiterte. Auflage) (S. 541-548). Stuttgart: J.B. Metzler.
- Werner, M. H. (2013). Verantwortung. In A. Grundwald (Hrsg.), *Handbuch Technikethik* (S. 38-43). Stuttgart: J.B. Metzler.
- Weßler, H. (1999). *Öffentlichkeit als Prozeß. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Wiegand, R. (2011, 5. Januar). Tierfutter mit Biodiesel-Abfällen vermischt. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, S. 1.
- Wiese, A., Schulte, M., Theuvsen, L., & Steinmann, H.-H. (2016, 23-25. Februar). *Anwendungen von Glyphosat im deutschen Ackerbau – Betriebliche Aspekte*. [schriftlicher Konferenzbeitrag]. Deutsche Arbeitsbesprechung über Fragen der Unkrautbiologie und -bekämpfung, Braunschweig. Abgerufen von [tps://ojs.openagrar.de/index.php/JKA/article/view/6176](https://ojs.openagrar.de/index.php/JKA/article/view/6176) [13.04.2020]
- Wilke, J. (1984). *Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten*. Berlin: De Gruyter.
- Wilke, J. (1999): Leitmedien und Zielgruppenorgane. In J. Wilke (Hrsg.): *Medien-geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (S. 302-329). Köln, Weimar, Wien: Böhlau.

- Willke, H. (2006). *Systemtheorie I: Grundlagen. Eine Einführung in die Grundprobleme der Theorie sozialer Systeme* (7. überarbeitete Auflage). Stuttgart: UTB.
- Williams, R., & Benford, R. (2000). Two faces of collective action frames: A theoretical consideration. In J. M. Lehmann & B. Agger (Hrsg.), *Current perspectives in social theory* (S. 127-151). Bingley: Emerald Group Publishing.
- Wimmer, J. (2004). Der Rahmen der Determinierung: Zur Nützlichkeit des Framing-Ansatzes bei der Untersuchung von Beeinflussung zwischen PR und Journalismus am Beispiel des G8-Gipfels in Genua 2001. In K. D. Altmeppen, U. Röttger, & G. Bentele (Hrsg.), *Schwierige Verhältnisse: Interdependenzen zwischen Journalismus und PR* (S. 161-180). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wisotzky, F., Cremer, N., & Lenk, S. (2021). *Angewandte Grundwasserchemie, Hydrogeologie und hydrogeochemische Modellierung. Grundlagen, Anwendungen und Problemlösungen* (3. Auflage). Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum.
- Wittmann, B. (2020). Stallbauproteste als Indikatoren eines kulturellen Anerkennungsverlustes konventioneller Landwirtschaft. In M. Trummer & A. Decker (Hrsg.), *Das ländliche als kulturelle Kategorie. Aktuelle kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Stadt-Land-Beziehungen* (S. 167-184). Bielefeld: transcript Verlag.
- Wittmann, B. (2021). *Intensivtierhaltung. Landwirtschaftliche Positionierungen im Spannungsfeld von Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW) (1993a, 29. April). *Droht Schweinepest-Seuchenzug?* S. 11.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW) (1993b, 26. November). *Schweinemäster geraten jetzt immer stärker unter Druck*. S. 9.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW) (1993c, 2. Dezember). *Stoppt die Brüsseler Willkür!* S. 13.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW). (1994a, 11. August). *Impfverbot kippen*. S. 31.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW) (1994b, 18. November). *Handelsbeschränkungen wegen ESP*. S. 25.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW) (2015, 9. Juli). *Ein Alarm und seine dürftige Grundlage*. S. 6.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW) (2017a, 16. November). *Die Hängepartie geht immer weiter*. S. 12.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW) (2017b, 27. Juli). *Zulassung nur mit Mehrheit*. S. 13.
- Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben (WW) (2019, 21. März). *Industrieverband kritisiert Auflagen*. S. 15

- Wolff, V. (2011). *Zeitungs- und Zeitschriftenjournalismus* (2. Auflage). Konstanz: UVK.
- Wolfram, J., Brümmer, N., Christoph, I., & Mergenthaler, M. (2019). Das Bild der Nutztierhaltung in den Medien: Untersuchung von Medienframes. [Poster]. Abschlussveranstaltung SocialLab, Berlin. doi: 10.13140/RG.2.2.32348.85120
- Wolfram, J., Kothe, C., Brümmer, N., & Mergenthaler, M. (2021). Medien-Frames in der Berichterstattung über landwirtschaftliche Tierhaltung. *Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 99(1), 1-46. doi: 10.12767/buel.v99i1.313
- Zajak, S., & Henrichsen, T. (2019). Verantwortungszuschreibungen in transnationalen Feldern. Eine Diskurs-Netzwerkanalyse zu den Fabrikunglücken in Bangladesch. In J. Fuhse, & Krenn, K. (Hrsg.), *Netzwerke in gesellschaftlichen Feldern* (S. 145-169). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Zander, K., Isermeyer, F., Bürgelt, D., Christoph-Schulz, I., Salamon, P., & Weible, D. (2013). *Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft. Abschlussbericht*. Münster: Stiftung Westfälische Landschaft.
- Zeller, F., Wolling, J., & Porten-Chée (2010). Framing 0/1: Wie die Medien über die „Digitalisierung der Gesellschaft“ berichten. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 58(4), 503-524. doi: 10.5771/1615-634x-2010-4-503
- Zerback, T. (2013). *Publizistische Vielfalt. Demokratischer Nutzen und Einflussfaktoren*. Konstanz: UVK.
- Zerger, C., & Holm-Müller, K. (2008). *Gemeinwohl steigernde Leistungen der Landwirtschaft (Vorstudie)*. Forschungsbericht. Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik. Professur für Ressourcen- und Umweltökonomik. Abgerufen von https://bonn-doc.ulb.uni-bonn.de/xmlui/bitstream/handle/20.500.11811/1251/USL_Forschungsbericht_156.pdf?sequence=1&isAllowed=y [25.05.2020]
- Zhou, Y., & Moy, P. (2007). Parsing Framing Processes: The Interplay Between Online Public Opinion and Media Coverage. *Journal of Communication*, 57(1), 79-98. doi: 10.1111/j.0021-9916.2007.00330.x
- Ziche J. (1961): *Die Landwirtschaft im Spiegel städtischer Presse*. (Dissertation, Agrarwissenschaften, Universität München).
- Zinke, O. (2020, 12. September). *Markt-Schock: ASP lässt Schweinepreise abstürzen*. *agrarheute*. Abgerufen von <https://www.agrarheute.com/markt/tiere/markt-schock-asp-laesst-schweinepreise-abstuerzen-572852> [11.12.2020]
- Zukunftsstiftung Landwirtschaft (2019). *Weltaгрarbericht. Bäuerliche und industrielle Landwirtschaft*. Abgerufen von <https://www.weltaгрarbericht.de/themen-des-weltaгрarberichts/baeuerliche-und-industrielle-landwirtschaft.html> [22.07.2019]



Anhang



Anhang

Der Anhang dient dazu dem Leserkreis ergänzende Informationen zur Hauptarbeit der zwei Teilerhebungen offenzulegen. Er bietet dem Leser die Möglichkeit, fortführende Ergebnistabellen der beiden Teilerhebungen sowie die Ergebnisse des Reliabilitätstests zu erhalten.

Übersicht der Inhalte des Anhangs:

Anhang 1:
Abbildungsverzeichnis
I

Anhang 2:
Tabellenverzeichnis
IV

Anhang 3:
Abkürzungsverzeichnis
VIII

Anhang 4:
Ergebnisse des Reliabilitätstests der Teilerhebung I
X

Anhang 5:
Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung I
X

Anhang 6:
Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung II,
BSE-Krise
XVIII

Anhang 7:
Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung II,
Glyphosat-Debatte
XXI

Anhang 1: Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Schimanks Modell der Akteur-Struktur-Dynamiken.	53
Abbildung 2: Konzeption einer "Landwirtschaft als Leistungssystem".	63
Abbildung 3: Modell zur Erläuterung von Krisen im Leistungssystem Landwirtschaft.	68
Abbildung 4: Übersicht über die Relationselemente des Verantwortungsbegriffs.	89
Abbildung 5: Die Attribution von Verantwortung im Leistungssystem Landwirtschaft.	99
Abbildung 6: Frame-Elemente nach Entman.	124
Abbildung 7: Methodische Zugänge zur Erfassung von Medienframes.	138
Abbildung 8: Konzeption und Forschungsinteresse der Arbeit.	175
Abbildung 9: Zentrale Krisen in der deutschen Landwirtschaft.	190
Abbildung 10: Die untersuchten regionalen landwirtschaftlichen Wochenblätter.	213
Abbildung 11: Forschungsdesign der Teilerhebung I.	218
Abbildung 12: Berichterstattungsintensität der Leitmedien über die ESP-Krise.	255
Abbildung 13: Berichterstattungsintensität der Agrarpresse über die ESP-Krise.	256
Abbildung 14: Verteilung der Hauptthemen je Medium über die Schweinepest.	257
Abbildung 15: Verteilung der vier Hauptframes innerhalb der ESP-Krise.	259
Abbildung 16: Aufgetretene Opferframes in der ESP-Krise.	262
Abbildung 17: Aufgetretene Frame-Kombination Opfer-Global-Frame in der ESP-Krise.	262

Abbildung 18: Aufgetretene Täterframes in der ESP-Krise.	263
Abbildung 19: Aufgetretene Globalframes in der ESP-Krise.	263
Abbildung 20: Berichterstattungsintensität der Leitmedien über die BSE-Krise.	265
Abbildung 21: Berichterstattungsintensität der Agrarpresse über die BSE-Krise.	266
Abbildung 22: Verteilung der Hauptthemen je Medium über die BSE-Krise.	267
Abbildung 23: Verteilung der vier Hauptframes innerhalb der BSE-Krise.	268
Abbildung 24: Aufgetretene Frames in der BSE-Krise.	271-272
Abbildung 25: Die Berichterstattungsintensität der Leitmedien über die Dioxin-Krise.	273
Abbildung 26: Die Berichterstattungsintensität der Agrarpresse über die Dioxin-Krise.	274
Abbildung 27: Verteilung der Hauptthemen je Medium über die Dioxin-Krise.	275
Abbildung 28: Verteilung der vier Hauptframes innerhalb der Dioxin-Krise.	277
Abbildung 29: Aufgetretene Globalframes in der Dioxin-Krise.	280
Abbildung 30: Aufgetretene Frames in der Dioxin-Krise.	281
Abbildung 31: Berichterstattungsintensität der Leitmedien über die Glyphosat-Debatte.	282
Abbildung 32: Berichterstattungsintensität der Agrarpresse über die Glyphosat-Debatte.	283
Abbildung 33: Verteilung der Hauptthemen je Medium über die Glyphosat-Debatte.	285
Abbildung 34: Verteilung der vier Hauptframes innerhalb der Glyphosat-Debatte	286
Abbildung 35: Aufgetretene Opferframes in der Glyphosat-Debatte.	288
Abbildung 36: Aufgetretene Frame-Kombination Opfer-Struktur in der Glyphosa-Debatte.	289

Abbildung 37:	
Aufgetretene Täterframes in der Glyphosat-Debatte.	289
Abbildung 38:	
Aufgetretene Frame-Kombination Täter-Struktur in der Glyphosat-Debatte.	290
Abbildung 39:	
Aufgetretene Strukturframes in der Glyphosat-Debatte.	291
Abbildung 40:	
Aufgetretene Frame-Kombination Opfer-Global in der Glyphosat-Debatte.	291
Abbildung 41:	
Attributionstrias zur Identifikation von Verantwortungszuschreibungen.	297
Abbildung 42:	
Codierschema zur Analyse von Attributionsaussagen.	299
Abbildung 43:	
Übersicht über das methodische Vorgehen der Teilerhebung II.	305
Abbildung 44:	
Allgemeine Übersicht über die Verteilung der Attributionsaussagen.	313
Abbildung 45:	
Übersicht über die Verantwortungsobjekte in der BSE-Krise.	316
Abbildung 46:	
Attributionssender von Kausalattributionen	326
Abbildung 47:	
Allgemeine Übersicht über die Verteilung der Attributionsaussagen	336
Abbildung 48:	
Übersicht über die allgemeinen Verantwortungsobjekte	338
Abbildung 49:	
Übersicht über die Verantwortungsobjekte in der Glyphosat Debatte	356

Anhang 2: Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Landwirtschaftliche Betriebe in ausgewählten Bundesländern.	28
Tabelle 2: Ökologischer Landbau in Deutschland.	29
Tabelle 3: Übersicht über die zentralen Tierbestände in Deutschland.	34
Tabelle 4: Tierische Leistungen in der Geflügelhaltung im Jahresvergleich.	35
Tabelle 5: Tierische Erzeugnisse von Schwein und Rind.	37
Tabelle 6: Zusammenfassende Übersicht über die Kernelemente eines Medienframes.	127
Tabelle 7: Annahmen zu den Framing-Aktivitäten und Prozessen.	178
Tabelle 8: Annahmen zu den Verantwortungsattributionen.	184
Tabelle 9: Übersicht über genutzte Datenbanken und Quellen zur Identifikation.	189
Tabelle 10: Übersicht der Untersuchungszeiträume für die jeweilige Krise.	207
Tabelle 11: Stichwortsuchsystem zur Beschaffung des Analysematerials.	214
Tabelle 12: Ausgewählte Basisframes nach Dahinden.	221
Tabelle 13: Identifizierte Frames und die zentralen Komponenten der Frame-Elemente.	239
Tabelle 14: Verteilung des Untersuchungsmaterials je Medium und Krise.	249
Tabelle 15: Platzierung der Artikel auf der Titelseite des jeweiligen Mediums.	249
Tabelle 16: Medienspezifische Verteilung der Ressorts.	250
Tabelle 17: Medienspezifische Verteilung der journalistischen Darstellungsform.	252

Tabelle 18: Medienspezifische Verteilung der Verfasser der Artikel.	252
Tabelle 19: Medienframes in den untersuchten Printmedien innerhalb der ESP-Krise.	260
Tabelle 20: Medienframes in den untersuchten Printmedien innerhalb der BSE-Krise.	269
Tabelle 21: Medienframes in den untersuchten Printmedien innerhalb der Dioxin-Krise.	277
Tabelle 22: Medienframes in den untersuchten Printmedien.	287
Tabelle 23: Ausgewählte Untersuchungszeiträume für die Teilerhebung II.	302
Tabelle 24: Verantwortungszuschreibungen der Journalisten.	312
Tabelle 25: Verteilung der Attributionsaussagen nach Art.	313
Tabelle 26: Verteilung der Attributionsaussagen nach Art.	314
Tabelle 27: Verteilung der Verantwortungsattributionen.	315
Tabelle 28: Spezifische Betrachtung der Teilakteure als Verantwortungssubjekte.	318
Tabelle 29: Die Gruppe der „Politik auf Bundesebene“ als Verantwortungssubjekt.	319
Tabelle 30: Die Gruppe der „Politik auf Europaebene“ als Verantwortungssubjekt.	320
Tabelle 31: Landwirte und Verbraucher als Verantwortungssubjekt.	321
Tabelle 32: Verteilung der negativen kausalen faktischen Verantwortungszuweisung.	322
Tabelle 33: Spezifische Betrachtung der Teilakteure als Attributionssender.	323
Tabelle 34: Verteilung der Verantwortungssubjekte bzgl. der Verantwortungsobjekte.	324
Tabelle 35: Verteilung der Attributionen bzgl. des Verantwortungsobjekts „Tiermehl“.	325
Tabelle 36: Übersicht über die Attributionsarten und ihre Bewertung.	326

Tabelle 37: Verteilung der Attributionssender.	327
Tabelle 38: Medienspezifische Verteilung der Attributionsaussagen.	327
Tabelle 39: Medienspezifische Verteilung der Verantwortungsobjekte je Medium.	328
Tabelle 40: Die Medien als Attributionssender.	329
Tabelle 41: Attribuierung beim Verantwortungsobjekt „gesundheitliche Risiken“.	330
Tabelle 42: Attribuierung beim Verantwortungsobjekt „politische Handlungsmaßnahmen“.	331
Tabelle 43: Verantwortungszuschreibungen der Journalisten.	335
Tabelle 44: Verteilung der Attributionsaussagen nach Form.	337
Tabelle 45: Verteilung der Attributionsaussagen nach den gebildeten Akteursgruppen.	337
Tabelle 46: Spezifische Betrachtung der Teilakteure als Verantwortungssubjekte.	340
Tabelle 47: Gruppe "Politik auf Bundesebene" als Verantwortungssubjekt.	341
Tabelle 48: Gruppe „Politik auf Europaebene“ als Verantwortungssubjekt.	342
Tabelle 49: Übersicht über ausgewählte Verantwortungssubjekte und ihre Bewertung.	343
Tabelle 50: Betrachtung ausgewählter Teilakteure als Attributionssender.	344
Tabelle 51: Bundeslandwirtschaftsminister als Attributionssender.	345
Tabelle 52: Bundesumweltministerin als Attributionssender.	345
Tabelle 53: Verteilung der kausalen negativen faktischen Verantwortungszuweisungen.	346
Tabelle 54: Verteilung der kausalen faktischen Verantwortungszuweisungen.	347
Tabelle 55: Landwirte als Attributionssender.	348

Tabelle 56: Die Wirtschaft als Attributionssender.	349
Tabelle 57: An die Landwirte gerichtete bewertete Aussagen.	350
Tabelle 58: An die Europäische Kommission gerichtete bewertete Aussagen.	351
Tabelle 59: An den Bundeslandwirtschaftsminister gerichtete bewertete Aussagen.	352
Tabelle 60: Das BfR als Verantwortungssubjekt.	353
Tabelle 61: Verteilung der Verantwortungssubjekte bzgl. der Objekte.	354
Tabelle 62: Medienspezifische Verteilung der Attributionsaussagen.	355
Tabelle 63: Medienspezifische Verteilung der Verantwortungsobjekte.	356
Tabelle 64: Der Journalist als Attributionssender und die Verteilung der Objekte.	357

Anhang 3: Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AbL	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V.
Anm. d. Verf.	Anmerkung der Verfasserin
ASP	Afrikanische Schweinepest
BfR	Bundesinstitut für Risikobewertung
BLE	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
BLW	Bayerisches landwirtschaftliches Wochenblatt
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BSE	Bovine spongiforme Enzephalopathie
BVL	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
bzw.	beziehungsweise
BZ	Bauernzeitung
DBV	Deutscher Bauernverband e. V.
DTB	Deutscher Tierschutzbund e. V.
ECHA	Europäische Chemikalienagentur
EFSA	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
EG	Europäische Gemeinschaft
ESP	Europäische Schweinepest
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
ha	Hektar
Herv. im Orig.	Hervorhebung im Original
IARC	Internationale Agentur für Krebsforschung
IVA	Industrieverband Agrar
KSP	Klassische Schweinepest

LF	landwirtschaftlich genutzte Fläche
SZ	Süddeutsche Zeitung
TierSchG	Tierschutzgesetz
TierSchNutzV	Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung
o. ä.	Oder ähnlich
vCJK	Creutzfeldt-Jakob-Krankheit
WW	Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben bzw. Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe

Anhang 4:

Ergebnisse des Reliabilitätstests der Teilerhebung I

<i>Variablen- nummer</i>	<i>Variablenname</i>	<i>Holsti- Koeffizient</i>
V3a	Medium FAZ	1,0
V3b	Medium SZ	1,0
V3c	Medium Agrarpresse	1,0
V4a	Ressort Politik/Nachrichten	1,0
V4b	Ressort Agrarpolitik	1,0
V4c	Ressort Wirtschaft	1,0
V4d	Ressort Agrarmarkt	1,0
V4e	Ressort Gesellschaft/Soziales/Vermischtes	1,0
V4f	Ressort Forschung & Wissenschaft	1,0
V4g	Ressort Lokales/Regionales	1,0
V4h	Ressort Tierhaltung	1,0
V4i	Ressort Pflanzen- und Ackerbau	1,0
V4j	Ressort Schwerpunkt	1,0
V4k	Ressort Sonstiges	1,0
V5	Aufmacher	1,0
V6a	Stilform Bericht	1,0
V6b	Stilform Reportage	1,0
V6c	Stilform Kommentar/Leitartikel	1,0
V6d	Stilform Interview	1,0
V6e	Stilform Sonstiges	1,0
V7a	Verfasser Redaktion/Journalist	1,0
V7b	Verfasser Redaktion/Journalist & Nachrichtenagentur	1,0
V7c	Verfasser Nachrichtenagentur	1,0
V7d	Verfasser Gastkommentar/Außensicht	1,0
V7e	Verfasser Pressemitteilung/PR-Material	1,0
V7f	Verfasser Sonstiges	1,0
V8a	Krise ESP	1,0
V8b	Krise BSE	1,0
V8c	Krise Dioxin	1,0
V8d	Krise Glyphosat	1,0

V9a	Hauptthema Dioxin Politische Folgen	0,96
V9b	Hauptthema Dioxin Verbraucher/Konsumenten	0,98
V9c	Hauptthema Dioxin ökonomische Folgen für den Landwirt	1,0
V9d	Hauptthema Dioxin wissenschaftliche Einordnung	1,0
V9e	Hauptthema Dioxin personelle Auseinandersetzung McAllister & Aigner	0,98
V9f	Hauptthema Dioxin Sonstiges	1,0
V10a	Hauptthema Glyphosat ökonomische Folgen für den Landwirt/die Landwirtschaft	1,0
V10b	Hauptthema Glyphosat ökologische Folgen und Alternativen	0,98
V10c	Hauptthema Glyphosat gesundheitliche Folgen	1,0
V10d	Hauptthema Glyphosat Zulassung & Regulierung von Glyphosat in der EU	0,96
V10e	Hauptthema Glyphosat Zulassungsverfahren November 2017/Abstimmungsverhalten Deutschland	0,96
V10f	Hauptthema Glyphosat Wissenschaft & Forschung	0,98
V10g	Hauptthema Glyphosat Agrarwende	0,98
V10h	Hauptthema Glyphosat Sonstiges	1,0
V11a	Hauptthema ESP ökonomische Folgen für den Landwirt	0,98
V11b	Hauptthema ESP Speiseabfälle	0,98
V11c	Hauptthema ESP Impfung	0,98
V11d	Hauptthema ESP Bestandskeulungen	0,96
V11e	Hauptthema ESP europäische Handlungsmaßnahmen	0,98
V11f	Hauptthema ESP Verbraucherverhalten	1,0
V11g	Hauptthema ESP Sonstiges	1,0
V12a	Hauptthema BSE gesundheitliche Risiken & Verbraucherschutz	0,98
V12b	Hauptthema BSE politische Handlungsmaßnahmen	0,98
V12c	Hauptthema BSE Wissenschaft & Forschung	0,98
V12d	Hauptthema BSE Agrarwende	1,0
V12e	Hauptthema BSE ökonomische Folgen für den Landwirt/die Landwirtschaft	1,0
V12f	Hauptthema BSE Rücktritte Funke & Fischer	1,0
V12g	Hauptthema BSE Tiermehl	1,0
V12h	Hauptthema BSE Sonstiges	1,0
V13	Frame Opfer	0,94
V14	Frame Täter	0,98
V15	Frame Agrarstruktur	0,93
V16	Frame Globalisierung	0,94

Tabelle 65:

Intracoder-Reliabilitätswerte der quantitativen Teilerhebung nach Holsti (n = 60).

Anhang 5:

Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung I

Ressort	Medium			
	FAZ	SZ	Agrarpresse	Gesamt
Politik/Nachrichten	20,9 (9)	37,3 (22)	0,0 (0)	11,6 (31)
Agrarpolitik	0,0 (0)	0,0 (0)	37,0 (61)	22,8 (61)
Wirtschaft	46,5 (20)	30,5 (18)	0,0 (0)	14,2 (38)
Agrarmarkt	0,0 (0)	0,0 (0)	1,8 (3)	1,1 (3)
Gesellschaft/Vermischtes	16,3 (7)	5,1 (3)	0,0 (0)	3,7 (10)
Forschung/Wissenschaft	9,3 (4)	5,1 (3)	0,0 (0)	2,6 (7)
Regional	0,0 (0)	20,3 (12)	2,4 (4)	5,9 (16)
Tierhaltung	0,0 (0)	0,0 (0)	42,4 (70)	26,22 (70)
Pflanzen-Ackerbau	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Schwerpunkt	7,0 (3)	1,7 (1)	16,4 (27)	11,6 (31)
Gesamt	100,0 (43)	100,0 (59)	100,0 (165)	100,0 (267)

Tabelle 66:

Medienspezifische Betrachtung der Ressorts für die ESP-Krise (n = 267, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Ressort	Medium			
	FAZ	SZ	Agrarpresse	Gesamt
Politik/Nachrichten	31,5 (35)	87,0 (87)	0,0 (0)	19,5 (122)
Agrarpolitik	0,0 (0)	0,0 (0)	69,4 (102)	28,4 (102)
Wirtschaft	28,8 (32)	8,0 (8)	0,0 (0)	11,1 (40)
Agrarmarkt	0,0 (0)	0,0 (0)	0,7 (1)	0,2 (1)
Gesellschaft/Vermischtes	9,0 (10)	2,0 (2)	0,7 (1)	3,6 (13)
Forschung/Wissenschaft	0,0 (0)	3,0 (3)	0,0 (0)	0,8 (3)
Regional	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Tierhaltung	0,0 (0)	0,0 (0)	6,8 (10)	2,8 (10)
Pflanzen-Ackerbau	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Schwerpunkt	30,6 (34)	0,0 (0)	22,4 (33)	18,7 (67)
Gesamt	100,0 (111)	100,0 (100)	100,0 (147)	100,0 (358)

Tabelle 67:

Medienspezifische Betrachtung der Ressorts für die BSE-Krise (n=358, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Ressort	Medium			
	FAZ	SZ	Agrarpresse	Gesamt
Politik/Nachrichten	20,0 (9)	50,0 (22)	0,0 (0)	19,5 (31)
Agrarpolitik	0,0 (0)	0,0 (0)	59,4 (41)	25,9 (41)
Wirtschaft	35,6 (16)	13,6 (6)	0,0 (0)	13,9 (22)
Agrarmarkt	0,0 (0)	0,0 (0)	2,9 (2)	1,2 (2)
Gesellschaft/Vermischtes	8,9 (4)	25,0 (11)	1,4 (1)	10,1 (16)
Forschung/Wissenschaft	0,0 (0)	2,3 (1)	1,4 (1)	1,2 (2)
Regional	0,0 (0)	0,0 (0)	11,6 (8)	5,0 (8)
Tierhaltung	0,0 (0)	0,0 (0)	11,6 (8)	5,0 (8)
Pflanzen-Ackerbau	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Schwerpunkt	35,6 (16)	9,1 (4)	11,6 (8)	17,7 (28)
Gesamt	100,0 (45)	100,0 (44)	100,0 (69)	100,0 (158)

Tabelle 68:

Medienspezifische Betrachtung der Ressorts für die Dioxin-Krise (n=158, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Ressort	Medium			
	FAZ	SZ	Agrarpresse	Gesamt
Politik/Nachrichten	5,8 (5)	34,0 (35)	0,0 (0)	10,9 (40)
Agrarpolitik	0,0 (0)	0,0 (0)	48,9 (87)	23,7 (87)
Wirtschaft	79,1 (68)	51,5 (53)	0,0 (0)	32,9 (121)
Agrarmarkt	0,0 (0)	0,0 (0)	25,3 (45)	12,2 (45)
Gesellschaft/Vermischtes	7,0 (6)	0,0 (0)	0,0 (0)	1,6 (6)
Forschung/Wissenschaft	1,2 (1)	6,8 (7)	0,0 (0)	2,1 (8)
Regional	0,0 (0)	0,0 (0)	1,7 (3)	0,8 (3)
Tierhaltung	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Pflanzen-Ackerbau	0,0 (0)	0,0 (0)	12,4 (22)	5,9 (22)
Schwerpunkt	7,0 (6)	7,8 (8)	11,8 (21)	9,5 (35)
Gesamt	100,0 (86)	100,0 (103)	100,0 (178)	100,0 (367)

Tabelle 69:

Medienspezifische Betrachtung der Ressorts für die Glyphosat-Debatte (n=367, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Ressort</i>	<i>Krise als Aufmacher</i>			
	<i>ESP</i>	<i>BSE</i>	<i>Dioxin</i>	<i>Glyphosat</i>
<i>FAZ</i>	7,0 (3)	34,2 (38)	35,6 (16)	7,0 (6)
<i>SZ</i>	3,4 (2)	2,0 (2)	11,4 (5)	10,7 (11)
<i>Agrarpresse</i>	16,4 (27)	22,4 (33)	13,0 (9)	11,8 (21)

Tabelle 70:

Krisen als Themenschwerpunkt bzw. Titelseite je Medium.

<i>Darstellungsform</i>	<i>Krise</i>				
	<i>ESP</i>	<i>BSE</i>	<i>Dioxin</i>	<i>Glyphosat</i>	<i>Gesamt</i>
<i>Bericht</i>	69,8 (30)	59,5 (66)	62,2 (28)	66,3 (57)	63,5 (181)
<i>Reportage/Feature</i>	18,6 (8)	11,7 (13)	22,2 (10)	14,0 (12)	15,1 (43)
<i>Kommentar/ Leitartikel</i>	7,0 (3)	27,9 (31)	15,6 (7)	16,3 (14)	19,3 (55)
<i>Interview</i>	4,7 (2)	0,9 (1)	0,0 (0)	2,3 (2)	1,7 (5)
<i>Sonstiges</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	1,2 (1)	0,3 (1)
<i>Gesamt</i>	100,0 (43)	100,0 (111)	100,0 (45)	100,0 (86)	100,0 (285)
<i>Sonstiges</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	1,2 (1)	0,3 (1)
Gesamt	100,0 (43)	100,0 (111)	100,0 (45)	100,0 (86)	100,0 (285)

Tabelle 71:

Verteilung der Darstellungsformen der FAZ je Krise (n=285, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Darstellungsform</i>	<i>Krise</i>				
	<i>ESP</i>	<i>BSE</i>	<i>Dioxin</i>	<i>Glyphosat</i>	<i>Gesamt</i>
<i>Bericht</i>	61,0 (36)	43,0 (43)	56,8 (25)	54,4 (56)	52,2 (160)
<i>Reportage/Feature</i>	15,3 (9)	12,0 (12)	20,5 (9)	12,6 (13)	14,05 (43)
<i>Kommentar/Leitartikel</i>	23,7 (14)	38,0 (38)	6,8 (3)	25,2 (26)	26,4 (81)
<i>Interview</i>	0,0 (0)	7,0 (7)	13,6 (6)	6,8 (7)	6,5 (20)
<i>Sonstiges</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	2,3 (1)	1,0 (1)	0,6 (2)
Gesamt	100,0 (59)	100,0 (100)	100,0 (44)	100,0 (103)	100,0 (306)

Tabelle 72:

Verteilung der Darstellungsformen der SZ je Krise (n=306, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Darstellungsform</i>	<i>Krise</i>				
	<i>ESP</i>	<i>BSE</i>	<i>Dioxin</i>	<i>Glyphosat</i>	<i>Gesamt</i>
<i>Bericht</i>	72,1 (119)	62,6 (92)	69,6 (48)	72,5 (129)	69,4 (388)
<i>Reportage/Feature</i>	6,7 (11)	5,4 (8)	4,3 (3)	3,4 (6)	5,0 (28)
<i>Kommentar/Leitartikel</i>	16,4 (27)	27,9 (41)	15,9 (11)	21,3 (38)	20,9 (117)
<i>Interview</i>	4,8 (8)	3,4 (5)	7,2 (5)	2,8 (5)	4,1 (23)
<i>Sonstiges</i>	0,0 (0)	0,7 (1)	2,9 (2)	0,0 (0)	0,5 (3)
Gesamt	100,0 (165)	100,0 (147)	100,0 (69)	100,0 (178)	100,0 (559)

Tabelle 73:

Verteilung der Darstellungsformen der Agrarpresse je Krise (n=559, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

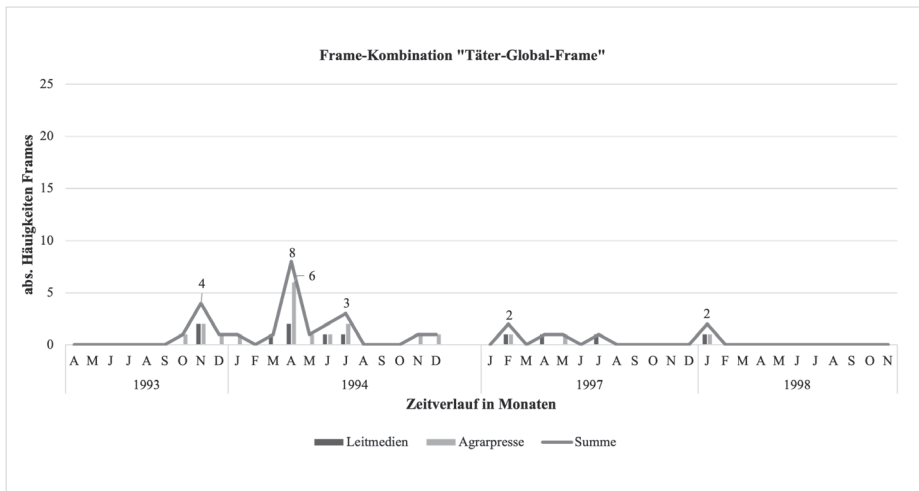


Abbildung 50:

Aufgetretene Frame-Kombination "Täter-Global-Frame" (N=31) in dem jeweiligen Medium pro Monat innerhalb des Untersuchungszeitraums der ESP-Krise. $t(0.95, 62) 1.285$, $p < 0,204$

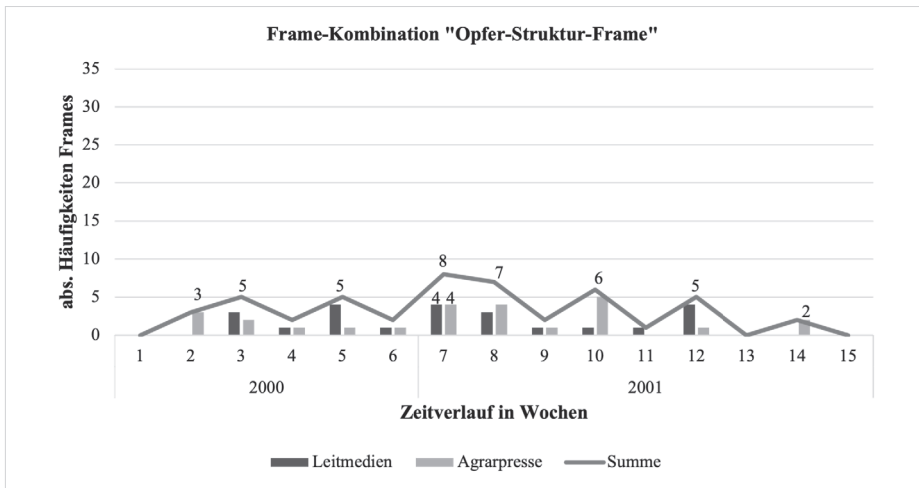


Abbildung 51:

Aufgetretene Frame-Kombination „Opfer-Struktur-Frame“ (n=48) in dem jeweiligen Medium pro Woche innerhalb des Untersuchungszeitraums der BSE Krise. Testung nicht möglich.

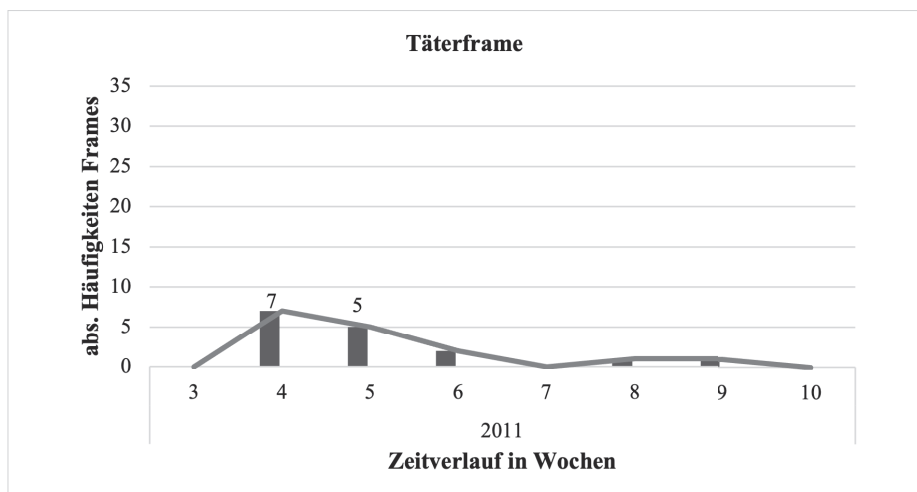


Abbildung 52:

Aufgetretene Täterframes (n=16) in dem jeweiligen Medium pro Woche innerhalb des Untersuchungszeitraums der Dioxin-Krise. Testung nicht möglich.

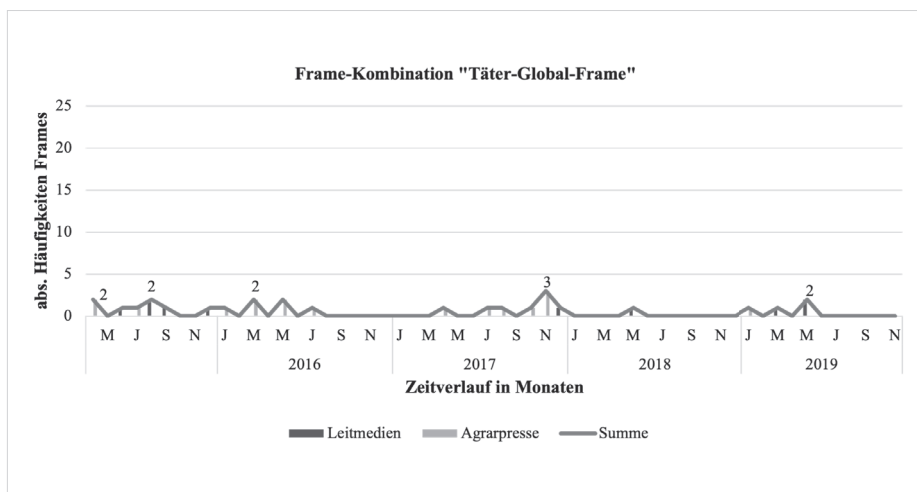


Abbildung 53:

Aufgetretene Frame-Kombination "Täter-Global" in dem jeweiligen Medium pro Monat innerhalb des Untersuchungszeitraums der Glyphosat-Debatte (n=27). $t(0.95, 86) = 1.51, p < 0.136$

Anhang 6:

Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung II, BSE-Krise

<i>Darstellungsform</i>	<i>Krise</i>		
	<i>Kausalattribution</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>	<i>Gesamt</i>
<i>Bericht</i>	55,4 (163)	69,1 (76)	59,2 (239)
<i>Kommentar/Leitartikel</i>	44,5 (131)	30,9 (34)	40,8 (165)
Gesamt	100,0 (294)	100,0 (100)	100,0 (404)

Tabelle 74:

Verteilung der Attributionszuschreibungen in der BSE-Krise nach Berichterstattungsform. (n=404, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Darstellungsform</i>	<i>Journalist als Attributionssender</i>
<i>Bericht</i>	14,6 (21)
<i>Kommentar/Leitartikel</i>	85,4 (123)

Tabelle 75:

Verantwortungszuschreibungen der Journalisten nach Darstellungsform (n=144, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Attributionssender Bundeslandwirtschaftsminister</i>		
<i>Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution</i> (-)	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesgesundheitsminister</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesregierung</i>	25,0 (1)	16,7 (2)
<i>Akteure auf politischer Landesebene</i>	0,0 (0)	16,7 (2)
<i>Europäische Kommission</i>	25,0 (1)	25,0 (3)
<i>Landwirte</i>	25,0 (1)	0,0 (0)
<i>Verbraucher</i>	0,0 (0)	8,3 (1)
<i>Wirtschaft</i>	25,0 (1)	33,3 (4)
Gesamt	100,0 (4)	100,0 (12)

Tabelle 76:

Bundeslandwirtschaftsminister als Attributionssender Verteilung der negativen kausalen faktischen Verantwortungszuweisung sowie der Zuständigkeitsattribution (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung).

<i>Attributionssender Bundesgesundheitsministerin</i>		
<i>Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution (-)</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesgesundheitsminister</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesregierung</i>	14,3 (1)	0,0 (0)
<i>Akteure auf politischer Landesebene</i>	42,9 (3)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	14,3 (1)	12,5 (1)
<i>Landwirte</i>	0,0 (0)	25,0 (2)
<i>Verbraucher</i>	0,0 (0)	37,5 (3)
<i>Wirtschaft</i>	28,5 (2)	12,5 (1)
<i>Medien</i>	0,0 (0)	12,5 (1)
Gesamt	100,0 (7)	100,0 (8)

Tabelle 77:

Bundesgesundheitsministerin als Attributionssender. Verteilung der negativen kausalen faktischen Verantwortungszuweisungen sowie der Zuständigkeitsattribution (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung)

<i>Attributionssender Europäische Kommission</i>		
<i>Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution (+/-/+/-)</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	6,7 (1)	0,0 (0)
<i>Bundesregierung</i>	66,7 (10)	40,0 (2)
<i>Akteure auf politischer Landesebene</i>	6,7 (1)	0,0 (0)
<i>nationale EU-Regierungen</i>	6,7 (1)	40,0 (2)
<i>Landwirte</i>	6,7 (1)	0,0 (0)
<i>Wirtschaft</i>	6,7 (1)	0,0 (0)
<i>Wissenschaft</i>	0,0 (0)	20,0 (1)
Gesamt	100,0 (15)	100,0 (5)

Tabelle 78:

Europäische Kommission als Attributionssender Verteilung der kausalen faktischen und prognostizierenden Verantwortungszuweisungen- und Zurückweisungen sowie der Zuständigkeitsattributionen (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung n=20, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Attributionssender Akteursgruppe der Landwirte</i>		
<i>Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution (-)</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesregierung</i>	35,3 (6)	55,0 (11)
<i>Akteure auf politischer Landesebene</i>	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	23,5 (4)	15,0 (3)
<i>nationale EU-Regierungen</i>	23,5 (4)	0,0 (0)
<i>Landwirte</i>	0,0 (0)	5,0 (1)
<i>Verbraucher</i>	0,0 (0)	15,0 (3)
<i>Wirtschaft</i>	5,9 (1)	0,0 (0)
<i>Wissenschaft</i>	5,9 (1)	5,0 (1)
<i>Medien</i>	5,9 (1)	5,0 (1)
Gesamt	100,0 (17)	100,0 (20)

Tabelle 79:

Landwirte als Attributionssender. Verteilung der kausalen negativen faktischen Verantwortungszuweisungen sowie der Zuständigkeitsattributionen (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung n=64, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Anhang 6:

Fortführende Tabellen für die Ergebnisse der Teilerhebung II, Glyphosat-Debatte

<i>Attributionssender Europäische Kommission</i>		
<i>Teilakteure der jeweiligen Gruppe als Verantwortungssubjekte</i>	<i>Kausalattribution (+/-/+/-)</i>	<i>Zuständigkeitsattribution</i>
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	50,0 (2)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	25,0 (1)	40,0 (2)
<i>EFSA & ECHA</i>	25,0 (1)	40,0 (2)
<i>Wirtschaft</i>	0,0 (0)	20,0 (1)
Gesamt	100,0 (4)	100,0 (5)

Tabelle 80:

Europäische Kommission als Attributionssender in der Glyphosat-Debatte. Verteilung der kausalen faktischen und prognostizierenden Verantwortungszuweisungen- und Zurückweisungen sowie der Zuständigkeits-attributionen (Summe aller Attributionsaussagen inkl. positiver und negativer Bewertung n=9, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

<i>Attributionssender</i>	<i>Kausalattribution</i>			<i>Zuständigkeit</i>		<i>Gesamt</i>
	<i>+</i>	<i>-</i>	<i>+/-</i>	<i>+</i>	<i>+/-</i>	
<i>Journalisten (Medien)</i>	16,6 (2)	58,3 (7)	0,0 (0)	8,3 (1)	16,6 (2)	52,1 (12)
<i>Landwirte</i>	50,0 (1)	50,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	8,7 (2)
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesumweltminister</i>	0,0 (0)	33,3 (1)	66,6 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	13,0 (3)
<i>Opposition (Bund)</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäisches Parlament</i>	0,0 (0)	100,0 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	8,7 (2)
<i>Umweltverbände</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Wirtschaft</i>	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	4,3 (1)
<i>Wissenschaft</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>BfR</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	4,3 (1)
<i>WHO</i>	50,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	50,0 (1)	0,0 (0)	8,7 (2)
Gesamt	17,3 (4)	52,1 (12)	13,0 (3)	8,7 (2)	8,7 (2)	100,0 (23)

Tabelle 81:

An den Bundeslandwirtschaftsminister gerichtete bewertete Aussagen bzgl. „ökologischer Folgen“ (n=23, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Attributionssender	Kausalattribution			Zuständigkeit		Gesamt
	+	-	+/-	+	+/-	
<i>Journalisten (Medien)</i>	0,0 (0)	84,6 (11)	0,0 (0)	15,3 (2)	0,0 (0)	48,1 (13)
<i>Landwirte</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (3)	0,0 (0)	11,1 (3)
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	0,0 (0)	100,0 (5)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	18,5 (5)
<i>Bundesumweltminister</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Opposition (Bund)</i>	0,0 (0)	100,0 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	7,4 (2)
<i>Europäische Kommission</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäisches Parlament</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	3,7 (1)
<i>Umweltverbände</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Wirtschaft</i>	0,0 (0)	100,0 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	7,4 (2)
<i>Wissenschaft</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>BfR</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>WHO</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	3,7 (1)
<i>Gesamt</i>	0,0 (0)	74,0 (20)	0,0 (0)	25,9 (7)	0,0 (0)	100,0 (27)
<i>WHO</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	3,7 (1)
Gesamt	0,0 (0)	74,0 (20)	0,0 (0)	25,9 (7)	0,0 (0)	100,0 (27)

Tabelle 82:

An die Bundesumweltministerin gerichtete und bewertete Aussagen bzgl. "ökologischen Folgen" (n=27, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Verantwortungssubjekt	Kausal- Attribution (-)	Kausal- Attribution (+)	Zuständigkeits- attribution (+)	Zuständigkeits- attribution (+/-)
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	24,0 (6)	0,0 (0)	20,0 (1)	100,0 (2)
<i>Bundesumweltminister</i>	24,0 (6)	0,0 (0)	20,0 (1)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	20,0 (1)	0,0 (0)
<i>Landwirte</i>	20,0 (5)	0,0 (0)	40,0 (2)	0,0 (0)
<i>Umweltverbände</i>	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Wirtschaft (Agrochemie)</i>	24,0 (6)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Wissenschaft</i>	8,0 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Medien</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (25)	100,0 (1)	100,0 (5)	100,0 (2)
Gesamt	100,0 (25)	100,0 (1)	100,0 (5)	100,0 (2)
<i>BfR</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>WHO</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	100,0 (1)
Gesamt	0,0 (0)	74,0 (20)	0,0 (0)	25,9 (7)

Tabelle 83:

Attribuierung der Leitmedien beim Objekt „ökologische Folgen“. Verteilung der Attribuierung an die Verantwortungssubjekte und die spezifische Betrachtung der Art der Zuschreibung (n=33, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Verantwortungssubjekt	Kausal- attribution (-)	Kausal- attribution (+)	Kausal- attribution (+/-)	Zuständigkeits- attribution (+/-)
<i>Bundeslandwirtschaftsminister</i>	8,3 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Bundesumweltminister</i>	41,6 (5)	50,0 (2)	0,0 (0)	25,0 (1)
<i>Europäische Kommission</i>	8,3 (1)	25,0 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Landwirte</i>	16,6 (2)	25,0 (1)	100,0 (1)	75,0 (3)
<i>Umweltverbände</i>	8,3 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Wirtschaft (Agrochemie)</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Wissenschaft</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Medien</i>	16,6 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (12)	100,0 (4)	100,0 (1)	100,0 (4)

Tabelle 84:

Attribuierung der Agrarpresse beim Objekt „ökologische Folgen“. Verteilung der Attribuierung an die Verantwortungssubjekte und die spezifische Betrachtung der Art der Zuschreibung (n=21, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Verantwortungssubjekt	Kausal- attribution (-)	Kausal- attribution (+)	Kausal- attribution (+/-)	Zuständigkeits- attribution (+/-)
<i>Bundeslandwirtschafts-minister</i>	50,0 (3)	0,0 (0)	25,0 (1)	50,0 (2)
<i>Bundesumwelt-minister</i>	33,3 (2)	0,0 (0)	50,0 (2)	0,0 (0)
<i>Opposition (Bund)</i>	0,0 (0)	33,3 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Europäische Kommission</i>	16,6 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	50,0 (2)
<i>Wissenschaft</i>	0,0 (0)	33,3 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>EFSA & ECHA</i>	0,0 (0)	33,3 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>BfR</i>	0,0 (0)	0,0 (0)	25,0 (1)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (6)	100,0 (3)	100,0 (4)	100,0 (4)

Tabelle 85:

Attribuierung der Leitmedien beim Objekt „Zulassung & Regulierung“. Verteilung der Attribuierung an die Verantwortungssubjekte und die spezifische Betrachtung der Art der Zuschreibung (n=17, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).

Verantwortungssubjekt	Kausal- attribution (-)	Kausal- attribution (+)	Kausal- attribution (+/-)	Zuständigkeits- attribution (+/-)
<i>Bundeslandwirtschafts-minister</i>	20,0 (3)	0,0 (0)	0,0 (0)	25,0 (1)
<i>Bundesumweltminister</i>	20,0 (3)	0,0 (0)	0,0 (0)	25,0 (1)
<i>Opposition (Bund)</i>	6,6 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	25,0 (1)
<i>Europäische Kommission</i>	40,0 (6)	0,0 (0)	100,0 (3)	25,0 (1)
<i>Umweltverbände</i>	6,6 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
<i>Wirtschaft (Agrochemie)</i>	6,6 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Gesamt	100,0 (15)	100,0 (0)	100,0 (3)	100,0 (4)

Tabelle 86:

Attribuierung der Agrarpresse beim Objekt „Zulassung & Regulierung“. Verteilung der Attribuierung an die Verantwortungssubjekte und die spezifische Betrachtung der Art der Zuschreibung (n=25, Angaben in Prozent, abs. Häufigkeiten in Klammern).